Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 18. September 2024 · Nr. 218/38 E1 | HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER | 3,70 € | F.A.Z. im Internet: faz.net

Tote nach Explosionen in Libanon

cheh. BEIRUT. In Libanon sind in mehreren von der Schiitenorganisation Hizbullah kontrollierten Gegenden Hunderte Funkrufempfänger, sogenannte Pager, von Hizbullah-Mitgliedern detoniert. Betroffen waren Gegenden im ganzen Land. Nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministers Firass Abiad sind mindestens 2700 Menschen verletzt worden, Hunderte davon schwer. Auch gab es demnach mindestens neun Tote. Der iranische Botschafter in Libanon wurde iranischen Medienberichten zufolge leicht verletzt. Der libanesische Ministerpräsident Najib Mikati bezeichnete den Angriff als „kriminelle israelische Aggression“. Irans Außenminister Abbas Araghchi bezeichnete die Explosionen als „Terrorakt“. Die israelische Regierung äußerte sich zunächst nicht.

Im August hatte Israel im Süden von Beirut einen hohen Militärkader der von Iran gelenkten Schiitenorganisation getötet, was Spannungen und Sorge vor einem voll entfesselten Krieg hervorgerufen hatte. Der Vorfall wird von Beobachtern in Beirut als ähnlich gravierend eingeschätzt. Im Internet wurden Videos von Geräten verbreitet, die unmittelbar nach dem Kontakt explodierten. *(Siehe Seite 5.)*

Mindestens 2700 Verletzte nach Explosionen von Pagern: *Menschen am Dienstag vor einem Krankenhaus in Beirut* Foto Reuters

Das Land braucht die Verkehrszeitenwende

Was muss eigentlich noch alles passieren, damit der Staat mehr Geld in die Bahn steckt? Ein weiterer Schadensbericht.

Feuilleton, Seite 11

Woidkes Alleingang

Brandenburgs Regierungschef will bei der Wahl gegen die AfD gewinnen – und grenzt sich dafür von der SPD im Bund ab.

Politik, Seite 4

Verdoppeltes Ich

Coralie Fargeats phantastischer Horrorfilm „The Substance“ verhilft Demi Moore zu einem zweiten Leben.

Feuilleton, Seite 9

Dreiecksbeziehung

J.P. Morgan hat Unicredit ins Spiel um die Commerzbank gebracht. Wie agierten Bank, Bund und Finanzagentur?

Finanzen, Seite 23

Endlich erwachsen?

Karim Adeyemi ist bei Borussia Dortmund nicht nur der Spieler der Stunde, sondern auch der Spieler der verpassten Chancen.

Sport, Seite 28

Weinberge in Gefahr

Der Rheingau leidet unter den Folgen der Weinmarktkrise. Ein Ausweg könnte Engagement für mehr Artenvielfalt sein.

Rhein-Main-Zeitung, Seite 1

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

Friedrich Merz wird Kanzlerkandidat der Union

CSU-Chef Söder: Ich bin damit fein / SPD: Freuen uns auf den Wahlkampf

pca. BERLIN. Friedrich Merz soll Kanzlerkandidat der Union für die nächste Bundestagswahl werden. Der CDU-Vorsitzende trat am Dienstag gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder in Berlin vor die Presse und erklärte seine Bereitschaft zur Kandidatur. Söder sagte: „Um es kurz zu machen, die K-Frage ist entschieden. Friedrich Merz macht's. Ich bin damit fein und unterstütze dies ausdrücklich.“ Die CDU habe den ersten Zugriff auf die Kandidatur, Merz habe von diesem Anrecht Gebrauch gemacht.

Merz sagte, man habe das Versprechen gehalten, eine gemeinsame Entscheidung der beiden Parteivorsitzenden zu treffen, um diese dann den Parteivorständen von CDU und CSU vorzulegen. Die Zusammenarbeit mit Söder sei, so Merz, nicht immer einfach gewesen, aber man habe immer im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung gehandelt. Dafür danke er Söder ausdrücklich.

Söder sagte bei dem gemeinsamen Auftritt in der bayerischen Landesvertretung: „Ich akzeptiere das nicht zähneknirschend“, sondern Merz habe seine „volle Rückendeckung“ bei sehr hoher persönlicher Wertschätzung. Merz sei „Chef in Berlin, und ich bleibe Chef in Bayern“. Führende Landespolitiker der Union reagierten mit Zustimmung auf den Vorschlag, über den kommende Woche die Parteigremien von CDU und CSU abstimmen. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil sagte, seine Partei habe sich längst auf Merz eingestellt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte bei seinem Besuch in Astana: „Es ist mir recht, wenn Herr Merz der Kanzlerkandidat der Union ist.“

Söder verwies auf den Koalitionsausschuss als Machtzentrum einer künftigen Regierung: „Beide Parteivorsitzenden bilden das Zentrum der Union.“ Er verspreche: „Wir wollen Deutschland wieder in Ordnung bringen, wir wollen den Ampel-Schaden reparieren.“ Söder sagte über Merz, dieser habe „ein starkes Koordinatensystem“, das CDU und CSU eine. Es gebe „Vertrauen und persönliche Wertschätzung“. Vor allem sei der Dissens in der Migrationsfrage beseitigt, „geheilt“. „Ich habe ein Versprechen abgegeben, dass sich 2021 nicht wiederholen wird, und ich halte mein Wort.“ Er habe in den vergangenen Monaten mehrmals offen mit Merz gesprochen. Man sei sich der Verantwortung für das Land, aber auch für die Demokratie bewusst. Am Montag hatte Hendrik Wüst, der Chef der CDU Nordrhein-Westfalen, erklärt, er strebe das Kanzleramt „aktuell“ nicht an und unterstütze Merz. *(Siehe Seite 3 sowie Deutschland und die Welt.)*

Von der Leyen stellt neue Kommission vor

Wettbewerb und Sicherheit im Fokus / Kritik an hervorgehobener Rolle Fittos

T.G. STRASSBURG. Ursula von der Leyen hat am Dienstag ihre neue Kommission vorgestellt. Im Mittelpunkt der Arbeit sollen künftig die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung der inneren wie äußeren Sicherheit stehen. Der Klimaschutz wird in eine neue Industriestrategie eingebettet. Von der Leyens Personaltableau enthielt eine Reihe von Überraschungen. Wie erwartet, benannte sie den nationalkonservativen Italiener Raffaele Fitto zu einem von fünf exekutiven Vizepräsidenten. Alle Kommissare müssen sich in den nächsten Wochen Anhörungen im Europäischen Parlament stellen.

Zu ihrer Stellvertreterin benannte von der Leyen die spanische Sozialdemokratin Teresa Ribera. Sie wird für Wettbewerbsfähigkeit und den Green Deal verantwortlich sein. Allerdings überschneiden sich ihre Zuständigkeiten mit denen von Stéphane Séjourné. Der Franzose wird als neuer starker Mann der Liberalen die Industriestrategie entwickeln. Die Interessen der Christdemokraten werden künftig durch die Finnin Henna Virkkunen koordiniert, die für technologische Souveränität und Sicherheit verantwortlich ist. Insgesamt gehören der Kommission elf Frauen und 16 Männer an. 14 Kommissare sind der Europäischen Volkspartei zuzurechnen.

Das neu geschaffene Ressort für Verteidigung und Raumfahrt geht an den früheren litauischen Regierungschef Andrius Kubilius. Er soll eine Strategie für die Rüstungsindustrie und für gemeinsame Rüstungsprojekte entwickeln. Als Innenkommissar ist Magnus Brunner aus Österreich vorgesehen. Der Christdemokrat soll nach „innovativen operativen Lösungen zur Bekämpfung der irregulären Migration“ suchen. Für Justiz und Rechtsstaatlichkeit wird Michael McGrath aus Irland zuständig, für den Haushalt Piotr Serafin aus Polen. Erstmals wird es Kommissare für die Zusammenarbeit mit den südlichen Mittelmeeranrainern und für Wohnen geben.

Neben den Christdemokraten zeigten sich auch Sozialdemokraten, Liberale und Grüne mit der Postenverteilung und den Schwerpunkten zufrieden. Kritisiert wurde abermals die herausgehobene Rolle Fittos, wenn auch weniger scharf als zuvor. Er müsse in den Anhörungen seine proeuropäische Haltung erst noch beweisen, hieß es. Die Fachausschüsse des Parlaments werden ab Oktober jeden Kandidaten prüfen und über dessen Eignung befinden. *(Siehe Seiten 2 und 8 sowie Wirtschaft, Seite 18.)*

Aufschub bei Intel sorgt für neuen Streit

itz./mas./moja. BERLIN/ASTANA. Nach der Ankündigung des Chipherstellers Intel, in Magdeburg seine Fabrik zwei Jahre später zu bauen, streitet die Koalition über die Konsequenzen. Finanzminister Christian Lindner (FDP) mahnte am Dienstag, nicht benötigte Mittel zu nutzen, um die Lücken im Haushalt zu reduzieren. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) warb dafür, das Geld „zum Wohle des Landes einzusetzen“. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vermied in Kasachstan jede Festlegung. *(Siehe Wirtschaft, Seiten 15 und 17.)*

Abschiebeflug nach Serbien und Mazedonien

F.A.Z. FRANKFURT. Am Hamburger Flughafen ist am Dienstag ein Charterflugzeug mit abgelehnten Asylbewerbern nach Serbien und Mazedonien gestartet. Darunter waren auch sieben Ausreisepflichtige aus Hamburg, wie die Hamburger Innenbehörde mitteilte. Sechs von ihnen stammen demnach aus Serbien, einer aus dem Kosovo. Die Federführung des Charterflugs lag bei dem Land Schleswig-Holstein. Bis Ende August wurden in Hamburg mehr als 1100 Menschen in ihre Heimatländer zurückgeführt. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Behörde insgesamt rund 1500 Rückführungen.

100 Millionen Euro Winterhilfe für Ukraine

F.A.Z. FRANKFURT. Deutschland unterstützt die Ukraine angesichts der russischen Angriffe auf deren Infrastruktur mit zusätzlichen 100 Millionen Euro Winterhilfe. Die Ukraine-Unterstützung sei „auch eine Unterstützung von Moldau und der europäischen Demokratie insgesamt“, sagte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) am Rande der 5. Unterstützerkonferenz für Moldau in der Hauptstadt Chişinău. Mit Blick auf die dortige Bevölkerung fügte sie hinzu: „Die größte Sorge hier der Menschen vor Ort ist, dass, wenn die Ukraine fällt, dann Moldau als nächstes Land dran ist.“ *(Siehe auch Seite 5.)*

Noch keine Entwarnung in Hochwassergebieten

löw./mwe. WIEN/ERFURT. Der nachlassende Regen und sinkende Pegelstände haben die Lage in den Hochwasserregionen in Mittel- und Osteuropa etwas entspannt. Doch von Entwarnung konnte am Dienstag noch keine Rede sein. Weiterhin waren in Österreich manche Dörfer nicht auf dem Landweg erreichbar, in der Tschechischen Republik wurden Menschen weiter vermisst. Insgesamt kamen bei den Überschwemmungen mindestens 21 Menschen ums Leben. Sachsen kam bislang glimpflich davon, die Pegelstände waren niedriger als befürchtet. *(Siehe Deutschland und die Welt.)*

Mit allem rechnen

Von Alfons Kaiser

Vor mehr als einem halben Jahrhundert traf die Stadt Wien einen weitsichtigen Entschluss. Man legte einen Seitenarm der Donau an. Als der Osten Österreichs nun von Regenmassen überschwemmt wurde, wie man sie selten sieht, blieb die Hauptstadt weitgehend verschont. Das Wasser trieb zwar auch durch die Straßen und überflutete die U-Bahn, aber floss vor allem auch durch die „Neue Donau“. Die Investition in das Entlastungsgewässer hatte sich gelohnt – ganz abgesehen davon, dass mit der Donauinsel auch ein einzigartiges Naherholungsgebiet entstanden ist.

Nicht jede Gemeinde an Donau, Elbe oder Rhein kann sich solche Investitionen leisten. Und viele Städte wie Dresden oder Köln sind so nah am Wasser gebaut, dass man nicht einfach einen Seitenarm anbauen kann. Aber aus dem Wiener Modell kann man trotzdem lernen, zum Beispiel, dass man nicht nur für ein Jahrhundert-, sondern für ein Jahrtausend-Hochwasser planen muss. Erst recht in Zeiten des Klimawandels, der zu einer globalen Erwärmung führt – und damit zu mehr Starkregenereignissen mit schweren Überschwemmungen. Laut dem Weltklimarat (IPCC) nehmen Extreme im Wasserkreislauf schneller zu als die durchschnittliche Veränderung im Klima. Für die Flüsse im dicht besiedelten West- und Mitteleuropa bedeutet das, sich mit bisher Unvorhergesehenem vertraut zu machen.

Es geht kein Weg daran vorbei, dass noch mehr in Deiche, Rückhaltesysteme und andere Schutzvorkehrungen investiert werden muss – auch wenn sich die Maßnahmen nicht innerhalb einer Legislaturperiode auszahlen. Die Natur einzudämmen, das Wasser zurückzudrängen und Land zu gewinnen war eine der historischen Menschheitsleistungen. Aber unter anderen Vorzeichen muss neu gedacht werden. Es beginnt mit den Auenlandschaften, die als Auslaufflächen zurückgewonnen werden müssen. Das heißt nicht, dass sie gar nicht mehr genutzt werden können. Im Gegenteil: So kann man sogar Nutzungen mit Erholungswert schaffen.

Merz macht's

Von Berthold Kohler

Der Kanzlerkandidat der Unionsparteien heißt, das war am Ende keine große Überraschung mehr, Friedrich Merz. Als Hendrik Wüst seinen Verzicht erklärt und zur Unterstützung des Bundesvorsitzenden der CDU aufgerufen hatte, musste dem CSU-Vorsitzenden Söder klar sein, dass sein Lebenstraum wieder nicht in Erfüllung geht.

Denn mit einer Einschätzung hatte der bayerische Ministerpräsident richtiggelegen: dass er nur auf den Schild steigen kann, wenn die größere Schwesterpartei ihn darum bittet. Anders als vor drei Jahren blieb das Flehen „Markus, hilf!“ jedoch völlig aus. Die CDU steht geschlossen hinter Merz. Söder hat, weil er bis zum letzten Moment auf einen Ruf aus der CDU wartete, sogar noch die Chance verpasst, derjenige zu sein, der Merz mit der Kandidatenkrone krönt.

Dennoch ist die Entscheidung nun für den bayerischen Ministerpräsidenten „fein“. Geradezu feierlich legte er abermals den Schwur ab, dass sich „2021“ nicht wiederholen werde. Er meinte damit sein fortgesetztes Sabotieren der Kandidatur Laschets, das der Union den Sieg kostete. Merz soll Söder schon vor einiger Zeit gewarnt haben: So wie mit dem Armin machst du es mit mir nicht! Das wird Söder auch aus der eigenen Partei empfohlen, von Mutigen. Kontrollieren kann Söder seine Neigung zum Schmutzeln aber nur selbst. Man wird sehen, ob er das ein ganzes Jahr lang durchhält.

Burgfrieden in der Union ist Grundvoraussetzung dafür, dass CDU und CSU in einem Jahr stärkste Kraft werden und den Kanzler stellen können. Auch der Absturz der Ampelparteien zeigt, wie unnachsichtig Wähler ständige Streitereien in der Öffentlichkeit bestrafen.

Merz braucht auf der langen Strecke bis zur Wahl natürlich auch die uneingeschränkte Unterstützung der eigenen Parteifreunde. Für Wüst, der sich das Kanzleramt ebenfalls zutraut, dafür aber noch Zeit hat, tritt Merz noch zu oft in Fettnäpfchen. Doch auch in Düsseldorf muss man anerkennen, dass die CDU unter der Führung von Merz in kurzer Zeit wieder Profil gewonnen hat. Das gilt insbesondere für das Thema Migration. Unter Merkel hatte die CDU auf diesem Feld die weiße Fahne gehisst, was zu tektonischen Verschiebungen in der politischen Landschaft führte.

Die in der CDU damals nicht nur von der Kanzlerin vertretene Meinung, dass Grenzen letztlich keine Bedeutung mehr hätten und ein Staat somit auch nicht mehr bestimmen könne, wer ins Land komme, ist Gift für das Ansehen einer Partei gewesen, die seit ihrer Gründung für „law and order“, für innere und äußere Sicherheit stand. Für die AfD dagegen war die Abkehr der CDU vom Leitbild eines starken und zur Selbstbehauptung entschlossenen Staates ein Konjunkturprogramm, das ihr bis heute zu Wachstum verhilft, weil auch die Ampel zu lange am migrationspolitischen Erbe Merkels festhielt.

Offene Flanken bietet die Koalition auch in der Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik. Da müssten Merz und sein Generalsekretär ebenfalls punkten können. Die SPD und die Grünen auf der anderen Seite werden ihr Bestes geben, um Merz als einen Mann von gestern darzustellen. Die Zeit zurückdrehen würde Merz freilich selbst dann nicht können, wenn er es wollte. Gleiches gälte übrigens auch für Söder, der politisch viel beweglicher ist, als es sich manche seiner Fans wün-

> Söder sichert dem Sieger Unterstützung zu. Wird er sich dieses Mal an seinen Schwur halten?

schen. In Berlin würde er zudem nur über die kleinste Hausmacht verfügen.

Nun aber werden alle Scheinwerfer auf Merz gerichtet. Beim Abarbeiten an ihm werden die Ampelparteien immer auch von der Frage gequält werden, wie es mit ihnen – so ihr Bündnis nicht noch vorher zerbricht – nach der Bundestagswahl weitergehen soll. Schneiden sie darin so schlecht ab wie in den aktuellen Umfragen, dann stehen sie vor der Entscheidung, in die Opposition zu gehen oder sich an einer Regierung Merz zu beteiligen.

Auch die Union würde sehr wahrscheinlich mindestens einen Koalitionspartner brauchen. Da hat die CSU schon Pflöcke eingeschlagen: Die Grünen kommen aus bayerischer Sicht so wenig infrage wie AfD und BSW. Söder machte auch beim gemeinsamen Auftritt klar, dass die mehrfach beteuerte Unterstützung für Merz im Erfolgsfall keinen Verzicht auf Mitsprache in Berlin bedeutet. Söders ausgewachsenes Ego hatte ihm den Blick darauf verstellt, dass ein CSU-Vorsitzender bayerische Interessen im Koalitionsausschuss viel entschiedener vertreten kann, wenn er nicht der Kanzler ist, der Kompromisse eingehen, schmieden und verteidigen muss; diese schmerzliche Erfahrung macht nicht erst die SPD.

Um in Bayern an der Macht zu bleiben, was auch Grundlage für das Mitmischen im Bund ist, muss die CSU aber als eine Kraft wahrgenommen werden, die wie eine Löwin für das Wohlergehen des Freistaats kämpft. Die K-Frage wurde nun beantwortet. Offen bleibt, wie lange Söder noch Freude daran haben wird, in München den Löwen zu geben, da er wieder und damit wahrscheinlich endgültig nicht Adler werden darf.

4 190295 403702 30038

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,50 € / Kanaren, Balearen 4,70 € / Schweiz 5,50 sfrs

Vorschläge für die Zusammensetzung der neuen Europäischen Kommission

Ursula von der Leyen
Kommissionspräsidentin

Teresa Ribera Rodríguez
Vizepräsidentin für sauberen, gerechten und wettbewerbsfähigen Übergang (Spanien)

Maroš Šefčovič
Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit, institutionelle Beziehungen und Transparenz (Slowakei)

Valdis Dombrovskis
Kommissar für Wirtschaft, Produktivität, Implementierung und Vereinfachung (Lettland)

Dubravka Šuica
Kommissarin für das Mittelmeer (Kroatien)

Henna Virkkunen
Vizepräsidentin für Sicherheit, Demokratie und Werte (Finnland)

Olivér Várhelyi
Kommissar für Gesundheit und Tierwohl (Ungarn)

Wopke Hoekstra
Kommissar für Klima, Netto-Null-Emissionen und sauberes Wachstum (Niederlande)

Andrius Kubilius
Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt (Litauen)

Marta Kos
Kommissarin für Erweiterung (Slowenien)

Stéphane Séjourné
Vizepräsident für Wohlstand und eine europäische Industriestrategie (Frankreich)

Jozef Síkela
Kommissar für internationale Partnerschaften (Tschechien)

Costas Kadis
Kommissar für Fischerei und Ozeane (Zypern)

Maria Luís Albuquerque
Kommissarin für Finanzdienstleistungen, für Sparen und Investieren (Portugal)

Hadja Lahbib
Kommissarin für Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement (Belgien)

Kaja Kallas
Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (Estland)

Magnus Brunner
Kommissar für innere Angelegenheiten und Migration (Österreich)

Jessika Roswall
Kommissarin für Umwelt, Wasserresilienz u. wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft (Schweden)

Piotr Serafin
Kommissar für Haushalt, Betrugsbekämpfung und öffentliche Verwaltung (Polen)

Dan Jørgensen
Kommissar für Energie und Wohnen (Dänemark)

Roxana Mînzatu
Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorausschau (Rumänien)

Ekaterina Zaharieva
Kommissarin für Start-Ups, Forschung und Innovation (Bulgarien)

Michael McGrath
Kommissar für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit (Irland)

Apostolos Tzitzikostas
Kommissar für nachhaltigen Verkehr und Tourismus (Griechenland)

Raffaele Fitto
Vizepräsident für Kohäsion und Reformen (Italien)

Christophe Hansen
Kommissar für Landwirtschaft und Ernährung (Luxemburg)

Glenn Micallef
Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport (Malta)

Quelle: Europäische Kommission / Fotos Reuters 3; AFP 3; EPA
F.A.Z.-Grafik Brocker

Distanz zu den Staaten, nah am Parlament

Von der Leyens neue Kommission bietet allerlei Überraschungen. Sie verankert damit ihre Macht.

Von Thomas Gutschker, Straßburg

Die Bildung der neuen EU-Kommission war eine schwere Geburt. Zwar dauerte es nicht neun Monate, sondern nur gut neun Wochen, bis das Kollegium der 27 Kommissare das Licht der Welt erblickte. Doch sprach Ursula von der Leyen nicht ohne Grund am Dienstag von „intensiven Wochen der Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten“. Die meisten von ihnen hatten sehr genaue Vorstellungen darüber, welches Ressort ihre Kandidaten übernehmen sollten. Mehr als zwanzig Mitgliedstaaten hätten sich ein starkes wirtschaftliches Portfolio gewünscht, sagte von der Leyen in Straßburg. So viele gibt es aber nicht. Schon deshalb hatte die Mutter der neuen Truppe, um im Bild zu bleiben, einige Überraschungen parat.

So sollen zwei bisherige Finanzminister die wichtigsten „innenpolitischen“ Ressorts übernehmen: Magnus Brunner aus Österreich als Innenkommissar, Michael McGrath aus Irland als Justizkommissar. Ihre Regierungen hatten andere Vorstellungen geäußert. Mit Brunner übernimmt nun freilich ein konservativer Politiker Verantwortung, dessen nationale Regierung sich dem Leitbild von der Festung Europa verpflichtet sieht. Ein klares Signal von der Leyens, dass sie auf eine weitere Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik setzt.

Brunner soll nicht nur die Rückkehr-Richtlinie überarbeiten und damit die Abschiebung von Straftätern erleichtern. In seinem Missionsschreiben, das die Aufgaben jedes Kommissars umreißt, steht auch, dass er die Suche nach „innovativen operativen Lösungen zur Bekämpfung der irregulären Migration“ leiten soll. Österreich gehört zu insgesamt 15 Ländern, die sich im Mai dafür aussprachen, Asylverfahren in Staaten außerhalb Europas auszulagern und Bewerber in Länder zurückzuschicken, zu denen sie keine Bindung aufweisen. Das hatte von der Leyen in ihrem Wahlkampf noch abgelehnt.

McGrath aus der liberalen Partei Fianna Fáil tritt als Justizkommissar die Nachfolge des Belgiers Didier Reynders an. McGrath wird nun die Rechtsstaatlichkeit bewahren müssen, insbesondere gegen Anfechtungen in Ungarn und der Slowakei. Vor allem gegenüber Bratislava dürfte die Kommission ihren Kurs verschärfen, intern erwogen wird etwa die Eröffnung eines neuen Verfahrens zum Schutz des EU-Haushalts. Dafür arbeiten der Justiz- und der Haushaltskommissar zusammen. Für das Budget ist mit Piotr Serafin ein enger Vertrauter des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk zuständig, der in Polen daran arbeitet, den Rechtsstaat wiederherzustellen. Diese Kombination ist keine gute Nachricht für Staaten, die versuchen, die Gewaltenteilung und richterliche Unabhängigkeit auszuhebeln.

Für von der Leyen ging es im Wesentlichen darum, sich gegenüber den Mitgliedstaaten zu behaupten. Ihre Autorität war angeschlagen, weil die meisten Staaten Männer vorgeschlagen hatten. Am Anfang der Verhandlungen seien nur sechs Frauen im Rennen gewesen, bekannte die Präsidentin und fügte hinzu: „Das war absolut inakzeptabel!“ Am Dienstag standen dann immerhin elf Frauen in ihrem Organigramm – ein Anteil von vierzig Prozent. Das konnte sie sich durchaus zugute halten, obwohl es weniger sind als während ihrer ersten Amtszeit. „Es gibt noch sehr viel mehr Arbeit zu tun“, sagte sie zum Thema Geschlechtergerechtigkeit.

Es war wohl genug Arbeit, um zu dokumentieren, dass die Präsidentin sich nicht von den Staaten auf der Nase herumtanzen lässt. Sie brachte eine Handvoll Mitgliedstaaten dazu, doch eine Frau vorzuschlagen, und belohnte sie im Gegenzug mit wichtigeren Zuständigkeiten. Das ist ihre Währung. So wird die slowenische Diplomatin Marta Kos, um deren Nominierung es bis zuletzt innenpolitischen Streit gab, nun für Erweiterung zuständig. Angesichts der bevorstehenden Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau und dem neuen Impetus für den westlichen Balkan wird das in den nächsten fünf Jahren ein Schlüsselressort sein.

Außerdem balancierte von der Leyen die leichte Schlagseite in ihrer Kommission dadurch aus, dass sie auf der Führungsebene der Vizepräsidenten vier Frauen und nur zwei Männer installierte. Bis auf Kaja Kallas, deren Rolle als Außenbeauftragte und Vizepräsidentin im EU-Vertrag festgelegt ist, tragen alle den Zusatz „exekutiv“. Das verschleiert die tatsächlichen Machtunterschiede. Drei Personen ragen heraus, weil sie nicht nur wichtige Zuständigkeiten haben, sondern zugleich das Bindeglied zu den politischen Familien sind, die von der Leyens Kommission tragen.

Teresa Ribera aus Spanien nimmt diese Aufgabe für die Sozialdemokraten wahr, die zweitstärkste Fraktion. Als „erste“ exekutive Vizepräsidentin ist sie die Stellvertreterin von der Leyens, so wie es lange Zeit Frans Timmermans war. Wie dieser wird sie mit dem Green Deal zu tun haben, der nun stärker in eine Industriestrategie eingebettet werden soll. Dafür wiederum ist Stéphane Séjourné zuständig, der von Präsident Macron anstelle von Thierry Breton nach Brüssel geschickt wird. Hier sind Konflikte vorgezeichnet, weil sich nicht nur beider Zuständigkeiten überschneiden. Séjourné ist zugleich der starke Mann der liberalen Fraktion Renew Europe, die er bis Jahresanfang geleitet hatte. Von der Leyen hat die Notwendigkeit zu einem Interessenausgleich zwischen Sozialdemokraten und Liberalen also schon in der Struktur ihrer Kommission verankert.

Das Bindeglied zur größten Fraktion im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei (EVP), war bisher der Lette Valdis Dombrovskis. Der gilt zwar als verlässlicher Manager, nicht aber als begnadeter Kommunikator. Er bleibt einfacher Kommissar, während die Finnin Henna Virkkunen nun die strategischen Interessen der EVP neben von der Leyen wahren soll. Die Christdemokratin Virkkunen wird auf der Ebene der Vizepräsidenten alle Fragen rund um technologische Souveränität und Sicherheit koordinieren.

Das betrifft auch jene Aspekte der Sicherheit, für die nicht die Außenbeauftragte Kallas zuständig ist. So hat von der Leyen ein neues Ressort für Verteidigung und Raumfahrt geschaffen, das an den früheren litauischen Regierungschef Andrius Kubilius geht. Der Name führt freilich etwas in die Irre, denn für gemeinsame Militäreinsätze der Mitgliedstaaten bleibt vertragsgemäß die Außenbeauftragte verantwortlich. Kubilius soll dagegen vor allem den Rüstungssektor und die militärische Mobilität stärken – diese Kompetenzen liegen bei der Kommission.

Von der Leyen beauftragt ihn, in den ersten hundert Tagen ihres neuen Mandats ein Weißbuch über die Zukunft der europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu schreiben, um notwendige Investitionen zu identifizieren. Er soll auch gemeinsame Verteidigungsprojekte voranbringen, etwa einen europäischen Luftverteidigungsschild. Hier wird sich die Frage stellen, ob der Mann aus Litauen eine Argumentationsvorlage für neue gemeinsame Schulden liefert. Führende Politiker des Landes haben sich dafür ausgesprochen, während Deutschland und die Niederlande strikt dagegen sind.

Insgesamt fällt auf, dass sich von der Leyen einerseits gegenüber den Staaten emanzipiert hat, indem sie viele Einzelwünsche ignorierte und die Frauenquote erhöhte. Andererseits hat sie sich enger als in ihrer ersten Amtszeit an das Europäische Parlament angelehnt. Schon bei ihrer Wiederwahl im Juli zeigte sich diese Tendenz. Von der Leyen kann sich keine wechselnden Mehrheiten mehr suchen, sie hängt künftig vor allem von ihrer eigenen Partei ab, der EVP, zu der sie lange Zeit ein gespaltenes Verhältnis hatte. Gegen deren Fraktionschef Manfred Weber wird keine Mehrheit möglich sein. Das gilt schon für die Anhörungen der Kommissare, die im Oktober beginnen sollen. In der ersten Runde benötigen sie ein positives Votum von zwei Dritteln der Koordinatoren aller Fraktionen in den jeweiligen Ausschüssen. Sollte eine zweite Runde nötig sein, reicht jedoch die einfache Mehrheit der Abgeordneten im Ausschuss.

Vor diesem Hintergrund ist die Rolle des Italieners Raffaele Fitto brisant. Von der Leyen hat den Vertrauten von Giorgia Meloni in die Riege der Vizepräsidenten aufgenommen, um die „Wichtigkeit Italiens“ abzubilden, wie sie sagte. Fitto wird für die milliardenschweren Kohäsionsfonds verantwortlich sein, außerdem für Reformen. Sozialdemokraten, Liberale und Grüne kritisierten seine herausgehobene Rolle am Dienstag abermals, wenn auch weniger scharf als zuvor. Sie befürchten nämlich einen anderen Effekt: dass Fitto das Bindeglied zur nationalkonservativen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) wird und sie strategisch in Vorschläge der Kommission einbinden könnte. Das käme einer Rechtsverschiebung gleich.

Genau daran arbeitet Weber. Er wittert die Chance auf neue Mehrheiten ohne die Grünen und hat dabei die Verhältnisse in vielen Mitgliedstaaten vor Augen. Fitto muss sich auf eine harte Anhörung einstellen. Doch hat der EVP-Chef ihm schon die Rückendeckung der Christdemokraten zugesagt. Wenn es hart auf hart kommt, könnte er den Italiener mit den Stimmen aller Fraktionen im rechten Spektrum durchsetzen.

Von der Leyen setzt voll auf Industriepolitik

Die Wettbewerbsfähigkeit soll in ihrer zweiten Amtszeit den Green Deal als Kernthema ablösen / *Von Hendrik Kafsack und Werner Mussler, Brüssel*

Die Mitgliedstaaten hatten klare Prioritäten, als sie im Sommer der EU-Kommissionspräsidentin ihre Kandidaten für ihre zweite Amtszeit präsentierten. „Zwanzig Staaten wollten ein starkes wirtschaftspolitisches Dossier“, sagte Ursula von der Leyen am Dienstag bei der Bekanntgabe ihrer neuen Mannschaft. So viele ökonomische Portfolios gebe es leider nicht, fügte sie hinzu. So mussten einige Kandidaten ihre Ambitionen begraben. Weder die Finanzminister Österreichs und Irlands, Magnus Brunner und Michael McGrath, noch der tschechische Industrieminister Jozef Síkela bekamen die Wirtschaftsdossiers, für die sie zuvor stark gehandelt worden waren.

Für die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in der Kommission ist weniger die Besetzung einzelner Ressorts entscheidend, sondern der Ressortzuschnitt, den von der Leyen gewählt hat. Daraus lässt sich ablesen, welche Schwerpunkte die Kommissionschefin in den kommenden fünf Jahren setzen möchte. Sie stellte in Straßburg noch einmal klar, dass Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit den Klimaschutz als Leitthema abgelöst hätten. Abstriche von der grünen Wende, die ihre erste Amtszeit bestimmte, will von der Leyen dennoch nicht machen. Das Mittel zur Verfolgung all dieser Ziele ist für sie eine aktive Industriepolitik, mit der gezielten Förderung von Investitionen in staatlich definierte Zukunftstechnologien und dem Schutz vor ausländischer Konkurrenz, allen voran aus China.

Zwei der nun sechs geschäftsführenden Vizepräsidenten sind ganz darauf zugeschnitten. Die spanische Sozialdemokratin Teresa Ribera, schon bisher aktive Verfechterin des Green Deals, erhält eine Art Super-Zuständigkeit für den „grünen, gerechten und wettbewerbsfähigen Wandel“. Von der Leyen hat ihr den Auftrag erteilt, die gleichzeitige Dekarbonisierung und Industrialisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Zusätzlich ist Ribera für die Wettbewerbspolitik zuständig. Das lässt sich so lesen, dass der Wettbewerb künftig in den Dienst der anderen Verantwortlichkeiten der Spanierin gestellt wird.

Diese Doppelzuständigkeit ist insofern nichts Neues, als auch in der aktuellen Kommission mit Margrethe Vestager eine geschäftsführende Vizepräsidentin auch Wettbewerbskommissarin ist. Schon das stieß auf Kritik, da die Wettbewerbspolitik unabhängig von politischen Überlegungen erfolgen sollte. Vestager hatte dieses Amt aber schon inne, bevor sie von der einfachen Kommissarin zur Vizepräsidentin aufstieg. Dass von der Leyen an der Doppelrolle der Wettbewerbskommissarin festhält, war so nicht erwartet worden.

Eine stärkere industriepolitische Ausrichtung lässt auch die Berufung des neuen französischen Kandidaten Stéphane Séjourné zum geschäftsführenden Vizepräsidenten für „Wohlstand und Industriestrategie“ erwarten. Dem am Montag im Streit mit von der Leyen zurückgetretenen Binnenmarktkommissar Thierry Breton hätte das Dossier sicher gefallen. Séjourné, dessen Wirtschaftskompetenz geringer ist als jene Bretons, dürfte als enger Vertrauter des französischen Präsidenten Emmanuel Macron dessen industriepolitische Philosophie in die Kommission tragen.

Drei weitere geschäftsführende Vizepräsidenten sind mindestens zum Teil in die industriepolitische Strategie von der Leyens eingebunden. So ist die Finnin Henna Virkkunen nicht nur für „Sicherheit, Demokratie und Werte“ zuständig, sondern auch für „technische Souveränität“ sowie für „digitale und Grenztechnologien“. Ähnlich vage hat von der Leyen das Portfolio der Rumänin Roxana Mînzatu umschrieben. Sie soll geschäftsführende Vizepräsidentin für „Fachkräfte, Kompetenzen und Vorausschau“ werden. Darunter fallen auch „hochwertige Arbeitsplätze und soziale Rechte“.

Dem rechtskonservativen Italiener Raffaele Fitto hat von der Leyen nur auf den ersten Blick geringere Zuständigkeiten zugestanden als von dessen Regierung erhofft. Fitto soll für „Kohäsion und Reformen“ zuständig sein. Die Kommissionschefin ließ durchblicken, dass dieser Ressortzuschnitt in etwa dem der bisherigen Regionalkommissarin entspreche. Die Portugiesin Elisa Ferreira trat in der aktuellen Kommission selten hervor. Andererseits soll Fitto auch für die Umsetzung der Mittelvergabe aus dem Corona-Aufbaufonds zuständig sein, von dem Italien besonders stark profitiert. In der Aufgabenbeschreibung wird der Fonds zudem als Vorbild für die Kohäsionspolitik genannt. Es gibt in der Kommission seit einer Weile Überlegungen, die Förderung der Regionen neu zu gestalten und den Staaten wie beim Corona-Fonds nicht konkrete Projekte zu erstatten, sondern sie für wirtschaftspolitische Reformen zu belohnen.

Bei der Umsetzung dieser Reformen wird der Büroleiter des damaligen Ratspräsidenten Donald Tusk, der Pole Piotr Serafin, eine zentrale Rolle spielen. Er soll als Haushaltskommissar den mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 ausarbeiten, das polnische Wunschressort. Er soll dafür „alle Quellen für eine ausreichende und langfristige Finanzierung“ des Haushalts prüfen, wie es in seiner Rollenbeschreibung heißt. Das lässt die Tür für neue EU-Schulden offen. Zudem muss er überwachen, ob die Staaten die Rechtsstaatlichkeit respektieren.

Auch auf der zweiten Ebene der einzelnen Kommissare setzt sich die Verschränkung klassischer Dossiers mit industriepolitischen Vorgaben fort. Der bisherige Vizepräsident Maroš Šefčovič ist nicht einfach nur Handelskommissar, sondern Kommissar für Handel und den Schutz der Wirtschaft. Deutlicher hätte von der Leyen nicht machen können, dass die EU noch weiter von dem einstigen Ideal offener Märkte abrücken und ihre Wirtschaft im Zweifelsfalls vor unliebsamer Konkurrenz schützen soll. In der Aufgabenbeschreibung für Šefčovič hebt von der Leyen den Schutz „fairer Wettbewerbsbedingungen“ und den Schutz vor chinesischen Überkapazitäten hervor.

Jenseits des Dossierzuschnitts spiegelt sich die wirtschaftspolitische Linie von der Leyens auch in der Rolle, die sie den verbliebenen dezidiert liberalen Stimmen zugesteht. Der erfahrene bisherige Wirtschaftsvizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis ist „nur“ noch einfacher Kommissar für Wirtschaft. Er tritt damit in gewisser Weise die Nachfolge seines bisherigen „Untergebenen“ Paolo Gentiloni an. In dieser Rolle ist er immerhin – anders als bisher Gentiloni – allein zuständig. Zudem soll er die wichtige, wenn auch undankbare Aufgabe erhalten, die Bürokratie abzubauen. Auch der Niederländer Wopke Hoekstra hat nicht das erhoffte wichtige Wirtschaftsdossier erhalten. Er wird wie bisher die Klimapolitik betreuen und bekommt zusätzlich die Zuständigkeit für die Steuerpolitik. Hoekstra soll das Versprechen von der Leyens einlösen, dass nach 2035 noch mit E-Fuels betankte Autos mit Verbrennungsmotor zugelassen werden können.

Unstreitig dürfte die Kompetenz der Portugiesin Maria Luís Albuquerque sein, die das Finanzmarktressort übernehmen soll. Als portugiesische Finanzministerin während der Eurokrise von 2013 bis 2015 setzte sie einen Kurs durch, der ihrem Land die frühzeitige Rückzahlung der Hilfskredite des Internationalen Währungsfonds erlaubte. Ebenfalls schon Erfahrung in ihren Dossiers haben der designierte Agrarkommissar, der Luxemburger Christophe Hansen, und der dänische Energiekommissar, Dan Jørgensen. Hansen soll die Ergebnisse des Strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft umsetzen. Jørgensen soll die Energieunion voranbringen und prüfen, welchen Beitrag die EU dazu leisten kann, die Wohnungskosten zu senken.

Die Stunde der Wahrheit

Das Gespann Merz-Söder hat eine erste Hürde genommen: Der CSU-Vorsitzende ruft den CDU-Vorsitzenden als Kanzlerkandidaten aus. Der Termin bleibt bis zum Schluss ein Geheimnis. Und von ferne winken Wüst und Günther.

Zwei Chefs: *Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz und der CSU-Vorsitzende Markus Söder am Dienstag in Berlin* Foto dpa

Von Reiner Burger, Timo Frasch, Eckart Lohse und Julian Staib

Der Zuhörer horcht kurz auf. Es ist spät am Montagabend. Friedrich Merz wird in der Essener Philharmonie nach einer staatsmännischen Rede und anschließender Diskussion beim „Politischen Forum Ruhr“ vom Moderator verabschiedet. Jetzt habe er noch genug Zeit, nach Berlin zurückzukehren, sagt der zum Gast. Warum muss der CDU-Vorsitzende mitten in der Nacht noch zurück? Der Bundestag hat keine Sitzungswoche. Was kann so wichtig sein?

Um Punkt 9 Uhr am Dienstag wird die Frage von der CSU beantwortet. Sie verschickt eine Einladung zur Pressekonferenz mit den Vorsitzenden von CSU und CDU, Markus Söder und Friedrich Merz, in der bayerischen Landesvertretung in Berlin. Für 12 Uhr mittags, High Noon. Doch anders als im gleichnamigen Western geht es nicht um einen Showdown zweier Feinde, sondern um das Gegenteil. Nachdem am Vorabend der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst mitgeteilt hat, er unterstütze die Kanzlerkandidatur von Merz und wolle bei der Wahl 2025 nicht antreten, kann es nur um ein Thema gehen. Halblaut wird es vorher schon bestätigt: Auch Söder wird Merz als Kandidaten vorschlagen. Einen Streit wie vor der Wahl 2021 soll es nicht wieder geben.

Söder, der auch gerne Kandidat geworden wäre, bringt es schnell hinter sich. „Um es kurz zu machen: Die K-Frage ist entschieden“, beginnt er seinen Auftritt. „Friedrich Merz macht’s. Ich bin fein damit.“ Die Hoffnung der Ampel darauf, dass die Union sich wie beim vorigen Mal zerstreite, wolle er nicht erfüllen. Dann noch ein kurzer Werbeblock in eigener Sache: Beide Parteivorsitzenden seien als Kandidaten geeignet. Doch habe die CDU als größere Schwester das Anrecht, zuzugreifen. Merz mache von diesem Recht Gebrauch. Die CSU akzeptiere das. Söder verspricht Merz „volle Rückendeckung“.

Dann ist Merz dran. Er bedankt sich bei Söder für die „freundschaftliche Zusammenarbeit“, beteuert wie der CSU-Vorsitzende, dass sich ein Streit wie 2021 nicht wiederholen soll. Es folgt eine Verbeugung vor den Parteigremien, denen seine Kandidatur vorgeschlagen werden solle. Er wolle nicht vorgreifen. Am Montag kommen die Vorstände von CDU und CSU zu ihren geplanten Sitzungen zusammen. Alles andere als eine breite Unterstützung für Merz wäre eine Überraschung.

Sollte Söder dieses Mal wirklich friedlich und konstruktiv bleiben, wäre eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Unionswahlkampfs erfüllt. Lange hat Söder versucht, in der K-Frage auf Zeit zu spielen. Noch am Montag hatte die „Süddeutsche Zeitung“ vor der Pressekonferenz aus „CSU-Kreisen“ zitiert, es bleibe dabei, dass sich Merz und Söder „in einem persönlichen Gespräch bis Ende Oktober auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigen“. Tatsächlich liegt das Datum „Ende Oktober“ recht weit weg von dem, was zuvor wahlweise auf „Spätsommer“ oder „nach den Landtagswahlen im Osten“ terminiert wurde. Die dritte von ihnen findet erst am Sonntag in Brandenburg statt.

Offenbar hatte Söder bisher gehofft, dass die komplizierten Versuche der CDU-Kollegen, in Sachsen und Thüringen eine Regierung zu bilden, auch Merz noch ins Straucheln bringen können. Zur Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion, die in dieser Woche in Kloster Banz stattfindet, sind sowohl Mario Voigt aus Thüringen als auch der Sachse Michael Kretschmer eingeladen. Davon dürfte sich Söder eine gewisse Dynamik in seine Richtung erhofft haben – der Osten stand 2021 eher auf seiner Seite. Am 30. September werden die CSU-Bundestagsabgeordneten zur Wahlkampfbesprechung in München erwartet, am 11./12. Oktober ist CSU-Parteitag – alles Termine, die eine schöne Steigerungskurve hin zu einer Söder-Kür hätten ergeben können.

Doch es kommt anders. Kretschmer sagt seine Klausurteilnahme ab – angeblich wegen der Sondierungsgespräche. Und Wüst erklärt seine Unterstützung für Merz, offenbar ohne Abstimmung mit Söder. Wäre derlei 2021 passiert, wäre die Sache vermutlich so gelaufen: Ein CSU-Bundestagsabgeordneter nach dem anderen hätte Pfeile auf die Schwesterpartei geschossen. Ein wichtiger CSU-Mann hätte womöglich gesagt, das sei ja sehr schön, dass ein Landesverband wie Nordrhein-Westfalen für den CDU-Kandidaten sei, es gebe aber diesen und jenen Landesverband, der sich für Söder ausspreche. Söders Problem im Jahr 2024: Es gibt keinen Landesverband, der dazu bereit wäre.

Am Dienstag strahlen die Verantwortlichen in CDU und CSU über den gelungenen Coup. Tatsächlich ist es in einer so heiklen Frage wie der Kanzlerkandidatur keine Selbstverständlichkeit, dass ein Toptermin wie der Auftritt von Söder und Merz bis zur offiziellen Ankündigung geheim bleibt. Fragen nach den Abläufen, wann also was geplant und wer einbezogen wurde, bleiben unbeantwortet. Man müsse das bitte verstehen, sagt einer, der vermutlich eingeweiht war. Der Auftritt in der bayerischen Landesvertretung wird zwar als Pressekonferenz angekündigt. Doch Fragen der Journalisten sind nicht zugelassen, anders als es bei Pressekonferenzen üblich ist.

Die Frage, die auf besonderes Interesse stößt, ist die, ob der Auftritt von Merz und Söder eine Reaktion auf die Äußerungen von Wüst am Montagabend war. Der Termin sei „nicht spontan“ angesetzt worden, versucht Söder den Eindruck zu zerstreuen, er habe unter dem Druck von Wüst gehandelt. Vom Wochenende ist vage die Rede. Da hätten sich die beiden Parteivorsitzenden auf den Dienstag verständigt. Aus der CSU wird am Dienstag kolportiert, dass Söder sich schon am Montag zu Gesprächen mit Merz getroffen habe und dass der Schachzug Wüsts bestenfalls ohne Belang gewesen sei, eher schon: bedeutungshuberisch. Auch das ist denkbar: dass Wüst von dem Termin erfuhr und selbst nicht als Getriebener dastehen wollte.

Wüst dürfte in den vergangenen Tagen klar geworden sein, dass er kaum noch Chancen im Kandidatenrennen hatte, eine Einigung zwischen Merz und Söder kurz bevorstehen würde und es also höchste Zeit für eine Selbsterklärung war, um größtmöglichen Einfluss auf das weitere Verfahren und auf die programmatische Ausrichtung der Partei im Bundestagswahlkampf zu behalten. Selbstbewusst präsentiert er sich am Montagabend in der Zentrale der nordrhein-westfälischen CDU in Düsseldorf als Königsmacher, der er ein Stück weit ist. Denn Merz hatte in der Union bisher keine klassische Hausmacht, er führt keinen CDU-Landesverband und konnte sich bis Montagabend auch nicht der Loyalität seines eigenen Heimatverbands sicher sein. Dass sich mit Wüst nun der mit Abstand größte CDU-Landesverband hinter ihn stellt, markiert für den weiteren Verlauf des Kandidatenrennens mit Söder den entscheidenden Unterschied.

Wüst präsentiert sich am Montag zugleich als selbstloser Versöhner und erweckte den Eindruck, Söder unter Zugzwang zu setzen: „Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die CSU Friedrich Merz als gemeinsamen und starken Kandidaten unterstützt. Ich bin mir sicher, dass diese Geschlossenheit zwischen den Unionsschwestern unsere gemeinsamen Wahlchancen enorm erhöhen würde“, sagt er 18 Stunden vor dem Söder-Merz-Auftritt. Die Wahl 2021 habe gezeigt, dass die Voraussetzung für den Wahlerfolg die Geschlossenheit der Union sei. Freundlich lächelnd legt er die Latte hoch: „Ich bin ganz bei Friedrich Merz, wenn er von einem Potential der Union von 35 Prozent und mehr spricht.“

Mit seinem Auftritt festigt der 49 Jahre alte nordrhein-westfälische Ministerpräsident seine Rolle als Kronprinz – gerade auch für den Fall, dass der zwanzig Jahre ältere Merz im kommenden Jahr Kanzler wird. Die Kandidatur schließt Wüst am Montagabend ausdrücklich nur für 2025 aus, nur „aktuell und unter den gegebenen Umständen“ stehe er nicht zur Verfügung. Dass Wüst sich durchaus hätte vorstellen können, schon diesmal anzutreten, macht er in seinem Statement mehrfach deutlich. Viele Menschen hätten den Wunsch geäußert, er möge auch über Nordrhein-Westfalen hinaus Verantwortung übernehmen. Auch aus anderen CDU-Landesverbänden sei er ermutigt worden. „Es lässt einen auch nicht unbeeindruckt, wenn Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft auf einen zugehen und sagen: meine Unterstützung haben Sie – übrigens oft junge Menschen.“ Auch den Umstand, dass Merz bei Persönlichkeitsumfragen schlechter als er abschnitt, erwähnt Wüst. Es freue ihn „natürlich sehr, wenn Umfragen eine hohe Zustimmung zu meiner Person und meinem Politikstil ausweisen – nicht nur unter CDU-Mitgliedern, sondern auch in der breiten Bevölkerung“.

Sodann hebt Wüst die Angelegenheit auf eine allgemein staatspolitische Ebene, indem er daran erinnert, dass ein Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes immer auch ein potentieller Kanzlerkandidat sei. Wer das große Land Nordrhein-Westfalen regiere, müsse auch bereit sein, für die ganze Nation Verantwortung zu übernehmen. „Das gilt auch für mich.“ Nur seine sozialdemokratische Vor-Vorgängerin Hannelore Kraft hielt das anders. Auch diesen Seitenhieb gönnt sich Wüst am Montagabend. Man solle „nie nie sagen“, äußert er in Anspielung auf die Worte, mit denen Kraft vor zehn Jahren kategorisch ausschloss, Kanzlerkandidatin der SPD zu werden.

Bei inhaltlichen Fragen will Wüst ein entscheidendes Wörtchen mitreden. Denn die CDU brauche nicht nur richtige personelle, sondern auch eine überzeugende programmatische Aufstellung. Er und Merz seien sich einig, dass die CDU als Volkspartei breit aufgestellt sein müsse, sagt Wüst und zitiert aus seinem im vorigen Jahr erschienenen Gastbeitrag für die F.A.Z.: „Unser Herz schlägt in der Mitte.“ Auf dem Weg in die Regierungsverantwortung solle sich die CDU daran orientieren, was die Kanzler Helmut Kohl und Angela Merkel vorgemacht hätten. „Sie sicherten durch eine Politik von Modernität und Ausgleich über Jahrzehnte hinweg unsere Mehrheitsfähigkeit.“ Durch den Beitrag und durch flankierende Interviewäußerungen war der Eindruck entstanden, der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende grenze sich vom Kurs des langjährigen Merkel-Rivalen Merz ab und wolle ihm die Kanzlerkandidatur streitig machen.

Fragt man Wüst am Tag nach seiner Verzichtserklärung, ob er es wie Söder gemacht habe, dann sagt er, die entscheidende Frage für ihn sei gewesen, welchen Beitrag er für die Ablösung der „schlechtesten Regierung der Bundesrepublik Deutschland“ habe leisten können. Antwort: „mein Beitrag ist Geschlossenheit“. Wüst steht am Dienstag in Kiel. Durch die Fenster sind die Segelboote auf der Förde zu sehen. Hier im Institut für Weltwirtschaft kommt sein Kabinett mit jenem von CDU-Ministerpräsident Daniel Günther zusammen. Später fahren alle gemeinsam mit Barkassen über die Kieler Förde, um sich im Geomar-Forschungszentrum über die Rolle des Ozeans im Kampf gegen den Klimawandel zu informieren. Nun liegt NRW nicht am Meer. Überhaupt verbindet das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen und das Flächenland Schleswig-Holstein relativ wenig. Die beiden Ministerpräsidenten aber verbindet viel: Beide sind noch relativ jung, gelten in der CDU als vergleichsweise liberal und regieren mit den Grünen.

Söder, der Grünen-Gegner, lebt aus Kieler wie Düsseldorfer Sicht auf einem anderen Planeten. Am Dienstag wirkt das Treffen von Wüst und Günther zuweilen wie ein Versuch, nun, da Merz das Rennen macht, eine Tür zu den Grünen weiter offen zu halten. Schwarz-Grün sei kein Auslaufmodell, im Gegenteil, sagt Günther. Seine CDU arbeite „extrem vertrauensvoll“ mit den Grünen zusammen. Und: „Die Grünen sind selbstverständlich auch nach der Bundestagswahl ein möglicher Koalitionspartner.“ Günther hätte sich wohl auch Wüst gut als Kanzlerkandidaten vorstellen können. Das sagt er zwar nicht so direkt. Sondern: „Viele Menschen in Schleswig-Holstein“ hätten Wüst ermutigt, zu kandidieren. Er habe „überhaupt keinen Zweifel“, dass Wüst auch ein hervorragender Kanzlerkandidat gewesen wäre. Doch mit Wüsts Entscheidung gegen eine Kandidatur sei nun klar, dass er Merz unterstützen werde, so Günther. Mit diesem als Kanzlerkandidaten könne die CDU noch deutlich mehr Stimmen erhalten, als die Umfragen derzeit wiedergäben.

Er war noch nicht fertig mit der Politik

Als Merkel ihren Rückzug einleitete, bewies Merz die Steherqualitäten, die er nach 2002 nicht gezeigt hatte / *Von Eckart Lohse, Berlin*

Nun ist es geschafft. Friedrich Merz erfüllt sich mit 68 Jahren den Lebenstraum, Kanzlerkandidat zu werden. Wenn sich das Blatt nicht vollkommen wendet, hat der CDU-Politiker beste Aussichten, Ende nächsten Jahres zum Bundeskanzler gewählt zu werden.

Merz hat einen langen Weg hinter sich, seit er 2002 nicht wieder zum Vorsitzenden der Unionsfraktion gewählt wurde, sondern stattdessen Angela Merkel. Während ihrer ersten Legislaturperiode als Kanzlerin blieb er noch Mitglied des Bundestages. Aber nach Merkels Wahl im Jahr 2005 zog er sich mehr und mehr zurück. 2009 bewarb er sich nicht mehr um ein Mandat, sondern arbeitete als Anwalt und Berater. Wirklich den Rücken kehrte er der Politik jedoch nicht. Immer wieder mischte er sich mit öffentlichen Äußerungen ein. Beispielsweise 2011, als er den überraschenden Verzicht der Merkel-Regierung auf die Atomstromerzeugung kritisierte.

Obwohl also beim genauen Hinsehen zu spüren war, dass Friedrich Merz noch nicht fertig war mit der Politik, obwohl er im Kreise derjenigen, die Merkel skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, ermuntert wurde, der Politik weiter zur Verfügung zu stehen, war das, was am Vormittag des 29. Oktobers 2018 geschah, für das breitere Publikum eine Überraschung. Die kam zunächst nicht von Merz, sondern von Merkel. Am Tag zuvor hatte die CDU bei der hessischen Landtagswahl schwere Verluste erlitten. Eine Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden blieb zwar möglich. Aber nachdem weitere zwei Wochen vorher die CSU bei der Landtagswahl in Bayern die absolute Mehrheit verloren und das schlechteste Ergebnis seit 1950 erzielt hatte und der Streit in der Union über Merkels Migrationspolitik wieder voll aufgeflammt war, leitete Merkel ihren Rückzug ein. Am Tag nach der Hessenwahl verkündete sie, im Dezember nicht wieder für den CDU-Vorsitz kandidieren zu wollen. Sie verband das mit der Bereitschaft, bis zur regulären nächsten Bundestagswahl 2021 Kanzlerin zu bleiben. Die Formulierung beinhaltete die Möglichkeit eines früheren Endes. Zu diesem kam es nicht.

Und Merz? Christdemokraten wie der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch und der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sprachen hinter den Kulissen über die Zeit nach Merkel und die Zukunft von Merz. Vor allem Schäuble, der mit Merz befreundet war, mischte mit. Jutta Falke-Ischinger und Daniel Goffart beschreiben in ihrem 2022 erschienenen Buch über Merz, dass Schäuble in den Tagen vor der Wahl in Hessen SMS mit dem in Amerika weilenden Merz ausgetauscht habe. „Bis Sonntag musst Du Dich entschieden haben“, soll Schäuble seinem Freund Merz geschrieben haben. „Hast recht, bin vorbereitet“, habe die Antwort von Merz gelautet. Kaum hatte Merkel am Montag nach der Hessen-Wahl in den Führungsgremien der CDU ihren Rückzug angekündigt, vermeldete die „Bild“-Zeitung, dass Merz für den Vorsitz kandieren wolle. Merz hat Merkel nicht herausgefordert, solange sie fest im Sattel saß. Erst als sie den Rückzug antrat, hob er die Hand.

Öffentlich hat sich Schäuble deutlich für Merz eingesetzt. Wenige Tag vor dem Parteitag im Dezember 2018 in Hamburg, auf dem über die Nachfolge Merkels entschieden werden sollte, hatte Merz ein Interview mit der F.A.Z. vereinbart. Doch dann meldete sich Schäuble bei der Zeitung und teilte mit, er werde stattdessen das Interview geben. Er warb dafür, dass Merz CDU-Vorsitzender werden solle, und sagte zunächst, es gehe jetzt nicht um die Kanzlerschaft. Dann aber doch die Formulierung, dass es „das Beste für das Land“ wäre, würde Merz zum Parteichef gewählt. Da schwang die Kanzlerschaft mit. Am Ende entschied sich eine knappe Mehrheit der Parteitagsdelegierten in Hamburg für Annegret Kramp-Karrenbauer als neue CDU-Chefin. Carsten Linnemann, Wirtschaftspolitiker und Merz-Anhänger, rief ihm hinterher, er solle dabeibleiben. Merz hingegen verließ den Parteitag frühzeitig, weil in Berlin eine Veranstaltung der Atlantikbrücke auf ihn wartete.

Für einen Moment sah es so aus, als bliebe die CDU auf Merkel-Kurs. Als Kramp-Karrenbauer gewählt war, wirkte die Kanzlerin so, als freue sie das. Doch spätestens als die Nachfolgerin in der Parteizentrale eine zweitägige Veranstaltung abhielt, in der über Merkels Flüchtlingspolitik geredet wurde, war klar, dass es keine gerade Linie geben würde, in der die bislang zweite Frau an der CDU-Spitze die Politik der ersten einfach fortsetzen würde. Während die beiden Frauen sich immer mehr entfremdeten, zeigte Merz die Steherqualitäten, die er bei der Verteidigung des Fraktionsvorsitzes gegen Merkel 2002 und danach hatte vermissen lassen.

Als Kramp-Karrenbauer 2020 hinwarf, machte Merz auch bei dem durch die Corona-Pandemie erschwerten Kampf um die Nachfolge wieder mit. Und sogar als er im zweiten Anlauf Richtung Konrad-Adenauer-Haus unterlag, steckte er nicht auf. Nach der Wahlniederlage der CDU und ihres Kanzlerkandidaten Armin Laschet im Herbst 2021 schickte Merz sich abermals an, Parteichef zu werden. Dieses Mal mit Erfolg. Erst als Merkel nicht mehr da war, traute sich ein CDU-Parteitag, mit mehr als 94 Prozent den Mann zu wählen, dem offenbar mehr Christdemokraten nachgeweint hatten, als es nach außen hin in den 16 Kanzlerinnenjahren schien.

Merz bekam in jenen drei Jahren, in denen Merkel noch Kanzlerin, aber nicht mehr Vorsitzende war, hervorragendes Anschauungsmaterial in Sachen Machterwerb zu sehen. War Kramp-Karrenbauer noch im Wesentlichen an sich selbst gescheitert, so machte ihr Nachfolger Laschet als Vorsitzender und Kanzlerkandidat zwar auch Fehler. Aber entscheidend für die tiefe Zerstrittenheit, die die Union schließlich 2021 in die Wahlniederlage führte, war die destruktive Kraft, die der bayerische Ministerpräsident Markus Söder entfaltete. Lange hatte er behauptet, er wolle in Bayern bleiben, bis er schließlich doch aus der Deckung kam und nach der Kandidatur griff. Auch als die Entscheidung zugunsten Laschets gefallen war, gab er keine Ruhe.

Erstens schweißte dieses Erlebnis die CDU zusammen. Zweitens wusste Merz, was er am meisten zu fürchten hatte: den CSU-Vorsitzenden Söder. Nicht nur diese Erfahrung stärkte den CDU-Chef. Anders als Laschet hat er die Partei fest im Griff. Nach Söder rief schon lange niemand mehr in der CDU, auch nicht in der CSU. Und der Versuch des bayerischen Ministerpräsidenten vor der Wahl 2021, die Unionsfraktion hinter sich zu bringen, konnte nicht wiederholt werden. Anders als Laschet ist Merz der unbestrittene Anführer der Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU. Auf diesem festen Untergrund musste der CDU-Vorsitzende nur noch den richtigen Moment suchen, um Söder endgültig klarzumachen, wer die Union in den Kampf gegen den schwer angeschlagenen Kanzler Scholz führen würde. Den hat er nun gefunden.

Alles auf Woidke

Der Ministerpräsident von Brandenburg ist sicher: Er kann die Landtagswahl nur gewinnen, wenn sie nicht zur Abstimmung über die Ampel wird. Aber wie soll das gehen?

Von Friederike Haupt, Berlin/Potsdam/Cottbus

Will weiterregieren: *Dietmar Woidke zwischen Matthias Platzeck und Katrin Lange auf einem SPD-Fest in Potsdam* Foto Imago

Dietmar Woidke gegen die AfD, so einfach ist es am Ende. Der Ministerpräsident von Brandenburg will gegen die Partei, die in Umfragen gerade stärkste Kraft ist im Land, im Alleingang gewinnen. Wobei er selbst nicht von Alleingang spricht; so, wie Autorennfahrer auch stets betonen, dass sie ohne ihr Team nichts wären: Reifen wechseln, tanken, reparieren. Aber am Steuer sitzt einer allein.

Spätsommer, ein Fest der Brandenburger SPD, Burger und Aperol am Rande von Potsdam: Woidke, 62, betritt die Bühne und dankt zuerst ganz vielen Gästen. Seiner Finanzministerin, seiner Landtagspräsidentin, seinem Fraktionsvorsitzenden, der saarländischen Amtskollegin Anke Rehlinger, seinem Amtsvorgänger Matthias Platzeck, Gewerkschaftern, Polizisten, schließlich noch der CDU-Politikerin Rita Süssmuth, die ihn zur Wahl empfiehlt. Nur von einem ist keine Rede: Bundeskanzler Olaf Scholz, der auch gleich noch hier eintreffen wird. Wo andere stolz den Stargast ankündigen würden, schweigt Woidke von ihm. Er kann Scholz aushalten, das schon – gebrauchen eher nicht.

Deswegen verzichtet er auch auf gemeinsame Wahlkampfauftritte. Scholz ist davon nicht begeistert, und auch manche in der Landes-SPD finden, das sei schon ganz schön hart. Aber Woidke ist sicher: Entweder gewinnt er als Woidke, oder er gewinnt gar nicht. Darum steht auf den Plakaten mit Woidkes Gesicht auch: „Wer Woidke will, wählt SPD“, was so klingt, als sei die SPD das Übel, das derjenige in Kauf nehmen müsse, der seinen Ministerpräsidenten behalten wolle. Dabei fremdelt dieser nicht mit seiner Partei, sondern mit ihrer Performance in der Bundesregierung. Und gerade, weil seine Konkurrenten von der AfD und der CDU die Landtagswahl zur Abstimmung über die Ampel im Bund ausgerufen haben, hält Woidke dagegen. Es gehe um Brandenburg. Um Brandenburg! Er muss das sehr oft und sehr nachdrücklich sagen, um hier und da durchzudringen.

Um es noch deutlicher zu machen, hat Woidke klargestellt, dass mit ihm nicht beides zu haben sei: eine Abstrafung der Bundesregierung mittels Wahl der AfD zur stärksten Kraft und zugleich Stabilität im Land durch einen bewährten Ministerpräsidenten, der mit einer auf Platz zwei verwiesenen SPD eine Regierung zusammenkratzt. Entweder gewinnt Woidke, oder er geht. Das hat er schon vor Wochen angekündigt, es hat sich rumgesprochen im Land. Manche AfD-Sympathisanten bedauern es. Der Spitzenkandidat der AfD ist weitgehend unbekannt. „Wenn Glatze, dann Woidke“, lautet ein weiterer Slogan der SPD. Rechtsruck verhindern – mit Sie-wissen-schon-wem.

Woidke ist kein eitler Typ, er stammt von einem Bauernhof in der Lausitz, ist promovierter Agraringenieur; einer, der lieber am Schreibtisch sitzt als in Talkshows, schon, weil die erst abends laufen. Abendtermine mag Woidke nicht, auch wegen ihres Charakters, der oft eher auf Gesehenwerden zielt. Der Ministerpräsident findet, es könne sich doch statt seiner selbst seine Arbeit sehen lassen, der Zustand von Brandenburg nach elf Jahren mit ihm an der Spitze: Die Wirtschaft wächst, und das stärker als anderswo, die Arbeitslosenzahl ist auf einem Tiefstand, der Durchschnittslohn ist höher als in den anderen Ostländern. Tesla ist gekommen, Cottbus hat das modernste Bahnwerk Europas, und ständig kommt etwas Neues dazu.

Zum Beispiel die angeblich modernste Notaufnahme Europas, ebenfalls in Cottbus. Woidke ist an diesem Septembertag angereist, um sie zu eröffnen. Gesundheit sei ein Thema, das viele Wähler umtreibe, hatte er schon auf dem Sommerfest gesagt. Hier kann er zeigen, was sich auf diesem Feld tut. Die Frage wird sein, wie viele das sehen wollen. Wer voller Wut auf die Ampel und die Wokeness dieser Welt ist, wird sich kaum davon beeindrucken lassen, dass er, wenn es ihm mal schlecht geht, in einer top ausgestatteten Notaufnahme sofort drankommt. Aber die Wütenden können nicht das Maß aller Dinge sein. Woidke will Fachkräfte nach Brandenburg holen. Und der Chefarzt, der die Delegation herumführt, schwärmt davon, wie gut die Arbeitsbedingungen hier nun seien. Eine Pflegerin müsse nicht mehr vierzehn Kilometer pro Schicht laufen, sondern nur noch zwei, weil alles raffiniert platziert und verbunden sei. Kaum mehr Telefonate, fast alles lässt sich digital klären, Lavendelduft, perfekt klimatisierter Warteraum – nur für die Angehörigen, denn Patienten sollen ja, wie gesagt, nicht warten müssen. Eine Delegation aus Qatar sei auch schon dagewesen, berichtet der Chefarzt, sie sei in Maybachs vorgefahren und habe gestaunt, und das in Cottbus! Zusätzlich habe sie bloß noch die Berliner Charité besucht. Aber da habe man, wegen Überlastung, kaum Zeit gehabt.

Das sind Geschichten, wie Woidke sie gerne hört. Er stellt viele Fragen, scherzt auch. Es ist ein guter Tag für ihn, am Morgen ist in der F.A.Z. sein Doppelinterview mit Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer erschienen; der CDU-Mann wünscht ihm, dem SPD-Mann, den Wahlsieg in Brandenburg. Und wenige Stunden später teilte das Bündnis „Campact“ mit, dass es in 25 Brandenburger Wahlkreisen die Wahl der SPD-Direktkandidaten empfehlen werde: überall da, wo diese Chancen haben, die AfD-Kandidaten zu besiegen. Außerdem habe man 100.000 Euro an die Brandenburger SPD gespendet.

Auch in Woidkes Tross ist man guter Dinge, wenn auch nicht überschäumend. Als der Arzt die topmodernen Schockräume vorführt, flüstert einer, da drin könne man sich ja am Sonntag dann die Wahlergebnisse angucken. Die Sorge, ob es reichen wird, ist groß in der SPD. Denn einerseits hat Woidke aufgeholt. Im Januar lag die SPD in einer Umfrage bei 17 Prozent, die AfD bei 28. Zuletzt war der Abstand, je nach Umfrage, auf ein bis drei Prozentpunkte geschrumpft. Aber immer noch liegt die AfD vorn.

Woidke muss also weiter kämpfen. Dazu sind ihm viele Mittel recht, auf die er früher verzichtete. Nach dem Motto: Was hilft, hilft. So ließ er eine Geschichte der „Bunten“ über sich und seine Frau zu. Außerdem gab die Brandenburger SPD ein Woidke-Magazin in Auftrag, inklusive Jugendfotos, Playlist und Informationen dazu, was der Ministerpräsident immer im Kühlschrank habe. Woidke absolvierte Dutzende Bürgerdialoge, lange bevor der Wahlkampf begann, weil er der Überzeugung ist, man müsse mehr zu den Leuten rausgehen als früher. Das im ganzen Land, ja, in vielen Teilen der Welt verbreitete Gefühl, die politischen Lager stünden einander immer erbitterter gegenüber, kann Woidke nicht im Alleingang bekämpfen. Wohl aber will er den Brandenburgern sagen: Wir haben auch Anlass, zufrieden zu sein. Auf dem Sommerfest der SPD berichtete er, er werde häufig gefragt, warum er so gute Laune habe, ob er denn die Umfragen nicht kenne. Er entgegne dann, seine Laune sei so gut, weil er sehe, was man gemeinsam erreicht habe. Das klingt einerseits platt: Jeder Politiker will am Ende einer Amtszeit viel erreicht haben. Andererseits nimmt man Woidke die Zuversicht ab. Erstens, weil die Zahlen dafür sprechen, zweitens, weil er mit Abstand der beliebteste Politiker im Land ist, und drittens, weil ihm nichts anderes übrig bleibt.

Zu seiner Optimismus-Strategie gehört es auch, eine Regierungsbildung nach der Wahl als gut machbar zu beschreiben. Am liebsten wäre es ihm, wenn er so weitermachen könnte wie bisher: mit den Juniorpartnern CDU und Grüne. Das ging nicht ohne Reibungen, aber diese blieben im Rahmen. Nun allerdings könnte es passieren, dass die Grünen den Wiedereinzug ins Parlament verpassen. Dann müsste Woidke versuchen, das BSW mit ins Boot zu holen. Zu Gesprächen ist er bereit; ausgeschlossen hat er nur Verhandlungen mit der AfD. Und was, wenn die SPD nur auf Platz zwei käme und die AfD auf Platz eins? Dass diese einen Partner fände, der mit ihr koalieren würde, scheint ausgeschlossen. Alle maßgeblichen Parteien lehnen es ab. Also müsste doch die SPD ran – nur eben ohne Woidke. Doch mit wem dann? Darüber will die Brandenburger SPD öffentlich gerade nicht sprechen. Man gehe schließlich davon aus, die Wahl zu gewinnen. Doch hinter den Kulissen sprechen die Genossen durchaus darüber, was Plan B wäre. Es gibt drei aussichtsreiche Kandidaten: die stellvertretende Vorsitzende der Landespartei Katrin Lange, die derzeit als Finanzministerin amtiert; sie habe die größten Chancen, heißt es. Doch auch die beliebte Wissenschaftsministerin Manja Schüle gilt als mögliche Nachfolgerin. Und schließlich ist da noch Fraktionschef Daniel Keller. Woidkes politische Gegner werfen ihm vor, er lasse die Wähler im Unklaren darüber, wen sie bekämen, wenn sie SPD wählten.

In der Notaufnahme zeigt der Arzt Woidkes Delegation auch den neuen, noch unbenutzten Abschiedsraum. Er hat sogar ein Fenster – „damit die Seele entweichen kann“. Manche in der Gruppe wirken plötzlich etwas beklommen, schauen woandershin, die ersten gehen eilig weiter. Woidke aber betritt den Abschiedsraum.

Hessen muss nachbessern

Verfassungsschutzgesetz teilweise verworfen

mgt. BERLIN. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrere Vorschriften des hessischen Verfassungsschutzgesetzes verworfen, weil sie gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstoßen. Es geht um Regeln zur heimlichen Erhebung von Daten und zu deren Übermittlung an andere Behörden. Sie genügten „nur zu einem Teil“ den verfassungsrechtlichen Anforderungen, teilte das Gericht am Dienstag mit. Geklagt haben unter anderen die Humanistische Union und mehrere Anwälte, darunter die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız. Zu den Beschwerdeführern zählt auch Silvia Gingold, die 77 Jahre alte Tochter des jüdischen Widerstandskämpfers Peter Gingold, die der Verfassungsschutz schon lange im Bereich Linksextremismus führt.

Die Beschwerdeführer wandten sich gegen die Reform des hessischen Verfassungsschutzgesetzes von 2023. Damals hatte die schwarz-grüne Mehrheit im Landtag betont, auch die Vorgaben des Verfassungsgerichts beachtet zu haben. Dieses hatte ein Jahr zuvor das bayerische Verfassungsschutzgesetz größtenteils gekippt. Auch den Beschwerdeführern aus Hessen gaben die Karlsruher Richter nun überwiegend recht.

Für verfassungswidrig erklärten sie etwa die Regeln zur Ortung von Handys. Die Vorschrift ermögliche „intensive Grundrechtseingriffe“, die Schwelle für Eingriffe müsse deshalb angemessen hoch sein. Daran fehle es ebenso wie an einer unabhängigen Vorabkontrolle. Die Richter bemängeln unter anderem die Voraussetzungen, unter denen Handys längerfristig geortet werden dürfen. Das hessische Gesetz verweist hier auf „erheblich beobachtungswürdige“ Bestrebungen und zählt dazu solche, die in erheblichem Umfang „gesellschaftlichen Einfluss auszuüben suchen“ – ein aus Karlsruher Sicht ungeeignetes Kriterium. Die Richter bemängeln auch die Regeln für verdeckte Ermittler. Nutze der Staat persönliches Vertrauen aus, um Menschen zur Preisgabe von Informationen zu verleiten, wiege das schwer. Je länger der Einsatz dauere und je mehr Informationen der Ermittler erlange, desto dringender müsse der Beobachtungsbedarf sein. All das müsse sich im Gesetz widerspiegeln.

Teils verfassungswidrig sind auch die Regeln zur Übermittlung geheim erhobener Daten an Strafverfolgungsbehörden. Ausschlaggebend ist hier das Trennungsgebot: Der Inlandsnachrichtendienst ist für das Vorfeld von Gefahren, die Polizei für konkrete Straftaten zuständig. Dazu hat sie operative Befugnisse, kann etwa Menschen festnehmen. Der im Verborgenen agierende Nachrichtendienst darf dagegen keinen Zwang ausüben. Auch mit Blick auf Daten gilt das „informationelle Trennungsgebot“. Andernfalls könnte die Polizei an Informationen gelangen, die sie selbst nicht erheben darf. Die Voraussetzungen für Übermittlungen sind deshalb streng. Sie kommen nur bei besonders schweren Straftaten infrage, wie das Verfassungsgericht in Erinnerung ruft. Der hessische Landtag muss hier nun nachbessern. *(Kommentar Seite 8.)*

Illustration: Greser & Lenz

Jetzt klarsehen.

PR24071 / PR24072

Ergänzen Sie Ihr Abonnement der gedruckten F.A.Z. um die digitale Ausgabe und freuen Sie sich auf interaktive Funktionen, wie zum Beispiel die Einstellung der Schriftgröße, das Abspielen von integriertem Videomaterial oder das Vorlesen von Artikeln. Als Print-Abonnent sichern Sie sich die digitale Ausgabe zum **exklusiven Vorteilspreis für nur 8 €** mehr im Monat.

Einfach anrufen **(069) 75 91-33 59**
QR-Code scannen oder **faz.net/lesen-digital**

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Dr. Kim Björn Becker (stv.), Philip Eppelsheim (stv.), Tatjana Heid (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe, Sönke Sievers (stv.); für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt (verantwortlich), Marie Lisa Kehler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Britta Beeger; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Dr. Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Patrick Welter; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; D:Economy: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Jan Hauser; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Pia Heinemann und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Jakob Strobel y Serra; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (stv.).

ARCHIV: Olivera Kipcic.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Dr. Holger Schmidt (verantwortlicher Redakteur Newsletter und Verticals), Ina Lockhart (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Nina Hewelt (Stv./Koordinatorin Informationsgrafik), Andreas Krobok (Audio/Video), Felix Hooß (Paywall).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Maukner, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2–4, 10117 Berlin, www.republic.de.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 77,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 85,90 €. Abonnenten der gedruckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 11,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (FAZ+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALL EMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

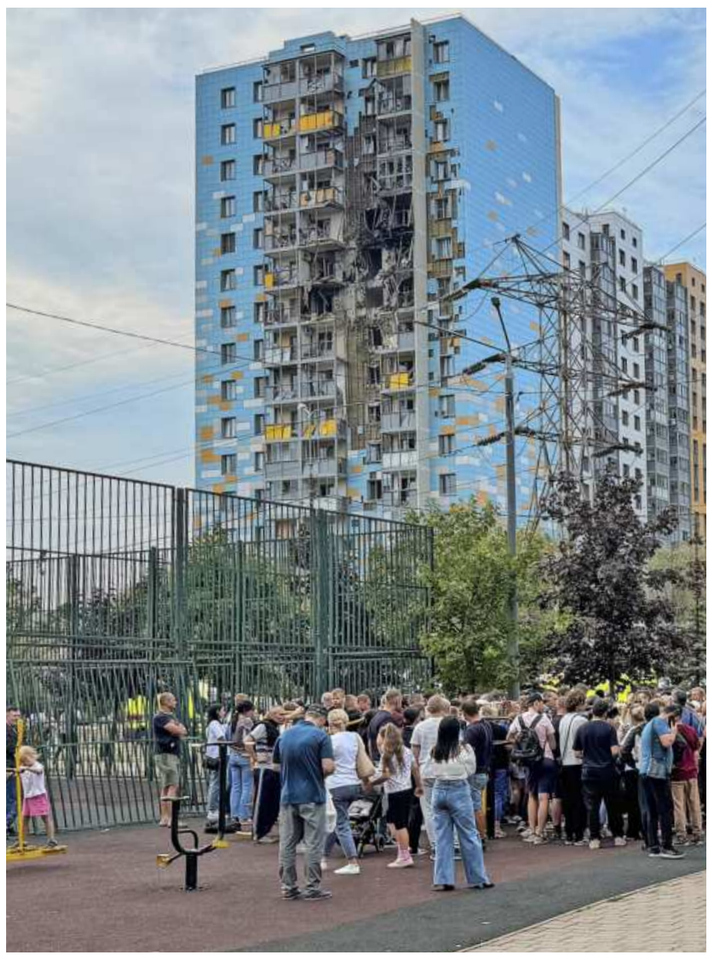
Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

ZENTRALE: (0 69) 75 91-0.
KUNDENSERVICE: aboservice@faz.de, Telefon: (0 69) 75 91-10 00
oder unter www.faz.net/meinabo.
ANZEIGENSERVICE: anzeigenannahme@m-s-medienservice.de
oder Telefon: (0 69) 75 91-33 44.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird überwiegend Papier mit einem hohen Recyclingfaseranteil verwendet.
An allen Druckereistandorten in Deutschland lässt die F.A.Z. mit Ökostrom produzieren. Die postalische Zustellung erfolgt über GoGreenPlus.



Hier kam eine Frau ums Leben: *Getroffener Wohnblock in Ramenskoje* Foto AP

Verrußte Löcher im Vorortidyll

In der Stadt Ramenskoje im Moskauer Umland schlugen vorige Woche mehrere Drohnen ein. Ein Ortsbesuch.

Von Friedrich Schmidt, Moskau/Ramenskoje

Es ist in diesen Spätsommertagen leicht, in Moskau nicht an den Krieg zu denken. Am Wochenende wird in den Bars und Klubs des Zentrums gefeiert, als gäbe es kein Morgen. Nicht dass sich nichts ändern würde; so sind immer mehr chinesische Autos zu sehen, auch teure, große, schwarze Geländewagen. Und der Europaplatz am Kiewer Bahnhof heißt jetzt aus politischen Gründen Eurasienplatz. Auch wenn die Skulptur aus langen Stangen in einem Brunnen, die Europas Entführung darstellen, noch da ist; Brüssel schenkte sie Moskau vor 22 Jahren, um die Völkerfreundschaft zu stärken.

Zwei junge Männer im Skaterlook, die am Brunnen die Sonne genießen, wissen nicht einmal, wie der Platz hieß und heißt. „Mir ist alles egal“, sagt der erste, ein Bärtiger mit weitem T-Shirt. „Das sind doch Kleinigkeiten“, sagt sein glatzköpfiger Freund mit Spinnennetztattoo am Ohr. Was ist dann wichtig? „Frieden auf der ganzen Welt.“ Er grinst.

Überall gibt es Aushänge, dass Angestellte gesucht werden, Kellner, Verkäufer, Ausfahrer. Der Krieg braucht Leute, treibt Preise, Mieten, Löhne. Auch die Streitkräfte suchen. An Ständen in den U-Bahn-Stationen und in Schaufensteraushängen werden 5,2 Millionen Rubel, fast 52.000 Euro, für das erste Jahr nach Vertragsabschluss versprochen. Mehr, als jeder Dienstleister kriegt. Ein Vielfaches mehr auch, als die Kassierer kriegen, die im Vorortzug gesucht werden. Der Zug mit grünen, blauen und orangefarbenen Sitzen fährt vom Kasaner Bahnhof in südöstlicher Richtung aus Moskau hinaus. Rechts über dem Durchgang zwischen zwei Waggons hängt die Werbung, sich als Berufssoldat zu verpflichten; links davon sieht man, was man sich von Sold und Zusatzprämien kaufen kann: eine Wohnung in einem Neubauprojekt am nordwestlichen Stadtrand von Moskau. Es heißt „Time“, mit dem englischen Wort, und besteht aus schlanken Wohntürmen mit zwei- bis dreifarbiger Fassade, wie sie im gesamten Moskauer Umland wuchern. „Ihre Wohnung mit Dekor“ steht da. Der Traum von der eigenen Wohnung, vom Aufstieg, den der Krieg ermöglichen soll.

Langsam geht die Fahrt durch die Vorstädte, vorbei an Fabriken und Wäldchen. Eine alte Frau verkauft Bücher und Socken aus einer Plastiktasche, eine junge trägt einen Blumenstrauß. Draußen, an der Strecke, wirbt ein Plakat für Zahnimplantate aus der Schweiz. Nach gut einer Stunde hält der Zug an der Fabritschnaja-Station. Ramenskoje heißt die Stadt im Moskauer Umland, in der mehr als 110.000 Menschen leben. Am vergangenen Dienstag geriet sie in die Schlagzeilen: Hier kam bei einem Drohnenangriff eine Frau ums Leben, acht weitere Personen wurden verletzt. Es soll das erste Todesopfer bei einem solchen Angriff im Moskauer Gebiet gewesen sein. Er traf Häuser unmittelbar entlang der Bahnstrecke nach Moskau. Was denken die Ramenskojer darüber?

Hauptstadtauswärts rechter Hand, gleich gegenüber vom Bahnhof, liegt die Markthalle, an der die örtliche Unterstützergruppe der „SWO“, der so abgekürzten „speziellen Militäroperation“ gegen die Ukraine, mit den Kriegssymbolen „ZOV“ für sich wirbt. Nur wenige Minuten Fußmarsch, vorbei an alten Frauen, die Gemüse verkaufen, und man ist am ersten Tatort; denn Russlands Ermittlungskomitee hat ein Terrorismusverfahren eingeleitet, wie stets, wenn es um ukrainische Angriffe gehen soll. Es ist ein Moskauer Vorortidyll, angefangen beim von Technikgläubigkeit kündenden Straßennamen: Hochspannungsstraße. Blassgelbe Wohnblöcke umrahmen von drei Seiten einen Innenhof mit Kiefern, Spielplätzen, einem kleinen Brunnen. In den Erdgeschossen gibt es Friseure, Schönheits- und Nagelstudios, einen Pizza- und Sushi-Imbiss, Supermärkte, eine Schule mit Sportplatz ist gleich daneben.

Hierher kam in der Nacht auf Dienstag voriger Woche der Krieg. Eine Drohne beschädigte Wohnungen zum Hof, eine zweite die Stirnseite des Blocks schräg gegenüber gleich bei der Schule. Fenster zerbarsten, Trümmer fielen in den Hof, einige Scherben liegen noch herum. Bauarbeiter haben begonnen, die Wohnungen instandzusetzen.

Ein kräftiger, bärtiger Anwohner Mitte 40, der gerade Äpfel und Säcke mit Kartoffeln aus dem Kofferraum seines Autos wuchtet, ist stolz darauf, dass die Regionalregierung die Reparaturen bezahlen will. „Sie sind doch aus Deutschland“, sagt er und meint zu wissen, dass dort der Staat niemandem helfe, der in Not gerate. Er sei in jener Nacht vom Knall aufgewacht und dann gleich in den Hof gelaufen, um beim Löschen zu helfen. Gleich gegenüber seinem Aufgang ist die beschädigte Wohnung zum Innenhof, dort sei ein Mann verletzt worden. Panik habe er nicht gespürt, erzählt der Mann. Auch Diskussionen unter Anwohnern habe es nicht gegeben, versichert er, wirkt entschlossen, sorglos. „Je schneller wir die Ukraine plattmachen, desto schneller ist das vorbei“, sagt er und schlägt mit der flachen Hand auf die Faust. „Und dann nehmen wir noch Moldau und Polen und Ostdeutschland.“ Nicht auch Westdeutschland? „Das können die Amerikaner behalten.“

So kämpferisch ist nicht jeder. Ein schlanker junger Mann sitzt vor dem Sushi-Pizza-Imbiss auf einer Bank. Er kommt aus der Nachbarschaft, wartet auf einen Kundentermin hier. Als Hypnotherapeut hilft er Leuten, mittels Trance Komplexe und Ängste zu überwinden. Er beschreibt das Gefühl nach dem Drohnenangriff, das viele hier hätten, mit Erleichterung, dass es nicht das eigene Haus getroffen habe. Manche seien auf die Datscha gefahren, anderen hätten den Impuls gehabt, einkaufen zu gehen, etwas für sich zu tun. Angesichts von ständiger Sorge und Stress immunisiere sich jeder für sich allein und so gut er könne, im Gefühl, ohnehin nichts ändern zu können, vermutet der Therapeut – und liegt damit auf einer Linie mit Soziologen: Was auch immer im Krieg geschehe, die russische Gesellschaft verharre in einem Zustand emotionaler Betäubung, sagte Alexej Lewinson vom Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum jüngst dem Portal The Bell. Das sei keine nationale Eigenschaft der Russen, sondern der „besondere Zustand der Gesellschaft in der gegenwärtigen Situation“. Besonders wenig interessierten sich junge Russen für den Krieg, paradoxerweise, da er sie doch direkt treffen könne. Das liegt laut Lewinson daran, dass die jungen Leute im Austausch mit Kollegen und Freunden eher dem Thema entkommen könnten als die vor dem Fernseher sitzenden Alten. Mit aller Kraft, so Lewinson, kämpfe die russische Gesellschaft dafür, „sich nicht zu verändern“. Der Therapeut will etwa von der Lage im Kursker Gebiet, in das die Ukrainer eingefallen sind, nichts mitbekommen haben. In seiner Schilderung werden der Krieg und etwaige Ängste zum individuellen Problem, dem mit Therapie beizukommen ist, wenn man bereit ist, an sich zu arbeiten.

Aber auch Zweifler gibt es. An einer Ecke des blassgelben Wohnblocks treffen sich zwei Freundinnen, eine der beiden wohnt hier. Sie erzählt, sie sei in jener Nacht von ihrer Mutter geweckt worden, die auf dem Balkon geschlafen habe, einem, der glücklicherweise nicht beschädigt worden sei. Die Einschläge erlebte sie in Schock und Panik. Die junge Frau vermutet, dass einer der Flughäfen der Gegend, der Schukowskij-Flughafen, das Ziel des Angriffs war; auch dort gingen Trümmer nieder. Sie treibt die Frage um, warum es keinerlei Warnung der Behörden gegeben habe. Keine Sirenen, keine Nachrichten aufs Smartphone. Anderswo, in Woronesch etwa, gebe es das doch. Ihre Freundin vermutet, dass der Drohnenangriff vor allem „eine Performance war, damit das alles schneller zu Ende geht“. Sie meint den Krieg.

Nach offizieller Darstellung wurden alle 144 Drohnen, mit denen die Ukraine in jener Nacht russische Regionen angegriffen habe, abgeschossen, darunter 20 im Moskauer Umland. Doch zeigen auf Telegram kursierende Videoaufnahmen aus Ramenskoje Einschläge unbeschädigt aussehender Drohnen. Jenseits des Schienenstrangs, in Sichtweite des Wohnkomplexes in der Hochspannungsstraße, ragt ein weiterer Wohnblock empor, hellblau mit gelben, grauen und weißen Einsprengseln. Er liegt an einer Straße gleich am Rote-Fahne-Stadion, die Sportdurchfahrt heißt. Seine Fassade ist an der Stirnseite zur Straße über mehrere Stockwerke versehrt. Wo die Drohne am frühen Dienstagmorgen einschlug und einen großen Feuerball verursachte, klaffen verrußte Löcher. Hier kam eine Frau ums Leben, 46 Jahre war sie alt und soll für einen privaten Wachdienst gearbeitet haben.

Angeblich wurden 54 von 102 Wohnungen in dem Aufgang beschädigt, den Bewohnern wurde eine Notunterkunft zugewiesen, das Stadtoberhaupt versicherte auf Telegram, „die Geschlossenheit unseres Volkes wird alles besiegen“. Vor dem Haus steht ein alter Mann mit seinem kleinen Enkel und blickt auf die Fassade. Der kleine Junge sagt mit großen Augen, dort sei eine Frau gestorben. Die Explosion am frühen Morgen sah der alte Mann aus seiner Küche in seinem Haus in der Nähe, schon wach wegen des Krachs. Der Rentner erzählt, er komme aus dem Kursker Gebiet, lebe aber schon lange in Ramenskoje. Gerade sei sein Heimatdorf zerstört worden, eines von denen, welche die russische Armee zurückerobert haben will. Die Angriffe der Ukraine dort hätten „unsere heldenhaften Streitkräfte“ ebenso verpasst wie jetzt den Drohnenangriff auf Ramenskoje, sagt der Alte, hat aber eine Erklärung parat: „Alle sind gegen uns, die USA, Deutschland, alle.“

Fliegende Kugeln und das Dilemma der Demokraten

Wahlkampf zwischen scharfer Rhetorik und politischer Gewalt / *Von Majid Sattar, Washington*

Wie nach den Schüssen in Pennsylvania griff Präsident Joe Biden auch nach dem vereitelten Attentat in Florida zum Hörer und rief seinen Vorgänger Donald Trump an. Das Weiße Haus teilte am Montag mit, es sei ein freundliches Gespräch gewesen, in dem Biden sich erleichtert gezeigt habe, dass es Trump gut gehe. Der frühere Präsident sagte, es sei ein „sehr netter Anruf“ gewesen, in dem man über den Schutz durch den Secret Service gesprochen habe.

Kein Wort zu den Vorwürfen, die Trump kurz zuvor gemacht hatte. Biden hatte öffentlich noch einmal bekräftigt, dass Gewalt nichts in der amerikanischen Politik zu suchen habe, und gemahnt, man dürfe diese niemals befeuern. Das konnte man als indirekte Reaktion auf eine Interviewäußerung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten verstehen. In einem Interview mit „Fox News Digital“ hatte dieser gesagt, der Tatverdächtige habe „die Rhetorik von Biden und (Kamala) Harris geglaubt“. Später äußerte er noch: Wegen der Rhetorik der „linken Kommunisten fliegen Kugeln“. Auch sagte Trump eine Zunahme politischer Gewalt voraus: Es werde nur noch schlimmer.

Der Vorwurf ist nicht ganz neu. Schon in der Fernsehdebatte mit der Präsidentschaftskandidatin der Demokraten hatte Trump mit Blick auf das Attentat im Juli gesagt, er habe wahrscheinlich wegen der Dinge, welche die Demokraten über ihn sagten, eine Kugel abbekommen. Das FBI hat sich noch nicht zu den Tatmotiven geäußert – weder mit Blick auf Pennsylvania noch auf Florida. In beiden Fällen wird noch ermittelt. Im Falle des Mannes, der am Sonntag festgenommen wurde, ist allerdings bekannt, dass er ein erklärter Trump-Gegner ist und vor Monaten in den sozialen Medien schrieb, die Demokratie stehe zur Wahl, eine Formulierung, die Biden und Harris selbst häufig gewählt haben.

Unmittelbar nach den Schüssen in Pennsylvania hatte Trump zunächst darauf verzichtet, das Attentat für seinen Wahlkampf zu nutzen. Dass er nun, da er seit dem Kandidatenwechsel bei den Demokraten in der Defensive ist, genau dazu bereit ist, ließ sich auch den Worten J. D. Vances, seines Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, entnehmen: Die Demokraten müssten „aufhören mit dem Scheiß“ und die Rhetorik herunterfahren, sagte er bei einem Wahlkampfauftritt in Atlanta. Der große Unterschied zwischen Konservativen und Linken sei, dass in den vergangenen Monaten niemand versucht habe, Harris zu töten. Das sei ein Beweis dafür, dass die Linken ihren Ton dämpfen müssten. Sonst werde jemand verletzt – und das werde das Land zerstören. Die „lächerliche und aufrührerische“ politische Rhetorik müsse verringert werden.

Die Demokraten befinden sich in einem Dilemma: Wie geht man um mit einem Kandidaten, dem sie vorwerfen, für die Erstürmung des Kapitols verantwortlich zu sein, der das Ergebnis der Präsidentenwahl 2020 zu seinen Gunsten kippen wollte und bis heute nicht anerkennt, dass Biden gewonnen hat? Dürfen sie einen Kandidaten eine Gefahr für die Demokratie nennen, der aufgrund der Strafverfolgung gegen ihn ankündigt, sich im Falle seiner Wahl zu rächen, der die Bundesverwaltung von vermeintlichen Agenten des „tiefen Staates“ säubern will und mit Blick auf seine politischen Gegner ankündigt, „das Ungeziefer auszurotten“?

Für die Demokraten ist klar, dass es Trump ist, der eine aufrührerische Sprache benutzt. Dass ihre Vorwürfe von Extremisten oder psychisch Gestörten aber als Aufforderung verstanden werden könnten, Amerika vor der Gefahr einer Tyrannei zu retten, müssen auch sie als gefährlich betrachten. Als im Juli der am Ohr verletzte Trump blutend von der Bühne geführt wurde und seinen Anhängern auf der Kundgebung in Butler noch mehrmals „kämpft, kämpft“ zurief, gab es kurzzeitig die Sorge, es stehe dem Land eine Gewaltwelle bevor. Es folgten dann aber Aufrufe zur Besonnenheit von Republikanern – Trump eingeschlossen – und von Demokraten. Derzeit scheint es Harris’ Strategie zu sein, nicht auf die Vorwürfe Trumps und Vances einzugehen. Schon bevor die beiden diese am Montag erhoben, hatte die Vizepräsidentin geäußert, sie verurteile politische Gewalt. Sie fügte hinzu: „Wir alle müssen unseren Beitrag dazu leisten, sicherzustellen, dass der Vorfall nicht zu mehr Gewalt führt.“

Scholz betont Gemeinsamkeiten

Zentralasien will normale Beziehungen zu Taliban

moja. ASTANA. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat die Gemeinsamkeiten mit fünf Staaten Zentralasiens betont, auch bezüglich „wichtiger Grundsätze“, die in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben seien. Diese Werte seien „nicht östlich oder westlich, nicht europäisch oder asiatisch“, sondern universell, sagte Scholz in seiner Rede beim Treffen im Format „C5-plus-1“ am Dienstag in Astana. Scholz kam dort mit den Präsidenten von Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan und Turkmenistan zusammen.

Scholz war zu einer Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen nach Zentralasien gekommen, auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine spielte eine große Rolle. Der kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew hatte am Montagabend in seinem Gespräch mit Scholz nach eigenen Angaben gesagt, Russland sei militärisch unbesiegbar. Die Präsidenten der fünf zentralasiatischen Staaten waren in dem C5-Format erstmals vor einem Jahr mit dem Kanzler in Berlin zusammengekommen. Seit dem Ukrainekrieg ist das Interesse an der Region gestiegen. Wie aus Regierungskreisen zu hören war, war auch die Umgehung von Sanktionen gegen Russland ein Thema der Gespräche von Scholz.

Mehrere Präsidenten Zentralasiens formulierten in ihren Reden die Forderung, die Beziehungen zu Afghanistan zu normalisieren. Scholz sagte im Anschluss vor Journalisten, die Taliban seien illegitim an die Macht gekommen und verletzten vor allem die Rechte von Frauen massiv. Deutschland sei bereit, Hilfe zu leisten, dabei spiele die Frage der Frauenrechte aber eine große Rolle.

Wichtiges in Kürze

Münchens OB für Pistorius

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) hat eine abermalige Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz infrage gestellt und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ins Spiel gebracht. „Wenn jemand wie Boris Pistorius ein solches Ansehen hat, muss die SPD auch darüber nachdenken, ob er die beste Wahl für die Kanzlerkandidatur ist oder ob man mit dem amtierenden Bundeskanzler ins Rennen geht“, sagte Reiter der Zeitung „Tagesspiegel“. dpa

Sicherheitspaket beschlossen

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins hat ein Maßnahmenpaket in den Bereichen Migration und Sicherheit beschlossen. Das gaben Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) am Dienstag in Kiel bekannt. Das Paket sieht unter anderem erweiterte Befugnisse der Polizei beim Einsatz Künstlicher Intelligenz, besseren Datenaustausch zwischen den Sicherheits- und Ausländerbehörden, raschere Abschiebungen besonders von Intensivstraftätern und einen besseren Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete vor. Die schwarz-grüne Landesregierung orientierte sich dabei eigenen Angaben nach stark an kürzlich beschlossenen Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen. jib.

Mehr als 2700 Verletzte durch explodierende Pager

Hizbullah-Vertreter sprechen von israelischer Sabotageaktion in Libanon / *Von Christoph Ehrhardt, Beirut*

Die Hizbullah wurde am Dienstag kalt erwischt. Hunderte Funkrufempfänger, sogenannte Pager, von ihren Mitgliedern detonierten gleichzeitig in mehreren Teilen des Landes. Laut offiziellen Angaben gab es mindestens neun Tote und mehr als 2700 Verletzte, unter ihnen viele Schwerverletzte. Der iranische Botschafter in Libanon wurde nach Angaben der Nachrichtenagentur Tasnim leicht verletzt, weil der Pager eines Leibwächters explodierte. Auch wenn die israelische Regierung sich nicht äußerte, handelte es sich offensichtlich um einen israelischen Cyberangriff. Die Nachrichtenagentur Reuters zitierte eine Hizbullah-Quelle mit den Worten, es handle sich um die „größte Sicherheitslücke“ in der seit fast einem Jahr andauernden militärischen Konfrontation.

Israelische Zugriffe auf die Kommunikation der Schiitenorganisation stellen für diese schon länger ein Problem dar. Die Kommunikation war bislang Ziel israelischer Nachrichtendienste, um Informationen zu erhalten. Diese gaben zum Beispiel Aufschluss über die Aufenthaltsorte von Hizbullah-Kommandeuren, mehrere von ihnen wurden durch israelische Drohnenangriffe getötet. Seit Monaten schon hat die Hizbullah-Führung die Nutzung von Mobiltelefonen untersagt. Am frühen Abend veröffentlichte sie eine Stellungnahme, in der es hieß, die zuständigen Dienste führten eine groß angelegte Sicherheitsuntersuchung durch, um die Gründe für die gleichzeitigen Explosionen in Erfahrung zu bringen. Das Volk solle sich vor Desinformationen und psychologischer Kriegsführung in Acht nehmen. In Beirut steht bei solchen Vorfällen schnell die Frage im Raum, ob es sich um Vorboten eines voll entfesselten Krieges handeln könnte. So auch bei der mutmaßlichen Sabotageaktion, der die von Iran gelenkte Schiitenorganisation in Atem hielt. War das die Vorbereitung für einen größeren Schlag?

Die Zeichen standen zuletzt wieder auf Eskalation. Die israelische Luftwaffe hatte ihre Angriffe merklich ausgeweitet. Und auch die Drohungen hatten sich verschärft. Am Dienstag wurde bekannt, dass Israel ein neues Kriegsziel ausgegeben hat: Zehntausende Menschen, die im Zuge der militärischen Konfrontation mit der libanesischen Hizbullah aus dem Norden Israels vertrieben wurden, sollen in Sicherheit in ihre Häuser zurückkehren können. So teilte es das Büro von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit. Mit dem Beschluss des Sicherheitskabinetts reiht sich eine Lösung an der Nordfront ein in die Kriegsziele, die sich bislang auf den Gazastreifen beschränkt haben: die Zerstörung der militärischen Fähigkeiten der Hamas, die Zerschlagung von deren Regierungsapparat, die Rückkehr der Geiseln und die Beseitigung zukünftiger Bedrohungen für die Sicherheit Israels. Der Vorstoß ist das jüngste von mehreren Zeichen, dass sich die Aufmerksamkeit Israels vermehrt auf die Lage an der israelisch-libanesischen Grenze richtet. Und die Führung verstärkt auch die Botschaften, dass sie sich konkret mit einer militärischen Lösung für diese Frage befasst.

Netanjahu forderte gegenüber dem amerikanischen Sondergesandten Amos Hochstein eine „radikale Veränderung“ an der Nordgrenze. Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte, die Zeit für eine diplomatische Lösung laufe ab. „Daher bleibt nur noch der Weg einer Militäraktion.“ Washington versucht, die israelische Führung davon zu überzeugen, dass ein Deal nach einer solchen nicht viel anders aussehen würde. Und dass ein Großangriff auf die Hizbullah leicht einen regionalen Krieg entfesseln könnte, der die Rückkehr der Vertriebenen in den Norden Israels auf längere Sicht unmöglich machen könnte.

Ob die Regierung von Präsident Joe Biden noch länger den in Washington geschätzten Gallant als Gesprächspartner haben wird, sollte es zu einem voll entfesselten Krieg Israels mit der Hizbullah kommen, ist nicht mehr sicher. Denn ein neues politisches Manöver Netanjahus, den Verteidigungsminister trotz eines andauernden Krieges (im Gazastreifen) und eines unmittelbar drohenden Krieges (in Libanon) abzulösen, ist nach übereinstimmenden Berichten in der israelischen Presse weit vorangeschritten. Das Verhältnis der beiden gilt aus mehreren Gründen als extrem angespannt. Gallant will, dass Netanjahu den Weg für einen Geiseldeal nicht länger versperrt. Er steht dem Regierungschef außerdem bei seinem Vorhaben im Weg, ein Urteil des Hohen Gerichtes zu umgehen, nach dem auch ultraorthodoxe Juden nicht mehr vom Wehrdienst ausgeschlossen werden können. Indiskretionen in der israelischen Presse hatten den Eindruck erweckt, Netanjahu störe sich an Gallants zu weicher Haltung mit Blick auf die Konfrontation mit der Hizbullah. Dabei gehörte der Verteidigungsminister zu jenen, die in den ersten Tagen nach dem Hamas-Terrorangriff vom 7. Oktober auf einen Präventivschlag gegen die von Iran gelenkte Schiitenorganisation drangen. Man müsse sich zuerst dem stärkeren Feind stellen und nicht erst dann, wenn man vom Krieg gegen den schwächeren Feind ermüdet ist, lautete sein Argument. Gallant nahm später Abstand davon, weil er die Zeit nicht mehr als günstig ansah.

Der Mann, der als Ersatz gehandelt wird, ist nicht als erfahrener Militär bekannt, sondern als ein alter Rivale Netanjahus: der rechtsgerichtete Politiker Gideon Saar. Er hat sich sowohl als energischer Gegner eines Deals mit der Hamas zur Freilassung der Geiseln gezeigt als auch als Unterstützer der Ultraorthodoxen, die auf ihrer Sonderposition beharren, nicht in den Streitkräften dienen zu müssen.

In der israelischen Presse wurde Netanjahus Manöver als opportunistisch und zynisch dargestellt. Saar selbst hatte mit scharfen Attacken auf Netanjahu reichlich Belege geliefert. Als Gallant im Frühjahr 2023 im Streit über die Justizreform entlassen wurde, bezeichnete Saar das als „Akt des Wahnsinns, der von einem absoluten Mangel an Urteilsvermögen zeugt“. Ein amerikanischer Regierungsmitarbeiter bezeichnete eine mögliche Ablösung Gallants zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber dem Nachrichtenportal Axios als „verrückt“. Unter westlichen Diplomaten besteht die Sorge, das Sicherheitsestablishment Israels könne die militärische Herausforderung durch die Hizbullah unterschätzen, weil der Abnutzungskrieg, der jetzt tobt, für das Land recht erfolgreich verlaufe. Teile davon bestätigen diese Sorge und zeigen sich siegesgewiss. Andere hingegen warnen: Ein Krieg gegen die Hizbullah könne gar nicht gewonnen werden. Israel habe nach fast einem Jahr Zermürbungskrieg seine Kriegsziele im Gazastreifen nicht erreicht. Ihnen bleibt die Hoffnung, dass Netanjahus libanesischer Vorstoß wieder nur ein taktisches Manöver ist. Am Dienstag versetzte sein Land der Hizbullah offenbar einen empfindlichen Schlag.

Eine dornige Aufgabe für Voigt

Thüringens CDU-Chef will das Land mit einer Patt-Regierung stabil regieren. Geht das? Ausgerechnet Bodo Ramelow springt ihm bei.

Von Markus Wehner, Erfurt

Zeit für einen Neuanfang: *Voigt, Wolf und Ramelow am Wahlabend in Thüringen* Foto Imago

Brombeeren wachsen an stachligen Sträuchern, die Haut der Früchte ist dünn, und es dauert oft bis in den weiten Herbst, bis sie reif sind. Mario Voigt, Thüringens CDU-Chef und Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten, hat nun die Aufgabe, eine sogenannte Brombeer-Koalition zu begründen, bei der das Schwarz seiner Partei dominiert, aber das Lila des BSW und das Rot der SPD noch gut zu sehen ist. Voigt weiß, dass die Aufgabe schwierig ist, aber er ist optimistisch, dass er sie löst. Schwierig ist sie nicht nur deshalb, weil es ein solches Bündnis bislang nicht gab und es im Landtag nur die Hälfte der Sitze, also keine Mehrheit hätte. Sondern auch, weil Thüringen nach Jahren der Zerstrittenheit und des Misstrauens unter den Parteien einen Neuanfang braucht, eine neue politische Kultur.

Voigt redet dafür seit zwei Wochen mit allen Akteuren, besonders den Spitzen von BSW und SPD. Er hat sich dafür den Begriff Optionsgespräche ausgedacht, sie sollen dem Kennenlernen und der Annäherung dienen. Nach Einzelgesprächen zwischen den Parteien soll in dieser Woche ein weiteres Optionsgespräch folgen, diesmal in einer Dreierrunde. Dann könnten die Sondierungen beginnen. Das Ganze geschieht vor dem Hintergrund des Wahlerfolgs der AfD, die mit fast 33 Prozent stärkste Kraft im Erfurter Landtag wurde und über eine Sperrminorität verfügt, mit der sie vieles verhindern kann. Um es mit dieser Herausforderung aufzunehmen, müssen die Akteure vertrauensvoll und abgestimmt zusammenspielen. Zugleich wollen sie nicht nur in der Defensive verharren, sondern selbst gestalten.

Voigt muss, damit das gelingt, mit der jüngsten Partei Deutschlands und der ältesten reden. Die jüngste, das BSW, sitzt mit 15 Abgeordneten im neuen Landtag. Ganz politisch unerfahren sind die meisten nicht, vier kommen aus der Linken, zwei waren früher in der CDU, zwei bei den Grünen und zwei in der SPD. Dazu kommen fünf, die bisher in keiner Partei waren. Da fragt schon mal jemand, was denn ein Wahlkreisbüro sei. Noch sitzt man in einem Beratungsraum im Landtag, weil es noch keine Büros im Landtag für die neuen Abgeordneten gibt. Auch eine Geschäftsstelle hat die Partei noch nicht. Vieles hängt an der Spitzenfrau Katja Wolf, die einstimmig zur Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Sie und Voigt kommen gut miteinander zurecht, es verbindet sie eine sachliche Art. Politisch sind sich CDU und BSW etwa bei den Themen Migration oder Bildung nahe, auch in der Ansicht, dass es einen anderen Umgang der Parteien miteinander geben muss als bisher.

Für die älteste Partei, die SPD, ist die Sache schwieriger. Sie hat nur noch gut sechs Prozent in der Wahl erreicht, im Landtag sitzen noch sechs Sozialdemokraten, die jetzt in die Büros der Grünen ziehen sollen, die aus dem Parlament ausgeschieden sind. Zwar hat ihr Vorsitzender Georg Maier ein gutes Verhältnis zu Mario Voigt, und auch mit Katja Wolf versteht sich der Thüringer Innenminister. In dieser Funktion hatte er schon in den vergangenen Jahren öfters mit ihr zu tun, auch als es um ihren persönlichen Schutz ging, weil die frühere Oberbürgermeisterin in Eisenach von Rechtsextremisten bedroht wurde. Doch das BSW hat der SPD mit ihrem „Friedensthema“ viele Stimmen abgenommen, besonders von älteren Männern, die bisher den Sozialdemokraten die Treue hielten. Und mit Parteichefin Sahra Wagenknecht hat Maier seine Probleme, nicht nur wenn sie Olaf Scholz „Vasallenkanzler“ nennt oder Verteidigungsminister Boris Pistorius angreift. Als „Kriegstreiber“ will er sich und seine Genossen nicht beschimpfen lassen. Das Gespräch zwischen den Parteispitzen verlief dem Vernehmen nach zu Beginn entsprechend frostig, entwickelte sich dann aber doch gut.

Wagenknechts mögliche Intervention in die Thüringer Verhandlungen hängt noch wie eine Gewitterwolke über den Erfurter Akteuren. Voigt hat zwar gut Wetter gemacht, sie in Berlin getroffen, das Treffen selbst vorgeschlagen, weil er ohnehin in der Hauptstadt zu tun hatte. Von einem Gespräch in vernünftiger Atmosphäre ist in der CDU und beim BSW die Rede. Klar ist auch, dass das Thema Krieg und Frieden in einer Vereinbarung zwischen den Parteien seinen Niederschlag finden muss. Voigt geht zugleich davon aus, dass er weiter nur mit Wolf verhandeln wird. Klar ist man sich indes in Erfurt, dass Wagenknecht mit Blick auf ihre bundespolitischen Ambitionen sorgenvoll auf die bevorstehenden Regierungsbeteiligungen des BSW schaut.

Auch Gespräche mit der Linken fanden statt. Die Partei schwankt zwischen Frust und trotzigem Selbstbewusstsein, sucht noch ihre neue Rolle in der Opposition nach einem Verlust von 18 Prozentpunkten. Ein Generationswechsel an der Spitze der zwölfköpfigen Fraktion hat stattgefunden, sie wird nun von dem 33 Jahre alten Christian Schaft geführt, der bereits Landesvorsitzender war. Seine Stellvertreterin Katja Maurer ist ebenso alt; sie rückte in den Landtag nach, weil der amtierende Chef der Staatskanzlei Benjamin Hoff auf sein Mandat verzichtete.

Voigt hat deutlich gemacht, dass er keinen vierten Partner für seine Patt-Regierung braucht und deshalb auch keine feste Vereinbarung mit der Linkspartei anstrebt. Ausgerechnet Bodo Ramelow, der amtierende Ministerpräsident der Linken, sprang ihm in dieser umstrittenen Frage bei. Die 44 Stimmen von CDU, BSW und SPD reichten zum Regieren aus, sagte Ramelow der „Thüringer Allgemeinen“. Das wäre keine Minderheitsregierung, befand er, denn 44 Stimmen würden immer reichen, weil die Linke im Landtag nicht mit der AfD abstimmen werde. „Wir werden nicht alles mitmachen, aber wir werden uns konstruktiv verhalten“, sagte er. Seine Fraktion müsse sich auch überlegen, an Abstimmungen erst gar nicht teilzunehmen.

Seine eigene Partei findet diese Ausführungen Ramelows nicht besonders hilfreich. Die Thüringer Ko-Linken-Chefin Ulrike Grosse-Röthig sagte, sie sehe für die Stabilität der Politik in ihrem Bundesland eine besondere Verantwortung der Linken, „weil eine Mehrheit ohne uns nicht möglich ist“. Sie machte auch klar, dass ein permanentes Nichtabstimmen für die Fraktion nicht infrage komme. „Wir sind hier nicht angetreten, um uns fünf Jahre nicht an der politischen Diskussion zu beteiligen“, sagte Grosse-Röthig, die weiter für einen „Stabilitätspakt“ zwischen der Linken und der Brombeer-Koalition warb. Ramelow, in der Fraktion nun Sprecher für Religion, Aufarbeitung und Verwaltungsmodernisierung, ist hingegen sehr darum bemüht, einen staatsmännischen Abgang aus seinem Amt zu gestalten, auch wenn er dabei seiner eigenen Partei in die Parade fährt. Seine Kommunikationsfähigkeit sei für die Thüringer Linke oft „eine Herausforderung, aber immer eine positive“, kommentierte Grosse-Röthig die vielen Interviews, die der scheidende Regierungschef in jüngster Zeit gegeben hat.

Auch über die anstehende Wahl eines Landtagspräsidenten haben Voigt und Ramelow gesprochen. Sie soll am 26. September, dem Donnerstag der kommenden Woche, stattfinden, wenn der Landtag um 12 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentritt. Die AfD hat als stärkste Fraktion das Recht, einen Präsidenten des Landtags vorzuschlagen. Doch die anderen Parteien haben angekündigt, einen AfD-Kandidaten nicht zu wählen. Dann könnte ein Kandidat aus einer anderen Fraktion gewählt werden, etwa aus der CDU, die mit dem Abgeordneten Wolfgang Weisskopf ein Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichts in ihren Reihen hat. Man könne das Amt des Hüters der Demokratie nicht jemanden aus einer Partei überlassen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werde, sagte Wolf dazu.

Es wird damit gerechnet, dass die AfD den Ablauf der Wahl, wie er vom Ältestenrat beschlossen wurde, mit allerlei Anträgen verzögern oder verhindern will. Die Parteien bereiten sich darauf mit juristischer Expertise vor. Auch das Verfassungsgericht Thüringens wird sich in einem Bereitschaftsdienst befinden. Ist der Landtag konstituiert, dann kann jede Fraktion die Wahl eines Ministerpräsidenten beantragen. Diese Wahl kann das Plenum des Parlaments wieder von der Tagesordnung nehmen und vertagen, aber nicht endlos. Sondierungen und Koalitionsverhandlungen stehen also unter einem gewissen Zeitdruck, sollen sie vor der Wahl des Regierungschefs abgeschlossen sein. Das letzte Mal dauerte es vier Monate, bis es zu einer Wahl kam. Voigt hat den Ehrgeiz, diese Zeitspanne dieses Mal zu unterbieten.

Obergrenze für Dönerbuden

In Heilbronn kämpft eine Initiative für einen vielfältigeren Gewerbemix / *Von Rüdiger Soldt, Heilbronn*

In der Sülmenstraße 12 in Heilbronn ist gerade ein Sportwettenanbieter ausgezogen. In dem Ladenlokal in zentraler Innenstadtlage verklinkern Bauarbeiter nun ein paar Pfosten und streichen die Wände in einem warmen Gelbton. Eine große Dönerkette will hier in ein paar Wochen einziehen. In der Nachbarschaft gibt es den Barbershop „Nice Cut“, ein Geschäft mit Ein-Euro-Artikeln und einen Handyladen. Eine Gewerbemischung, wie es sie, getrieben durch den Internethandel, teure Ladenmieten und einen hohen Einwandereranteil, in vielen deutschen Großstädten gibt. Der Dönerverkauf ist ein einträgliches Geschäft, manche Gastronomen haben einen Wareneinsatz von 1,40 Euro und reichen den Döner dann für sieben Euro oder mehr über die Theke.

In Heilbronn fordern der CDU-Gemeinderat Christoph Troßbach und die Stadtinitiative „Mein Heilbronn“ schon länger eine „Obergrenze für den Döner“. Troßbach ließ erheben, wie groß die gastronomische Vielfalt auf einer einen halben Quadratkilometer großen Fläche zwischen der Turmstraße im Norden und der Rollwagstraße im Süden ist: Mehr als 20 Dönerimbisse, 18 Barbershops, 16 Nagelstudios und 13 Handyshops. Bisher hieß es in der Heilbronner Stadtverwaltung immer: Die Möglichkeiten, an dieser innerstädtischen Mischung etwas zu ändern, seien aus Gründen des Baurechts begrenzt. Der CDU-Gemeinderat gab sich damit nicht zufrieden und beauftragte Hans Thomas Kessler, darüber ein Gutachten zu verfassen. Kessler ist Immobilienrechtler und arbeitet für die Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers Legal (PWC). Am Dienstag stellt er das Gutachten im „Urban Innovation Hub“ in Heilbronn vor. Bevor Kessler beginnt, die rechtlichen Einschätzungen vorzutragen, sorgt er für politische Klarheit: „Wer mich kennt, der weiß, dass ich mich immer für Vielfalt ausgesprochen habe. Ich bin auch ein ausgesprochener Gegner der AfD.“ Es gehe ihm um ein „Plädoyer für Vielfalt“, damit alle Menschen ihre Städte wieder als Heimat wahrnehmen könnten. „Ich habe keine teutonische Vorstellung von einer Innenstadt; wenn wir die Diskussion gut führen, dann ist sie inklusiv.“

So sollen syrische, japanische, italienische und deutsche Restaurants in friedlicher Koexistenz ihre Speisen anbieten. Kesslers Vorstellung ist es, in der Bauleitplanung ein städtebauliches Konzept zu definieren, mit dem eine Agglomeration von Nagelstudios oder Barber-Shops verhindert wird. Wenn dann in einem Geschäftshaus ein neuer Mieter gesucht werde, bekomme ein Imbissbetreiber oder der Betreiber eines Handyshops im äußersten Fall keine Genehmigung für einen Umbau. „In der Baunutzungsverordnung kann man definieren, was zulässig ist“, sagt der Rechtsanwalt. Der Betreiber eines Dönerladens könne sein Geschäft dann nicht im historischen Stadtkern eröffnen, sondern müsse ein paar Straßen weiterziehen. Kessler begründet seine Auffassung mit Verweisen auf die Baunutzungsverordnung (Paragraph 1, Absatz 9) und das Baugesetzbuch (Paragraph 1, Absatz 6); letzteres lasse es zu, im Bebauungsplan ein Städtebaukonzept zu erlassen. In diesem Konzept werde dann zum Beispiel gastronomische Vielfalt definiert. In Heilbronn lebten Einwanderer aus 140 Nationen, daraus ließen sich Prozentanteile für ein innerstädtisches Gastronomiekonzept ableiten. „Es ist keine Abwehrgesetzgebung, es geht nicht um stumpfes Regulieren“, sagt Kessler. Für die jetzigen Geschäfte gelte Bestandsschutz. Nach Auffassung der Initiatoren wäre viel gewonnen, wenn Vermieter von Gewerbeimmobilien sich nicht nur am schnellen Euro orientieren würden.

Die Stadtinitiative „Mein Heilbronn“ und der CDU-Stadtrat Troßbach wollen im Gemeinderat und in der Stadt für politische Mehrheiten kämpfen, vor allem will man die Zustimmung der Fraktionen von SPD und Grünen gewinnen. Kritiker befürchten eine Einschränkung der Gewerbefreiheit und der Marktwirtschaft oder führen an, dass ein so ausgestaltetes Stadtentwicklungskonzept die schon vorhandene Polarisierung der Gesellschaft noch zusätzlich befördern könnte. Die Heilbronner Stadtverwaltung lässt im Auftrag von Oberbürgermeister Harry Mergel (SPD) ein eigenes Rechtsgutachten erstellen, das aber noch nicht vorliegt. Kessler und die Initiative argumentieren auch damit, dass andere Kommunen einen ähnlichen Weg schon beschritten haben. Städte, die ein städtebauliches Entwicklungskonzept verabschiedet haben, das auch Vorschriften bei der Ansiedlung von Geschäften und Gastronomie vorsieht, sind zum Beispiel Soest in Nordrhein-Westfalen, Bad Saulgau in Baden-Württemberg und Mörfelden-Walldorf in Hessen.

Manche Bürger in Heilbronn würden es jedenfalls begrüßen, wenn die Kommunalpolitik ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen würde. Der 65 Jahre alte Ingenieur Raimund, der mit dem Fahrrad zum Einkaufen in die Innenstadt gekommen ist, sagt: „Wir vermissen Boutiquen zum Einkaufen, die Städte Wertheim und Heidelberg machen das viel besser.“ Auch Mehmet Karadal spricht sich für Beschränkungen aus. Er verkauft im Sülmenviertel in seinem „Star Kebap“ Lahmacun, Pide und Döner. „Ich habe dem Oberbürgermeister schon gesagt, dass wir eine Grenze bei der Ansiedlung von neuen Imbissen brauchen. Wenn noch einer eröffnet, kann ich mit meinen fünf Mitarbeitern bald schließen“, sagt Karadal. „Als ich hier 1995 angefangen habe, in der Gastronomie zu arbeiten, gab es in der Stadt drei Dönerläden.“

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Keine gute Erinnerung

Zu dem Artikel „Als die besiegten Sieger gehen mussten“ (F.A.Z. vom 31. August) und der Erwiderung von Cornelia Schmalz-Jakobsen in der F.A.Z. vom 13. September: Als der staatshörige „Oktoberclub“ der DDR sang, „Sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst“, wussten viele Menschen in der DDR, dass dies nicht ihr Weg war. Der Fall der Mauer hat sie belohnt.

Als ich im Sommer 1994 auf dem Marktplatz in Schwerin mit dem sowjetischen General seine Truppen verabschiedete, war dies das größte Erlebnis meiner gesamten Dienstzeit. In einem Interview mit dem NDR hatte ich das geäußert, aber vom Sender wurde diese Passage herausgeschnitten. Anders, als Frau Schmalz-Jacobsen es erlebt hat, haben auf der Flucht aus Niederschlesien die Frauen und Mädchen meiner Verwandtschaft die Rotarmisten in keiner guten Erinnerung behalten. Nachdem die Sowjetunion mit ihren Helfershelfern vierundvierzig Jahre in Mitteldeutschland eine Diktatur errichtet und betrieben hatte, mit allen Schrecken, von denen wir wissen, ist dieser Abschied mehr als genug. Die „Geschichtsatheisten“ (Sloterdijk) sehen das anders. Leider sind die Ereignisse in der Ukraine eine Neuauflage des imperialen Strebens Russlands. Wieder geht es um Befreiung, der sich die Ukrainer heftig widersetzen. Als friedensbewegter Mensch stehe ich heute vor einem Trümmerhaufen meiner Überzeugungen.

DR. BERNDT SEITE, MINISTERPRÄSIDENT A. D., WALOW

Dank für den friedlichen Abzug

Zu dem Leserbrief „Leider kein gemeinsamer Abschied“ von Cornelia Schmalz-Jacobsen (F.A.Z. vom 13. September): In ihrem Leserbrief beklagt Cornelia Schmalz-Jacobsen die „Ungerechtigkeit“ des „schmachvollen“ Abschlusses des Abzugs der Sowjetarmee vom Territorium der ehemaligen DDR am 31. August 1994. Sie schließt mit den Worten: „Es sollte immer möglich sein, … gemeinsam Dank zu sagen.“

Ja natürlich, die Bürger der verblichenen DDR hätten allen Anlass gehabt, der Sowjetarmee von ganzem Herzen zu danken: für die Massenvergewaltigungen durch Rotarmisten 1945 und für den Weiterbetrieb der Konzentrationslager, in die ja bekanntlich ausschließlich Nazis und Kriegsverbrecher eingeliefert wurden; für die tatkräftige Unterstützung der Kommunisten unter Ulbricht durch die Sowjetische Militäradministration bei der kommunistischen Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone; der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland für deren maßvolles Vorgehen bei der Beendigung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953; allen Sowjetsoldaten für deren stets rücksichtsvolles Verhalten bei Truppenübungen außerhalb von Übungsplätzen; und so weiter.

Demgegenüber hatten sich ja die Westalliierten, insbesondere auch in Berlin, seit dem Krieg stets als rücksichtslose Besatzer aufgeführt, dennoch war deren Abschied „prunkvoll, festlich, mit großem Zapfenstreich“.

Man muss schon wie Schmalz-Jacobsen ein durch nichts zu erschütterndes kremlzentrisches Weltbild haben, um so etwas zu schreiben.

Wenn den Sowjetsoldaten 1994 für etwas Dank gebührte, dann war es ihr friedlicher Abzug, für mehr aber auch nicht!

THOMAS KRAUSE, OBERSTLEUTNANT A. D., SIGMARINGEN

Zeitlicher Abstand verklärt den Blick

Zu dem Leserbrief „Leider kein gemeinsamer Abschied“ (F.A.Z. vom 13. September): Der Leserbrief der „zugereisten Berlinerin“ Cornelia Schmalz-Jacobsen mit der Klage über den „schmachvollen“ Abschied der ehemaligen sowjetischen Besatzungstruppen beweist, dass zeitlicher Abstand den Blick auf die Vergangenheit verklärt.

Wo hätte denn die gemeinsame Abschiedsparade der vier Alliierten stattfinden sollen? Auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof, auf dem die angloamerikanische Luftbrücke 1948 die hungernde und frierende West-Berliner Bevölkerung vor vielfachem Tod rettete? Auf dem Potsdamer Platz, wo 1953 die sowjetischen Panzer den Aufstand der Berliner Bevölkerung niederwalzten? Oder in der Nähe der mit sowjetischer Billigung errichteten Mauer, an der zwischen 1961 und 1988 allein 140 Berliner erschossen wurden?

Die getrennten Abschiedsparaden waren sachgerecht. In diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben sollte, dass die Bundesrepublik an Russland für den Abzug 12 Milliarden DM gezahlt hat, davon 7,8 Milliarden für den Wohnungsbau für russische Soldaten.

DR. WILHELM KNITTEL, GRÜNWALD

Die Straßenseite gewechselt

Zu dem Leserbrief „Leider kein gemeinsamer Abschied“ von Cornelia Schmalz-Jacobsen (F.A.Z. vom 13. September): Diesen Leserbrief empfinde ich als Ärgernis. Auch ich habe die Rotarmisten als Kind erlebt, insbesondere, aber nicht nur, als ich weggeführt wurde, bevor meine Mutter und andere Frauen der Siedlung, in der wir wohnten, vergewaltigt wurden. Als ich als „Aufbauhelfer“ in Thüringen war, habe ich jedes Mal die Straßenseite gewechselt, wenn ich „russischen“ Soldaten begegnet bin, auch wenn ich mir immer gesagt habe, das sind doch die Enkel, die können nichts dafür, ebenso wenig wie du für die von Deutschen begangenen Verbrechen.

Der hohe Blutzoll der Roten Armee ist unbestritten, ändert aber nichts an den Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung. Angesichts des Unterschiedes im Verhalten der Siegermächte hätte ich eine „prunkvolle“ gemeinsame Verabschiedung durchaus als skandalös empfunden.

„Ihrer“ F.A.Z. hätte die Leserbriefschreiberin auch entnehmen können, dass erhebliche Mittel geflossen sind, um den abziehenden Soldaten die Heimkehr zu erleichtern, allerdings auch, dass das Geld zum großen Teil, nicht von der deutschen Seite verursacht, in die falschen Taschen geflossen ist.

Zur Gerechtigkeit gehört die vollständige Wahrheit, auch über die Verbrechen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, von wem auch immer begangen.

DR. HANSJÜRGEN KARGE, MODAUTAL

Das sollte man nicht vergessen

Zu dem Leserbrief „Leider kein gemeinsamer Abschied“ (F.A.Z. vom 13. September): Cornelia Schmalz-Jacobsens Sicht auf die sowjetischen Truppen, die aus der ehemaligen DDR abziehen mussten, erscheint mir sehr einseitig.

Gewiss hat die Rote Armee ihren Teil zur Niederlage der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und damit zum Sturz der Herrschaft der Nationalsozialisten beigetragen. Aber die Besetzung deutscher Gebiete durch sie führte dort zur Errichtung einer anderen, einer kommunistischen Diktatur. Sowjetisches Militär schlug zudem den Aufstand vom 17. Juni 1953 nieder. Das sollte man nicht vergessen.

DORIS ROTHSTEIN, WÜRZBURG

Eine Sternstunde der Demokratie

Zu „Wie konnte das passieren?“ von Eckart Lohse (F.A.Z. vom 9. September): Wenn Horst Seehofer heute noch mit dem „Sündenfall“ der durch Angela Merkel im September 2015 verfügten Aufnahme von Flüchtlingsströmen hadert, die in anderen EU-Ländern nicht willkommen waren, sollte er doch zugleich der von der CSU verpassten Gelegenheit nachtrauern, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag aufzukündigen und die CSU als bundesweit agierende Partei zu konstituieren, notfalls auch sofort aus der Bundesregierung auszutreten. Die Blaupause dafür hielten doch die CSU-Granden mit dem – am Ende nicht umgesetzten – Kreuther Trennungsbeschluss aus dem Jahr 1976 in den Händen. Was damals freilich ein Hasardstück gewesen wäre, hätte knapp 40 Jahre später zu einer Sternstunde der bundesdeutschen Demokratie werden können.

Wir könnten heute womöglich auf eine starke, deutschlandweit aufgestellte CSU blicken, neben der eine AfD als Splitterpartei kaum wahrzunehmen wäre – wenn es sie überhaupt noch gäbe.

ERNST-WALTER WARNECKE, HANNOVER

Fein damit

Von Jörg Thomann

Man soll ja auf die Feinheiten achten. Und also auch auf den Satz, mit dem Markus Söder vor der Weltpresse und neben Friedrich Merz die angeblich einstimmige Entscheidung für ebenjenen als Kanzlerkandidat der Union kommentiert hat: „Ich bin damit fein." Dass Söder sich fein findet, war bekannt, besagte Formulierung dürfte es nicht jedem sein. Das Wort „fein" lässt ältere Herrschaften an Edelleute denken, an Thomas Mann, es schien aber längst auf dem Rückzug zu sein – und mit ihm das Feingefühl, der Feingeist und der Feinripp. Bei den Jüngeren aber ist es wieder in aller Munde, und zwar über den Umweg des Englischen: „I'm fine with it", sagt man dort, weshalb auch bei uns die Leute jetzt mit allem Möglichen fein sind – sogar Markus Söder, eigentlich ein Mann fürs Grobe, mit dem Kanzlerkandidaten Merz. Schon vor einem Jahr wies der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen im SWR darauf hin, dass der Gebrauch von „Ich bin fein damit" im Sinne von „Ich bin einverstanden" eigentlich falsch ist; tatsächlich bedeute „I'm fine with it" etwas wie „Ich kann damit leben" oder „Passt schon". Das vor allem im Südlicheren beheimatete „Passt schon", im Bayerischen gebrummt als „Bassd scho", dürfte Söders Gefühlslage feiner beschreiben als der Anglizismus „fein damit" – mit dem Söder den Menschen da draußen aber immerhin noch mal vor Ohren geführt hat: Ich bin elf Jahre fresher als der feine Herr Merz. Wir sind sicher: Am Ende des Tages, als er den Auftritt mit Merz erinnert hat, dürfte Söder realisiert haben, dass das Ganze gar nicht nice ist. Dass er auch im Altdeutschen verankert ist, zeigte Söder derweil mit dem hemdsärmeligen, leicht patriarchal klingenden Versprechen, Merz und er würden Deutschland jetzt „auf Vordermann" bringen. Nur dass Söder dabei den Hintermann geben muss. Merzens Vorarbeit wird er gewiss stets mit einem feinen Lächeln kommentieren, das hoffentlich nicht irgendwann in offene Feinschaft umschlägt.

„Die Titan hatte viele Defekte"

ceh. LOS ANGELES. Die Passagiere des Tauchbootes Titan, das im Sommer 2023 auf dem Weg zum Wrack der Titanic implodierte, sollen ihren bevorstehenden Tod nicht geahnt haben. Wie am Montag während einer Anhörung vor dem Marine Board of Investigation der amerikanischen Küstenwache bekannt wurde, ließ die Besatzung das Begleitschiff in der letzten Nachricht wissen, an Bord des Tauchbootes des amerikanischen Unternehmens Oceangate Expeditions sei „alles in Ordnung".

Nach den bisherigen Ermittlungen wurde es wenige Minuten später dunkel in der Titan. Wie am Montag bekannt wurde, fiel das Tauchboot in den Jahren vor der Implosion durch mehr als 100 technische Defekte auf. Ein früherer Ingenieur bei Oceangate, Tony Nissen, berichtete dem Marine Board zudem über heftige Auseinandersetzungen mit Oceangate-Gründer Richard Stockton Rush über Sicherheitsvorkehrungen. Auch nach einer Testfahrt im Jahr 2018, bei der die Titan von einem Blitz getroffen wurde, habe der Unternehmer eine Reparatur des Rumpfs abgelehnt. Den Winter vor der letzten Reise soll das Tauchboot bei Minustemperaturen ungeschützt in Neufundland verbracht haben. Schon gleich nach dem Unglück waren wiederholt Vorwürfe gegen Oceangate laut geworden.

Laut Küstenwache werden in den kommenden zwei Wochen weitere frühere Mitarbeiter des Unternehmens angehört, um die Ursache der Implosion zu klären. Zudem solle das Marine Board Empfehlungen erarbeiten, die „ähnliche Tragödien in Zukunft" verhindern.

Das Unterwasserfahrzeug hatte am 18. Juni 2023 etwa 45 Minuten nach dem Abtauchen den Kontakt zu dem Begleitschiff Polar Prince verloren. Am 22. Juni 2023 stießen die Suchtrupps vor der Küste Neufundlands etwa 500 Meter vom Bug der 1912 gesunkenen Titanic entfernt schließlich auf Wrackteile. Neben Stockton Rush kamen bei dem Unglück auch der französische Tiefseeexperte Paul-Henri Nargeolet, der Brite Hamish Harding sowie der pakistanische Investor Shahzada Dawood und sein Sohn Suleman ums Leben.

Das Ausmaß der Katastrophe: *Die Bewohner von Nysa im Südwesten Polens beginnen damit, ihr zerstörtes Hab und Gut zu entsorgen.* Foto Bloomberg

Vorsichtige Entspannung

Der Regen lässt nach, und langsam sinken die Pegelstände. Jetzt beginnt das Aufräumen.

Von Stephan Löwenstein, Wien, und Markus Wehner, Erfurt

Nach Tagen höchster Anspannung in den vom Unwetter und Hochwasser heimgesuchten Regionen Polens, der Tschechischen Republik und Österreichs ist am Dienstag erstmals etwas Beruhigung eingekehrt. Fast überall in der Region ließ der Regen nach, die Pegelstände der Flüsse sanken. Wegen des aufgeweichten Bodens und beschädigter Dämme konnte dennoch nicht überall Entwarnung gegeben werden. So wurden in der tschechischen Region Mährisch-Schlesien auch am Dienstag noch Häuser evakuiert, ebenso in Ober- und Niederösterreich. Ansonsten standen Aufräumarbeiten im Vordergrund und eine erste Schätzung der Schäden, die durch die Hochwasser entstanden sind.

Im Osten Österreichs trat nach den Worten der niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner „etwas Entspannung" ein. Das Ausmaß der materiellen Schäden sei „noch nicht abschätzbar". Doch wurde am Dienstagfrüh im Bezirk Tulln ein fünftes Todesopfer gefunden, eine 81 Jahre alte Frau, die in in ihrem gefluteten Wohnhaus ums Leben kam. Die Landesregierung gab bekannt, noch am Montag habe es 21 kleinere oder größere Dammbrüche gegeben. Die Dämme provisorisch zu reparieren habe jetzt Vorrang. In den Tagen seit Beginn der starken Regenfälle am vergangenen Donnerstagabend sind demzufolge 32.600 Einsatzkräfte aufgeboten worden. 26 Gemeinden waren am Dienstagvormittag immer noch nicht auf dem Landweg zu erreichen. Etwa 1100 Häuser mit rund 2200 Personen seien evakuiert worden, davon 49 Menschen mit Hubschraubern.

Der staatliche Wetterdienst Geosphere berichtete über zahlreiche Höchstwerte an Niederschlagsmengen an vielen Messstationen vor allem im Osten Österreichs. An 150 von 280 Wetterstationen wurden mehr als 100 Millimeter gemessen (ein Millimeter entspricht einem Liter pro Quadratmeter), bei zwölf davon waren es zwischen 300 und 400 Millimeter. An den verschiedenen Orten sei in den vergangenen Tagen zwei- bis fünfmal so viel Niederschlag gewesen wie in einem durchschnittlichen gesamten September.

In der Tschechischen Republik war die Region Mährisch-Schlesien am stärksten betroffen. Dort kamen drei Personen ums Leben, zwei wurden am Dienstag noch vermisst. 15.000 Menschen mussten aus ihren Wohnungen in Sicherheit gebracht werden. Doch ging auch dort das Wasser allmählich zurück. Ostrava (Mährisch Ostrau), das zum Teil unter Wasser gestanden hatte, lag weitgehend wieder trocken. Ein Riss in einem Staudamm der Oder bei Přívoz weitete sich nicht aus, sodass Zuversicht bekundet wurde, auch dort die Lage in den Griff zu bekommen. „Der Abfluss aus dem Gebiet ist größer als der Zufluss, sodass sich die Situation stabilisiert hat", sagte Gouverneur Josef Bělica. Allerdings habe die Polizei drei Fälle von Plünderungen registriert. Nach Angaben des Gouverneurs drohen den Tätern bis zu 12 Jahre Haft.

In der Slowakei erreichte der Pegel der Donau in Bratislava (Pressburg) erst am Dienstagmorgen einen Höchststand von 9,7 Metern; der historische Höchststand betrug 2013 mehr als zehn Meter. Die Stadt wurde weitgehend durch mobile Hochwasserbarrieren geschützt, die in den vergangenen Tagen von der slowakischen Wasserwirtschaft errichtet wurden. Doch wurden auch in der Westslowakei Flächen überflutet und nach Angaben von Umweltminister Tomáš Taraba Schäden von rund 20 Millionen Euro angerichtet.

Unterdessen ist die Lage in Sachsen weit weniger schlimm als zunächst befürchtet. Die Situation sei derzeit nicht besorgniserregend, teilte die Feuerwehr in Dresden am Dienstagmittag mit. Man kontrolliere die neuralgischen Stellen zweimal am Tag. Der Pegel lag am Mittag bei 5,89 Metern. Der Höchstwasserstand der Elbe soll in Dresden in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag erreicht werden. Der Richtwert der Alarmstufe 3 von sechs Metern werde aber nur geringfügig überschritten, teilte das Landeshochwasserzentrum mit. Danach werde der Wasserstand langsam sinken. Am Freitagnachmittag soll der Pegel bei etwa 5,50 Metern liegen.

Sachsens Umweltminister Wolfram Günther (Bündnis 90/Die Grünen) sagte am Donnerstag nach einer Kabinettssitzung in Dresden, Sachsen werde „vergleichsweise glimpflich davonkommen". Die Pegelstände seien niedriger als zwischenzeitlich befürchtet. Das sei aber „noch keine Entwarnung". Bei der Elbe werde es dauern, bis sie unter die Alarmstufe 1 komme, eventuell bis Ende September, da die Tschechische Republik die Talsperren nach und nach ablassen werde. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) bot den betroffenen Regionen in Polen und der Tschechischen Republik und besonders Niederösterreich Unterstützung an. Die Partnerregion Niederschlesien wolle Hilfe für Menschen annehmen, die ihre Häuser verlassen mussten, hieß es aus der sächsischen Staatskanzlei.

In Polen haben Bewohner einer von Hochwasser bedrohten Stadt mit vereinten Kräften mitgeholfen, einen Deichbruch zu verhindern. „Nysa wurde vor dem Schlimmsten bewahrt", sagte die Chefin der Gebietsadministration, Monika Jurek, nach Angaben der Nachrichtenagentur PAP. Mittlerweile gehe der Wasserstand in der Glatzer Neiße zurück. „Wenn das so bleibt, können wir sagen, dass Nysa sicher ist." In der Kleinstadt rund 90 Kilometer südlich von Breslau (Wroclaw) hatten sich in der Nacht auf Dienstag dramatische Szenen abgespielt. Die Wassermassen der Glatzer Neiße, eines Nebenflusses der Oder, drohten einen Deich zu durchbrechen, der die Innenstadt schützt. Rund 60 Feuerwehrleute und 200 Soldaten des Heimatschutzes waren im Einsatz, um den Deich zu verstärken. Auch die Bürger packten tatkräftig mit an. Der polnische Regierungschef Donald Tusk hat den Opfern des Hochwassers finanzielle Hilfe zugesagt. Die Betroffenen könnten umgerechnet 2300 Euro Soforthilfe beantragen.

„Wir müssen den Flüssen mehr Raum geben"

Ökologe Mathias Scholz über die Notwendigkeit, Auen für den Hochwasserschutz zu renaturieren

Herr Scholz, Sie arbeiten als Ökologe im Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Starker Regen setzt zurzeit ganze Landstriche in der Tschechischen Republik, in Polen und Österreich unter Wasser. Auch im Osten Deutschlands sind die Pegelstände gestiegen. Wie verschärfen menschliche Eingriffe in Flusslandschaften Hochwassersituationen?

Menschliche Eingriffe, wie die Begradigung von Flüssen oder der Bau von Dämmen, haben signifikante Auswirkungen auf die natürlichen Wasserläufe. Wenn Flüsse begradigt werden, fließt das Wasser schneller ab. Das führt dazu, dass es weniger Zeit hat, in den Böden zu versickern, was wiederum das Hochwasserproblem verschärft. Besonders dramatisch wird es, wenn Flächen versiegelt sind, da das Wasser dann nicht mehr versickern kann und oberflächlich abfließt. In der Folge staut sich das Wasser in den Tallagen, was zu Schäden führt.

Gibt es Beispiele, bei denen solche Eingriffe vermehrt zu Hochwassern geführt haben?

Ja, ein bekanntes Beispiel ist der Rhein. Über 90 Prozent der natürlichen Flussauen des Rheins, die früher als Puffer für Hochwasser dienten, sind mittlerweile verloren gegangen. Durch den Verlust dieser Auen hat sich die Hochwassersituation weiter verschärft, da das Wasser gezwungen ist, sich schneller durch den Flusslauf zu bewegen.

Wie genau tragen Auen und renaturierte Flüsse zur Hochwasserprävention bei?

Naturnahe Fluss-Ökosysteme besitzen die Fähigkeit, überschüssiges Wasser zurückzuhalten. Auen fungieren dabei wie ein Schwamm: Sie speichern Wasser, wenn es vorhanden ist, und geben es in trockenen Zeiten wieder an die Landschaft ab. Auf diese Weise kann das Wasser in den Boden versickern und das Grundwasser anreichern. Das verlangsamt die Hochwasserwelle und verhindert, dass die Wasserstände gefährlich ansteigen. Es ist wichtig, zu beachten, dass Hochwasser ein natürliches Phänomen und Teil eines funktionierenden Ökosystems ist. Die Herausforderung besteht darin, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben und ihre natürlichen Abläufe zu unterstützen.

Foto Sebastian Wiedling/UFZ

Mathias Scholz

Neben der Hochwasserprävention bringen die Renaturierung von Flüssen und Auen auch weitere ökologische Vorteile mit sich.

Ja, renaturierte Flussauen sind wahre Hotspots für die Biodiversität. In der Vergangenheit wurden sie oft als das „badische Amazonien" bezeichnet. Sie bieten Lebensraum für viele angepasste Tier- und Pflanzenarten. Diese naturnahen Flächen spielen zudem eine wichtige Rolle als Filter für Wasser.

Inwiefern?

Sie reinigen das Wasser von überschüssigen Nährstoffen und Schadstoffen. Außerdem können sie CO_2 speichern und somit zur Minderung der Treibhausgase beitragen. Naturnahe Flusslandschaften ermöglichen es, gleichzeitig die Artenvielfalt zu fördern, das Klima zu schützen und den Hochwasserschutz zu verbessern.

Wie viele natürlichen Auenflächen haben wir noch in Deutschland?

In Deutschland haben wir entlang der großen Flüsse etwa 70 bis 90 Prozent unserer ursprünglichen Flussauen verloren, wie das Bundesamt für Naturschutz festgestellt hat. Das bedeutet, dass nur etwa zehn Prozent bis ein Drittel der ehemaligen Auen als Überflutungsaue verfügbar sind. Der Zustand der verbliebenen Auen ist oft nicht mehr funktionsfähig, da sie intensiv landwirtschaftlich genutzt werden.

Warum sind diese Auen so massiv zurückgegangen?

Das liegt daran, dass Auen zu den nährstoffreichsten Böden gehören. Schon im frühen Mittelalter haben die Menschen angefangen, zu roden, einzudeichen, intensive Landwirtschaft zu betreiben und dort zu siedeln. Alle unsere großen Städte wie beispielsweise Köln oder Frankfurt liegen an den Flüssen mit solchen Auen. Mit dem technischen Fortschritt haben wir es geschafft, den Flüssen immer mehr Auen zu nehmen, die ursprünglich als Retentionsraum bei Hochwasser zur Verfügung standen.

Wie viel Fläche müsste in Deutschland renaturiert werden, um spürbare positive Effekte zu erzielen?

Es wäre notwendig, etwa 20 Prozent der Flächen in Deutschland wiederherzustellen, um positive Effekte sichtbar zu machen. Das würde einer Fläche entsprechen, die größer ist als die des Saarlandes. Es gibt bereits viele Initiativen zur Renaturierung, vor allem an Flüssen wie der Elbe. Aber es bleibt eine große gesellschaftliche Aufgabe, die technische Überformung der Flüsse rückgängig zu machen.

Was müsste gesetzlich getan werden, um die Renaturierung langfristig sicherzustellen?

Die EU hat sich mit dem gerade beschlossenen Wiederherstellungsgesetz für die Natur zum Ziel gesetzt, bis 2030 insgesamt 25.000 Kilometer Flüsse durch das Entfernen von Dämmen und die Wiederanbindung an Auen zu renaturieren und 20 Prozent degradierte Ökosysteme wiederherzustellen. Das erfordert für Flussauen Maßnahmen wie Deichrückverlegungen oder Deichschlitzungen und könnte bei etwa 20 Prozent der Altauen entlang großer Flüsse realisiert werden. Allerdings zeigt die aktuelle Nutzung der Auen in Deutschland, dass viele dieser fruchtbaren Flächen intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet werden, was bei der Renaturierung berücksichtigt werden muss. Zudem sollten alternative Nutzungskonzepte wie extensive Beweidung entwickelt werden.

Die Fragen stellte **Laura Gabler.**

Sean „Diddy" Combs verhaftet

LOS ANGELES. Die Beweise, die Beamte der Ermittlungsbehörde des amerikanischen Ministeriums für Heimatschutz (HSI) bei Razzien der Anwesen des Musikmoguls Sean „Diddy" Combs in Los Angeles und Miami sicherstellten, haben wohl doch gereicht. Fast sechs Monate nach den Durchsuchungen wurde Combs am Montagabend in einer Hotellobby in Manhattan verhaftet. Angeblich war der Vierundfünfzigjährige freiwillig mit seinem Sohn Christian „King" Combs nach New York gekommen, um sich von HSI-Beamten festnehmen zu lassen. Wie im Frühjahr bekannt wurde, hatte die Bundesstaatsanwaltschaft in New York einige Wochen zuvor Ermittlungen zu sexuellen Übergriffen, Menschenhandel, organisierter Kriminalität und häuslicher Gewalt gegen den Grammy-Preisträger aufgenommen.

Combs war zuvor von einer Welle von Zivilklagen eingeholt worden. Den Anfang machte im vergangenen November die Sängerin Casandra „Cassie" Ventura. Sie beschuldigte ihren früheren Lebensgefährten, sie vor der Trennung im Jahr 2018 wiederholt unter Drogen gesetzt, sexuell missbraucht und geschlagen zu haben. Combs wies die Vorwürfe zurück, erklärte sich aber nach Einreichen der Klage zu einer Zahlung in ungenannter Höhe an die Sängerin bereit. Im vergangenen Mai veröffentlichte der Sender CNN ein Video aus dem Jahr 2016, das zeigte, wie der Rapper und Musikproduzent seine ehemalige Freundin auf einem Hotelflur zu Boden stieß und mit Füßen trat.

Wie Ventura hatten sich im vergangenen Herbst weitere mutmaßliche Opfer auf ein Gesetz des Bundesstaates New York für erwachsene Überlebende berufen, das die Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch vorübergehend aussetzte. Die ehemalige Studentin Joi Dickerson-Neal beschuldigte Combs, sie im Jahr 1991 vergewaltigt und Aufnahmen des Übergriffs an Freunde verschickt zu haben. Laut der Bundesstaatsanwaltschaft in Manhattan wurde der Musiker am Montag nach der Entscheidung einer Grand Jury, Anklage zu erheben, verhaftet. CHRISTIANE HEIL

Kleine Meldungen

Geständnis des Ehemanns

Im Prozess um den massenhaften Missbrauch seiner betäubten Frau Gisèle Pelicot hat der Hauptangeklagte, ihr Ehemann, überraschend ein Geständnis abgelegt. „Herr Vorsitzender, ich räume die Vorwürfe in ihrer Gesamtheit ein", sagte der 72 Jahre alte Mann vor Gericht in Avignon, wie die Zeitung „Midi Libre" berichtete. „Ich bin ein Vergewaltiger, wie alle, die in diesem Saal sind." Die anderen Angeklagten könnten „nicht das Gegenteil behaupten". Seine Frau Gisèle habe das „nicht verdient", sagte Pelicot. Den Kontakt zu den Männern soll der Rentner über eine Onlineplattform hergestellt haben. „Ich bin schuldig für das, was ich getan habe", sagte der Rentner. „Ich bereue, was ich getan habe, ich bitte um Vergebung, auch wenn es nicht entschuldbar ist." dpa/AFP

Mordprozess gegen Syrer

Im Sauerland hat ein Mordprozess gegen einen 24 Jahre alten Syrer begonnen. Er soll die 17 Jahre alte Schwester seiner ehemaligen Verlobten mit Benzin übergossen und angezündet haben. Die Frau starb an ihren Verletzungen. Er sei mit der Trennung nicht klargekommen und habe Leid über die Familie seiner ehemaligen Verlobten bringen wollen, sagte die Staatsanwältin bei der Verlesung der Anklage am Landgericht Arnsberg. Mit vier Benzinkanistern sei der Angeklagte im März zur Wohnung der Familie seiner ehemaligen Verlobten in Menden gekommen. Als die Schwester öffnete, habe er sie sofort mit dem Benzin übergossen und in Brand gesteckt, sagte die Staatsanwältin. Schon in den Monaten zuvor habe der Mann seine ehemalige Partnerin massiv bedroht. Einmal habe er sie bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt. dpa

Urteil gegen Geiselnehmer

Das Ulmer Landgericht hat einen ehemaligen Bundeswehrsoldaten wegen Geiselnahme zu sechs Jahren Haft und der Unterbringung in einer Psychiatrie verurteilt. Der 44 Jahre alte Mann aus dem nordrhein-westfälischen Iserlohn hatte vergangene Woche vor Gericht gestanden, im Januar mehrere Geiseln in einem Café in der Ulmer Innenstadt in seine Gewalt gebracht zu haben. Die Strafkammer ging von einer verminderten Schuldfähigkeit aufgrund einer posttraumatischen Belastungsstörung aus. dpa

Machtbewusst

Von Nikolas Busse

Einen französischen (!) Kommissar aus der EU-Kommission kegeln, das kann man nur, wenn man Mumm und Machtbewusstsein hat. Ursula von der Leyen kam zwar zugute, dass Macron sich mit der vorgezogenen Parlamentswahl selbst geschwächt hat, aber in der Frauenfrage hat sie ebenfalls in einer Weise Druck auf die Mitgliedstaaten ausgeübt, wie sich das nicht jeder ihrer Vorgänger getraut hätte. Dass sie die paritätische Besetzung der Kommission am Ende nicht erreicht hat, ist verschmerzbar. Es gibt in den Verträgen keine explizite Quote. Am Ende muss jedes EU-Land entscheiden, von wem es sich in Brüssel vertreten lassen will.

Ein Ärgernis bleibt die Größe der Kommission, an der die Mitgliedstaaten unverdrossen festhalten. Das kostet den Steuerzahler Geld und begünstigt doppelte und überflüssige Arbeit in Brüssel. So viel zum Thema Bürokratieabbau. Der Zuschnitt der Portfolios ist alles in allem unspektakulär, er entspricht der Lage und den Wahlergebnissen: Klimaschutz ist nicht mehr das Hauptthema, jetzt geht es stärker um Wettbewerbsfähigkeit, Industriepolitik, weniger irreguläre Migration und mehr Verteidigung; für Letztere allerdings hat die EU nicht allzu viele Kompetenzen. Ungarn muss sich mit Gesundheit und Tierschutz begnügen, Meloni bekommt ihren ersehnten Vizepräsidenten. Den sollte das Parlament nicht boykottieren. Gegen Italien kann man in Europa nicht (vernünftig) Politik machen.

Wie umgehen mit Extremisten?

Karlsruhe entscheidet über die Abwahl eines Ausschussvorsitzenden.

Von Marlene Grunert, Berlin

Der Vorgang, über den das Bundesverfassungsgericht an diesem Mittwoch urteilt, ist einmalig. So ist es mit manchen Fällen, die in Karlsruhe landen. Dieses Mal geht es um die Abwahl des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner vom Vorsitz des Rechtsausschusses. Über seine spezifischen Aspekte hinaus wirft der Fall Fragen auf, die sich bei der AfD oft stellen. Es geht darum, ob die Partei aus Gepflogenheiten Ansprüche ableiten kann und wie weit parlamentarische Gleichbehandlung gehen muss. Fragen, die auch in Thüringen relevant werden.

Der AfD-Politiker Stephan Brandner, einst Mitglied des offiziell aufgelösten völkisch-nationalistischen Flügels um Björn Höcke, war Anfang 2018 zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt und Ende 2019 wieder abgewählt worden. Auslöser waren besonders die Verhöhnungen gewesen, die Brandner nach dem Anschlag des Rechtsextremisten Stephan Balliet 2019 in Halle veröffentlich hatte.

Geregelt ist zur Wahl von Ausschussvorsitzenden wenig, zur Abwahl nichts. Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht vor, dass Ausschüsse ihre Vorsitzenden „bestimmen“. Der Rest ist Tradition. Demnach steht der Vorsitz im Haushaltsausschuss der größten Oppositionsfraktion zu. Anschließend geht es entsprechend den Fraktionsstärken reihum. Ganz überwiegend fanden jahrzehntelang nicht einmal Wahlen statt, die Kandidaten wurden auf Zuruf bestimmt.

Seinen Ursprung hat das „Zugreifverfahren“, das schon 1912 praktiziert wurde, in der damaligen Zersplitterung eines Vielparteiensystems. Entsprechend den Fraktionsstärken sollte jede Partei berücksichtigt werden. Während Ausschussvorsitzende etwa in Frankreich und Großbritannien von der Mehrheit gestellt werden, wollte man in Deutschland vermeiden, dass die Regierungsmehrheit in allen Ausschüssen die organisatorische Kontrolle hat.

Die AfD kritisiert, dass weder Wahl noch Abwahl geregelt ist. Außerdem müssten sich die parlamentarischen Mehrheiten in dem Vorsitzenden spiegeln. Die Rechtsprechung fordert das bislang nur für die Zusammensetzung der Ausschüsse. Ein einzelner Vorsitzender könne gar keine Mehrheitsverhältnisse abbilden, argumentierte in der mündlichen Verhandlung die Staatsrechtlerin Sophie Schönberger. Sie vertritt den Bundestag. Auch zusammen bildeten alle 27 Ausschussvorsitzenden kein Gremium. Schönberger warf der AfD vor, auf Demokratie zu pochen – und sich gleichzeitig durch den demokratischen Akt schlechthin verletzt zu fühlen, durch Wahlen. Entscheide sich ein Ausschuss dafür, mache er von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch. Und wer gewählt werde, könne auch abgewählt werden.

Die Aufgaben von Ausschussvorsitzenden bestehen vor allem darin, unparteiisch für einen ordnungsgemäßen Ablauf zu sorgen. Sie bereiten die Sitzungen vor, laden dazu ein, leiten die Geschäfte. Es sind Posten, die mehr Prestige als Macht verkörpern.

Ähnliches gilt für Parlamentspräsidenten. Auch sie sorgen für einen reibungslosen Betrieb, verwalten und repräsentieren. Bestenfalls bekommt man davon nicht viel mit. Der Jurist Maximilian Steinbeis spricht in seinem neuen Buch „Die verwundbare Demokratie“ von einer der Institutionen, „die Politik möglich halten, gerade dadurch, dass sie selbst nicht politisch sind“.

Auf Bundesebene hat die AfD bislang vergeblich versucht, in das Präsidium des Parlaments gewählt zu werden. Mehrere ihrer Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten verfehlten die nötige Mehrheit; auch in Karlsruhe scheiterte die Partei. Die Richter stellten klar, dass die Geschäftsordnung zwar allen Fraktionen das Recht gibt, im Präsidium vertreten zu sein. Dieses Recht stehe aber unter dem Vorbehalt der Wahl. Und einen Anspruch darauf, gewählt zu werden, gebe es nicht. Das gilt auch in Thüringen. Dort spricht die Geschäftsordnung des Landtages das Recht zur Nominierung des Präsidenten der stärksten Fraktion zu. Seit Kurzem ist das die AfD. Jemanden zu nominieren heißt aber nicht, ihn zu bestimmen.

Auch abseits von rechtlichen Ansprüchen gibt es allerdings Argumente, die dafür sprechen, die AfD an parlamentarischen Traditionen teilhaben zu lassen: etwa die Tatsache, dass sie durch Wahlen nun einmal legitimiert ist. Auch das Opfer-Narrativ, das die Partei so oft bemüht, würde unterlaufen, wenn man sie gleich behandelte. Und böte der harmlose Posten eines Landtagspräsidenten dazu nicht eine gute Gelegenheit?

Steinbeis’ Buch weckt daran Zweifel. Es untersucht die Szenarien, die drohen, wenn Parteien wie die AfD in die Reichweite der Macht geraten. Und es verdeutlicht, warum ein Amt wie das des Landtagspräsidenten für den autoritären Populismus ein „außerordentlich attraktives Ziel“ ist. Denn eine Gewähr, dass der Posten unpolitisch ausgeübt wird, gibt es nicht. Vieles hängt vom Verständnis dieses Amts ab, das viele Einfallstore für Missbrauch bietet.

So wachen Landtagspräsidenten über eine reibungslose Verwaltung – oder sorgen für Sand im parlamentarischen Getriebe. Sie fertigen Gesetze aus – oder lassen damit auf sich warten. Sie unterschreiben die Ernennungsurkunden für Landesverfassungsrichter – oder sie weigern sich, wie es 2015 in Polen Andrzej Duda tat. Landtagspräsidenten vertreten das Parlament nach außen – oder bauen eine Nebendiplomatie auf. Das Hausrecht und die Ordnungsgewalt üben sie unparteilich aus – oder nutzen es, um dem politischen Gegner zu schaden. Ein Landtagspräsident könnte sogar eine bewaffnete Landtagspolizei auf den Weg bringen, wie Steinbeis schreibt. Es sind Optionen, die man einer rechtsextremistischen Partei besser nicht gewährt.

Immer für einen Eklat gut: *Stephan Brandner (AfD) im Bundestag* Foto Imago

Raffaele FITTO Foto Reuters

Melonis Kandidat

Von dieser Kandidatur für die neue EU-Kommission hängt viel ab: Raffaele Fitto, 55 Jahre alt, derzeit Europaminister der Mitte-rechts-Koalition in Rom, soll für Italien den Posten eines exekutiven Vizepräsidenten in der Kommission mit Zuständigkeit für ein wichtiges Wirtschaftsressort erhalten. Für Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, Parteichefin der rechtskonservativen Brüder Italiens, ist die Bestätigung Fittos für den EU-Schlüsselposten ein Mindestziel.

Die Vergabe der Brüsseler „Top Jobs“ – Kommissionschefin, Außenbeauftragte und Parlamentspräsidentin – hatten die „Großen“ in der EU untereinander ausgemauschelt: die Länder Deutschland und Frankreich sowie die Parteienfamilien der Christdemokraten (EVP) und der Sozialdemokraten. Meloni als Regierungschefin der drittgrößten Volkswirtschaft der EU und als Vorsitzende der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) war gleich doppelt außen vor geblieben. Sollte Meloni auch noch mit ihrem Kandidaten Fitto durchfallen, wären persönliche Blamage und politischer Schaden fast irreparabel. Aber auch für Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und für EVP-Chef Manfred Weber hängt viel von der Bestätigung Fittos ab. Einen weiteren Affront gegen Italien und ihre Freundin Meloni kann sich von der Leyen nicht leisten. Und auch Webers Vision einer Annäherung der EVP an die gemäßigten Kräfte rechts der Christdemokraten, um die von der Wählermehrheit in Europa längst nicht mehr gewollte links-grüne Vorherrschaft in den EU-Institutionen zu beenden, hängt wesentlich an der Personalie Fitto.

Nur wer das Partikularinteresse seiner Partei über den Willen der Wählermehrheit stellt, findet am Kandidaten Raffaele Fitto etwas herumzumäkeln. Unter Pragmatikern aller politischen Couleur genießt der Politprofi höchsten Respekt. Seine Laufbahn begann der verheiratete Vater dreier Kinder noch vor dem Abschluss des Jurastudiums an der Universität Bari. Für die konservative Volkspartei Democrazia Cristiana (DC) wurde Raffaele Fitto 1990, im Alter von 20 Jahren, erstmals ins Regionalparlament Apuliens gewählt. Von 2000 bis 2005 war er Präsident der Region am Stiefelabsatz. Es folgten, von 2006 bis 2014, Tätigkeiten als Abgeordneter in Rom und als Minister im Kabinett Silvio Berlusconis, dessen Partei Forza Italia sich Fitto nach der Auflösung der DC angeschlossen hatte. Von 2014 bis 2022 war Fitto Abgeordneter im Europaparlament, zunächst für die Forza Italia in der EVP-Fraktion, nach seinem Wechsel zu Melonis Brüdern Italiens von 2015 in der EKR-Fraktion. Im Kabinett Meloni ist er seit Oktober 2022 vor allem für die Verwendung der Mittel aus dem postpandemischen Wiederaufbaufonds der EU zuständig.

MATTHIAS RÜB

Karlsruher Klatsche

Von Reinhard Müller

Man kann das durchaus als Klatsche für die (frühere) Hessische Landesregierung betrachten: Wesentliche Teile des Verfassungsschutzgesetzes genügen nicht den Anforderungen des Grundgesetzes. Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten, eher um Wiederholungsfehler. Die Befugnisse des Amtes zur Erhebung und Übermittlung von Daten verstoßen gegen das Grundgesetz. Auch recht schwere Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht waren demnach erlaubt, ohne dass das Gesetz eine ausreichende Schwelle für solche Beschränkungen vorsah. Nicht jeder Eingriff kann eben durch allgemeine Klauseln gerechtfertigt werden. So genau nimmt man es in anderen Staaten nicht, was aber nicht heißt, dass das alles keine Rechtsstaaten wären. Es ist eine hart erkämpfte Errungenschaft, dass der Gesetzgeber alle wesentlichen Fragen regeln muss – und für schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte seiner Bürger hinreichend bestimmte und verhältnismäßige Regelungen schaffen muss.

Jetzt muss der Hessische Landtag nachbessern – was angesichts des Katalogs von Karlsruher Rügen keine Kleinigkeit ist, aber letztlich kein Problem sein sollte. Wer eine wehrhafte Demokratie will, braucht Sicherheitsbehörden mit wirksamen Befugnissen. Datenschutz darf kein Täterschutz sein. Der Bürger muss wissen, woran er ist. Jetzt ist die schwarz-rote Koalition am Zug.

Charmeoffensive in Teheran

Der neue iranische Präsident stellt sich erstmals der Presse – und gibt sich moderat / *Von Friederike Böge, Ankara*

Massud Peseschkian war sichtlich bemüht, gute Laune zu verbreiten. Der iranische Präsident lachte, als eine Journalistin ihm am Montag erzählte, sie sei auf Umwegen zur Pressekonferenz gekommen, um nicht der Sittenpolizei in die Arme zu laufen. „Belästigen die Sittenwächter Sie schon wieder?“, fragte er. „Wir werden der Sache nachgehen, um sicherzustellen, dass sie Sie nicht mehr belästigen.“ Die Sittenwächter hätten nicht das Recht, Frauen physisch zu konfrontieren, sagte er. Das habe der Generalstaatsanwalt klargestellt.

Es war Peseschkians erste Pressekonferenz gut sechs Wochen nach seinem Amtsantritt. Der Ton, den er anschlug, war deutlich moderater als der seines Vorgängers Ebrahim Raisi. Ob er in der Lage ist, den Worten Taten folgen zu lassen, muss sich erst noch erweisen. Die Erwartungen an ihn sind angesichts der begrenzten Macht des Präsidentenamts gering. Sie konzentrieren sich auf kleine Verbesserungen. Wie eine Verringerung der Präsenz der Sittenpolizei auf den Straßen. Oder eine Beschleunigung des Internets, das wegen der Zensur stark gedrosselt ist. Darüber, sagte Peseschkian, sei er im Gespräch mit dem Nationalen Sicherheitsrat. Einige Universitätsdozenten, die im Zuge der Proteste von 2022 entlassen wurden, wurden inzwischen wieder eingestellt. Und dann ist da noch der 86 Jahre alte Regimekritiker Mehdi Karrubi. Peseschkian hat dem Obersten Führer Ali Khamenei die Zustimmung abgerungen, den Mann nach 13 Jahren Hausarrest freizulassen. Karrubi war einer der Anführer der Protestbewegung von 2009. Khameneis Zugeständnis ging aber nicht so weit, auch dessen Mitstreiter Mir Hossein Mussawi freizulassen. Daran arbeite man noch, sagte Peseschkian und fügte als Bedingung hinzu, dieser solle nicht „das System“ kritisieren. So eng ist also der Spielraum des Präsidenten. Dass die Zahl der Hinrichtungen seit Peseschkians Amtsantritt in die Höhe geschossen ist, war auf der Pressekonferenz kein Thema. Denn auf die Justiz hat der Präsident ohnehin keinen Einfluss. Aus Sicht des Obersten Führers besteht seine wichtigste Aufgabe wohl darin, dem „System“ in den Augen der Bevölkerung wieder ein Mindestmaß an Legitimität zu verleihen. Er soll das weiche Gesicht Irans sein – nach innen und nach außen.

> Noch vor der US-Wahl will Iran wieder Gespräche mit dem Westen über sein Atomprogramm führen.

Mit Blick auf die Außenpolitik bekräftigte Peseschkian den Willen seiner Regierung, Verhandlungen mit dem Westen über das iranische Atomprogramm wiederaufzunehmen. Die braucht er, um eine Lockerung der Sanktionen zu erreichen, um die darbende Wirtschaft anzukurbeln. Am Rande der UN-Generalversammlung in New York will er kommende Woche dem Vernehmen nach erste informelle Gespräche führen. Auch sein Außenminister Abbas Araghchi äußerte, Iran wolle noch vor der amerikanischen Präsidentenwahl im November mit solchen Gesprächen beginnen. „Wenn nötig, werden wir als Erstes die Europäer kontaktieren und nicht auf die USA warten.“

Da wirkt es wie ein Widerspruch, dass Iran ausgerechnet in dieser Lage Kurzstreckenraketen an Russland geliefert haben soll. Der amerikanische Außenminister Antony Blinken rechnet nach eigenen Worten damit, dass die Raketen mit einer Reichweite von bis zu 120 Kilometern schon in wenigen Wochen auf dem Schlachtfeld in der Ukraine auftauchen könnten. Deutschland, Frankreich und Großbritannien, also genau jene europäischen Länder, auf die es in der Atomfrage ankommt, sprachen von einer „weiteren Eskalation der iranischen Militärhilfe für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine“ und kündigten neue Sanktionen gegen Iran an. Die Europäische Union hat erklärt, „glaubhafte Informationen“ über die Lieferung erhalten zu haben.

Möglich, dass Teheran glaubt, durch derlei kalibrierte Eskalation seine Verhandlungsposition gegenüber Europa stärken zu können, wie ein in Teheran gut vernetzter Beobachter meint. Möglich aber auch, dass die für das Raketenprogramm zuständige Revolutionsgarde schlicht andere Prioritäten verfolgt als der Präsident. Peseschkian wäre nicht der erste iranische Präsident, der in strategisch wichtige Entscheidungen des Militärs nicht eingebunden worden wäre. Die Vereinbarung zwischen Moskau und Teheran über die Lieferung soll bereits im Dezember getroffen worden sein, also vor Peseschkians Amtsantritt. Die Ausbildung russischer Soldaten an den Raketen vom Typ Fath-360 soll aber erst kürzlich stattgefunden haben.

Für die Revolutionsgarde hat sich schon die vorherige Lieferung von Kamikazedrohnen an Russland ausgezahlt. Berichten zufolge hat Russland die Drohnen in direkter Konfrontation mit westlicher Luftabwehrtechnik weiterentwickelt und dieses Wissen mit Teheran geteilt. Ähnliche technische Schützenhilfe könnte sich die Garde auch für ihr Raketenprogramm erhoffen. In den USA gibt es offenbar die Sorge, dass der Technologietransfer auch Atomtechnik einschließen könnte. Das deutete Außenminister Blinken an.

In Teheran kursiert derweil das Erklärungsmuster, Russland könnte Informationen über die Raketenlieferung gestreut haben, um Irans Bemühungen um Verhandlungen mit dem Westen zu hintertreiben. In diese Richtung zielten offenbar Äußerungen von Außenminister Araghchi, der von „falschen Geheimdienstinformationen“ sprach. Präsident Peseschkian bestritt auf seiner Pressekonferenz, dass seit seiner Amtsübernahme Raketen an Russland geliefert worden seien. „Es ist möglich, dass es in der Vergangenheit eine Lieferung gab, aber ich kann Ihnen versichern, dass es keine solche Lieferung an Russland gab, seit ich mein Amt angetreten habe“, sagte er. Eine Annäherung an den Westen bedeute nicht, dass Iran seine Beziehungen mit Russland aufgeben werde. Im Oktober will Peseschkian zum Gipfel der BRICS-Staaten nach Russland reisen und dort eine weitere Vereinbarung mit Präsident Wladimir Putin über eine Vertiefung der Beziehung unterzeichnen.

Wie wir uns verzwergen

Die Buchbranche hat allen Grund, selbstbewusst zu sein. Warum treten wir nicht so auf?

Von Tom Kraushaar

Im Wonnemonat Mai dieses Jahres gab es mal wieder einen kleinen Skandal. Die Autorinnen Juliane Liebert und Ronya Othmann verpfiffen in einem gemeinsam verfassten Artikel in der „Zeit“ die Jury des Internationalen Literaturpreises, der sie selbst angehört hatten. In dem Text ging es um wichtige und komplizierte Fragen. Nach welchen Kriterien wird und sollte Literatur ausgezeichnet werden. Inwiefern sollte oder darf die Identität des ausgezeichneten Autors eine Rolle spielen. Darin zitieren die beiden ein Jurymitglied mit einem Satz, der mir seitdem nicht mehr so richtig aus dem Kopf geht: „Sorry, ich liebe Literatur, aber Politik ist wichtiger.“ Nichts läge mir ferner, als diesen Streit jetzt noch einmal aufzuwärmen, und es besteht kein Anlass, diesen einen Satz zu skandalisieren. Er hat sich mir aber als Randsymptom eines Leidens eingeprägt, das den ökonomisch-kulturellen Komplex Buchbranche seit einigen Jahren ergriffen hat: Ich nenne es das Multikrisen-Selbstverzwergungs-Syndrom, kurz MSV-Syndrom.

Opern- und Konzerthausintendanten ergattern Milliardenbeträge aus öffentlichen Mitteln mit dem Selbstbewusstsein strahlender Leuchtturmprojektwärter, die ganze Regionen vor dem Schiffbruch bewahren. Die Kunst-, Theater- und Filmbetriebe treten mit dem Ziel an, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern und so die liberale Demokratie zu retten oder auch den Finger in die Wunde des westlichen Kolonialismus zu legen und so dem System einen notwendigen Neustart zu verschaffen. Nur in der Buchbranche ticken die Uhren anders: Hier gehört es zum guten Ton, niemals Zweifel am zwangsläufigen Untergang der eigentlich auch nebensächlichen Lesekultur aufkommen zu lassen. Masochistisch ausgewertete Studien über den Rückgang von Buchkäuferzahlen werden genüsslich in der Welt verbreitet. Jede dahergelaufene Smartphone-Anwendung gilt noch schneller als letzter Sargnagel des Mediums Buch, als sie wieder im digitalen Nirwana verschwinden kann. Es gilt als ausgemachte Sache, dass mit Netflix die große Erzählkunst endgültig von den Buchseiten auf den Flatscreen migriert ist. Und wenn in Tageszeitungen mal auf mehr als vierzig Zeilen ein Ereignis des Literaturbetriebs erwähnt wird, dann folgt umgehend der Vorwurf, hier würde sich der Literaturbetrieb mal wieder zu ernst nehmen.

So souverän bestand kein anderes Medium in der digitalen Revolution

Leider hat der dumpfe Klang der Selbstverzwergung längst die Echokammer des Literaturbetriebs verlassen: Wer als Buchverlagsmitarbeiter bei einem Schulfest-Drink mit anderen Eltern spricht, die in der Automobilindustrie arbeiten, der bekommt eine Ahnung davon, wie es sich anfühlt, auf dem Sterbebett von seinen Liebsten verabschiedet zu werden, so viel mitleidiges Bedauern wird einem entgegengebracht. Trotzdem glaubt keiner der Automanager daran, dass das Produkt, an dem sie selbst mitschrauben, in fünfzig Jahren noch in dieser Form existieren wird, wohingegen gleichzeitig niemand daran zweifelt, dass es Bücher auch im Jahr 2074 ff. noch geben wird. Warum auch nicht? Das Produkt Buch gibt es nicht nur schon seit mehr als fünfhundert Jahren, es hat sich seitdem ungefähr so grundlegend verändert wie das Produkt Löffel im selben Zeitraum. Wer aber vor einer Dekade die These gewagt hat, dass das Buch die Digitalisierung unbeschadet überstehen werde, galt bestenfalls als putziges Träumerchen. Dabei war das nicht weniger plausibel als die Annahme, dass der Löffel die Digitalisierung unbeschadet überstehen werde.

Die Jahrzehnte der Digitalisierung haben vielmehr die unvergleichliche Widerstandsfähigkeit des Buches unter Beweis gestellt. Kein einziges Medium ist derart souverän durch die digitale Revolution geschlendert. Vor dem Hintergrund dieses epochalen Wandels muss man die weitgehend stabilen Umsatzzahlen der Buchbranche als Ausweis von Stabilität auf hohem Niveau werten. Immerhin erwirtschaftete der deutschsprachige Buchmarkt im Jahr 2023 9,71 Milliarden Euro und damit fünfzig Prozent mehr als hiesige Filmwirtschaft und Musikindustrie zusammen. Dabei kommen deutsche Verlage ohne direkte Unterstützung durch staatliche Mittel aus. Durch den reduzierten Mehrwertsteuersatz, die Buchpreisbindung, Kulturförderung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und öffentliche Mittel, die Autorinnen, Übersetzern und kulturellen Institutionen zukommen, werden lediglich die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass Verlage aus eigener Kraft das literarische Leben, den Wissensaustausch durch Sachbücher und vieles mehr unterhalten.

Die Bücher, die so entstehen können, verharren nicht in ihrer Buchgestalt, sondern bilden die Basis für Kinofilme, Fernsehserien, Videogames oder Theaterstücke. Aus Sachbüchern entstehen öffentliche Debatten, die in Zeitungen und sozialen Medien geführt werden. Diese Funktion ist zutiefst in den Entstehungs- und Rezeptionsbedingungen des Buches verwurzelt. Ein Buch braucht Zeit und Geld. Das betrifft nicht nur den mühsamen und langwierigen Prozess des Schreibens und Verlegens, sondern auch das Lesen, bei dem man sich oft für viele Stunden ganz auf das Geschriebene einlassen muss. Daher kann in Büchern noch am ehesten die Komplexität unserer Welt, von Liebe, Krieg, Familie und allen erdenklichen weiteren Themen anerkannt und abgebildet werden. So ist es weder Zufall noch eine anachronistische Marotte, dass das Buch diese Rolle als Basismedium für Wissenstransfer und Geschichtenerzählen behaupten konnte.

Wer das eigene Metier so schlecht darstellt, darf sich nicht wundern

Die Klage vom Bedeutungsverlust des Buches, von der Unwichtigkeit der Literatur und ihres Betriebs entbehrt aber nicht nur einer ausreichend rationalen Grundlage, sondern sie ist auch schädlich. Dass die Literatur immer mehr ins Unterholz der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehprogramme vertrieben wird, ist auch eine Folge davon. Ebenso die alarmierenden Nachrichten von Kürzungen bei Literatur- und Übersetzungsförderung. Und schließlich treffen Selbstverzwergung und trübes Rumgejammer die Branche an ihrer sensibelsten Stelle: Wer das Signal in die Welt sendet, dass die eigene Branche ein sinkendes Schiff ist, voller rückständiger Wichtigtuer, die den Schuss nicht gehört haben, der darf sich nicht wundern, wenn er zukünftige Mitarbeiter nur noch mit Workation, Betriebsyoga, Bällebad und Viertagewoche locken kann. In der Wirklichkeit basiert aber die Erfolgsgeschichte der Buchbranche darauf, dass über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte hinweg junge Menschen im Literaturbetrieb die Begegnungen mit anderen klugen, inspirierenden Menschen, den Zauber des literarischen intellektuellen Lebens, Erfüllung und Freiheit in der Teilhabe an etwas Großem und Wichtigem gesucht haben und bis heute auch noch finden. Dieses Große und Wichtige ist das Büchermachen, Literatur und intellektuelle Wissensvermittlung sind darin die pochenden Herzkammern.

Ich schreibe diese Sätze in einem Hotelzimmer in der ukrainischen Stadt Czernowitz, wo ich als Gast des Meridian-Literaturfestivals ein paar Tage verbringe. Immer mal wieder erklingen die Sirenen, es gibt eine nächtliche Ausgangssperre, und jeden Tag wird für ein paar Stunden der Strom abgestellt. Man trifft kaum Einheimische, die nicht von gefallenen, verletzten oder an die Front beorderten Verwandten oder Freunden erzählen. Unter den schweren und bedrückenden Bedingungen eines Krieges findet ein Literaturfestival statt. Junge und alte Leserinnen und Leser kommen zu Hunderten zu den Veranstaltungen von deutschen und ukrainischen Autoren in Czernowitz. Viele Texte handeln vom Krieg, aber nicht alle. In den Gespräch zwischen den Lesungen geht es auch und immer wieder um die Literatur an sich. Im Herbst wird es sogar Ableger des Festivals in den frontnahen Städten Cherson und Saporischschja geben, wo wie im ganzen Land die Nachfrage nach Büchern und literarischen Veranstaltungen gestiegen ist. Die Ukrainerinnen und Ukrainer scheinen ein anderes Verständnis von der Relevanz der Literatur zu haben.

Tom Kraushaar ist Verlegerischer Geschäftsführer des Verlags Klett-Cotta.

In der Glaskugel steckt ihre verlorene Jugend: Demi Moore als alternder Hollywoodstar in „The Substance“ Foto Universal Studios

Ich ist eine andere

Viel mehr als Horror: Coralie Fargeats umwerfender Film „The Substance“

Jede gute Horrorgeschichte ist die Nachtseite eines Menschheitstraums. Die allererste, Mary Shelleys „Frankenstein“, handelte von dem Plan, einen Menschen zu erschaffen. Die zweite, Stokers „Dracula“, berechnete die drastischen Nebenkosten des ewigen Lebens. Und was sind all die Auftritte von Zombies und Mutanten anderes als pervertierte Verwirklichungen der alten Sehnsucht nach Unsterblichkeit? Aber auf dem Weg vom Buch zum Bild, ihrem Endzustand, geht den Plots immer öfter etwas Wesentliches verloren: ihr Inneres, ihr Gehalt. Der Splatter genügt sich selbst. Die Frage ist, wie man ihn wieder mit seinem Ausgangspunkt, seiner Substanz, verknüpft. Coralie Fargeats Film „The Substance“ gibt die Antwort.

Elizabeth Sparkle hat eine Fitness-Show im Fernsehen. Früher war sie ein berühmter Filmstar; ihr Stern auf dem Hollywood Boulevard, einst strahlend, jetzt verwittert und verschmiert, erinnert an diese Zeit. Nun wird sie fünfzig, und zum Geburtstag teilt ihr Produzent ihr beiläufig mit, dass die Sendung „Sparkle Your Life“ eingestellt wird. Das Publikum wolle Frischfleisch, erklärt er, während er eine Tellerladung Garnelen verschlingt, und die Kamera fährt auf seinen kauenden Mund zu, als wäre es der Schlund der Hölle. Der Mann wird von Dennis Quaid als Musterbild geifernder Medienschläue verkörpert, und Elizabeth, die ihm sprachlos gegenübersitzt, ist Demi Moore.

Diese Besetzung ist der erste Glücksgriff des Films, denn Moore, inzwischen einundsechzig, hat das Schicksal von Elizabeth Sparkle am eigenen Leib erlebt. Sie war der Inbegriff des Hollywood-Vamps, bekam Millionengagen, dann kamen Drogenprobleme, Scheidungen, Schönheitsoperationen, und ihre Karriere ging südwärts. Ihr letzter bedeutender Auftritt, in „Margin Call“, liegt dreizehn Jahre zurück. Sie weiß, wie es sich anfühlt, wenn das eigene Bild von den Plakatsäulen in Beverly Hills verschwindet, und der Film, der sie schon nach zehn Minuten in einen Auto-Crash und ins Krankenhaus schickt, kostet diesen Schock gründlich aus.

Der zweite Glücksgriff ist die Wahl des Drehorts. Denn dieser Film, der in Los Angeles spielt und mit Hollywood-Essenzen getränkt ist, entstand vollständig in Frankreich, in Cannes, Nizza, Epinay und Paris. So kann er sich ganz auf das konzentrieren, was er erzählen will, und dafür ein Hollywood erschaffen, das hollywoodesker ist als das echte. Das Loft mit Panoramablick, in dem Elizabeth Sparkle lebt, und die Stechpalmen vor der Tür, deren Kronen sich unheilverkündend im Nachtwind wiegen, haben keinen realen Ort in der Welt außer im Kino. Ebendeshalb kann das Kino aus ihnen eine Welt machen: die Bühne eines Albtraums.

Im Krankenhaus hat jemand Elizabeth einen USB-Stick mit einem Zettel zugesteckt: „It changed my life.“ Der Stick führt zu einer Website und einer Adresse in den grauen Eingeweiden der Stadt, wo sich die Schauspielerin ein Paket voller Plastikröhrchen abholt. Die Substanzen in den Röhrchen, so verspricht es die Website, sollen der Nutzerin ihren Wunsch erfüllen, wieder jung, sexy und erfolgreich zu sein. Als sich Elizabeth im Badezimmer die Aktivierungsdosis in den Oberschenkel injiziert, platzt ihr Rücken auf, und heraus schlüpft eine junge Frau.

Es ist der Moment, in dem der Film den Kachelboden des Alltags verlässt und das Reich des Phantastischen betritt. In Wahrheit hat sich, was hier geschieht, in den paranoiden Räumen der Produktionsdesigner und den fiebrigen Kamerabildern von Benjamin Kracun längst angekündigt. Dennoch stutzt man, als das Wort, der Slogan, die Marketingfloskel von der zweiten Jugend in „The Substance“ tatsächlich Fleisch wird. Dafür, dass das Stutzen nicht lange anhält, sorgt neben Demi Moore, die ihren nackten Körper ohne jeden Anflug von Pose ins Bild bringt, nicht zuletzt Margaret Qualley als ihr Zweitwesen Sue. Vor allem aber sorgt dafür die Regie.

Coralie Fargeat hat einen zehnjährigen Anlauf für diesen Film genommen. Schon ihr Kurzfilm „Reality+“ von 2014 handelte von der Manipulation menschlicher, zumal weiblicher Körper. Aber erst nach dem Erfolg ihres Rachethrillers „Revenge“ drei Jahre später konnte sie die Finanzierung für „The Substance“ auf die Beine stellen. Die Dreharbeiten, bei denen Fargeat einzelne Szenen bis zu zwanzig Mal wiederholen ließ und sich Schreiduelle mit ihrer Hauptdarstellerin lieferte, müssen ein Inferno eigener Art gewesen sein. Nichts davon sieht man dem fertigen Film an. Die Regisseurin, selbst nur zwei Jahre jünger als Elizabeth Sparkle, wusste wohl, dass „The Substance“ ihre späte und vielleicht letzte Chance auf internationalen Ruhm war. Sie hat sie genutzt.

In ihrem Film, hat Fargeat in Cannes erklärt, wo „The Substance“ im Mai den Drehbuchpreis des Festivals gewann, habe sie mit der Zerstörung von Frauenkörpern gespielt, um ihr Geschlecht aus den Fesseln der Schönheitsideale zu befreien, die es gefangen hielten. „Ein Gefängnis, das die Gesellschaft um uns errichtet hat und das zu einem gewaltigen Instrument der Kontrolle und der Beherrschung geworden ist.“ Das alles kann man unterschreiben. Der Trick an „The Substance“ besteht darin, dass es nicht zur Sprache kommt, sondern allein ins Bild. Der kleinste feministische Dialog hätte den Film in eine andere Schublade geschoben. Aber Demi Moore spricht in hundertvierzig Kinominuten nur wenige vollständige Sätze und Margaret Qualley fast keinen. Stattdessen setzt die Regisseurin alles, was sie sagen will, szenisch um und zitiert dabei ihre Vorbilder Kubrick, Cronenberg, Tarantino und Lynch mit einer Unverfrorenheit, wie sie sich nur wirkliche Könner erlauben können. Oder Könnerinnen.

Nach der Zellteilung der Elizabeth Sparkle läuft „The Substance“ wie ein Uhrwerk ab. Das Ich und seine andere müssen sich im Wochenrhythmus im Dasein abwechseln und dabei die ruhende Hälfte weiter ernähren. Aber die jüngere Version, die im Nu zum Shooting Star des Senders wird, beginnt ihr Kontingent auf Kosten der älteren auszudehnen, deren Körperteile allmählich absterben. Ihre letzte Chance erhält Elizabeth, als sie sich mit bereits verkrüppelten Fingern für ein Date mit einem Verehrer schminkt. Sie wirkt elegant und souverän; aber dann zerstört sie ihr Make-up, zerreißt ihr Kleid und richtet sich in der Hölle ein, die sie sich selbst bereitet hat. Es ist ein Bild, das sonst in Horrorfilmen nicht vorkommt, ein Memento Mori von klassischer Schönheit. Und ein Blick in die Substanz von „The Substance“.

Erst im letzten Drittel taucht der Film ganz in das Genre ein, zu dem er gehört. Aber auch hier ist sein Exzess kontrolliert und präzise, denn das Monster, das dem finalen Schlagabtausch zwischen Elizabeth und Sue entspringt, trägt unverkennbar die Züge seiner Erzeugerin, und der Kampf, den es auf offener Bühne mit einem mordlustigen Fernsehpublikum austrägt, ist einer um Identität und Gesehenwerden. Zuletzt bleibt von Elizabeth Sparkle nur die Andeutung eines Gesichts in einem Klumpen Schleim, den die Straßenreinigung am nächsten Morgen von ihrem Stern auf dem Hollywood Boulevard herunterkehrt. Aber zuvor hat man in dem verzerrten Antlitz das Haupt der Medusa gesehen, so wie es im griechischen Mythos auf dem Schild der Athene prangt, der Göttin der Weisheit. Nein, „The Substance“ ist kein Horrorfilm wie alle anderen. Er ist eine Klasse für sich.

ANDREAS KILB

Ewig gestrig

Von Joachim Müller-Jung

Die begreiflicherweise hartnäckigen Versuche, in der katastrophalen Hochwasserlage in Mitteleuropa auch Trost zu finden, haben schon viele in den Strudel gefährlicher Irritationen gezogen, die altes Wissen auf neuen Benutzeroberflächen bereithalten kann. Immer wieder tauchen etwa Fotos von historischen Hochwassermarken an Gebäuden, Mauern oder Brücken auf, die vehement gegen die Virulenz der Klimakatastrophenthese in Anschlag gebracht werden. Das geht dann so: Wenn im Mittelalter die Kirche bis zur Oberkante Torbogen geflutet war, heißt das doch: Es kam schon schlimmer, auch ohne die Klimakatastrophe, die den Verbrennern und Fossilkraftwerken zugeschrieben wird. Jahrhunderthochwasser oder Jahrtausendfluten sind demzufolge Schicksal, wenn auch ein schlimmes, und künden vom natürlichen Lauf der Dinge. Zwei, drei oder sechs Jahrhunderthochwasser kurz hintereinander, wie zuletzt in unseren sonst so stabilen Gefilden, vermögen bei den Gestrigen den Eindruck des Außergewöhnlichen nur noch zu verstärken – statt Zweifel an der Statik des alten Weltbildes und der Brauchbarkeit alten Vokabulars zu wecken. Fließend geht das dann manchmal über in eine berserkerhafte Unlust am Lernen, an der Gegenwart und an der Zukunft. Friedrich Schiller hat diesen Zustand der Rückwärtsgewandtheit in Wallensteins Tod mit seiner Bemerkung zum „Gefährlich Furchtbaren“ treffend zusammengefasst: „Das ganz Gemeine ist’s, das ewig Gestrige. Was immer war und immer wiederkehrt, und morgen gilt, weil’s heute hat gegolten“. Die moderne Wissenschaft ihrerseits gerät zwangsläufig in gefährliche Fahrwasser, wenn sie darauf festgelegt wird, ihre aus Messungen und Computermodellen gewonnenen Klimaprognosen als Maßstab für unverrückbares Wissen zu präsentieren. Das weiß sie natürlich längst. Weswegen der bisher noch allgemeine Hinweis der Klimatologen, wonach Starkregenereignisse wie die jüngsten statistisch um ein Fünftel intensiver und auch häufiger sind als zur Jahrhundertwende, durchaus auch dem Wunsch nach historischer Einordnung geschuldet ist. Quantitativ ist da noch einiges zu erwarten. Datengetriebene, nach vorne gerichtete Forschung braucht ihre Zeit. Allerdings ist auch der demokratische Drive, der sich durch die Beharrungskräfte im Internet entfachen lässt, nicht zu unterschätzen. Dort sind die Plakate der österreichischen Populistenpartei FPÖ schon ein Hit. Knapp über der Hochwasserkante prangend, künden die Klimawandelleugner im zeitlosen Gestus vom Kommenden: „Euer Wille geschehe.“

Shortlist für den Buchpreis

Die sechs Romane, unter denen im Oktober von sieben Jurymitgliedern der Deutsche Buchpreis ermittelt wird, sind Martina Hefters „Hey guten Morgen, wie geht es dir?“ (Klett-Cotta), Clemens Meyers „Die Projektoren“ (S. Fischer), Maren Kames’ „Hasenprosa“ (Suhrkamp), Ronya Othmanns „Vierundsiebzig“ (Rowohlt), Markus Thielemanns „Von Norden rollt ein Donner“ (C. H. Beck) und Iris Wolffs „Lichtungen“ (Klett-Cotta). Die beiden kategorialen Problemfälle der Longlist, die als autobiographische Texte gar nicht in eine Auswahl für den „besten Roman des Jahres“ gehört hätten, Zora del Buonos „Seinetwegen“ und Stefanie Sargnagels „Iowa“, sind nicht mehr dabei. Dass Hefter und Meyer noch dabei sein würden, schien indes sicher; zu deutlich ragten beide schon aus dem Zwanziger-Konvolut der im August verkündeten Longlist heraus. Zwischen ihnen dürfte sehr wahrscheinlich zum 15. Oktober der Siegertitel ausgehandelt werden: ein Showdown, der zu den Karl-May-Verfilmungen passt, die in Meyers Buch eine zentrale Rolle spielen. Wobei es dieses überreiche Werk schwer haben wird gegen Hefters zugänglicheren und viel schmaleren Roman, der den Bedürfnissen des Buchhandels mehr entspricht. Schon vor elf Jahren hatte Meyer mit dem ambitionierten „Im Stein“ beim Deutschen Buchpreis letztlich den Kürzeren gezogen. apl

Ausschnitt aus Gentile da Fabrianos „Musizierenden Engeln“, 1395/1400 Foto bpk

Himmlische Konzerte

Von religiösen Akteuren, die die Säkularisierung beschwingt überflogen: Wolfgang W. Müller folgt den Spuren singender und musizierender Engel.

Kaum ein Gebet des Christentums ist über die Jahrhunderte häufiger gesprochen und gesungen worden als der Gruß des Erzengels Gabriel: „Ave Maria, voll der Gnade, der Herr ist mit dir“. Diese Verkündigungsszene als gleichsam Nukleus christlichen Glaubens ist damals wie heute schwer begreifbar: Ein Engel steigt vom Himmel herab, zeigt sich der jungen Frau und kündigt ihr an, den Sohn Gottes zu gebären. Sie nimmt ihr Los an, beginnt sogleich zu beten und die ewige Gemeinde vorauszusehen: „Selig werden mich preisen alle Geschlechter.“ Über die Details dieser Familiengründung streiten später die Gelehrten, die Kirche gewinnt und verliert über die Zeiten an Bedeutung. Das Faszinosum der Engel jedoch bleibt und bewegt die Gemüter: Wer sind sie? Woher kommen sie? Wie kommunizieren sie? Sind sie gefährlich oder gut?

Wolfgang W. Müller: „Musik der Engel“. Eine Kulturgeschichte.
Schwabe Verlag, Basel 2024. 264 S., Abb., geb., 28,– €.

Der emeritierte katholische Theologe Wolfgang W. Müller kann diese Fragen freilich nicht sämtlich beantworten, aber er kann die Musik für sich sprechen lassen: Denn so wie das „Ave Maria“ das am häufigsten vertonte Loblied des Christentums ist, haben zahlreiche Komponisten immer wieder Engel singen und musizieren lassen, in Liedern und Songs, in Opern und Operetten, in Sinfonien und Musicals. Engelsmusik gibt es seit dem Frühmittelalter bis heute, in allen drei monotheistischen Religionen spielt sie eine Rolle. Und selbst wenn die Engel in kirchlichen Zusammenhängen längst ihre Bedeutung verloren haben und man ihnen mit Georg Lukács eine „transzendentale Obdachlosigkeit“ attestieren möchte: Sie überflogen offenbar nicht nur beschwingt Aufklärung und Säkularisierung, sondern erreichten eine mediale Aufmerksamkeit und Wirkmacht, die sich andere religiöse Figuren nur wünschen konnten, ob in der Werbung, im Film, Videogame oder der Popkultur. Das Repertoire ist schier unendlich, seine Kartierung eine Engels- wie Kulturgeschichte gleichermaßen.

Nicht das erste Mal versucht Müller, durch Musik sein dogmatisches Fachgebiet besser zu verstehen. In den letzten Jahren erschienen Publikationen zu Olivier Messiaen, Franz Liszt oder dem Bayreuther Kreis. Musik gilt ihm als wesentlich für Glaube und Transzendenz, und schon bei Messiaen und Liszt war Engelsmusik zu finden. Sein neues Buch über die Musik der Engel schließt daran an, zieht den Bogen aber größer. Im Fokus bleibt stets die Frage nach dem Warum, denn dass Engel singen, erscheint uns heute selbstverständlich, hat aber eine Vorgeschichte. Diese beginnt in der Antike und der Vorstellung einer Sphärenharmonie: Musikalisch beseelte Planeten als klingende, bewegliche Ordnungssysteme sollten erklären helfen, was im weit entfernten Himmel vor sich ging, und zugleich die Angst davor nehmen. Die menschliche Harmonie der Seele war damit im Gleichklang, auch wenn die Menschen die Sphärenmusik freilich nicht hören konnten. Was weit weg war, konnte dennoch als nah empfunden werden, alles gehörte zum gleichen harmonischen System.

Im Frühmittelalter tritt diese kosmische Dimension in den monotheistischen Religionen deutlich zurück, die Vermittler in den Himmel und zu Gott werden nun die Engel. Einerseits reine Geistwesen, die unsichtbar sind, andererseits figural präsent in Kunst, Literatur und Musik. Das ganze Personaltableau der Engelshierarchie entfaltet sich nun: Schutzengel, Erzengel, Cherubim, Verkündigungsengel, Seraphim, Engelschöre, gefallene Engel und so fort. Sie alle singen und musizieren, sie alle bilden und prägen Verbindungen von den Menschen zu Gott, indem sie als Boten und Vermittler auftreten.

Hier spätestens wird plausibel, warum Müller den Schlüssel zum Verständnis des Engelserfolges ausgerechnet in der Musik sucht: Mit ihr kann der Mensch aktiv oder passiv in himmlische Sphären eintauchen, die Mysterien der Religion nachempfinden und sich gemeinsam mit den Engeln in einer Gemeinde und damit näher bei Gott wähnen, der als solcher ungreifbar bleiben muss. Engel schaffen eine Distanzverringerung, sie bilden Brücken in metaphysisches Erleben. Diese Brücken entstehen häufig gemeinsam, als Gruppenerfahrung beim Einstimmen in engelische Texte im Gottesdienst, ein jahrhundertealtes konfessionelles Erfolgsrezept, etwa in Sanctus-Vertonungen der jüdischen und christlichen Liturgien. Oder man sucht mithilfe der Engelsmusik individuell die Nähe zu etwas Höherem.

Genau hier liegt das kreative Movens verborgen, das Müller in seinen vielen Musikbeispielen enthüllen kann. Es bekommt in Mittelalter, Früher Neuzeit, Moderne und Postmoderne zwar immer wieder neue kulturelle Konturen und Kontexte, ist aber im Grunde doch stets von individuellen Perspektiven auf das Unsagbare durchdrungen, die somit in Musik gelangen: Wenn Joseph Haydn in der „Schöpfung“ die Aufklärungsidee mit der biblischen Geschichte verschränkt und die Engel singen lässt, geben sich irdische und himmlische Sphäre die Hand. In Felix Mendelssohn Bartholdys Oratorium „Elias“ ersetzen die Engel sogar den Erzähler und fungieren nach Müller „als treibende Kraft des biblischen Narrativs“.

In Benjamin Brittens „War Requiem“ fungiert der Knabenchor im Sanctus als Allegorie auf die Engel. Die Hörer des düsteren Stückes, das von Krieg und Angst handelt, erhalten so einen tröstenden Beistand von oben. In Messiaens Oper „Saint François d’Assise“ fällt der Heilige in Ohnmacht, als ihm ein musizierender Engel erscheint: eine Reverenz an die Lebensbeschreibung des Heiligen und die klingende Manifestation von Messiaens persönlicher Überzeugung himmlischer Überwältigungskraft. Selbst wenn die im vergangenen Jahr verstorbene finnische Komponistin Kaija Saariaho in ihrer Spektralmusik über einen Asteroiden, der in den Jahren 2008 und 2012 der Erde gefährlich nahe kam, über die eigene Endlichkeit reflektiert, ist der Blick gen Himmel der Ausgangspunkt.

Vieles fehlt auch, welch ein Wunder bei den Möglichkeiten: So werden weder die „Musikalischen Exequien“ von Heinrich Schütz, Paul Hindemiths „Marienleben“ nach den gleichnamigen Gedichten von Rainer Maria Rilke oder der berühmte Abendsegen aus Engelbert Humperdincks Oper „Hänsel und Gretel“ erwähnt. Ebenso hat Müller an neuerer musikwissenschaftlicher Literatur von Janine Droese oder Oliver Huck vorbeigelesen, beide haben eine Menge zur Engelsmusik zu sagen. Auch ist der „diabolus in musica“ keine übermäßige, sondern eine verminderte Quinte. Doch das ist Meckern am vollen Tisch: An den Angeboten, die dieses Buch zur interreligiösen Beschäftigung mit Engelsmusik quer durch die Geschichte macht, werden sich noch viele kluge Köpfe abarbeiten. CHRISTIANE WIESENFELD

Arbeit an den Raketen in den Stollen von Dora

Die „Straßburger Zeitzeugenberichte“ erscheinen in einer deutschen Auswahledition

Nur wenige Monate nach seiner Befreiung durch amerikanische Truppen verfasste der französische KZ-Überlebende und Résistance-Angehörige David Rousset einen Bericht über die Zeit seiner Internierung in verschiedenen deutschen Lagern. Seine Erinnerungen erschienen 1946 in Paris unter dem Titel „L’Univers Concentrationnaire“. Ins Deutsche übertragen wurde Roussets Buch erst mehr als siebzig Jahre später (F.A.Z. vom 25.1. 2020). Eine ganz ähnliche Publikationsgeschichte weist auch die erste Gesamtdarstellung des nationalsozialistischen Judenmordes von Léon Poliakov auf, die als „Bréviaire de la haine. Le IIIe Reich et les Juifs“ im Jahr 1951 zuerst auf Französisch erschien. Auch in diesem Fall brauchte es sieben Jahrzehnte, bis eine deutsche Übersetzung vorlag (F.A.Z. vom 26. 10. 2021).

Nun wird die lose Reihe der spät ins Deutsche übertragenen französischen Originalausgaben mit den 1947 erstmals herausgegebenen „Témoignages strasbourgeois“ fortgesetzt. Die „Straßburger Zeitzeugenberichte“ sind eine Sammlung von Texten, die Studenten, Mitarbeiter und Professoren der Universität Straßburg unmittelbar nach ihrer Befreiung aus deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern verfasst haben. Die Initiative zu der damals im universitätseigenen Verlag erschienenen Publikation mit dem Titel „De l’Université aux Camps de Concentration“ ging seinerzeit von dem in Straßburg lehrenden Religionshistoriker Prosper Alfaric aus, dessen Vorwort in der deutschen Ausgabe leider fehlt, obwohl es einiges über die Entstehungshintergründe des ungewöhnlichen und später in Frankreich viel rezipierten Bandes verrät. Von den vierzig Beiträgen der gut sechshundertseitigen französischen Originalausgabe sind aber ohnehin lediglich vierzehn in die deutsche Ausgabe aufgenommen worden, darunter alle, die aus den Lagern Buchenwald und Dora berichten. Denn die „Témoignages strasbourgeois“ sind der Auftakt einer von der „Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora“ herausgegebenen Buchreihe mit Berichten und Dokumenten zur Geschichte der beiden Lager.

Das in der Lagerliteratur wohl einmalige Textkonvolut aus Berichten von Angehörigen einer einzelnen Universität erklärt sich mit der besonderen Stellung der Université de Strasbourg im französischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer. Als einzige Universität Frankreichs wurde sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der französischen Regierung mit der höchsten Auszeichnung für Verdienste im Kampf gegen den Nationalsozialismus geehrt. Aus der 1939 ins zentralfranzösische Clermont-Ferrand verlagerten Hochschule waren seit 1943 weit über hundert Universitätsangehörige festgenommen und in deutsche Lager verschleppt worden. Nur etwa die Hälfte überlebte – auch dank der Solidarität, die zwischen den Akademikern aus Frankreich in den Lagern gelebt wurde. Als geschlossene Gruppe definierten sich die „Straßburger“ aber erst in den Jahren nach ihrer Befreiung.

Der Quellenwert ihrer oft detaillierten und eindrucksvollen Berichte liegt vor allem in der wissenschaftlichen Perspektive, die die Autoren je nach akademischer Profession auf spezifische Aspekte ihrer Lagerhaft werfen. Der Medizinstudent Georges Greiner, der im Juni 1943 in seinem Studentenwohnheim verhaftet und Ende Oktober nach Buchenwald deportiert wurde, berichtet von seiner Arbeit als Pfleger in der Krankenstation des Lagers, die dem „Geist der SS nach zum Töten und nicht zum Heilen da“ war, wie Greiner sich erinnert. Der Medizinprofessor Robert Waitz wiederum erzählt von den mörderischen pseudomedizinischen Experimenten an Häftlingen in Block 46 des Lagers, der Chemieprofessor Albert Kirrmann von seinem Einsatz in den blank gewienerten Laboren in Block 50, dem „Hygieneinstitut der SS“, in dem Versuche zur Herstellung eines Fleckfieberimpfstoffes für die deutschen Armeen im Osten durchgeführt wurden.

„Témoignages strasbourgeois“. Berichte französischer Überlebender der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora
Hrsgg. v. A. Dremel, M. Löffelsender, J.C. Wagner. Wallstein Verlag, Göttingen 2024. 389 S., geb., 22,– €.

Wie nah die Ereignisse zum Zeitpunkt des Abfassens der Berichte noch zurücklagen, macht die Verwendung der Zeitform des Präsens in vielen der Erinnerungen deutlich, etwa in der Schilderung „dantischer Szenen“ des Linguisten Georges Straka bei seiner Ankunft in Buchenwald im Januar 1944. Im längsten Beitrag des Bandes berichtet der Physikprofessor Charles Sadron von seiner Arbeit in der „Fabrik von Dora“ an der Herstellung von Geheimwaffen und dem Dilemma, vor dem er als Häftling stand, an einer Waffe mitzuarbeiten, die den Krieg verlängert und die eigene Befreiung verzögert, oder die Mitarbeit zu verweigern, damit aber das eigene Leben zu riskieren und das Ende des Krieges vielleicht nicht mehr zu erleben. Sadron entschied sich für den Ausweg der Sabotage und manipulierte im Rahmen seines Einsatzgebietes die Qualitätsprüfung, um massenhaft fehlerhafte Bauteile der V2 durchzuwinken, „bei denen ich mir gerne ausmale, was für spektakulär abstruse Flugbahnen sie reihenweise bei ihren V2 verursacht haben“.

Einen Schatten auf die abgedruckten Berichte wirft jedoch die taktlose Einleitung der Herausgeber, in der diese in zeitgeistiger Pose auf „rassistische Vorurteile“ in den fast achtzig Jahre alten Darstellungen der KZ-Überlebenden hinweisen. „Fast alle“ Beiträge enthielten Ressentiments gegenüber anderen Häftlingen, darunter vor allem gegenüber den als „Berufsverbrecher“ Verfolgten. Vor zwei Beiträgen wird ausdrücklich wegen ihrer antisemitischen und antiziganistischen Vorurteile und anderen „abwertenden Zuschreibungen“ gewarnt, die man sich „selbstverständlich nicht zu eigen“ mache. Doch damit ist der Belehrung des vermeintlich unbedarften Lesers nicht genug: Am Beginn der beiden Berichte weist eine Fußnote nochmals auf die „Vielzahl diskriminierender Begrifflichkeiten“ und „Verurteilungen“ im Hinblick auf andere Opfergruppen hin. Wenn man sich derart billig von den eigenen Autoren distanziert, sollte man sich vorher überlegen, ob man deren Berichte veröffentlicht, und nicht auf Kosten von Lagerüberlebenden die eigene vermeintliche moralische Überlegenheit zu demonstrieren versuchen. RENÉ SCHLOTT

Mit Metaphern kann man kein ganzes Leben verbringen

Marica Bodrožićs Entwicklungsroman „Das Herzflorett“ erzählt die Emanzipationsgeschichte einer jungen Migrantin

Von der Herzegowina nach Hessen ist es weit. Das weiß das Mädchen Pepsi, deren Eltern als Putzfrau und Bauarbeiter in einer Stadt im Taunus schuften und die Tochter in der Heimat zurückgelassen haben, sie von Tante zu Tante schieben. Nur selten kommen die Eltern heim, um nach Pepsi und ihrer Schwester zu sehen, bis diese die Mutter bittet, mit nach Deutschland kommen zu dürfen. In der Einzimmerwohnung der Familie geht es aber kaum besser zu: Der Vater fängt schon am Morgen mit dem Schnapstrinken an, die Mutter vertritt die Überzeugung, dass der Mensch nicht für Zärtlichkeit in die Welt komme.

Weit ist der Weg in der Regel auch für jene, die ihr Herkunftsmilieu verlassen möchten. Rau und grausam geht es in der Familie zu, und das Mädchen Pepsi, dessen Geschichte die 1973 im jugoslawischen Zadravje geborene Marica Bodrožić in ihrem fünften Roman erzählt, muss sich wappnen gegen Enge, Kälte und Lieblosigkeit um sie herum. Die Bücher und ihre Phantasie sind die Gegenmittel. Wenn der Vater die Tochter quält und sie mit nackten Knien so lange auf Reis knien lässt, bis die Körner in den Körper eindringen, beseelt Pepsi in einer Art Übersprungshandlung die Dinge, die sie umgeben: „Später wird die Kredenz, die oben in der Mitte kleine Schiebefenster hat, sie immer dann wie ein Mensch anschauen“, heißt es und weiter: „Sie merkt sich alles, was Pepsis Vater macht und was ihre Mutter nicht sagt und was ihre Mutter nicht macht.“

„Das Herzflorett“ erzählt in sieben Kapiteln und über eine Zeitspanne von zehn Jahren die Geschichte eines migrantischen Mädchens, das zur jungen Frau wird und sich, nicht zuletzt durch eine Buchhändlerlehre und durch die Hilfe guter Freunde, von einer Familie emanzipiert; am Ende steht der Aufbruch in die Stadt Frankfurt am Main, in die Pepsi flieht, in der sie hofft, ihren Traum vom Studieren gegen den Willen der Eltern verwirklichen zu können. Sie geht im Streit, begleitet von den Büchern, von denen ihr jedes ein „Lebensgässchen“ ist. Während Pepsi sich allmählich von ihrer Familie und ihrer Herkunft emanzipiert, ereignet sich das Reaktorunglück von Tschernobyl, bricht der Krieg in Jugoslawien aus.

Auf der Handlungsebene bietet Marica Bodrožićs Roman erheblichen Zündstoff: Der Sprachwechsel eines Kindes, der väterliche Alkoholismus, der harte Alltag der Eltern als Arbeitsmigranten, die Verheerungen aufgrund der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl und des Jugoslawienkriegs, aufkeimender Rechtsextremismus in der Provinz werden aufgegriffen und aus einer Perspektive erzählt, die der des Kindes so nahe wie möglich kommen möchte. Diese erzählerische Entscheidung ist nicht nur in diesem Roman eine heikle, umso mehr, wenn sie sprachmagische, fast mystische Erfahrungen des Mädchens, das häufig ohnmächtig wird, beschreibt: „Vor und nach der Ohnmacht gerät alles in ihr durcheinander. Der. Die. Das. Der. Das. Die. Sie sieht auf ihre Fingerkuppen und vertieft sich in den Verlauf der Zeichnung, die sie ihr schenken. Das Labyrinth, das Pepsi dabei entdeckt, scheint jedes Mal etwas in ihr zu wecken. Die Artikel schlafen in ihr und kommen nicht so schnell wieder zu ihr zurück. Wie flüssig gewordene Luft verschiebt sich die Welt ins Unaussprechliche.“

Marica Bodrožić Foto Marzena Skubatz/Laif

Die Frage, wie das Unaussprechliche auszusprechen sei, beantwortet der Roman, indem er alle Register zieht. Metaphern, allen voran das titelgebende Herzflorett, das hier als Bild für die verletzende Sprache von Pepsis Mutter eingesetzt ist, dazu synästhetische Visionen der Protagonistin, die das Alphabet zuerst riecht, und eigenwillig interpunktierte Passagen wirken mal intensiv, dann wuchtig, aber gelegentlich auch unfreiwillig komisch: „Pepsi sieht nur Farben. Sie schwimmt in Farben. In ganz vielen Blautönen. Innen und Außen. Die Erde ruft ihre Füße. Es tut fast weh in den Zehen“, dann wieder schlicht verwirrend: „Ich will in die Stadt, die nach Johann Wolfgang Goethe benannt ist, dem Mann, der das Ginkgo-Gedicht geschrieben hat, für das sie schon bald auf dem Lesezeichen der Buchhandlung im Vorort zuständig ist.“

Zugleich wandelt sich wenig im Blick auf die Protagonistin. Sie scheint kaum älter zu werden, obwohl der Roman ein Jahrzehnt durchmisst, wirkt wie unangetastet von allen Anfechtungen und Anfeindungen. Die Geschichte von Pepsi, die so viel historischen und gesellschaftlichen Zündstoff birgt, klingt dadurch durchweg wie ein sentimentales, oft brutales Märchen, dessen ambivalentes poetologisches Programm einmal so formuliert wird: „Eigentlich hat Pepsi schon lange verstanden, dass man mit Metaphern nur vorübergehend ein bißchen besser atmen, aber nie richtig leben kann, dass weder Menschen noch das Leben selbst eine Metapher sind, aber man trotzdem irgendwie alles übersetzen muss, um es bißchen besser zu verstehen.“ Dieses „trotzdem irgendwie alles Übersetzenmüssen“ mag der Erzählerin Freiheit sein. Es wird leider schnell zu der Leserin Zwang.

Dazu kommt, dass Pepsi durch und durch gut ist und es bleibt, was angesichts ihres gewaltgeprägten und von transgenerationellen Traumata geschüttelten familiären Umfelds ein wenig befremdlich wirkt. Vom Vater gequält, von der Mutter geohrfeigt und sanktioniert, später von Onkel und Tante zu einer Bürgschaft für einen Kredit verleitet, den sie bitter abstottern muss, einer versuchten Vergewaltigung entkommend, den ersten Geliebten an den Krieg verlierend, geht sie unbeirrt und aufrecht ihren Weg. Das passt zum Märchenhaften des Romans, aber eher wenig in die Welt. BEATE TRÖGER

Marica Bodrožić: „Das Herzflorett“. Roman.
Luchterhand Verlag, München 2024. 288 S., geb., 24,– €.

Wie das Land, so die Bahn

Deutschland verzettelt sich, die Infrastruktur verrottet weiter. Bei der Deutschen Bahn ist das dicke Ende noch gar nicht erreicht. Um sie wieder flottzukriegen, sollte der Staat mehr investieren. Eine Verkehrswende reicht nicht, es muss eine Verkehrszeitenwende her.

Von Edo Reents

Alle Zeit der Welt? Der Deutschlandtakt funktioniert erst 2070 so richtig. Bis dahin gibt es noch alle Hände voll zu tun. Foto Lando Hass

Ist Deutschland jetzt vollends von einer „Wollust des Untergangs“ ergriffen? Dieser ursprünglich auf Thomas Manns Verfallserzählung „Der Tod in Venedig“ gemünzte Ausdruck bezeichnet, was hier gerade im Gange ist. Die niederschmetternden Nachrichten kommen fast im Stundentakt. Drei Beispiele: Gerade behauptete Gesundheitsminister Karl Lauterbach, es gebe hier viel zu viele Krankenhäuser, also auch zu viel Personal; VW-Chef Oliver Blume hat, zur Vorbereitung eines Stellenabbaus, die Beschäftigungsgarantie gekippt, Werksschließungen nicht ausgeschlossen – handfeste Brüche mit einer Firmentradition, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht ohnehin zur Folklore gehört; Bahn-Chef Richard Lutz will 30.000 Stellen abbauen, und zwar nicht nur in der Verwaltung.

Das Schlechtreden des eigenen Standorts hat Tradition und endet meistens erst dann, wenn die Arbeitgeberseite ihren Willen kriegt. Inzwischen wird es aber mit einer Systematik betrieben, die sich wohl wirklich nur mit „Wollust des Untergangs“ umschreiben lässt. Allein die Taktung der immer gleichen Bestandsaufnahmen – „Bürokratisierung“, „Ineffizienz“, „Doppelstrukturen“, „Steuerlast“, „Energiekosten“ – entwickelt eine solche Dynamik, dass gar nicht mehr gefragt wird, ob die Konsequenzen in Gestalt eben von Stellenabbau und von sinkenden Reallöhnen bei Effizienz- und Flexibilitätssteigerung auch die richtigen sind. An die in leerer Routine beschworene Wettbewerbsfähigkeit werden immer schärfere Anforderungen gestellt.

Das wäre leichter hinzunehmen, ließen die Konzernstrategien etwas mehr Stringenz erkennen, nicht immer nur das Denken in die eine Richtung. Das unternehmerische Ziel mag dabei immer klar sein; es lassen sich trotzdem eklatante Widersprüche ausmachen, die aber nicht weiter zur Debatte stehen. Lauterbachs Diagnose von den zu vielen Kliniken fällt in eine Zeit, in der man Lehren aus der Corona-Krise zieht, die sich indes nur auf demokratietheoretische oder auf staatsrechtliche Erwägungen beziehen. Dass gleich zu Beginn der Pandemie zu sehen war, wie knapp im Krankenhauswesen nach all den Reformen der vergangenen Jahrzehnte die Kapazitäten waren, scheint schon wieder vergessen. Bei VW sieht man jetzt, was man davon hat, wenn immer mehr technisch zwar hochgerüstete, aber irgendwie plötzlich doch rückständige Autos produziert werden, die zumindest preislich nicht mehr in die Kategorie „Volkswagen“ passen, sondern eher Luxusartikel sind.

Am krassesten manifestieren sich strategische Mängel bei der Deutschen Bahn. Hier wird heute das genaue Gegenteil von dem gemacht, was man gestern erst als Parole ausgegeben hat. Wurde bis eben noch die Digitalisierung des gesamten Betriebs propagiert, mit Stuttgart 21 als Vorzeigeprojekt, das nun aber gerade wegen der Digitalisierung noch teurer und noch später fertig wird, so heißt es nun „Kommando zurück“. Über den SWR kam kürzlich ein Präsentationspapier in Umlauf, aus dem sich schließen lässt, wie dramatisch die Lage inzwischen ist. Darüber scheint man langsam den Kopf zu verlieren. Wenn es mit der Bahn überhaupt noch einmal vorangehen sollte, dann nur über Umwege, zurück in Zeiten, die, nimmt man das Fortschrittsgetue des Konzerns einmal beim Wort, geradezu steinzeitlich anmuten.

Man werde, heißt es darin, auf eine digitale Umrüstung bis auf Weiteres verzichten, weil diese zu teuer sei. Das Geld brauche man für die Gesamtsanierung. Im Rahmen eines „Sofortprogramms“ würden alte, marode Stellwerke bis 2028 mit herkömmlicher, „schnell verfügbarer“ Technik aus den 90er-Jahren quasi not- und auch nur übergangsweise versorgt. Für Stuttgart 21 jedoch kommt das wiederum gerade nicht infrage; dafür sind die seinerzeit ohne Not gegrabenen Tunnel nun natürlich zu eng, dort ist man auf Gedeih und Verderb auf das European Train Control System (ETCS) angewiesen, das eigentlich seit Langem vorgeschrieben ist und unter anderem die Fahrtrichtung und die -geschwindigkeit der Züge regelt, sich aber während seines nun zweijährigen Pioniereinsatzes auf der dem Stuttgarter Irrsinnsvorhaben angegliederten Strecke Wendlingen-Ulm schon als recht störanfällig erwiesen hat, während es in anderen Ländern funktioniert. Der dafür zuständige Mann wurde gerade rausgeschmissen.

In Deutschland soll dieses System, das vornehmlich der Sicherheit dient und auf die Kernanliegen der Bahn (Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit) wenig Einfluss hat, aber sowieso erst in einer „zweiten Welle“ von 2030 an eingebaut werden, und auch nur dort, wo man vertraglich dazu verpflichtet ist, auf Hochgeschwindigkeits- und auf Ausbaustrecken. Die vereinzelt noch rein mechanisch, mit Muskelkraft arbeitenden und teilweise noch aus der Kaiserzeit stammenden Stellwerke, werden, sofern sie noch funktionieren, wohl erst einmal so gelassen. Auf einmal tut’s das Alte also doch wieder.

So weit das interne Papier. Dass die Bahn dementiert, was drinsteht, will nicht viel heißen. Man kann ihr im Großen und Ganzen genauso wenig mehr über den Weg trauen wie bei den Fahrplänen, die sie im Sommer in sympathischer Ehrlich-, aber auch schon Wurschtigkeit einfach zum Lotteriespiel ausgerufen hat. Es wurde schon gemutmaßt, dass der Inhalt des Papiers nur kolportiert wurde, um den Staat als Eigentümer der Deutschen Bahn dazu zu bewegen, mehr Geld flüssig zu machen; ähnlich wie in Wolfsburg Stellenstreichungen und Werksschließungen auch nur als Druckmittel gedeutet wurden, damit der Betriebsrat, derart schon mal in die Defensive gedrängt, sich demnächst mit Nullrunden zufriedengibt. Von der gern bemühten „Unternehmenskultur“ ist nicht mehr viel übrig geblieben; die Konzernleitungen haben, wenn es hart auf hart kommt, noch nicht einmal mehr den Mut zur offenen Konfrontation.

Das Land war einmal stolz darauf, dass es Arbeitsplätze gab, die nicht nur sicher, sondern auch ordentlich bezahlt waren. Diese Errungenschaft wird nun, in rätselhafter Ergebenheit, preisgegeben. Deutschland wird auch in seiner angestammten Industrie zum Billiglohnland. Der Dauerbrenner Bahn, der im Lichte der üblich gewordenen, keineswegs nur an einem der gerade sanierten Hauptkorridore, sondern längst flächendeckend zu verzeichnenden Zugausfälle und -stillstände sowie der immer häufiger anfallenden Komplettsperrungen ganzer Bahnhöfe erst jetzt so richtig heiß läuft, beansprucht innerhalb der allgemeinen Infrastrukturmisere schon deswegen besonderes und am besten auch nicht nachlassendes Augenmerk, weil was in ihm getan beziehungsweise eher nicht getan wird, direkt den Alltag eines Großteils der Bevölkerung prägt.

Das Hervorkramen veralteter Technik legt, ob es nun eingestanden wird oder, wie andere Tricksereien auch, stillschweigend vonstattengeht, einen der wundesten Punkte des Unternehmens bloß: die Personalpolitik. Denn der Witz bei der Digitalisierung, die auf weitere Automatisierung hinausläuft, liegt ja gerade im Sparpotential beim Personal. Doch alte Technik bedeutet, wie jeder weiß, mehr Personal, das aber ja um 30.000 reduziert werden soll.

Ohnehin sieht es nicht danach aus, als wüsste man überhaupt noch, wie viele Mitarbeiter man wofür braucht. Die Frustration hat, so ist zu hören, historische Ausmaße angenommen und wird wegen der kürzungsbedingt ja kaum weniger werdenden Überlastung weiter wachsen. Der alte Eisenbahnerstolz scheint völlig dahin, die Fluktuation ist enorm; dies schon deswegen, weil niemand mehr Lust hat, sich für die aberwitzigen Pannen noch irgendwelche Ausreden auszudenken, ob nun, mitten in der Regenzeit, Feuer auf offener Strecke, Personen auf den Gleisen oder plötzliche Bombenfunde – wer kontrolliert schon, ob das im Einzelnen auch wirklich immer stimmt oder es der Bahn nicht selbst schon peinlich ist, was alles nicht mehr funktioniert?

Werbung für Berufseinsteiger ist das alles jedenfalls nicht. Seit dem Spätsommer macht auch noch das Gerücht die Runde, für ICEs würden statt bisher fünf bald nur noch zwei Zugbegleiter eingesetzt. Das sind in der Regel solche, die nur im Zug selbst arbeiten dürfen und bei Triebwerks-, Gleis- oder sonstigen Störungen gar nichts ausrichten können, sondern dann losgeschickt werden, um die aufgebrachten Fahrgäste mit Wasser und Schoko-Snacks in Schach zu halten. Schon mit der Frage nach Anschlussverbindungen sind sie oft überfordert.

Man kann noch so lange über betriebswirtschaftliche Erfordernisse nachdenken und kalkulieren, ob der Bund jetzt 27, 70 oder 90 Milliarden lockermachen sollte. Man kann reden, bis das System endgültig kollabiert. Auszuschließen ist das nicht mehr. Die seit August vermeldeten Störungen auf der Strecke Hamburg-Berlin beunruhigen doppelt, weil deren sanierungsbedingte monatelange Vollsperrung ja erst noch kommt.

Eine Zeit lang sah es danach aus, als wäre es mit der Instandsetzung von ein paar Dutzend hochfrequentierter Strecken getan. Doch das Versäumte kommt, wie die Bugwelle eines bereits vorbeigefahrenen Tankers, jetzt mit Wucht über die Bahn und über die auf sie angewiesene und sie, als sinnvolle ökologische Alternative zum Auto, grundsätzlich auch bejahende Bevölkerung. Seit dem Frühjahr kann man praktisch keinen Bahnhof mehr betreten, an dem nicht auf irgendwelche „Bauarbeiten“ mit den jedermann bekannten Folgen hingewiesen würde. An dem noch relativ neuen Netzsystem InfraGO scheinen einstweilen nur die letzten beiden Buchstaben zu taugen, die ausdrücklich die Gemeinwohlorientierung meinen; denn es erfüllt seinen Zweck, die Zugführer auf Baustellen hinzuweisen, oft erst spät, manchmal auch gar nicht.

Dass die Bahn jetzt signalisiert, sich auf die Sanierung konzentrieren zu wollen, mag richtig sein – Augen zu und durch. Jedoch dient diese ja nur der Wiederherstellung eines einstmals gekannten Zustands. Und sehr wahrscheinlich wird sie viel länger dauern, selbst wenn sämtliche Mitarbeiter beide Beine in die Hand nähmen und von Vorarbeitern noch ausgepeitscht würden. Ein ranghoher Mitarbeiter rechnete vor, man müsse statt der 40 Stellwerke eher 100 pro Jahr sanieren – das sind dann, bei insgesamt rund 4000 Stellwerken, schon mal 40 Jahre, von Schienen und allem anderen noch gar nicht zu reden. Doch vielleicht hat das Methode: Man ist dann bald im Jahr 2070 angekommen, wenn der Deutschlandtakt unter Dach und Fach sein soll.

Ob die Bevölkerung, die es sich gefallen lässt, dass ein zentrales Infrastrukturunternehmen viel und bald noch mehr Geld für immer weniger erbrachte Leistungen verlangt, so lange warten kann? Deutschland ist dermaßen aus dem Takt geraten, dass ein öffentlicher Verkehrsinfarkt womöglich gar nicht mehr abzuwenden ist. Auf der Bahn liegt schon lange kein Segen mehr; aber die Personalkürzungen, die Sanierung und die jetzt schon absehbare, durch einen Haushaltstrick der Bundesregierung mutmaßlich ausgelöste Erhöhung der Gleismaut, die insbesondere den Regional- und den S-Bahn-Verkehr entweder erheblich teurer machen oder gleich stilllegen wird, könnte ihr den Rest geben.

Wäre es kein so ernstes gesellschaftliches Problem, man würde ihr glatt raten, von sich aus aufzugeben und den Laden dichtzumachen. Die Leute fahren sowieso lieber Auto und werden auch längst dazu genötigt. Die Bahn betreibt, so formulierte es neulich der Kritiker Arno Luik, „Doping für die Autoindustrie“. Ob die so etwas überhaupt braucht? Der Tag ist nicht fern, dann haben wir hier 50 Millionen Pkws. Und da passt die neueste, zum Glück erst einmal nicht weiter verfolgte Schnapsidee aus dem Hause FDP dann vielleicht doch ganz gut, die Autos, im Namen der „Freiheit“, versteht sich, mit kostenlosem oder mit Flatrate-Parken „zurück in die Innenstädte“ zu locken, wo sich die armen, scheuen Wesen ja seit Jahrzehnten nicht mehr haben blicken lassen.

Derweil scheint sich Bahn-Chef Lutz, der langsam auch die Nase voll haben dürfte, in Ideenflucht zu versuchen. Sein Sanierungsplan, der die Tage beim Aufsichtsrat zur Debatte steht, sieht für 2027 schon wieder Gewinne vor, die höher sind als die jährlichen Verluste, die gerade eingefahren werden: zwei Milliarden. Lasst stecken, möchte man sagen, investiert das ganze Geld doch lieber gleich in Autobahnen und Parkplätze, lohnt sich eh nicht mehr. Und wo sollen Gewinne so plötzlich wieder herkommen, wenn nicht von einer personellen Verschlankung?

Aber was wäre zu tun? Jemand von der Bundesregierung, am besten Verkehrsminister Wissing persönlich, sollte, wenn sein Parteichef Lindner nicht wieder gleich auf die Schuldenbremse tritt, sich hinstellen und eine „Zeitenwende“ ganz anderer Art ausrufen und auch mal dreistellige Milliardensummen für die seiner Verantwortung unterstehende Deutsche Bahn fordern, nicht immer nur für die Bundeswehr, die aber, so wurde gerade in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vorgerechnet, wohl auch erst in 70 Jahren wieder die Gefechtsfähigkeit von 1990 haben wird.

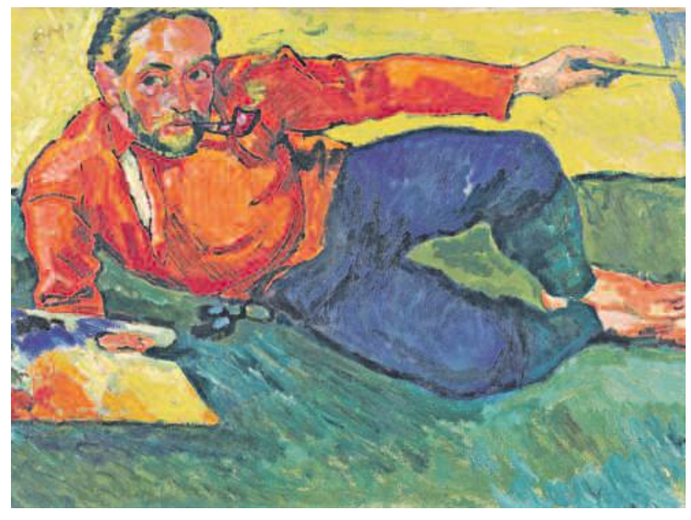
Was ist hier eigentlich los? Der Staat weigert sich zu investieren. Man hat es mit einem an sich selbst irre gewordenen Land zu tun, das von dem weltmeisterlichen Niveau, das es sich traditionell gern selbst attestierte – Organisation, Effizienz, Tourismus, Export, Willkommenskultur und anderes –, auf einmal abgerutscht scheint auf Provinzniveau und damit rechnen muss, sich bei nächster Gelegenheit wieder so zu blamieren wie diesen Sommer während der EM. Von Innovationen ist schon lange keine Rede mehr. Inzwischen aber wird noch nicht einmal mehr mit dem, was man hat, sorgsam umgegangen. Zu viel wird aufs Spiel gesetzt, oder man lässt es verrotten.

Nun ist die Vorstellung, ein Staatsunternehmen wäre von der Notwendigkeit vernünftigen Wirtschaftens ausgenommen, das Geld würde schon irgendwo herkommen, weltfremd. Und doch ist zu fragen, ob nicht die infrastrukturelle Bedeutung der Bahn und deren besorgniserregender Gesamtzustand eine außergewöhnliche Kraftanstrengung erfordern, damit dieser Not- und Schadensfall nicht noch schlimmer wird. Dafür müsste man sich allerdings mit dem Gedanken vertraut machen, dass ein „gesundes“ Unternehmen nicht schon automatisch dem Gemeinwohl dient; dass ein gesundes, Gewinne abwerfendes Unternehmen womöglich ab einem bestimmten Grad seiner Gesundheit, die in der Regel durch Verschlankung, Effizienz erreicht wird, womöglich gar nicht mehr gemeinwohlorientiert sein kann, weil es nämlich so dermaßen auf Kante genäht und entsprechend störanfällig ist.

Damit es dazu nicht kommt, braucht man einen gewissen Überschuss, auch finanziell, mit dem die Funktionsfähigkeit vielleicht nicht unter allen, aber jedenfalls über normale sommerliche Hitze und normale winterliche Kälte hinausgehenden Umständen gewährleistet ist. Aber man muss es eben auch wollen und dabei eine gewisse Durchschlagskraft entwickeln; beides ist bisher nur in Ansätzen erkennbar. Von der Entschlossenheit, mit der die Sanierung propagiert wird, braucht sich niemand zu der Annahme verleiten zu lassen, dass, wenn die erst fertig ist, es dann auch insgesamt besser und irgendwann auch gut wird.

Das wäre nämlich, nach allem, was man die vergangenen Jahren erlebt hat, ein Wunder, das über den Glauben ginge. Die Lage ist, wie sie ist. Aber in rein betriebswirtschaftlicher Logik geht sie am Ende eben doch nicht auf. Flüchten wir uns in Metaphysik: Vielleicht ist es Zufall; aber ungefähr seit das Land im Zuge der „Zeitenwende“ sich selbst in die Kriegstüchtigkeit hineinredet, geht es wirtschaftlich und infrastrukturell rapide bergab. Die nach dem Zweiten Weltkrieg obsolet gewordene kriegerische oder kompetitive Energie floss in die Wirtschaft, mit dem Ergebnis enormer industriellen Leistungen. Nun, da das Land wieder kriegstüchtig werden soll, scheint an anderer Front völlig die Luft raus. Man ist mutlos und verzettelt sich allenthalben.

Wenn jedes Land nicht nur die Regierung, sondern auch die Bahn hat, die es verdient – „verdient“ in dem Sinne, dass es insgeheim womöglich auch gar keine andere will –, was heißt das dann? Deutschland hat die Bahn, die so ist, wie es mittlerweile selbst (geworden) ist: schwerfällig und umständlich.


Hermann Max Pechstein Selbstbildnis liegend, 1909
Ergebnis: 3,2 Mio €

LEMPERTZ
1845

WIR SCHÄTZEN UND VERSTEIGERN IHRE KUNST
ZU HÖCHSTPREISEN
EINLIEFERUNGEN JETZT WILLKOMMEN
Moderne und Zeitgenössische Kunst
Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen 14.–19. Jh.
Köln 0221/92 57 290, München 089/98 107 767, Berlin 030/27 876 0 80
info@lempertz.com www.lempertz.com

Mari Boine veröffentlicht seit 1985 Musik, die Klänge ihrer samischen Heimat mit Einflüssen von Jazz, Folk und Rock verbindet Foto Knut Bry

Wir sind keine Feen in Ponchos

Mari Boine ist die bekannteste Sängerin der samischen Kultur aus dem hohen Norden Europas. Jetzt ist ihr neues Album „Alva“ erschienen.

Anfang des Jahres waren Sie in der norwegischen Ausgabe von „Sing meinen Song“ zu sehen, in der mehrere Musiker für eine Weile zusammenleben und die Lieder der Kollegen interpretieren. Zögerten Sie, daran teilzunehmen?
Ich bin jahrelang kaum im Fernsehen aufgetreten und spüre nun, wie mächtig das Medium ist. Mittlerweile kann ich die Aufmerksamkeit genießen. Früher hatte ich soziale Ängste und lernte, dass ich hypersensibel bin. Es ist, als ob Tausende Antennen durch mich hindurchgehen – das kann gut und schlecht sein. Manchmal kommt Musik dabei heraus, manchmal muss ich mich bei Bedarf abschotten. Seit etwa zehn Jahren habe ich dieses Selbstvertrauen und weiß, was ich tue.

Ihre neue Platte „Alva“ enthält 13 neue Songs auf Nordsamisch. Im Lied „Dánsso fal, mu vàhkaran“ heißt es: „Wir wissen, wie sie reden / aber heute ist es uns egal.“ Bezieht sich das auch auf Vorurteile gegenüber Ihrer indigenen Kultur?
Es geht nicht nur um Sámi, sondern um jeden, der sich von all den Regeln befreien möchte, die einem vorschreiben, wie man zu sein hat. Wenn man es wagt, an sich selbst zu glauben, wird es immer Leute geben, die versuchen, einen herabzusetzen. Das passiert insbesondere starken Frauen, aber auch Männern, die es wagen, ihre Meinung zu sagen. Die Botschaft des Songs ist: Lasst euch von nichts aufhalten! Deshalb singe ich auch: „Tanz weiter, mein Liebster / Werde zu einer verspielten Welle / Du brauchst keine Erlaubnis / Du bist frei von ihren Ketten.“

Über Generationen hinweg wurde die samische Kultur durch staatliche Anordnung assimiliert, auch im Dorf nahe der Stadt Karasjok, wo Sie aufgewachsen sind. Wie war Ihre Kindheit?
Sehr hart, besonders weil meine Eltern Mitglieder der strengen laestadianischen Kirche waren. Die Missionare zwangen meinem Volk ihren christlichen Glauben auf und arbeiteten daran, unsere Kultur auszulöschen. Sie behaupteten, wir würden den Teufel anbeten. Man bestrafte unsere spirituellen Anführer, verbot und verbrannte unsere Trommeln – sie füllten unser Volk mit Selbsthass und Scham. Meine Eltern glaubten der Kirche, deshalb musste ich später mit meinem Vater kämpfen, um unser reiches Kulturerbe kennenlernen zu können. Am Anfang der Karriere war ich als die sehr wütende Mari Boine bekannt. Ich war so wütend, weil ich erkannte, dass wir Sámi einer Gehirnwäsche unterzogen worden waren.

Hat Ihnen die Musik dabei geholfen, Ihr indigenes Erbe zu entdecken?
Auf jeden Fall. In den ersten Jahren als Sängerin wusste ich wenig über meine eigene Kultur. Die Musik öffnete mir eine neue Welt. Zum Beispiel das Joiken, unsere traditionelle Art zu singen, die eine Art des Erinnerns ist. In der samischen Kultur wurde das Wissen durch Joiks von einer Generation an die nächste weitergegeben. Jedes Kind bekam einen Joik und wurde von einem in die Gesellschaft aufgenommen.

Ihr internationaler Durchbruch gelang 1989 mit dem Album „Gula Gula“. Hier verweben Sie bereits Joiks mit Elementen aus Jazz und Folk. Was hat Sie zum Titelsong inspiriert?
Die Melodie zu „Gula Gula“, was sinngemäß „höre die Stimme der Vormütter“ bedeutet, kam mir durch einen alten Joik. Und der Text weckte mich sozusagen eines Nachts auf. Wir glauben in der Sámi-Kultur, dass Vorfahren uns durch Träume Botschaften übermitteln können, wenn wir offen dafür sind und zuhören. Damals traute ich mich auch zum ersten Mal, eine Trommel zu benutzen. Der schamanische Rhythmus ähnelt unserem Herzschlag, er ist beruhigend und eines der schönsten Geschenke, das ich je gefunden habe. Seitdem ist er ein wesentlicher Teil meiner Musik. Mithilfe heilender Lieder konnte ich die Traumata überwinden. Auch im Album „Alva“ reflektiere ich im Song „Mu Eadni“ („Meine Mutter“) darüber, wie sehr unsere Mutter als laestadianische Christin gezwungen war, alles Weibliche zu unterdrücken. Manchmal fühle ich, wie sie bei meinen Schwestern und mir ist, frei von Scham, und unsere Freiheit teilt.

Wir treffen uns heute in der nordnorwegischen Stadt Bodø, die Teil von Sápmi und aktuell Europäische Kulturhauptstadt ist. Europa schaut gerade in den Norden.
Das finde ich sehr gut. Es bietet die Möglichkeit, unsere Sámi-Kultur zu präsentieren, aber auch zu erzählen, was gerade mit unserer Natur passiert. In Sápmi zerstören Windparks, die teilweise mit deutschen Geldern finanziert werden, das natürliche Weideland der Rentiere und damit die traditionelle Lebensweise der Rentierhirten. Es freut uns, dass Regierungen und Unternehmen an der grünen Wende arbeiten, doch man löst die Probleme nicht, indem unsere nachhaltige Lebensweise zerstört wird. Das ist verrückt! Wir müssen zeigen, welche Konsequenzen dies für die indigene Bevölkerung hat, und dann ist die Frage: Wollen Sie ein Teil davon sein? Es ist wichtig, wenn wir darüber reden.

Was sollten wir über die Lebensweise der Sámi wissen?
Für mich ist das Wichtigste, allen Europäern zu vermitteln, dass wir Menschen sind und keine Feen, die in Ponchos den Rentieren hinterherlaufen. Machthaber sollten auf das hören, was indigene Völker überall auf der Welt sagen. Wir leben nah an der Natur, wir sehen die Anzeichen des Klimawandels zuerst, und unsere Kulturen verfügen über viele Weisheiten. Das bedeutet: mit der Natur zu leben, sie nicht zu kontrollieren oder zu verschmutzen. So wie meine Musik aus alten traditionellen Elementen und modernen Ausdrucksformen besteht, träume ich von einer Zukunft, in der das Beste des indigenen Wissens auf das Beste der Wissenschaft trifft. Mit Neugierde und Respekt können wir eine nachhaltigere, bessere Welt aufbauen.

Die Fragen stellte **Alva Gehrmann.**

Optimismus ist was für Gute

Aufreizend antiphilosophisch: Der Psychologe und Bestseller-Autor Steven Pinker wird siebzig

Fortschrittsgläubigkeit ist für Steven Pinker kein Schimpfwort, sondern eine Frage von „Rationalität und Faktentreue“. Genau genommen muss man deshalb, wenn man über Pinker spricht, von Vernunftoptimismus sprechen sowie von einer optimistischen *Self-explanatory*-Heuristik, die Daten und Fakten als für sich sprechend (vulgo: Totschlagargumente) ausweist. Die Gefahr des Schlechtredens ist dann insoweit gebannt, als es aufs Reden zunächst gar nicht ankommt, wenn sich die Dinge auf experimenteller Grundlage doch von selbst erklären. Mit dieser aufreizend antiphilosophischen Haltung verflüchtigen sich pessimistische Partikel von Weltwahrnehmung gleichsam im Handumdrehen. Pinker hat sie konsequent psycholinguistisch neutralisiert (in Büchern wie „Wie das Denken im Kopf entsteht“, „Die Natur der Sprache“, „Der Stoff, aus dem das Denken ist“ etc.) beziehungsweise hat sie am Beispiel der Gewaltentwicklung kulturhistorisch entschärft („Gewalt: Eine neue Geschichte der Menschheit“).

So erscheinen Vernunft und Aufklärung, je mehr sie im experimentellen Abgleich verortet werden, zugleich als Charakter-Fragen: Optimismus ist was für Gute, Pessimismus für Böse. Das Feld der Heuristik ist bei Pinker insoweit immer auch ein solches der moralischen Appelle, der persönlichen Konfessionen, des unbedingten Überzeugtseins. Darin im smarten Widerspruch zum coolen Design seiner Nichts-als-Faktentreue. Der Preis jener ausgenüchterten Heuristik des „Lasst Daten sprechen!“ ist das kompensatorische Beschwätzen dieser Daten, methodisch freigesetzt (um nicht „unkontrolliert“ zu sagen), weil die Methode allein der Generierung von mehr und immer mehr Daten gilt, wie gepachtet von der Statistik als Einheitswissenschaft. In dieser linearen Tagwerdung von Nacht, dieser historisch fortschreitenden Anhäufung von Erklärungen liegt das Vernunftversprechen Pinkers. Bei ihm ist es nur eine Frage der Zeit, dass sich Datenlücken durch weitere Forschungen schließen, und da Datenlücken den Grund des Bösen ausmachen, sind Zweifel am Sieg des Guten unangebracht, genauer: freudianisch pessimistisch, insoweit Sigmund Freud dem Datenoptimismus kesslippig eine menschliche Natur entgegensetzt.

Steven Pinker Foto M. Scott Brauer/Laif

„Aufklärung jetzt“ heißt Pinkers jüngste Bekenntnisschrift gegen die schwarzmalerischen Typen von gestern. Schon der ernste Untertitel (nichts läge Pinker ferner als Selbstironie) setzt auf die Kraft der selbsterklärenden großen Begriffe: „Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung“. Was der Autor hier atemlos durch die Nacht der Unmündigkeit ruft, versöhnt in psychologischer Selbstreflexion Jugendfimmel und Altersfreuden: „Wir durchdringen die Rätsel des Kosmos, einschließlich des Lebens und des Denkens. Wir leben länger, leiden weniger, lernen mehr, werden klüger und genießen zunehmend kleine Freuden und reiche Erfahrungen.“ Wird nun alles gut? It’s the optimism, stupid! Am heutigen Dienstag wird Steven Pinker, juvenil gesinnt, siebzig Jahre alt. CHRISTIAN GEYER

Königin der Metamorphosen

Am Lagerfeuer guter Götter: Marlene Monteiro Freitas’ „Guintche (Live Version)“ auf der Ruhrtriennale

Es gibt Choreographen, die auf Bildern im Studio immer um ihre Tänzer herum zu sehen sind, wie Bildhauer vor dem Stein im Atelier. Meistens helfen sie ihnen, in einem Moment des gemeinsam erarbeiteten Tanzes den richtigen Winkel, die richtige Höhe für ihre Gliedmaßen zu finden, den Schwerpunkt, die Balance oder Disbalance, die Neigung des Kopfes oder Richtung des Blicks.

Wie sich der Bildhauer im Prozess den Eigenheiten des Materials anpasst, etwaigen Einschlüssen etwa im Stein, so passen Choreographen ihre Ideen den Körpern ihrer Tänzer an und nehmen deren Ideen auf. Der Tanz entsteht zwischen ihnen. George Balanchine, John Cranko oder Hans van Manen standen mit Anzughosen, Hemden und Lederschuhen im Ballettsaal, Alexei Ratmansky trägt Polohemden, auf ihrem Rücken steht nicht „Choreograph“ geschrieben. Was die Choreographen tun, tun sie in Alltagskleidung, und es bleibt im Studioalltag, bleibt Probe. Andere sind es, die in ihren Werken tanzten und tanzen.

Und es gibt Choreographen, die eigentlich alle Tänze für sich, am eigenen Körper entwerfen, als Solisten ihrer eigenen Gedanken. Für sie, die Tänzer-Choreographen des zeitgenössischen Tanzes, ist es ein Mitdenken ihrer selbst, wenn sie Tänze entwerfen. Partien davon externalisieren sie dann, wenn es sich um Gruppenstücke handelt. Die Moderne hat das eigentlich durchgesetzt, Martha Graham, Mary Wigman waren und blieben Bühnenköniginnen. Merce Cunningham tanzte lange mit und kehrte noch als alter Mann immer wieder auf die Bühne zurück.

Um wie viel mehr leuchtet diese doppelte Identität ein, da sich die Einflüsse immer mehr vervielfältigen und aufspalten und man von Schulen, Techniken und Stilen kaum mehr in streng abgegrenzten Definitionen sprechen kann. Die betonte Unverwechselbarkeit des tänzerischen Individuums im zeitgenössischen Tanz entsteht auch aus der Entscheidung, im tanzenden Körper, in der choreographischen Gestaltung Dinge hochkommen zu lassen, die man nicht klar zuordnen kann, die man in keiner Tanzschule lernt.

Mythen, modern interpretiert: Marlene Monteiro Freitas Foto Ursula Kaufmann

Im erweiterten Tanzbegriff der gegenwärtig auftretenden Choreographen ist es die rhythmisierte und im Raum verortete Bewegung, die aus einem Strom von bewussten und unbewussten Impulsen hervorgeht. Manchmal kann man in einer Aufführung nicht genau sagen, wie viel improvisiert und wie viel festgelegt sein mag und wo das eine in das andere übergeht. Das kann eine große Spannung und Intensität erzeugen.

Marlene Monteiro Freitas, die jetzt bei der Ruhrtriennale im PACT Zollverein in Essen mit ihrem Solo „Guintche (Live Version)“ zu erleben war, ist als Tänzerin ein solches Theaterereignis. In Wien war sie beim Impuls Tanzfestival als Irrwisch unter Gleichen zu erleben, mit Trajal Harrell, François Chaignaud und Cecilia Bengolea. In „Guintche“, kreolisch für Vogel, Sexarbeiterin oder Haltung, verkörpert sie diese Metamorphosen so innig und obsessiv, dass man sich in die Antike zurückversetzt fühlt: Es ist, als würde man, an einem Feuer sitzend, den Mythologien lauschen, in denen sich ständig Götter in Tiere oder Menschen verwandeln. Bloß dass die Tänzerin, die auf ihrem roten Mundschutz kaut wie ein Boxer und die Hüften schwingt, als wäre es ihr Becken, das die beiden Schlagzeuger antreibt, es nicht wie die Götter auf das Leid anderer abgesehen hat. WIEBKE HÜSTER

Foto Succession Picasso/VG Bild-Kunst, Bonn 2024

Ein Picasso für München

Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen feiern einen prominenten Ankauf: Pablo Picassos kubistisches Gemälde „Femme au violon“ aus dem Jahr 1911 konnte für einen ungenannten Betrag aus deutschem Privatbesitz für die Sammlung Moderne erworben werden. Das Kunstwerk ist, neu gefasst in einem Renaissance-Kassettenrahmen, in Saal 29 der Pinakothek der Moderne in München neben weiteren Werken des Kubismus ausgestellt. Picassos schrittweise Auflösung des Bildgegenstands ist nun anhand des Bestands über mehrere Stationen hinweg nachvollziehbar, von der „Kristallschale“ (1909) über den „Fächer“ (1910) bis zur jetzt erworbenen „Frau mit Geige“, die seit 2014 schon als Dauerleihgabe in dem Museum zu sehen war. Möglich wurde die Erwerbung durch den Schulterschluss staatlicher und privater Geldgeber. Die Ernst-von-Siemens-Kunststiftung als Hauptförderer, der Freistaat Bayern, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Kulturstiftung der Länder, die Würth-Gruppe sowie der Mäzen Fritz Schäfer aus Schweinfurt haben die finanzielle Last gemeinsam getragen.

„Femme au violon“ steht in der Pinakothek der Moderne neben Georges Braques „Frau mit Mandoline“ (1910) für den Höhepunkt des analytischen Kubismus: In Picassos 92 Zentimeter hohem Bild sind die titelgebende Frauenfigur und ihr Instrument geometrisch nur mehr angedeutet durch aufeinander bezogene Linien und Kreissegmente. In tüpfelnd aufgetragenen Grautönen gehalten, gehen Figur und Hintergrund rhythmisch ineinander über. 1912 war das avantgardistische Werk Teil der „Sonderbund“-Ausstellung in Köln, 1913 kam es erstmals nach München: Damals stellte es der Sammler Franz Kluxen der ersten Picasso-Retrospektive in der Stadt zur Verfügung. Vorherige Stationen des Werks waren die Galerie Flechtheim in Düsseldorf und die Galerie Kahnweiler in Paris. Kulturstaatsministerin Claudia Roth würdigte den Ankauf als großen „Gewinn für München und die gesamte deutsche Museumslandschaft“. Markus Blume, der Staatsminister für Kultur in Bayern, erkennt in der „Femme au violon“ eine Vertreterin seines Freistaats: Er nennt sie „unsere kubistische Version der Mama Bavaria“. eer.

Biss zum TV-Grauen

In „Upir“ muss Fahri Yardım einem Vampir 30 Tage lang dienen.

Vampirgeschichten gehen irgendwie immer, ob in der prüden Hetero-Version von „Twilight“, betont homoerotisch wie in der Serienfassung von „Interview mit einem Vampir“ oder schräg wie in der Mockumentary „What we do in the shadows“.

Die jüngste Lieferung heißt „Der Upir“ und wurde für Joyn produziert. Der Name ist slawisch, die Handlung wird sklavisch, und wenn man diese Story in der Kurzfassung liest, will man den Bildschirm eigentlich sofort mit dem rot-weißen Flatterband der Geschmackspolizei abbinden und rufen: „Gehen Sie bitte weiter, hier gibt’s nichts zu sehen!“ Mann trifft Vampir, Vampir beißt Mann, Mann hat Vampir zu dienen, und nach 30 unterwürfigen Tagen wird sich entscheiden, ob der Gebissene nun ebenfalls zum Vampir wird oder doch zum Menschsein zurückkehren darf.

Klingt grausig. Aber dann ist da sofort dieser lässige Stil: „Upir“ ist ein herrlich unprätentiös aus dem Mantel geschüttelter Vampirklamauk, geschrieben von Peter Meister, der schon in seinen Kurzfilmen ein Talent fürs Absurde bewies und dann 2021 durch seinen Debütfilm auffiel, die Krimikömodie „Das schwarze Quadrat“ mit Sandra Hüller, Jacob Matschenz und Bernhard Schütz.

Auch jetzt kann sich Meister wieder auf Schauspieler stützen, die sich seinen Dialogen und Szenen mit heiligem Ernst hinzugeben verstehen. Als gebissenen Mann sehen wir Fahri Yardım aus „Jerks“, als Blutsauger Rocko Schamoni, den man diesmal mit dem Titel seines neuen Romans einfach als „Pudels Kern“ vorstellen sollte. In den tragenden Nebenrollen glänzen ein stark an den vertrotteltenAlan aus „Hangover“ gemahnender David Scheid, Andrea Sawatzki in Kreischfarbenperücke, eine forsche Lana Cooper und ein abgehalfterter Bernhard Schütz, der in der schamfreiesten Minute der Serie zeigt, dass ihm wirklich gar nichts zu peinlich ist. Der Humor von „Upir“ ist manchmal flach und derb und schwarz wie die Fledermausnacht.

Der Irrsinn geht gleich in die Vollen: Der brave Eddi (Yardım), ein im Automatikmodus mit seiner Liebe Julie (Anne Schwarz) durchs Leben gondelnder Bratburgermeister, trifft sich auf dem Weg vom stylischen Arbeitsplatz zur vorgewärmten Matratze mit einer Schrottimmobilienmaklerin (Stephanie Petrowitz). Sie macht ihm einen Altbau mit Kellergewölbe mit großem Palaver schmackhaft, öffnet für ihn eine mystisch verschlossene Tür – und wird hinter dieser Tür von einem Vampir gerissen.

Natürlich heißt er Igor (Schamoni), wie sonst. Er sieht mit Brille und langen Haaren aus wie ein Verwahrloster auf dem Rückweg vom Späti, zumindest aber wie ein Rockstar vergangener Tage, und weil Igor 130 Jahre lang eingesperrt war, schlägt er seine Zähne auch noch in Eddi und nuckelt an seinem Zeh. Gut für Eddi: Die Maklerin ist bereits leer.

Die Folgen sind trotzdem dramatisch. Igor erläutert lapidar, dass er Eddi gerade in einen „Upir“, seinen Diener, verwandelt hat. Macht er seinen Dienst schlecht, wird er in vier Wochen selbst zum Vampir. Macht er in ihn gut, wird ihn Igor angeblich erlösen – durch einen richtigen Kuss, auf den alles hinauslaufen muss.

Eine Leichenentsorgung später haben Vampir und Gehilfe den unzerstörbaren Andi (Scheid) am Hals, außerdem die Polizistin Frida (Cooper) und den schmierigen Vampirjäger Uwe (Schütz). Besser läuft der alltägliche Service für Igor, der früher ein Fürst der Unterwelt war und diesen Status gern zurückhaben möchte. Eddi muss ihn unter anderem zu einem pubertären Vampirteenie und einer Klimaaktivistin begleiten, wie im echten Leben weiß man nicht, was anstrengender ist, und auch das sexuelle Erwachen von Igor gilt es nach 130 Jahren der Inaktivität verständnisvoll zu begleiten. Eine Männerfreundschaft entsteht, fast so schön wie jene zwischen Yardım und Ulmen in „Jerks“.

Vom Ton her ist die schwarze Komödie „Upir“ dabei völlig anders gelagert als die Mysteryserie „Oderbruch“, die unlängst im Ersten lief. Gemeinsam aber legen sie die Latte für die unvermeidlichen weiteren deutschen Vampirproduktionen erfreulich hoch. Die für Oktober angekündigte ZDF-Produktion „Love Sucks“, die „ein metaphorisches Spiegelbild unserer modernen, kapitalistischen Gesellschaft“ abliefern will, muss dieses Level erst mal erreichen. Und das gilt auch für „City of Blood“, die für 2025 geplante Disney-Verfilmung der Graphic Novel „Berlinoir“. MATTHIAS HANNEMANN

Der Upir läuft auf Joyn.

Mit 30 ist man zu alt für funk?

Funk, das Netzwerk von ARD und ZDF, kündigt Youtubern, deren Kanäle gut laufen. Einige vermuten dahinter böse Absicht. Doch der Fall liegt anders. Wie er liegt, verrät der erfolgreiche Kanalmacher Philipp Walulis.

„Es war immer klar, was das Ziel war“, sagt Philipp Walulis. Foto SWR

Mit 30 geht’s bergab. Diese Wahrheit des Volksmunds fasst nicht nur biochemische Prozesse in den alternden Knochen und Organen oder die durch Vollzeitjob, Kredittilgung und Nachwuchskümmerei komplettierten Verpflichtungen des „Erwachsenenlebens“ zusammen. Nein, man ist damit auch ganz und gar nicht mehr jung, zumindest aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Also nutzt man auch keine sozialen Medien mehr, weil das machen ja nur Teenager und Mittzwanziger. Für die Dreißiger gibt es dann plötzlich nur noch die ARD- und ZDF-Mediathek, den „Bergdoktor“ und, natürlich, den „Tatort“.

Das suggerieren zumindest verschiedene Youtuber (Rezo, Klengan), die jüngst Videos über die Tatsache veröffentlicht haben, dass einige sehr erfolgreiche Youtube-Formate nicht mehr Teil von „funk“ sind, dem Jugendnetzwerk des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, weil ihre Zuschauer zu alt geworden sind. Tatsächlich ist es komplizierter.

Es ist auf den ersten Blick schon verwunderlich, dass funk die Zusammenarbeit mit Youtubern kündigt, obwohl deren Videos hunderttausendfach geklickt werden. Dennis und Benni Wolter etwa, aka „World Wide Wohnzimmer“, haben am Anfang des Jahres erfahren, so sagten sie es in einem Video, dass sie von Mitte 2025 an nicht mehr mit funk zusammenarbeiten werden, weil ihre Zuschauer zu alt sind. Man einigte sich auf ein vorzeitiges Ende des Vertrags. Philipp Walulis aka „Walulis“ ist bereits seit Mai 2023 nicht mehr Teil von funk. Auch bei ihm hat am Gros seiner Zuschauer der Zahn der Zeit genagt. Sie sind jenseits der dreißig, wie das Analysewerkzeug youtube analytics gnadenlos aufzeigt.

Also: raus mit denen? Tatsächlich ist nicht funk schuld an der Misere, sondern erst einmal der Medienstaatsvertrag, der die Rechtsgrundlage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bildet, und zweitens der „öffentlich-rechtliche Vertrag von ARD und ZDF über die Veranstaltung des Jungen Angebots“, wie funk auf Anfrage schreibt. Den Auftrag von funk regelt Paragraph 33 des Medienstaatsvertrags. Darin heißt es: „Das Jugendangebot soll inhaltlich die Lebenswirklichkeit und die Interessen junger Menschen als Zielgruppe in den Mittelpunkt stellen.“ Nun fühlen sich auch manche Fünfzigjährige noch wie am Ende ihrer Adoleszenz. Da braucht es also eine Definition des Begriffs „jung“.

Dem Staatsvertrag sei zu entnehmen, „dass sich das Angebot in erster Linie an Jugendliche ab einem Alter von 14 Jahren bis in das junge Erwachsenenalter richten soll“, schreibt funk. Was heißt „junges Erwachsenenalter“? Im Vertrag von ARD und ZDF über die Veranstaltung des jungen Angebots geben die Intendanten vor, schreibt funk weiter, dass man nur bis zu einem Alter von 29 Jahren jung sei.

Ein Blick in das „Factsheet: Programmangebote der ARD“ bestätigt zunächst den von den Youtubern erweckten Eindruck: Mit dem dritten runden Geburtstag schwimmt man demnach frei im Becken mit allen anderen schlagartig gealterten Zuschauern, die beim Öffentlich-Rechtlichen im Durchschnitt wohl jenseits der 50 sind. Das einzige andere zielgerichtete Angebot, das eine bestimmte Altersgruppe ansprechen will, ist der Kinderkanal Kika, der sich an Drei- bis Dreizehnjährige richtet. An der Dreißiger-Schranke aber kommt niemand vorbei. Auch kein noch so erfolgreicher Youtuber. Auftrag ist eben Auftrag. Philipp Walulis nennt den Medienstaatsvertrag daher auch die „Bibel“, weil er eben nicht kurzerhand geändert werden kann.

Fragt man die Sender, was ein frisch ins vierte Lebensjahrzehnt Gerutschter nun überhaupt noch schauen soll, zeigt sich jedoch ein anderes Bild als das von Youtubern wie „Klengan“ gezeichnete. Denn Angebote für Menschen mittleren Alters gibt es zuhauf. Die Mediatheken von ARD und ZDF etwa sind ein zentrales Angebot für die Zielgruppe und werden von dieser auch viel genutzt. „In der Zuschauergruppe der 30- bis 49-jährigen wird von allen Mediatheksangeboten der öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Anbieter in Deutschland die ARD-Mediathek am meisten genutzt“, sagt ein Sprecher der ARD. Besonders gefragt seien „Tatort“, „Rote Rosen“, „Sturm der Liebe“ und „In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte“.

Darüber hinaus gibt es ehemalige funk-Formate, die mit der Zeit zur Mediathek dazustoßen. Das Y-Kollektiv etwa ist seit dem vergangenen Jahr neben seinem Youtube-Kanal auch dort abrufbar. Dies sei ein Weg, dem Auftrag gerecht zu werden: die Menschen über eigene Ausspielwege zu erreichen und Inhalte nicht nur auf Monopolplattformen wie Youtube anzubieten. Insgesamt seien in der Mediathek etwa 200.000 wechselnde Angebote frei verfügbar, darunter auch viele für Zuschauer mittleren Alters.

Auf Youtube oder anderen Plattformen veröffentlichen die Öffentlich-Rechtlichen zudem nicht nur funk-Inhalte. Auf Anfrage schickt der ARD-Sprecher ein zehnseitiges Dokument, in dem die Angebote fast aller ARD-Sender aufgelistet sind: Neben zahlreichen Podcasts, die auf verschiedenen Podcatchern abgerufen werden können, findet sich dort eine ganze Palette an Formaten und Kanälen für Menschen ab 30, die sich auf den Videoplattformen denn auch großer Beliebtheit erfreuen. Darunter etwa Satiresendungen wie „Extra 3“, die auf Youtube mehr als eine Million Abonnenten hat, oder Kanäle zu Sport („Sportschau“, „Fußball 2000“), Nachrichten, Medien („Zapp“), Gesellschaft und verschiedenen anderen Themenschwerpunkten. Darüber hinaus bespielen viele Formate auch Instagram und/oder Tiktok („Reschke Fernsehen“, „Extra 3“, „N-Joy“, „Brisant“). Der Vorwurf, man müsse bei den Öffentlich-Rechtlichen vom 30. Geburtstag an mit Rosamunde Pilcher vorliebnehmen, stimmt also nicht.

Die ARD spricht vom „Bemühen“, ein „besseres Angebot für jüngere, digital orientierte Menschen“ zu schaffen. Die Nutzungsgewohnheiten der Zuschauer hätten sich „drastisch“ verändert. Um weiter möglichst viele Menschen zu erreichen und den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erfüllen, sei man „auch in der digitalen Welt sehr aktiv“.

Das ZDF ist ebenfalls auf vielfältige Weise in den sozialen Netzwerken unterwegs. Im Rahmen der Strategie „Ein ZDF für alle“ werden 100 Millionen Euro in Angebote für jüngere Zuschauer im Netz umgeschichtet.

Philipp Walulis, der mit seinem Youtube-Kanal rund sieben Jahre lang Teil von funk war, blickt überwiegend positiv auf die Zusammenarbeit zurück. Die klaren Vorgaben zu Aufrufzahlen und Produktionsabläufen – die andere Youtuber, wie etwa Leeroy Matata oder Simplicissimus, als Eingriffe in ihre Kreativität oder fehlende Flexibilität kritisierten – hätten ihn und sein Team eher motiviert. „Es war immer klar, was das Ziel war, und wir hatten es selbst in der Hand, das zu erreichen“, sagt er. Auch die festen Abläufe seien „ein Traum“ gewesen. „Wenn man wie wir bei ‚Walulis Daily‘ quasi täglich ein Video macht, dann sind klare Abläufe und Strukturen mega wichtig.“ Er und sein Team produzierten montags bis donnerstags eine Sendung von rund 15 Minuten, die sich vornehmlich mit Medienthemen auseinandersetzte. Zwischenzeitlich kam mit „Walulis Daily Turbo“ oder „Walulis Woche“ noch eine fünfte Sendung am Freitag hinzu.

Ein weiterer Vorteil bei funk sei die gesicherte Finanzierung gewesen, sagt er. Dadurch sei sein Kanal, wie auch der anderer Youtuber, besonders stark gewachsen und habe viele neue Abonnenten gewinnen können. Vorgaben, was die Demographie der Zuschauer angehe, habe es aber gegeben. So habe funk immer wieder gefordert, dass Walulis mit den Videos mehr Frauen erreiche müsse, weil seine Zuschauer überwiegend männlich gewesen seien. „Dann machst du halt mal drei Videos zu ‚Germany’s Next Topmodel‘, und dann siehst du, wie das entsprechend hochgeht“, sagt Walulis. Enge thematische Vorgaben habe es nie gegeben. Lediglich zwei Witze habe funk in den sieben Jahren aus dem Skript herausredigiert.

Die Kooperation sei jeweils immer wieder für eine weitere Staffel, die ein halbes Jahr dauerte, verlängert worden. Dass der Vertrag mit ihm irgendwann gekündigt werde, sei absehbar gewesen, sagt Walulis. „Schon vor drei Jahren habe ich mir die Zahlen angeguckt und mich gefragt, wie lange das noch gut geht.“ Lange machten die 20- bis 29-Jährigen rund siebzig Prozent der Zuschauer aus. Mit der Zeit seien sie aber immer älter geworden. Irgendwann sei der größte Teil dann 25 bis 39 Jahre alt gewesen. „Da haben wir uns auch gefragt, was machen wir jetzt? Wäre ja auch lächerlich, wenn ich mir jetzt eine Kappe aufsetze und sage: ‚Hey Tiktoker!‘.“

Gefrustet, dass die Zusammenarbeit nun vorbei ist, sei er nicht. „Wenn Leute dann plötzlich verbittert sind, sage ich: Du hast jetzt jahrelang Spaß gehabt, die haben dir Geld für etwas gegeben, das du machen wolltest. Sei doch mal dankbar.“

Viele Kanäle, die erst durch funk groß geworden seien und das Netzwerk dann verließen, „packen dann das große Merchandise-Paket aus und ballern alles mit Werbung voll“, sagt Walulis. Seltener seien es kreative, sondern vor allem monetäre Motive für die Trennung. Zudem seien die Richtlinien, an die sich die Youtuber als Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks halten müssten, für manche ungewohnt. So darf zum Beispiel nicht einfach jedes online verfügbare Lied in Videos verwendet werden, weil es dann rechtliche Probleme gibt. Außerdem dürfen die Youtuber bei funk keine Produktwerbung machen, ihre Videos nicht monetarisieren und auch nicht für ihre Zweitkanäle werben. Ab einer gewissen Größe des Kanals kann ihnen damit Geld durch die Lappen gehen.

Außerdem gebe es „einige Youtuber, die auch nicht verstehen, was Journalismus ist“, sagt Walulis, der selbst seit zwanzig Jahren Journalist ist, beim Radio begonnen hat und vor mehr als einem Jahrzehnt seine Karriere im Fernsehen fortsetzte. So gebe es in manchen Formaten etwa Interviews mit zwei Gästen, von denen einer gern eine extreme Position vertrete. Die werde dann aber beinahe als gleichwertig zur anderen dargestellt.

So zeigt sich: Pilcher und „Tatort“ können warten. Auch wenn längst nicht alle Ü-30-Formate zünden, sie sind doch vorhanden. Wer mit, vielleicht sogar an funk gewachsen ist, schaut längst über den Youtube-Tellerrand hinaus. OLE KAISER

Macht ihnen Angst!

Russlands Propaganda traktiert die Deutschen

Rechercheure von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ haben im Verein mit dem estnischen Medium „Delfi“ herausgefunden, wer hinter der russischen „Doppelgänger“-Desinformationskampagne und Tausenden Propagandapost auf digitalen Plattformen steckt. Es ist, wie interne Dokumente verraten, die von Ilya Gambashidze geführte „Social Design Agency“ (SDA), die dem Büro des russischen Präsidenten zuarbeitet. Diese Agentur hatte das US-Justizministerium erst kürzlich als mitverantwortlich für Desinformation im amerikanischen Wahlkampf benannt und 32 Internet-Domains beschlagnahmt, die „Doppelgänger“ produzieren, also die Websites unabhängiger Medien klonen und russische Propaganda verbreiten. Auch die F.A.Z. ist mit ihrer Website FAZ.NET von der Kampagne betroffen (F.A.Z. vom 7. August).

Es gehe darum, „Informationen aus dem westlichen Medienbereich zu sammeln und zu analysieren, eigene Narrative zu entwickeln und diese in Content zu verpacken“, zitieren die Rechercheure von NDR, WDR und SZ aus einem internen Dokument der SDA. Die Agentur beobachtet Politik und Medien im Westen sehr genau, sie führt eine Datenbank mit angeblich mehr als 1000 Personen, beobachtet Demonstrationen und gibt Motive für Graffiti vor, die auf Gebäude in Deutschland gesprüht werden sollen.

Für jedes Land setze die SDA eine eigene Propagandastrategie auf. In Deutschland sei ein Ziel die „Erhöhung des Stimmenanteils der AfD auf 20 Prozent“. Zudem gelte es, die „Zukunftsangst“ der Deutschen zu schüren. Bei Umfragen solle der Anteil der Ängstlichen „möglichst bei mehr als 50 Prozent liegen“, mehr als 55 Prozent der Deutschen, so berichten die Rechercheure, sollten „nicht bereit sein, ihr Vermögen zu opfern, um Russland zu besiegen“. Ein weiteres Ziel: „Polarisierung der deutschen Gesellschaft – Zurückhaltung bei der Wahl der Grünen bei über 40 Prozent“ (in Umfragen). Weitere Propagandanarrative lauteten; Deutschland sei wehrlos, die USA trieben Deutschland in den Bankrott, das Land befinde sich in einer Existenzkrise. „Unsere Inhalte“, heißt es in einem Video mit dem SDA-Chef Ilya Gambashidze, „passen ins Weltbild westlicher Bürger. Indem wir unsere Informationsangriffe sorgfältig vorbereitet haben und die Ziele und Aufgaben des Projekts verstehen, glauben wir fest an den endgültigen Sieg. Das Schlachtfeld sind die Köpfe der Bewohner des Planeten Erde. Auf diesem Schlachtfeld werden wir herrschen.“

Was auf diesem „Schlachtfeld“ los ist, hat jetzt endlich auch der Social-Media-Konzern Meta erkannt: Die Inhalte des russischen Staatssenders RT und seiner Ableger werden von Facebook, Instagram, Whatsapp und Threads verbannt. Auf Elon Musks Plattform X tobt sich die russische Propaganda derweil weiter aus. miha.

Gespalten?

Welchen Medien die Bürger vertrauen

Etablierte Medien gelten laut einer Studie bei der Mehrheit der Deutschen weiterhin als vertrauenswürdig. Das geht aus der Erhebung „Die freie Presse – Vertrauensanker im KI-Zeitalter“ hervor, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Medienverbands der freien Presse (MVFP) erstellt hat. In der repräsentativen Studie gaben 77 Prozent der Befragten an, dass sie das öffentlich-rechtliche Fernsehen für vertrauenswürdig halten. Es folgten regionale Tageszeitungen mit 65 Prozent, öffentlich-rechtliche Radios mit 64 Prozent und die überregionale Presse mit 57 Prozent. Soziale Medien gelten nur bei 12 Prozent als zuverlässig. „Trotz häufiger pauschaler Medienkritik sind die etablierten Medien ein Vertrauensanker“, sagte die Allensbach-Geschäftsführerin Renate Köcher. Es gebe aber große Unterschiede zwischen West und Ost: In Ostdeutschland liegen die Vertrauenswerte jeweils um mindestens 10 Prozentpunkte niedriger als im Westen. Wenig Vertrauen genießt Künstliche Intelligenz (KI) im Vergleich zum Menschen: 43 Prozent gaben an, sie würden eher bei einem von einem Journalisten erstellten Text darauf vertrauen, dass der Inhalt stimme. Nur fünf Prozent würden eher einem KI-Text vertrauen. Die Gesellschaft nehmen die Menschen der Umfrage zufolge als „gespalten“ war. Das sagen 73 Prozent, 40 Prozent fühlen sich von der Entwicklung bedroht. „Spaltungsthemen“ seien Zuwanderung (88 Prozent), Islam (82), AfD (81), Umgang mit Israel (74), Russland (71), Bürgergeld und Ukraine (je 66). epd/KNA/F.A.Z.

Mehr Stockhausen wagen

Kann der ARD-Zweiteiler „Wäldern“ mit seiner musikalischen Ermittlerin Netflix etwas entgegensetzen?

Ermittlerinnen, die in ihre Heimat zurückkehren, um alte Mordfälle aufzuklären, in die sie familiär verstrickt sind, wurden von den öffentlichen Fernsehsendern erfunden. Bei den Streamingdiensten haben sie eine Inflation erfahren (F.A.Z. vom 9. Mai). Es ging mit stadtflüchtigen Kommissarinnen los, und als die Konstellation Netflix und Co. zu eintönig wurde, kamen Psychologinnen und Anwältinnen zum Zug.

Die ARD führt am Mittwoch nun eine völlig neue Berufsgruppe in das Genre ein: eine Pianistin. Lara Glanz, gespielt von Rosalie Thomass, kehrt in ihre Heimat als Musiklehrerin zurück, um nach ihrer Nichte Magda zu suchen, die alle außer ihr für tot halten. Die Polizisten benehmen sich wie Pappkameraden und scheinen die Ermittlungen eher zu behindern, als zu befördern.

Ort der Handlung ist Wäldern, eine Kleinstadt im Bergischen Land, die genretypisch in einer Gegend mit viel Niederschlag und dunklen Forsten liegt. Die erste Szene treibt das Germanentum gleich auf die Spitze, sie spielt in einer Kulisse, die an eine Miniaturausgabe der mystisch aufgeladenen Externsteine im Teutoburger Wald erinnert. Die jugendliche Magda, die man hier in einem Rückblick sieht, fühlt sich von einer Felsspalte magisch angezogen, dreht sich ein paarmal um sich selbst und ist wie vom Erdboden verschluckt.

Neu für die Form des Heimkehrer-Thrillers sind im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Mysteryelemente. Zahlreich sind sie von Streamingserien wie „Stranger Things“ oder der deutschen Netflix-Produktion „Dark“ übernommen worden, doch das Ganze wirkt zunächst behäbig.

Die Filmemacher scheinen sich vorgenommen zu haben, die ersten 60 Minuten komplett linear zu erzählen. Es gibt viele Botenberichte und noch mehr Redundanzen. Es fehlt der Spin, es gibt nichts zu erahnen. Der geheimnisvolle Greis, der mit wehenden Haaren und verklärten Augen plötzlich im Wald neben Lara Glanz auftaucht, wirkt harmlos, die Pianistin zu keiner Zeit gefährdet. Zahlreiche Spannungsmomente hat man sich hier entgehen lassen. Dass okkulte Formeln entschlüsselt werden, indem sie mit einem Tonbandgerät rückwärts abgespielt werden, wirkt gar unfreiwillig komisch und erinnert an den Badesalz-Sketch „Satanische Botschaft“ („Riiippschenmitkrraut“).

Zugegeben, dies alles ist durch die Brille einer ihrerseits längst gleichförmig gewordenen Streamingästhetik gesehen, aber will irgendwer im Jahr 2024 in einen Zustand uninspirierter Linearität zurück? Offensichtlich nicht, denn nach gut einer Stunde tut sich was in „Wäldern“. Nach dem Auftreten der esoterischen Heilpraktikerin Dorothea Freiberg (Sabine Vitua) ist der daueralkoholisierte Professor Klein (Peter Franke) die erste Nebenfigur, welche in ihrer Skurrilität interessiert. Plötzlich hat sich ein Geisterjägerteam zusammengetan – und es ist eine hübsche Pointe, dass es im deutschen Rundfunk ein Durchschnittsalter von Ü60 vorweist.

Lara Glanz (Rosalie Thomass) Foto ARD

Auch filmisch wird es jetzt spannender. Es kommt zu Überblendungen und Parallelhandlungen, das Geschehen gewinnt an Tempo, als Zuschauer atmet man geradezu auf, die Mysteryelemente werden glaubhafter. Richtig gruselig wird es aber erst eine Viertelstunde vor Schluss. Symbolisch verwandelt sich der spießige Chorgesang vom Anfang im Hintergrund in einen ätherischen Stockhausen-Sound. Aus diesen eher zaghaften musikalischen Anklängen – der Komponist lebte im Bergischen Land – hätte man atmosphärisch noch viel mehr machen können.

Die Filmemacher (Regie: Till Franzen) verfügen über die nötigen Mittel, das wird deutlich. Warum zeigen sie es nicht von Anfang an? Ein verordnetes Zugeständnis an den ARD-Zuschauer, der es vermeintlich gern langsam und übersichtlich angehen lässt? Das alte Ärgernis.

Im zweiten Teil ist noch ein Kind verschwunden, das jedoch wieder auftaucht, weitere Gestalten wechseln die Welten. Wieder ist der lineare Erzählanlauf groß, doch auch der zweite Film gewinnt an Format. Hilfreich ist dabei das Zwillingsmotiv, welches recht offensichtlich Jordan Peeles Mysterythriller „Us“ entliehen ist, hinzu kommt ein finsterer Bunker, den Lara Glanz aus ihren Träumen kennt. Die Ermittlerin wird zur Gegenspielerin einer verborgenen Horrorwelt, Rosalie Thomass zeigt dabei zunehmend Statur.

Ihre Nichte hat Lara Glanz am Ende des zweiten Teils noch nicht gefunden, doch eine Spur ist gelegt, der Boden für Fortsetzungen ist bereitet. Ob das auf Dauer ohne weitere Übernahmen von den einschlägigen Streamingserien trägt, wird man sehen. Einem Riesensender wie der ARD sollte es doch gelingen, dem etwas Eigenes entgegenzusetzen. UWE EBBINGHAUS

Wäldern, Teil 1: Das verschwundene Mädchen, Mittwoch, 20.15 Uhr; Wäldern, Teil 2: Das Böse in den Spiegeln, Freitag, 22.20 Uhr, im Ersten.

Fernsehen am Mittwoch

Aktualisiertes und ausgewähltes Programm www.faz.net/tv

ARD

9.00 Tagesschau **9.05** Hubert ohne Staller (180). Krimiserie. Der Tote im Heizungsraum **9.55** Tagesschau **10.00** Meister des Alltags. Quizshow **10.30** Gefragt – Gejagt. Quizshow **11.15** ARD-Buffet. Ratgeber **12.00** Tagesschau **12.10** ARD-Mittagsmagazin. Infotainment **14.00** Tagesschau **14.10** Rote Rosen (4022). Telenovela **15.00** Tagesschau **15.10** Sturm der Liebe (4281). Telenovela **16.00** Tagesschau **16.10** Amado, Belli, Biedermann (3). Talkshow **17.00** Tagesschau **17.15** Brisant. Boulevardmagazin **18.00** Gefragt – Gejagt. Quizshow **18.50** Watzmann ermittelt (32). Krimiserie. Verbissen **19.45** Wissen vor acht – Erde. Infotainment. Das Verschwinden der Blaubeere **19.50** Wetter vor acht **19.55** Wirtschaft vor acht. Dokumentation

20.00 Tagesschau
20.15 Wäldern – Das verschwundene Mädchen Deut. Mysteryreihe mit Rosalie Thomass, Sabine Vitua, Peter Franke, Narges Rashidi, Tanja Schleiff. Regie: Till Franzen, 2024. Im Städtchen Wäldern im Bergischen Land verschwinden auf rätselhafte Weise junge Menschen. Schnell wird klar, dass es sich hier nicht um normale Vermisstenfälle handelt – in einem Labyrinth unter der Stadt lauert eine uralte Gefahr.
21.45 Plusminus Moderation: Alev Seker
22.15 Tagesthemen Mit Wetter
22.50 maischberger Talkshow
0.05 Tagesschau
0.15 Wäldern – Das verschwundene Mädchen Deut. Mysteryreihe, 2024
1.48 Tagesschau
1.50 Haltet die Welt an Deut. Drama mit Christine Neubauer, 2010

ZDF

9.00 heute Xpress **9.05** Volle Kanne – Service täglich. Infomagazin **10.30** Notruf Hafenkante. Krimiserie. Einsatz für Wolle **11.15** SOKO Stuttgart. Krimiserie. Der Mann im Mars **12.00** heute **12.10** ARD-Mittagsmagazin. Infotainment **14.00** heute – in Deutschland **14.15** Die Küchenschlacht. Kochshow **15.00** heute Xpress **15.05** Bares für Rares. Unterhaltung **16.00** heute – in Europa **16.10** Die Rosenheim-Cops. Krimiserie. Dumm gelaufen **17.00** heute **17.10** hallo deutschland. Boulevardmagazin **18.00** SOKO Wismar. Krimiserie. Respekt **18.54** Lotto am Mittwoch – Die Gewinnzahlen. Lottoziehung **19.00** heute **19.20** Wetter **19.25** Hab ich Recht? Drei Richter für alle Fälle. Dokumentation

20.15 Die große „Terra X"-Show Spielshow. Sehnsuchtsorte. Tiefer Dschungel, traumhafte Strände, endlose Weiten – „Die große 'Terra X'-Show" begibt sich an Sehnsuchtsorte, von denen viele nur träumen können.
21.45 heute journal
22.15 Illegale Deals mit dem „Idiotentest"?
23.00 sportstudio UEFA Champions League – Ligaphase, 1. Spieltag Fußball. Highlights, Analysen, Interviews
0.00 Markus Lanz
0.45 heute journal update
1.00 Das System Pornhub – Schmutzige Geschäfte mit der Lust Dokumentation
1.40 besseresser: Die Tricks der Gastro-Industrie Dokumentation. Hühnerfrikassee & Co.
2.25 Illegale Deals mit dem „Idiotentest"?
3.10 frontal

ARTE

9.00 Im Reich der Tiefe. Deut. Dokumentarfilm, 2012 **10.30** Mächtige Winde. Dokumentation. U. a.: Chinook, der warme Wind der Rocky Mountains **12.10** Re: Reportagereihe **12.40** Stadt Land Kunst. Magazin. U. a.: Alfons Mucha / Aserbaidschan / Portugal **14.15** Mord im Mittsommer (3/4). Fall 12: Scheinwelten. Schwed. Krimireihe mit Alexandra Rapaport, Nicolai Cleve Broch, 2020 **16.00** Hawai'i. Dokumentation. Kaua'i – Die alte Dame **16.55** Die Winzlinge in freier Wildbahn. Dokumentation. Der Naturpark Brière, Guérande **17.50** Tierische Freibeuter der Meere **18.35** Wildes Spanien – Durch die Linse zweier Brüder. Dokumentation **19.20** Arte Journal **19.40** Re: Reportagereihe. Fachkräfte aus aller Welt

20.15 Don't Worry, weglaufen geht nicht Franz./Amerik. Tragikomödie mit Joaquin Phoenix, Jonah Hill, Rooney Mara, Jack Black, Mark Webber. Regie: Gus Van Sant, 2018. John Callahan führt ein in jeder Hinsicht ausschweifendes und rücksichtsloses Leben: Partys, Alkohol, Drogen; alles, was die 70er Jahre an Exzessen zu bieten haben. Doch dann verursacht er mit seinem Freund Dexter einen Autounfall und landet im Rollstuhl.
22.05 Joaquin Phoenix – Schauspieler der Extreme Künstlerporträt
23.00 „Das Herz ist ein einsamer Jäger" Künstlerinnenporträt. Die Schriftstellerin Carson McCullers
23.55 Das erste Jahr Franz. Tragikomödie mit Vincent Lacoste, William Lebghil, Michel Lerousseau. Regie: Thomas Lilti, 2018
1.25 Ein Tag in ... Nürnberg 1593 – Der Scharfrichter Frantz Schmidt

3 sat

8.05 Alpenpanorama **8.30** ZIB **8.33** Alpenpanorama **9.00** ZIB **9.05** Kulturzeit **9.45** nano Doku: Feind oder Verwandter? Der Neandertaler und wir **10.15** Universum: Der Flug der Störche **11.00** Universum: Der Flug des Seeadlers **11.45** Mit Herz am Herd. Matjes Heringe mit Rote-Bete-Carpaccio und Rösti **12.15** Servicezeit **12.45** Bergauf-Bergab **13.15** Istriens Süden – Urlaubsparadies an der kroatischen Adria. Doku **14.00** Köstliches Sardinien. Doku. Eine kulinarische Reise **14.45** Sizilien genießen. Doku **15.30** Umbrien – Herz und Seele Italiens. Doku **16.15** Elba – Grüne Oase & Meer. Doku **17.45** Eine Reise in die Toskana. Doku. Entdeckungen zwischen Chianti und Maremma **18.30** nano. Magazin **19.00** heute **19.20** Kulturzeit. Magazin

20.00 Tagesschau
20.15 Die Welt der Amish – Tradition und Versuchung Dokumentation. Im Nordosten der USA führen die Amish ihr Leben wie im 17. Jahrhundert: ohne Strom, Telefon und Autos. Sie stemmen sich gegen Versuchungen der modernen Welt. Aber einige brechen dennoch aus.
21.00 Glaube und Geld – Die Mission der Mormonen Dokumentation
21.45 Sansibar – Afrikas wilde Schönheit Dokumentation
22.00 ZIB 2
22.25 Der ZDF Comedy Sommer Comedyshow
22.55 Der ZDF Comedy Sommer Comedyshow
23.25 Morgen hör ich auf (4) Dramaserie. Zahltag
0.25 10 vor 10
0.55 Stöckl Talkshow
1.55 Die Welt der wilden Bienen Dokumentation

RTL

9.00 GZSZ (8107) **9.30** Unter uns (7458) **10.00** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht (166) **11.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht (189). Hat sich Einbrecher nur in der Tür geirrt, oder ist er ein gemeingefährlicher Serientäter? **12.00** Punkt 12 **15.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht (323). Alles für die Katz: Steckt verzweifelte Katzenbesitzerin hinter Einbruchserie? **16.00** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht (313). Game-Chat in den Tod – Brachte abgelehnter Internetfreund Mädchen um? **17.00** Ulrich Wetzel – Der Ermittlungsrichter **17.30** Unter uns (7459). Böses Erwachen **18.00** Explosiv (182) **18.30** Exclusiv (182) **18.45** RTL Aktuell **19.05** Alles was zählt (4535). Liebe auf Abwegen **19.40** GZSZ (8108). Schatten der Vergangenheit

20.15 Deutschland sucht den Superstar (1) Castingshow. Die Castings
22.15 RTL Direkt
22.35 stern TV Infomagazin. Moderation: Steffen Hallaschka
0.00 RTL Nachtjournal
0.25 RTL Nachtjournal Spezial: Maria Furtwängler im Interview
0.43 RTL Nachtjournal – Das Wetter
0.45 CSI: Miami (7) Krimiserie. Atemlos. Mit David Caruso, Ion Overman, Emily Procter, Adam Rodriguez, Khandi Alexander. Mitten im Meer klettert ein schwer verletzter Mann an Deck eines Schiffs und erliegt wenig später seinen Verletzungen.
1.30 CSI: Miami (8) Krimiserie. Haus des Todes. Mit David Caruso, Albie Selznick, Calvin DeVault, Emily Procter, Adam Rodriguez. Horatio und sein Team werden zum Schauplatz einer grausamen Bluttat gerufen: Eine Familie wurde in ihrem Haus förmlich hingerichtet.

SAT 1

5.30 Sat.1-Frühstücksfernsehen. Infotainment. Moderation: Karen Heinrichs, Christian Wackert. Gäste: Saskia Schlemmer, Alexander Richter **10.00** Auf Streife. Reality-Soap. Schweigegeld / Leni hasst Streit / Unfreiwillig nackt im Netz **13.00** Auf Streife – Die Spezialisten. Reality-Soap. Wie aus bewölktem Himmel / Wer einer Frau aufs Dach steigt **15.00** Auf Streife. Reality-Soap. Die Partycrasher / V wie Veilchen **17.00** Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. Reality-Soap **18.00** Notruf. Infomagazin. Vogelwild. Moderation: Bärbel Schäfer **18.30** Notruf. Infomagazin. Freiheit auf zwei Rädern. Moderation: Bärbel Schäfer **19.00** Die Spreewaldklinik. Krankenhausserie. Beziehungsgeflechte **19.45** Sat.1 :newstime

20.15 Das große Backen Kochshow. Moderation: Enie van de Meiklokjes
22.55 TopTen! Der Geschmacks-Countdown Rankingshow. Augenschmaus der Extraklasse: Phänomenale Backkunst
23.55 Das große Backen Kochshow. Moderation: Enie van de Meiklokjes
2.10 Auf Streife – Die Spezialisten Reality-Soap. Unmoralisches Angebot
2.55 Auf Streife – Die Spezialisten Reality-Soap. Zander zeigt Zähne
3.40 Auf Streife – Die Spezialisten Reality-Soap. Verliebt, verlobt, verletzt
4.30 Auf Streife – Die Spezialisten Reality-Soap. Karambolage

ZDF Neo

8.25 Stadt, Land, Lecker **9.10** Die Küchenschlacht **9.50** Duell der Gartenprofis **10.35** Bares für Rares **12.20** Death in Paradise **14.05** The Rookie **15.30** Death in Paradise **17.15** The Rookie **18.35** Duell der Gartenprofis **19.20** Bares für Rares **20.15** Wilsberg. Prognose Mord. Deut. Krimireihe mit Leonard Lansink, 2018 **21.45** Nord Nord Mord. Clüver und die tödliche Affäre. Deut. Krimireihe mit Robert Atzorn, 2017 **23.15** Carriers. Amerik. Sci-Fi-Film mit Lou Taylor Pucci, 2009 **0.35** Die glorreichen 10

Phoenix

8.30 phoenix vor ort. Doku **12.45** Ihre Wahl: Der Kanditatencheck rbb24 Brandenburg. Doku **14.00** phoenix vor ort. Doku **15.30** phoenix plus. Doku **16.00** Die smarten Verführer – Hochstapler in der Wirtschaft. Doku. Crypto-Pleite, „WeCrashed" und der Fall Wirecard / Blut, Wind und das große Geld **17.30** phoenix der tag. Doku **18.00** Aktuelle Reportage **18.30** Traumorte. Doku. Die Italienische Riviera **19.15** Galileo Galilei. Doku. Revolutionär der Wissenschaften **20.00** Tagesschau **20.15** Traumorte. Dokumentation. Thailands faszinierende Inselwelt / Bangkok **21.45** heute journal **22.15** phoenix runde. Talkshow **23.00** phoenix der tag. Dokumentation **0.00** phoenix runde. Talkshow **0.45** Traumorte. Dokumentation

Pro Sieben

8.40 Brooklyn Nine-Nine **9.35** Die Simpsons **10.30** How I Met Your Mother **11.25** Scrubs **12.20** Two and a Half Men **14.10** The Middle **15.10** The Big Bang Theory. Das Suppentattoo / Die Racheformel / Das Gorilla-Projekt / Mädels an der Bar **17.00** taff **18.00** News **18.10** Die Simpsons **19.05** Galileo **20.15** TV total **21.25** Bratwurst & Baklava – Die Show **22.30** comedystreet **23.30** jerks. **0.35** Bratwurst & Baklava – Die Show **1.30** comedystreet

Tele 5

15.05 Star Trek – Enterprise (73) **16.00** Infomercial **16.10** Star Trek – Das nächste Jahrhundert (107) **17.10** Babylon 5 (71) **18.10** Star Trek – Enterprise (74) **19.05** Star Trek – Das nächste Jahrhundert (108) **20.15** Ruhelose Seelen – Nachrichten aus der Zwischenwelt **22.05** Das Haus der Dämonen. Amerik./Kanad. Horrorfilm, 2009 **0.20** Primal Rage: The Legend of Oh-Mah. Amerik. Horrorfilm, 2018

KIKA

12.50 Sherlock Yack **13.15** Taylors Welt der Tiere **13.40** Superhero Academy **14.10** Schloss Einstein – Erfurt **15.00** Mako – Einfach Meerjungfrau **15.45** Mia and me (81/104) **16.10** Power Sisters **16.35** The Garfield Show **17.00** Anna und der wilde Wald (3) **17.25** Animanimals (22/52) **17.30** Die Schlümpfe **18.05** Nö-Nö Schnabeltier **18.20** Feuerwehrmann Sam **18.40** Löwenzähnchen (33) **18.47** Baumhaus **18.50** Sandmännchen **19.00** Leo da Vinci **19.25** Pia und die wilde Natur (32) **19.50** logo! **20.00** KiKA Live **20.10** Das Camp in der Wildnis

Hessen

8.15 Hessenschau **8.45** Die Ratgeber **9.15** Tobis Urlaubstrip **10.00** Re: **10.30** Wildes Argentinien (3/3) **11.15** Sturm der Liebe (4280) **12.05** Wer weiß denn sowas? (688) **12.50** In aller Freundschaft – Die Krankenschwestern (15). Die goldene Mitte **13.40** Akte Ex (20). Abgesang **14.30** Meine Mutter will ein Enkelkind. Deut. Komödie mit Diana Amft, 2020 **16.00** hallo hessen **16.45** Hessenschau **17.00** hallo hessen **17.45** Hessenschau **17.55** Hessenschau Sport **18.00** maintower **18.25** Brisant **18.45** Die Ratgeber **19.15** alle wetter! **19.30** Hessenschau **20.00** Tagesschau **20.15** mex. das marktmagazin **21.00** Mittendrin – Flughafen Frankfurt (52). Die Crew von Korfu im Airbus A320 **21.45** Auf den Spuren des Todesflüsterers (1). Verabredung zum Mord **22.15** Hessenschau **22.30** Weissensee. Julia / Liebe ist stärker als der Tod **0.10** State of the Union. Woche drei – Der Handbruch / Woche vier – Der Gips **0.30** Meine Mutter will ein Enkelkind. Deut. Komödie, 2020

NDR

8.10 Sturm der Liebe (4280) **9.00** Nordmagazin **9.30** Hamburg Journal **10.00** SH Magazin **10.30** buten un binnen **11.00** Hallo Niedersachsen **11.30** mareTV kompakt **11.40** Rentnercops (41). Fossi **12.25** In aller Freundschaft (686). Ohne Netz und doppelten Boden **13.10** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (175). Schattensprünge **14.00** die nordstory **15.00** NDR Info **15.15** Markt **16.00** NDR Info **16.15** Wer weiß denn sowas? **17.00** NDR Info **17.10** Seelöwe & Co. – tierisch beliebt (11) **18.00** Regionales **18.15** Die Nordreportage. Schrott, Schatz oder Schnäppchen – Ostfrieslands Entrümpler im Einsatz **18.45** DAS! **19.30** Regionales **20.00** Tagesschau **20.15** Expeditionen ins Tierreich. Costa Rica – Das pralle Leben / Wildes Kuba **21.45** NDR Info **22.00** extra 3 Spezial: Das Beste **22.30** Gags – Comedy Deluxe (3) **22.50** Zapp **23.20** Reschke Fernsehen **23.50** extra 3 Spezial: Das Beste **0.20** Die Tricks mit Mieten und Bauen **1.05** Wie geht das? **1.35** Die Nordreportage

RBB

8.30 rbb24 Abendschau **9.00** In aller Freundschaft. Wie man sich bettet... / Liebe fragt nicht **10.30** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (36). Kreuzwege **11.20** Pinguin, Löwe & Co. (15) **12.10** Alles Klara (15). Tod in Lilliput **13.00** rbb24 **13.10** Heimatküche **13.40** Alles Klara (16). BioTot **14.30** Utta Danella – Wer küsst den Doc? Deut. Romanze mit Saskia Vester, 2013 **16.00** rbb24 **16.15** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (37). Hänsel und Gretel **17.05** Panda, Gorilla & Co. (66) **17.53** Sandmännchen **18.00** Der Tag in Berlin & Brandenburg **19.27** rbb wetter **19.30** Regionales **20.00** Tagesschau **20.15** Die Unermüdlichen – Im Einsatz für Vielfalt in Brandenburg **21.00** Die große Angst **21.45** rbb24 mit Sport **22.00** Gundermann Revier. Deut. Doku-Film, 2019 **23.35** Inside Iran. Das Jahr der Proteste **0.20** Unbreakable **0.50** Eine Dorfkirche zieht um **1.20** 15 Dörfer, 12 Kirchen und drei Frauen **1.50** Super.Markt

Arte, 20.15 Uhr, Don't Worry, weglaufen geht nicht: John Callahan (Joaquin Phoenix) entdeckt seine Berufung. Foto ZDF

WDR

8.25 Lecker an Bord (7/8) **9.10** Servicezeit **9.40** Aktuelle Stunde **10.25** Regionales **10.55** Planet Wissen **11.55** Leopard, Seebär & Co. Otterfamilie trifft auf Orang-Utan **12.45** Aktuell **13.00** Giraffe, Erdmännchen & Co. Gorilla-Zwillinge im Frankfurter Zoo **13.50** Nashorn, Zebra & Co. Ein echter Schlaffi **14.20** Morden im Norden. Im Netz / Tödliches Vertrauen **16.00** Aktuell **16.15** Hier und heute **18.00** Aktuell / Lokalzeit **18.15** Servicezeit **18.45** Aktuelle Stunde **19.30** Regionales **20.00** Tagesschau **20.15** Markt. Verbrauchermagazin **21.00** Der Haushalts-Check. Über den Tellerrand geschaut – Gutes Geschirr für jeden Tag **21.45** Aktuell **22.15** Kanada: Leben mit dem Feuer **23.00** Vom Feuer bedroht – Waldbrand in Portugal **0.20** Tatort. Monster. Deut. Krimireihe, 2020

MDR

8.05 Sturm der Liebe (4280) **8.55** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (260). Freundschaftsehe **9.45** Quizduell – Olymp (401) **10.35** Elefant, Tiger & Co. (1046) **10.58** Aktuell **11.00** In aller Freundschaft. Ein steiniger Weg / Urteile und Vorurteile **12.30** Die Fischerin. Deut. Drama mit Alwara Höfels, 2014 **13.58** Aktuell **14.00** MDR um 2 **14.25** Elefant, Tiger & Co. (270) **15.15** Wer weiß denn sowas? (844) **16.00** MDR um 4 **17.45** Aktuell **18.10** Brisant **18.54** Sandmännchen **19.00** Regionales **19.30** Aktuell **19.50** Tierisch tierisch **20.15** Exakt **20.45** Exakt – Die Story **21.15** Kripo live. Goldrausch **21.45** Aktuell **22.10** Polizeiruf 110. An der Saale hellem Strande. Deut. Krimireihe mit Peter Kurth, 2021 **23.40** Olafs Klub (48) **0.25** Nuhr im Ersten **1.10** Exakt **1.40** Exakt – Die Story

SWR

8.45 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (241). Schweren Herzes **9.30** Alles Klara (12). Der allerletzte Zeuge **10.20** Giraffe, Erdmännchen & Co. (72) **10.50** Brisant **11.20** Eisenbahn-Romantik (906) **11.50** Verrückt nach Meer (173) **12.40** ARD-Buffet **13.25** Die Besten im Südwesten (8) **13.55** Regionales **16.05** Kaffee oder Tee **17.00** Regionales **17.05** Kaffee oder Tee **18.00** Regionales **20.00** Tagesschau **20.15** Doc Fischer **21.00** Abenteuer Diagnose. Horrortrip – Sarkoidose, Halsrippe, Pelvines Stauungssyndrom **21.45** Regionales **22.00** Tatort. Tödlicher Einsatz. Deut. Krimireihe mit Ulrike Folkerts, 2009 **23.30** Der Barcelona-Krimi. Tod aus der Tiefe. Deut. Krimireihe mit Clemens Schick, 2017 **0.55** Der Lissabon-Krimi. Alte Rechnungen. Deut. Krimireihe, 2018

BR

8.55 Tele-Gym (1) **9.10** Dahoam is Dahoam **10.10** Eisbär, Affe & Co. **11.00** Elefant, Tiger & Co. **11.50** Abenteuer Wildnis **12.35** Wer weiß denn sowas? **13.20** Quizduell-Olymp **14.10** WaPo Bodensee. Geraubte Zukunft **15.00** aktiv und gesund **15.30** Schnittgut **16.00** BR24 **16.15** Wir in Bayern **17.30** Regionales **18.00** Abendschau **18.30** BR24 **19.00** Stationen **19.30** Dahoam is Dahoam (3431). Schwierige Geständnisse **20.00** Tagesschau **20.15** jetzt red i. Streit um Migration – Braucht es eine Wende in der Asylpolitik? **21.15** Kontrovers **21.45** BR24 **22.00** BR Story. Zwei Jahre Zerreißprobe – Russlanddeutsche und der Ukrainekrieg **22.45** Gefährlich nah – Wenn Bären töten. Deut./Ital. Doku-Film, 2024 **0.20** kinokino **0.35** Carol. Brit./Amerik. Drama, 2015

RTL 2

11.00 Die Schnäppchenhäuser – Der Traum vom Eigenheim (15) **12.00** Die Schnäppchenhäuser – Jeder Cent zählt (2) **12.55** Hartz und herzlich – Tag für Tag Rostock (30) **14.55** Hilf mir! Jung, pleite, verzweifelt ... (492) **16.00** News **16.04** Wetter **16.05** Helft uns! Die Familienretter (8) **17.05** Hartz und herzlich – Tag für Tag Benz-Baracken **19.05** Berlin – Tag & Nacht (3279) **20.15** Die Wollnys. Die Wollnys werden Selbstversorger / Landwirtschaft ist kein Zuckerschlecken! **22.15** Die Schnäppchenhäuser – Jeder Cent zählt (3) **23.15** Die Bauretter (3) **1.10** Der Trödeltrupp (76)

Super RTL

8.15 Sesame Street's Mecha Builders **8.45** Hello Kitty: Super Style! **9.15** Paw Patrol **10.10** Voll zu spät! **10.40** Grizzy & die Lemminge **11.05** Barbie – Ein verborgener Zauber **11.35** Monster High **12.05** DreamZzz – Die Nacht der Nimmerhexe **12.35** Zig & Sharko **13.00** Willkommen bei den Louds **13.30** SpongeBob **14.00** Alvinnn!!! **14.40** Agent 203 (24) **15.10** 100% Wolf – Die Legende von Svenberg **15.40** Idefix und die Unbeugsamen **16.05** Woozle Goozle (5) **16.35** Grizzy & die Lemminge **17.05** Paw Patrol **18.05** SpongeBob **18.25** Willkommen bei den Louds **19.05** Voll zu spät! **19.45** Die Casagrandes **20.15** Snapped – Wenn Frauen töten **1.05** Teleshoppingsendung

Kabel 1

10.10 Bull. Dramaserie. Fleisch und Blut / Jahre der Angst / Der Tod kam mit der Post / Entgleist / Eine Frau mit Prinzipien **14.55** Castle. Krimiserie. Countdown **15.50** Kabel Eins :newstime **16.00** Castle. Krimiserie. Mörderische Seifenoper **16.55** Abenteuer Leben täglich. Infomagazin. Burger vom Weltmeister – Best Of 10 **17.55** Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt. Kochshow. „Hotel Carmina am See", Karnin **18.55** Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum. Reality-Soap. Campingschrauber Hannover **20.15** The Accountant. Amerik. Thriller mit Ben Affleck, 2016 **22.55** Verhandlungssache. Amerik./Deut. Actionfilm mit Samuel L. Jackson, 1998 **1.35** Kabel Eins :newstime **1.40** The Accountant. Amerik. Thriller, 2016

Vox

11.15 CSI: Miami. CSI: Meine Nanny / Guerillas im Nebel / Grenzen des Vertrauens **14.00** Verklag mich doch!. Erbe zerstört Familie einer Frührentnerin / Frau versucht nach Knastaufenthalt ihre Unschuld zu beweisen **15.00** Shopping Queen. Doku-Soap. Tag 3: Julia, Ostfriesland **16.00** Das Duell – Zwischen Tüll und Tränen. Reality-Soap. Ann-Kathrin Nicklaus vs. Jowita Gartzke **17.00** Zwischen Tüll und Tränen (110). Doku-Soap **18.00** First Dates **19.00** Das perfekte Dinner. Tag 3: Lukas, Berlin **20.15** 110 im Dauereinsatz. Reality-Soap **22.15** Die Rettungsflieger – Hilfe aus der Luft. Reality-Soap. Herzinfark bei Bergwanderer / Crash im Schwarzwald **0.20** VOX Nachrichten **0.40** Medical Detectives. Kindheitstrauma / Lebenslänglich

ARD-alpha

8.45 Panoramabilder **10.00** Expedition in die Heimat **10.45** 42 – Die Antwort auf fast alles **11.15** SMS – Schwanke meets Science **11.30** Klimazeit **12.05** Tagesgespräch **13.00** Tele-Gym **13.30** nano Doku **14.00** Planet Wissen **15.00** Respekt kompakt **15.15** I want more – Milliardenraub im Netz **16.00** Wer jagt die Hacker? – Alina wird Cyber-Cop **16.30** Respekt kompakt **16.45** Länder-Menschen-Abenteuer **17.30** Der Camping-Check: Caravan Salon Highlights **18.15** Euromaxx **18.40** Wissen vor acht – Erde **18.45** Gut zu wissen **19.15** Respekt kompakt **19.30** nano **20.00** Tagesschau **20.15** Wunderschön **21.00** Sterne, Likes und Ratings · Die neue Macht des Konsumenten **21.45** alpha-thema Gespräch: Strategien gegen den Hass **22.15** Hass im Netz · Unterwegs mit Strafverfolgern **23.00** Planet Wissen **0.00** The Day – News in Review **0.30** Die Tagesschau vor 20 Jahren **0.45** Bob Ross – The Joy of Painting **1.15** Space Night

WELT

Stündlich Nachrichten **15.55** Börsenflash **16.30** Welt Newsroom **16.55** Börsenflash **17.15** Welt-Spezial **17.45** Börse am Abend **18.15** Meine Welt – Meine Meinung zum Tag **18.30** WeLTBLICK auf Amerika – Mit Jan Philipp Burgard **18.55** Die Welt am Abend **20.10** Meine Welt – Meine Meinung zum Tag **20.15** Der Wasserzoll – Kontrolleinheit See im Einsatz **21.10** Die Bundespolizei – Zu Wasser, zu Lande und in der Luft **22.05** Eine Kleinstadt hinter Gittern – Die Gefängnisanlage Wittlich **23.05** Gefängnisse

ntv

Stündlich Nachrichten **8.30** Nachrichten **8.40** Telebörse **9.30** Nachrichten **9.40** Telebörse **10.30** Nachrichten **10.40** Telebörse **11.30** Nachrichten **11.40** Telebörse **12.30** News Spezial **13.10** Telebörse **13.30** News Spezial **14.15** Telebörse **14.35** ntv Service **15.25** Telebörse **15.40** News Spezial **16.15** Telebörse **16.30** News Spezial **17.15** Telebörse **17.30** News Spezial **18.20** Telebörse **18.35** ntv Service **19.15** Telebörse **19.30** News Spezial **20.15** Miniatur Wunderland XXL. Doku-Reihe **22.05** ntv Wissen **23.15** Telebörse **23.30** Rätselhafte Phänomene **1.10** Tödliches Afrika (3) **1.55** Die tödlichsten Schlangen der Welt (1)

CNN

8.45 World Sport. Magazin **9.00** CNN Newsroom **11.00** CNN This Morning **13.00** CNN News Central **13.30** World Sport. Magazin **14.00** CNN Newsroom **15.00** Connect the World **15.45** World Sport. Magazin **16.00** Connect the World **16.45** Marketplace Asia. Doku. Tech and Startups **17.00** CNN Newsroom **18.00** One World **19.00** Amanpour. Magazin **20.00** Isa Soares Tonight **21.00** CNN Newsroom **22.00** Quest Means Business. Doku **22.45** Marketplace Asia. Doku. Tech and Startups **23.00** The Lead with Jake Tapper. Doku **23.30** World Sport. Magazin **0.00** First Move with Julia Chatterley **1.00** Erin Burnett OutFront. Dokumentation

Radio am Mittwoch

HÖRSPIEL

22.03 Hörspiel – Deutschlandfunk Kultur
„Zeugnis ablegen" (5/6). Die Tagebücher des Victor Klemperer. Fünfter Teil: Die Jahre 1941 und 1942. Von Victor Klemperer. Regie: Peter Groeger. Produktion: DeutschlandRadio Berlin / ORB 1996

KLASSIK

13.05 Mittagskonzert – SWR Kultur
Arianna Savall (Sopran, Harfe) / Petter Udland Johansen (Hardingfele, Mandoline). U. a.: Anonymus: Ay luna que reluces
20.03 ARD Radiofestival 2024. ARD Konzert – SR2
1. Abschlusskonzert der Preisträgerinnen und Preisträger. Werke für Gesang, Violoncello, Oboe und Bläserquintett. Münchner Rundfunkorchester, Leitung: Matthias Foremny. Liveübertragung
20.03 Konzert – Deutschlandfunk Kultur
Kammermusikfestival Krzyzowa Music. Aufzeichnungen vom 05.09.-07.09.2024. U. a.: Andrzej Panufnik: Klaviertrio op. 1 (1934)
22.05 Spielweisen – Deutschlandfunk
Heimspiel – Die Deutschlandradio-Orchester und -Chöre. 30 Jahre ROC GmbH

JAZZ, POP, ROCK

15.05 Hörbar – Musik grenzenlos – SWR Kultur
U. a.: Paolo Conte: Come – di (Comedi) / Marcin: I killed it
19.00 Hörbar – HR 2
Trompete meets Gitarre
22.30 Selten aber super – Musikalische Raritäten in SWR4 – SWR 4 RP
Heute: „Caterina Valente – Erinnerungen an ein Ausnahmetalent"
23.00 Jazz | „Größe ist keine Frage des Alters" – HR 2
Preview zum 55. Deutschen Jazzfestival Frankfurt 2024. „Größe ist keine Frage des Alters", sagte Miles Davis, als er Tony Williams mit 17 und Herbie Hancock mit 23 Jahren in seine Band holte.

FEATURE & MAGAZIN

8.30 Das Wissen – SWR Kultur
Skinfluencer – Das falsche Versprechen ewig junger Haut. Von Marius Penzel
9.05 Im Gespräch – Deutschlandfunk Kultur
Schauspielerin Aglaia Szyszkowitz im Gespräch mit Marco Schreyl
10.08 Agenda – Deutschlandfunk
Nach der Flut ist vor der Flut. Wie sich bedrohte Orte auf das Hochwasser vorbereiten. Live aus Schrobenhausen
12.00 Doppelkopf – HR 2
Am Tisch mit Stefan Hördler, Historiker
12.05 Studio 9 – Der Tag mit ... – Deutschlandfunk Kultur
Ralph Bollmann, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
16.00 Am Nachmittag – HR 2
Gespräch mit der Theologin und Kunsthistorikerin Karin Berkemann
16.05 Bayern 2 Eins zu Eins. Der Talk – BR 2
Achim Bogdahn im Gespräch mit Manfred Deselaers, Theologe und Auschwitz-Seelsorger
17.05 Forum – SWR Kultur
Schutz für Juden – Was bringt eine Antisemitismus-Resolution?
18.30 Weltzeit – Deutschlandfunk Kultur
Bulgariens Green Deal. Der mühsame Ausstieg aus der Kohle. Von Diljana Lambreva
19.00 Ratgeber – NDR 1 Niedersachsen
Digitaler Nachlass: Mit Rechtsanwalt Julius Schulze-Borges
19.05 Blaue Couch – BR 1
Mit Thorsten Otto und Jonas Deichmann, Ultra-Triathlet und Weltrekordhalter
19.30 Zeitfragen. Feature – Deutschlandfunk Kultur
Land für alle. Bodenreformen zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Von Gunnar Lammert-Türk
20.10 Aus Religion und Gesellschaft – Deutschlandfunk
Lebendiges Welterbe. 1300 Jahre Klosterinsel Reichenau. Von Anke Hagedorn

LESUNG

9.00 Die Wiederentdeckung des Gehens beim Wandern (Folge 2 von 4) – MDR Kultur
„Harzreise". Von Thomas Rosenlöcher. Regie: Walter Niklaus. Produktion: MDR 2007
9.30 Lesung | Paula Irmschler: Alles immer wegen damals (3/13) – HR 2
„Alles immer wegen damals". Paula Irmschler
14.45 WDR 3 Lesezeichen – WDR 3
„Erzählungen". Von Brigitte Reimann
15.00 Kosmopolitische Wanderungen durch Deutschland (Folge 3 von 8) – MDR Kultur
„Briefe von Georg Friedrich Rebmann". Von Georg Friedrich Rebmann. Produktion: NDR 1971
18.53 Bayern 2 Betthupferl – BR 2
Gute-Nacht-Geschichte für Kinder. Nils in der Stadt, III (3/5): „Bitte verrückt bleiben". Von Sabine Westermaier
20.30 Lesezeit – Deutschlandfunk
Eckhart Nickel liest aus und spricht über „Punk" (1/2)

Auf die Sprachgepflogenheiten der Fernsehsender in ihren Programmhinweisen hat die F.A.Z. keinen Einfluss.

Frankfurter Allgemeine Buch

Radikalkur für unser Gesundheitssystem

Unser Gesundheitswesen ist selbst zum Patienten geworden: Überlastung, knappe finanzielle Mittel, zu viel Bürokratie. Francesco De Meo zeigt auf, woran das System krankt und wie ein funktionierendes Gesundheitswesen für alle geschaffen werden kann.

DEN SCHLAFENDEN RIESEN WECKEN
Francesco De Meo
232 Seiten – 22 Euro – ISBN 978-3-96251-202-6
www.fazbuch.de – 0711-7899 2044
faz@zeitfracht.de

Im Juni 2023 unterzeichneten die Intel-Manager Esfarjani und Gelsinger mit Kanzler Scholz und Staatssekretär Kukies (von links) eine Absichtserklärung. Foto Omer Messinger

Was tun mit den Intel-Milliarden?

Die Fabrik in Magdeburg wird erst einmal nicht gebaut. 9,9 Milliarden Euro Subventionen werden nicht gebraucht. Die Koalition streitet, wofür das Geld nun genutzt werden soll.

Erst ringt die Bundesregierung über Monate darum, wie sie die Löcher im Haushalt schließen soll. Jetzt werden Milliarden nicht gebraucht, weil Intel seine in Magdeburg geplante Fabrik erst einmal nicht bauen will und die Subventionen in Höhe von 9,9 Milliarden Euro auf absehbare Zeit nicht abrufen kann – und die Regierung streitet, wie man die nicht benötigten Milliarden verwenden sollte. Die Beteiligten sind Altbekannte: Christian Lindner, als Finanzminister ist der FDP-Vorsitzende Herr des Bundeshaushalts, Robert Habeck, als Wirtschaftsminister ist der Grüne federführend für den Klima- und Transformationsfonds verantwortlich, Olaf Scholz, als Bundeskanzler muss der SPD-Politiker den Laden, sprich sein Kabinett, zusammenhalten.

Von Mona Jaeger, Astana, Christian Geinitz und Manfred Schäfers, Berlin

Die unterschiedlichen Aufgaben und Interessen spiegeln sich in den Reaktionen. Lindner warnte davor, die eigentlich vorgesehenen Fördergelder in Höhe von 10 Milliarden Euro für neue Projekte zu verplanen. „Die für Intel vorgesehenen Mittel in 2024 und 2025 müssen zunächst reserviert werden für die noch offenen Fragen im Etatentwurf“, sagte Lindner am Dienstagabend auf dem Mobilitätsgipfel der F.A.Z. in Berlin. Die kurzfristige Verschiebung der Intel-Pläne für Magdeburg sollten nicht der Anlass sein, „sofort zu überlegen, wo können wir wieder Geld ausgeben“. Für den Klima- und Transformationsfonds gebe es in den nächsten Jahren Zuschussbedarf aus dem Bundeshaushalt. Wenn dieser reduziert werden könne durch die Nutzung von Geldern, die jetzt nicht fällig würden, dann halte er das „nicht nur für politisch legitim, sondern auch für ökonomisch sinnvoll“. Dadurch ließen sich eventuell notwendige Kreditaufnahmen reduzieren.

Habeck will das Geld im Fonds halten. „Wir werden jetzt gemeinsam beraten, wie wir mit nicht genutzten Mitteln sinnvoll und sorgsam umgehen und sie zum Wohle des Landes einsetzen.“ Im Umfeld seines Ministeriums hieß es, die Gelder müssten im Fonds bleiben und könnten nicht für den Kernhaushalt verwendet werden. Aus ihm werden viele Klimaprojekte finanziert, die den Grünen wichtig sind.

Und was sagt der Kanzler? Es gebe jetzt keinen Anlass, von einem auf den anderen Tag zu sagen, „wie wir damit umgehen“, sagte Scholz. Die Haushaltsberatungen würden nun vorangetrieben. Es sei wichtig, sowohl die Halbleiterindustrie in Deutschland zu stärken als auch gute Finanzen zustande zu bringen. In dieser Frage gebe es nicht nur Schwarz und Weiß.

Wünsche sind das eine, Haushaltsrecht ist das andere. Für „Mikroelektronik für die Digitalisierung“ stehen im Klimafonds dieses Jahr 4,82 Milliarden Euro zur Verfügung, davon 3,96 Milliarden Euro für die Intel-Fabrik. Im Regierungsentwurf für das nächste Jahr findet sich nur ein allgemeiner Ansatz von 4,13 Milliarden Euro für den European Chips Act, kein Posten zu Intel. Eigentlich läuft der Klimafonds separat. Und frei werdende Chipmittel können nicht einfach für anderes ausgegeben werden, ein solcher Vermerk fehlt – zumindest bisher.

Mit einem Nachtragshaushalt will die Bundesregierung dieses Jahr 10,375 Milliarden Euro in den Nebenhaushalt schieben, weil die Förderung des Stroms aus Wind, Sonne und Biomasse viel teurer ist als gedacht. Der Haushaltsauschuss könnte zudem eine Umwidmung der Intel-Mittel beschließen. Lindner könnte dann weniger dem Nebenetat zuschießen, sodass er seine eigene Rücklage nicht aufzehren müsste. Im Haushaltsentwurf für 2025 gibt es noch Lücken. Politisch bedeutsam ist die globale Minderausgabe von zwölf Milliarden Euro. Im Klimafonds addieren sich die globalen Positionen auf der Ausgabenseite und Einnahmenseite auf dieselbe Größe.

Die Intel-Fabrik gilt als ein Herzensprojekt des Bundeskanzlers. Sie sollte ein Signal sein, dass es zu einem Aufschwung im Osten, aber auch in ganz Deutschland kommt. „Das Unternehmen Intel befindet sich in Schwierigkeiten, muss sich neu ausrichten“, sagte Scholz in Kasachstan, wo er sich für Gespräche aufhielt, als ihn die Nachricht von der verschobenen Investition erreichte. Er betonte, die Ankündigung beinhalte, dass das Projekt weiterhin geplant sei. Es bleibe wichtig, dass es weiterhin Halbleiterproduktion in Europa und Deutschland gebe.

Aus Sicht von Ökonomen ist die Verschiebung des Intel-Vorhabens kein Beinbruch. Einige rechnen sogar mit einem Bauverzicht, der zu verkraften wäre. „Dass Intel sein Projekt in Magdeburg auf Eis legt und vielleicht ganz aufgeben wird, ist enttäuschend für die Region. Für Deutschland insgesamt ist es aber kein Verlust, weil dieses Projekt zehn Milliarden Euro an Subventionen benötigt hätte“, sagte der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, der F.A.Z. „Das Geld kann jetzt anders verwendet werden.“ Den Wohlstand in Deutschland erwirtschafteten vor allem Unternehmen, die hier Steuern zahlten, weniger solche, die subventioniert werden müssten. Auch das Argument, dass die Chipfabrik eventuelle Lieferausfälle in einer Krise zwischen China und Taiwan kompensieren könnte, überzeugt Fuest nicht. Denn auch in dem Falle würde Intel seine Chips aus Magdeburg meistbietend auf dem Weltmarkt verkaufen: „Davon hat Deutschland wenig.“ In der Bundesrepublik gebe es schon einen expandierenden und subventionierten Standort für die Chipproduktion, nämlich in Dresden. „Auch deshalb kann man auf das Projekt in Magdeburg verzichten“, sagte Fuest.

Auch die „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm findet: „Die hohen Subventionen einzelner EU-Mitgliedstaaten für ausgewählte Großprojekte sind problematisch, man hat die Bundesregierung so quasi in der Hand.“ Sobald eine Regierung nur noch unter hohem Reputationsverlust aussteigen könnte, stiegen die Kosten immer weiter. „Das ist beim grünen Stahl dasselbe wie bei der Chipproduktion“, sagte sie der F.A.Z. Es sei zwar sinnvoll, dass Europa in der Chipproduktion mitspielen wolle, aber die Verantwortlichen zögen nicht an einem Strang: „Man hat einen Wettbewerb der Mitgliedstaaten zugelassen, der am Ende die notwendigen Subventionen erhöht.“ Grimm stellte klar: „Für die aktuellen Probleme von Intel kann die Bundesregierung natürlich nichts.“ Intel müsse riesige Investitionen tätigen, um im sogenannten Foundry-Geschäft erfolgreich zu bleiben, und erkläre seinen Sparkurs in Magdeburg genau damit. Unklar sei, ob auch die Standortbedingungen eine Rolle spielten, etwa die „sinkende Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder die zunehmende Ausländerfeindlichkeit“. Es falle jedoch auf, dass der Konzern innerhalb der EU Irland den Vorzug gebe.

Für die Opposition sagte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Andreas Jung der F.A.Z.: „Die bittere Nachricht zur Chipfabrik in Magdeburg darf nun nicht dazu führen, dass weiter die falschen Prioritäten der Ampel im Klima- und Transformationsfonds fortgesetzt werden: Mit den Luftbuchungen der Regierung wird es nicht funktionieren.“ Es müsse umgehend Transparenz geschaffen werden. *(Weiterer Bericht Seite 17.)*

EU-Kommission plädiert für Rauchverbot im Freien

Empfehlung an die Mitgliedstaaten: Auf Spielplätzen und Bahnhöfen, vor Krankenhäusern, in Schwimmbädern

wmu. BRÜSSEL. In den letzten Wochen ihrer Amtszeit bringt EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides noch ein umstrittenes Vorhaben zum Gesundheitsschutz auf den Weg. Ihre Behörde schlage den Mitgliedstaaten vor, die bisherigen Rahmenregeln für rauchfreie Innenräume auch auf „wichtige schützenswerte Räume im Freien“ auszudehnen, sagte Kyriakides am Dienstag in Straßburg. Damit sollten vor allem Kinder und Jugendliche besser geschützt werden. Gelten soll das Rauchverbot nach den Ideen der Kommission auf öffentlichen Spielplätzen, Schulhöfen, Bahn- und Autorasthöfen, in Freizeitparks und Freibädern sowie vor Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden. Der Vorschlag schließt auch E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak (HTP) ein.

Die EU-Behörde begründet die Vorschläge mit dem Kampf gegen den Krebs. Kyriakides erinnerte daran, dass in der EU jährlich 700.000 Personen ihr Leben durch Tabakkonsum verlören. Zehntausende unter ihnen seien Opfer von Passivrauchen. „In einer europäischen Gesundheitsunion ist es unsere Pflicht, unsere Bürger, besonders Kinder und Jugendliche, zu schützen.“ In ihrem Anti-Krebs-Plan habe sich die EU-Kommission zum Ziel gesetzt, bis 2040 eine „tabakfreie Generation“ heranzuziehen. Gemeint ist damit, dass bis 2040 weniger als fünf Prozent der EU-Bevölkerung Tabak konsumieren sollen. Die Kommission verweist ferner auf eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wonach Passivrauchen nicht nur Krebs, sondern auch Lungen- und Herzkrankheiten hervorrufen kann.

Die Gesundheitspolitik liegt in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Seitdem sie während der Corona-Pandemie eine Gesundheitsunion vorgeschlagen hat, versucht die EU-Kommission aber immer wieder, auf diesem Feld mitzureden. Ihre jetzige Empfehlung zielt darauf, eine gemeinsame Empfehlung des EU-Ministerrats und des Europaparlaments aus dem Jahr 2009 zu verschärfen. Diese zielte vor allem auf ein Rauchverbot in öffentlichen (Innen-)Räumen und wurde in den meisten Mitgliedstaaten mehr oder weniger komplett umgesetzt. In Deutschland ist die Regelung je nach Bundesland unterschiedlich streng; meistens gilt ein Rauchverbot, baulich getrennte Raucherräume sind aber zugelassen. Seit der Empfehlung von 2009 sei der Anteil der Raucher an der Gesamtbevölkerung gesunken, teilte die Kommission mit. Das habe auch zu einem Rückgang der Krebstoten und der Todesfälle durch Herz-Kreislauf-Krankheiten geführt.

Bald nicht mehr erlaubt? *Raucher am Bahnhof in Wittenberg* Foto Andreas Pein

Kyriakides sagte, ihr sei bewusst, dass die Verwirklichung ihrer Vorschläge in den Mitgliedstaaten „manchmal schwierig“ sein könne. „Jedes Land hat seine eigenen Realitäten.“ Die Kommission wolle aber mit den Staaten zusammenarbeiten. Sie könne ihnen EU-Mittel für die Förderung der Gesundheit zur Verfügung stellen, zudem wolle sie den Staaten mit zusätzlichen Forschungsergebnissen und Fortbildungsmöglichkeiten helfen.

Der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese nannte es wichtig, „dass wir auf allen Ebenen Maßnahmen beschließen, die die Menschen vor Tabakrauch schützen“. Rauchen sei vor allen Dingen für die Raucher gefährlich. „Ein Rauchstopp bringt mit Abstand das meiste.“ Auch andere Menschen, besonders Kinder, vor Tabak zu schützen sei „extrem sinnvoll“. Kritisch sieht Liese allerdings, dass in dem Vorschlag E-Zigaretten komplett gleichgestellt werden. Schwere Raucher könnten mit E-Zigaretten ihr Gesundheitsrisiko reduzieren.

KLIMAZIEL GEGEN GESCHÄFTSMODELL

Unternehmen geben sich in einer Umfrage weniger optimistisch als die Bundesregierung.

Wirtschaft, Seite 16

ALLESFRESSER FÜR LITHIUMHYDROXID

In der ersten Lithiumraffinerie in Europa in Bitterfeld sollen 20.000 Tonnen Batterien entstehen.

Unternehmen, Seite 19

KEINE LÖSUNG MIT WIDERSTAND

ZF-Chef Holger Klein bittet um konstruktive Gespräche statt Trillerpfeifen und roter Fahnen.

Unternehmen, Seite 22

Das Chip-Debakel

Von Gerald Braunberger

Die Bundesregierung sollte aus dem Debakel um Intel Lehren ziehen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass gerade in Zeiten knapper Kassen eine Priorisierung von Ausgaben dringend notwendig ist. Zehn Milliarden Euro, die im Rahmen eines globalen Subventionswettbewerbs einem Chiphersteller angeboten werden, um eine Fabrik mit 3000 Mitarbeitern zu bauen, waren nie prioritär, weil auch das angebliche Argument nicht zog, man benötige die Fabrik unbedingt, um eine unselige Abhängigkeit vom globalen Markt zu reduzieren. Jetzt ist der Jammer bei den Befürwortern groß; doch sollte man eher froh darüber sein, dass Intel zumindest einen vorübergehenden Rückzieher macht.

Das Beispiel Intel sagt viel über Fehlschlüsse, die aus dem heute häufig als Geoökonomie bezeichneten Zusammenrücken von Geopolitik und Globalisierung gezogen werden. Als der Liberalismus Anfang der Neunzigerjahre vermeintlich für immer gesiegt hatte, schien die Geopolitik keine bedeutende Rolle für die Weltwirtschaft mehr zu spielen. Nun ist die Geopolitik mit Macht in die Weltwirtschaft zurückgekehrt, worauf sich Regierungen und Unternehmen auf die Suche nach geeigneten Antworten auf die neuen Herausforderungen gemacht haben. Leider widerstehen die Regierungen viel zu selten der Neigung, auch diese Herausforderungen einfach mit Geld zuschütten zu wollen. Ein globaler Subventionswettlauf ist nur eine Ausprägung dieser Hilflosigkeit verratenden Neigung. Zusätzliche Regulierungen in einer ohnehin schon überregulierten Wirtschaft sind eine weitere Ausprägung.

Auch im internationalen Kontext bietet Ordnungspolitik, also die Schaffung eines Rahmens in zugegeben schwierigen Zeiten, die bessere Alternative zu teuren Interventionen, deren Ergebnisse sich nicht vorhersehen lassen, aber in vielen Fällen viel Geld kosten. Eine gute internationale Ordnungspolitik versucht globale Märkte so frei wie möglich zu halten. Sie sucht, um Unternehmen eine geographische Diversifizierung zu erleichtern, auf Freihandel ausgerichtete Abkommen mit einer möglichst großen Zahl von Regionen und Ländern zu schließen.

Labours große Baustellen

Von Philip Plickert, London

Großbritanniens Regierungschef Keir Starmer quält sich in den Mühen der Ebene. Nicht einmal drei Monate nach seiner Wahl ist die Stimmung allgemein trübe. Seine persönlichen Popularitätswerte sind zurück in den Keller gefallen. Fast jeder zweite Brite hat laut jüngster Umfrage keine gute Meinung von Starmer, nur jeder Dritte beurteilt den Labour-Chef als positiv. Seine Partei verfügt über eine Zweidrittelmehrheit der Sitze im Unterhaus und damit über genug parlamentarischen Rückhalt für grundlegende Reformen. Doch was macht sie daraus?

Im Eiltempo hat Labour erste Projekte angekündigt. Die Eisenbahnbetriebe sollen wieder verstaatlicht werden. Der staatliche Gesundheitsdienst NHS muss „sich reformieren oder sterben“, wie Starmer es ausdrückte. Weitreichende, aber auch zweifelhafte Versprechen macht Labour in der Energiepolitik. Bis Ende des Jahrzehnts soll die Stromerzeugung komplett „kohlenstoffneutral“ sein. Eigentlich brauchte Labour viele zig Milliarden für mehr Investitionen, doch es mangelt am Geld.

Als Damoklesschwert schwebt über Labour die angespannte Haushaltslage: Schatzkanzlerin Rachel Reeves bereitet ihr erstes Budget vor, in dem wohl einige Steuererhöhungen und andere bittere Pillen enthalten sein werden. Die demographische Entwicklung belastet Sozial- und Gesundheitssysteme. Starmers Regierung steht vor riesigen Baustellen. Sie wird daran gemessen werden, ob ihr sinnvolle Reformen mit messbaren Resultaten gelingen.

Skepsis darf sein, ob die Verstaatlichung der privaten Bahnlinien wirklich zu einem besseren und effizienteren Service führt. Dass ein staatlicher Bahnkonzern unbedingt mehr Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit bringt, werden leidgeprüfte Kunden der Deutschen Bahn wohl nicht bestätigen. Ältere Briten erinnern sich noch an die grauenhafte staatliche British Rail in den Siebzigerjahren. Die Gewerkschaften jubeln, dass bald wieder der Staat das Sagen hat. Labour hat den dauerstreikenden Lokführern jüngst eine kostspielige Lohnerhöhung von fast fünfzehn Prozent zugestanden (obwohl deren Jahresgehälter mit durchschnittlich 60.000 Pfund nicht gering sind). Dabei verlangte Verkehrsministerin Louise Haigh nicht einmal eine Abkehr von der Viertagewoche oder Maßnahmen, um vielleicht die Produktivität der Bahnen zu steigern. Das ist ein schlechtes Omen. Entscheidend werden mehr Investitionen in die Schieneninfrastruktur sein. Dafür müsste Reeves mehr Geld lockermachen.

Noch viel mehr brennt den Briten die NHS-Misere unter den Nägeln. Absurd lange Wartezeiten, überlastete Krankenhäuser, völlig überfüllte Notaufnahmen sowie bürokratisch-ineffiziente Strukturen führen dazu, dass Millionen Bürger keine gute medizinische Behandlung erhalten. Der 1948 von Labour gegründete, lange vergötterte NHS, der „freie Gesundheitsversorgung“ auf Steuerzahlerkosten verspricht, hat sich in den letzten Jahren zur Horrorinstitution entwickelt. Zu viele Briten sind chronisch krank, warten zu lang auf Behandlung. Sie sind arbeitsunfähig, tauchen aber nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Der NHS ist eine der großen Wachstumsbremsen.

> Der englische Patient leidet an Systemfehlern im NHS. Radikale Veränderungen wären nötig.

Starmer und Gesundheitsminister Wes Streeting haben in aller Drastik deutlich gemacht, dass der Gesundheitsdienst in seiner jetzigen Form mit steigenden Kosten – angesichts der alternden und kränkeren Gesellschaft – vor dem Bankrott steht, wenn nicht umgesteuert wird. Ihr Ansatz ist, die Kapazitäten von Gemeinschaftspraxen und kommunalen Gesundheitseinrichtungen zu stärken, um Krankenhäuser zu entlasten. Moderne Technologie kann zu schnelleren Prozessen führen, wie der Arzt und Ex-Staatssekretär Lord Darzi in seinem NHS-Gutachten betont. Doch der NHS benötigt auch Hilfe des Privatsektors und mehr Wettbewerb.

Die Frage ist, ob Labour den Konflikt mit den im NHS mächtigen Gewerkschaften wagt, um produktivitätssteigernde Reformen und mehr privaten Wettbewerb zu ermöglichen. Bislang sieht es danach nicht aus. Im NHS gibt es eine Investitionslücke, aber eine ebenso große Effizienzlücke. Wichtig wäre es, den Staatskoloss mit mehr als anderthalb Millionen Beschäftigten zu entbürokratisieren und produktiver zu machen. Ein Staatssystem dieser Größe erscheint im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß.

Ob sich die Starmer-Regierung auf diesen Großbaustellen bewährt, wird entscheidend für die Zukunft des Landes sein. Eine zu eng an Gewerkschaften angelehnte Politik dürfte dabei aber nicht hilfreich sein.

Klimaziel gefährdet Geschäftsmodell

Eine Studie des IW Köln zeichnet ein anderes Bild als die Ampelkoalition. Grund sind die höheren Produktionskosten – die viele Arbeitsplätze kosten könnten.

Von Julia Löhr, Berlin

Ob Thyssenkrupp, VW oder die Meyer Werft: In der deutschen Wirtschaft läuft es derzeit alles andere als gut. Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) versuchen, Optimismus zu verbreiten, sehen die Transformation hin zur Klimaneutralität weiter als große Wachstumschance für die Industrie. Doch eine bislang unveröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln zeichnet ein anderes Bild.

Sechs von zehn Unternehmen (62 Prozent) sehen ihr Geschäftsmodell durch die Klimaziele gefährdet, die sich Deutschland und die EU gesetzt haben. Hintergrund sind die Kostensteigerungen, die mit der Umstellung auf grüne Produktionsweisen einhergehen. Jedes zweite Unternehmen fürchtet, dass seine Produkte an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Nur jedes dritte Unternehmen gibt an, dass die Transformation für es bereits ein „Business Case" ist, sprich: sich rechnet. Noch etwas weniger gehen davon aus, dass sich durch klimafreundliche Produkte für sie neue Märkte öffnen.

Zwar haben im Jahr 2015 knapp 200 Länder das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet, nach dem die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf weniger als zwei Grad Celsius begrenzt werden soll. Doch während die EU dazu Vorgaben wie das für 2035 geplante Verkaufsverbot für neue Verbrenner beschlossen hat, gehen Länder wie die USA und China weniger ehrgeizig vor. Das schürt unter Unternehmen hierzulande die Sorge, zwar eines Tages grün, aber nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein. Die Bundesregierung reagiert darauf mit Subventionen für klimafreundliche Produktionsweisen und neuerdings auch wieder für den Kauf von Elektroautos, die EU mit Zöllen auf Importe, die nicht klimafreundlich hergestellt wurden.

Hände aus Politik und Wirtschaft bei der Einweihung einer Solaranlage Foto dpa

Auswirkungen der Klimaziele auf die Unternehmen

Welche Auswirkungen erwarten Sie durch das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 für Ihr Unternehmen? (in Prozent)[1]

Unser Geschäftsmodell wird durch Kostensteigerungen gefährdet	61,6
Planen klimafreundliche(re) Produktion, klimaneutrale Waren/Dienstleistungen	59,8
Unsere bestehenden Produkte werden an Wettbewerbsfähigkeit verlieren	53,1
Werden unser Geschäftsmodell erfolgreich anpassen können	44,5
Klimaneutrale Transformation ist für uns bereits ein Szenario	32,9
Neue Märkte für unsere umwelt-/klimafreundlichen Produkte	31,2
Klimapolitik setzt Anreize, in umwelt-/klimafreundliche Technologien/Produkte zu investieren	29,1
Werden verstärkt im außereuropäischen Ausland investieren	22,9
Werden zukünftig nicht mehr in Deutschland produzieren	11,4
Unser Unternehmen wird es künftig nicht mehr geben	9,5

1) Befragung von 411 bis 485 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Juli/August 2024). Quelle: IW/F.A.Z.-Grafik swa.

Rund 550 Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe wurden für die IW-Studie befragt. Auftraggeber waren die Stiftung Klimawirtschaft und der Bundesverband der Energieabnehmer (VEA). 89 Prozent erwarten einen Anstieg der Produktionskosten durch die Transformation. 82 Prozent rechnen mit Produktionsverlagerungen in Länder, in denen es weniger strenge politische Vorgaben zur Nachhaltigkeit gibt. 77 Prozent erwarten, dass in energieintensiven Industriezweigen Arbeitsplätze wegfallen, 71 Prozent einen allgemeinen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Nur 27 Prozent gehen davon aus, dass mit der Transformation eine Vorreiterrolle Deutschlands etabliert wird.

Die Sichtweisen in der Politik und in den Betrieben könnten unterschiedlicher kaum sein. Die Auftraggeber der Studie zeigen sich besorgt. „Extrem verunsichert" seien die Unternehmen, konstatiert Stiftungsvorständin Sabine Nallinger. Verbandschef Christian Otto sieht das Engagement vieler Unternehmen schwinden, wenn die Politik nicht gegensteuere.

Als wichtigste Standortfaktoren nennen die Unternehmen die Verfügbarkeit von Fachkräften, die Energiekosten und das regulatorische Umfeld. Diese Faktoren werden jedoch auch am schlechtesten bewertet. Das Transformationshemmnis Nummer eins sei die Bürokratie. Zudem wünschen sich die Betriebe niedrigere und verlässlichere Energiepreise. Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur wird dagegen von der Mehrheit positiv gesehen, trotz der vielen Verspätungen bei der Bahn und der Dauerbaustellen auf Autobahnen.

Trotz der überwiegend schlechten Erwartungen für den Standort Deutschland schätzen die Befragten die Perspektiven für ihr eigenes Unternehmen teilweise besser ein. Immerhin knapp 45 Prozent erwarten, dass sie ihr Geschäftsmodell erfolgreich anpassen können. Nur 23 Prozent wollen verstärkt im Ausland produzieren. Dass sie künftig gar nicht mehr in Deutschland produzieren werden, sagen 11 Prozent der Unternehmen. Olaf Scholz hatte kürzlich auf einem Treffen der Chemiebranche hohe Direktinvestitionen der Unternehmen im Ausland als „Zeichen der Stärke einer Volkswirtschaft" gewertet. Am 26. September könnte die positive Erzählung der Ampelkoalition indes einen Dämpfer bekommen. Dann legen die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre neue Konjunkturprognose vor.

Dänemark fährt Minister Heil in die Mindestlohn-Parade

EU-Richter sollen Lohnrichtlinie für nichtig erklären

dc./gel. BERLIN. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vertritt die Ansicht, dass der deutsche Mindestlohn kräftig erhöht werden müsse, um ihn an die Vorgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie anzupassen. Die sozialdemokratisch geführte Regierung von Dänemark sieht das ganz anders: Sie vertritt die Auffassung, dass ebendiese Richtlinie nichtig sei, weil Europa gar keine Befugnis habe, Lohnvorgaben für die Mitgliedstaaten zu erlassen. Und sie meint es ernst damit. Am Mittwoch befasste sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) in mündlicher Verhandlung mit der sogenannten Nichtigkeitsklage gegen die Ende 2022 in Kraft getretene Richtlinie, die Dänemark 2023 bei den Luxemburger Richtern eingereicht hat.

Der Ausgang des Verfahrens ist noch offen. Auf jeden Fall aber zeigt sich daran, dass die rechtlichen Vorgaben nicht annähernd so zwingend sind, wie Befürworter eines möglichst hohen Mindestlohns sie meist darstellen. „Wir bestehen darauf, dass die Lohnbildung in Dänemark und nicht in der EU stattfinden muss", hatte die dänische Arbeitsministerin Ane Halsboe-Jørgensen (Sozialdemokraten) schon 2023 das Einreichen der Klage gegen die Richtlinie begründet. Juristisch stützt sie sich vor allem darauf, dass die EU-Verträge dem europäischen Gesetzgeber keine Kompetenzen zur Regelung von Löhnen zuweisen. Die Mindestlohnrichtlinie greife aber direkt in die Festsetzung des Lohnniveaus in den Mitgliedstaaten ein. Da sich die EU nicht selbst ermächtigen könne, sei die Richtlinie für nichtig zu erklären.

Arbeitsminister Heil hat demgegenüber die unabhängige deutsche Mindestlohnkommission in der vergangenen Woche schriftlich aufgefordert, den hiesigen Mindestlohn zügig an den „Referenzwert" von 60 Prozent des mittleren Lohnniveaus anzupassen und damit in Richtung 15 Euro zu erhöhen. Dies sei nötig, damit er der EU-Kommission Mitte November fristgemäß melden könne, dass Deutschland die Richtlinie umgesetzt habe, erklärte Heil in seinem Brief an das Sozialpartnergremium.

Wie umstritten das Vorgehen des Ministers ist, zeigte die Reaktion der Arbeitgeber in der Mindestlohnkommission. Steffen Kampeter von der Arbeitgeberbundesvereinigung BDA warf ihm im F.A.Z.-Interview ein „Verdrehen" der Rechtslage vor und stützte sich dabei auf den Text der Richtlinie, der eben keine verbindlichen Vorgaben enthalte.

Wie es dort in Artikel 1 heißt, „berührt diese Richtlinie nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Festlegung der Höhe von Mindestlöhnen". Artikel 5 führt dann mögliche „Referenzwerte" für Mindestlöhne auf, darunter jenes 60-Prozent-Kriterium. Er lässt aber alternativ auch Referenzwerte zu, „die auf nationaler Ebene verwendet werden". Sollte Dänemark mit seiner Klage beim EuGH scheitern, dann womöglich deswegen, weil die Richter die Ansicht teilen, dass die Richtlinie tatsächlich nur Empfehlungen und keine zwingenden Vorgaben für die nationale Lohnfindung enthalte. In diesem Fall wäre dann aber auch die Rechtsauffassung von Arbeitsminister Heil widerlegt.

Staatskredit für Tennet

19 Milliarden Euro für Stromnetzbetreiber

AFP. DEN HAAG. Die Niederlande greifen dem auch in Deutschland aktiven Stromnetzbetreiber Tennet mit einem Milliardenkredit unter die Arme. Das Unternehmen, das dem Staat gehört, erhält einen Kredit von 19 Milliarden Euro, um in den Jahren 2025 und 2026 nötige Investitionen zu tätigen, wie die Regierung in Den Haag am Dienstag erklärte. Das Geld soll demnach nicht in den deutschen Unternehmensteil fließen. Tennet ist in Deutschland einer der vier großen Übertragungsnetzbetreiber. Die Bundesregierung wollte dem niederländischen Staat das deutsche Geschäft abkaufen, nach dem weitreichenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds fehlte dafür jedoch das Geld. Nach einer Lösung wird nun noch gesucht.

Um „die Verzögerung hin zu strukturellen Lösungen zu überbrücken", erhalte Tennet nun einen zusätzlichen Kredit in Höhe von zwei Milliarden Euro für 2025 und weitere 17 Milliarden für 2026, erklärte die niederländische Regierung. „Grundsätzlich will die Regierung keine niederländischen Steuergelder für den deutschen Teil verwenden." Gespräche zwischen Den Haag und Berlin sind für die kommenden Monate geplant.

RECHT UND STEUERN

Auch Personaler leben mit Kartellrisiken

Im Wettstreit um die besten Leute werden Unternehmen kreativ. Das ruft auch Kartellbehörden auf den Plan.

Von Katja Häferer und Nicolas Kredel

In der globalisierten Wirtschaft wird der Wettbewerb nicht nur auf Produkt- und Dienstleistungsmärkten ausgetragen, sondern auch auf dem Talentmarkt. Diese relativ neue Perspektive birgt Risiken – zumindest aus Sicht vieler Personalverantwortlicher. Bestimmte Praktiken stehen inzwischen im Fokus der Kartellbehörden in Deutschland, der EU und insbesondere den Vereinigten Staaten. Sie können zu erheblichen Geldstrafen oder sogar strafrechtlicher Haftung führen.

Ein prominentes Beispiel für kartellrechtliche Risiken in diesem Bereich sind „No Poach Agreements", also Absprachen zwischen Unternehmen, sich gegenseitig keine Mitarbeiter abzuwerben. Diese oft als „Gentlemen's Agreements" bezeichneten Absprachen wurden erstmals in den 2010er-Jahren in den Vereinigten Staaten bekannt. Damals hatten namhafte Unternehmen im Silicon Valley solche Absprachen getroffen. Wegen des Eingriffs in den freien Wettbewerb wurden sie belangt. Dabei ging es nicht um Wettbewerb bei Produkten oder Dienstleistungen, auch wenn es hier Überschneidungen gab. Im Fokus stand vielmehr der Talentmarkt für Arbeitskräfte und Spezialisten. Seit dem Jahr 2016 können solche Vereinbarungen in den Vereinigten Staaten zudem zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortung nach sich ziehen.

Ganz so weit ist man hierzulande noch nicht. Gleichwohl stufen auch deutsche und europäische Kartellbehörden solche „No Poach Agreements" als wettbewerbswidrig ein. Das kann zu hohen Bußgeldern für Unternehmen, aber auch für zum Beispiel Geschäftsführer oder Vorstände führen. Deutsche Unternehmen waren bislang vor allem durch bestehende Unternehmungen auf dem US-Markt mit diesen Risiken konfrontiert. Für das Interesse der amerikanischen Behörden reicht es bereits aus, wenn sich solche Absprachen auch auf den US-Markt auswirken könnten, etwa weil sie global gelten. Davon unabhängig gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Verfahren sowohl innerhalb der EU, etwa in Portugal oder Ungarn, als auch außerhalb, zum Beispiel im Vereinigten Königreich, in der Türkei oder China.

Wer denkt, „so etwas gibt es bei uns nicht", ist nicht vor einem „bösen Erwachen" gefeit. Denn „No Poach Agreements" setzen keine schriftliche Vereinbarung voraus. Häufig setzen hochrangige Mitarbeiter, oft im C-Level-Bereich, auf solche Agreements und dokumentieren diese nicht oder nur rudimentär in E-Mails. Wenn Kartellbehörden Ermittlungen aufnehmen, reicht jedoch der Nachweis des abgestimmten Verhaltens für einen Kartellrechtsverstoß. Kartellbehörden werden nicht nur durch Kronzeugen auf den Plan gerufen, sondern auch durch Informationen, die im Rahmen zum Beispiel von Fusionskontrollverfahren offengelegt werden müssen.

Im Fokus der Behörden stehen nicht nur Abwerbeverbote, sondern auch Absprachen über Löhne und Gehälter. Solche „Wage-Fixing Agreements" sind vergleichbar mit Preisabsprachen und können zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Talentmarkt führen. Aktuelle Beispiele sind zwar eher aus dem Ausland, etwa im Vereinigten Königreich, in der Schweiz oder in Polen, bekannt; aber auch in Deutschland besteht – jedenfalls außerhalb des tarifvertraglichen Bereichs – das Risiko, dass Unternehmen sich zumindest informell über Löhne, Gehälter, Boni oder Konditionen abstimmen. Auch hier muss es nicht zu einer schriftlichen Vereinbarung kommen. Die informelle Abstimmung, etwa im Rahmen von Human-Resources-Roundtables, reicht bereits aus.

Für das Abwerben haben sich manche Unternehmen Limits gesetzt. Foto Getty

Auch ein anderer Aspekt dürfte überraschen: Ebenfalls kritisch wird der Austausch oder die einseitige Offenlegung von wettbewerblich sensiblen Daten zum Beispiel über Gehälter und „Benefits" gesehen – besonders, wenn diese Informationen zukunftsgerichtet, detailliert und nicht öffentlich zugänglich sind. Dabei kann es etwa um die geplante Einführung bestimmter Gehaltsbestandteile gehen. Hier besteht die Gefahr, dass Unternehmen im Zuge von Benchmarking und HR-Roundtables kartellrechtswidrig Informationen offenlegen.

Dagegen bleiben nachvertragliche Wettbewerbsverbote mit Mitarbeitern für den deutschen Markt – immerhin – unproblematisch. Nach den Regelungen des Handelsgesetzbuches können Unternehmen diese wirksam vereinbaren. Deutsche Kartellbehörden sehen sich bislang nicht zuständig, da kein Rechtsverhältnis zwischen Unternehmen betroffen ist. In den Vereinigten Staaten wird dies anders bewertet. Hier hat die Wettbewerbsbehörde FTC kürzlich ein weitreichendes Verbot solcher Vereinbarungen erlassen. Teils wurde dies zwar schon erfolgreich gerichtlich angegriffen. Unternehmen mit Mitarbeitern in den USA sollten dies dennoch im Blick behalten.

Personalabteilungen sollten sich der kartellrechtlichen Risiken bewusst sein und Maßnahmen ergreifen, um Compliance sicherzustellen. Denn Risiken entstehen oft im HR-Bereich, oder die HR-Abteilung verfügt über die notwendigen Informationen, solche Risiken zu identifizieren. Aber auch (und gerade) Führungskräfte, die Entscheidungen über Einstellungen treffen, sollten geschult sein. Generell sind Branchen und Tätigkeiten mit hohem Wettbewerb um Talente stärker gefährdet als andere. Das gilt besonders für spezialisierte Fachkräfte, in deren Aus- und Weiterbildung Unternehmen hohe Investitionen tätigen und die sie ungern „ziehen lassen". Aber auch im sogenannten Blue-Collar-Bereich sind solche Risiken denkbar, wenn die entsprechenden Fachkräfte rar sind.

Die Autoren sind Rechtsanwälte für Arbeitsrecht und Kartellrecht in der Kanzlei Baker McKenzie.

EuGH setzt der EU-Kommission Grenzen

Bei der Kontrolle von Unternehmensfusionen wollte die EU-Kommission mehr Rechte, als ihr zustehen

Die EU-Kommission darf ihre Kompetenzen aus der Fusionskontrollverordnung nicht ausweiten. So entschied kürzlich der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem bahnbrechenden Urteil, das weit über die Fusionskontrolle hinausgeht und für das gesamte Europarecht relevant ist, allen voran die Wahrung der Rechtssicherheit und des institutionellen Gleichgewichts innerhalb der Union.

Es geht um die geplante Übernahme des Krebstests-Herstellers Grail durch das Biotechunternehmen Illumina, die von der Kommission 2022 untersagt worden war. Brisant ist dabei, dass die Transaktion weder bei der Kommission noch irgendeinem europäischen Mitgliedstaat angemeldet werden musste. Erst nachdem die Kommission mehrere Mitgliedstaaten aufforderte, einen Verweisungsantrag an sie zu stellen, und dies geschah, zog die Kommission den Fall an sich.

Der Gerichtshof schob dieser Praxis nun einen Riegel vor und erklärte die Entscheidung der Kommission für nichtig. Die Wettbewerbsbehörde dürfe ihre Kompetenzen aus Artikel 22 der Verordnung nicht expansiv auslegen. Der darin normierte Mechanismus der Verweisung eines Zusammenschlusses an die Kommission war ursprünglich für die Mitgliedstaaten konzipiert, die noch nicht über ein Fusionskontrollregime verfügten. Verfügen sie aber über ein solches und sind die formalen Anmeldeschwellen nicht erfüllt, darf die Kommission eine Verweisung an sie weder anregen noch akzeptieren. Dies verstoße gegen die Grundsätze der Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit.

Die Kommission zielte mit ihrer Ansicht noch darauf ab, sogenannte Killer-Akquisitionen zu prüfen. Darunter versteht man Fälle, in denen große Unternehmen innovative Start-up-Unternehmen mit geringem oder gar keinem Umsatz erwerben (oft aus dem Pharma- oder Technologiebereich), um vermeintlich künftigen Wettbewerb in der EU auszuschalten. Die Kommission meinte, dass die Verordnung ein „Korrektiv" vorsehe, um eine wirksame Kontrolle solcher Zusammenschlüsse zu ermöglichen.

Der Gerichtshof befand aber, dass eine expansive Auslegung nicht mit dem beabsichtigten Anwendungsbereich der Vorschrift vereinbar ist und zu einer unangemessenen Rechtsunsicherheit führt. Unternehmen müssen leicht feststellen können, ob ihre geplante Transaktion vor Vollzug geprüft werden muss, und, wenn ja, von welcher Behörde. Im Übrigen sei es allein Sache des Unionsgesetzgebers, einen Schutzmechanismus vorzusehen, der es der Kommission ermöglicht, Zusammenschlüsse zu kontrollieren.

Das Urteil des Gerichtshofs ist sehr zu begrüßen. Denn die weite Auslegung der Kommissionskompetenzen hat in der Praxis zu großer Rechtsunsicherheit geführt. Wie vom Generalanwalt Nicholas Emiliou im Verfahren festgestellt, hätte diese Praxis – überspitzt zu Ende gedacht – dazu geführt, dass Unternehmen informelle Anmeldungen bei allen Wettbewerbsbehörden des EWR hätten durchführen müssen (derzeit 30), um zu verhindern, dass die Kommission nicht irgendwann den Fall an sich zieht. Dieses Szenario war nicht einmal von der Kommission beabsichtigt.

Das Urteil kommt zu einer Zeit, in der die regulatorische Intervention ein hohes Ausmaß angenommen hat. Transaktionen unterliegen nicht nur Prüfungen nach der Fusionskontrolle, sondern auch nach dem Außenwirtschaftsrecht und der Drittstaatssubventionen-Verordnung. Der erst kürzlich veröffentlichte Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit in der EU mahnt jedoch an, die regulatorische Belastung für Unternehmen zu verringern und das Subsidiaritätsprinzip in der Union strikter anzuwenden. ANDREA POMANA

Die Autorin ist Partnerin im Kartellrecht bei Simmons & Simmons.

Das Prinzip Hoffnung

Nach der Entscheidung von Intel hofft Magdeburg, mit einem blauen Auge davonzukommen.

Von Reinhard Bingener, Hannover, und Stefan Paravicini, Berlin

Wann geht es hier weiter? *Zufahrt zum Baugelände der Intel-Chipfabrik auf dem „Eulenberg“ in Magdeburg* Foto dpa

Als Intel am Montagabend die Verschiebung der geplanten Fabrik in Magdeburg um zwei Jahre bekannt gab, wussten Olaf Scholz und Reiner Haseloff schon Bescheid. Intel-Chef Pat Gelsinger hatte sich am Sonntag bei Scholz angekündigt und informierte den Kanzler und den sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten dann am Montag über den neuen Zeitplan. Haseloff hatte schon tagelang auf diesen Anruf gewartet. Denn in Magdeburg wusste man, dass es auf der Klausur des Intel-Managements, die vergangenen Dienstag begann, um die Zukunft der 30-Milliarden-Investition nahe der Landeshauptstadt ging. Die Erwartungen reichten von einer Absage über eine Schrumpfung bis zur nun vollzogenen Verschiebung des Baus.

Angesichts des gesunkenen Aktienkurses von Intel und der angekündigten Entlassung von 15.000 Mitarbeitern hatten in Sachsen-Anhalt nur noch wenige Beteiligte erwartet, dass das Magdeburger Projekt die Klausurtagung unbeschadet übersteht. Schon seit Wochen bauten die maßgeblichen Landespolitiker sogar für den Fall einer Absage vor und erklärten, die weitgehend ebene und verkehrstechnisch exzellent angeschlossene Fläche südwestlich der Landeshauptstadt sei so attraktiv, dass man dafür sonst auch einen anderen Hightech-Investor finde. Die Politiker wussten allerdings selbst, dass das Schönfärberei ist. Denn eine Fertigung von Halbleitern der allerneuesten Generation würde für Sachsen-Anhalt den größten Sprung seit der Gründung des Bundeslands bedeuten.

Der Vorgang belegt jedoch, als wie ernst die Lage eingeschätzt wurde. Und er erklärt, warum in Magdeburg aktuell niemand über die Verschiebung schockiert ist. Solange es bei der angekündigten Verschiebung bleibe, sei man mit einem „blauen Auge“ davongekommen, heißt es von gut informierter Stelle. Eine Verschiebung um zwei Jahre würde bedeuten, dass der Bau 2026 beginnt und 2029 oder 2030 die Produktion startet. Die Verzögerung betrage damit eigentlich auch nur etwas mehr als ein Jahr, weil der Baubeginn sich auch aufgrund der fehlenden Zustimmung aus Brüssel zu den knapp zehn Milliarden Euro Subventionen des Bundes ohnehin noch verzögert. Die kürzlich erteilte Baugenehmigung für Intel gilt drei Jahre lang.

Ministerpräsident Haseloff und seine Mitstreiter wissen aber natürlich zugleich, dass sich aus der angekündigten Verschiebung aus mehreren Gründen auch noch ein Scheitern entwickeln kann. Zuvorderst hat das Projekt nur dann eine Chance, wenn der strauchelnde Chip-Hersteller wieder Tritt fasst und die Investition stemmen kann. Der Verbleib von Pat Gelsinger an der Konzernspitze dürfte ein weiterer Punkt sein, denn Magdeburg war sein Projekt, und Haseloff hat einen Draht zu Gelsinger aufgebaut.

Neben der Konzernlogik spielen aber auch die Welt- und Bundespolitik hinein: In der Intel-Mitteilung von Montagabend fällt auf, dass sich der Konzern auffällig stark zu seiner amerikanischen Heimat und den dortigen Investitionsprojekten bekennt. Dies dürfte mit den hohen Subventionen aus dem „Inflation Reduction Act“ von Präsident Biden zusammenhängen. In Magdeburg wird zudem darauf verwiesen, dass Intel jüngst einen großen Auftrag vom amerikanischen Militär erhielt. Nach der Präsidentschaftswahl im November könnte der patriotische Druck auf den Konzern etwas nachlassen – vielleicht allerdings, je nach Ausgang, auch zunehmen. In Magdeburg weiß man, dass die Standortentscheidung so oder so politisch bleiben wird.

Das gilt auch für die Berliner Ebene: Am Montagabend dauerte es nach der Mitteilung von Intel nur einige Minuten, bis Bundesfinanzminister Christian Lindner ankündigte, die eingeplanten Milliarden für Intel anders zu verwenden. Dieser Vorgang führte in Magdeburg parteiübergreifend zu Befremden. Mit Kanzler Scholz ist sich Haseloff einig, dass das Projekt fortgeführt werden soll. Beim Thema Intel gibt es zudem eine enge Abstimmung zwischen Haseloff und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck; der Grünen-Politiker ist ebenfalls ein Befürworter des Projekts. In Magdeburg baut man weiter auf SPD und Grüne in der Ampelkoalition. Die CDU-geführte Landesregierung hat aber auch vorgedacht für den Fall, dass die Entscheidung über die Intel-Subventionen nach einer Bundestagswahl auf dem Schreibtisch eines CDU-Kanzlers landet. Dieser hieße dann voraussichtlich Friedrich Merz. Aus Haseloffs Umfeld heißt es, Merz habe bereits versichert, das Intel-Projekt fortzuführen. Bei seinem Auftritt mit Markus Söder setzte Merz am Dienstag allerdings mehrere Spitzen gegen die Subventionspolitik der Ampel, die augenscheinlich auf den Fall Intel zielten.

Mit dem Chip-Konzern wird es nun weitere Gespräche geben. Im Kanzleramt wird man mit Bundeswirtschaftsministerium, Intel und Haseloffs Staatskanzlei ein „Follow-up-Team“ bilden, das die rechtlichen Implikationen der Verzögerung bewältigen soll. Wie es heißt, hat Konzernchef Gelsinger versichert, dass der Konzern das gekaufte Grundstück in Magdeburg behält. Das Land baut dort gerade für einige Millionen Euro eine Zufahrtsstraße. Richtig viel Steuergeld muss erst mobilisiert werden, wenn die Abwasseranlage für die geplante Halbleiterfertigung errichtet wird, die so viel Wasser verbrauchen würde wie halb Magdeburg.

Für den Wirtschaftsstandort geht es um viel. Neben den 3000 Arbeitsplätzen in der Chipfabrik von Intel rechnet die Region mit drei- bis fünfmal so vielen Arbeitsplätzen bei Zulieferunternehmen. Mit der niederländischen Sioux Technologies hat ein Zulieferbetrieb bereits im Frühling ein Büro nahe Magdeburg eröffnet. Das Unternehmen, das eng mit der niederländischen ASML zusammenarbeitet, einem Ausrüster der Halbleiterindustrie, will hier nach den bisherigen Plänen bis zu 300 Arbeitsplätze schaffen. Eine Anfrage bei Sioux, wie es weitergeht, ließ das Unternehmen zunächst unbeantwortet. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze sagte am Dienstag, Sioux werde unabhängig von Intel kommen.

Der Standort von Sioux in Barleben liegt im Landkreis Börde, der sich von der Intel-Ansiedlung viel Dynamik verspricht. Auf den Flächen des Landkreises soll ein großer Teil des geplanten Hightech-Parks zu liegen kommen, der um die Fabrik von Intel entstehen soll. Landrat Martin Stichnoth äußerte Verständnis. „Aus wirtschaftlicher Sicht kann ich die Entscheidung von Intel natürlich nachvollziehen“, teilte das Landratsamt mit. „Positiv bewerte ich, dass wir von einer Verschiebung sprechen, nicht von einer Absage“, sagte Stichnoth. Doch die politischen Umstände der Verschiebung stimmten ihn nachdenklich. „Wenn ich heute lese, dass nur wenige Stunden nach der Bekanntmachung von Intel unsere Bundesminister auf Twitter-Nachfolger X die Verwendung der nicht benötigten Fördermittel diskutieren, stelle ich mir natürlich auch die Frage, welches Signal senden wir an die Wirtschaft?“

Die Industrie- und Handelskammer in Magdeburg forderte Intel auf, die Verschiebung der Investition mit einer Zusage zu verbinden, dass die Chipfabrik in zwei Jahren sicher gebaut wird. „Für die hiesige Wirtschaft ist wichtig, dass diese Zusage verbindlich untersetzt wird, damit Planungssicherheit für die Unternehmen entsteht, welche sich unmittelbar am Bau und am Betrieb der Fabrik beteiligen möchten“, erklärten Kammerpräsident Klaus Olbricht und André Rummel, Hauptgeschäftsführer der IHK Magdeburg. Unabhängig davon müssten die Rahmenbedingungen und die Attraktivität des Standortes für die ansässige Wirtschaft und Investoren weiter gefördert werden. „Dann können wir gemeinsam gestärkt in zwei Jahren das Projekt Intel am Standort Magdeburg erfolgreich fortsetzen.“

Der Landkreis Börde hält an der Erschließung des Hightech-Parks fest. Die Abstimmungen in den Arbeitsgruppen würden weiterlaufen, erklärte Landrat Stichnoth. „Aber natürlich werden wir uns jetzt mit dem Land Sachsen-Anhalt, dem Wirtschaftsministerium und der Hightech Park GmbH zusammensetzen und schauen, welche Anpassungen gemacht werden müssen.“ Auch die Landesregierung will die Arbeit fortsetzen. „Es wäre unverantwortlich, bereits laufende Maßnahmen zu schieben“, erklärte Infrastrukturministerin Lydia Hüskens.

Rom will Neuverschuldung rasch kürzen

2026 unter drei Prozent / Regierung will aber sieben Jahre Zeit für EU-Vorgaben

chs. ROM. Italien will seine staatliche Neuverschuldung bis zum Jahr 2026 unter die Grenze von drei Prozent senken. Das beschloss die Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni am Dienstag auf einer Kabinettssitzung in Rom. Im vergangenen Jahr betrug das italienische Defizit 7,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). „Die Regierung verfolgt eine umsichtige und verantwortungsvolle Finanzpolitik“, teilte sie mit. Dabei beantragt Italien bei der EU-Kommission aber einen verlängerten Zeitplan für die gesamte Konsolidierung, die weitere Kennziffern enthält, vor allem die Gesamtverschuldung. Das Land will sich dafür sieben Jahre Zeit geben. Damit wird die längste mögliche Frist im Rahmen des neuen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgenutzt. Italien gehört zu jenen Ländern, dessen Defizite von der EU-Kommission als „exzessiv“ eingestuft werden. Deren Regierungen haben vier bis sieben Jahre Zeit, um die Neuverschuldung wesentlich zurückzuführen.

Für das laufende Jahr hatte die italienische Regierung zuvor versprochen, das Defizit von 7,4 auf 4,3 Prozent des BIP zu senken. Allerdings will sich die Regierung erst endgültig festlegen, wenn am kommenden Montag neue Daten des staatlichen Statistikamtes vorliegen. Der große Sprung in diesem Jahr soll vor allem dadurch gelingen, dass der Finanz- und Wirtschaftsminister Giancarlo Giorgetti die teure Bauförderung für Besitzer von Häusern und Wohnungen stark einschränkt. Durch die Steuergutschriften des sogenannten „Superbonus 110%“ hatte der Staat die Kosten der Immobilieneigner für energierelevante Investitionen komplett übernommen und zudem den Banken als Zwischenfinanzierern erhebliche Geschenke gemacht. Nach Schätzungen der Behörden hat der „Superbonus“ die Regierung seit seiner Einführung mehr als 120 Milliarden Euro gekostet; der Wachstumseffekt für die Bauindustrie ist da nicht gegengerechnet, doch er wurde weitgehend überschätzt.

„Daher ist es nun auch nicht zu großen Verwerfungen infolge der Rückführung der Bauförderung gekommen“, merkt Analyst Lorenzo Codogno an. Die schwächeren Investitionen auf dem Immobilienmarkt werden in diesem Jahr auch durch die gestiegenen Investitionen im Zuge des europäischen Wiederaufbauplans ausgeglichen. Italien erhält im Zuge des während der Pandemie beschlossenen EU-Programms aus Brüssel gut 190 Milliarden Euro an verbilligten Krediten sowie Zuschüssen.

Die italienische Regierung hat sich im Zuge ihrer mittelfristigen Finanzplanung nun auch dazu verpflichtet, die Staatsausgaben in den kommenden Jahren real nur um durchschnittlich rund 1,5 Prozent anzuheben. Dies entspreche den Erwartungen der EU-Kommission, teilte die Regierung mit. In dieser Planung werden allerdings keine Ausgaben einberechnet, „die durch neue Einnahmen oder europäische Mittel finanziert werden“. Auch Zinsaufwendungen für die Staatsschulden und „konjunkturelle Auswirkungen bestimmter Ausgabenarten“ sollen nicht berücksichtigt werden.

Nach eigenen Angaben schlägt die Regierung nun einen Sanierungsplan vor, der „ehrgeiziger“ sei als jener, den die EU-Kommission vorzeichne. Zuletzt haben sich die Steuereinnahmen relativ gut entwickelt. Allerdings plant die Regierung weitere Steuersenkungen. Das Wachstum in diesem und im nächsten Jahr schätzt das parlamentarische Haushaltsbüro UPB auf jeweils rund ein Prozent. Die Gesamtverschuldung Italiens ist mit zuletzt rund 137 Prozent des BIP weiterhin hoch. „Insgesamt ist der hohe Finanzbedarf in den kommenden vier Jahren eine Herausforderung, doch er kann bewältigt werden“, meint Analyst Codogno.

US-Politiker im Tiktok-Dilemma

Harris und Trump nutzen die Plattform, die der Kongress verbannt hat

wvp. WASHINGTON. Die Uhr tickt für Tiktok. Bis zum 19. Januar muss die Kurzfilmplattform entweder verkauft werden oder seine Sendungen in den USA einstellen. Das sieht ein Gesetz vor, das mit Stimmen aus beiden Parteien im April vom Kongress verabschiedet wurde. Seit Montag prüft ein Bundesgericht in Washington, ob der Verkaufszwang oder Bann mit der Verfassung zu vereinbaren ist. Kläger sind Tiktok, die Muttergesellschaft Bytedance und Geschäftsleute, die über Tiktok Geld verdienen.

Unterdessen entdecken Politiker das Potential der Plattform für den Wahlkampf. Die letzte Wendung ist, dass der frühere Präsident Barack Obama auf Tiktok Influencern Interviews gewährt mit dem Ziel, junge Leute zum Wählen zu bewegen. Mehr als ein Drittel der Nutzer sind zwischen 18 und 24 Jahre alt, ein weiteres Drittel zwischen 25 und 34. Junge Wähler sind für die Demokraten wichtig, weil sie einerseits der Partei zuneigen, andererseits wählen nur rund 40 Prozent von ihnen. Von den alten wählen zwischen 60 und 70 Prozent. Weil die junge Generation zudem immer seltener von klassischen Medien direkt erreicht wird, setzen die Wahlkampfmanager auf Tiktok.

Obama gab einem wichtigen Einflüsterer mit zehn Millionen Followern eine Reihe von Interviews mit einem klaren Ziel: Die Betrachter sollen die Website Iwillvote.com besuchen und sich einen Plan für den Wahltag zurechtlegen. Obamas Initiative ist offenbar eingebettet in eine größere Kampagne des Wahlkampfteams von Kamala Harris, über Influencer Wähler zu erreichen. In Medienberichten heißt es, die Influencer hätten auf dem Kongress der Demokratischen Partei eine exklusive Behandlung inklusive geldwerten Zuwendungen genossen.

Das Wahlkampfteam und nahestehende Gruppen geben Medienagenturen Geld, die sich darauf spezialisiert haben, Influencer zu gewinnen und ihnen Geld dafür zu geben, wenn sie gewünschte Inhalte präsentieren. Kamala Harris ist selbst seit Mitte Juli auf Tiktok, im Monat zuvor war Donald Trump eingetreten. Trump hatte als Präsident 2020 ein Dekret erlassen, das Tiktok gebannt hätte, wäre es nicht von einem Gericht gestoppt worden. Inzwischen versprach er, Tiktok zu retten, er ist sehr aktiv auf der Plattform. Er wünsche sich ein Gegengewicht zu Facebook. Unterstellt wird überdies, dass ein amerikanischer Großaktionär von Bytedance, der gleichzeitig wichtiger Spender der Republikaner ist, den Meinungswandel Trumps beflügelt hat. Harris hatte sich gegen ein Tiktok-Verbot ausgesprochen.

Im Gerichtsverfahren geht es um die Frage, ob ein Tiktok-Bann das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gefährdet. Amerikanische Politiker und Sicherheitsbehörden argumentieren, dass Tiktok die nationale Sicherheit bedrohe, weil China sensitive Daten aufsaugen könnte und überdies die Plattform für seine Propaganda nutzen könnte. Das Unternehmen weist darauf hin, dass es kein mehrheitlich chinesisches Unternehmen sei, argumentiert aber gleichzeitig, dass Peking den Verkauf de facto blockieren würde, weil es die Weiterleitung des Empfehlungsalgorithmus nicht gestatten würde.

MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Der strauchelnde Chipdiplomat

Intel-Vorstandschef Pat Gelsinger hat sich von Politikern für Großinvestitionen feiern lassen. Jetzt verschiebt er das Projekt in Magdeburg. Das ist auch für ihn persönlich eine Niederlage.

Pat Gelsinger Foto AFP

Es war ein feierlicher Anlass, als Pat Gelsinger im Juni vergangenen Jahres nach Berlin kam. Der Vorstandschef des amerikanischen Halbleitergiganten Intel traf sich mit Bundeskanzler Olaf Scholz, um eine Absichtserklärung zu unterzeichnen. Demnach sollte Intels Megainvestition in neue Chipwerke in Magdeburg noch größer ausfallen als zunächst geplant. Zur Ankündigung des Projekts 2022 war von 17 Milliarden Euro die Rede, nun sollten es mehr als 30 Milliarden Euro werden. Im Gegenzug stimmte die deutsche Regierung zu, auch die staatlichen Finanzhilfen auf fast zehn Milliarden Euro aufzustocken. „Das sind gute Nachrichten für Magdeburg, für Deutschland und für ganz Europa“, jubelte Scholz.

Heute herrscht Katerstimmung statt Überschwang, denn die damals schriftlich festgehaltenen Absichten haben sich geändert. Intel kündigte jetzt an, das Prestigevorhaben in Deutschland erst einmal auf Eis zu legen. Es soll um zwei Jahre verschoben werden, schrieb Gelsinger in einem Brief an seine Mitarbeiter. Der zumindest vorläufige Investitionsstopp ist Teil des zweiten Sparprogramms innerhalb von zwei Monaten, zu dem sich der 63 Jahre alte Intel-Chef inmitten einer zunehmend angespannten Finanzlage gezwungen sieht. Anfang August kündigte er schon den Abbau von 15.000 Arbeitsplätzen und die Streichung der Dividende an, aber er spürte Druck, noch mehr zu tun, womit sich sein Blick auch auf die großen Investitionsprojekte wie in Magdeburg richtete. Nun wird in Deutschland die bange Frage gestellt, ob die versprochenen Chipwerke jemals gebaut werden. Auch ein geplantes neues Werk in Polen soll sich um zwei Jahre verzögern.

Für Gelsinger sind die jetzt verkündeten Entscheidungen eine herbe Niederlage, denn es ist davon auszugehen, dass er Europa nur ungern vertröstet. Der Ausbau der Fertigungskapazitäten in Europa und auf dem amerikanischen Heimatmarkt war ein zentrales Element seiner Strategie, seit er Anfang 2021 den Intel-Vorstandsvorsitz übernommen hatte. Er hat sich als eine Art Chipdiplomat auf der politischen Weltbühne inszeniert. „Eine Wette auf Intel ist eine Absicherung gegen geopolitische Instabilität in der Welt“, sagte er einmal. Er verhieß, für Europa und die USA Anteile an der globalen Chipfertigung zurückzugewinnen, die in den vergangenen Jahrzehnten an Asien verloren wurden, nicht zuletzt an den taiwanischen TSMC-Konzern.

Auch in den USA wurde er damit zu einem gefragten Gesprächspartner der Regierung. Es dürfte nur wenige amerikanische Manager geben, die eine ähnlich enge Verbindung zum US-Präsidenten Joe Biden kultiviert haben wie er. Gelsinger kam ins Weiße Haus, wo Biden ihn als „den Boss“ umschmeichelte, einmal war er auch Ehrengast bei Bidens jährlicher Rede zur Lage der Nation. Der Präsident stattete auch Intels Baustellen in den Bundesstaaten Arizona und Ohio öffentlichkeitswirksame Besuche ab. Auffällig ist, dass die amerikanischen Investitionsprojekte jetzt im Gegensatz zu Deutschland und Polen ungeschoren davonkommen. Gelsinger wies sogar ausdrücklich darauf hin, es werde bei diesen Bauvorhaben „keine Veränderungen“ geben. Alles andere hätte im Weißen Haus vermutlich auch für einigen Unmut gesorgt, gerade zum jetzigen Zeitpunkt kurz vor den Präsidentenwahlen.

Wie ernst Gelsinger Intels gegenwärtige Lage einschätzt, zeigt sich daran, dass er sie mit einer der schwersten Krisen in der Unternehmensgeschichte vergleicht. Er sagt, Intel befinde sich inmitten „der bedeutendsten Transformation seit mehr als vier Jahrzehnten“. Damals wurde der Konzern von japanischen Wettbewerbern massiv unter Druck gesetzt, und er traf die wegweisende Entscheidung, das Geschäft mit Speicherchips aufzugeben und sich fortan auf Mikroprozessoren zu konzentrieren. Das ebnete Intels Weg zu einem marktdominierenden Halbleitergiganten. Gelsinger hat all das aus nächster Nähe mitverfolgt. Er kam schon 1979 zu Intel und arbeitete sich stetig nach oben. 2009 wurde er aber aus dem Unternehmen gedrängt, danach führte er unter anderem den Softwareanbieter VM Ware. Anfang 2021 kehrte er als Vorstandschef zu Intel zurück. Er wurde damals als mögliche Retterfigur gesehen, zumal Intel auch zu dieser Zeit schon mit einigen Schwierigkeiten kämpfte, etwa Schwächen in der Produktentwicklung und dem Verlust von Marktanteilen. Gelsinger kündigte umgehend größere Weichenstellungen an, darunter die Megainvestitionen in neue Werke sowie den Aufbau der neuen Sparte Intel Foundry, mit der das Unternehmen jenseits seines eigenen Bedarfs Chips für externe Kunden produzieren will.

So ehrgeizig all diese Pläne waren und so geschickt Gelsinger im Aushandeln von staatlichen Finanzhilfen war: Im operativen Geschäft machte Intel nicht die erhofften Fortschritte. Gelsinger hat kurz nach seinem Antritt eine Beschleunigung des Umsatzwachstums in Aussicht gestellt, stattdessen ist das Unternehmen heute auf Schrumpfkurs, und es weist hohe Verluste aus. Gerade auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz, dem gegenwärtigen Wachstumsmotor der Chipbranche, hat Intel Rückstand. Der Konzern steht damit im Gegensatz zu Wettbewerbern wie Nvidia und Advanced Micro Devices, denen es glänzend geht, vor allem dank ihrer Chipsysteme, die in Rechenzentren für KI-Anwendungen genutzt werden. Nvidia wird heute an der Börse mehr als 30-mal so hoch bewertet wie Intel.

Als Gelsinger 2021 zu Intel zurückkehrte, sprach er von „der großartigsten Ehre in meiner Karriere“. Als er im August das Entlassungsprogramm ankündigte, nannte er dies „das Härteste, das ich jemals in meiner Karriere gemacht habe“. Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist zuletzt spekuliert worden, er könnte abgelöst werden. Er weiß selbst, dass er und der Rest des Unternehmens unter Beobachtung stehen. In seinem Brief an die Mitarbeiter schrieb er jetzt: „Alle Augen werden auf uns gerichtet bleiben.“ ROLAND LINDNER

Kaum Chefinnen in Japans Konzernen

Die japanische Wirtschaftswelt wird nach wie vor stark von Männern dominiert. Nur 13 der rund 1600 größten an der Tokioter Börse gelisteten Unternehmen hatten im vergangenen Geschäftsjahr eine Vorstandsvorsitzende, wie eine Auswertung der Nachrichtenagentur Kyodo News nun ergab. Das ist zwar eine Steigerung gegenüber den Vorjahren, in denen diese Zahl immer unter zehn gelegen hatte. Doch nach wie vor wird damit nicht einmal ein Prozent der japanischen Unternehmen von Frauen geführt.

Ein prominentes Beispiel für eine Konzernchefin ist Mitsuko Tottori, die im Frühjahr an die Spitze der Fluglinie Japan Airlines berufen wurde. Dort hatte sie einst als Stewardess ihre Karriere begonnen. Unterhalb der Chefebene wandelt sich das Bild allmählich. In allen Vorstandsposten der Unternehmen zusammen zählte die Nachrichtenagentur inzwischen 3052 Frauen. Das sei immerhin eine Verdopplung gegenüber dem Jahr 2019.

Die Regierung hatte vor einigen Jahren die Konzerne dazu aufgerufen, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Bis zum Jahr 2030 solle ihr Anteil mindestens bei 30 Prozent liegen. Die Frauen stärker in die Berufswelt einzubinden soll unter anderem gegen die schrumpfende Zahl von Erwerbstätigen in dem rasant alternden Land helfen. Für viele Frauen endet die Karriere in Japan nach wie vor mit dem Kinderkriegen. Ryusuke Ishii vom Japan Research Institute sagte, der Mangel an Chefinnen liege zum Teil daran, dass sich Unternehmen ihre Topmanager lieber von außerhalb des Unternehmens holten, statt sie intern zu befördern.

Aktuell sind dem Bericht zufolge nun 16,2 Prozent aller Vorstandsposten weiblich besetzt. Gegenüber Europa und Nordamerika ist das immer noch ein sehr niedriger Wert. Dort liegt der Anteil der Frauen in Vorstandsämtern zwischen 30 und 40 Prozent. kann.

Ökonomenpreise für Moll, Trebesch und Jäger

Die drei Ökonomen Benjamin Moll, Christoph Trebesch und Simon Jäger haben auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Berlin renommierte Preise erhalten. Der Makroökonom Benjamin Moll wurde für seine Forschung mit dem Carl-Menger-Preis geehrt. Geforscht hat er unter anderem zur alten Frage der Volkswirtschaftslehre: Warum sind einige Länder so viel ärmer als andere? Zudem zur Inflation: Über welche Wirkungskanäle beeinflusst die Geldpolitik den Konsum? Und warum werden einige Haushalte ernsthaft geschädigt, während andere die Auswirkungen der Inflation kaum spüren und womöglich sogar davon profitieren?

Für größere Schlagzeilen sorgte Benjamin Moll, Wirtschaftsprofessor an der London School of Economics, vor zwei Jahren auch als Ko-Autor der Studie, die sich direkt nach Beginn des Ukrainekriegs mit der Frage befasst hat, welche Folgen ein Importstopp russischer Energie auf die deutsche Wirtschaft haben wird. Der Tenor der Studie war: Die Auswirkungen auf die Wirtschaft wären hart, aber verkraftbar. Dafür mussten die Studienautoren damals scharfe Kritik aus der Industrie und der Politik einstecken. Doch die Argumente erwiesen sich als richtig, die deutsche Wirtschaft zeigte sich als anpassungsfähiger als von vielen befürchtet. „Benjamin Moll hat sich als eine der führenden Stimmen in der modernen Wirtschaftswissenschaft etabliert“, lobte Falko Fecht von der Deutschen Bundesbank in seiner Laudatio den 41 Jahre alten Ökonomen. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert und wird durch die drei Zentralbanken von Deutschland, Österreich und der Schweiz gestiftet.

Der Kieler Makroökonom Christoph Trebesch wurde am Dienstag mit dem Hermann-Heinrich-Gossen-Preis geehrt, der mit 10.000 Euro dotiert ist. Der Preis geht jedes Jahr an einen Wirtschaftswissenschaftler unter 45 Jahren aus dem deutschsprachigen Raum, der mit Veröffentlichungen in international renommierten Fachzeitschriften für Furore gesorgt hat. Trebesch forscht unter anderem über Schuldenkrisen und die Stabilität von Finanzmärkten. Große Beachtung erhielt auch seine Studie über die volkswirtschaftlichen Kosten des Populismus, die er zusammen mit Manuel Funke und Moritz Schularick verfasst hat. Dafür haben die Forscher Daten aus 120 Jahren Wirtschaftsgeschichte zusammengetragen und das Wirtschaftswachstum von Ländern mit populistischen und nicht populistischen Regierungen verglichen. Der erhebliche Schaden, den Populisten anrichten, konnte so erstmals beziffert werden: Nach 15 Jahren liegt das reale Bruttoinlandsprodukt im Mittel mehr als zehn Prozent niedriger. Der Effekt ist bei Rechts- und Linkspopulisten ähnlich.

Verursacht werden die wirtschaftlichen Schäden durch Populisten vor allem durch zunehmenden Protektionismus, also höhere Zölle, weniger Freihandel und Barrieren für Investitionen aus dem Ausland. Zudem durch die Erosion von Demokratie, Medien und Justiz sowie einer Zunahme von Korruption. Trebesch hat zudem den „Ukraine Support Tracker“ ins Leben gerufen, eine Datenbank, die alle militärischen, finanziellen und humanitären Hilfen für die Ukraine von anderen Staaten erfasst, die seit Februar 2022 zugesagt wurden. Trebesch sei ein „Aushängeschild deutscher Spitzenforschung“, lobte Regina Riphahn, die Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik.

Der Arbeitsökonom Simon Jäger erhielt am Dienstagnachmittag den Gustav-Stolper-Preis, der mit 5000 Euro dotiert ist. Der Preis wird an Wissenschaftler vergeben, die nicht nur innerhalb der eigenen Zunft für Aufsehen sorgen, sondern auch die öffentliche Debatte beeinflussen. Simon Jäger ist Professor an der amerikanischen Eliteschmiede Massachusetts Institute of Technology (MIT). Er forscht unter anderem über Gewerkschaften. Für große Hoffnungen sorgte er, als er vor zwei Jahren zurück nach Deutschland kam, um den Chefposten des Instituts für die Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn zu übernehmen, das über ein weltumspannendes Forschungsnetzwerk verfügt, dem rund 2000 Arbeitsmarktexperten angehören. Jäger wollte das Institut weiter ausbauen und einen Standort in Berlin aufbauen. Als im Herbst des vergangenen Jahres dann die Post-Stiftung als Träger die Mittel deutlich zusammenstrich und Simon Jäger das Institut wieder verließ, war die Bestürzung in der deutschen Ökonomenszene groß. Jäger erhielt viel Unterstützung von Kollegen. Mittlerweile ist er zurück in Amerika, berät aber ehrenamtlich Wirtschaftsminister Robert Habeck. Jäger habe eine „bemerkenswerte Fähigkeit, komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge in einfacher und klarer Sprache zu kommunizieren“, sagte Riphahn in ihrer Laudatio. TILL NEUSCHELER

Morgen im Reiseblatt

Wunderkammer
Es gibt nichts, was es in New York nicht gäbe. Sogar mittelalterliche Klöster findet man in der Stadt der 1000 Facetten. Eine Erkundung des Unbekannten

Rettungsanker
Rückzugsort in einer Welt voller Traumata: Lee Millers Farley Farm in Südengland

Hoffnungsschimmer
Galgenhumor und Aprikosenflöte: Armenien lebt und leidet mit der Geschichte

Raffaele Fitto – Melonis und von der Leyens EU-Lieblingskandidat

Gemeinsame Werdegänge prägen und schweißen zusammen: Im Jahr 2008 wurde Raffaele Fitto mit 39 Jahren unter Silvio Berlusconi Minister für die Beziehungen zu den Regionen Italiens. Im Kabinett lernte er eine gerade 31 Jahre alte Frau kennen: die Ministerin für Jugend und Sport, eine gewisse Giorgia Meloni. Sie schätzten sich, auch wenn sie nicht immer einer Meinung waren, und unterstützten sich gegenseitig immer mal wieder. Fitto wusste, was es bedeutete, in jungen Jahren Verantwortung zu übernehmen. Im damaligen Alter von Meloni war er Präsident seiner Heimatregion Apulien geworden. Schon sein Vater hatte dieses Amt inne. Hier wiederum ergibt sich eine Parallele zu Ursula von der Leyen, der Präsidentin der EU-Kommission. Auch ihr Vater, Ernst Albrecht, war Ministerpräsident einer „Region“, der von Niedersachsen. In Fittos Umfeld heißt es, dass diese Gemeinsamkeit gegenseitige Sympathie erzeugt habe. Auf jeden Fall genießt der heute 55 Jahre alte Italiener die Protektion von zwei mächtigen Frauen: Meloni in der Hauptstadt Rom und von der Leyen in Brüssel. Daher hat er gute Chancen, demnächst zum Vizepräsidenten der EU-Kommission ernannt zu werden. An diesem Dienstag hat ihn die Kommissionspräsidentin als Kandidat mit Zuständigkeit „für Kohäsion und Reformen“ vorgeschlagen.

Vor seiner Krönung muss Fitto allerdings die Anhörungen im Europäischen Parlament überstehen – ein Spießrutenlaufen. Seit Wochen bereitet sich Fitto darauf vor, auch in der englischen Sprache, die „kein Shakespeare-Englisch“ sein soll, doch wer kann das schon von sich behaupteten? Meloni werde ihn in Rom vermissen, hat sie ausdrücklich betont, auch um zu zeigen, dass Italien keinen Mann der zweiten Reihe nach Brüssel schickt. Sie wird aufatmen, sollte seine Ernennung bestätigt werden, denn damit könnte Italien sein europapolitisches Gewicht retten. Zuvor hatte sich die italienische Regierungschefin im Europäischen Rat bei der Wahl von der Leyens der Stimme enthalten und sich damit der Gefahr einer Isolierung ausgesetzt, was jene überraschte, die zuvor vor allem ihre gute Beziehung zu von der Leyen im Blick hatten. Doch die ehemalige Rechtsradikale wollte in der Heimat das Zeichen setzen, dass sie von der Leyens Buhlen um linke und grüne Stimmen ablehnte. Melonis Partei der Fratelli d’Italia, zu der Fitto gehört, hatte sich im EU-Parlament auch bei der Verabschiedung des neuen Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Stimme enthalten. Zudem blockieren Meloni und ihre Partei bis heute die Ratifizierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, eines Rettungsfonds, der im Fall seiner Aktivierung Italien zu Reformen zwingen würde.

Dieses Wandeln jenseits des europäischen Mainstreams will Fitto derzeit kleinreden. Seine Sympathisanten kehren seine moderierende Rolle innerhalb der italienischen Regierung und in Europa heraus. Der Minister gilt als Brückenbauer, den auch seine politischen Gegner schätzen. Sachorientiert und zurückhaltend sei er, heißt es anerkennend. Fitto ist heute noch Minister des europäischen Wiederaufbauplanes und des südlichen Italiens, der darüber wachen soll, dass die in der Pandemie beschlossenen Zuwendungen von fast 200 Milliarden Euro in Italien sinnvoll ausgegeben werden – eine Mammutaufgabe, deren Erfolg sowohl Rom als auch Brüssel unbedingt wollen. Doch wie der italienische Ökonom Tito Boeri in einem Buch glaubwürdig ausführt, überfordern die Riesensummen aus Brüssel die schwache Verwaltung Italiens an vielen Stellen, zumal das Geld bis Mitte 2026 und damit sehr rasch ausgegeben sein muss. Durch den Termindruck werden zweifelhafte Projekte gefördert, und es füllen sich durch hohe Preise die Kassen der ausführenden Unternehmen; diese nutzen die Inkompetenz der Auftraggeber, etwa kleinerer Kommunen, oft schamlos aus. Gleich nach seinem Amtsantritt hat Fitto das von der Regierung Draghi übernommene Wiederaufbauprogramm zusammen mit der EU-Kommission erst mal überarbeitet. Nicht wenige Projekte und Reformziele waren in der Tat unrealistisch, weil sie in aller Hektik während der Pandemie aufgesetzt wurden. So ging durch die Revision zwar Zeit verloren, doch einige Vorhaben haben nun bessere Chancen auf ihre Vollendung. Scharfe Kritik blieb freilich nicht aus: So habe Fitto etwa kommunale Programme mit sozialen Inhalten gestrichen oder zu anderen Fördertöpfen mit unsicheren Mitteln verlagert. Große Unternehmen werden nun dagegen fürstlicher belohnt. Bei der Zahl der zu bauenden oder zu renovierenden Kindergärten setzte Fitto mit der Kommission ebenso den Rotstift an, obwohl die Bevölkerung Italiens beunruhigend schrumpft, mehr Frauen arbeiten müssten und die Regierung nun Steueranreize für das Kinderkriegen setzen will. Auch bei den Ausgaben für das Schulwesen liegt Italien erheblich zurück. Obendrein schränkte die Regierung Meloni die unabhängige Ausgabenkontrolle durch den italienischen Rechnungshof ein. „Man kann nicht sagen, wo wir beim EU-Wiederaufbauplan heute stehen, denn die Regierung dokumentiert das nicht öffentlich“, beklagt Boeri.

Raffaele Fitto Foto AFP

Fitto weist die Kritik zurück. Wo es nun weniger Geld aus Brüssel gebe, finanziere die Regierung in Rom die Lücke, entgegnet er. Und wo es Kontrolleinschränkungen gab, setze die Regierung nur die von der EU genehmigte Linie des Vorgängers Mario Draghi fort.

Der Jurist Fitto ist in der süditalienischen Kleinstadt Maglie in der Provinz Lecce geboren. Politiker wollte er in jungen Jahren nicht werden, doch sein Vater starb in einem Autounfall, als er 18 war, was seine Lebensplanung radikal änderte. Nach dem Jurastudium nahm er sich den Vater zum Vorbild, wurde Regionalpräsident, später Minister und dann EU-Parlamentarier. Fitto, Vater von drei Kindern, gilt als umgänglich und als überzeugter Europäer. Dass er ein konservativer Christdemokrat ist, zeigte er durch sein öffentliches Lob für den deutschen Papst Benedikt. Dagegen pflegt er zum italienischen Verkehrsminister und Vize-Ministerpräsident, dem Rechtsaußen Matteo Salvini, ein angespanntes Verhältnis. Auch mit dem im vergangenen Jahr verstorbenen Berlusconi überwarf Fitto sich einst, weil dieser keine Rivalen duldete und Fitto den willkürlichen und unwidersprochenen Führungsstil des „Cavaliere“ satthatte. So verließ er Berlusconis Partei Forza Italia und schloss sich später den Fratelli d’Italia von Giorgia Meloni an. CHRISTIAN SCHUBERT

Niederlage für Olearius

Christian Olearius, ehemaliger Vorstandssprecher der Hamburger Privatbank M.M. Warburg, ist mit seiner seit 2022 anhängigen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gescheitert. Die Straßburger Richter wiesen am Dienstag die Klage des Bankiers gegen die Bundesrepublik Deutschland ab. Sie sei zwar zulässig, heißt es in der schriftlichen Urteilsbegründung. Die von Olearius gerügten Verletzungen seiner Grundrechte auf ein faires Verfahren (Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention) und auf Achtung des Privatlebens (Artikel 8) seien aber nicht erkennbar.

Olearius hatte den EGMR angerufen, nachdem das Bundesverfassungsgericht Beschwerden von ihm und seinem Mitgesellschafter Max Warburg im Zusammenhang mit dem Steuerskandal nicht zur Entscheidung angenommen hatte. Die beiden Banker argumentierten, dass ihnen durch das Cum-Ex-Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs 2021 sowie durch eine Pressemitteilung das Grundrecht auf ein faires Verfahren und die Unschuldsvermutung verweigert worden sei – ohne dass ihre Schuld in einem rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt wurde. Olearius musste sich ab September 2023 wegen schwerer Steuerhinterziehung vor einem Strafgericht verantworten. Wegen dauerhafter Verhandlungsunfähigkeit des inzwischen 82 Jahre alten Angeklagten stellte die Kammer das Verfahren ein; ein Freispruch blieb Olearius damit verwehrt.

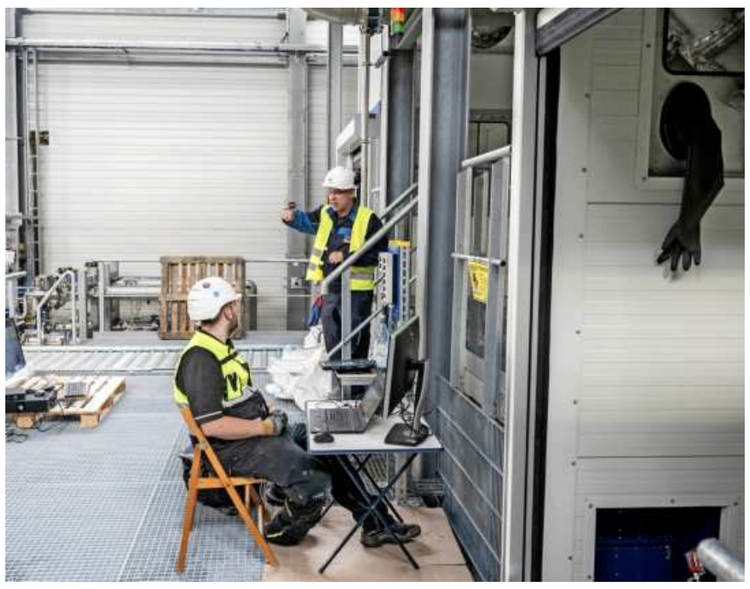
Der Warburg-Banker wehrte sich auch gegen die aus seiner Sicht unzulässige Veröffentlichung von Tagebüchern durch Medien. Die Äußerungen hätten ihn in strafgerichtlichen Entscheidungen stigmatisiert und sein privates und berufliches Leben beeinträchtigt. Insbesondere habe er sich deswegen aus dem Warburg-Aufsichtsrat zurückziehen müssen, und ihm seien Stimm- und Verfügungsrechte eingeschränkt oder entzogen worden. Auch hier stellte der EGMR keine Rechtsverletzungen fest. Die Warburg Bank, die sich jahrelang an den Cum-Ex-Geschäften beteiligt hatte, zahlte ihre Steuerschulden von 176 Millionen Euro inzwischen zurück. mj.

Allesfresser für Lithiumhydroxid geht in Betrieb

In Bitterfeld läuft die erste Lithium-Raffinerie in Europa hoch. Der Metallurgiekonzern AMG will in der Anlage im Jahr 20.000 Tonnen Lithiumhydroxid für Batterien von Elektroautos produzieren.

Von Stefan Paravicini (Text) und Daniel Pilar (Fotos), Bitterfeld-Wolfen

Jäger des verlorenen Schatzes: *AMG-Geschäftsführer Stefan Scherer (rechts) will die Lithium-Raffinerie zur Filmmusik von „Indiana Jones" eröffnen.*



Gesprächsbedarf und letzte Handgriffe: *Eine Woche vor der Eröffnung in der Lithium-Raffinerie von AMG*

Etwas mehr als zwei Jahre nach dem Spatenstich im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen wird in dieser Woche in Sachsen-Anhalt die erste Lithium-Raffinerie in Europa eröffnet. „Wir starten die Ramp-up-Phase und fahren die Anlage Schritt für Schritt hoch", sagt Stefan Scherer, Geschäftsführer von AMG Lithium. Die in Frankfurt am Main ansässige Tochtergesellschaft des börsennotierten Metallurgiekonzerns AMG Critical Materials, der in Amsterdam sitzt, hat rund 150 Millionen Euro in die Raffinerie gesteckt und will in der Anlage jährlich bis zu 20.000 Tonnen Lithiumhydroxid für die Herstellung von Batterien produzieren. Damit können etwa 500.000 Elektrowagen angetrieben werden. Noch in diesem Monat soll das erste batteriefähige Material aus der Raffinerie an die Hersteller von Kathodenmaterial geliefert werden, um den Qualifizierungsprozess für AMG als Zulieferer zu starten. „Da müssen wir durch, aber da müssen alle durch", sagt Scherer. Bis zum Abschluss des Qualifizierungsprozesses rechnet er mit einem halben Jahr. Danach soll die Raffinerie auf Hochtouren laufen und schon im nächsten Jahr mindestens 15.000 Tonnen Lithiumhydroxid produzieren.

Dass der Absatz von Elektroautos seit Monaten schwächelt und die Futures-Märkte für Lithium auf dem niedrigsten Niveau seit drei Jahren notieren, macht Scherer keine Sorgen. „Deswegen haben wir so auf die Tube gedrückt, wir wollten unbedingt die Ersten sein", sagt er über die Pole Position von AMG in Europa. Mit der Eröffnung der Raffinerie in Bitterfeld-Wolfen kommt das Unternehmen unter anderem der kanadischen Rock Tech Lithium zuvor, die in Brandenburg einen Lithium-Konverter bauen will. Das luxemburgische Unternehmen Livista hat angekündigt, eine Lithium-Raffinerie im niedersächsischen Emden zu errichten. Der US-Chemiekonzern Albemarle, einer der größten Lithiumhersteller der Welt, der auch in Niedersachsen vertreten ist, hat zuletzt ebenfalls laut darüber nachgedacht, in Europa zu expandieren. Der portugiesische Energiekonzern Galp und die schwedische Northvolt wollen bis zu eine Milliarde Euro in eine Lithium-Raffinerie in Portugal investieren, haben den Zeitplan erst vor wenigen Tagen aber nach hinten verschoben. Die Hersteller von Kathodenmaterial für den europäischen Batteriemarkt werden bis 2030 selbst nach konservativen Schätzungen jährlich 500.000 Tonnen Lithiumhydroxid benötigen, rechnet AMG-Manager Scherer vor. Bisher kommt das meiste batteriefähige Material aus Anlagen in China. „Die 20.000 Tonnen werden wir also immer unterkriegen", sagt Scherer über die Kapazität der Raffinerie in Bitterfeld-Wolfen in der ersten Ausbaustufe. Mit Blick auf die Profitabilität helfe AMG die eigene Lithium-Mine in Brasilien, aus der rund vier Fünftel des Rohstoffs für die Aufbereitung kommen. Die Anlage sei in der Lage, auch Material von verhältnismäßig geringer Qualität batteriefähig zu machen, was den Einkauf erleichtere und der Marge von AMG helfe. „Die Raffinerie ist ein Allesfresser", sagt Scherer.

Heinz Schimmelbusch, Vorstandschef, Chairman und größter Aktionär von AMG, macht sich trotz der aktuell schwierigen Bedingungen im Lithium-Markt ebenfalls keine Sorgen um die Profitabilität. „Es gibt bei AMG keine Aktivität, die kein Geld verdient", betont der 80 Jahre alte Manager, der in Deutschland vor allem aus seiner Zeit an der Spitze der Metallgesellschaft bekannt ist. Im zweiten Quartal des laufenden Geschäftsjahres brach das bereinigte operative Ergebnis von AMG wegen des Preisverfalls bei Lithium und Vanadium, das der Konzern aus Industrieabfällen gewinnt, um gut drei Fünftel auf knapp 40 Millionen Dollar ein. Der Umsatz rutschte um 17 Prozent auf 365 Millionen Dollar ab. „Den Stresstest haben wir bestanden", sagt Schimmelbusch. Der Börsenwert des Unternehmens hat sich seit dem Sommer vergangenen Jahres trotzdem parallel zur Entwicklung auf dem Lithium-Markt entwickelt und ist seit dem Höchststand Mitte Juli 2023 um rund 70 Prozent eingebrochen. Die Marktkapitalisierung des Unternehmens liegt mittlerweile unterhalb von 500 Millionen Euro. Schimmelbusch setzt trotzdem weiter auf das Lithiumgeschäft, das im vergangenen Jahr 70 Prozent zum bereinigten operativen Ergebnis in Höhe von 350 Millionen Dollar beisteuerte. Die Versorgung Europas mit batteriefähigem Material spielt eine strategisch wichtige Rolle. Erst im Juni hat sich AMG an einem Lithium-Projekt in Portugal beteiligt, bei dem eines der größten Lithium-Vorkommen innerhalb der Europäischen Union abgebaut werden soll. Auch an anderen Projekten ist AMG beteiligt, unter anderem bei Zinnwald Lithium im Erzgebirge. Im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen weckt die Ansiedlung von AMG ebenfalls Ambitionen. Vor knapp drei Jahren musste der Standort mit 130 Jahren Tradition noch den Rückzug des amerikanisch-chinesischen Batterieherstellers Farasis verkraften. Das Unternehmen wollte in Bitterfeld-Wolfen 600 Millionen Euro in eine Batteriefabrik investieren und 600 Arbeitsplätze schaffen, zog das Projekt Ende 2021 aber zurück. Die Lithium-Raffinerie sorgt für neues Selbstbewusstsein. „Im Vergleich mit anderen Standorten sind wir in der Wertschöpfungskette jetzt am weitesten fortgeschritten", sagt Patrice Heine, Geschäftsführer der Betreibergesellschaft des Chemieparks, über die Aktivitäten rund um die Batteriechemie. Neben AMG investiert derzeit auch der Biokraftstoffhersteller Verbio aus Sachsen-Anhalt in den Standort und baut für bis zu 100 Millionen Euro die weltweit erste Ethenolyse-Anlage zur Herstellung biobasierter Spezialchemikalien in Bitterfeld-Wolfen. Nexwafe aus Freiburg hat hier vor knapp einem Jahr den Bau seiner ersten Waferfabrik gestartet und will trotz der Turbulenzen in der Solarindustrie bis zu 70 Millionen Euro investieren. Die gesamten Investitionen der mehr als 300 Unternehmen, die im Chemiepark heute rund 14.000 Menschen beschäftigen, beziffert Heine in den vergangenen zehn Jahren auf rund zwei Milliarden Euro.

AMG beschäftigt derzeit knapp 80 Mitarbeiter im Chemiepark. Die Zahl könnte sich in den nächsten Jahren ebenso wie die Investitionen des Unternehmens am neuen Standort mehr als verdoppeln. AMG verfügt über ausreichend Flächen, um die Produktionskapazität in Bitterfeld-Wolfen auf bis zu 100.000 Tonnen Lithiumhydroxid auszuweiten. „Das ist der Plan, wir können die zusätzlichen Module aber auch an einem anderen Standort errichten", sagt AMG-Manager Scherer, der bereits in die Planung für eine neue Anlage eingestiegen ist, die Lithiumkarbonat raffinieren kann. Das Lithiumsalz soll künftig ohne Umweg aus der eigenen Mine in Brasilien kommen, wo AMG eine Anlage zur Umwandlung von Lithiumkonzentrat in Lithiumkarbonat errichten will. „Dieser Baustein in der Wertschöpfungskette fehlt uns noch", sagt Scherer. Das Lithiumkonzentrat von AMG aus Brasilien macht auf dem Weg nach Bitterfeld deshalb einen Umweg über China, wo es zu technischem Lithiumhydroxid aufbereitet wird. „Wir haben in Bitterfeld-Wolfen den Teil aufgebaut, der am Ende über die Qualität entscheidet", sagt Scherer.

Evonik setzt sich neuen Forschungsfokus

Innovationsstrategie soll zusätzlichen Umsatz von 1,5 Milliarden Euro bringen

joja. DÜSSELDORF. Wenn heute Reifen von Autos oder Lastkraftwagen recycelt werden, landet das daraus entstehende Gummimehl selten in einem neuen Reifen. Eher in Straßenbelägen, anderem Baumaterial oder etwa Sportböden. Für die Reifenproduktion müsste nämlich altes Gummi mit neuem verbunden werden, was bislang während der abermaligen Vulkanisation nicht so gut gelingt. Bei der Vulkanisation wird Kautschuk mit Druck und Hitze widerstandsfähig gemacht. Das ist der wohl wichtigste Prozess in der Reifenherstellung.

Bei der Verbindung von altem und neuem Gummi könnten Schwachstellen im Reifen entstehen. Deshalb zögern die Hersteller noch – an vielen Stellen wird daher an der sogenannten Devulkanisation geforscht, um das Problem zu lösen. Elastisch wird das Gummi, weil während der Vulkanisation Kautschukpolymere mit Schwefel versetzt werden: Die Forschungsfrage lautet, wie man die Schwefelbrücken aufbrechen kann, ohne die Kautschukketten zu zerstören.

Der Evonik-Forscher Christian Mani arbeitet in der Innovationseinheit Creavis daran und dabei auch mit den Anwendungstechnikern aus dem Reifenbereich des Konzerns zusammen. Das Ziel ist, die Vulkanisation zumindest teilweise rückgängig zu machen, um den Anteil recycelten Gummis in neuen Reifen zu vervielfachen. Bislang liegt er nach Branchenschätzungen nur bei fünf Prozent.

Solche Forschungsprojekte sind Teil der neuen Innovationsstrategie von Evonik, mit der der M-Dax-Konzern bis zum Jahr 2032 einen zusätzlichen Umsatz von 1,5 Milliarden Euro erreichen will – verglichen mit dem Basisjahr 2023. Dabei fokussiert sich Evonik auf drei Bereiche: biobasierte Lösungen, Anwendungen für die Energiewende und die Kreislaufwirtschaft. Der Zuwachs bis zum Jahr 2032 entspricht etwa einem Zehntel der Gesamterlöse, die Evonik im Jahr erzielt. Evonik hat zuletzt 443 Millionen Euro im Jahr für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das sind etwa drei Prozent des Gesamtumsatzes.

2015 hatte das Unternehmen angepeilt, mit den damaligen Innovationswachstumsfeldern, also etwa nachhaltigen Lösungen für Gesundheit, Kosmetik und für Additive, innerhalb von zehn Jahren einen zusätzlichen Umsatz von einer Milliarde Euro zu erzielen. Bis 2023 hatte Evonik davon 650 Millionen Euro erreicht. „Das ist angesichts der turbulenten vergangenen Jahre ein gutes Ergebnis, auf das wir künftig aufbauen werden", sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Harald Schwager am Dienstag.

Kurze Meldungen

Meta verlängert Brillendeal

Der Ray-Ban-Hersteller Essilor Luxottica hat den 2019 geschlossenen Partnerschaftsvertrag mit dem US-Internetkonzern Meta zur Entwicklung intelligenter Brillen verlängert. Ziel sei die Fortsetzung der Zusammenarbeit im nächsten Jahrzehnt, teilten die Unternehmen am Dienstag mit. Mit der intelligenten Brille von Ray-Ban Meta können Verbraucher telefonieren, Musik hören und Fotos machen, indem sie einfach einen Knopf oben am rechten Brillenbügel drücken. Im Mai wurde außerdem eine Funktion für Künstliche Intelligenz (KI) hinzugefügt – allerdings nur für Kunden in den USA und Kanada. Obwohl es zunächst schwierig war, bei den Verbrauchern Fuß zu fassen, wurden von der neuesten Version, die Ende 2023 auf den Markt kam, in wenigen Monaten mehr Einheiten verkauft als von den Vorgängermodellen in zwei Jahren. Reuters

E-Autos mehrheitlich SUVs

Fährt es mit Strom, ist es meistens ein SUV: In den ersten zwei Dritteln des laufenden Jahres gehörten mehr als die Hälfte der neu zugelassenen rein batterieelektrischen Autos (BEVs) in Deutschland zu dieser Kategorie. Konkret waren es knapp 51 Prozent, wie aus aktuellen Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes hervorgeht. Nimmt man auch Geländewagen mit hinzu, die vom KBA separat gezählt, vom Verbraucher aber oft ebenfalls als SUVs wahrgenommen werden, sind es sogar knapp 55 Prozent. Minis, Klein- und Kompaktwagen zusammen machen dagegen nur knapp 26 Prozent aus. Die Dominanz der SUVs und Geländewagen ist damit bei den reinen Stromern noch größer als im Gesamtmarkt. Dort stehen sie für zusammen knapp 41 Prozent der Neuzulassungen. Und die Dominanz der SUVs im Stromerbereich ist zuletzt noch weiter gestiegen. dpa-AFX

Investor für Audi-Werk

Das Ende des Audi-Werks Brüssel rückt näher. Produktionsvorstand Gerd Walker sagte am Dienstag: „Jetzt konzentrieren wir uns mit vollem Fokus auf die gemeinsame Arbeitsgruppe und die Suche nach potentiellen Investoren." Die Nachfrage nach dem seit 2018 dort produzierten Elektro-SUV Q8 e-tron sinkt, der Mutterkonzern Volkswagen will dort kein anderes Modell als Nachfolger auflegen. Und es gebe derzeit auch keine wirtschaftlich tragbare Alternativverwendung im Volkswagen-Konzern für den Standort, teilte das Unternehmen mit. Audi habe viele Optionen geprüft, „mehr als 20 alternative Geschäftsmodelle analysiert und sie mit den Sozialpartnern im Rahmen des Informations- und Konsultationsprozesses transparent erörtert", sagte Walker. „Leider stellte sich bisher keines als wirtschaftlich und nachhaltig heraus." dpa-AFX

F.A.Z. PRO WELTWIRTSCHAFT

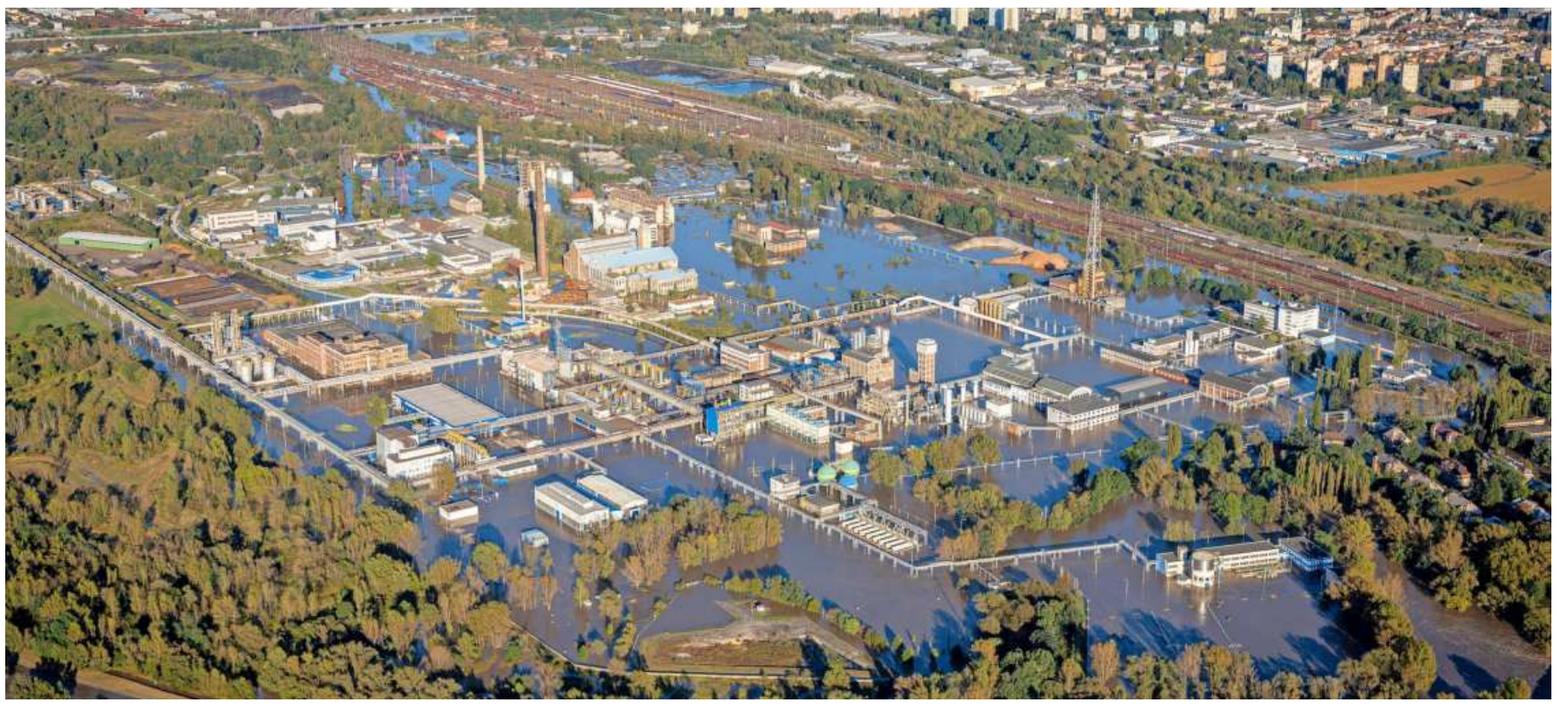
Alles Wichtige zu Globalisierung, Sicherheit und Ressourcen.

Jetzt neu: F.A.Z. PRO Weltwirtschaft
Ihr Experten-Update rund um globale Ökonomie als wöchentliches Briefing und als Website. Inklusive freiem Zugang zu allen Artikeln auf unserem Onlineportal FAZ.NET.

Jetzt 2 Monate kostenfrei testen!

F.A.Z. PRO Weltwirtschaft beleuchtet in einem neuen Informationsangebot relevante Ereignisse der Geoökonomie. F.A.Z.- und Branchen-Experten analysieren die Entwicklungen gezielt hinsichtlich ihrer Bedeutung und der daraus resultierenden Herausforderungen in Deutschland – für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge globaler Entwicklungen.

Jetzt F.A.Z. PRO Weltwirtschaft und freien Zugang zu FAZ.NET 2 Monate kostenfrei testen unter faz.net/pro-weltwirtschaft



Großflächig überschwemmt: *Chemiewerk des Unternehmens Borsodchem in der tschechischen Stadt Ostrava* Foto dpa

Unwetter trifft viele Unternehmen

Das Hochwasser in Osteuropa und Österreich bedeutet Stress für die Lieferketten. Welche Branchen trifft es, und wie schlimm wird es in Deutschland?

Von Mark Fehr und Sebastian Strauß, Frankfurt

Neben menschlichem Leid hat das Hochwasser in Österreich und Osteuropa auch Probleme für die Logistik und die Lieferketten zur Folge. Denn Überschwemmungen zwingen Fabriken in der Nähe von Flüssen zum Stillstand und blockieren wichtige Verkehrswege und Knotenpunkte.

Nach Auskunft von Mirko Woitzik vom Lieferkettendatendienstleister Everstream Analytics war am Montag die Lage etwa in der Stadt Ostrava im Osten der Tschechischen Republik oder im rohstoffreichen Niederschlesien in Polen extrem angespannt. Laut Woitzik sind viele Zulieferer des Maschinenbaus, der Autoindustrie und der Chemiebranche vom Hochwasser betroffen und haben Werke vorübergehend abgeschaltet. So stand in Ostrava ein Chemiewerk des ungarischen Unternehmens Borsodchem schon am Sonntag großflächig unter Wasser. Das Gelände liegt zwischen einer Bahnlinie und der Oder. Auch der Hauptbahnhof und der Güterbahnhof von Ostrava waren überflutet, wie Luftaufnahmen zeigen. Dort kam laut Everstream auch eine Fabrik von OKK Koksovny zum Stillstand, eines der führenden europäischen Lieferanten von Gießereikoks. Das Material wird zum Beispiel für die Stahlherstellung verwendet.

Zu den vom Hochwasser betroffenen Unternehmen zählen zudem ein Standort des amerikanischen Pharmaunternehmens Teva in Opava und das Bosch-Werk in Krnov, wo das deutsche Unternehmen Heiz- und Kondensationsboiler herstellt. Beide Städte liegen in der Tschechischen Republik. In der polnischen Stadt Prudnik erwischte es den US-Autozulieferer Henniges Automotive. Wie ein Sprecher auf Anfrage der F.A.Z. mitteilte, musste das Pharmaunternehmen Teva die Produktion vorübergehend einstellen, nachdem das Gelände am vergangenen Wochenende teilweise überflutet wurde. Am Dienstag sollte die Produktion wieder aufgenommen werden.

In Deutschland führt das Hochwasser zu Sperrungen des Schiffsverkehrs an Teilen von Oder, Donau und Elbe. Hierzulande ist die Situation glücklicherweise weit weniger kritisch als in Polen oder der Tschechischen Republik, wie eine Sprecherin der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) mitteilte. Allerdings wurden in der Nacht auf Dienstag die Höchstwasserstände auf der Donau überschritten, sodass die Schifffahrt von Passau bis zur deutsch-österreichischen Grenze eingestellt ist. Die Oder ist derzeit von Ratzdorf bis Hohensaaten gesperrt und die Elbe von Schöna bis Riesa. Der Scheitelpunkt des Hochwassers hat laut GDWS Dresden fast erreicht.

Auf der Elbe steht der Schiffsverkehr ab Dresden ohnehin, weil dort vergangene Woche eine Elbbrücke eingestürzt war. Der Transport wird daher von Schiffen auf Züge und Lastwagen verladen, sodass es nicht zu Ausfällen kommt, wohl aber zu Verspätungen und steigenden Kosten. Durch die generell langen Vorlaufzeiten im Binnenschiffsverkehr ist laut Everstream allerdings nicht mit größeren Lieferkettenbeeinträchtigungen zu rechnen. Everstream schätzt die Folgen der Lieferantenausfälle daher als größer ein als die Auswirkungen der gesperrten Wasserwege. Fachmann Woitzik verweist auf die Komplexität der Lieferketten, die dazu führe, dass schon der Ausfall eines einzigen kritischen Lieferanten das Gefüge für Monate durcheinanderwirbeln könne. Das war etwa nach der Unwetterkatastrophe in Slowenien im Jahr 2023 der Fall, die zum Ausfall von Lieferanten und zum Stillstand der Produktion auch bei großen Automarken führte. Im Sommer traf ein Unwetter in der Schweiz einen Porsche-Lieferanten, wonach der Sportwagenhersteller wegen drohender Produktionsausfälle seine Prognose nach unten korrigieren musste.

Das anhaltende Hochwasser beeinträchtigt auch den Bahn- und Güterverkehr auf wichtigen Strecken zwischen Deutschland und Südosteuropa. Die Deutsche Bahn beobachtet die Wetterlage sowie die Situation in den betroffenen Hochwassergebieten fortlaufend. „Unser Fokus liegt darauf, die von Unwettern beschädigte Infrastruktur so schnell wie möglich wieder instand zu setzen“, sagte eine Bahnsprecherin. Um dies zu gewährleisten, würden vorsorglich personelle Ressourcen, technische Ausrüstung und Reparaturfahrzeuge bereitgehalten. Während es den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) bisher gelungen sei, die Strecken über die Tauernroute und die Steiermark offen zu halten, müssten Züge in anderen Regionen zurückgehalten werden. Besonders betroffen seien Verbindungen nach Niederösterreich, Ungarn, in die Slowakei und nach Südosteuropa. Auch zwischen Südpolen und der Slowakei sowie in Richtung Tschechische Republik ist der Bahnverkehr derzeit unterbrochen.

Die Deutsche Bahn meldet zudem Einschränkungen im Fernverkehr. Betroffen sind aktuell Züge auf der Strecke zwischen Nürnberg und Wien, wobei die Halte in Linz, St. Pölten und Wien entfallen. Im Regionalverkehr gibt es bislang keine Beeinträchtigungen. Reisenden wird jedoch empfohlen, vorerst von Fahrten in die betroffenen Gebiete abzusehen. *(Kommentar Seite 22.)*

Pierer verkauft Leoni nach China

maf. MÜNCHEN. Der Nürnberger Autozulieferer Leoni wird mehrheitlich an die chinesische Luxshare verkauft. Am Dienstag unterzeichneten der Leoni-Eigentümer Stefan Pierer und die Luxshare-Vorstandschefin Grace Wang den Kaufvertrag. Der chinesische Hersteller von elektronischen Komponenten wird 50,1 Prozent an dem Unternehmen übernehmen. Bislang war der österreichische Milliardär Pierer Alleineigentümer. Mit der Transaktion wird die Luxshare-Tochtergesellschaft Time Interconnect Singapore zugleich das Kabelgeschäft von Leoni übernehmen. Nach Luxshare-Angaben beträgt der Kaufpreis 320 Millionen Euro. Leoni konnte im vergangenen Jahr den Umsatz um sieben Prozent auf 5,46 Milliarden Euro steigern, blickt aber auf schwierige Jahre zurück.

Nach dem geplatzten Verkauf der Kabelsparte kurz vor Jahresende 2022 hatte sich die hoch verschuldete Leoni in ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren geflüchtet. In dem Zug war Pierer zum alleinigen Eigentümer aufgestiegen. Es war das erste Mal, dass das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG) bei einem börsennotierten Unternehmen genutzt wurde. Leoni hatte 2022 einen Verlust von mehr als 600 Millionen Euro zu verkraften. Leoni-Großaktionär Pierer gab eine Kapitalspritze von 150 Millionen Euro und bekam dafür alle neuen Aktien, die alten Leoni-Aktien wurden damit wertlos.

„Luxshare als starker strategischer Partner wird die Wettbewerbsfähigkeit der Leoni in allen Bereichen deutlich nach vorne bringen – von der Erweiterung des Portfolios über den Marktzugang bis hin zu den technologischen Fähigkeiten und der Produktion“, sagte Leoni-Vorstandsvorsitzender Klaus Rinnerberger. „Mit der Luxshare-Gruppe haben wir den perfekten Partner gefunden, um den langfristigen Erfolg von Leoni zu sichern“, betonte Pierer.

Der erste Schritt zur Stahlsanierung

Thyssenkrupp beauftragt Wirtschaftsprüfer mit Gutachten zur Tochtergesellschaft

nab. DÜSSELDORF. Im Konflikt zwischen dem Thyssenkrupp-Konzern und seiner sanierungsbedürftigen Stahlsparte Thyssenkrupp Steel Europe (TKSE) gibt es Bewegung: Mutter- und Tochtergesellschaft haben das lange diskutierte Sanierungsgutachten für TKSE in Auftrag gegeben, wie der Vorstandssprecher der Sparte, Dennis Grimm, der F.A.Z. bestätigte. Unabhängige Wirtschaftsprüfer sollen nun den Finanzierungsbedarf der Sparte im Zuge ihrer Verselbständigung ermitteln.

Streng genommen wurden sogar zwei Gutachten beauftragt, wie Grimm ausführte: ein sogenanntes IDW-S6-Gutachten „zur Überprüfung der langfristigen Fortführungsperspektive“ und ein IDW-S11-Gutachten, „das die kurzfristige Fortführungsfähigkeit“ des Unternehmens über ein bis zwei Jahre bewertet. IDW-S11-Gutachten treffen eine Prognose, ob eine Insolvenz droht, insofern werden sie in der Öffentlichkeit gern als Warnsignal begriffen. Im Thyssenkrupp-Konzern allerdings war im Vorfeld zu hören gewesen, dass es vornehmlich darum gehe, öffentlich geschürte Insolvenzängste zu beschwichtigen. Es wird erwartet, dass dieses kurzfristige Gutachten schnell fertig wird, vermutlich noch in diesem Jahr.

Für die Restrukturierung dürfte das langfristigere IDW-S6-Gutachten spannend werden. Es werde „wichtige Erkenntnisse für die weitere Planung und Finanzierung der Stahlsparte liefern, die in den Entscheidungsprozess zur Neuaufstellung mit einfließen“, sagte Grimm. Das ist komplex und dürfte über den Jahreswechsel hinaus Zeit brauchen. Die Arbeitnehmerbank von TKSE hat deutlich gemacht, dass sie nicht bereit ist, über Arbeitsplatzabbau zu diskutieren, bevor das Gutachten vorliegt.

Thyssenkrupp möchte die Stahlsparte sanieren, aus dem Konzern lösen und verselbständigen. Bislang hat der Konzern schon 20 Prozent der Anteile an die Holding EPCG des tschechischen Milliardärs Daniel Křetínský verkauft. Perspektivisch soll Křetínskýs Holding weitere 30 Prozent übernehmen, sodass ein 50:50-Joint-Venture entsteht. Indes erschwert gerade ein weiteres Thema die Lage bei TKSE: das Risiko, dass der Bau der geplanten milliardenteuren und hoch subventionierten Anlage zur Grünstahlproduktion (DRI-Anlage) in Duisburg noch teurer werden könnte. Offiziell gibt es vom Konzern keine Angaben dazu, um welche zusätzlichen Summen es geht, die Situation werde gerade bewertet, und man gehe aktuell davon aus, dass die Anlage „unter den gegebenen Rahmenbedingungen realisiert werden kann“.

Doch überall werden Sorgen mit Blick auf das Projekt laut. Auf dem Stahlgipfel am Montag in Duisburg war die DRI-Anlage Thema auf fast jedem Podium. Die Förderung vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen ist gewaltig – bis zu zwei Milliarden Euro Staatsgeld insgesamt. Die genaue Förderhöhe ist davon abhängig, wie schnell die Anlage mit grünem Wasserstoff läuft. Das Projekt ist von immenser Bedeutung weit über Thyssenkrupp hinaus, wie am Dienstag auf dem Hy-Summit-Rhein-Ruhr, einem Wasserstoffwirtschaftstreffen in Dortmund, deutlich wurde.

Ein Ankerabnehmer in der Größe der DRI-Anlage sei entscheidend für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland, bestätigte dort Graham Weale, Energieökonom an der Ruhr Universität Bochum vor Journalisten. Wer sage, dass der gesamte Wasserstoffhochlauf scheitere, falls dieses Projekt scheitere, liege „nicht ganz falsch“. Zwar könne der Wasserstoffhochlauf in Deutschland nicht von einem Abnehmer in NRW abhängen, aber: „Man braucht eine gewisse Schwelle.“ Falle die DRI-Anlage weg, sei der Weg, sie zu erreichen, bedeutend länger.

Media Frankfurt

Ihre Botschaft am Flughafen – Eine attraktive Anlage in Markenbekanntheit.

**Zeigen Sie sich am Flughafen Frankfurt.
Das Tor zur Welt.**

Mehr erfahren:

**Media Frankfurt.
Der Nr. 1 Flughafenvermarkter.**

Mehr Umsatz mit Anzeigen

brn. FRANKFURT. Der Online-Vermarkterkreis des Bundesverbandes Digitale Wirtschaft geht in diesem Jahr von einem Wachstum der Umsätze mit digitaler Anzeigenwerbung in Deutschland von 11,7 Prozent aus. Laut Zahlen, die an diesem Mittwoch veröffentlicht werden, steigt der Umsatz damit auf rund 6,2 Milliarden Euro. Rund 4,5 Milliarden Euro entfallen dabei auf programmatische Werbeanzeigen, also solche, die auf den Nutzer eines Mediums zugeschnitten wurden und nicht von einem Werbekunden gebucht sind. 46 Prozent des Umsatzes werden durch Online-Video-Werbung erwirtschaftet. Seit 2022 ist der Anteil der Videowerbung am Gesamtumsatz um 11 Prozentpunkte gestiegen. Am stärksten wuchsen die Werbeausgaben für digitale Anzeigen in der Branche Kunst, Kultur und Unterhaltung – satte 1622 Prozent und insgesamt 32 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2024. Im Vergleich sind die Ausgaben allerdings noch gering. Der Dienstleistungsbereich gab im ersten Halbjahr 229 Millionen Euro aus und führt die Liste an.

Tupperware vor Insolvenz?

Reuters. FRANKFURT. Der Frischhaltedosenhersteller Tupperware steht offenbar kurz vor der Insolvenz. Das Unternehmen könnte noch in dieser Woche Gläubigerschutz beantragen, berichtete die Agentur Bloomberg am Montag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Die Vorbereitungen für den Insolvenzantrag folgten langwierigen Verhandlungen zwischen Tupperware und seinen Kreditgebern über den Umgang mit Schulden in Höhe von mehr als 700 Millionen Dollar, hieß es in dem Bericht. Tupperware reagierte zunächst nicht auf eine Anfrage von Reuters zur Stellungnahme. Das 1946 gegründete Unternehmen, das in den 1950er-Jahren durch „Tupperpartys“ populär wurde, kämpft seit geraumer Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten. Trotz eines kurzen Aufschwungs während der Corona-Pandemie gingen die Umsätze in den vergangenen Quartalen zurück. Schon im März hatte das Unternehmen vor Liquiditätsproblemen gewarnt und Zweifel am Fortbestand geäußert.

RTL sagt Übernahme ab

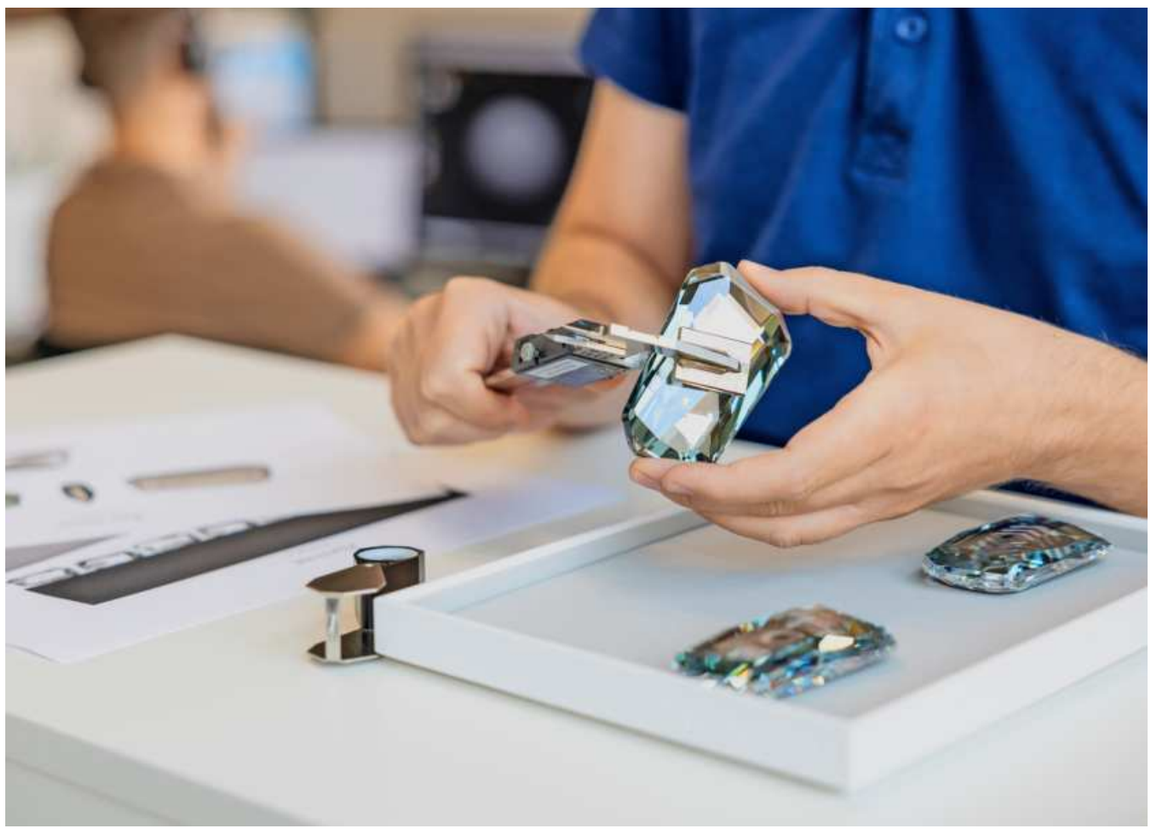
Reuters. DÜSSELDORF. Nach dem angekündigten Verbot des Zusammenschlusses von Super RTL und dem Kindersender Nickelodeon durch das Bundeskartellamt haben die Sender ihre Fusion abgesagt. RTL und die Nickelodeon-Muttergesellschaft Paramount hätten die Anmeldung des Vorhabens zurückgezogen, teilten die Wettbewerbshüter am Dienstag mit. „Das von RTL und Paramount geplante Zusammenschlussvorhaben hätte den Bereich der Bewegtbildwerbung für die Zielgruppe Kinder von drei bis 13 Jahren betroffen“, sagte der Präsident des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt. Dieser Werbemarkt weise so deutliche Besonderheiten auf, dass er von sonstiger Werbung abzugrenzen gewesen sei.

RTL Deutschland hatte im April angekündigt, Inhalte des deutschsprachigen Kindersenders Nickelodeon vom US-Unternehmen Paramount zu übernehmen. Die Kindersparte Super RTL sollte ein Nickelodeon-Rechtepaket sowie die Satellitenfrequenz für einen linearen Sender erhalten.

Schmuck zieht in unsicheren Zeiten

Kristallproduzent Swarovski übertrifft das Wachstum des gesamten Marktes und punktet mit Zuchtdiamanten. Auch die Automobilindustrie kommt mehr und mehr auf den Geschmack.

Von Michaela Seiser, Wien



Funkelnd: *Das Geschäftsfeld Mobility wird für Swarovski immer wichtiger.* Foto Thomas Steinlechner

Klunker sind in wirtschaftlich schwierigen Phasen ein gutes Geschäft. Den Eindruck vermittelt der Kristallspezialist Swarovski. „Im ersten Halbjahr bilanzierte das Tiroler Traditionsunternehmen im Schmucksegment mit einem Wachstum von neun Prozent, während der Gesamtmarkt nur um zweieinhalb Prozent zulegte“, sagte der Vorstandsvorsitzende Alexis Nasard auf Anfrage der F.A.Z. Dieses Wachstum liegt deutlich über dem von wichtigen Luxusmarken der Branche. Besonders floriert der elektronische Handel mit einem Zuwachs von 14 Prozent.

Mit Ausnahme Chinas punktet Swarovski in allen Märkten, in denen das Unternehmen aktiv ist. Tatsächlich stößt der Ansatz, die Marke im erschwinglichen Luxussegment zu etablieren (LUXignite-Strategie), auf Zuspruch in verschiedenen Regionen, auf diversen Kanälen und in vielen Segmenten. Man sei entschlossen, sie diszipliniert weiter voranzutreiben, heißt es. Zugleich sieht das Management Anzeichen dafür, dass sich die Verbraucherstimmung insgesamt verschlechtert, als Folge des kumulativen Effekts der Inflation seit dem Ende der Covid-Pandemie. China bleibt ein Sonderfall, da hier strukturelle und marktrelevante Probleme zusammenkommen. Als zentraler Treiber für die überdurchschnittliche Entwicklung im Vergleich zum Luxusmarkt nennt das Management die Pop-Luxus-Positionierung Swarovskis mit einer breiten Preispalette, die von 80 Euro bis 250.000 Euro reicht.

Vor allem dank Schmuck ist das Kristallimperium zu einem der größten Familienunternehmen im deutschsprachigen Raum herangewachsen und wird deshalb auch als Tiroler Buddenbrooks bezeichnet: „Mehr als 80 Prozent unseres Umsatzes machen wir mit Schmuck, vor allem mit Halsketten und Armbändern. Das Matrix-Tennis-Armband ist beispielsweise sehr beliebt, wir verkaufen alle fünf Minuten eines. Mit der näher rückenden Feiertagssaison wird, wie jedes Jahr, das Annual Edition Ornament bis Weihnachten zu einem Bestseller.“

Zudem umfasst das Geschäftsfeld Swarovski Mobility einen immer größer werdenden Anteil des Gesamtgeschäfts. Die Tiroler agieren als Lieferant für Hersteller von Luxusfahrzeugen und wollen Kristall als Designstandard für Materialien in der Automobilindustrie etablieren. Vor einigen Jahren stieg Swarovski hier ein. Ein Drittel der derzeitigen Kristallproduktion in Wattens entfalle schon auf dieses Segment.

Schließlich spielen im Labor gezüchtete Diamanten eine wichtige Rolle. „Der Markt für im Labor gezüchtete Diamanten wächst rasant und macht bereits die Hälfte des Diamantenmarktes in den Vereinigten Staaten aus, und wir erwarten, dass sich dieses Wachstum in den kommenden Jahren fortsetzen wird.“ Auch die ersten Ergebnisse in Asien und Europa seien sehr vielversprechend. Die gezüchteten Diamanten sprechen zudem eine schnell wachsende Bevölkerungsgruppe an – Millennials, also Menschen, die zwischen den frühen Achtzigerjahren und den späten Neunzigerjahren geboren sind, sowie Gen-Z-Vertreter, also zwischen 1997 und 2010 Geborene. Diese Generation ist die erste Generation, die mit digitalen Technologien aufgewachsen ist. „Diese wissen die Tatsache zu schätzen, dass unsere Kollektionen mit 100 Prozent erneuerbarer Energie und aus recyceltem Gold hergestellt werden.“

Unter diesen Bedingungen sieht Nasard auch eine stabile Entwicklung in der Ertragskraft. „Wir haben die feste Absicht, mittelfristig branchenübliche Margen zu erzielen, also zweistellige operative Renditen, und wir sind auf einem guten Weg dorthin. Wenn wir die Umstrukturierungskosten außen vor lassen, war das Unternehmen bereits im vergangenen Jahr profitabel, und wir sind entschlossen, diese wertschaffende Dynamik beizubehalten.“

Im Vorjahr betrug der Umsatz 1,83 Milliarden Euro. Das Personaltableau mit rund 18.000 Beschäftigten soll stabil bleiben – abgesehen von der „natürlichen“ Fluktuation. Auch will Swarovski an dem Hochlohnstandort Österreich weiterhin investieren. „Die Stückkosten werden von verschiedenen Komponenten beeinflusst, insbesondere von Arbeits- und Energiekosten. Die gute Nachricht ist, dass die Energiekosten in Österreich seit nunmehr acht Monaten in Folge sinken. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Arbeitskosten eine Herausforderung bleiben. Auf jeden Fall bleiben wir Österreich und dem Standort Wattens treu – dem Ursprung unseres Unternehmens, wo unser berühmtes Savoir-faire, mit dem wir unsere Kristalle herstellen, beheimatet ist. Wir beabsichtigen auch weiterhin, in diesen Standort zu investieren, indem wir unsere Technologie weiterentwickeln.“

Der Kristallkonzern hatte sich in den vergangenen Jahren mit starken Turbulenzen konfrontiert gesehen. Dies betraf sowohl die Konzernführung als auch die wirtschaftliche Situation, nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise. Der frühere Vorstand Robert Buchbauer leitete einen Umbau des Konzerns – mitsamt großflächigen Kündigungen in Wattens – ein, mit dem ein Teil des Familienclans nicht einverstanden war. Erstmals übernahm schließlich vor zwei Jahren mit Nasard eine familienfremde Person die Unternehmensführung. Nach einer Aufstellung des Unternehmensberaters Deloitte gehört Swarovski zu den größten drei Dutzend Luxusgüterherstellern der Welt.

Wissing will Revision der CO_2-Flottengrenzwerte

Kritik an EU bei Eröffnung der IAA Transportation

tp. HANNOVER. Eine Revision der europäischen Flottengrenzwerte für neu zugelassene Fahrzeuge hat Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) gefordert. Die ambitionierten Ziele der EU hätten einen wichtigen Anstoß gegeben zur Entwicklung von klimafreundlicher Technik, sagte Wissing bei der Eröffnung der Nutzfahrzeugmesse IAA Transportation in Hannover. Die Unternehmen dürften aber nicht überfordert werden. „Die EU verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie Ziele setzt, die nicht erreicht werden können“, sagte Wissing. In anderen Gegenden der Welt seien im Vergleich zur EU die Ziele nicht so hoch gesetzt. Verglichen mit diesen Ländern würde die europäische Industrie geschwächt, wenn nun wegen der in Brüssel festgesetzten Ziele hohe Strafzahlungen fällig würden. „Umweltschutz und Industriepolitik müssen besser in Einklang gebracht werden“, sagte der Bundesverkehrsminister dazu. „Wir brauchen ambitionierte Ziele, aber wir dürfen den Bogen nicht überspannen.“

Für schwere Nutzfahrzeuge hat die EU vorgegeben, dass ausgehend von den Daten aus dem zweiten Halbjahr 2019 und dem ersten Halbjahr 2020 die CO_2-Emission neu zugelassener Nutzfahrzeuge bis 2025/26 um 15 Prozent verringert werden muss, um 45 Prozent bis 2030 und um 65 Prozent bis 2035. Die zuletzt Anfang 2024 modifizierte Vorschrift für schwere Nutzfahrzeuge 2027 soll nochmals überprüft werden. Für Autos, wo die Vorgaben für die Flottengrenzwerte ähnlich sind, war bisher eine Überprüfung 2026 geplant.

Wissing teilte nun ausdrücklich die Forderung von Hildegard Müller, der Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), die Überprüfungstermine für diese EU-Flottengrenzwerte um jeweils ein Jahr vorzuziehen. Ohne Modifikationen drohen den Pkw-Herstellern hohe Strafen, weil die Nachfrage nach Elektroautos nicht so wächst wie erhofft. Die Lastwagenhersteller stehen vor dem Dilemma, dass auf der Nutzfahrzeugmesse in Hannover alle Anbieter neue Serienmodelle mit batterieelektrischem Antrieb vorgestellt haben, einige auch Nutzfahrzeuge mit Wasserstoffantrieben, während gleichzeitig die spezifisch auf Lastwagen zugeschnittene Infrastruktur zum Laden und oder zum Wasserstoff tanken noch vollständig fehlt.

„Was bis vor Kurzem noch eine Vision war, ist jetzt Realität“, sagte VDA-Präsidentin Müller. „Auf der Messe gibt es nun die serienreifen Nutzfahrzeuge, batterieelektrisch betrieben oder mit Wasserstoff“. Die Nutzfahrzeughersteller und Zulieferer zeigten ihre Innovationskraft und hätten sich als Taktgeber der Transformation zu klimaneutralen Antrieben erwiesen. Doch um die neuen Produkte nun nutzen zu können, sei nun auch eine internationale Lösung für die Infrastruktur zu den neuen Antrieben nötig. „Die Innovationsstärke der Nutzfahrzeughersteller ist keine Selbstverständlichkeit, und sie ist an Voraussetzungen geknüpft.“ Die wurden bisher aber nicht geliefert. Die EU habe nur die Flottengrenzwerte beschlossen, aber nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen, damit sie auch erreicht werden könnten. Generell meinte Müller: „Das Konzept der überbordenden Regulierung ist gescheitert.“

Als Zeichen der Bemühungen um die Ladeinfrastruktur berichtete der Bundesverkehrsminister, dass am Montag die Ausschreibung für 4000 Lkw-Ladepunkte gestartet sei, an 350 Standorten entlang der Autobahnen, darunter an 130 unbewirtschafteten Autobahnparkplätzen, denjenigen ohne Rasthaus. Zugleich halte die Bundesregierung an ihrer Wasserstoffstrategie fest. Diese müsse weiter gefördert werden. Wie die VDA-Präsidentin wandte sich auch der Bundesverkehrsminister gegen die von der EU-Kommission beschlossenen Sonderzölle auf Elektrofahrzeuge aus China. „Wir brauchen keine Zölle, sondern offene Märkte mit einheitlichen und fairen Wettbewerbsbedingungen.“

Amazon schränkt Homeoffice ein

Fünf Tage im Büro sollen wieder Standard werden

dpa-AFX. SEATTLE. Amazon-Angestellte sollen bald wieder fünf Tage je Woche ins Büro kommen. Das gemeinsame Arbeiten sei effizienter und schweiße die Teams mehr zusammen, argumentierte Konzernchef Andy Jassy in einer E-Mail an die Mitarbeiter.

Aktuell darf man bei Amazon grundsätzlich zwei Tage in der Woche im Homeoffice bleiben. Die neue Regelung solle von Anfang Januar an gelten, damit die Beschäftigten ihre Lebensumstände daran anpassen könnten, schrieb Jassy.

Zugleich werde es – wie vor der Corona-Pandemie – möglich sein, manchmal von zu Hause aus zu arbeiten, etwa wenn ein Kind krank sei oder man sich auf eine Arbeitsaufgabe konzentrieren wolle. In den beiden Zentralen des Onlinehändlers in Seattle und Arlington bei Washington sollen auch wieder feste Arbeitsplätze statt der zuletzt üblichen Schreibtischbuchungen eingeführt werden.

Nachdem auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie die Büros monatelang weitgehend leer blieben, fingen viele Unternehmen schrittweise damit an, die Beschäftigten aus dem Homeoffice zurückzuholen. In Seattle, wo Amazon unter anderem mehrere Hochhäuser in der Innenstadt hat, sorgte das Arbeiten von zu Hause aus für Umsatzeinbußen in Läden und Restaurants. Andere US-Technologiekonzerne wie Apple fanden eine Balance bei drei Tagen die Woche im Büro.

FIRMENINDEX Seite

Albemarle 19
Amazon 21
AMG 19
Apple 21
ASML 17
Audi 19
Borsodchem 20
Bosch 20
Bytedance 17
Commerzbank 23
Deutsche Bahn 20
EPCG 20
Essilor Luxottica 19
Evonik 19
Galp 19
Goldman Sachs 23
Intel 17, 18
J.P. Morgan 23
KK Koksovny 20
Leoni 20
Livista 19
Luxshare 20
M.M. Warburg 18
Meta 19
Nickelodeon 20
Northvolt 19
Paramount 20
Porsche 20
RTL 20
Sioux Technologies 17
Swarovski 21
Tennet 17
Teva 20
Thyssenkrupp 20
Tiktok 17
Tupperware 20
Unicredit 23
Verbio 19
Wolfspeed 22
ZF 22

Anzeige

Frankfurter Allgemeine SELECTION

Rheingauer Riesling Brut 2017 F.A.Z.-Edition

Ein fulminanter Weinjahrgang für einen großen Sekt, der es aushält, mit Kraft zu spielen, ohne dabei an Finesse einzubüßen. Nach 52 Monaten Hefelager besticht er mit feinen Röstaromen sowie Aromen von reifem Steinobst und Kräutern.

Sichern Sie sich die Flasche für 19,90 Euro zzgl. Versandkosten.

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolle Produkte – exklusiv für F.A.Z.-Leser gefertigt.

faz.net/selection
Info: (069) 75 91-10 10

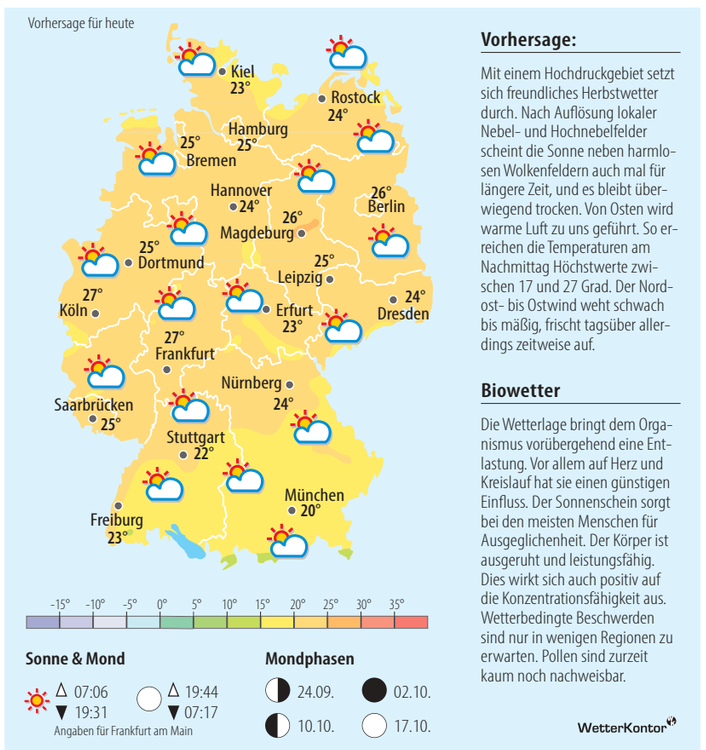
Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

Städtewetter Deutschland

	18.09.	19.09.	20.09.
Aachen	24°	23°	22°
Arkona	23°	23°	23°
Berlin	26°	24°	24°
Bremen	25°	24°	24°
Brocken	15°	13°	14°
Cottbus	26°	24°	24°
Cuxhaven	24°	23°	23°
Dresden	24°	21°	22°
Düsseldorf	26°	24°	24°
Erfurt	23°	20°	22°
Essen	24°	23°	23°
Feldberg	9°	11°	13°
Feldberg/Ts.	20°	20°	20°
Frankfurt	27°	25°	25°
Freiburg	23°	23°	23°
Garmisch	17°	18°	19°
Greifswald	23°	23°	23°
Großer Arber	13°	12°	13°
Hamburg	25°	24°	24°
Hannover	24°	23°	23°
Helgoland	20°	20°	20°
Hof	21°	19°	20°
Kahler Asten	19°	18°	17°
Karlsruhe	25°	24°	23°
Kassel	25°	23°	23°
Köln	27°	26°	25°
Konstanz	20°	20°	21°
Leipzig	25°	22°	23°
Lübeck	23°	22°	23°
Magdeburg	26°	24°	24°
Mannheim	25°	24°	24°
München	20°	20°	20°
Norderney	22°	22°	23°
Nürnberg	24°	22°	23°
Oberstdorf	17°	18°	20°
Osnabrück	25°	25°	25°
Passau	24°	23°	23°
Rostock	24°	23°	24°
Saarbrücken	25°	25°	24°
Stuttgart	22°	22°	23°
Sylt	22°	22°	22°
Trier	26°	25°	25°
Zugspitze	2°	2°	4°

Prognosen der Tageshöchsttemperaturen



Vorhersage:

Mit einem Hochdruckgebiet setzt sich freundliches Herbstwetter durch. Nach Auflösung lokaler Nebel- und Hochnebelfelder scheint die Sonne neben harmlosen Wolkenfeldern auch mal für längere Zeit, und es bleibt überwiegend trocken. Von Osten wird warme Luft zu uns geführt. So erreichen die Temperaturen am Nachmittag Höchstwerte zwischen 17 und 27 Grad. Der Nord- bis Ostwind weht schwach bis mäßig, frischt tagsüber allerdings zeitweise auf.

Biowetter

Die Wetterlage bringt dem Organismus vorübergehend eine Entlastung. Vor allem auf Herz und Kreislauf hat sie einen günstigen Einfluss. Der Sonnenschein sorgt bei den meisten Menschen für Ausgeglichenheit. Der Körper ist ausgeruht und leistungsfähig. Dies wirkt sich auch positiv auf die Konzentrationsfähigkeit aus. Wetterbedingte Beschwerden sind nur in wenigen Regionen zu erwarten. Pollen sind zurzeit kaum noch nachweisbar.

WetterKontor

Sonne & Mond

△ 07:06 ▼ 19:31
△ 19:44 ▼ 07:17
Angaben für Frankfurt am Main

Mondphasen

24.09. 02.10. 10.10. 17.10.

Wetter in Deutschland heute

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern

Zu Beginn häufig trüb durch Nebel oder Hochnebel, im Tagesverlauf in den meisten Regionen jedoch immer freundlicher und auch überwiegend trocken. Temperaturen zwischen 21 und 27 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordost bis Ost. An der Küste zeitweise frische Böen.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen:

Nach Auflösung von Nebel und Hochnebel häufig Sonnenschein und meist nur lockere Wolkenfelder, überall trocken. Am Nachmittag Temperaturen zwischen 22 und 27 Grad. Dabei ein schwacher bis mäßiger Wind aus Nordost bis Ost. Im Südwesten frische bis starke Böen.

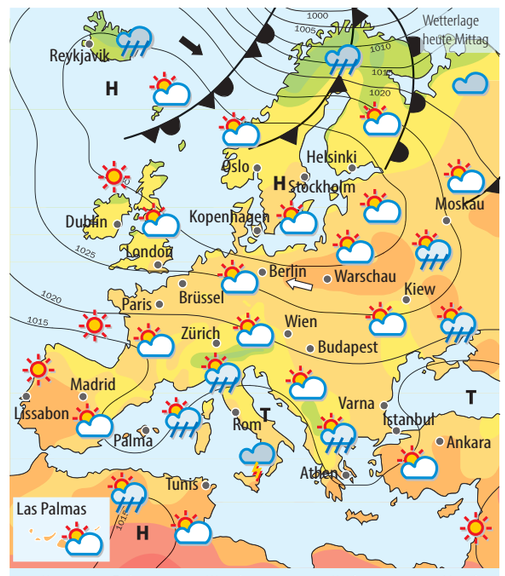
Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Überwiegend freundlich und trocken, nur anfangs teilweise noch Nebel- oder Hochnebelfelder. Am Nachmittag Temperaturen bei Werten zwischen 20 und 26 Grad. Schwacher bis mäßiger Nordostwind. Gebietsweise frische bis starke Böen.

Baden-Württemberg, Bayern

Anfangs gebietsweise noch viele Wolken- oder Nebelfelder, später Sonnenschein und Wolken im Wechsel, einzelne Regenschauer nicht ausgeschlossen. Höchstwerte zwischen 17 und 25 Grad. Mäßiger Wind aus östlichen Richtungen. Dabei frische bis starke Böen möglich.

Weitere Wetterinformationen und -daten finden Sie im Internet: **www.faz.net**



Städtewetter in Europa

	18.09.	19.09.	20.09.
Amsterdam	23°	24°	23°
Athen	28°	28°	28°
Barcelona	23°	24°	24°
Belgrad	23°	24°	24°
Bozen	23°	24°	25°
Brüssel	24°	24°	23°
Budapest	22°	21°	21°
Bukarest	26°	23°	26°
Dublin	18°	19°	19°
Dubrovnik	22°	21°	23°
Helsinki	19°	21°	21°
Istanbul	24°	23°	25°
Kiew	22°	24°	25°
Kopenhg.	21°	21°	21°
Las Palmas	26°	26°	26°
Lissabon	28°	26°	25°
Ljubljana	19°	19°	20°
London	23°	24°	23°
Madrid	27°	25°	24°
Mailand	20°	23°	24°
Malaga	27°	26°	27°
Mallorca	25°	26°	27°
Moskau	25°	23°	22°
Neapel	24°	23°	26°
Nizza	21°	23°	24°
Oslo	19°	20°	18°
Palermo	25°	25°	25°
Paris	25°	25°	24°
Prag	22°	20°	20°
Riga	20°	19°	19°
Rom	23°	22°	25°
Sofia	16°	19°	21°
Stockholm	20°	21°	22°
St. Petersbg.	20°	21°	19°
Venedig	22°	23°	24°
Warschau	26°	24°	24°
Wien	22°	21°	21°
Zürich	19°	20°	21°

Städtewetter Afrika

	18.09.	19.09.	20.09.
Accra	24°	24°	25°
Algier	28°	27°	29°
Casablanca	26°	26°	26°
Johannesburg	28°	29°	22°
Kairo	35°	36°	38°
Kapstadt	15°	15°	20°

Städtewetter Nordamerika

Chicago	31°	32°	33°
Los Angeles	24°	24°	25°
Miami	35°	34°	34°
Montreal	26°	25°	23°
New York	23°	21°	23°
Vancouver	20°	19°	19°

Städtewetter Lateinamerika

Buenos Aires	26°	23°	24°
Caracas	35°	35°	35°
Lima	18°	18°	19°
Mexiko-Stadt	22°	22°	22°
Rio de Janeiro	25°	27°	30°
Santiago	17°	17°	19°

Städtewetter Naher Osten

Ankara	26°	23°	24°
Antalya	29°	31°	32°
Bagdad	36°	36°	37°
Dubai	42°	43°	43°
Riad	40°	38°	39°

Städtewetter Asien

Bangkok	25°	31°	33°
Hongkong	34°	32°	33°
Shanghai	29°	29°	28°
Neu Delhi	30°	30°	33°
Peking	30°	30°	19°
Seoul	32°	32°	27°
Tokio	30°	30°	29°

Australien und Neuseeland

Auckland	14°	17°	17°
Melbourne	18°	15°	15°
Sydney	27°	27°	25°

Das besondere Wetterereignis

Laut Berechnungen des Britischen Wetterdienstes Met Office war der Sommer 2024 im Vereinigten Königreich der kühlste seit dem Jahr 2015.

Muss Kosten senken, weil die E-Mobilität nicht in Fahrt kommt: *ZF-Vorstandschef Holger Klein am Messestand auf der IAA Transportation* Foto Helge Krückeberg

„Allein über Widerstand werden wir die Situation nicht lösen“

Der Zulieferer ZF will bis zu ein Viertel seiner Stellen in Deutschland abbauen. Die Betriebsräte des Stiftungskonzerns reagieren mit wütenden Protesten. ZF-Chef Holger Klein bittet um konstruktive Gespräche statt Trillerpfeifen und roter Fahnen. Werksschließungen nennt er die Ultima Ratio.

Herr Klein, steckt der Technologiekonzern ZF in der größten Krise seiner Unternehmensgeschichte?
Nein, das würde ich so nicht unterschreiben. ZF geht gerade durch alle Höhen und Tiefen der Transformation. Das ist einerseits – mit Blick auf die Elektromobilität und das softwaredefinierte Fahrzeug – eine technologische Transformation und andererseits eine Transformation hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit. Dabei müssen wir Strukturen anpassen und auf die aktuelle Konjunkturschwäche reagieren. Das ist insgesamt sehr herausfordernd.

Welche Rolle spielen die schwierige Lage der Branche und Herausforderungen der Transformation, und wie schwer wiegen eigene Fehler, die Ihr Unternehmen hätte vermeiden können?
Es gibt immer Aspekte, die man im Nachhinein besser, schneller, anders hätte machen können. Aber neue Elektronikstrukturen und neue Fahrzeugarchitekturen werden sowohl Autos als auch Lastwagen fundamental verändern. Wir haben sicher Nachholbedarf an der einen oder anderen Stelle, aber das gehen wir jetzt systematisch an – uns ist bewusst, dass das viele Mitarbeiter verunsichert.

Sie haben vor einigen Wochen angekündigt, bis 2028 zwischen 11.000 und 14.000 Stellen in Deutschland abzubauen. Das ist eine enorme Bandbreite. Wie kommt diese Spanne zustande?
Die Zahl hängt letztlich von den Märkten und der Konjunktur ab. Bei uns steht keiner morgens auf und sagt, wir restrukturieren gern. Das sind Schritte, die uns schmerzen. Allerdings bin ich überzeugt, dass wir, wenn wir jetzt nicht reagieren, später noch drastischere Maßnahmen ergreifen müssten. Wir planen die Anpassungen bis Ende 2028, ein Zeitraum, der es uns erleichtert, den Umbau so sozialverträglich wie möglich zu gestalten.

Können Sie betriebsbedingte Kündigungen ausschließen?
Wir wollen sie vermeiden. Das hängt aber maßgeblich von der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Standorte ab, die wir uns jetzt genau anschauen. Und das hängt auch von der sich weiter abschwächenden Autokonjunktur ab: Die Hersteller bauen und verkaufen ja deutlich weniger Autos als geplant. Schon jetzt sind wir stark gefordert, um darauf flexibel zu reagieren.

Das ist kein Ja …
Nein, das ist es nicht. Wir wollen auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Aber gänzlich ausschließen können wir sie in diesen Zeiten nicht.

In welchen Bereichen wollen Sie in Deutschland Stellen abbauen?
Es geht vor allem um die Transformation hin zur Elektromobilität – und um die Frage, ob die EU-Richtlinien auch 2035 noch Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge erlauben. Wir sind überzeugt, dass das eine Brückentechnologie sein kann, die hilft, Kohlendioxid zu reduzieren. Das wäre hilfreich für ZF – nicht zuletzt für unser Getriebewerk in Saarbrücken. Dann könnte in ganz Deutschland eine Reduktion von 11.000 Stellen überwiegend in der Produktion reichen.

Wie wird sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitsplätze von ZF im Ausland verändern?
Das ist nicht eindeutig zu beantworten, weil wir im Ausland teils Werke bauen, während wir zugleich an anderen Orten Fabriken schließen. In Summe wird die Zahl der Jobs weltweit wohl leicht sinken, auch weil wir hier in Deutschland stärker reduzieren müssen. Wichtig ist, es handelt es sich nicht um eine Verlagerung von Jobs ins Ausland, sondern um die Anpassung an regionale Bedarfe. Aber die reinen Zahlen sagen nichts aus, unsere Mitarbeiter wollen wissen, wie sie persönlich betroffen sind. Darum kümmern wir uns jetzt – vor allem, um das sozialverträglich zu erreichen.

Barbara Resch, Bezirksleiterin der IG Metall Baden-Württemberg, sieht vor allem Managementfehler als Grund für die Krise. ZF habe über Jahre Probleme moderiert, statt Probleme zu lösen, Entscheidungen wären nicht getroffen worden, bei den Produkten für die E-Mobilität habe ZF falsch kalkuliert. Hat die Gewerkschaft recht?
Die Autoindustrie hört von der IG Metall immer wieder den Vorwurf des Managementversagens. Zugestanden, vielleicht hätten wir das eine oder andere Thema früher angehen sollen. Nur hilft das in der jetzigen Situation nicht weiter. Stattdessen müssen wir jetzt gemeinsam mit der Gewerkschaft den Blick nach vorn richten und die Zukunft gestalten.

Wie kann das gelingen?
Wir müssen die globale Wettbewerbsfähigkeit der Werke erhöhen – und das geht nur gemeinsam mit den Betriebsräten vor Ort. Ich hoffe, dass sie jetzt schnell die Fahnen und Trillerpfeifen weglegen. Ich kann gut nachvollziehen, dass unsere Mitarbeiter ihrem Frust Ausdruck verleihen. Aber allein über Widerstand und Protest werden wir die Situation nicht lösen. Weder bei ZF noch in der Industrie.

ZF hat durch Zukäufe in den vergangenen 15 Jahren in Deutschland viele Standorte hinzubekommen. Diese Strukturen sind aber nie bereinigt worden. Wie viele Standorte stehen zur Disposition?
Wir haben in Deutschland insgesamt 36 Produktionsstandorte, die zum Teil nah beieinanderliegen. Durch Standortverbünde wollen wir nun ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze nachhaltig sichern. In einem klar definierten Prozess schauen wir uns jetzt Werk für Werk an – beginnend mit jenen, die Verluste machen oder eben nicht die erforderlichen Margen erwirtschaften.

Was ist der nächste Schritt?
Wir versuchen dann, die Produktivität zu verbessern. Wenn wir allerdings erkennen, dass bestimmte Produkte in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich hergestellt werden können und es keine Ersatzprodukte für die Werke gibt, müssen wir im Einzelfall auch Standorte schließen.

Laut IG Metall Mannheim gibt es schon eine Liste mit den gefährdeten Standorten. Auch Sie sprechen von kritischen Werken, die bereits eruiert sind. Wann werden die Entscheidungen fallen?
Es gibt aktuell nur eine Liste von Standorten, die nicht die notwendigen Zielmargen erreichen. Dort müssen Verbesserungsmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Das ist aber keine Schließungsliste. Zunächst geht es darum, Transparenz für alle Beteiligten zu schaffen und die Frage zu beantworten, was wir tun können, um eine Schließung zu verhindern. Denn das wäre dann wirklich die Ultima Ratio.

Wie hoch muss der Deckungsbeitrag der einzelnen Werke sein, damit der Gesamtkonzern schwarze Zahlen schreibt?
Mit ihren Erträgen müssen die Werke die Forschung und Entwicklung oder auch den Vertrieb mitfinanzieren. Der Deckungsbeitrag unterscheidet sich je nach Produkt, das im Werk hergestellt wird.

Wenn die einzelnen Werke eine Rendite von etwa zehn Prozent erwirtschaften, dann kommt der Gesamtkonzern auf eine schwarze Null. Stimmt diese Rechnung?
Ganz grob gesagt, stimmt das. Im Einzelnen ist es ein bisschen komplexer.

Am stärksten betroffen ist die Division für Elektrifizierte Antriebstechnologien. Was ist das Kernproblem dieses Geschäftsbereichs?
Im Kern ist das eine sehr starke Division. ZF ist Weltmarktführer für automatisierte Getriebe. Und unser 8-Gang-Automatikgetriebe ist vielleicht das beste Getriebe der Welt, hat im Zeitalter der Elektromobilität aber leider nur noch eine begrenzte Lebenszeit. Und im Zuge der Transformation nimmt die Wertschöpfung ab. Wenn wir für ein Getriebe 2,5 Mitarbeiter brauchen, benötigen wir für einen elektrischen Antriebsstrang nur noch einen. Wir müssen unsere Kapazitäten also anpassen.

In den vergangenen Jahren hat ZF immer wieder stolz Milliardenaufträge in der Elektromobilität verkündet. Warum retten diese Aufträge, die sich auf mehr als 30 Milliarden Euro aufsummiert haben, den Geschäftsbereich nicht?
Die Elektromobilität läuft langsamer hoch als erwartet, und unsere Kunden rufen weniger Teile ab als geplant. Das führt dazu, dass unsere Werke nicht ausgelastet sind und dass diese Aufträge unsere Produktion erst später auslasten. Wir müssen also zurzeit die Kosten für Entwicklung und Verwaltung auf geringere Stückzahlen umlegen. Das ist eine große Herausforderung.

Die Produktion von Komponenten für die Elektromobilität ist also noch nicht profitabel, oder?
Wir optimieren permanent, um das hinzubekommen. Aber das funktioniert noch nicht bei allen Aufträgen.

Die Lage in der Division Elektrifizierte Antriebstechnologien ist so schlecht, dass ZF Partner braucht, um den Geschäftsbereich profitabel aufzustellen. An was denken Sie? Und wie wahrscheinlich ist ein Teilbörsengang?
Für uns ist der elektrifizierte Pkw-Antrieb unglaublich wichtig. Unsere anderen Divisionen, etwa die Nutzfahrzeugsparte, profitieren sehr von den hier entwickelten Techniken. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch, dass wir das Geschäft skalieren müssen, um ertragsstarke Produkte anbieten zu können. Es geht um Fragen wie: Sind unsere Kernkomponenten in jedem Markt wettbewerbsfähig? Was erwarten die Kunden von uns? Können wir Produktionskapazitäten gemeinsam mit Partnern besser nutzen? Da gibt es ein breites Spektrum von Kooperationen auf Komponentenebene bis hin zum strategischen Partnerschaften. Das analysieren wir gerade.

Einen Börsengang oder einen Teilbörsengang für diese Division haben Sie jetzt nicht genannt.
Nein. Wir sehen derzeit keinen Börsengang für diese Division. Dazu müssten wir zu dem Schluss kommen, dass diese Division über einen Börsengang eine bessere Marktperspektive hätte. Es geht darum, für all unsere Kunden in den unterschiedlichen Weltmärkten jeweils das optimale Angebot zu haben. Und da suchen wir Partnerschaften.

Ein sehr wichtiger Standort für diese Division ist Saarbrücken. Der Betriebsrat spricht davon, dass bis 2026 rund 2900 Arbeitsplätze gestrichen werden, bis 2030 soll die Belegschaft von heute gut 10.000 auf unter 3000 sinken. Stimmt das?
Die Zahlen kann und will ich im Einzelnen nicht kommentieren. Letztlich hängt der Erhalt einer signifikanten Anzahl von Stellen zum Ende der Dekade davon ab, ob es Folgeaufträge für die Plug-in-Hybrid-Technik gibt, was wiederum an der Regulierung liegt. Zudem hat der Standort mit dem sehr unsteten Hochlauf der Elektromobilität zu kämpfen.

Die saarländische Regierung hat für den Umbau des Standorts hin zur Elektromobilität 250 Millionen Euro Förderung in Aussicht gestellt, wenn die Arbeitsplätze erhalten bleiben und das Werk eine Produktverantwortung bekommt. Ist das noch realistisch?
Das Werk Saarbrücken ist unser Leitstandort für Plug-in-Hybrid-Getriebe und konventionelle Getriebe, und die Zusage ist, dass er diese Rolle bis zum Laufzeitende der Technologie behält. Mit dem Betriebsrat haben wir ein Eckpunktepapier entwickelt, um Elektromobilität an den Standort zu bringen – und zwar deswegen, weil dort die notwendige Expertise für die Industrialisierung vorhanden ist.

In einem Gemeinschaftsprojekt planen Sie gemeinsam mit dem US-Chiphersteller Wolfspeed im Saarland eine Wafer-Fabrik für Silizium-Karbid-Technik und ein Forschungszentrum im Großraum Nürnberg. Nun hat Wolfspeed finanzielle Probleme. Sind die Pläne noch aktuell?
In diesem Projekt ist ZF der Juniorpartner. Insofern kann ich nicht für Wolfspeed sprechen, aber wir gehen davon aus, dass sich der Bau der Halbleiterfabrik wie von Wolfspeed angekündigt 2026 realisiert. Mit Wolfspeed-Chef Greg Lowe bin ich regelmäßig in Kontakt.

Ein Problem von ZF sind die Schulden, die vor allem in den Zukäufen von TRW und Wabco begründet sind. Haben sich die Zukäufe aus Ihrer Sicht ausgezahlt?
Der Kaufpreis für TRW war 2020 schon fast zurückgezahlt, als ZF Wabco übernommen hat. ZF konnte sich die Akquisition also leisten. Was dann kam und was niemand vorhersehen konnte, waren fünf Jahre Krise – und das gipfelt in der Verschuldung. Aber: Technologisch haben uns die beiden Zukäufe enorm geholfen, unser Geschäft zu diversifizieren – von der Mechanik in die Mechatronik, in die Software, in die Elektrifizierung. Ohne die Zukäufe wäre wir heute bei den Zulieferern nicht die Nummer eins im Nutzfahrzeug- und Fahrwerkbereich.

Sie wollen Ihre Airbag-Division abgeben, um einen Teil der Schulden zurückzuzahlen. Was ist der Stand? Wie laufen die Gespräche mit potentiellen Käufern? Oder kommt es zu einem Börsengang?
Da gibt es Neuigkeiten. Ende September ist es so weit, da ist der sogenannte Carve-out abgeschlossen, und die Division ZF Lifetec steht vollkommen unabhängig da. Wir können dann unmittelbar, aber ohne Zeitdruck die nächsten Schritte angehen. Wir halten uns weiterhin beide Optionen offen – den Verkauf an einen Investor wie auch einen Börsengang.

Die Division für elektrifizierte Antriebstechnologien schwächelt. Was sind die neuen Kerngeschäftsfelder von ZF?
Es gibt vier Bereiche, in denen wir als Zulieferer heute weltweit die Nummer eins oder die Nummer zwei sind: Die Nutzfahrzeug- sowie die Fahrwerktechnik, unsere Industriesparte und das Service- und Ersatzteilgeschäft. Mit Synergien über die Produkte dieser vier Felder schaffen wir uns am Markt Alleinstellungsmerkmale. Darüber hinaus haben wir eine E-Mobilitäts-Division sowie eine für Elektronik und Fahrerassistenzsysteme, die hohe Investitionen erfordern, mit denen wir uns aber den Weg in wichtige technologische Ökosysteme offenhalten.

ZF ist der größte Zulieferer im Nutzfahrzeugbereich, auf der IAA stellen Sie gerade ein neues Hybridgetriebe für Lastwagen vor. Warum kann dieses Getriebe den Transportunternehmern bei der stockenden Verkehrswende im Schwerlastverkehr helfen?
Wir wollen den Verkehr dekarbonisieren und suchen technologieoffen nach den besten Möglichkeiten. Beim Auto ist das mit Sicherheit das batterieelektrische Fahrzeug. Bei Lastwagen ist die Bandbreite möglicher Technologien zum Glück etwas größer. Wir bieten im Antriebsstrang alle technischen Optionen, um die Dekarbonisierung voranzutreiben – von mit Batterie oder Brennstoffzellen angetriebenen Elektroantrieben über Hybridgetriebe bis hin zu Getrieben für Diesel-, E-Fuels oder Wasserstoffverbrenner.

Ihre Hybridgetriebe für Lastwagen sollen eine Brücke bilden, bis die Ladeinfrastruktur so ausgebaut ist, dass überall rein elektrische Lastwagen unterwegs sind?
Ganz genau. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist ein ganz wesentlicher Punkt, sie ist im Schwerlastverkehr mindestens genauso wichtig wie im Autoverkehr. Wir brauchen dort zudem ganz spezielle Ladesäulen. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren, denn das ist eine wesentliche Herausforderung, um elektrische Lastwagen in großer Zahl auf die Straße zu bringen.

Die Industrie hat also ihre Hausaufgaben gemacht im Gegensatz zur Politik?
Es kann nicht verwundern, dass Zulieferer wie Hersteller alle dasselbe Lied singen. Die Industrie hat ein breites Angebot an elektrischen Lastwagen – und doch sehen wir eine Kaufzurückhaltung, die vor allem auch auf die fehlende Ladeinfrastruktur zurückzuführen ist. Wir haben einen wesentlichen Teil zur Transformation beigetragen, müssen uns jetzt aber darauf verlassen können, dass auch der andere Teil konsequent angepackt wird.

Das Gespräch führte **Benjamin Wagener.**

Der Manager

Holger Klein führt ZF seit Januar 2023, als er den Vorstandsvorsitz des drittgrößten Autozulieferers der Welt von Vorgänger Wolf-Henning Scheider übernommen hat. Der aus Mülheim an der Ruhr stammende Manager kam 2014 von der Unternehmensberatung McKinsey zum Stiftungskonzern am Bodensee. Nachdem er die Integration des von ZF übernommenen Unternehmens TRW geleitet hatte, übernahm er 2017 die Division Pkw-Fahrwerktechnik und rückte 2018 in den Vorstand auf. Bis Ende 2022 leitete er zudem von Schanghai aus die Regionen Asien-Pazifik und Indien und verantwortet die globale Produktion. Klein studierte Wirtschaftsingenieurwesen und promovierte im Bereich Technologiemanagement. Seit gut einem Jahr läuft bei ZF das Projekt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Standorte. Ende Juli stellte Klein dann seine Restrukturierungspläne vor.

Lieferkettenreaktion

Von Mark Fehr

Das Hochwasser in Osteuropa und Österreich hat Existenzen vernichtet und Fabriken sowie Verkehrswege überschwemmt. Unternehmen in ganz Europa arbeiten fieberhaft daran, die Folgen für ihre Lieferketten einzuschätzen und Ersatz für mögliche Ausfälle und Verspätungen zu organisieren. Die Logistikprofis und Beschaffungschefs haben für Notfälle dieser Art mittlerweile fast schon eine Art Routine entwickelt – auch wenn jedes neue Szenario anders ist. Die Lieferkette war lange Zeit eine verstaubte Vokabel aus dem Fachjargon, doch mittlerweile hat sie es in die Schlagzeilen und den Smalltalk geschafft. Über die Lieferketten spricht man im Alltag fast schon so routiniert wie über das Wetter. Weil Unwetter immer häufiger und heftiger werden, treffen sie immer öfter Fabriken und Transportwege. Mal ist es Trockenheit im Rhein, mal Hochwasser wie nun an Oder, Donau und Elbe. Zudem sorgen wachsende internationale Konflikte für zusätzliche Störungen der Handelswege und Handelsbeziehungen.

Wie tückisch und unvorhersehbar die Komplexität der Lieferketten ist, zeigte sich in der Corona-Pandemie, als Alltagsgüter wie Toilettenpapier oder Backhefe knapp wurden oder die Preise für Eurotransportpaletten in die Höhe schossen. Nach einem Lockdown in einem chinesischen Cluster für wichtige Autozulieferer mussten viele internationale Automarken ihre Bänder anhalten, weil sie auf Lenkräder oder Rückspiegel warteten. Im Ukrainekrieg zeigte sich die strategische Bedeutung russischer Erdgaslieferungen für Europas Energieversorgung. In Deutschland ging sogar die Angst vor einem kalten Winter um. Russland entpuppte sich als ein kritischer Lieferant, obwohl die Bedeutung der russischen Volkswirtschaft wegen der relativ überschaubaren Größe ihres Bruttoinlandsprodukts unscheinbar aussah. Das zeigt: Traditionelle Kennzahlen spielen die Bedeutung kritischer Lieferanten oft herunter. Staaten und Unternehmen müssen daher ihre Prioritäten überdenken und neue Messgrößen und Warnsignale definieren. Weil ein kritischer Lieferant auf dem Papier oft harmlos aussieht, ist sein Ausfall dadurch schwer vorhersehbar. Insofern ergibt der Begriff der Lieferkette Sinn: Alle Kettenglieder müssen ineinandergreifen, wenn die Verbindung halten soll. Bricht nur ein einziges Kettenglied, reißt die gesamte Verbindung. Auch die Logistik erlebt daher eine Zeitenwende.

„Teen-Konten“ bei Instagram

dpa-AFX. MENLO PARK. Eltern von Teenagern bei Instagram bekommen mehr Kontrolle über die Nutzung der App durch ihre Kinder. Jugendliche werden bald automatisch in „Teen-Konten“ einsortiert. Dabei wird unter anderem eingeschränkt, wer sie kontaktieren kann und was sie auf Instagram sehen. Nutzer im Alter von unter 16 Jahren werden den Schutz nur mit Zustimmung ihrer Eltern lockern können. Zudem will der Mutterkonzern Meta unter anderem mit KI-Hilfe besser erkennen, wenn Teenager ein falsches Alter angeben.

„Wir denken, dass das die richtige Balance zwischen den Rechten der Teenager und der Eltern sowie der Rolle von Social-Media-Unternehmen wie unserem ist“, sagte Meta-Politikchef Nick Clegg. Die neuen Einschränkungen könnten dazu führen, dass Teenager Instagram weniger nutzen, räumte er ein. Man hoffe aber auf mehr Vertrauen der Eltern in die Vorkehrungen zur Sicherheit ihrer Kinder. Zu den Schutzmechanismen, die bis zum Alter von 16 Jahren nicht ohne die Eltern geändert werden können, gehören ein Nachtmodus, ein Zeitlimit, eingeschränkte sogenannte sensible Inhalte und aus den Kommentaren herausgefilterte beleidigende Wörter und Ausdrücke.

Die neuen Teen-Accounts werden zunächst in den USA, Großbritannien, Kanada und Australien eingeführt. In der EU soll es bis Jahresende losgehen und dann rund um die Welt im kommenden Jahr. Danach soll es Teen-Konten auch auf anderen Meta-Plattformen geben. Zum Konzern gehören unter anderem Facebook, Whatsapp und Threads.

Die Einladung des Bundes, die keine war

Hatte die Investmentbank J.P. Morgan ein Interesse daran, Unicredit Zugang zur Auktion um die Commerzbank-Aktien zu verschaffen? Es ist eine Dreiecksbeziehung zwischen Regierung, ihren Beratern J.P. Morgan und der Finanzagentur.

Von Hanno Mußler, Frankfurt

Im Visier der Investoren: *Die Commerzbank* Foto Maximilian von Lachner

Das Schwarze-Peter-Spiel hat begonnen. Nach der Auktion, die in der Nacht zum 11. September mit dem Kauf aller vom Staat angebotenen Commerzbank-Aktien durch die bisher unerwünschte italienische Bank Unicredit endete, hat es das Bundesfinanzministerium offenbar eröffnet. Damit sucht das Ministerium vermutlich auch die vom gewieften Bankchef Andrea Orcel verbreitete Botschaft von sich wegzuschieben: „Unser Interesse an der Commerzbank war bekannt, und wir wären nicht aktiv geworden, wenn wir nicht willkommen gewesen wären. Die deutsche Regierung hat die Aktien zum Verkauf ausgeschrieben, wir wurden zur Teilnahme an der Auktion eingeladen“, hat Orcel im Interview mit dem „Handelsblatt“ gesagt.

Die Sprecherin des Bundesfinanzministeriums sagt nun dazu: „Wie bei solchen Transaktionen üblich wurden im Rahmen des Verkaufsprozesses mögliche Investoren durch die von der Finanzagentur beauftragte Investmentbank J.P. Morgan kontaktiert, unter anderem auch die Unicredit Group.“ Das soll wohl belegen: Aus der Bundesregierung hat niemand mit Unicredit gesprochen, seitdem der Bund am 3. September, also genau eine Woche vor der Auktion, angekündigt hat, seine seit 16 Jahren gehaltenen Commerzbank-Aktien schrittweise zu verkaufen. Sondern die Berater haben Unicredit angesprochen, wohl wissend, dass Unicredit strategische Interessen verfolgt.

Wer sind nun die Berater, die der Bund für den Ausgang der Auktion verantwortlich macht, in der die Bundesregierung zwar mehr erlöste als gedacht, aber den Zuschlag nur einem und dazu noch einem bisher unerwünschten Commerzbank-Aktionär erteilte? Wie läuft normalerweise eine solche Aktienauktion ab, und was lief in diesem Fall anders? Verfolgen die Berater auch eigene Interessen? Und kann sich der Bund wirklich aus der Verantwortung ziehen?

Die Finanzagentur des Bundes mit Sitz in einem Außenbezirk Frankfurts, für die 300 Menschen arbeiten, ist vor allem zuständig für das Schuldenmanagement des Staates, also etwa für die Entscheidung, ob der Staat eher lang oder eher kurz laufende Bundesanleihen zur Kreditfinanzierung aufnimmt. Auch der in der Corona-Pandemie aufgelegte Wirtschaftsstabilisierungsfonds, mit dem der Bund unter anderem die Lufthansa stützte, wird von der Finanzagentur gesteuert. Und eben der im Herbst 2008 aufgelegte Finanzmarktstabilisierungsfonds (vormals „Soffin“), der mit in der Spitze 18,2 Milliarden Euro die in der Finanzkrise taumelnde Commerzbank rettete. Für größere Kapitalmarkttransaktionen greift die Finanzagentur allerdings auf Investmentbanken zurück. So auch in diesem Fall, als ein Commerzbank-Aktien-Paket außerbörslich in einer Auktion an Investoren verkauft werden sollte. Als „Prozess-Bank“ wählte die Finanzagentur dafür die US-Bank J.P. Morgan aus.

Am Nachmittag des 10. September kontaktierte J.P. Morgan mehrere institutionelle Anleger, darunter Unicredit, vertraulich mit der Information, dass es mit dem vom Bund eine Woche zuvor angekündigten Aktienverkauf losgeht, und sammelt erste Gebote ein. In solchen Fällen müssen Vertraulichkeitsvereinbarungen unterschrieben werden, denn es handelt sich um kursrelevante Informationen. Schließlich wirkt ein plötzlich auftauchendes Aktien(über)angebot in der Regel preisdrückend. Da Informationen über das bevorstehende Aktienangebot und die Gebote der Bieter nicht mit allen Aktionären „ad hoc“ geteilt werden, sondern vertraulich über „Chinese walls“ hinweg nur mit wenigen, sprechen Investmentbanker dann von „wall crossing“. Diesen Terminus verwendet auch die Sprecherin des Bundesfinanzministeriums: „Das sogenannte Wallcrossing diente der Finanzagentur dazu, das generelle Marktumfeld am Tag der Transaktion einschätzen zu können.“

Die Vertreter der Bundesregierung im Entscheidungsgremium der Finanzagentur hatten entschieden, dass die Commerzbank-Aktien in einer Auktion verkauft werden sollten. Im Börsenjargon werden diese Auktionen „accelerated bookbuilding (ABB)“ genannt, denn die mit dem Aktienverkauf („Platzierung“) beauftragten Investmentbanken bilden ein Buch aus den eingehenden Geboten von Anlegern. Wie üblich teilte die Prozessbank J.P. Morgan die Informationen aus dem Wallcrossing vom Nachmittag, insbesondere die ersten Gebote von typischerweise einem Dutzend Investoren, mit anderen Investmentbanken. Auf Basis dieses geteilten Wissens über die Marktlage gaben zehn Banken ein Angebot ab, um Platzierungsbank („bookrunner“) zu werden.

Wie üblich, wählte die Finanzagentur erst etwa eine Stunde vor Auktionsstart die Bookrunner aus: Abermals J.P. Morgan und zusätzlich Goldman Sachs erhielten den Zuschlag. Der vorangegangene Wettstreit („Pitch“) unter den zehn Banken um die Rolle als Bookrunner wird wesentlich durch das beste „Underwriting-Angebot“ entschieden. Das ist in allen Fällen typisch, bei denen ABBs zum Einsatz kommen: Investmentbanken garantieren Verkäufern von großen Aktienpaketen – ob neu an die Börse strebenden Unternehmen (IPO), schon börsennotierten Unternehmen bei dem Verkauf neuer Aktien (Kapitalerhöhung) oder Altaktionären beim Verkauf eines größeren Aktienpakets („Block-Sale“) – im Voraus einen Mindestpreis, zu dem sie die Aktien notfalls in ihren eigenen Bestand nehmen. Diese Garantie für eine durch ein ABB zu platzierende Emission nennen Investmentbanker „Underwriting“.

Das eigentliche Ziel der Bookrunner aber ist, nicht ihre Underwriting-Verpflichtung erfüllen zu müssen. Vielmehr wollen sie die Aktien an ihr Netzwerk aus institutionellen Anlegern verkaufen. Daher begannen Goldman Sachs und J.P. Morgan kurz nach Börsenschluss am 10. September damit, Gebote von am Ende zwanzig bis dreißig Fonds Versicherern und Pensionskassen für die vom Bund angebotenen 53 Millionen Commerzbank-Aktien einzusammeln. In die Auktion platzte um kurz nach 18 Uhr die Nachricht, dass Manfred Knof, Commerzbanks erfolgreichster Vorstandschef seit mehr als 16 Jahren, keine zweite Amtszeit anstrebt. Gleichwohl gab es dem Vernehmen nach eineinhalb Stunden später mehr als genügend Angebote in der Spanne zwischen 12,48 und 12,60 Euro je Commerzbank-Aktie, um alle Aktien loszuwerden. Der letzte Kurs an der Börse an dem Tag war zuvor mit 12,60 Euro festgestellt worden.

Dass in einer Auktion ein niedrigerer Preis für ein großes Aktienpaket erzielt wird, ist der normale Ausgang. Denn Fonds, Versicherer und Pensionskassen können jederzeit auch über die Börse peu à peu Aktien kaufen. Aktien aus einem Paket außerbörslich zu erwerben ist für sie nur attraktiv, wenn sie zu einem Abschlag daran kommen – etwa, wenn die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KFW) für den Bund Aktien etwa der Telekom oder der Post verkauft. Der Ausgang der Commerzbank-Aktien-Auktion ist insofern ungewöhnlich. Denn hier zahlte ein Käufer, nämlich Unicredit, mit 13,20 Euro 4,8 Prozent mehr als der letzte Börsenpreis. Allerdings wollte Unicredit diesen Preis nur zahlen, falls sie das ganze Aktienpaket erhält. Denn der Anteil von 4,5 Prozent hat für die italienische Bank – zusammen mit den schon in ihrem Besitz befindlichen weiteren 4,5 Prozent – einen strategischen Wert: Der Anteil von nun 9,2 Prozent erleichtert den erkennbar von Unicredit geplanten Komplettkauf der Commerzbank.

Doch wie konnte es sein, dass Unicredit überhaupt unter den Bietern war? Und wollte der Bund nicht seine Aktien breit streuen? Die zweite Frage ist wohl mit „Ja“ zu beantworten, denn genau dafür ist eine Auktion das passende Verfahren. Den Verkauf an nur eine Bank – ob ING aus Holland, BNP oder Société Générale aus Frankreich oder eben Unicredit aus Italien – war in den vergangenen Jahren nicht erwünscht gewesen, obwohl sie alle ihr Interesse im Bundesfinanzministerium hinterlegt hatten. Nach Einschätzung von nicht beteiligten Investmentbankern versäumten es aber die Bundesregierung und die Finanzagentur vor der Auktion festzuschreiben, dass jeder Anleger nur eine begrenzte Zahl an Aktien und auf keinen Fall alles erhalten darf. Eine solche Einschränkung wäre mit den Vorgaben der EU durchaus vereinbar, sich nach einer Beihilfe wieder diskriminierungsfrei von seinen Anteilen zu trennen, meinen Juristen.

J.P. Morgan als Investmentbank hatte allerdings ein Interesse daran, möglichst viel zu erlösen. Denn für das Underwriting wird eine Investmentbank üblicherweise mit einem Prozentsatz vom Emissionsvolumen entlohnt. In den USA sind Provisionen zwischen einem und sieben Prozent nicht unüblich, in diesem Fall erscheinen 0,5 Prozent eher realistisch. Die Finanzagentur hatte ursprünglich hier Transparenz zugesagt, aber gibt sich inzwischen zugeknöpft. Wären tatsächlich 0,5 Prozent vereinbart, hätte J.P. Morgan bei einem in der ursprünglichen Preisspanne zu erwartenden Emissionsvolumen von 660 Millionen Euro rund 3,3 Millionen Euro erhalten. Beim dank Unicredit erzielten maximierten Emissionsvolumen von 702 Millionen Euro erhält J.P. Morgan bei demselben unterstellten Prozentsatz von 0,5 Prozent 3,5 Millionen Euro an Gebühren.

Es kann daher kaum verwundern, dass J.P. Morgan auch Unicredit vertraulich ansprach und auf die anstehende Auktion aufmerksam machte. In den ersten Stunden des Bookbuildings war Unicredit dann offenbar nicht mit Geboten dabei, zumindest nicht erkennbar für den zweiten Bookrunner Goldman Sachs, mit dem sich J.P. Morgan anfangs absprach. Goldman Sachs zog sich dann später am Abend sofort zurück, als diese US-Bank von der für alle Aktien bestbietenden Unicredit erfuhr. Denn Goldman Sachs hatte die Finanzagentur nicht über einen Interessenkonflikt informiert: Goldman Sachs berät die Commerzbank seit Jahren strategisch, etwa, wie sie sich gegen einen möglichen Aufkauf wehren kann.

Offenbar hatte J.P. Morgan die Basis für das späte Unicredit-Angebot zu dem herausragend hohen Preis von 13,20 Euro je Stück für alle 53 Millionen Commerzbank-Aktien schon im Wallcrossing am Nachmittag gelegt. Das Bundesfinanzministerium ist darüber aber offenkundig nicht glücklich. „Die Einladung zum Wallcrossing kann von einem professionellen Investor nicht als Einladung des Bundes verstanden werden, Anteile der Commerzbank zu erwerben. Das ist eine Missinterpretation“, sagt die Sprecherin des Bundesfinanzministeriums dazu, dass Unicredit-Chef Orcel öffentlich die Botschaft verkündet, die Bank sei eingeladen gewesen.

Die Einladung, die J.P. Morgan aussprach, erfolgte also offensichtlich nicht im Namen der Bundesregierung. Allerdings ist zwischen beiden die Finanzagentur geschaltet, die J.P. Morgan beauftragte. Sie sitzt zwischen den Stühlen.

Holprige Inflation

Von Christian Siedenbiedel

Wie geht es jetzt weiter mit der Inflation? Bei 2,2 Prozent lag die Rate im August im Euroraum, bei 1,9 Prozent in Deutschland nach nationaler Rechenweise. Das klingt schon ganz gut. Es wird jetzt aber wohl erst mal Rückschläge geben. Im September dürfte die Inflationsrate noch mal niedrig ausfallen. Aber im Oktober, November und Dezember wird sie wieder hochgehen. Schon allein aus technischen Gründen: 2023 waren die Energiepreise im August und September viel höher als in diesem Jahr, das drückt aktuell im Vorjahresvergleich die Inflationsrate. Dieser Effekt verschwindet im Oktober, da gab es vor Jahresfrist einen Energiepreisverfall. Wichtig ist zudem, wie stark die gestiegenen Löhne ihrerseits zu höheren Preisen führen. In diesem Zusammenhang ist auffällig, dass die Dienstleistungsinflation im Euroraum mit 4,2 Prozent recht hoch ist. Dabei spielen auch höhere Versicherungsbeiträge eine Rolle, die ihrerseits zu höheren Preisen führen können. Ökonomen hoffen nun, dass nach einem Inflationsanstieg im Herbst die Raten in der zweiten Jahreshälfte 2025 wieder sinken. Dabei setzen manche auch auf ein Phänomen, das nicht so lustig klingt: Die Löhne beispielsweise auch in Deutschland waren zum Teil auch durch Einmalzahlungen als Inflationsausgleich gestiegen. Diese Prämien fallen jetzt wieder weg. Das heißt: Weniger Geld in der Tasche für Verbraucher – aber möglicherweise auch ein langsam etwas nachlassender Lohndruck auf die Preise.

37 Prozent Eigenkapitalquote

Reuters. BERLIN. Trotz Konjunkturflaute, hoher Energiekosten und Fachkräftemangel bleibt der Mittelstand einer Studie zufolge das Fundament der deutschen Wirtschaft. Mit einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 37 Prozent seien die Unternehmen robust aufgestellt, heißt es in der am Dienstag veröffentlichten Analyse des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). „Die finanzielle Lage des Mittelstands ist nach wie vor stabil“, sagte DSGV-Präsident Ulrich Reuter.

Steigende Personal- sowie hohe Energie- und Materialkosten setzten den Unternehmen allerdings zu. Zuletzt seien insbesondere die Lohnkosten ein Treiber gewesen mit einem Plus von fast sieben Prozent. „Das Fundament, auf dem unser Wohlstand ruht, gerät unter Druck“, warnte Reuter. Um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes zu sichern, forderte der Sparkassen-Präsident einen entschlossenen Bürokratieabbau und den Ausbau der digitalen sowie klassischen Infrastruktur. „Der Würgegriff der Bürokratie muss gelockert werden, um den Unternehmen Freiräume zu schaffen.“ Gleichzeitig würden leistungsfähige Breitbandnetze und eine effizientere digitale Verwaltung benötigt.

Verbraucherschützer: Allianz benachteiligt ältere Verträge

Der Bundesgerichtshof verhandelt über Überschussbeteiligungen von Versicherungsnehmern in der privaten Altersvorsorge

gel. BERLIN. Wenn Versicherungsunternehmen erfolgreich wirtschaften, sind das zugleich gute Nachrichten für Verbraucher, die eine Lebens- oder eine private Rentenversicherung abgeschlossen haben. Denn wenn der Versicherer Überschüsse erwirtschaftet, muss er einen Teil der Erträge an seine Kunden weitergeben. Diese sogenannte Überschussbeteiligung ist eine Art Bonus, der bei klassischen Renten- und Lebensversicherungsverträgen zusätzlich zu den Zinserträgen gezahlt wird.

Doch an der Verteilung der Überschüsse durch den deutschen Branchenprimus Allianz üben Verbraucherschützer Kritik: Die von dem Konzern praktizierte Überschussbeteiligung bei den Rentenversicherungen des Vorsorgekonzepts „Perspektive“ sei „unausgewogen“, kritisiert die Verbraucherzentrale Hamburg.

Die Verbraucherschützer haben die Allianz deswegen verklagt. An diesem Mittwoch wird der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe verhandeln. Die Überschussbeteiligung ist nicht der einzige Streitpunkt. Die Verbraucherschützer nehmen eine Vielzahl von Regelungen ins Visier, die die Allianz in Allgemeinen Versicherungsbedingungen, Produktinformationsblättern sowie Versicherungsinformationen verwendet. Aber auch der BGH setzte vorab einen Schwerpunkt bei den Überschussbeteiligungen (Aktenzeichen: IV ZR 436/22).

Die Verbraucherzentrale rügt, dass ältere Allianz-Kunden nicht angemessen an den erzielten Kapitalerträgen beteiligt würden. Konkret greifen die Verbraucherschützer die Berechnungspraxis für die Verteilung der Überschüsse an. Für Kunden mit einem „Perspektive“-Vertrag, der von 2017 an unterzeichnet worden sei, ergebe sich eine höhere Ausschüttung als für Versicherte, die zwischen Juli 1994 und Dezember 2016 in anderen Tarifen eine Rentenversicherung mit einem höheren Rechnungszins abgeschlossen hätten.

Versicherungsnehmer des seit 2017 angebotenen Tarifs „Perspektive“ erhielten eine Gesamtverzinsung von 3,7 Prozent (Überschussbeteiligung von 2,8 Prozent und Rechnungszins von 0,9 Prozent), während Versicherungsnehmer der älteren Tarife nur eine Gesamtverzinsung von 3,4 Prozent bekämen, trugen die Verbraucherschützer vor. „Verschärfend kommt hinzu, dass die Gelder der älteren Verträge überwiegend den Überschuss generieren und somit einen höhren Anteil an den Überschüssen erwirtschaften als die jüngeren Vertragsgenerationen“, kritisiert die Verbraucherzentrale.

Die Allianz habe damit gegen den aufsichtsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen sowie gegen die Verordnung zur angemessenen Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer. Der Versicherer hat erwidert, man halte sich mit der praktizierten Überschussbeteiligung an alle Vorgaben. Rückendeckung bekam die Allianz von der Bafin. Die Finanzaufsicht war in dem Rechtsstreit dazu befragt worden, wie die Mindestzuführungsverordnung auszulegen sei, und hatte die Auffassung der Allianz gestützt. Weder in der ersten Instanz vor dem Landgericht Stuttgart noch in der zweiten Instanz vor dem Oberlandesgericht Stuttgart konnten die Hamburger Verbraucherschützer die Richter davon überzeugen, dass die Überschussverteilung der Allianz nicht rechtens gewesen sei.

Einen Teilerfolg konnte die Verbraucherzentrale aber insoweit verbuchen, als sie gegen verschiedene Klauseln in den Versicherungsbedingungen, Produktinformationsblättern und Versicherungsinformationen geklagt hatte. Deswegen hatte die Allianz ihrerseits Revision eingelegt.

GEHEIMNISVOLLER ANSTIEG

Nicht überall schwächt sich die Inflation ab. Dienstleistungen steigen weiter kräftig im Preis.

Finanzen, Seite 25

VERERBEN WIE HEINZ SCHENK

Wie sollten junge Künstler den Nachlass regeln, die Menschen zum Lachen bringen?

Finanzen, Seite 25

SO GUT WIE NIE

Zuschauerwachstum in den Hallen und am TV: Bei der DEL läuft es wirtschaftlich rund.

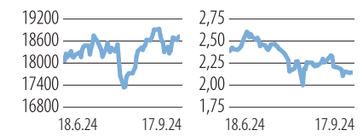
Sport, Seite 27

GANZ KLEIN UNTER GROSSEN

Wie es der italienische Verein FC Bologna in die Champions League geschafft hat.

Sport, Seite 28

Die Börse



	16.9.24	17.9.24
F.A.Z.-Index	2629,87	2645,76
Dax	18633,11	18726,08
M-Dax	25412,15	25781,19
Tec-Dax	3288,92	3315,00
Euro Stoxx 50	4827,63	4860,78
F.A.Z.-Euro-Index	161,49	162,17
Dow Jones	41622,08	41606,18
Nasdaq Index	17592,13	17628,06
Bund-Future	135,03	134,76
Tagesgeld Frankfurt	3,74 %	3,74 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	2,14 %	2,14 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	2,32 %	2,28 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	3,62 %	3,64 %
Gold, Spot ($/Unze)	2582,61	2568,69
Rohöl (London $/Barrel)	73,00	73,82
1 Euro in Dollar	1,1126	1,1139
1 Euro in Pfund	0,8428	0,8428
1 Euro in Franken	0,9394	0,9405
1 Euro in Yen	155,66	156,71

Alle Werte Stand: 22:07 Uhr

Finanzen

Dax, M-Dax und Tec-Dax

Börsenwert in Mrd. Landeswähr. Gesamt	Streubes.	KGV 2024	KGV 2025		16.9.24 Schluss	17.9.24 Schluss	Xetra Tages Hoch	Tief	Veränd. in % seit 16.9.	29.12.23	Xetra 52 Wochen Hoch	Tief	Div.	Div.-Rend.	Umsatz Tsd St. 17.9.
		13,9	12,2	**Dax**	18633,11	**18726,08**	18805,09	18671,64	+0,5	+11,8	18990,78	14630,21	551,82	2,95	60261
39,80	35,17	53,2	30,0	Adidas NA ▲	219,30	**221,10**	222,50	218,60	+0,8	+20,1	242,00	154,64	0,70[1x]	0,32	271
102,76	76,32	19,9	17,6	Airbus (NL) ▲▼	129,46	**129,70**	131,04	128,86	+0,2	−7,4	172,82	120,24	2,80[1x]	2,16	186
112,97	109,40	11,5	10,6	Allianz vNA ▲▼	287,50	**288,40**	289,50	287,70	+0,3	+19,2	289,50	215,75	13,80[1x]	4,79	490
39,61	39,61	9,7	10,8	BASF NA ▲▼	43,56	**44,39**	44,67	43,53	+1,9	−9,0	54,93	40,18	3,40[1x]	7,66	2219
26,98	26,05	5,4	5,2	Bayer NA ▲	26,71	**27,47**	27,55	26,76	+2,8	−18,3	49,25	24,96	0,11[1x]	0,40	3150
31,17	11,80	29,2	26,0	Beiersdorf	126,95	**125,70**	127,30	125,20	−1,0	−7,4	147,80	118,00	1,00[1x]	0,80	270
42,28	21,78	4,4	4,9	BMW St ▲	72,52	**72,92**	73,72	72,46	+0,6	−27,6	115,35	68,58	6,00[1x]	8,23	981
9,32	7,45	12,1	12,2	Brenntag NA	63,66	**64,58**	64,86	63,90	+1,4	−22,4	87,12	62,24	2,10[1x]	3,25	265
18,40	15,59	8,1	6,7	Commerzbank	15,60	**15,54**	15,86	15,34	−0,4	+44,4	15,86	9,46	0,35[1x]	2,25	6830
10,88	5,88	7,3	5,6	Continental	53,28	**54,40**	54,88	53,30	+2,1	−29,3	78,40	51,02	2,20[1x]	4,04	401
10,50	10,50	73,9	26,8	Covestro	55,62	**55,56**	55,98	55,50	−0,1	+5,5	56,90	44,57	0,00[1x]	0,00	416
26,46	26,46	7,4	6,1	Daimler Truck	31,06	**32,15**	32,45	31,13	+3,5	−5,5	47,64	27,97	1,90[1x]	5,91	1454
29,92	27,26	7,7	5,7	Deutsche Bank NA	14,60	**15,00**	15,02	14,66	+2,8	+21,3	17,01	9,44	0,45[1x]	3,00	6475
39,08	39,08	20,4	18,6	Deutsche Börse NA ▲	208,20	**205,70**	208,90	205,50	−1,2	+10,3	210,00	152,60	3,80[1x]	1,85	469
49,33	37,73	13,1	11,3	Deutsche Post NA ▲▼	39,62	**39,81**	40,22	39,70	+0,5	−11,2	47,03	35,82	1,85[1x]	4,65	2000
133,04	90,07	15,0	13,3	Deutsche Telekom NA ■▲▼	26,91	**26,68**	27,02	26,64	−0,9	+22,7	27,02	19,52	0,77[1x]	2,89	6016
36,19	30,32	12,4	12,4	E.ON NA	13,66	**13,70**	13,82	13,69	+0,3	+12,8	13,82	10,43	0,53[1x]	3,87	3376
19,40	14,17	11,7	10,2	Fresenius	34,04	**34,44**	34,50	34,00	+1,2	+22,7	35,03	23,93	0,00[1x]	0,00	932
30,39	15,13	13,8	12,6	Hannover Rück NA	256,20	**252,00**	257,50	251,50	−1,6	+16,5	261,20	196,25	7,20[1x]	2,86	68
17,34	12,68	8,3	7,7	Heidelberg Materials	93,76	**95,26**	95,96	94,02	+1,6	+17,7	103,60	65,24	3,00[1x]	3,15	202
14,26	14,03	16,9	14,6	Henkel Vz.	80,50	**80,04**	80,90	79,98	−0,6	+9,9	85,74	65,88	1,85[1x]	2,31	398
39,16	36,75	14,3	14,2	Infineon NA ■▲	29,05	**29,99**	30,09	29,13	+3,2	−20,7	39,35	27,07	0,35[1x]	1,17	2503
61,16	47,91	4,9	4,8	Mercedes-Benz ▲▼	56,54	**57,17**	57,57	56,48	+1,1	−8,6	77,45	54,89	5,30[1x]	9,27	2266
21,54	21,54	19,4	16,9	Merck	166,05	**166,65**	168,35	165,95	+0,4	+15,6	177,00	134,30	2,20[1x]	1,32	144
14,52	14,08	22,1	18,8	MTU Aero Engines	276,40	**269,70**	278,70	269,10	−2,4	+38,1	279,90	158,20	2,00[1x]	0,74	106
63,95	63,93	10,4	10,4	Münch. Rück vNA ▲▼	485,90	**478,10**	488,20	477,10	−1,6	+27,5	498,70	361,80	15,00[1x]	3,14	209
30,88	5,17	13,0	12,2	Porsche AG Vz.	67,38	**67,80**	68,92	67,50	+0,6	−15,1	96,56	64,32	2,31[1x]	3,41	342
6,16	6,16	2,7	2,3	Porsche Vz.	39,77	**40,24**	40,74	39,81	+1,2	−13,1	52,32	37,47	2,56[1x]	6,36	719
9,60	9,24	19,0	18,0	Qiagen (NL) ■	41,76	**41,59**	41,90	41,45	−0,4	+2,4	43,40	33,75	0,00$[1x]	0,00	374
21,05	20,96	22,7	16,8	Rheinmetall	518,20	**483,20**	520,80	481,70	−6,8	+68,4	571,80	226,50	5,70[1x]	1,18	559
24,32	20,54	11,9	15,1	RWE St.	32,67	**32,70**	32,92	32,50	+0,1	−20,6	42,33	30,08	1,00[1x]	3,06	1537
246,50	206,69	43,0	32,6	SAP ■▲▼	200,15	**200,65**	201,20	199,36	+0,2	+43,9	203,65	120,26	2,20[1x]	1,10	1321
9,17	6,60	49,4	39,7	Sartorius Vz. ■	240,00	**245,00**	247,90	236,70	+2,1	−26,5	383,70	199,50	0,74[1x]	0,30	62
24,26	18,69	50,6	37,7	Siemens Energy	29,11	**30,35**	30,41	28,72	+4,3	+152,9	30,41	6,40	0,00[1x]	0,00	6163
56,40	13,47	22,6	19,6	Siemens Health. ■	49,41	**50,00**	50,58	49,58	+1,2	−4,9	58,14	44,75	0,95[1x]	1,90	581
133,09	131,60	15,4	14,8	Siemens NA ▲▼	162,90	**166,36**	167,52	163,26	+2,1	−2,1	188,88	119,48	4,70[1x]	2,83	1054
17,07	16,21	36,7	31,0	Symrise Inh.	120,60	**122,15**	123,10	121,05	+1,3	+22,6	123,10	87,38	1,10[1x]	0,90	281
19,04	19,04	3,3	2,9	Volkswagen Vz. ▲	91,08	**92,32**	93,30	91,38	+1,4	−17,4	128,60	87,72	9,06[1x]	9,81	906
27,08	25,90	16,8	17,3	Vonovia NA	33,20	**32,91**	33,44	32,91	−0,9	+15,3	33,66	19,66	0,90[1x]	2,73	2785
6,80	6,02	29,7	21,9	Zalando	24,00	**25,76**	25,87	24,15	+7,3	+20,1	27,65	15,95	0,00[1x]	0,00	1480
		17,5	12,9	**M-Dax**	25412,15	**25781,19**	25899,66	25477,55	+1,5	−5,0	27641,56	23476,10	610,46	2,37	30872
1,82	1,82	15,0	12,8	Aixtron NA ■	15,66	**16,03**	16,39	15,74	+2,4	−58,5	39,89	13,82	0,40[1x]	2,50	666
4,09	2,33	8,5	11,0	Aroundtown (L)	2,70	**2,66**	2,71	2,65	−1,3	+7,6	2,80	1,53	0,00[1x]	2,64	1559
3,11	2,09	8,9	9,3	Aurubis	67,65	**69,15**	69,95	67,90	+2,2	−6,9	82,50	57,36	1,40[1x]	2,02	259
4,71	3,14	16,3	16,2	Bechtle ■	36,90	**37,40**	37,70	36,98	+1,4	−17,6	52,42	36,20	0,70[1x]	1,87	96
0,98	0,98	9,7	8,7	Befesa (L)	24,72	**24,60**	24,82	24,50	−0,5	−30,1	37,74	23,48	0,73[2x]	2,97	40
2,02	1,42	10,9	9,2	Bilfinger	45,80	**45,80**	46,10	45,65	±0,0	+31,5	52,40	30,82	1,80[1x]	3,93	18
5,33	2,18	31,5	22,7	Carl Zeiss Meditec ■	57,00	**59,55**	60,25	56,95	+4,5	−39,8	123,75	54,60	1,10[1x]	1,85	208
8,22	4,79	26,8	25,3	CTS Eventim	85,75	**85,65**	87,05	85,65	−0,1	+36,8	91,15	52,30	1,43[1x]	1,67	73
8,54	5,92	0,0	60,8	Delivery Hero	27,83	**29,99**	30,06	27,70	+7,8	+19,9	33,93	14,92	0,00[1x]	0,00	1253
2,38	1,54	30,1	26,6	Encavis	17,10	**17,09**	17,16	17,01	−0,1	+9,6	17,19	10,72	0,00[1x]	0,00	53
9,59	5,13	18,4	11,7	Evonik Industries	20,04	**20,59**	20,67	20,07	+2,7	+11,3	20,96	15,79	1,17[1x]	5,68	1144
1,15	0,97	28,2	22,1	Evotec ■	6,24	**6,49**	6,49	6,25	+4,0	−69,5	21,84	5,06	0,00[1x]	0,00	660
4,52	1,57	10,2	9,0	Fraport	47,24	**48,90**	49,08	47,28	+3,5	−10,7	57,60	42,90	0,00[1x]	0,00	163
3,21	3,03	11,9	11,2	freenet NA ■	26,76	**26,96**	26,96	26,68	+0,7	+6,4	27,42	21,52	1,77[1x]	6,57	321
11,01	7,47	13,1	11,0	Fresenius M. C. St.	37,26	**37,52**	37,89	37,34	+0,7	−1,2	43,38	30,16	1,19[1x]	3,17	246
2,71	2,71	16,8	15,1	Fuchs Vz.	38,50	**39,04**	39,16	38,60	+1,4	−3,1	47,18	34,40	1,11[1x]	2,84	57
7,26	6,28	15,9	14,7	GEA Group	42,08	**42,12**	42,50	42,08	+0,1	+11,8	42,66	31,69	1,00[1x]	2,37	207
3,56	3,56	21,8	16,8	Gerresheimer	99,75	**103,20**	103,60	99,65	+3,5	+9,4	111,20	81,35	1,25[1x]	1,21	63
9,80	1,59	23,1	20,2	Hella	87,20	**88,20**	88,30	87,40	+1,1	+6,9	92,70	65,00	0,71[1x]	0,80	2
1,50	1,21	0,0	18,6	HelloFresh	8,20	**8,64**	8,86	8,26	+5,3	−39,6	33,65	4,42	0,00[1x]	0,00	2189
3,24	1,76	18,6	15,0	Hensoldt ■	30,28	**28,08**	30,78	27,78	−7,3	+15,1	44,58	23,34	0,40[1x]	1,42	457
7,59	2,01	14,2	13,2	Hochtief	106,20	**107,40**	108,50	106,90	+1,1	+7,1	112,70	91,00	4,40[1x]	4,10	29
2,54	1,73	11,2	9,2	Hugo Boss NA	35,90	**36,12**	36,80	35,72	+0,6	−46,5	70,50	32,66	1,35[1x]	3,74	228
1,54	1,37	15,6	13,2	Jenoptik ■	26,84	**26,90**	27,30	26,80	+0,2	−5,4	31,14	19,96	0,35[1x]	1,30	20
1,28	1,28	8,9	7,8	Jungheinrich	25,84	**26,62**	26,62	25,84	+3,0	−19,9	39,38	24,62	0,75[1x]	2,82	71
1,96	1,69	26,3	22,9	K+S NA	10,79	**10,95**	11,07	10,77	+1,4	−23,5	18,06	9,97	0,70[1x]	6,40	807
4,31	2,30	9,2	7,6	Kion Group	31,97	**32,86**	33,05	32,05	+2,8	−15,0	51,68	28,09	0,70[1x]	2,13	148
12,24	5,02	20,0	17,2	Knorr-Bremse	74,35	**75,90**	75,90	74,05	+2,1	+29,1	75,90	51,02	1,64[1x]	2,16	98
3,96	1,90	14,3	12,2	Krones	122,80	**125,20**	126,80	123,40	+2,0	+12,0	133,40	89,25	2,20[1x]	1,76	18
2,24	2,04	11,5	16,5	Lanxess	25,07	**25,96**	26,17	25,16	+3,6	−8,5	29,60	20,14	0,10[1x]	0,39	396
6,90	6,57	15,9	16,1	LEG Immobilien	93,56	**92,68**	94,40	92,68	−0,9	+16,8	94,86	53,26	2,45[1x]	2,64	211
7,35	6,13	4,5	5,0	Lufthansa vNA	5,89	**6,14**	6,19	5,89	+4,3	−23,7	8,59	5,38	0,30[1x]	4,88	9065
10,14	5,24	50,5	42,2	Nemetschek ■	88,05	**87,80**	89,30	87,80	−0,3	+11,9	98,20	55,52	0,48[1x]	0,55	58
2,38	1,61	0,0	25,6	Nordex ■	14,52	**14,89**	14,95	14,57	+2,5	+43,2	15,77	8,62	0,00[1x]	0,00	297
5,77	3,95	18,1	13,8	Puma	38,38	**38,26**	38,93	38,22	−0,3	−24,3	61,04	34,21	0,82[1x]	2,14	362
10,20	4,27	46,8	40,4	Rational	879,00	**897,00**	898,50	876,00	+2,0	+28,2	923,00	518,00	13,50[1x]	1,51	4
2,12	1,47	795,9	59,2	Redcare Pharmacy (NL)	117,60	**117,00**	120,70	117,00	−0,5	−11,1	153,00	93,22	0,00[1x]	0,00	39
4,70	1,12	9,7	9,4	RTL Group (L)	30,30	**30,40**	30,65	30,30	+0,3	−13,0	37,30	27,50	2,75[1x]	9,05	63
5,61	5,34	27,1	23,3	Scout24 NA	73,70	**74,80**	74,80	73,35	+1,5	+16,6	74,80	55,20	1,20[1x]	1,60	167
2,02	1,22	946,5	49,3	Siltronic NA ■	66,00	**67,20**	67,50	66,00	+1,8	−24,0	94,00	65,70	1,20[1x]	1,79	53
0,90	0,90	8,1	8,2	Stabilus S.A	36,15	**36,55**	36,70	36,05	+1,1	−40,8	67,00	35,15	1,75[1x]	4,79	13
3,09	1,64	17,8	14,0	Ströer & Co.	55,05	**55,40**	55,80	55,25	+0,6	+3,1	67,65	41,72	1,85[1x]	3,34	15
2,82	2,82	16,4	15,5	TAG Immobilien	16,35	**16,06**	16,45	16,03	−1,8	+21,7	16,89	9,06	0,00[1x]	0,00	285
19,05	4,00	11,1	10,2	Talanx NA	76,55	**75,35**	76,80	75,35	−1,6	+16,6	79,00	57,35	2,35[1x]	3,12	57
2,00	1,55	13,5	11,2	TeamViewer SE ■	11,59	**11,76**	11,91	11,69	+1,5	−16,4	16,30	10,01	0,00[1x]	0,00	343
1,86	1,43	0,0	4,0	thyssenkrupp	2,89	**2,98**	3,00	2,92	+3,1	−52,7	7,37	2,77	0,15[1x]	5,03	3530
14,40	1,48	5,5	4,9	Traton	28,30	**28,80**	28,95	28,30	+1,8	+35,1	36,70	16,98	1,50[1x]	5,21	49
3,20	2,80	6,0	5,0	TUI	6,01	**6,30**	6,31	6,03	+4,8	−10,8	8,02	4,37	0,00[1x]	0,00	4519
3,67	1,51	8,8	9,3	United Internet NA ■	18,92	**19,10**	19,19	18,91	+1,0	−17,1	25,06	15,76	0,50[1x]	2,62	132
4,29	1,42	17,9	10,9	Wacker Chemie	80,46	**82,30**	83,60	80,52	+2,3	−28,0	141,25	77,46	3,00[1x]	3,65	65
		22,7	18,7	**Tec-Dax**	3288,92	**3315,00**	3334,37	3296,18	+0,8	−0,7	3490,44	2788,38	60,70	1,83	15019
2,36	0,58	7,2	6,8	1&1	13,42	**13,34**	13,50	13,30	−0,6	−26,5	19,78	11,98	0,05[1x]	0,37	32
2,01	1,57	50,8	45,6	Atoss Software	121,60	**126,60**	126,80	122,00	+4,1	+21,1	146,40	93,10	1,69[1x]	1,33	29
0,97	0,73	19,9	17,2	Cancom	27,50	**27,80**	27,94	27,66	+1,1	−6,0	34,00	21,26	1,00[1x]	3,60	44
0,73	0,29	5,6	5,5	CompuGroup Med.	13,49	**13,77**	14,12	13,54	+2,1	−63,7	40,84	13,47	1,00[1x]	7,26	144
0,88	0,59	24,9	23,6	Eckert & Ziegler SE	41,20	**41,76**	43,00	41,56	+1,4	+1,1	50,05	28,94	0,05[1x]	0,12	25
1,15	0,51	11,4	10,7	Elmos Semicond.	64,00	**65,10**	65,80	64,40	+1,7	−12,0	92,90	59,40	0,85[1x]	1,31	11
0,78	0,38	20,1	10,3	Energiekontor	55,00	**56,00**	56,20	55,60	+1,8	−32,3	85,10	54,30	1,20[1x]	2,14	7
1,06	0,68	11,5	7,9	Kontron (A)	16,13	**16,00**	16,25	15,95	−0,8	−25,6	23,32	15,54	0,50[1x]	3,13	99
1,04	0,65	16,3	14,1	Nagarro	74,85	**75,30**	77,15	74,60	+0,6	−13,9	94,30	63,10	0,00[1x]	0,00	19
0,89	0,28	0,0	0,0	PNE NA	11,54	**11,66**	11,74	11,50	+1,0	−15,8	15,10	10,62	0,08[1x]	0,69	34
0,66	0,27	4,3	6,5	SMA Solar Techn.	17,89	**18,98**	19,37	17,94	+6,1	−68,7	67,40	17,79	0,50[1x]	2,63	296
1,10	1,10	31,9	23,3	Süss MicroTec NA	53,70	**57,50**	60,60	55,50	+7,1	+107,6	70,70	15,02	0,20[1x]	0,35	112

Aktien-Indizes

52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		16.9. Schluss	17.9. 22.06 h	Veränd. in % 16.9.	29.12.
Deutsche Indizes						
2709,98	2192,60	F.A.Z.	2629,87	**2645,76**	+0,60	+6,5
4750,22	3333,09	F.A.Z.-Auto- und Zulieferind.	3446,05	**3492,83**	+1,4	−11,8
484,05	296,13	F.A.Z.-Banken	457,63	**464,60**	+1,5	+29,8
5775,07	3802,17	F.A.Z.-Bau und Immobilien	5721,41	**5725,39**	+0,07	+15,6
2227,85	1814,96	F.A.Z.-Chemie und Pharma	1998,55	**2019,94**	+1,1	−1,6
526,49	357,43	F.A.Z.-Erneuerb. Energien	409,55	**417,85**	+2,0	−12,1
583,80	373,48	F.A.Z.-Grundstoffe	384,43	**387,79**	+0,87	−28,4
2137,14	1706,00	F.A.Z.-Handel und Verkehr	1838,08	**1870,90**	+1,8	−7,4
10939,11	7400,41	F.A.Z.-IT und Elektronik	10689,54	**10798,75**	+1,0	+17,3
2106,23	1713,70	F.A.Z.-Konsum, Medien	1924,16	**1948,00**	+1,2	+4,2
1620,81	994,69	F.A.Z.-Maschinenbau	1552,61	**1513,60**	−2,5	+27,8
61512,55	46249,77	F.A.Z.-Versicherungen	61144,36	**60731,79**	−0,67	+21,0
1439,81	1111,49	F.A.Z.-Versorger, Telekom.	1432,75	**1425,94**	−0,48	+11,5
18990,78	14630,21	Dax	18633,11	**18726,08**	+0,50	+11,8
27641,56	23476,10	M-Dax	25412,15	**25781,19**	+1,5	−5,0
3490,44	2788,38	Tec-Dax	3288,92	**3315,00**	+0,79	−0,67
10075,24	7873,99	H-Dax	9829,98	**9889,59**	+0,61	+9,7
15337,24	11973,73	S-Dax	13462,97	**13579,16**	+0,86	−2,7
1637,80	1280,18	C-Dax	1609,56	**1619,62**	+0,63	+10,7
18936,27	14659,09	Late Dax	18665,24	**18703,65**	+0,21	+12,0
27520,63	23705,45	Late M-Dax	25462,37	**25691,75**	+0,90	−4,9
3482,76	2788,71	Late Tec-Dax	3293,17	**3311,96**	+0,57	−0,54
15253,37	12009,56	Late S-Dax	13470,93	**13549,33**	+0,58	−2,4
35,03	11,35	V-Dax-New	15,27	**15,09**	−1,2	+11,5
490,19	395,67	DivDax (Perf.)	472,72	**475,89**	+0,67	+7,3
7438,74	5818,83	Prime-All-Share	7264,61	**7307,44**	+0,59	+9,8
4170,54	3320,91	Tec-All-Share	3359,32	**3395,30**	+1,1	−16,2
9682,06	8075,45	Classic-All-Share	8974,97	**9086,13**	+1,2	−0,58
2018,97	1540,58	GEX (Preis)	1628,00	**1634,09**	+0,37	−15,3
Europäische Indizes						
167,82	135,86	F.A.Z.-Euro	161,49	**162,17**	+0,42	+6,4
307,46	244,40	F.A.Z.-Euro Performance	299,12	**300,38**	+0,42	+9,2
5121,71	3993,10	Euro Stoxx 50 (Europa)	4827,63	**4860,78**	+0,69	+7,5
4584,77	3777,88	Stoxx Europe 50 (Europa)	4416,65	**4425,69**	+0,20	+8,1
528,20	418,23	Euro Stoxx (Europa)	501,46	**504,62**	+0,63	+6,4
526,66	428,84	Stoxx Europe 600 (Europa)	515,11	**517,19**	+0,40	+8,0
2139,89	1747,14	S&P Euro 350 (Europa)	2090,45	**2097,96**	+0,36	+8,0
1560,41	1265,15	Euronext 100 (Europa)	1466,78	**1472,88**	+0,42	+5,5
949,14	711,69	AEX Index (Amsterdam)	895,75	**900,32**	+0,51	+14,4
1505,35	1105,15	Comp. Index (Athen)	1423,61	**1429,79**	+0,43	+10,6
10445,17	8915,22	OMX Index (Helsinki)	9863,58	**9949,04**	+0,87	−1,6
11252,11	7202,88	Nat. 100 Index (Istanbul)	9577,46	**9758,14**	+1,9	+30,6
2966,79	2030,23	OMXC 20 Ind. (Kopenhagen)	2778,19	**2745,20**	−1,2	+20,2
4809,42	4047,36	PSI-GERAL (Lissabon)	4697,05	**4706,10**	+0,19	−0,55
1716,92	1478,24	S&P UK (London)	1678,34	**1684,10**	+0,34	+7,6
11753,90	8879,30	IBEX 35 (Madrid)	11581,00	**11703,40**	+1,1	+15,9
3752,37	2862,66	DJ Italy Titans 30 (Mailand)	3520,64	**3544,16**	+0,67	+10,2
8259,19	6773,82	CAC 40 (Paris)	7449,44	**7487,42**	+0,51	−0,74
1013,13	746,78	All-Sh. Priceind. (Stockholm)	984,56	**992,06**	+0,76	+9,8
89657,97	63210,28	WIG Index (Warschau)	81710,75	**82923,92**	+1,5	+5,7
12483,57	10251,33	SMI (Zürich)	12005,47	**12042,78**	+0,31	+8,1
Amerikanische Indizes						
41835,28	32327,20	Dow Jones (New York)	41622,08	**41606,18**	−0,04	+10,4
20690,97	14058,33	Nasdaq 100 (Nasdaq)	19423,06	**19432,40**	+0,05	+15,5
18671,07	12543,86	Nasdaq Com. (Nasdaq)	17592,13	**17628,06**	+0,20	+17,4
5670,81	4103,78	S&P 500 (New York)	5633,09	**5634,58**	+0,03	+18,1
137370,36	111598,57	Bovespa (São Paulo)	135039,02	**134706,53**	−0,25	+0,37
59020,55	47765,06	Mexiko SE (Mexiko)	gs.	**52561,79**	–	−8,4
23800,59	18692,06	TSX Comp. Ind. (Toronto)	23702,07	**23677,70**	−0,10	+13,0
Weitere Übersee Indizes						
1527,14	1273,17	SET Index (Bangkok)	1435,53	**1436,60**	+0,07	+1,5
19706,12	14794,16	Hang-Seng (Hongkong)	17411,99	**17652,26**	+1,3	+3,5
7854,02	6639,82	Jakarta SE (Jakarta)	gs.	**7831,78**	–	+7,7
3708,44	3140,87	S&P S. Africa 50 (Johannesb.)	3620,37	**3642,00**	+0,60	+3,2
8111,84	6882,38	SSE 180 (Schanghai)	gs.	**gs.**	–	–
2896,43	2273,97	Kospi (Seoul)	gs.	**gs.**	–	–
2163,74	1760,57	Stoxx Singapore 20 (Singapur)	2138,35	**2156,56**	+0,85	+13,5
8375,80	6938,50	All Ordinaries (Sydney)	8341,10	**8361,20**	+0,24	+6,8
24416,67	15975,91	Taiwan Weighted (Taipeh)	21850,08	**gs.**	–	–
42426,77	30487,67	Nikkei 225 (Tokio)	gs.	**36203,22**	–	+8,2

Euro Stoxx 50, Stoxx Europe 50

	Dividende	Heimatbörse 16.9. Schluss	17.9. Schluss	Frankfurt 17.9. Schluss	Ver. in %
AB Inbev	0,82[1x]	58,12	**58,00**	57,86	−0,6
ABB NA	0,87F[1x]	46,89	**47,80**	–	–
Adyen	0,00[1x]	1284,6	**1334,4**	1321,4	+1,7
Ahold Delhaize	0,50[2x]	30,99	**31,14**	31,01	+0,3
Air Liquide	2,909[1x]	169,52	**170,14**	170,14	+0,2
ASML Hold.	1,52[2x]	719,90	**726,00**	724,00	+0,4
AstraZeneca	0,776£[2x]	12016	**11968**	140,65	−1,2
AXA	1,98[1x]	36,19	**36,15**	36,06	−0,6
Banco Santander	0,095[2x]	4,44	**4,51**	4,49	+1,5
BBVA	0,39[2x]	9,32	**9,41**	9,48	+1,8
BNP Paribas	4,60[2x]	63,29	**64,45**	64,31	+1,7
BP	0,08$[4x]	406,15	**410,45**	4,89	+1,4
Brit. Am. Tobacco	0,589£[2x]	2970,0	**2900,0**	34,25	−3,0
Danone	2,10[1x]	65,30	**64,70**	64,72	−0,9
Diageo	0,00£[2x]	2466,0	**2525,5**	30,09	+1,5
Enel	0,215[2x]	7,13	**7,18**	7,20	+0,7
Eni	0,23[2x]	14,11	**14,22**	14,21	+1,2
EssilorLuxottica	3,95[1x]	208,10	**205,50**	205,90	−1,2
Ferrari	2,443[1x]	416,80	**419,00**	420,00	+0,6
Glencore	0,065$[2x]	377,70	**379,30**	4,50	+0,6
GSK PLC	0,15£[4x]	1632,0	**1609,5**	19,06	−1,2
Hermes Internat.	21,521[2x]	1896,0	**1926,0**	1909,5	+1,0
HSBC Hold.	0,10$[2x]	654,70	**661,80**	7,95	+1,9
Iberdrola	0,005[1x]	13,52	**13,72**	13,72	+1,2
Inditex	0,77[2x]	50,38	**51,04**	51,20	+1,4
ING Groep	0,35[2x]	16,30	**16,46**	16,43	+1,1
Intesa Sanpaolo	0,152[2x]	3,74	**3,77**	3,76	+1,1
Kering	9,50[2x]	225,55	**229,65**	231,05	+1,0
L'Oréal	6,751[1x]	365,90	**368,35**	369,80	+0,7
LVMH Moët Hen.	7,50[2x]	603,60	**607,70**	609,40	+0,1
National Grid	0,391£[2x]	1047,0	**1056,0**	12,70	+1,6
Nestlé NA	3,00F[1x]	86,76	**86,46**	–	–
Nokia	0,03[4x]	3,80	**3,80**	3,77	−0,5
Nordea Bank Abp	0,92[1x]	10,38	**10,55**	10,44	+0,4
Novartis NA	3,30F[1x]	98,41	**98,03**	–	–
Novo-Nordisk B	3,50DKK[1x]	922,10	**903,40**	119,30	−3,5
Pernod Ricard	2,35[2x]	126,30	**126,60**	126,20	−1,3
Prosus	0,064[2x]	32,25	**32,71**	32,69	+1,8
Reckitt Benckiser	0,804£[2x]	4585,0	**4610,0**	54,52	−0,4
Relx	0,182£[2x]	3640,0	**3648,0**	43,00	−0,2
Richemont	3,50F[1x]	118,85	**119,85**	–	–
Rio Tinto	0,00£[2x]	4774,0	**4789,5**	56,51	−0,7
Roche Hold. GS	9,60F[1x]	264,10	**266,20**	–	–
Safran	2,20[1x]	203,30	**202,50**	203,00	+0,3
Saint-Gobain	2,10[1x]	78,66	**80,78**	80,52	+2,2
Sanofi S.A.	3,762[1x]	103,32	**102,90**	102,40	−0,9
Schneider Electr.	3,50[1x]	227,15	**230,35**	229,70	+1,3
Shell	0,31[4x]	30,40	**30,63**	30,50	−0,4
Stellantis	1,55[1x]	13,59	**13,64**	13,62	−0,1
TotalEnergies	0,79[4x]	61,22	**61,40**	61,66	+0,8
UBS Group N	0,70$[1x]	25,07	**25,34**	–	–
UniCredit	1,803[1x]	37,10	**37,46**	37,40	+0,4
Unilever plc.	0,37£[4x]	4950,0	**4937,0**	58,50	−0,5
Vinci	3,45[2x]	109,60	**110,60**	110,95	+1,0
Wolters Kluwer	0,83[2x]	157,65	**158,45**	157,20	−1,0
Zurich Insur. Grp	26,00F[1x]	512,00	**513,00**	–	–

Börsenkennzahlen von Bloomberg. Alle Angaben ohne Gewähr. k.A.=keine Angaben; ■ = auch im Tec-DAX enthalten; ▲ = auch im Euro Stoxx 50 enthalten; ▼ = auch im Stoxx Europe 50 enthalten; Δ = 1Euro; Die Dividenden sind die letztgezahlten Ausschüttungen in Landeswährung bereinigt um Kapitalmaßnahmen. Hochzahl hinter Dividende: Zahl der Ausschüttungen je Jahr; Dividendenrendite: Brutto-Dividendenrendite auf Basis der letztgezahlten Jahresdividende; Das 52-Wochen-Hoch/Tief wird berechnet auf Basis von Tageshoch- und -tiefkursen bereinigt um Kapitalmaßnahmen; Börsenkapitalisierung: Berechnung ausschließlich mit der relevanten Gattung (x Streubesitzfaktor); KGV: Kurs/Gewinnverhältnis auf Basis der Ergebnisse je Aktie vor Goodwillabschreibung. Dividendenrendite und KGV berechnet von Infront Financial Technology GmbH auf Basis von Verlaufs- bzw. Schlusskursen am Börsenplatz Xetra bzw. Frankfurt. Nikkei-Index = © Nihon Keizai Shimbun.

Frankfurter Allgemeine

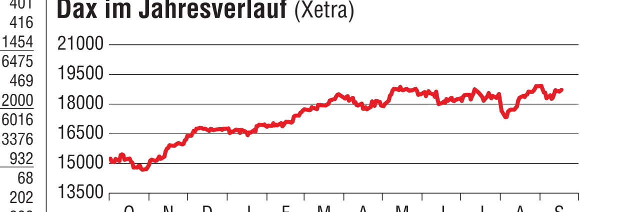
Internationale Finanzmärkte

Statistik (aus dem H-Dax)

Tagesgewinner	Veränd. %	52-Wochen-Gewinner	Veränd. %
Delivery Hero	+7,76	Süss MicroTec NA	+163,76
Zalando	+7,33	Siemens Energy	+135,27
Süss MicroTec NA	+7,08	Rheinmetall	+85,49
SMA Solar Techn.	+6,09	Aroundtown	+62,71

Tagesverlierer	Veränd. %	52-Wochen-Verlierer	Veränd. %
Hensoldt	−7,27	HelloFresh	−74,17
Rheinmetall	−6,75	SMA Solar Techn.	−71,48
MTU Aero Engines	−2,42	Evotec	−71,41
TAG Immobilien	−1,77	CompuGroup Med.	−64,53

Dax im Jahresverlauf (Xetra)



Schluss: **18726,08** 29.12.2023: **16751,64** 52 Wochen Hoch/Tief: **18990,78/14630,21**

ANZEIGE

Deutsche Börsen

Kurse in Euro

Frankfurt	16.9. Schluss	17.9. Schluss
Prime Standard		
11 88 0 Solutions	0,72	0,74
3U Holding	1,71	1,70
4SC konv.	6,86	6,80
About You Hold.	2,76	2,77
Accentro Real Est.	0,462	0,484
ad pepper media (NL)	1,79	1,75
adesso	60,80	57,50
Adler Group (L)	0,191	0,183
Adtran Hold. (USA)	4,87	4,83
All for One Group	44,60	44,10
Allane	10,30	10,30
alstria office REIT	3,62	3,58
AlzChem Group	42,30	40,80
Amadeus Fire	90,00	91,90
Artnet NA	5,45	5,35
Arzneiwerk AG Vida	–	–
Aumann	12,00	12,34
Auto1 Group	8,44	8,43
Basler	9,09	9,04
Bastei Lübbe	9,60	9,25
BayWa NA	22,40	22,20
BayWa vNA	10,98	11,00
BB Biotech NA (CH)	40,55	39,85
Beck, Ludwig	17,50	17,50
Bertrandt	20,80	20,60
Bet-at-home.com	3,23	3,16
Bike24	1,54	1,56
Biofrontera NA	2,13	2,27
Biotest St.	41,00	41,40
Biotest Vz.	26,90	26,80
BMW Vz. Δ	69,00	69,15
Borussia Dortmund	3,72	3,85
Brain Biotech	1,45	1,44
Branicks Group	1,97	2,01
Brockhaus Techn.	28,10	28,30
Ceconomy St.	2,71	2,70
Cenit	11,20	11,50
CeWe Stiftung	103,60	104,20
Cherry	1,77	1,69
Data Modul	25,60	25,80
Delticom	2,40	2,26
Demire Real Estate	0,80	0,80
Dermapharm Holding	35,70	35,50
Deutsche Konsum REIT	3,70	3,57
Deutz	4,51	4,62
DFV Dt. Familienvers.	6,15	6,55
DMG Mori	43,90	44,10
Douglas	19,80	19,54
Dr. Hönle	11,85	11,85
Drägerwerk St.	42,70	42,50
Drägerwerk Vz.	45,25	45,05
Dt. Beteiligung	24,20	24,15
Dt. EuroShop NA	22,50	22,00
Dt. Pfandbriefbank	5,59	5,69
Dürr	19,47	19,60
DWS Group	35,90	36,14
Ecotel Communic.	12,65	12,50
EDAG Engineer. (CH)	9,50	9,50
Einhell Germany Vz.	58,60	57,60
ElringKlinger NA	4,20	3,99
elumeo	2,16	2,16
Fabasoft (A)	16,00	14,85
Ferratum Oyj (MT)	4,92	4,91
Fielmann Grp.	46,60	47,15
First Sensor	60,00	60,20
flatexDEGIRO	12,15	12,27
Fortec	17,30	17,50
Fr. Vorwerk Group	22,10	22,95
Francotyp-Postalia	2,28	2,28
Fuchs St.	30,50	30,45
Gateway Real Est.	0,95	0,95
Gesco NA	14,20	14,00
GFT Technologies	21,25	21,00
Global Fashion Grp. (L)	0,207	0,219
Grammer	7,75	7,50
Grand City Prop. (L)	12,93	12,71
Grenke NA	22,35	22,35
H+R	3,76	3,76
H2APEX Group (L)	4,64	4,72
Hamborner Reit	6,58	6,65
Hamburger Hafen	16,68	16,74
Hapag-Lloyd NA	143,00	147,90
Hawesko	25,40	25,40
Heidelb. Druck	1,03	0,99
Heidelberg Pharma	2,31	2,30
Henkel & Co.	72,55	72,95
hGears	2,00	2,00
Highlight Comm. (CH)	1,23	1,12
HomeToGo (L)	1,96	1,95
Hornbach Hold.	81,10	84,30
Hypoport SE	261,80	269,40
Indus Holding	21,75	21,85
Init Innovation	34,70	36,00
Instone Real	9,09	8,95
Intershop Communic.	1,57	1,58
InTiCa Systems	2,88	2,88
Ionos Group	22,30	22,25
IVU Traffic Techn.	14,05	13,90
Jost Werke	43,25	44,10
Klöckner & Co. NA	4,94	4,98
Knaus Tabbert	30,30	29,95
Koenig & Bauer	9,33	9,33
KPS NA	0,832	0,832
KSB StA	630,00	630,00
KSB Vz	556,00	552,00
KWS Saat	66,20	66,20
Leifheit	17,95	17,55
Logwin NA (L)	254,00	254,00
LPKF Laser&Electr.	8,71	8,72
Manz	5,62	5,24
Masterflex	9,96	9,96
MAX Automation	5,80	5,82
MBB	99,80	97,00
Mediclin	2,32	2,30
Medigene NA	2,00	2,27
Medios	16,06	16,20
Metro St.	4,63	4,62
Metro Vz.	4,92	4,94
Mister Spex	2,36	2,42
MLP	5,54	5,54
Mutares	28,00	28,45
MVV Energie NA	30,20	30,40
Nexus	52,80	51,70
NFON	5,60	5,50
Norma Group NA	14,88	14,72
Novem Group (L)	5,60	5,28
OHB	44,70	44,30
OVB Holding	18,90	18,70
paragon GmbH	2,20	2,22
Patrizia	8,80	8,77
PharmaSGP Hold.	21,00	21,20
ProCredit Holding °	8,02	8,10
Progress	30,00	30,00
ProSiebenSat.1	5,30	5,42
PSI Software NA	22,20	22,00
PVA TePla	11,83	12,02
q.beyond	0,742	0,744
Qingdao Haier (CN)	1,49	1,48
R. Stahl NA	18,20	18,50
RENK Group	23,64	22,73
Rhön-Klinikum	11,70	11,90
SAF Holland Δ	16,00	15,74
Salzgitter	14,67	15,15
Sartorius St.	193,40	190,20
Schaeffler Vz.	4,21	4,19
Schott Pharma	31,50	31,86
Secunet	92,30	93,30
Serviceware	12,80	12,30
SFC Energy	20,25	20,10
SGL Carbon	5,32	5,39
Shelly Group (BG)	33,90	34,40
Singulus Δ	1,36	1,43
Sixt St.	61,80	63,35
Sixt Vz.	51,50	52,10
SNP	58,20	57,00
Softing	4,12	4,16
Stemmer Imaging	48,50	48,70
Stratec	41,30	40,55
Südzucker	11,74	11,45
Surteco Group	14,90	14,80
Syzygy	2,80	2,84
Takkt	9,41	9,51
technotrans NA	16,10	15,90
thyssenkr. nucera	8,33	8,60
tonies SE (L)	6,30	6,10
Uniper konv.	41,12	42,44
United Labels	1,74	1,74
Varta	1,48	1,51
Verbio	15,69	16,05
Villeroy & Boch Vz.	16,65	16,70
Viscom	3,47	3,38
Vita 34 NA	4,36	4,32
Vitesco Techn. Grp.	47,00	46,46
Volkswagen St.	97,50	98,95
Voltabox	1,35	1,35
Vossloh	47,30	47,00
Vulcan Energy Res. (AUS)	2,28	2,24
Wacker Neuson NA	13,74	14,12
Washtec	36,30	36,20
Westwing Group	7,18	7,28
Wüstenr. & Württemb.	11,92	11,90
YOC	17,30	17,60
Zeal Network	31,50	32,60
Scale		
2G Energy	20,25	20,25
Advanced Blockchain	3,76	4,21
Apontis Pharma	6,78	6,78
Artec Technologies	1,82	1,83
Beaconsmind (CH)	5,20	5,20
Beta Systems Software	27,00	27,00
Blue Cap	16,60	16,30
Cantourage Grp.	4,80	4,80
Cliq Digital	6,77	6,77
cyan	2,22	2,20
Daltrup & Söhne	8,94	8,68
Datagroup IT Serv.	38,90	39,20
Datron	7,95	8,10
Delignit	2,76	2,70
Deutsche Rohstoff	33,20	32,70
Edel	4,20	4,26
Ernst Russ	5,90	5,78
EV Digital Invest	1,15	1,12
Exasol	1,97	1,99
Formycon	49,20	49,10
Geratherm Medical	4,44	4,04
IBU-Tec Advanced	9,36	9,58
JDC Group	23,60	23,30
Laiqon	4,10	4,26
Media & Games Inv. (SE)	3,07	3,71
Mensch & Maschine	55,60	55,90
MPC Münchmeyer	4,52	4,40
mVISE	0,41	0,41
Mynaric	3,55	3,59
Nabaltec	14,00	13,75
Noratis	1,40	1,40
Nürnb. Bet. vink. NA	53,50	53,00
Nynomic	19,50	19,95
Ökoworld NA Vz.	28,10	28,60
PAL Next	1,27	1,25
Partec	78,00	83,00
Pyramid	0,915	0,855
Pyrum Innovations	25,00	25,00
Rigsave (I)	–	10,60
Scherzer & Co.	2,12	2,10
SGT German Private Eq.	1,00	1,03
The Platform Group	8,14	8,26
Vectron Systems	11,50	11,55
Veganz Group	10,30	10,15

Europäische Börsen

Kurse in Euro / Schweizer Franken

Frankfurt / Schweizer Aktien Zürich	16.9.	17.9.
A. B. Foods (GB)	25,70	26,27
Abrdn (GB)	1,74	1,74
Accor (F)	38,26	38,45
ACS (E)	40,56	40,80
Adecco Group NA (CH)	27,08	27,70
Aegon (BM)	5,49	5,43
Aeroports de Paris (F)	115,60	118,90
Ageas (BE)	46,70	47,24
Air France-KLM (F)	8,20	8,16
Akzo Nobel (NL)	57,32	58,42
Alfa Laval AB (SE)	40,53	40,65
Alstom (F)	17,13	17,13
Amadeus IT (E)	63,08	63,74
Andritz (A)	61,10	61,65
Anglo American (GB)	24,93	24,94
Antofagasta (GB)	21,17	21,55
AP Moeller-Maersk (DK)	1362	1354
ArcelorMittal (L)	20,51	20,72
Arkema (F)	79,10	80,90
Aryzta NA (CH)	1,64	1,63
Assa-Abloy AB (SE)	28,79	29,51
Atlas Copco A (SE)	15,75	15,95
Atos (F)	0,648	0,651
Aviva PLC (GB)	5,85	5,85
Babcock Int. (GB)	5,52	5,52
BAE Systems (GB)	15,97	15,00
Bâloise NA (CH)	169,70	169,50
Banco Sabadell (E)	1,87	1,89
Bank of Ireland (IRL)	9,80	9,55
Bankinter (E)	7,89	7,87
Barry Callebaut NA (CH)	1456	1561
BB Biotech NA (CH)	37,60	37,55
Bollore (F)	5,96	5,91
Bouygues (F)	31,86	32,09
Brit. Land (GB)	5,35	5,45
BT Group (GB)	1,76	1,75
Bunzl (GB)	43,34	43,80
Burberry Group (GB)	7,12	6,96
Bureau Veritas SA (F)	30,08	30,06
Caixabank (E)	5,44	5,44
Capgemini (F)	193,30	194,25
Capita PLC (GB)	0,21	0,208
Carlsberg B (DK)	107,25	106,65
Carnival PLC (GB)	14,28	14,36
Carrefour (F)	15,19	15,33
Casino Guich. (F)	3,11	3,13
Centrica (GB)	1,39	1,40
CEZ Inh. (CZ)	33,72	34,04
Christian Dior (F)	565,00	564,00
Clariant NA (CH)	12,37	12,50
Coca-Cola HBC (CH)	33,12	33,76
Coloplast (DK)	126,65	126,50
Colruyt Group (BE)	44,68	43,90
Compass Group (GB)	28,81	29,34
Crédit Agricole (F)	14,20	14,41
Danske Bank (DK)	27,60	27,45
Dassault Systemes (F)	35,79	35,56
DSM-Firmenich (CH)	119,95	118,25
Easyjet (GB)	5,84	6,02
Edenred (F)	36,05	36,37
EDP (PT)	4,12	4,10
Electrolux B fr (SE)	8,47	8,41
Ems-Chemie (CH)	685,50	690,50
Enagás (E)	13,72	14,01
Endesa (E)	19,79	19,74
Engie (F)	16,03	16,04
Equinor ASA (N)	22,76	22,67
Ericsson B fr (SE)	6,63	6,64
Erste Group Bank (A)	47,89	47,92
Eutelsat Comm. (F)	4,13	3,94
Exor (NL)	98,20	98,00
Experian Group (JE)	44,60	45,60
Ferguson PLC (USA)	170,36	172,54
Ferratum Oyj MT	4,92	4,91
Flughafen Zürich (CH)	199,70	203,00
Flutter Entertain. (IRL)	197,35	203,90
Fortum (FI)	14,04	14,30
Fresnillo PLC (GB)	6,90	6,81
GALP (PT)	17,17	17,17
GBL (BE)	68,75	69,10
Geberit NA (CH)	540,20	550,60
Gecina (F)	107,30	105,60
Generali (I)	25,74	25,87
Getinge (SE)	19,51	19,69
Getlink (F)	16,21	16,18
Givaudan NA (CH)	4557	4538
Gjensidige Forsikr. (N)	16,19	16,28
Grifols (E)	10,18	10,03
Hargreaves Lans. (GB)	13,08	13,01
Heineken Hold. (NL)	68,20	68,45
Heineken N.V. (NL)	82,10	81,36
Hellenic Telecom (GR)	14,75	14,82
Hennes & Mauritz (SE)	14,83	15,08
Hexagon B (SE)	8,65	8,70
Holcim N (CH)	81,36	82,72
Icade (F)	26,02	26,40
Imerys (F)	28,96	28,82
IMI (GB)	21,40	21,80
Immofinanz (A)	25,65	24,00
Int. Cons. Airlines (E)	2,34	2,40
InterCont. Hotels (GB)	93,50	93,50
Intesa Sanpaolo (I)	3,72	3,76
Investor B (SE)	26,91	27,00
ITV (GB)	0,93	0,946
JCDecaux (F)	18,42	18,39
Jeronimo Martins (PT)	16,74	16,75
Julius Bär NA (CH)	47,10	49,29
KBC Group (BE)	68,18	69,26
Kerry Group A (IRL)	92,40	92,30
Kingfisher (GB)	3,46	3,80
Kinnevik B (SE)	6,61	6,63
Klepierre (F)	29,20	28,98
Komercni (CZ)	30,34	30,48
Kon. Vopak (NL)	42,18	42,64
Kone (FI)	49,93	49,78
Kühne + Nagel NA (CH)	246,80	246,40
Land Securities (GB)	7,95	8,00
Legal & General (GB)	2,67	2,75
Legrand (F)	101,80	102,95
Linde PLC (IRL)	425,20	423,40
Lindt & Spr. NA (CH)	106200	107600
London Stock Ex. (GB)	127,00	125,00
Mapfre (E)	2,28	2,42
Marks & Spencer (GB)	4,38	4,33
Mediobanca (I)	14,76	14,94
Michelin (F)	36,20	36,27
Naturgy Energy (E)	23,04	23,08
NatWest Group (GB)	3,98	4,07
Next (GB)	121,60	124,10
Norsk Hydro (N)	5,22	5,19
Novonesis B (DK)	62,62	61,60
OC Oerlikon NA (CH)	4,50	4,55
OCI N.V. (NL)	26,82	26,69
OMV (A)	36,44	36,26
Orange (F)	10,91	10,89
Orkla (N)	8,29	8,37
Österreich. Post (A)	29,75	30,30
Pandora A/S (DK)	159,65	155,40
Partners Group (CH)	1192	1198
Pearson (GB)	12,53	12,20
Philips Electr. (NL)	27,73	28,28
Poste Italiane (I)	12,64	12,56
Proximus (BE)	6,94	6,96
Prudential (GB)	7,40	7,45
Publicis Group (F)	96,24	97,00
Randstad Hold. (NL)	42,19	42,72
Redeia Corporacion (E)	17,40	17,31
Relx (GB)	43,10	43,00
Renault (F)	38,77	39,46
Repsol YPF (E)	11,69	11,79
Rexel (F)	25,97	24,75
Richemont (CH)	118,85	119,85
Rolls-Royce Group (GB)	5,89	5,82
Royal KPN (NL)	3,72	3,74
RTL Group (L)	30,50	30,50
Ryanair Holdings (IRL)	15,20	15,14
Sage Group (GB)	11,97	11,83
Sainsbury PLC (GB)	3,39	3,55
Saipem (I)	1,96	1,95
Sampo OYJ (FI)	41,44	41,95
Sandvik (SE)	18,13	18,34
SCA B fr (SE)	12,69	12,78
Schibsted (N)	26,90	26,78
Schindler PS (CH)	241,60	243,20
Schroders (GB)	4,00	4,02
Scor SE (F)	19,33	19,37
Scot.&South. En. (GB)	24,00	23,60
SE Banken A fr (SE)	13,74	13,78
Semperit (A)	11,78	11,68
SES S.A. (L)	4,83	4,77
SGS NA (CH)	95,60	96,00
Sika N (CH)	267,60	272,00
Skanska B fr (SE)	18,12	18,14
SKF B fr (SE)	16,45	17,66
Smith & Nephew (GB)	14,09	14,15
Snam Rete Gas (I)	4,60	4,60
Sodexo (F)	78,30	78,15
Solvay (BE)	31,11	31,02
Sonova Hold. NA (CH)	303,50	301,90
Standard Ch. PLC (GB)	8,98	9,29
STMicroelectronics (NL)	24,94	24,91
Stora Enso Oyj (FI)	10,97	11,00
Subsea 7 (L)	15,48	15,53
Sulzer NA (CH)	127,60	129,20
Svenska Handelsbk. (SE)	9,18	9,33
Swatch Group Inh. (CH)	153,85	154,05
Swedbank A (SE)	19,03	18,98
Swiss Life NA (CH)	699,80	706,60
Swiss Re NA (CH)	116,15	115,85
Swisscom NA (CH)	552,00	550,00
TechnipFMC (GB)	22,22	22,75
Telecom Italia (I)	0,243	0,251
Telefónica (E)	4,29	4,35
Telekom Austria (A)	8,56	8,53
Telenor (N)	11,54	11,42
Telia Comp. (SE)	2,90	2,95
Terna (I)	8,07	8,14
Tesco (GB)	4,46	4,44
Thales (F)	148,25	140,80
TomTom (NL)	4,86	4,93
Tullow Oil PLC (GB)	0,254	0,258
UCB (BE)	162,80	164,70
United Utilities (GB)	12,40	12,90
UPM-Kymmene (FI)	29,09	29,10
Valeo (F)	9,10	9,46
Vallourec (F)	13,60	13,69
Veolia Environnem. (F)	30,10	30,22
Vestas Wind (DK)	21,48	21,90
Vienna Insurance (A)	30,05	30,30
Vivendi (F)	10,06	10,05
Voest-Alpine (A)	20,68	20,82
Volvo B (SE)	22,44	22,73
Wärtsilä (FI)	18,76	18,70
Wendel (F)	91,45	91,20
Whitbread (GB)	36,42	36,30
Wienerberger (A)	29,12	29,46
WPP (JE)	8,70	8,75
Yara (N)	26,12	26,27

Übersee Börsen

Dow Jones Industrial Average

	Dividende	Heimatbörse 16.9. Schluss	17.9. Schluss	Frankfurt 17.9. Schluss	Ver. in %
3M Co.	0,70$[4x]	134,61	**133,57**	119,70	−0,7
Amazon.com	0,00[1x]	184,89	**186,88**	168,26	+1,0
American Express	0,70$[4x]	261,09	**265,40**	238,00	+1,5
Amgen	2,25$[4x]	335,26	**332,80**	299,50	−0,1
Apple Inc.	0,25$[4x]	216,32	**216,79**	194,70	+0,1
Boeing Co.	2,06$[4x]	155,55	**156,39**	140,50	+0,2
Caterpillar Inc.	1,41$[4x]	347,96	**353,69**	314,00	+0,3
Chevron Corp.	1,63$[4x]	142,09	**143,41**	129,06	+1,7
Cisco Systems	0,40$[4x]	51,03	**50,61**	46,09	+1,6
Coca Cola Co.	0,49$[4x]	72,10	**71,80**	64,66	−0,2
Disney Co.	0,45$[1x]	91,85	**92,86**	83,61	+0,8
Dow Inc.	0,70$[4x]	50,66	**51,51**	46,34	+1,5
Goldman Sachs	3,00$[4x]	485,16	**485,39**	434,60	+0,3
Home Depot	2,25$[4x]	382,01	**383,24**	346,30	+0,8
Honeywell Intl.	1,08$[4x]	204,68	**204,24**	184,36	+0,7
IBM	1,67$[4x]	217,16	**214,13**	192,36	−1,5
Intel Corp.	0,13$[4x]	20,91	**21,47**	19,26	+2,4
Johnson & Johnson	1,24$[4x]	166,99	**167,07**	150,58	+0,7
McDonald's	1,67$[4x]	296,69	**293,75**	264,50	−0,7
Merck & Co.	0,77$[4x]	117,96	**118,29**	106,60	+2,5
Microsoft	0,75$[4x]	431,34	**435,15**	391,20	+1,0
Morgan (J.P.)	1,15$[4x]	207,86	**209,25**	187,24	+0,7
Nike	0,37$[4x]	79,80	**80,64**	72,45	+1,5
Procter & Gamble	1,01$[4x]	177,24	**175,88**	158,08	−0,1
Salesforce Inc.	0,40$[1x]	256,91	**255,19**	230,35	−0,2
Travelers Comp.	1,05$[4x]	242,26	**241,54**	216,60	+1,5
UnitedHealth	2,10$[4x]	589,14	**577,96**	523,10	−2,0
Verizon	0,67$[4x]	45,00	**44,08**	39,57	−1,8
VISA	0,52$[4x]	290,48	**291,56**	262,00	+0,5
Walmart Inc.	0,21$[4x]	80,56	**78,60**	70,96	−2,0

New York (USD)

Heimatbörse	16.9.	17.9.
Abb Vie	195,73	193,45
Abbott Labor	117,63	118,13
Accenture	354,12	337,04
Aflac Inc.	110,17	109,56
Agilent Technol.	138,31	138,35
Air Products & Chem.	288,87	291,13
Alibaba	83,60	84,70
Allstate	190,56	190,26
Altria Group Inc.	51,70	50,50
Am. Electric Power	104,95	104,21
Am. Intl. Group	73,00	73,60
AMD Inc.	152,08	150,82
Americ. Tower Reit	240,32	239,45
Aon PLC	350,69	349,20
Apache Corp.	24,44	25,25
Archer-Daniels	60,41	60,46
AT&T	22,27	21,78
Baker Hughes	33,98	34,73
Bank of America	39,10	39,55
Bank of N.Y. Mellon	70,53	70,81
Barrick Gold	20,52	20,48
Baxter Int. Inc.	40,26	39,81
Becton D.& C.	234,04	231,27
Berkshire Hath. A	677731	685250
Berkshire Hath. B	451,78	456,68
Blackrock	895,18	904,52
Boston Scientific	83,51	82,52
BP PLC	32,30	32,55
Bristol-Myers Sq.	49,99	49,49
Canadian Pac.Kan.C.	87,28	86,64
Capital One	140,95	145,08
Carnival Corp.	17,83	18,03
Charles Schwab	63,69	63,84
Chubb Ltd.	291,32	290,78
Cigna Group	366,85	356,23
Citigroup	58,39	59,29
Colgate-Palmolive	105,43	104,56
ConAgra Brands	32,60	32,56
ConocoPhillips	105,55	108,29
Corning Inc.	42,91	43,30
Crown Castle Inc.	120,25	119,54
CVS Caremark	58,37	57,83
Danaher Corp.	276,03	272,47
Deere & Co.	394,66	397,88
Dell Techs	115,40	116,82
Dominion Energy	58,53	58,35
Duke Energy	117,70	116,73
Eaton Corp.	306,55	311,73
Emerson Electric	102,39	103,90
Exxon Mobil Corp.	112,71	114,18
FedEx Corp.	292,63	297,34
Ferrari	463,66	462,82
Fiserv Inc.	175,35	175,30
Ford Motor	10,80	10,90
Franklin Resources	20,11	20,35
Freeport-McMoRan	42,89	43,13
Gap Inc.	20,41	20,02
GE Aerospace	181,44	180,33
General Dynamics	307,55	303,85
General Mills	74,63	74,50
General Motors	46,87	47,52
Grainger Inc.	1008	1014
Halliburton	28,41	29,30
Harmony G.ADR	10,08	10,08
Hershey Co.	200,81	199,28
Hess Corp.	128,92	130,81
Howmet Aerospace	95,14	94,59
HP Enterprise	17,23	18,20
HP Inc.	33,76	34,43
Illinois Tool Works	255,13	254,72
Int. Paper	49,83	49,49
Intercont. Exch.	161,91	162,81
Johnson Controls	72,51	72,87
Kellanova	80,68	80,64
Kimberly-Clark	144,20	141,66
Kroger Co.	56,19	55,04
Lilly (Eli)	923,54	906,18
Lockheed Mar.	572,92	567,01
Loews	78,84	79,29
Lowe's	256,64	256,72
Macys	14,95	15,03
Marsh & McL.	231,17	228,07
MasterCard	497,71	500,99
Medtronic PLC	90,11	88,63
MetLife	77,38	78,28
Morgan Stanley	100,09	99,84
Newmont Corp.	53,13	53,11
Nextera Energy	84,64	84,97
Norfolk South.	247,07	246,24
Northrop Grumman	521,27	520,75
Occidental P.	51,29	52,06
Omnicom	101,09	101,73
Oracle Corp.	170,33	167,47
Parker Hannifin	596,78	605,17
PepsiCo	177,21	176,87
Pfizer	30,07	29,83
Philip Morris	125,97	123,23
PP&L Res.	32,68	32,40
PPG Ind.	127,34	127,46
ProLogis	129,28	128,87
RTX Corp.	119,20	118,73
Schlumberger	40,40	41,50
Sherwin Will.	379,06	378,00
Snap	9,64	9,42
Southern Co.	89,89	89,65
State Street	85,46	86,69
Stryker	371,96	363,95
Sysco	77,12	77,78
Target Corp.	152,84	151,96
Teva Pharmac.	18,07	17,85
Texas Instr.	198,47	201,39
Trane Technologies	368,89	374,60
Truist Financial	42,13	41,88
Union Pacific	252,43	253,55
UPS	128,91	130,65
Valero Energy	133,75	135,80
Waste Managem.	208,32	203,12
Wells Fargo	53,79	54,51
Western Digital	64,09	65,89
Weyerhaeuser	32,51	33,25
Williams Cos.	45,44	45,53
Yum! Brands	134,56	132,35

Nasdaq (USD)

	16.9.	17.9.
Adobe	521,50	515,03
Alphabet Inc. A	158,06	159,32
Applied Mater.	187,58	188,59
ASML Hold.	803,04	805,69
Autom. Data	278,60	279,41
Baidu Inc.	84,08	85,39
Biogen Inc.	199,58	198,21
BioNTech	123,47	124,71
Booking Hold.	3979	4042
Broadcom	164,02	162,47
Cincinnati Fin.	137,18	136,17
Cognizant Techn.	77,87	76,22
Comcast A	39,36	39,28
Costco	907,87	897,27
CSX Corp.	33,81	34,07
eBay	64,36	64,88
Gilead Science	83,16	83,05
Illumina	129,52	130,21
Intuit Inc.	646,25	644,82
Intuitive-Surgical	491,39	483,32
Kraft Heinz Co	35,63	35,04
Liberty Global A	20,40	20,37
Marriott Intl.	232,46	235,61
Meta Platforms	533,28	536,32
Mondelez Intern.	75,53	75,10
Netflix	696,50	706,91
Northern Trust	89,75	90,65
NortonLifeLock	26,62	26,46
NVIDIA Corp.	116,78	115,59
NXP Semiconduct.	230,01	232,57
Paccar Inc.	95,70	97,99
Paychex	135,19	134,93
PayPal	71,07	71,77
Qualcomm Inc.	166,61	168,70
Ryanair	106,93	111,10
Starbucks	96,31	96,44
T. Rowe Price	105,87	107,92
Tesla	226,78	227,87
Vertex Pharm.	489,43	481,26
Walgreens Boots	9,02	9,06
Wynn Resorts	78,95	80,00

Hongkong (HKD)

	16.9.	17.9.
Bank of China	3,40	3,46
BOC (HK)	23,45	23,80
CCB	5,45	5,56
China Mobile	71,05	72,05
China Nat. Offs. Oil	18,42	18,74
CK Hutchison	41,85	42,80
Hang Seng Bank	90,10	92,50
Ping An Insur.	35,15	35,75
Sun Hung K.P.	78,90	80,60

Tokio (JPY)

	13.9.	17.9.
Canon Inc.	4719	4723
Honda Motor	1472	1457
Japan Tobacco	4094	4070
Mitsub. UFJ Fin.	1451	1419
Mizuho Financ.	2814	2747
Nissan Motor	391	383
Softbank	8429	8168
Sony Corp.	13105	12805
Sumitomo Mit.Fin.	8982	8750
Toyota Motor	2455	2406

Letzte Kursfeststellung um 22.06 Uhr.

Zinsen, Renditen, Terminkontrakte und Indizes

Benchmark-Anleihen

Laufzeit	16.09. Rend.	17.09. Rend.	17.09. Kurs	29.12.23 Rend.
Deutschland				
2 Jahre	2,20	2,22	100,92	2,37
5 Jahre	2,01	2,02	102,27	1,89
10 Jahre	2,14	2,14	104,03	1,97
30 Jahre	2,42	2,40	102,13	2,21
Frankreich				
2 Jahre	2,40	2,43	100,14	2,91
5 Jahre	2,46	2,48	101,10	2,23
10 Jahre	2,85	2,86	101,23	2,50
30 Jahre	3,43	3,43	96,65	3,03
Großbritannien				
2 Jahre	3,80	3,85	100,62	4,02
5 Jahre	3,51	3,53	87,84	3,39
10 Jahre	3,85	3,86	103,60	3,73
30 Jahre	4,36	4,37	100,12	4,16
Japan				
2 Jahre	0,38	0,38	100,04	0,05
5 Jahre	0,50	0,48	100,08	0,22
10 Jahre	0,84	0,83	102,48	0,62
30 Jahre	2,01	1,98	104,12	1,64
USA				
2 Jahre	3,57	3,61	100,26	4,28
5 Jahre	3,43	3,45	100,79	3,85
10 Jahre	3,62	3,64	101,91	3,88
30 Jahre	3,93	3,96	105,09	4,03

Renditen/Kreditzinsen

Umlaufrendite der Bundesanleihen	
17.09.2024 (16.09.24)	2,10 % (2,14 %)
3 bis 5 Jahre	1,96 % (1,99 %)
5 bis 8 Jahre	1,96 % (2,00 %)
8 bis 15 Jahre	2,14 % (2,19 %)
15 bis 30 Jahre	2,38 % (2,42 %)
Spareinlagen (3 M Kündigungsfr.): ca.	0,46 %*
Private Dispositionskredite etwa	12,02 %*
Sparbriefe	
1 Jahr	2,54 %*
2 Jahre	2,37 %*
3 Jahre	2,27 %*
4 Jahre	2,22 %*
5 Jahre	2,26 %*
Festgeld bis 5 000 Euro	
1 Monat	0,99 %*
3 Monate	1,74 %*
6 Monate	2,38 %*
1 Jahr	2,53 %*
Ratenkredite bis 5 000 Euro	
3 Jahre, effektiv etwa	7,44 %*
5 Jahre, effektiv etwa	7,28 %*
Ratenkredite bis 10 000 Euro	
3 Jahre, effektiv etwa	7,42 %*
5 Jahre, effektiv etwa	7,26 %*

Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke (effektiv, 100 % Auszahlung): Fest 5 Jahre 3,49 %*; Fest 10 Jahre 3,32 %*. *ungefähr: Zinssätze sind institutsabhängig

€STR (16.09.2024)	3,66 %
SOFR (13.09.2024)	5,33 %
Basiszins nach § 247 BGB (01.07.2024)	3,37 %

Terminkontrakte

	16.09.24 Schluss	17.09.24 Schluss
Euro-Bund-Future	135,03	134,76
Euro-Bobl-Future	119,89	119,68
DAX-Future	18724,00	18712,00
S&P500-Future	5638,00	5641,25

Umsätze der dt. Börse

Börsenplatz Xetra	Kurswert in Tsd Euro 16.09.	17.09.
Aktien im Dax	2.210.074	2.978.372
Aktien im M-Dax	241.794	431.344
Aktien im Tec-Dax	532.721	657.804
Aktien im S-Dax	73.584	101.191

Renten-Indizes

	16.09.24 Schluss	17.09.24 Schluss	Rendite
Rex-Gesamt	127,2027	127,5952	2,0279
Rex-Performance	454,4527	455,8798	2,0279
	13.09.24	16.09.24	
FAZ-Anleihen	119,0600	119,2700	–

New Yorker Geldmarkt

USA Primerate	8,50 %
Treasury Bills	
3 Monate	4,97 %
6 Monate	4,60 %
1 Jahr	4,00 %

EZB-Daten

EZB-Zinsen (ab 18.09.2024)	
Spitzenrefinanzierung	3,90 %
Einlagefazilität	3,50 %
Hauptrefinanzierung	3,65 %
Mindestreserve (Verzinsung)	0,00 %
Hauptrefinanzierungsgeschäft (Refi)	
7 Tage (fällig 18.09.) 2.053 Mio.;	
Wachstum Euro-Geldmenge M 3	
Jahresrate 07/2024	2,30 %
3 Monats Durchschnitt 04/2024-06/2024	2,00 %
Referenzwert für das Geldmengenwachstum der 3 Monats-Jahresrate	0,00 %
Notenumlauf im Euro-Raum	
zum 13.09.2024: 1561 Milliarden Euro.	
Euro-Inflationsrate	2,20 %

Leitzinsen im Ausland

Australien	Target-Cash Rate	4,35 %
China	1 J. Benchmark	3,35 %
Dänemark	Diskont	3,10 %
Großbritannien	Repo-Satz	5,00 %
Hongkong	Prime Rate	0,86 %
Indien	Repo-Satz	6,50 %
Japan	Diskont	0,079 %
Kanada	Diskont	4,25 %
Norwegen	Deposite Rate	4,50 %
Polen	Diskont	5,80 %
Rumänien	Reference Rate	6,50 %
Schweden	Pensionssatz	3,50 %
Schweiz	Average Rate ON	1,2091 %
Südafrika	Repo-Satz	11,75 %
Tschechien	Diskont	3,50 %
Ungarn	Base Rate	6,75 %
USA	Federal Fund Rate	5,50 %

Emissionsrendite Anleihen, Hypothekenpfandbriefe

Daten der EZB; Laufzeit in Jahren

	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10
13.09.2024	2,81	2,62	2,54	2,61	2,61	2,66	2,65	2,69	2,78
16.09.2024	2,82	2,64	2,55	2,63	2,62	2,66	2,66	2,70	2,79

F.A.Z.-Renten-Rendite

Restlaufzeit*)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Öffentliche Anleihen										
Hoch 52 Wochen	3,84	3,52	3,53	3,20	3,20	3,24	3,13	3,06	3,40	3,76
Tief 52 Wochen	2,85	2,44	2,25	2,16	2,21	2,16	1,92	2,01	2,15	2,25
13.09.2024	2,93	2,47	2,28	2,23	2,24	2,22	2,02	2,40	3,11	2,32
16.09.2024	2,90	2,48	2,32	2,23	2,25	2,23	2,30	2,40	3,11	2,32
17.09.2024	2,85	2,45	2,26	2,20	2,21	2,17	2,26	2,36	3,09	2,28
Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe										
Hoch 52 Wochen	4,00	4,00	7,62	6,05	3,78	3,79	4,00	3,74	3,59	3,79
Tief 52 Wochen	2,94	2,67	2,77	2,87	2,81	2,84	2,63	2,61	2,89	2,81
13.09.2024	2,97	2,71	4,09	2,91	2,84	3,17	2,66	2,64	3,08	2,90
16.09.2024	2,96	2,70	4,74	2,91	2,84	3,17	2,67	2,64	3,10	2,92
17.09.2024	2,94	2,67	4,62	2,87	2,81	3,16	2,63	2,61	3,07	2,88

*) In Jahren. Die in die Berechnung einbezogenen Papiere haben Restlaufzeiten von einem halben Jahr weniger bis zu sechs Monaten mehr als die angegebenen vollen Jahre. – Berechnung vom 31. Oktober 1995 an mit Stückzinsen.

Intern. Devisenmärkte

Devisenkurse für 1 Euro Interbk.kurse (22 Uhr) 17.09. Geld	Brief	EZB kurs 17.09.	Währung	Notenpreise für 1 Euro aus Sicht der Bank 17.09. Ankauf	Verkauf
1,1115	1,1117	1,1139	Am. Dollar*	1,052	1,169
1,645	1,646	1,6472	Austr. Dollar*	1,564	1,728
6,0938	6,1018	6,1236	Bras. Real*	5,100	7,500
0,8444	0,8446	0,8428	Brit. Pfund*	0,791	0,884
1,9483	1,9633	1,9558	Bulg. Lew*		
7,8897	7,9097	7,9046	Chin. Yuan*	6,270	10,190
7,4616	7,4619	7,4621	Dän. Krone*		
8,661	8,666	8,6796	Hongk. Dollar*	7,730	9,710
93,066	93,226	93,305	Indische Rupie		
151,977	152,665	152,300	Isländ. Krone	129,000	182,000
158,160	158,190	156,710	Jap. Yen*	150,100	165,800
1,5112	1,5118	1,5134	Kan. Dollar*	1,437	1,588
21,271	21,286	21,529	Mex. Peso*	17,040	26,630
1,7962	1,7977	1,7965	Neus. Dollar*	1,593	2,005
11,7864	11,7894	11,7885	Norw. Krone*		
4,2732	4,2752	4,2683	Poln. Zloty*	3,840	4,700
4,9713	4,9763	4,9738	Rumä. Leu*		
11,322	11,325	11,3245	Schw. Kron.*	10,810	12,000
0,9415	0,9418	0,9405	Schw. Franken*	0,897	0,991
1,4403	1,4418	1,4407	Sing. Dollar*	1,335	1,608
19,552	19,562	19,6418	Südaf. Rand*	16,670	22,940
34,481	36,481		Taiwan Dollar		
37,079	37,149	37,104	Thail. Baht*	31,300	44,200
25,091	25,111	25,125	Tsch. Krone*	23,300	27,800
37,901	37,904	37,9137	Türk. Lira*		
394,450	394,650	394,680	Ungar. Forint*	355,000	453,000

* Interbankenkurse von der Commerzbank, Notenpreise der HypoVereinsbk

Intern. Warenmärkte

Titel	Vortag	aktuell	± %
S&P GSCI Index (Spot)	523,58	527,64	+0,78
DAXglobal® Gold Miners	364,43	364,28	−0,04
American Gold Bugs (HUI)	328,65	326,48	−0,66
Gold, Spot (€/Unze)	2320,1	2310,9	−0,40
Gold, New York ($/Unze)	2608,9	2595,2	−0,53
Silber, NY ($/Unze)	31,14	31,01	−0,40
Kupfer, NY ($/lb)	4,27	4,28	+0,22

Münzen, Barren

Schalterpreise in Euro	16.09.2024 Ankauf	Verkauf	17.09.2024 Ankauf	Verkauf
1 kg Gold	72831,00	75838,00	72533,00	75546,00
10 g Gold	717,00	790,50	714,00	787,50
1 oz Krügerrand	2241,00	2331,00	2231,50	2322,00
1/2 oz Krügerrand	1120,50	1263,50	1115,50	1258,80
1/4 oz Krügerrand	560,00	650,40	557,50	648,00
1/10 oz Krügerrand	224,00	267,80	223,00	266,90
1 oz Britannia	2241,00	2377,00	2231,50	2368,00
1/2 oz Britannia	1120,50	1263,50	1115,50	1258,80
1/4 oz Britannia	560,00	650,40	557,50	648,00
1/10 oz Britannia	224,00	267,80	223,00	266,90
20 Mark	519,60	551,00	517,40	548,90
20 Fr. Vreneli	420,80	444,00	419,10	442,50
2 Rand	522,90	547,50	520,70	545,50
1 Österr. Dukat	246,20	260,50	245,10	259,50
50 Chile Pesos	647,50	714,50	644,50	712,00
1 kg Silber	842,00	1168,22	840,50	1166,08
1 oz Maple Platin	820,00	1178,10	832,00	1160,25

*=Vortag Quelle: Degussa Goldhandel, Endkundenpreise

Anleihen

Unternehmensanleihen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	17.09. Schluss	17.09. Rend.
1,5	3M 16/31	2.6.	89,67	3,2387
2	AB Inbev 18/35	23.1.	88,75	3,3006
3,125	Adidas 22/29	21.11.	101,25	2,8602
2,375	Airbus 20/40	9.6.	85,61	3,5878
2,121	Allianz 20/50	8.7.	91,11	2,5979
0,5	Apple 19/31	15.11.	85,82	2,7062
0,75	BASF SE 22/26	17.3.	97,09	2,7682
1,125	Bayer 20/30	6.1.	87,92	3,6761
4	Coba 17/27	30.3.	101,00	3,5716
1,375	Colgate-Pal. 19/34	6.3.	87,60	2,8913
2,5	Continental 20/26	27.8.	99,14	2,9622
1,375	Covestro 20/30	12.6.	91,54	3,0047
1,5	Delivery Hero 20/28	15.1.	82,50	7,6989
3,625	Dt. Bahn Fin. 23/37	18.12.	104,08	3,2403
4	Dt. Bank 22/27	29.11.	103,31	2,8971
1,625	Dt. Börse 10/25	8.10.	98,78	2,8182
2,875	Dt. Post 12/24	11.12.	99,83	3,5829
2,25	Dt. Telekom 19/39	29.3.	87,99	3,3037
1,5	Dt. Wohnen 20/30	30.4.	89,60	3,5774
6,375	E.ON 02/32	7.6.	109,09	4,9254
1,375	Equinor 20/32	22.5.	88,65	3,0565
2,25	Evonik Ind. 22/27	25.9.	98,41	2,8087
0,25	EWE 21/28	8.6.	90,33	3,0398
5,875	Fraport 09/29	10.9.	108,00	4,0660
1	Fresenius 20/26	29.5.	96,84	2,9417
1,5	Heid.Cem. 16/25	7.2.	99,17	3,6814
2,5	ING Groep 18/30	15.11.	95,26	3,3653
1,65	Johns. & J. 16/35	20.5.	88,54	2,9150
3	JP Morgan 14/26	19.2.	100,08	2,9339
4,25	K+S 24/29	19.6.	101,50	3,8943
1,75	Lanxess 22/28	22.3.	94,18	3,5430
1,625	LEG Immob. 19/34	28.11.	80,06	4,0514
0,55	Linde 20/32	19.5.	83,08	3,0602
3	Lufthansa 20/26	29.5.	99,17	3,5093
0,375	LVMH 20/31	11.2.	86,23	2,7521
1,125	Mercedes-B. 19/31	6.11.	87,03	3,1866
2,5	Merck & Co. 14/34	15.10.	95,06	3,0776
2,625	Microsoft 13/33	2.5.	99,93	2,6331
0	NRW.Bank 20/30	18.2.	87,51	2,4943
3	ÖBB-Infr. 13/33	24.10.	102,87	2,6405
1,875	Sanofi 18/38	21.3.	86,88	3,0765
1	SAP SE 15/25	1.4.	98,67	3,5718
4,75	Schaeffler 24/29	14.8.	100,52	4,6268
4	Siemens En. 23/26	5.4.	100,83	3,4271
0,75	Stellantis 21/29	18.1.	89,86	3,3005
4	Talanx 22/29	25.10.	103,79	3,1828
1,528	Telefonica 17/25	17.1.	99,32	3,6236
2,875	Vier Gas 13/25	12.6.	99,48	3,5965
1,125	Vonovia 19/34	14.9.	77,40	3,9007
1	Würth 18/25	26.5.	98,34	3,4992

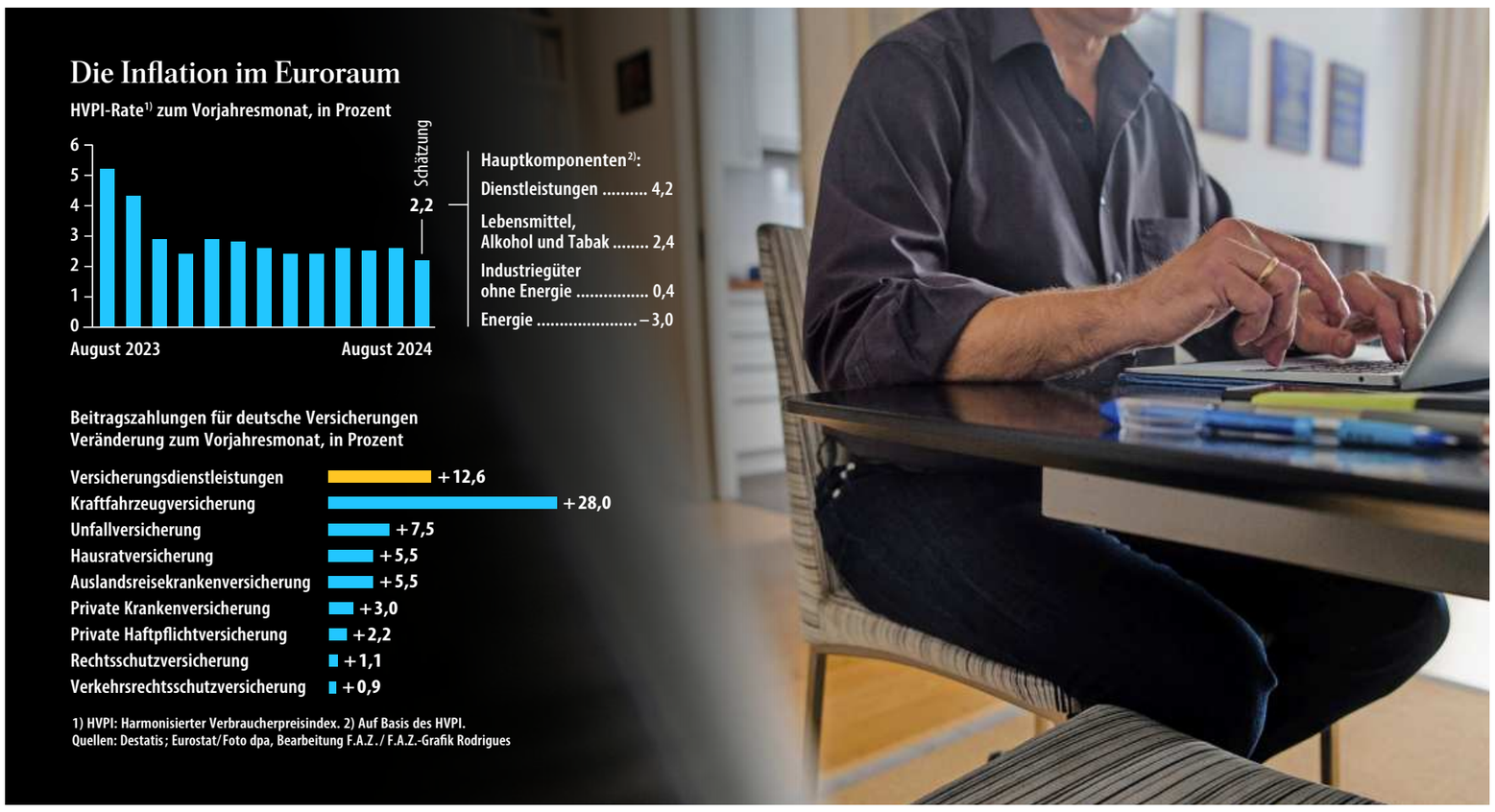
Öffentliche Anleihen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	17.09. Schluss	17.09. Rend.
5,625	Bund v. 98/28	4.1.	111,08	2,1021
5,5	Bund v. 00/31	4.1.	119,96	2,0805
2,5	Bund v. 14/46	15.8.	101,23	2,4270
0,5	Bund v. 15/25	15.2.	98,98	3,0546
1	Bund v. 15/25	15.8.	98,52	2,6774
0,5	Bund v. 16/26	15.2.	97,51	2,3180
0	Bund v. 16/26	15.8.	96,04	2,1447
0,25	Bund v. 17/27	15.2.	95,79	2,0626
2,3	Bund v. 23/33	15.2.	101,83	2,0597
0,375	Hessen 16/26	6.7.	96,15	2,5981
0	Hessen 20/25	10.3.	97,97	4,4483
1,25	NRW 14/25	14.3.	99,04	3,2785
1,25	KfW 16/36	4.7.	85,48	2,7046
0,625	KfW 18/28	7.1.	94,53	2,3686
3,75	KfW 23/28	15.2.	100,65	3,5763

Die geheimnisvolle Dienstleistungsinflation

Die Inflation sinkt. Die ganze Inflation? Nein. Vor allem Dienstleistungen steigen weiter kräftig im Preis. Was steckt dahinter?

Von Christian Siedenbiedel, Frankfurt



Zu drei Gelegenheiten haben die Menschen in den zurückliegenden Jahren die Inflation besonders gespürt: Beim Einkaufen, beim Begleichen der Nebenkostenabrechnung für die Wohnung – und wenn sie in den Urlaub gefahren sind. Bei vielen dieser Verbraucherpreise hat sich der Anstieg mittlerweile wieder etwas beruhigt. Die Preise steigen langsamer, im Fall der Energie sind sie sogar wieder deutlich gefallen. Die Inflationsrate im Euroraum lag im August nur noch bei 2,2 Prozent, in Deutschland nach nationaler Berechnungsweise sogar nur noch bei 1,9 Prozent.

Ein Posten fällt bei dieser an und für sich erfreulichen Entwicklung allerdings aus dem Rahmen. Das ist der Anstieg der Preise für Dienstleistungen aller Art, die „Dienstleistungsinflation“. Sie hat mehrfach in der Europäischen Zentralbank (EZB) für unerfreuliche Überraschungen gesorgt, wie EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel berichtete. „Wir nehmen das ernst“, sagte auch Bundesbankpräsident Joachim Nagel im F.A.Z.-Interview. Im August ist die Dienstleistungsinflation im Euroraum von hohem Niveau aus gegenüber dem Juli sogar noch mal gestiegen, von 4 auf 4,2 Prozent.

Das Interessante dabei: Es hat sich offenbar im Laufe der Zeit etwas verändert, woher die hohe Dienstleistungsinflation stammt. Dabei gibt es natürlich vielfältige Komponenten, die in diese statistische Größe einfließen. In vielen Dienstleistungsbranchen machen die Löhne einen vergleichsweise hohen Anteil an den Gesamtkosten der Unternehmen aus, die sie weiterzugeben versuchen, sodass man bei der Dienstleistungsinflation die zum Inflationsausgleich gestiegenen Löhne besonders schnell und deutlich spürt.

In den wilden Zeiten der Inflationswelle waren alle Dienstleitungen rund um den Tourismus besonders stark im Preis gestiegen. Man erinnere sich: Nach der Corona-Pandemie waren die Menschen überglücklich, als sie endlich wieder ohne Einschränkungen verreisen konnten, im Flugzeug keine Maske mehr tragen mussten und die Angst vor Ansteckung im Urlaubsort nicht mehr so groß war. Diese neue Reisebegeisterung war eine Chance für alle Unternehmen rund ums Reisen, die sich einen kleinen Ausgleich für die entgangenen Einnahmen aus der Lockdown-Zeit erhofften. Hotelübernachtungen wurden deutlich teurer, Pauschalreisen und auch das Essengehen ebenfalls. In Österreich gab es im Winter eine Skiurlaubsinflation, im Sommer dagegen stiegen die Preise in vielen Orten am Meer. Europaweit betrachtet war das ein Thema, das in den Südländern besonders ausgeprägt zu beobachten gewesen ist.

Jetzt dagegen gibt es eine Dienstleistungsinflation, die in den Nordländern des Euroraums besonders ausgeprägt ist, auch in Deutschland. Die Teuerung der Dienstleistungen ist gleichsam zu einem Teil nordwärts gewandert. Eine ganze Zeit lang hatte auch in Deutschland vor allem der Preisanstieg in der Gastronomie neben der Verteuerung von immobiliennahen Dienstleistungen die Dienstleistungsinflation geprägt. Jetzt aber ist es ein anderer Teil der Dienstleistungen, der zusätzlich in den Blick der Ökonomen gerückt ist.

Es geht um den Preisanstieg für Versicherungen. „In Deutschland lässt sich das besonders gut an den Zahlen für Nordrhein-Westfalen ablesen, die schon detaillierter veröffentlicht worden sind“, sagt Holger Schmieding, der Chefvolkswirt des Hamburger Bankhauses Berenberg. Demnach sind die Preise für Versicherungsdienstleistungen im August auf Jahressicht um mehr als 12 Prozent gestiegen. Dienstleistungen sozialer Einrichtungen verteuerten sich immerhin um 9,8 Prozent, Gaststättendienstleistungen um 6,9 Prozent, Hotelübernachtungen um 6,7 Prozent, Pauschalreisen um 3,6 Prozent und Dienstleistungen im Bildungswesen um 5,4 Prozent.

Berücksichtigt man den Anteil der verschiedenen Preise am Warenkorb der Statistiker, dann lag der Beitrag der Versicherungen zur Dienstleistungsinflation damit höher als der von Gaststätten und Übernachtungen zusammen, wie Michael Holstein vorrechnet, der Chefvolkswirt der DZ Bank. Auch die Pauschalreisen hätten dieses Mal weniger zur Dienstleitungsinflation beigetragen als die Versicherungen, sagt Karsten Junius, Ökonom der Bank J. Safra Sarasin: „Das war in der Vergangenheit eher selten der Fall.“

Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil höhere Prämien für Versicherungen zum Teil auch für Unternehmen höhere Kosten darstellen, die diese dann ihrerseits gern an Kunden weiterzugeben versuchen. Das kann die Inflation befeuern.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat nun in einer Sonderauswertung ermittelt, welche Versicherungen genau sich denn so verteuert haben, dass man das sogar in der Inflationsrate bemerkt. Demnach waren es vor allem die Beiträge zur Kraftfahrzeugversicherung, die auf Jahressicht um 28 Prozent gestiegen sind. Der Preisanstieg bei den Beiträgen zur Unfallversicherung lag bei 7,5 Prozent. Die Hausratsversicherung verteuerte sich um 5,5 Prozent, ebenso wie die Auslandsreisekrankenversicherung. Die Beiträge zur privaten Krankenversicherung stiegen um 3 Prozent, die zur privaten Haftpflichtversicherung um 2,2 Prozent.

Die Kfz-Versicherer selbst hatten insbesondere „überbordende Werkstattkosten“ für ihre Beitragserhöhungen verantwortlich gemacht. „In den höheren Versicherungstarifen steckt natürlich drin, dass viele Materialen und der Arbeitslohn für Reparaturen gestiegen sind“, sagt Ökonom Schmieding. Holstein meint: „Hinter der kräftigen Verteuerung der Versicherungen dürften zum Teil die allgemeinen Preis- und Kostensteigerungen der vergangenen Jahre stecken, die sich nun in den Kosten der Versicherungen, beispielsweise für Auto- oder Hausreparaturen, niederschlagen.“ Zu einem Teil könnten aber nach Holsteins Einschätzung auch höheren Risiken, beispielsweise in den Gebäudeversicherungen, durch eine gestiegene Extremwetterwahrscheinlichkeit eine Rolle spielen.

Für die hohe Dienstleistungsinflation allein die höheren Versicherungsbeiträge verantwortlich zu machen wäre aber wohl auch Unsinn. „Ich beobachte, dass die Preise im Dienstleistungsbereich auf breiter Basis gestiegen sind“, sagt Ökonom Junius. Dabei seien allerdings in der Tat Verschiebungen zu beobachten: „Versicherungsprämien, vor allem für Autoversicherungen, zeigen seit 2023 tatsächlich einen markanten Aufwärtstrend, nachdem ihre Teuerung über Jahre sehr unauffällig in einem engen Band um 2 Prozent schwankte.“ EZB-Präsidentin Christine Lagarde hatte auf der Pressekonferenz nach der September-Zinssitzung der Notenbank gesagt, dass beides, Tourismus und Versicherungen, zum Anstieg der Dienstleistungsinflation beigetragen habe. „Der Inflationstrend wird aber nicht durch die Preise für Versicherungen und Touristik dominiert“, meint Jörg Krämer, der Chefvolkswirt der Commerzbank: „Vielmehr steigen die Dienstleistungspreise seit vielen Monaten auf breiter Front – vor allem wegen der stark steigenden Löhne.“ Und auch Carsten Brzeski, Ökonom der Bank ING, sieht nicht allein die Versicherungspreise als Treiber der Dienstleistungsinflation. Europaweit habe im August auch der Tourismus eine Rolle gespielt, etwa wegen Olympia in Frankreich: „Der Versicherungskostenanstieg kam eher hinzu.“

Steuerbescheid soll digital abrufbar sein

dpa-AFX. BERLIN. Die Ampelkoalition will am sogenannten Bürokratieentlastungsgesetz noch ein paar Änderungen vornehmen, um Verwaltungsprozesse für Unternehmen und Bürger zu vereinfachen. Das geht aus zwei Änderungsanträgen zu dem Gesetzentwurf hervor, über die der Bundestag noch abschließend beraten muss. Danach sollen Steuerbescheide demnächst in der Regel digital bereitgestellt werden, wenn dies gewünscht wird. „Die abrufberechtigte Person ist am Tag der Bereitstellung elektronisch über die Abrufmöglichkeit und ihre Rechtswirkungen zu benachrichtigen“, heißt es in dem Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP. Die Personalausweisgeheimnummer soll zudem künftig online zurückgesetzt werden können. Unternehmen sollen außerdem mehr Möglichkeiten zur Digitalisierung der Abläufe in ihren Personalverwaltungen erhalten.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP), dessen Haus beim Bürokratieabbau federführend ist, hatte in der ersten Lesung des im März vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurfs gesagt, wenn Staat und Politik den Bürgern mit immer mehr kleinteiligen Regelungen den Eindruck vermittelten, dass man ihnen misstraue, „dann wird Misstrauen mit Misstrauen beantwortet“.

Der Entwurf sieht unter anderem eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Rechnungskopien, Kontoauszüge, Lohn- und Gehaltslisten von zehn auf acht Jahre vor. Die Meldepflicht für deutsche Staatsangehörige bei einer Hotelübernachtung wird abgeschafft. Künftig soll die Textform in vielen Regelungsbereichen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Schriftform ersetzen. Kurz nach dem Kabinettsbeschluss hatte sich die Ampelfraktion zudem darauf geeinigt, einen Passus einzufügen, wonach Arbeitgeber die Bedingungen ihrer Arbeitsverträge künftig nicht mehr in Papierform mit Unterschrift an künftige Mitarbeiter aushändigen müssen. Damit kann der Abschluss eines Arbeitsvertrags komplett per E-Mail ablaufen. Das Gesetz soll die Wirtschaft um etwa eine Milliarde Euro je Jahr entlasten.

Kurze Meldungen

Dividende von Microsoft

Microsoft will eigene Aktien in Milliardenhöhe zurückkaufen und seinen Aktionären eine deutlich höhere Dividende auszahlen. Insgesamt will das zweitwertvollste Unternehmen der Welt 60 Milliarden Dollar in die Hand nehmen, um eigene Papiere zu erwerben, wie es am Montagabend in Redmond (US-Bundesstaat Washington) mitteilte. Der Aktienrückkauf habe kein Enddatum und könne jederzeit beendet werden. Zudem will Microsoft seinen Anteilseignern mit 83 Cent je Aktie eine um zehn Prozent höhere Quartalsdividende ausschütten. dpa-AFX

Ionos-Aktien verlieren

Aktien von Ionos haben am Dienstagmorgen nach einer Platzierung verloren. Papiere des Webhosters blieben mit 22,15 Euro aber über dem Platzierungspreis von 21,80 Euro. Der Finanzinvestor Warburg Pincus hat seine Beteiligung an Ionos um fünf Prozentpunkte auf 16,2 Prozent reduziert. Aktien des Unternehmens hatten beim Börsengang im vergangenen Februar 18,50 Euro gekostet und waren bis Juli über 30 Euro geklettert. dpa-AFX

Südzucker abgestuft

Das Analysehaus MWB Research hat Südzucker angesichts gesenkter Geschäftsziele von „Hold“ auf „Sell“ abgestuft und das Kursziel von 13 auf 9 Euro gesenkt. Vor allem sei die diesjährige Prognose für das operative Ergebnis (Ebitda) stark reduziert worden, schrieb Analyst Leon Mühlenbruch in seinem am Dienstag vorliegenden Kommentar. Im Zuckersegment, das 40 Prozent des Umsatzes ausmache, werde ein operativer Verlust erwartet. dpa-AFX

Pfizer mit guter Aussicht

Das Analysehaus Jefferies hat die Einstufung für Pfizer im Zuge des Krebskongresses ESMO mit einem Kursziel von 35 Dollar auf „Buy“ belassen. Der Pharmakonzern habe Studiendaten zum Tumorkachexie-Antikörper Ponsegromab vorgelegt, schrieb Analyst Akash Tewari. In der zweiten Phase der Studie zur Behandlung der Stoffwechselstörung habe sich bei einer Maximaldosis eine klinisch bedeutende Gewichtszunahme ergeben. Dies sei ein positives Signal, doch ein Erfolg in der dritten Studienphase sei nicht gesichert. dpa-AFX

Vererben wie Heinz Schenk

Ein Erbe für junge Künstler, die Menschen zum Lachen bringen / *Von Diedrich Ostertun*

Er war der berühmteste Oberkellner seiner Zeit. 21 Jahre lang moderierte Heinz Schenk in dieser Rolle den „Blauen Bock“. Eine Fernsehshow, in der er bis 1987 Schlagerstars und Volksmusikanten empfing. Mit seinem in eine Stiftung überführten Nachlass fördert der 2014 verstorbene Showmaster und Schauspieler bis heute junge Künstler.

Heinz Schenk, der hessische „Ebbelwoi-Babbler“, den die Rodgau Monotones einst als „unseren David Bowie“ besangen, hat weder Kinder noch nahe Verwandte. Er verfügte daher testamentarisch, seinen Nachlass zu versteigern und in eine Stiftung zu überführen, „die junge Nachwuchskünstler fördert, die Menschen zum Lachen bringen“.

Durch den Verkauf des Bungalows, in dem der Entertainer etwa 40 Jahre lang lebte, und durch die Versteigerung seines gesamten Nachlasses kommen gut zwei Millionen Euro für seine Stiftung zusammen. Talentierte Stand-up-Comedians, Humoristen, Parodisten, Komiker und Clowns werden bis heute von der „Heinz Schenk Stiftung für Unterhaltungskünstler“ gefördert. Sie zahlt Preisgelder – von zum Beispiel 10.000 Euro – an Nachwuchstalente. „Vererben wie Heinz Schenk“ heißt also, den gesamten Nachlass zu versilbern und den Erlös einem guten Zweck zukommen zu lassen.

Jeder kann in seinem Testament eine gemeinnützige Stiftung zum Erben bestimmen, die dann erbschaftsteuerfrei den Nachlass erhält. Entweder wickelt eine solche Stiftung den Nachlass selber ab oder ein Testamentsvollstrecker übernimmt die Abwicklung. Bei Heinz Schenk ist dies sein Freund Horst Klemmer, der Schenk mehr als 40 Jahre lang managt und später die Heinz Schenk Stiftung betreut. Soll eine Stiftung nicht das ganze Erbe erhalten, sondern nur Teile des Kapitals oder eine Immobilie, ist dies durch Vermächtnisse umsetzbar. Die Begünstigung der Stiftung kann in einem handschriftlichen Testament wie auch in einem notariellen verfügt werden.

Besteht die Stiftung beim Erbfall noch nicht, kann deren Gründung im Testament angeordnet werden. Die „Heinz Schenk Stiftung für Unterhaltungskünstler“ entsteht mit ihrer staatlichen Anerkennung am 13. Oktober 2016, also mehr als zwei Jahre nach dem Tod des Showmasters. Sie kann rückwirkend Erbin des Stifters werden, weil Schenk im Testament die wesentlichen Stiftungselemente festgelegt hat. Dies sind insbesondere der Name und der Sitz der Stiftung sowie ihr Zweck und ihre Organe. Auch sollte das der Stiftung gewidmete Vermögen groß genug sein für den Fortbestand der Stiftung, also für die Förderung des Stiftungszwecks und den Verwaltungsapparat.

Beliebter Wirt und Kellner aus dem „Blauen Bock“: *Heinz Schenk* Foto dpa

Reichen die eigenen Mittel hierfür nicht aus, bestehen drei kleinere Lösungen: Erstens eine Spende an eine schon bestehende Stiftung, solche Mittel muss sie zeitnah verbrauchen. Zweitens eine „Zustiftung“ an eine Stiftung, um deren Stiftungskapital zu erhöhen, von diesen Mitteln darf die Stiftung nur die Erträge verbrauchen. Drittens eine „unselbständige Stiftung“, die von einer bestehenden Stiftung wie ein Tochterunternehmen betreut wird, also keinen eigenen Verwaltungsapparat benötigt, aber einen eigenen Namen und Stiftungszweck haben kann.

Zur Finanzierung seiner Stiftung lässt Heinz Schenk seine gesamte Habe versteigern. Unter den Hammer kommt dabei zwei Jahre nach seinem Ableben ein wildes Sammelsurium von 950 Positionen aus seinem Nachlass. Unter anderem Schenks gesamte Wohnungseinrichtung, sein Video- und Audioequipment, zwei „Bambi“-Fernsehpreise, Hunderte Filme und Schallplatten, etwa 300 Taschenuhren und – wie könnte es anders sein – signierte Bembel aus der goldenen Zeit des deutschen Unterhaltungsfernsehens, versteigert für zwischen 500 und 2.000 Euro pro Stück. Alle diese Einnahmen, insgesamt circa 80.000 Euro, fließen in die Stiftung.

Für die Versteigerung von Hausrat enthält das deutsche Erbrecht keine festen Regeln. Jeder kann im Testament selber festlegen, wie die Versteigerung erfolgen soll. Besteht ein großes öffentliches Interesse an den Devotionalien, wie beim Nachlass eines Prominenten, empfiehlt sich die Einbindung eines professionellen Auktionators, der angemessene Mindestwerte festlegt und das Verfahren rechtlich unangreifbar organisiert. So lockte zum Beispiel die Versteigerung des Nachlasses von Heinz Schenk etwa 1.000 Menschen an. Bei werthaltigen Kunstwerken im Nachlass sind internationale Auktionshäuser einzubinden, um den Bieterkreis entsprechend zu vergrößern. Für eine freiwillige Veräußerung eines Nachlasses wie im Erbfall Schenk kann ein beliebiges Verfahren angeordnet und durch eine Testamentsvollstreckung abgesichert werden, selbst ein freihändiger Verkauf. Anders ist es bei einer „Teilungsversteigerung“ von zerstrittenen Erben. Diese wird beim Amtsgericht nach den Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Zwangsversteigerungsgesetzes durchgeführt.

Beim Hausrat findet meist nicht alles einen Abnehmer – weder in einer Versteigerung noch bei einer privaten Verteilung im Familien- oder Freundeskreis. Auch von Heinz Schenk gingen im Jahr 2015 Bekleidungsstücke über das Deutsche Rote Kreuz Oldenburg an Flüchtlinge. In einem Testament sollten Kleidungs- oder Möbelspenden ausdrücklich erlaubt werden, sonst sind diese mitunter unmöglich: Ein Testamentsvollstrecker darf nichts verschenken, nicht einmal ein altes Sakko. Hier hilft ein „Zweckvermächtnis“, dieses gibt nur einen Zweck vor, um Bespiel die Spende gebrauchten Hausrates für Kleider- und Möbelkammern, für Bedürftige oder Heime. Die konkrete Umsetzung entscheidet dann der Testamentsvollstrecker, oder wer sonst hierfür im Testament vorgesehen wird.

Bei Erbfällen Prominenter stellt sich zusätzlich die Frage, ob besondere Gegenstände im Interesse der Öffentlichkeit stehen und einem Museum übertragen werden sollen. Hierunter fallen Kunstwerke (auch von regionalen Künstlern), historische Postkarten, Briefe und Bücher sowie eventuell persönliche Gegenstände. Weil dies bei Schenk der Fall ist, wird sein Nachlass zunächst der Öffentlichkeit angeboten, und zwar der Stadt Wiesbaden. Oberbürgermeister Sven Gerich lehnt jedoch ab mit dem Hinweis, es seien für die Lagerung der Exponate nicht genügend Räumlichkeiten vorhanden, die Stadt wolle jedoch einzelne Schallplatten oder spezielle Bembel des Entertainers ersteigern. Schenks Nachlass wird also in alle Himmelsrichtungen verkauft und macht vielen Menschen Freude, ein klug geregelter Nachlass. Lebensklug war Heinz Schenk schon immer und sang zum unausweichlichen Vererben bereits in einem seiner größten Hits: „Es ist alles nur geliehen, hier auf dieser schönen Welt, … musst du eines Tages gehen, lässt du alles hier zurück.“

Der Autor ist Rechtsanwalt der Kanzlei Dr. Ostertun, die sich auf Erbrecht sowie Vermögens- und Unternehmensnachfolge spezialisiert hat.

ANZEIGE

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Name | Whrg. | Ausg./Rückn. | Perf. 1 Monat
Stand: 17.09.2024
*Preise vom Vortag / letzt verfügbar

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

ARETE ETHIK INVEST

info@arete-ethik.ch; www.arete-ethik.ch

PRIME VAL Growth A	€	154,23/146,88	3,36
PRIME VAL IncomeA	€	135,53/131,58	1,81

Deka Investments

www.deka.de I Tel. 069 / 7147-652

DBA ausgewogen	€	132,74/127,63	1,97
DBA dynamisch	€	121,93/117,24	2,30
DBA konservativ	€	108,25/106,13	1,24
DBA moderat	€	119,89/116,40	1,59
DBA offensiv	€	255,75/243,57	2,66
Deka-Nach.E.St CF A	€	103,22/103,22	0,62
Deka-Nachh ManSel	€	118,82/114,53	1,43
Deka-NachhAkt CF	€	300,67/289,80	3,31
Deka-NachhRent CF A	€	126,92/123,82	0,86
Deka-NachStrInv CF	€	158,53/152,80	4,39
Deka-NachStrInv TF	€	146,41/146,41	4,32
Nachh Dynamisch CF	€	102,25/97,38	2,02
Nachh Mlt Asset CF	€	111,27/108,03	2,77
Nachh Mlt Asset TF	€	105,90/105,90	2,73
NachhItg Gl Champ CF	€	154,77/149,18	2,52
NachSeAkREd CF	€	89,26/86,03	3,90
Naspa Na PS-Chance	€	69,73/67,05	2,60
Naspa Na PS-ChanceP	€	141,59/134,85	3,15
Naspa Na PS-Ertrag	€	46,59/45,68	1,65
Naspa Na PS-Wachst	€	46,93/45,56	2,28
Naspa-Ak.Gb NachCF	€	96,56/93,52	4,12
Naspa-Ak.Gb NachTF	€	137,95/137,95	4,08

Metzler Asset Management GmbH

RWS-Aktienf.Nachh	€*	110,74/105,47	3,48

ODDO BHF Asset Management

Exk:PolarisBal DRw	€	93,64/90,91	2,27
Exk:PolsDyn DRw	€	114,64/111,30	2,21
Polaris Flexi DRw	€	100,09/95,32	1,75
Polaris Mod DRw	€*	77,53/75,27	1,76

ÖKOWORLD Telefon +49 2103 28410

www.oekoworld.de

Growing Mkts 2.0	€	252,49/240,47	–1,04
Klima	€	111,68/106,36	0,35
Öko Rock'n'Roll	€	162,14/154,42	1,84
ÖkoVision Classic	€	237,16/225,87	3,53
Water For Life C	€	226,04/215,28	1,69

Union Investment

www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060

PrivatFonds: Nachh	€*	55,56/55,56	1,52
UniNachh AkEu A	€*	74,96/71,39	3,23
UniNachh AkEu netA	€*	59,70/59,70	3,20
UniNachh Akt Glob	€*	158,92/158,92	4,40
UniNachh AktDeu nA	€*	95,49/95,49	4,39
UniNachh AktDeut A	€*	260,17/247,78	4,41
UniNachhaltig A Gl	€*	185,88/177,03	4,43
UniRak Na.Kon. A	€*	113,25/111,03	2,04
UniRak Nach.K-net-	€*	109,65/109,65	2,00
UniRak Nachh.A net	€*	97,67/97,67	2,97
UniRak NachhaltigA	€*	104,59/101,54	3,00
UniZukunft Klima A	€*	49,55/48,58	2,39
UniZukunft Kli-neA	€*	49,31/49,31	2,37

Alte Leipziger Trust

€uro Short Term	€	42,10/41,68	0,60
Aktien Deutschland	€	130,94/124,70	5,18
AL Trust €uro Relax	€	52,30/50,78	1,08
AL Trust Stab.	€	67,49/65,52	1,54
AL Trust Wachst IT	€	71,96/71,96	2,13
AL Trust Wachstum	€	91,03/87,53	2,04
Trust €uRen IT	€	44,71/44,71	0,72
Trust €uro Renten	€	40,37/39,19	0,72
Trust Akt Europa	€	59,73/56,89	4,37
Trust Chance	€	110,02/104,78	2,47
Trust Chance IT	€	87,48/87,48	2,57
Trust Glb Inv IT	€	81,27/81,27	2,32
Trust Glbl Invest	€	126,43/120,41	2,25
Trust Stab IT	€	60,49/60,49	1,60

AXXION

www.axxion.lu / info@axxion.lu

MAS Val-Priv Inv P	€*	348,42/331,83	0,35
Mlt Axx-Europa A	€*	342,01/325,72	0,19
Mlt Axx-Europa B	€*	151,01/143,82	0,08

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT

BNP Paribas Funds

Aqua	€*	/226,15	2,89
China Equity	€*	/125,18	–2,59
Climate Impact	€*	/267,40	2,89
Consumer Inn	€*	/303,97	6,76
Disruptive Techno	€*	/2415	3,41
Energy Transition	€*	/425,35	7,52
Euro Equity	€*	/712,52	2,25
Euro HY ShortDu Bd	€*	/123,08	1,19
Health Care Innov	€*	/1780	1,34
SMaRT Food	€*	/129,66	4,46

C&P Funds (Creutz & Partners)

C&P Funds ClassiX	€*	98,77/98,77	3,42
C&P Funds DetoX	€*	52,60/52,60	4,42
C&P Funds QuantiX	€*	171,48/171,48	3,75

CATELLA REAL ESTATE AG

Cat Dutch Resid II	€*	10,45/10,45	0,10
Cat.Scandia Chance	€*	13,34/13,34	–0,07
Catella Bavaria	€*	9,88/9,41	–0,84
Catella European R	€	15,07/15,07	0,13
Catella MAX	€	20,24/19,28	0,31
Catella Mod Wohnen	€	9,84/9,84	0,10
Catella Nachh Immo	€	10,98/10,66	–0,09
Catella Parken Eur	€*	11,16/10,63	–0,93
Catella Wohnen Eur	€	10,54/10,54	0,09
Immo-Spez-Süddeut.	€*	14,34/14,34	–0,21
Multiten. Stiftung	€*	13,71/13,06	0,15
PaRhei Dutch Resid	€*	13,46/13,46	0,52
Sar Sust Prop-EuCi	€*	1221/1221	0,10
Wirtsch.-reg SüdDE	€*	12,35/11,76	0,26

Commerz Real

hausInvest	€	45,84/43,66	–0,05

DAVIS FUNDS SICAV

Global A	$*	55,02/51,86	3,47
Value Fund A	$*	90,70/85,49	2,04

Deka Investments

www.deka.de I Tel. 069 / 7147-652

AriDeka CF	€	96,72/91,89	3,24
BasisStrat Flex CF	€	122,02/117,61	2,05
BerolinaRent Deka	€	40,15/38,74	1,21
BW Zielfonds 2025	€	42,08/41,25	0,71
BW Zielfonds 2030	€	55,38/54,29	1,33
Deka-Europ.Bal. CF	€	56,39/54,75	1,55
Deka-Europ.Bal. TF	€	108,41/108,41	1,52
Deka-Europa Akt Str	€	93,67/89,21	2,98
DekaFonds CF	€	135,49/128,72	5,44
Deka-Global Bal CF	€	109,81/106,61	2,17
Deka-Global Bal TF	€	103,79/103,79	2,14
Deka-MegaTrends CF	€	153,85/148,29	2,89
Deka-Na.Div Str CF	€	142,52/137,37	3,48
Deka-Nach Div RhEd	€	108,28/104,37	4,34
Deka-Sachwer. CF	€	113,50/110,19	2,27
Deka-Sachwer. TF	€	106,95/106,95	2,07
DekaSpezial CF	€	649,57/626,09	3,16
DekaTresor	€	88,21/86,06	0,63
Div.Strateg.CF A	€	216,41/208,59	2,87
DivStrategieEur CF	€	118,60/114,31	4,32
Euro Potential CF	€	170,18/164,03	3,27
EuropaBond CF	€	97,86/95,01	1,26
EuropaBond TF	€	34,52/34,52	1,20
Frankf.Sparinrent	€	53,07/52,54	0,79
Frankf.Sparinvest	€	173,87/165,59	5,43
GlobalChampions CF	€	353,65/340,87	2,06
GlobalChampions TF	€	304,57/304,57	2,00
Mainfr. Strategiekonz.	€	197,55/197,55	4,08
Mainfr. Wertkonz. ausg	€	98,99/98,99	1,07
Multi Asset In.CFA	€	88,84/86,25	1,80
Multirent-Invest	€	31,68/30,76	0,69
Multizins-INVEST	€	25,05/24,32	0,50
NachSeAkReEdTF	€	43,37/43,37	3,84
Naspa-Fonds	€	40,47/39,48	1,73
RenditDeka	€	23,06/22,39	1,04
RenditDeka TF	€	28,88/28,88	1,05
RentenStratGl TF	€	78,45/78,45	1,02
RentenStratGlob CF	€	81,45/79,08	1,06
RentenStratGlob PB	€	80,69/79,11	1,06
Rntfds RheinEdit	€	30,42/29,35	0,86
Technologie CF	€	91,53/88,22	2,74

ANZEIGE

3,25 % p.a.

MERKUR PRIVATBANK

Für 6 Monate
Feste Zinsen für Anlagebeträge
von 25.000 € bis 500.000 €.

089 59 99 80
www.merkur-privatbank.de

Festgeld

UmweltInvest CF	€	210,79/203,17	3,42
UmweltInvest TF	€	179,27/179,27	3,35
Weltzins-Invest P	€	19,33/18,77	–0,05

Deka Intern. (Lux.) (Deka-Gruppe)

1822 Str.Cha.Pl.	€	149,91/144,14	2,40
1822 Str.Chance	€	101,16/97,74	2,20
1822 Str.Ert.Pl.	€	46,58/45,44	1,55
1822 Str.Wachstum	€	54,55/52,96	1,93
Berol.Ca.Chance	€	70,77/68,71	1,76
Berol.Ca.Premium	€	91,35/88,26	2,24
Berol.Ca.Sicherh.	€	42,55/41,51	1,30
Berol.Ca.Wachst.	€	41,43/40,32	1,62
DekaEuAktSpezAV	€	157,31/157,31	5,77
DekaEuAktSpezCF(A)	€	230,00/221,69	5,77
Deka-FlexZins CF	€	991,88/986,95	0,49
Deka-FlexZins PB	€	993,90/993,90	0,49
Deka-FlexZins TF	€	987,91/987,91	0,49
DekaGlobAktLRCF(A)	€	261,78/252,32	3,92
Deka-Indust 4.0 CF	€	224,44/216,33	2,72
Deka-Indust 4.0 TF	€	204,74/204,74	2,66
Köln Str.Chance	€	73,08/71,65	2,16
Köln Str.Ertrag	€	43,45/42,60	1,60
Köln Str.Wachstum	€	43,63/42,77	2,06
KölnStr.Chance+	€	63,53/62,28	2,23
UnterStrat Eu CF	€	188,34/181,53	2,06

Deka Immobilien Investment

Deka Immob Europa	€	50,65/48,12	0,15
Deka Immob Global	€	58,17/55,26	0,11
Deka-ImmoMetropol	€	54,23/51,52	0,06
WestInv. InterSel.	€	50,51/47,99	0,10

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Deka-BaAZSt off 25	€	115,04/112,78	1,99
Deka-PB Wert 4y	€	108,66/106,01	1,37
Deka-PfSel ausgew	€	115,75/112,38	1,93
Deka-PfSel dynam	€	131,93/128,09	2,07
Deka-PfSel moderat	€	102,87/100,85	1,49
DekaStruk.5Chance	€	205,89/201,85	2,16
DekaStruk.5Chance+	€	326,53/320,13	2,24
DekaStruk.5Ertrag+	€	99,12/97,18	1,57
DekaStruk.5Wachst.	€	107,12/105,02	2,12
Hamb Stiftung D	€	995,34/975,82	1,89
Hamb Stiftung I	€	901,58/883,90	1,88
Hamb Stiftung P	€	90,01/86,55	1,87
Hamb Stiftung T	€	120,22/115,60	1,86
Haspa TrendKonz P	€	91,48/87,96	0,79
Haspa TrendKonz V	€	98,28/94,50	0,83
LBBW Bal. CR 20	€	46,22/45,31	1,50
LBBW Bal. CR 40	€	54,45/53,38	1,99
LBBW Bal. CR 75	€	73,23/71,79	2,93
Priv BaPrem Chance	€	180,21/170,01	2,43
Priv BaPrem Ertrag	€	49,03/47,14	0,60

DJE INVESTMENTS S.A.

www.dje.lu I info@dje.lu
Tel. 00352 26925220

DJE - Asien PA€	€	165,72/157,83	1,71
DJE - Concept PA	€	139,23/132,60	3,35
DJE Gold&Stabfd PA	F	136,38/129,89	1,04
DJE-Ag&Ernährung PA	€	165,81/157,91	2,00
DJE-Alpha Glob PA	€	326,28/313,73	2,19
DJE-Div&Sub P	€	586,90/558,95	3,29
DJE-Europa PA	€	416,18/396,36	3,63
DJE-Gold&Ressou PA	€	199,30/189,81	3,79
DJE-Mittel&Innov PA	€	169,42/161,35	–0,37
DJE-Renten Glob PA	€	140,25/137,50	1,01
DJE-Sht Term Bd PA	€	113,02/111,90	0,78
DJE-Zins&Divid PA	€	176,54/169,75	1,82
FMM-Fonds	€	732,73/697,84	3,38

DWS Offene Immobilienfonds

grundb. europa IC:	€	39,30/37,43	–0,53
grundb. europa RC	€	39,19/37,32	–0,56
grundb. Fok Deu RC	€	54,87/52,26	–0,46
grundb. Fokus D IC:	€	55,28/52,65	–0,42
grundb. global IC:	€	50,61/48,20	–0,43
grundb. global RC	€	50,11/47,72	–0,48

Fonds Direkt Sicav

Skyline Dynamik	€	219,53/219,53	1,37

GUINNESS GLOBAL INVESTORS

www.guinnessgi.com/de
info@guinnessgi.com

Global Equity Inc	€*	/18,37	4,13
Global Innovators	€*	/33,66	2,85
Sustainable Energy	€*	/22,03	

HAUCK AUFHÄUSER FUND SERVICES

www.hal-privatbank.com

ERBA Invest OP	€	32,43/30,89	1,53
HAL Europ SmCap Eq	€*	160,16/152,53	–0,14
HAL Global Bnd Opp	€*	103,16/98,25	1,00
HAL MultiAsset Con	€*	110,36/110,36	1,61
HAL MultiAsset Dyn	€*	141,96/135,20	1,06

hwb

www.hwb-fonds.com I info@hwb-fonds.com
Tel +49 651 1704 301 I +352 48 30 48 30

HWB Alex.Str.Ptf R	€*	80,93/80,93	–0,45
HWB Alex.Str.Ptf V	€*	80,95/80,95	–0,45
HWB Europe Pf.	€*	4,35/4,35	–1,15
HWB Inter.Pf.	€*	4,61/4,61	–1,51
HWB Pf. Plus CHF	F*	66,65/66,65	–0,91
HWB Pf. Plus R	€*	110,10/110,10	–0,25
HWB Pf. Plus V	€*	110,11/110,11	–0,25
HWB Vict.Str.Pf. R	€*	1311/1311	–0,86
HWB Vict.Str.Pf. V	€*	1312/1312	–0,82
HWB Wdelan + R	€*	50,66/50,66	–0,80
HWB Wdelan + V	€*	51,00/51,00	–0,82

IFM Independent Fund Management AG

ACATIS FV Akt.Gl.	€*	301,67/287,30	4,15

INKA Intern. Kapitalanlagegesellschaft

APO High Yld Spez	€*	10143/9660	1,14
StSk. Dü. Abs. Ret.	€*	114,78/109,31	1,00

IPConcept

www.ipconcept.com I Die Fonds-Designer

ME Fonds PERGAMONF€		1035/985,69	4,10
ME Fonds Special V	€	3540/3372	1,31

KanAm Grund

www.kanam-grund.de
info@kanam-grund.de I Tel. 069-7104110

Leading Cities	€	88,98/84,34	–1,99

LRI Invest S.A.

NW Global Strategy	€*	120,22/120,22	–1,00

MEAG

www.meag.com
privatanleger@meag.com

Dividende A	€*	68,79/65,51	2,73
ERGO Vermög Ausgew	€*	60,08/57,49	2,03
ERGO Vermög Flexi	€*	63,24/60,23	2,14
ERGO Vermög Robust	€*	51,80/49,81	1,39
EuroBalance	€*	69,47/66,80	2,21
EuroErtrag	€*	70,35/67,97	1,57
EuroFlex	€*	42,47/42,05	0,65
EuroInvest A	€*	108,16/103,01	2,39
EuroKapital	€*	62,10/59,14	0,95
EuroRent A	€*	28,44/27,48	0,77
FairReturn A	€*	56,80/55,15	1,44
GlobalAktien	€*	67,35/64,14	2,97
GlobalBalance DF	€*	76,86/73,90	2,24
GlobalChance DF	€*	88,53/84,31	2,87
Nachhaltigkeit A	€*	166,66/158,72	2,65
ProInvest	€*	228,33/217,46	4,45
VermAnlage Komfort	€*	64,93/62,73	2,29
VermAnlage Ret A	€*	78,87/75,84	2,95

Metzler Asset Management GmbH

RWS-DYNAMIK A	€*	39,80/37,90	2,92
RWS-ERTRAG A	€*	16,43/15,95	1,73

NOBIS Asset Management S.A.

LiLux Convert	€*	266,98/259,20	0,77
LiLux-Rent	€*	244,66/237,53	0,78

ODDO BHF Asset Management

Basis-Fonds I Nach	€*	146,57/146,57	0,47
Substanz-Fonds	€*	1368/1328	2,12
Vermögens-Fonds	€*	875,91/850,40	1,74

UBS Funds Services Lux S.A.

UBS (L) EM Eq P AA	$*	/130,29	0,79
UBS (L) EM Eq P XA	$*	/139,20	0,81
UBS (L) GCB AD T2	€*	191,30/185,73	0,99

Union Investment

www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060

PrivFd:Kontr.	€*	132,92/132,92	1,32
PrivFd:Kontr.pro	€*	180,73/180,73	1,81
Uni21.Jahrh.-net-	€*	54,57/54,57	3,63
UniDeutschl. XS	€*	165,88/159,50	–2,03
UniEuroAktien	€*	97,84/93,18	3,01
UniEuropa-net-	€*	96,70/96,70	2,10
UniEuroRenta	€*	61,75/59,95	0,67
UniEuroRentaHigh Y	€*	34,32/33,32	0,97
UniFav.:Akt. -net-	€*	160,21/160,21	3,69
Unifavorit: Aktien	€*	268,60/255,81	3,72
UniFonds	€*	61,95/59,00	4,04
UniFonds-net-	€*	86,65/86,65	3,97
UniGlobal	€*	444,62/423,45	3,43
UniGlobal-net-	€*	252,54/252,54	3,46
UniNordamerika	€*	683,76/651,20	3,53
UnionGeldmarktfds	€*	47,85/47,85	0,29
UniRak	€*	158,27/153,66	3,18
UniRak Kons.-net-A	€*	116,08/116,08	1,96
UniRak Konserva A	€*	120,57/118,21	1,99
UniRak -net-	€*	81,95/81,95	3,15
UniRenta	€*	17,45/16,94	1,38
UniStrat: Ausgew.	€*	78,38/76,10	2,11
UniStrat: Konserv.	€*	75,05/72,86	1,48

Union Investment Luxemburg

PrivFd:Konseq.pro	€*	109,31/109,31	0,88
UniAsia Pac.net	€*	142,28/142,28	1,33
UniAsia Pacific A	€*	145,18/139,60	1,36
UniAusschü. net- A	€*	49,56/49,56	2,37
UniAusschüttung A	€*	50,77/49,29	2,30
UniDividAss net A	€*	65,08/65,08	4,31
UniDividendenAss A	€*	69,17/66,51	4,35
UniDyn.Europa A	€*	154,67/148,72	2,10
UniDynamic Gl. A	€*	132,49/127,39	3,99
UniEMGlobal	€*	89,02/84,78	0,21
UniEurKap Corp-A	€*	36,45/35,74	0,54
UniEurKap.Co.net A	€*	36,13/36,13	0,50
UniEuropa	€*	3071/2925	2,08
UniGlobal Div A	€*	140,44/133,75	3,10
UniGlobal Div-netA	€*	130,79/130,79	3,07
UniIndustrie 4.0A	€*	88,65/85,24	3,68
UniOpti4	€*	98,71/98,71	0,35
UniSec. BioPha.	€*	192,81/185,39	2,97
UniSec. High Tech.	€*	261,55/251,49	3,77
UniStruktur	€*	118,55/115,10	0,88
UniVa. Global A	€*	173,19/166,53	3,63

Union Investment Real Estate

UniImmo:Dt.	€*	100,50/95,71	0,17
UniImmo:Europa	€*	57,05/54,33	–0,02
UniImmo:Global	€*	50,42/48,02	–0,27

Universal Investment

Degussa Univ.Rent	€*	55,44/54,35	2,01

Universal-Investment-Luxembourg S.A.

CondorBalance-UI	€*	105,49/100,47	1,83
CondorChance-UI	€*	111,46/106,15	3,32
CondorTrends-UI	€*	109,97/104,73	3,22

Warburg Invest

DMüller Prem Akt €	€	91,17/87,66	0,92

W&W Asset Management Dublin

SouthEast Asian Eq	€*	/138,38	0,33

SONSTIGE FINANZPRODUKTE

Luxembourg Placement Funds

Solitär	€*	2411/2411	2,33
Solitär II	€*	1662/1662	1,80

Weiterführende Fondsinformationen finden Sie unter

faz.net/fondsinfo

Allgemeine Erläuterungen

Investmentfonds nach Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

Whrg.: Währung (A = Australischer Dollar, € = Euro, F = Schweizer Franken, £ = Brit. Pfund, ¥ = Japanische Yen, P = Polnischer Zloty, S = Schwedische Krone, $ = US-Dollar).

Ausg.: Ausgabepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag.

Rückn.: Rücknahmepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag.

NAV.: Nettoinventarwert.

Perf.: Performance auf Basis der letzten verfügbaren NAVs (Nettoinventarwerte). Berechnung nach BVI-Methode.

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar.

Ausgabe / Rücknahmepreise werden bei mehr als vier Vorkomma- ohne Nachkommastellen abgebildet.

Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.

Infront Funds Service

+49 69 26095760
fundsservice@infrontfinance.com

Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

Frankfurter Allgemeine SELECTION

Ausgewählt von Fabian Lange

F.A.Z.-Weinselection – Gold aus Rheinland-Pfalz

Mit der Auswahl der goldenen sechs Weine führender Anbaugebiete aus Rheinland-Pfalz bieten wir wieder ein Paket, das das große Potential deutscher Spitzenweine zeigt. Eine exklusive Offerte, die auf genussvolle Weise zeigt, dass Rheinland-Pfalz ein gesegnetes Fleckchen Erde für den Weinbau ist. Schließlich stammen zwei Drittel der deutschen Weine von hier: Mosel, Ahr, Mittelrhein, Nahe, Rheinhessen und Pfalz.

Das Paket der F.A.Z.-Weinselection enthält:

Weingut Albert Kallfelz (Mosel) | 2022 Riesling
Merler Königslay-Terrassen, trocken

Weingut Lindenhof (Nahe) | 2022 Weißburgunder
Windesheimer Sonnenmorgen, trocken

Weingut Meiser (Rheinhessen) | 2023 Grüner Silvaner, trocken

Weingut Nelles (Ahr) | 2021 Spätburgunder „1Ahr", trocken

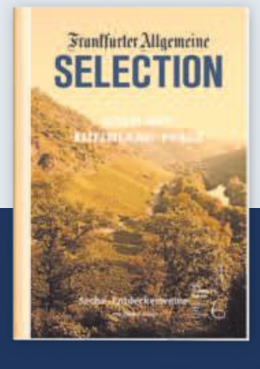
Weinhof Karlheinz und Dominik Becker (Pfalz) |
2023 Weißburgunder „Schwarzer Ton", trocken

Weingut Scheidgen (Mittelrhein) | 2023 Riesling
„Vom Blauschiefer", trocken

Allergiehinweis: Alle Weine enthalten Sulfite.

Sichern Sie sich Ihr Weinpaket mit Weinkompass für 114 Euro inklusive Versandkosten.

Die Goldenen Sechs
Ahr
Mittelrhein
Mosel
Nahe
Rheinhessen
Pfalz



F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und besondere Genussmomente – exklusiv für F.A.Z.-Leser ausgewählt. Besuchen Sie unseren Onlineshop!

faz.net/selection, Info: (069) 75 91-10 10, Fax: (069) 75 91-80 82 52

Primus in der Liga: *Vorjahreschampion Eisbären Berlin zählt auch in diesem Jahr wieder zu den Titelfavoriten.*

Primus beim Fan-Zuspruch: *Die Anhänger der Kölner Haie trafen sich in der vergangenen Saison vor dem rheinischen Derby am Dom.* Fotos dpa, Picture Alliance

So gut wie nie

Mehr Zuschauer in den Hallen und am TV: Der DEL ist es „schon fast peinlich", wie gut es seit der Pandemie läuft. Das größte Verkaufsargument ist die Ausgeglichenheit der Liga – doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Von Bernd Schwickerath, Frankfurt

Das, was der Fußball seit dieser Woche in der Champions League als Neuerung verkauft, gibt es im Eishockey schon seit der vergangenen Saison. Da startete die Champions Hockey League (CHL) erstmals als große Liga mit 24 Teams. Und weil das gut ankam, ist das auch jetzt wieder so. Die deutschen Vertreter haben aktuell gar besonders viel Freude an ihren europäischen Auftritten. Berlin, Bremerhaven und Straubing gewannen jeweils drei ihrer ersten vier Partien – und besiegten dabei auch Spitzenmannschaften aus Schweden, Tschechien und der Schweiz.

Mit dem Europapokal im Eishockey gibt es aber ein Problem. Viele Klubs definieren die CHL auch in ihrer mittlerweile zehnten Saison bloß als bessere Vorbereitung auf die heimischen Ligen. Der deutsche Meister Eisbären Berlin spielt international nicht mal in seiner großen Arena am Ostbahnhof, sondern im kleinen Wellblechpalast im Sportforum Hohenschönhausen – der alten Kaderschmiede des DDR-Sports. Wobei der „Welli", wie er von den Fans genannt wird, auch völlig ausreicht. Das 3:0 am Sonntag über Sparta Prag sahen nicht mal 4000 Fans.

Das wird wieder ganz anders sein, wenn die Eisbären zu ihren Spielen in der Deutschen Eishockey-Liga (DEL) laden. 13.868 Besucher kamen vergangene Saison im Schnitt, die Auslastung lag bei 97,7 Prozent. Das reichte wiederum nicht einmal für Platz eins in diesem Ranking. Die Kölner Haie lockten 16.993 Fans pro Spiel an – ein Europarekord. Und ein Grund, warum auch die gesamte DEL (7162) mittlerweile die Nummer eins außerhalb Nordamerikas ist. Vergangene Saison zog sie an der Schweizer Liga vorbei.

Hinzu kam ein Wachstum von rund 20 Prozent bei den TV-Zuschauern, allein in der Hauptrunde hatten 18,5 Millionen Menschen bei Livespielen eingeschaltet. Es sei „schon fast peinlich", wie gut es nur zwei Jahre nach der Pandemie und in wirtschaftlich angespannten Zeiten laufe, sagte DEL-Geschäftsführer Gernot Tripcke bereits im Frühjahr. Schlechter ist seine Laune seitdem nicht geworden. Kürzlich wurde sein Vertrag bis ins Jahr 2028 verlängert. Dabei durfte er auch einen Umsatzrekord verkünden: Die 14 DEL-Klubs hätten in der Saison 2023/24 gemeinsam 173,6 Millionen Euro erwirtschaftet, ein Plus von 6,7 Prozent gegenüber der Vorsaison, als es sogar noch 15 Klubs waren. Nun kann kein Klubbesitzer in der DEL Geld verdienen, für viele ist es gar ein Zuschussgeschäft, aber die Richtung stimmt.

In der am diesen Donnerstag beginnenden neuen Saison soll es mit den Rekorden so weitergehen. Was gut möglich ist. Die jeweils bis 2028 verlängerten Verträge mit Ligasponsor Penny und TV-Partner Magentasport garantieren deutlich verbesserte Konditionen. Offizielle Zahlen gibt es dazu nicht, aber nach Informationen der F.A.Z. erhält jedes Team künftig rund 800.000 Euro pro Saison aus der Zentralvermarktung. Hinzu fließen gut zwei Millionen Euro mehr an die Liga direkt. Und nicht zu vergessen: In München eröffnet die neue Arena mit 10.796 Plätzen. Dadurch könne der Klub „den Zuschauerschnitt mal eben verdoppeln", sagt Tripcke, der auf „einen Schnitt zwischen 9.000 und 10.000" hofft.

In Sachen Neubauten war es das aber auf absehbare Zeit. Der einzige Kandidat wäre noch Frankfurt, aber die Diskussionen um eine moderne Multifunktionsarena gibt es dort seit Jahrzehnten – ohne Ergebnis. Die DEL muss vorerst anders wachsen. Aber sie ist optimistisch. Die Nationalmannschaft war mit Silbermedaillen bei Olympia 2018 und der WM 2023 in der jüngeren Vergangenheit erfolgreich wie nie und sorgt für mehr Aufmerksamkeit für den Sport. Gleiches gilt für Leon Draisaitl. Der Kölner NHL-Star von den Edmonton Oilers stieg mit einem Jahresgehalt von 14 Millionen US-Dollar kürzlich zum bestbezahlten Eishockeyspieler der Welt auf. Aber das größte Verkaufsargument der DEL sei immer noch sie selbst, besser: ihre Ausgeglichenheit und dass vorher niemand wisse, wer Meister wird.

Das stimmt auch, ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Es ist zehn Jahre her, dass der Meister nicht aus Berlin, München oder Mannheim kam. Aber zumindest in einzelnen Spielen kann selbst der Letzte jederzeit den Ersten schlagen. Dieses Frühjahr schaffte es sogar das kleine Bremerhaven ins Finale, Straubing immerhin ins Halbfinale. Diese Saison könnte für die beiden noch mehr drin sein. Auch in Köln darf wieder geträumt werden, die Haie verpflichteten den finnischen Startrainer Kari Jalonen. Hinzu kommen Außenseiter wie Wolfsburg oder Ingolstadt. Fast der Hälfte der 14 DEL-Teams wird der Titel zugetraut. Zwei davon treffen sich gleich am Freitag (19.30 Uhr): Köln empfängt Meister Berlin. Die Arena ist mit mehr als 18.000 Fans so gut wie ausverkauft.

VfB verliert in Madrid

Rüdiger trifft gegen ehemaligen Klub

dpa. MADRID. Ausgerechnet Antonio Rüdiger hat dem VfB Stuttgart die Rückkehr auf die glanzvolle Champions-League-Bühne vermasselt. Trotz eines mutigen Auftritts unterlag der deutsche Vizemeister bei Real Madrid mit 1:3 (0:0). Der Ex-Stuttgarter Rüdiger erzielte per Kopf in der 83. Minute das entscheidende 2:1 für den großen Favoriten. Endrick sorgte mit einem Treffer in der Nachspielzeit (90.+5) für den Endstand.

Stürmerstar Kylian Mbappé hatte bei seinem Königsklassen-Debüt für Madrid kurz nach dem Seitenwechsel die Führung (46. Minute) erzielt, die Nationalstürmer Deniz Undav egalisierte (68.). Der VfB hatte den Titelverteidiger im legendären Estadio Santiago Bernabéu phasenweise gewaltig unter Druck gesetzt. Allerdings ließ das Team von Trainer Sebastian Hoeneß zu viele Chancen liegen.

In der ersten Halbzeit hatte der VfB aber auch Glück, dass der türkische Schiedsrichter Halil Umut Meler einen Elfmeter nach Ansicht der Videobilder wieder zurücknahm (36.). Maximilian Mittelstädt hatte seinen Nationalmannschaftskollegen Rüdiger im Strafraum - wenn überhaupt - nur minimal mit der Fußspitze berührt.

Die rund 4.000 VfB-Fans, die über das offizielle Kartenkontingent für die Gäste ins Stadion gekommen waren, konnten mit dem Auftritt ihrer Mannschaft trotz der Niederlage sehr zufrieden sein.

Neun Bayern-Tore zum Auftakt

dpa. MÜNCHEN. Angeführt vom Vier-Tore-Mann Harry Kane hat ein spielfreudiger FC Bayern den langen Weg zum Heimfinale 2025 in der Champions League mit einem Trefferfestival begonnen. Beim 9:2 (3:0) gegen einen über weite Strecken überforderten kroatischen Fußball-Meister Dinamo Zagreb wurden die Münchner mit dem 21. Auftaktsieg nacheinander ihrem Ruf als Startspezialisten in Europas Königsklasse auch im neuen Ligasystem gerecht. Es war der höchste Bayern-Sieg in der Eliteliga.

Der Mann des Abends vor 75.000 Zuschauern in der Allianz Arena war einmal mehr Kane. Drei Tage nach seinem Dreierpack beim 6:1 in Kiel erzielte er seine Pflichtspieltore 50 bis 53 im Bayern-Trikot (20./57./72./78. Minute). Bemerkenswert: Dreimal verwandelte der 31 Jahre alte Engländer vom Punkt. Dahinter verblasste beinahe trotz eines Doppelpacks der starke Auftritt des Franzosen Michael Olise (38./61.). Vor der Pause traf zudem Raphaël Guerreiro (33.). Abgerundet wurde der fulminante Fußballabend erst durch das Comeback-Tor von Nationalspieler Leroy Sané (85.). Und dann traf in der Nachspielzeit auch noch Leon Goretzka.

Vincent Kompany erlebte somit ein erfolgreiches Champions-League-Debüt als Trainer. Geärgert haben dürfte den Belgier lediglich die kurze Phase der Nachlässigkeit unmittelbar nach der Pause. Nachdem Kapitän Manuel Neuer angeschlagen in der Kabine geblieben war, verkürzte Dinamo gegen Ersatztorwart Sven Ulreich durch Bruno Petkovic (49.) und Takuya Ogiwara (50.).

Schach: Russland will Rehabilitation

fan. BUDAPEST. Der ukrainische Schachverband hat am Mittwoch gegen den Vorsitzenden des Berufungsverfahrens, das den Ausschluss Russlands aus der Weltschachföderation FIDE zurückgenommen hat, einen Befangenheitsantrag gestellt. Francois Strydom, ein südafrikanischer Anwalt, arbeitet nämlich für die auf Sportrecht spezialisierte russische Kanzlei SILA. Einen weiteren Hinweis darauf, dass er russische Interessen vertritt, liefert Strydoms Tätigkeit für die International Boxing Association (IBA), die von Russland kontrolliert wird. Im Mai hatte die Ethikkommission der FIDE entschieden, den russischen Verband auszuschließen, solange Wladimir Putins Sprecher Dmitri Peskow und der frühere russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu seinem Aufsichtsrat angehören. Gegen den FIDE-Präsidenten Arkadi Dworkowitsch wurde eine Rüge ausgesprochen. Noch bevor das Urteil veröffentlicht war, wurde in russischen Medien angekündigt, dass der russische Verband und der FIDE-Rat Berufung einlegen. Das Berufungsgericht unter Strydom nahm den Ausschluss zurück und verhängte eine Geldstrafe von 45.000 Euro gegen den russischen Verband. Dworkowitsch wurde freigesprochen. Bei der FIDE-Generalversammlung am Wochenende will Russland rehabilitiert werden. Der ukrainische Verband hat dagegen protestiert. England, Deutschland und Litauen haben sich gegen eine Rücknahme der Sanktionen positioniert. Bei der Tagung der europäischen Verbände am Donnerstag wird erwartet, dass sich Europa in einer Resolution geschlossen gegen eine Wiederzulassung von Russland und Belarus stellt.

Mit dem 4-3-3-System zum Erfolg

Die Deutsche Sporthilfe ändert ihr Förderprogramm und bewegt Olympiasieger, auf Geld zu verzichten

FRANKFURT. Bis heute sind Generationen von Athleten dankbar für die kleine, aber mitunter überlebensnotwendige Unterstützung der Deutschen Sporthilfe. Doch die Stiftung will sich nicht darauf ausruhen und hat am Dienstag in Frankfurt eine reformierte Förderstruktur vorgestellt, mit der die Sportler in Zukunft noch effizienter und effektiver unterstützt werden sollen.

Eine Studie der Sporthilfe in Kooperation mit der Deutschen Sporthochschule ist 2021 zu dem Ergebnis gekommen, dass drei von zehn Athleten aus dem olympischen und paralympischen Kader bei ihrem Saisonhöhepunkt mental nicht in bester Verfassung waren. Hier wolle die Sporthilfe künftig ansetzen und noch genauer analysieren, was die Sportler brauchen, um ihre bestmögliche Leistung zu bringen, erklärte Vorständin Karin Orgeldinger: „Dafür ist es notwendig, dass wir unsere Förderung noch stärker fokussieren: auf Leistungs-, Potential- und Bedarfsorientierung."

Gefördert werden die Athletinnen und Athleten künftig in einem sogenannten „4-3-3-System", das 2025 in Kraft treten wird: In vier Förderstufen (Talent-, Potential-, Top- und Alumni-Team), drei Förderbereichen (finanzielle Förderung, Kompetenzförderung und Partner-/Serviceangebote) und mit drei finanziellen Förderschwerpunkten (Grundförderung, Individualbausteine und Prämienzahlungen). Zuletzt sei nicht immer ersichtlich gewesen, was die Sporthilfe eigentlich mache und in welchen Bereichen sie fördere: „Mit dem neuen System wollen wir zu einer Vereinfachung beitragen."

Die wichtigste Änderung ist, dass alle international startenden Athleten bereits im Nachwuchsbereich finanziell gefördert werden sollen. Dafür ist die Bobfahrerin Laura Nolte, Olympiasiegerin und Sportsoldatin bei der Bundeswehr, auch gerne bereit, auf Geld zu verzichten: „Natürlich würden wir uns wünschen, dass unsere Förderung gleich bleibt, aber das Budget ist begrenzt, und dann sind wir diejenigen, die am ehesten Abstriche machen können, weil wir die finanzielle Absicherung durch die Sportförderstelle haben." Auch Kugelstoßer Niko Kappel, der bei den Paralympischen Spielen in Paris die Silbermedaille gewonnen hat, sprach von der Notwendigkeit, die Zuwendungen der Sporthilfe gerecht zu verteilen: „Ich verzichte gerne auf jeden einzelnen Cent, wenn er dafür eins zu eins im Nachwuchsbereich ankommt."

„Jeden Cent für den Nachwuchs": *Niko Kappel setzt auf die Jugend.* Foto dpa

Künftig erhalten Athleten, die im Bundeskader einer Sportart stehen, mindestens die Grundförderung in Höhe von bis zu 100 Euro monatlich. Je nach Leistung bekommen sie zusätzlich eine monatliche Förderung von bis zu 1400 Euro sowie Unterstützung bei der Berufsvorbereitung und der Altersvorsorge. „Wir würden gerne mehr ausschütten", erklärte die frühere Weltklasseschwimmerin und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Sporthilfe Franziska van Almsick auch mit Blick auf die nicht gerade steigende Spendenbereitschaft in Deutschland in der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Mit der Grundförderung schaffe die Stiftung immerhin einen finanziellen Anreiz für junge Athleten, die Lust hätten, in den Leistungssport zu gehen: „Es geht aber nicht nur um die 100 Euro, sondern es ist auch gleichzeitig der Einstieg in die Sporthilfe-Familie – und darin versucht man dann auch zu bleiben."

Neu ist auch, dass es künftig nur noch eine Förderstruktur für alle olympischen und paralympischen Verbände sowie für Gehörlosen- und nichtolympische Sportarten geben wird und die Zuwendungen der Sporthilfe von 2025 an stärker von den Erfolgen der Sportlerinnen und Sportler in den zurückliegenden vier Jahre abhängen werden. Dadurch will die Sporthilfe ein zusätzliches Anreizsystem für leistungsstarke Verbände und deren Athleten schaffen. Zudem wird die Unterstützung für ehemalige Athleten auf bis zu fünf Jahre nach Ende der Karriere im Sport verlängert. Es ist eine Änderung, die Laura Nolte vor allem mit Blick auf Athleten ohne Sportförderstelle begrüßt. Sie nahm deren Perspektive ein: „Ich studiere zwar nebenbei, aber es beruhigt mich, dass ich nach meinem Karriereende nicht sofort etwas Neues haben muss, sondern mich in Ruhe darauf vorbereiten kann." CELINE CHORUS

Ergebnisse auf FAZ.NET

Immer aktuell: Mit Ihrem Handy finden Sie an dieser Stelle jederzeit Sport-Resultate aus aller Welt.

faz.net/ergebnisse

In Kürze

Chiles wehrt sich

Turnerin Jordan Chiles zieht im Kampf um die Bronzemedaille bei den Olympischen Spielen in Paris vor das Schweizer Bundesgericht. Sie wehrt sich gegen eine Entscheidung des Internationalen Sportgerichtshofs CAS. Der CAS wollte keinen weiteren Einspruch zulassen, nachdem einem Einspruch Rumäniens stattgegeben worden war und Chiles in der Folge ihre Medaille im Bodenturnen bei den Olympischen Spielen an Ana Barbosu verloren hatte. Chiles argumentiert nun, dass sie ein Recht darauf gehabt hätte, angehört zu werden und eigene Beweismittel vorzulegen. sid

Kürzungen in Kenia

Der kenianischen Anti-Doping-Agentur (ADAK) stehen im laufenden Geschäftsjahr laut eigener Aussage nur umgerechnet knapp 14.000 Euro für die Durchführung ihres Test-Programms zur Verfügung – und damit viel weniger als erwartet. Der Grund sind umfangreiche Haushaltskürzungen der Regierung. So sei man „nicht in der Lage, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, und damit riskieren wir, den Welt-Anti-Doping-Code nicht einzuhalten", sagte der ADAK-Vorstandschef Daniel Makdwallo. sid

Trifft hier wie dort: *Karim Adeyemi spielt in Deutschlands U21-Auswahl (links) und beim BVB so stark wie nie, übt sich aber in Selbstkritik.* Foto dpa

Endlich erwachsen werden

Karim Adeyemi ist bei Borussia Dortmund nicht nur der Spieler der Stunde, sondern auch der Spieler der verpassten Chancen. Hat er seinen „kleinen Fluch“ nun wirklich überwunden?

Von Daniel Theweleit, Köln

In der Vergangenheit ist Karim Adeyemi nicht gerade als Fußballer in Erscheinung getreten, der besonders scharf über sich selbst und die eigenen Leistungen urteilte. Der 22 Jahre alte Angreifer lächelte oft, und wenn er mal ein wichtiges Tor schoss oder für eine andere brillante Aktion gelobt wurde, hat er gerne den Moment genossen. Vor dem Einstieg von Borussia Dortmund in die Champions League an diesem Mittwoch beim FC Brügge (21 Uhr bei DAZN) spielt er nun ganz besonders gut, hat vor einigen Tagen in zwei Partien mit der U-21-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes fünf Tore erzielt und zwei weitere beim anschließenden 4:2-Sieg in der Bundesliga über den 1. FC Heidenheim.

Statt jedoch die Anerkennung und das Lob aufzusaugen, sagte der Karim Adeyemi dieser neuen Saison ziemlich selbstkritisch: „Ich denke, man sollte sich davon nicht blenden lassen. Um ehrlich zu sein, war dies das erste gute Spiel für Dortmund in dieser Saison, in dem ich sagen kann, dass ich etwas erreicht habe – und das ist nicht genug für mich.“ In der Sportlichen Leitung beim BVB werden solche Sätze genauso erfreut registriert wie die gute Form des schnellen Flügelspielers, der immer irgendwie auch ein Problemprofi gewesen ist. Die Leistungen aus der U 21 und aus dem Heidenheim-Spiel stärkten den Eindruck, dass Adeyemi „in diese Saison deutlich ambitionierter reingeht, dass er sich etwas vorgenommen hat“, sagte Dortmunds Sportdirektor Sebastian Kehl am Wochenende bei „Sky“. Der dreimalige A-Nationalspieler, der 2022 auch dem WM-Kader angehörte, ist nämlich nicht nur der Dortmunder Spieler der Stunde, sondern auch der Spieler der verpassten Chancen.

Mit einem über zwei Jahre konstant starken und dauerhaft seriös arbeitenden Adeyemi wäre die Chance des BVB, 2023 deutscher Meister zu werden, statt den Titel im letzten Moment zu verspielen, deutlich besser gewesen. 2024 verpasste Adeyemi im Finale der Champions League die große Möglichkeit, Dortmund in Führung zu bringen. Auch der Traum von der Teilnahme an einer Europameisterschaft im eigenen Land blieb aufgrund schwankender Leistungen unerfüllt. Für Adeyemi wäre viel mehr möglich gewesen während der beiden zurückliegenden Jahre, es fehlten Nuancen. Nuancen, für die Adeyemi womöglich selbst hätte sorgen können, wobei sich ähnliche Spekulationen auch über ungleich erfahrenere Kollegen wie Niklas Süle, Emre Can oder Marco Reus anstellen lassen.

Aber Adeyemi ist offenbar zu der Einsicht gelangt, dass er dringend mehr dazu beitragen sollte, die Potentiale bei Borussia Dortmund besser auszuschöpfen. Das Lob nach dem guten Saisonbeginn wies er deutlich zurück, dafür sei es viel zu früh: „Ich weiß, wie es ist, nach einem guten Spiel wieder ein schlechtes zu haben. Deshalb versuche ich, nicht wieder so einen kleinen Abstieg zu haben, sondern mich weiter zu steigern, immer gute Spiele zu machen.“ Und Adeyemi weiß auch, wie das funktioniert: „Am Ende geht es für mich immer um Selbstvertrauen und darum, dass der Kopf ausgeschaltet ist.“

Dass er nun endlich einmal direkt zu Saisonbeginn gut in Form ist, nährt die Hoffnung auf einen nachhaltigen Lerneffekt. Die Treffer gegen Heidenheim waren seine ersten beiden Hinrundentore in der Bundesliga überhaupt, was viel darüber erzählt, wie schwach seine Form zu Beginn seiner ersten beiden Jahre beim BVB war. Am vergangenen Freitag sprach er von einem „kleinen Fluch“, der nun endlich überwunden sei, und erklärte: „Ich möchte von Anfang an bereit sein und der Mannschaft sofort helfen.“

In den weniger guten Zeiten machte er mehr Schlagzeilen mit seiner Beziehung als mit dem Fußball; Adeyemi ist mit der Rapperin Loredana liiert, die ein Rockstarleben führt, das sich nicht so einfach mit dem Alltag eines Fußballprofis in Einklang bringen lässt. Dass Kritiker die Gründe für schlechte Leistungen in dieser Beziehung vermuteten, empfand Adeyemi als „unfair“, wie er einmal sagte, „da bin ich selber für verantwortlich“. In jedem Fall ist zu hören, dass Adeyemis Lebenswandel nicht immer professionell genug war, und auch er selbst sagt inzwischen: „Ich habe viel gemacht, was mir nicht geholfen hat. Ich will mich nicht ablenken lassen und einen klaren Kopf behalten.“ Auch seine Neigung, in den Strafräumen der Liga sehr leicht umzufallen, hat ihm geschadet und dazu beigetragen, dass selbst berechtigte Elfmeter nicht gepfiffen wurden. Nun will er endlich erwachsen werden. In Erwartung genau so einer Entwicklung haben sich in der zurückliegenden Transferperiode mehrere europäische Spitzenklubs mit Adeyemi beschäftigt: Juventus Turin, Newcastle United sowie der FC Liverpool wurden immer wieder auf dem Gerüchtemarkt genannt. Und womöglich wären die Dortmunder bei einem Angebot von 30 Millionen Euro oder mehr auch ernsthaft ins Grübeln geraten, aber Trainer Nuri Sahin wollte Adeyemi gerne behalten.

Denn der in München geborene Profi besitzt Fähigkeiten, die selten sind und die sich kein Spieler ohne entsprechende Anlagen antrainieren kann: Er ist extrem schnell, relativ jung, dazu noch technisch stark, und einen starken Torabschluss hat er auch. Wenn Fußballer mit diesen Merkmalen konstant gut spielen, sind sie schnell 70 oder 80 Millionen Euro wert, denn sie können auch auf dem allerhöchsten Niveau den Unterschied ausmachen, sobald die großen Momente kommen. Zum Beispiel in der Champions League in Brüssel.

Mogelpackung Champions League

Von Anno Hecker

Haben Sie schon die Fußballschau-Planung abgeschlossen? Dann wird Ihnen aufgefallen sein, dass nicht mehr viel Zeit bleibt, über den Rand des Spielfelds hinauszuschauen: erst einmal Dienstag, Mittwoch, Donnerstag Champions League, dazu Freitag, Samstag, Sonntag Bundesliga. Eine Art Wochenschau, nur ohne satirischen Anteil, bisweilen wird’s wohl auch humorlos zugehen, wenn Manchester City auf Slovan Bratislava trifft. Und das Ganze erst mal bis Ende Januar, ausgenommen mancher Feiertag, wer nicht nach England schaut. Ansonsten: Fußball total.

Das ist nichts Neues. Und die Verdrängung des Rest-Sports keine überraschende Folge der jüngsten Aufblähung der Champions League

> Eine Liga, in der nur die Besten der Besten Fußball spielen? Das bleibt weiter ein Wunsch der Puristen.

um vier Teams auf 36. So wirkt der Markt. Alles oft genug beschrieben, bis hin zur Klage der Spieler, überlastet zu werden. Die Frage ist allerdings, ob hinter dieser Reform viel mehr von dem steckt, was die Reformer unbedingt verhindern wollen oder vorgaben, verhindern zu wollen: eine Superleague als logisches Finale der Kommerzialisierung des Profifußballs in Europa.

Aus der Perspektive eines Vereins-Fans, der nicht gerade ein Abo bei Real Madrid oder den anderen Größen des europäischen Fußballs besitzt, mag die Erweiterung entzückend sein. Jetzt darf sich auch mal Sturm Graz Hoffnung machen, im Konzert der Gewaltigen ein paar Takte mitzuspielen. Lothar Matthäus reibt sich schon die Hände, weil es kein „Geplänkel“ mehr geben werde, stattdessen „Woche für Woche“ Partien mit „richtig starken Mannschaften“. Abwarten, was auf dem Rasen geschieht, wenn Real am achten Spieltag (29. Januar) auf Stade Brest trifft, aber längst für das Achtelfinale qualifiziert sein sollte.

Die Anlehnung an den Modus der nationalen Ligen deutet den Kompromiss an: Es gibt mehr Spiele, mehr Geld, aber keine strikte Abkoppelung, wie sie den entschiedenen Superleague-Freunden vorschwebt. Das mag die Gemüter beruhigen, weil dieses System zusätzliche Einnahmen verspricht und zumindest den Anschein einer Aufstiegschance erweckt. Aber schon die Füllung der Töpfe vor Auslosung zeugt von der Kernidee: die potentiell Besten werden sich anfangs nicht gegenseitig aus dem Spiel werfen können, sie sollen erst gegeneinander antreten, wenn es zur Sache geht. Auch aus machtpolitischen Gründen hat die Europäische Fußball-Union eine vorerst ständige Übergangsregelung geschaffen, deren Haltbarkeit noch nicht erkennbar ist. Im schlechtesten Fall kaschiert sie langatmig, was man schneller haben könnte: eine Liga Europas, die bietet, was der Logik des Spitzensports und dem Wunsch des Puristen entspricht: regelmäßig und gut überschaubar die Besten der Besten spielen zu sehen. Denn die höchste Kunst des Fußballs geht in der Flut der Spiele unter.

Ganz klein unter Großen

Wie es der FC Bologna in die Champions League schaffte und warum der italienische Verein das wohl so schnell nicht wiederholen wird

ROM. Die Überraschungsmannschaft der vergangenen Saison in Italiens Serie A war der FC Bologna. Die Rossoblù aus der Hauptstadt der norditalienischen Region Emilia-Romagna qualifizierten sich vor allem dank ihrer Heimstärke zum ersten Mal seit sechs Jahrzehnten wieder für die Königsklasse der europäischen Pokalwettbewerbe, die seinerzeit noch Europapokal der Landesmeister hieß. 41 der 68 Punkte, die zum fünften Rang und damit zur Qualifikation für die UEFA Champions League reichten, gewannen die Bolognesi im altehrwürdigen, aber eben auch fast hundert Jahre alten Stadio Renato Dall’Ara, benannt nach dem legendären Vereinspräsidenten, der den Klub von 1934 bis 1964 führte.

Um die außerordentliche Leistung des FC Bologna in der Spielzeit 2023/24 zu ermessen, muss man sich vor Augen halten, dass die in der vergangenen Saison von Thiago Motta trainierte Mannschaft nicht nur den amtierenden Meister SSC Neapel und den Conference-League-Finalisten AC Florenz in der Tabelle hinter sich ließ, sondern auch die beiden Hauptstadtklubs AS Roma und Lazio, die ihrerseits zu den regelmäßigen Teilnehmern der Champions League aus Italien gehören. Dass die beiden Mailänder Vereine Inter und Milan sowie Juventus aus Turin und Atalanta aus Bergamo die Plätze eins bis vier belegten und neben den „Emporkömmlingen“ aus Bologna das italienische Quintett im wichtigsten Vereinswettbewerb des europäischen Fußballs komplettieren, spiegelt dagegen das seit Jahren etablierte Kräfteverhältnis in der höchsten italienischen Profiliga wider.

Und natürlich geht der FC Bologna, der an diesem Mittwoch den ukrainischen Meister Schachtar Donezk empfängt, als krasser Außenseiter in die neugestaltete Champions League. Im Oktober geht es für die Rossoblù dann zweimal nach England, zum FC Liverpool und zu Aston Villa, ehe im November zwei Teams aus der französischen Ligue 1 – OSC Lille und AS Monaco – und im Januar schließlich Borussia Dortmund nach Bologna kommen. In Bologna und in der gesamten Emilia-Romagna weiß man, dass die gegenwärtigen Spieler des Traditionsvereins unter den Schwergewichten des europäischen Fußballs von heute eigentlich nichts verloren haben – und gerade deshalb nichts zu verlieren haben. Schon der warme Geldregen der UEFA ist ein unverhoffter Gewinn für den Klub. Mit jedem Heimspiel kommen zusätzliche Einnahmen hinzu, während für den Kader mit Spielern aus 16 Ländern, aber ohne internationale Stars jede Begegnung mit den Größen des europäischen Fußballs ein Zugewinn an Erfahrung bedeutet.

Nichts zu verlieren: *Bolognas Trainer Vincenzo Italiano* Foto EPA

Wenn nicht alles täuscht, dürfte der FC Bologna in der neuen Spielzeit den Erfolg der vergangenen kaum wiederholen können. Der Saisonstart missglückte, nach vier Spieltagen steht das bisher sieglose Team mit nur drei Punkten unmittelbar vor den Abstiegsrängen. Der brasilianisch-italienische Trainer Thiago Motta, der Bologna in nur zwei Spielzeiten vom unteren Mittelfeld auf einen Champions-League-Rang geführt hatte, konnte den Sirenengesängen aus Turin von Rekordmeister Juventus nicht widerstehen. Neuer „Commissario tecnico“ in Bologna ist Vincenzo Italiano, der nach drei durchaus erfolgreichen Spielzeiten in Florenz zu Saisonbeginn von der Toskana in die nördliche Nachbarregion gewechselt ist. Überhaupt hat es vor Beginn der neuen Spielzeit in der Serie A einen wilden Wechsel der Trainerposten gegeben: 13 der 20 Vereine treten mit einem neuen Coach an. Von den Spitzenteams hielten allein Meister Inter Mailand an Simone Inzaghi und Atalanta Bergamo an Gian Piero Gasperini fest, der mit seinen Nerazzurri aus der Lombardei im Mai das Finale der UEFA Europa League gegen den bis dahin eine ganz Saison lang ungeschlagenen deutschen Meister aus Leverkusen gewinnen konnte.

Als besonders schmerzlich für Bologna dürfte sich der Weggang des Stürmertalents Joshua Zirkzee zu Manchester United erweisen – immerhin für 42,5 Millionen Euro Ablöse. Für den niederländischen Nationalspieler hatte man bei Bayern München offenbar keine rechte Verwendung gefunden, man verlieh ihn mehrfach. In der vergangenen Spielzeit in der Serie A gelang Zirkzee, mit elf Treffern der beste Torschütze des FC Bologna, von Italien aus jedoch der internationale Durchbruch. Als Stabilitätsachse im stark veränderten Team unter Trainer Italiano können die Schweizer Nationalspieler Remo Freuler, Michael Aebischer und Dan Ndoye gelten. Zum „stählernen“ Team der vergangenen Saison, das nur sechs Niederlagen in der Serie A hinnehmen musste, ist der Kader in der neuen Spielzeit noch nicht zusammengewachsen. Für das Abenteuer Champions League sind das alles andere als gute Vorzeichen. MATTHIAS RÜB

„Für mich die größte Schande“

sid. KÖLN. Schachtar Donezks Geschäftsführer Serhij Palkin hat sich über eine mangelnde Unterstützung des Weltfußballverbandes FIFA für die Ukraine nach dem russischen Angriffskrieg beklagt. „Es gab bis heute nicht einmal einen Anruf der FIFA“, sagte Palkin im Interview mit dem Nachrichtenportal t-online. Nach dem russischen Angriff gab die FIFA den Spielern die Chance, die Ukraine ablösefrei zu verlassen. Für Schachtar Donezk hatte das hohe finanzielle Verluste zur Folge. „Das ist für mich die größte Schande. Wir haben uns allein und von der FIFA im Stich gelassen gefühlt“, sagte Palkin.

Tatort Natur

DLD-Konferenz sucht die ökologische Mitte

Wie „grün“ ist die politische Mitte im Land noch? Wie sehr liegt ihr die Zukunft unseres Planeten am Herzen? Das mögen nicht die allerwichtigsten Fragen gewesen sein, die sich vor wenigen Tagen auf der Münchener „DLD Nature“ aufdrängten, einer der vielleicht ungewöhnlichsten Naturschutzkonferenzen der letzten Jahre. Aber Spaß machte es schon, darüber nachzudenken, je intensiver man sich dort zur Gretchenfrage vorarbeitete: „Wie hältst du es mit der Natur, wenn die Welt politisch kopfsteht?“

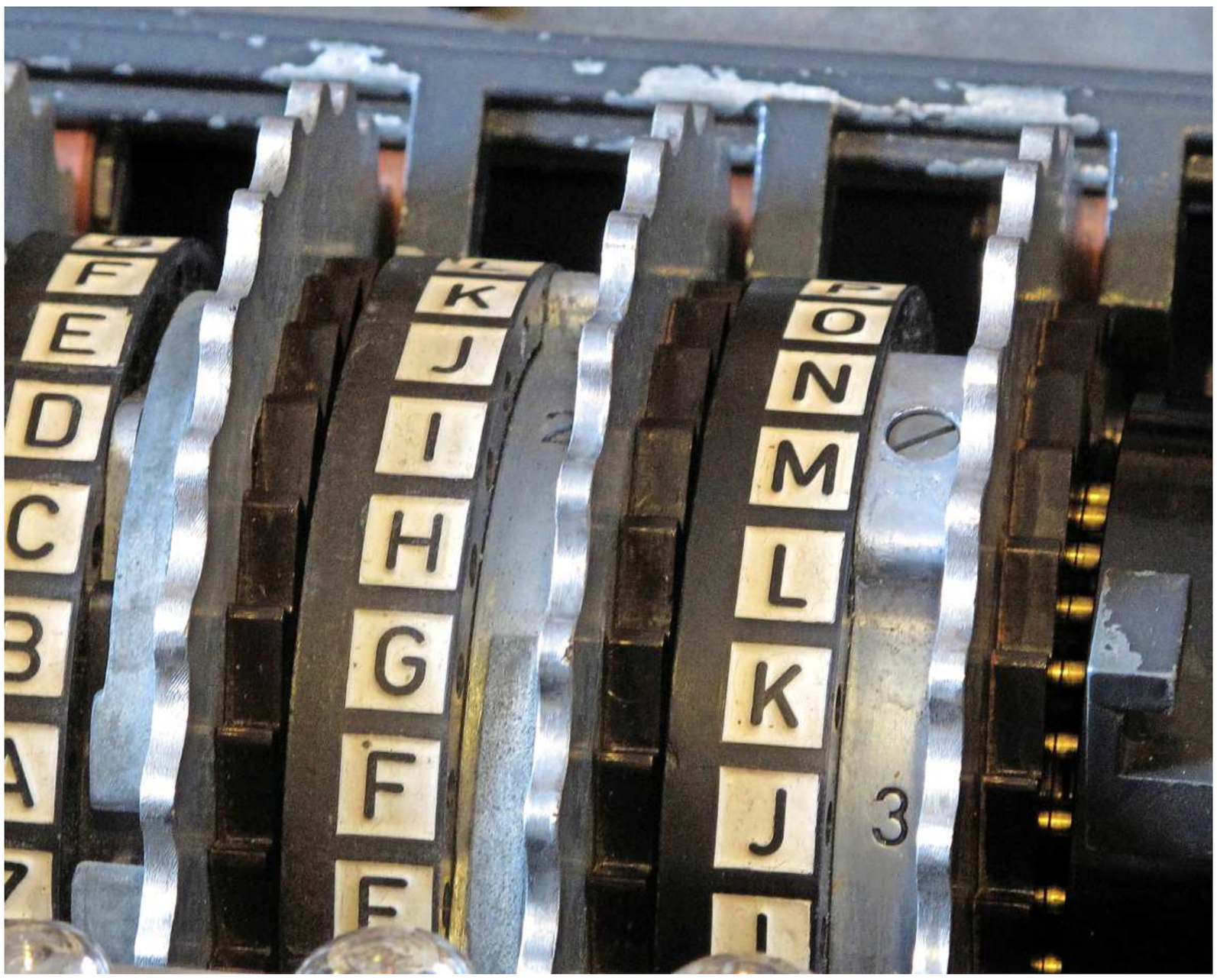
Für die Ko-Initiatorin der Konferenz, Maria Furtwängler, war die Sache klar: Natur- und Artenschutz – Biodiversität überhaupt – sind „eine Menschheitsüberlebensfrage“. Sie sei in der Frage eine Getriebene. Die „Tatort“-Kommissarin, Filmproduzentin und Stiftungsgründerin hatte zusammen mit DLD-Mitgründerin Steffi Czerny dafür gesorgt, dass im Munich Urban Colab mehr als 750 Gäste – gehobenes Münchener Publikum – auf wissenschaftliche und politische Schwergewichte aus dem ganzen Land trafen. Man könnte sagen: Grün war der Geist des Events und das Programm, in den Fokus jedoch rückten die anderen: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder zum Beispiel eröffnete die Konferenz mit einem Appell. „Wir müssen uns des Themas annehmen“, und jeder erinnerte sich: Der Mann umarmte Bäume, bis er im Grünen den Feind schlechthin erkannte. Sein Credo diesmal: „Wissenschaft gegen Schamanentum“. Wer die Schamanen sind, ließ er offen. Die Landwirte jedenfalls, oft die Hauptbeklagten, wenn es um Artenverarmung geht, sind es für ihn kaum. Sie wüssten am besten, was zu tun sei.

Söders Bauernpassion wurde wie ein Satz des nicht anwesenden Christian Lindner, den Maria Furtwängler mit hörbarem Furor zitierte, viel diskutiert. Wir brauchen, so hatte Liberalenchef Lindner sinngemäß gesagt, eine starke Wirtschaft, damit wir uns eine starke Umwelt leisten können. „Das heißt doch, eine starke Umwelt ist ein Luxusprodukt, das wir uns dann leisten, wenn es uns wirtschaftlich gut geht“, ärgerte sich Furtwängler. Eine fatale Bemerkung, so Furtwängler, wenn doch jeder wissen könne, dass mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung von einer intakten Natur abhängig sei.

Aufseiten der Wissenschaften war die Position klar: Ohne eine klare Mehrheit, die neben dem Ökonomischen das Ökologische mit in den Blick nimmt, werde nichts besser. Das Artensterben sei mittlerweile auf das Tausendfache beschleunigt, jeden Tag gingen 15 Arten verloren, stellte Frauke Fischer von der Universität Würzburg fest. Und der Potsdamer Klimaforscher Johan Rockström, der die planetaren Belastungsgrenzen erklärte, plädierte eindringlich dafür, ohne weitere Verzögerung mehr „natürliche Pufferkapazitäten“ aufzubauen. Auch die Berliner Politökonomin Maja Goepel war deutlich: Weitermachen wie bisher gehe gar nicht. Viele Unternehmen, beklagte sie, näherten sich dem Thema Nachhaltigkeit, indem sie es zu einer Berichtsübung machten: „Mittlerweile wird für Nachhaltigkeitsberichte 43 Prozent mehr investiert als in echte Investitionen.“

Um Klage und viele Versäumnisse ging es also auf diesem ungewöhnlichen Biodiversitätsgipfel. Aber auch um Lösungen, die dann tatsächlich auch direkt aus der politischen Mitte kamen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen skizzierte ihre Zukunftspläne für den „Green Deal“, den sie fortführen will und für den sie in München viel Applaus erntete. Zwei Kernelemente seien wichtig: Naturverbrauch kostenpflichtig machen, Naturschutz entlasten. „Es wird Zeit, endlich die zu belohnen, die uns die Natur erhalten und zurückbringen.“

Das deckte sich mit Furtwänglers Hauptanliegen. Natur- und Artenschutz dürfe nicht länger als „kleines, süßes Thema“ hinter den großen politischen Brocken wie Energie oder Inflation stehen. Die Natur, für die Künstlerin und Unternehmerin ein klarer Fall von ökonomischer Willensbildung: „Noch gibt es nicht genügend Business-Ideen, die einen produktiven Einfluss auf die Natur haben“, sagte Furtwängler, „aber daran müssen wir arbeiten.“ JOACHIM MÜLLER-JUNG



Aus Pionierzeiten der Verschlüsselung: Die Nachrichten, die mit der Enigma verschlüsselt wurden, konnten lange Zeit nicht dechiffriert werden. Foto AKG

Hackern keine Chance

In einem großen Wettbewerb bewähren sich drei Verschlüsselungsverfahren gegen Attacken mit Quantencomputern. Sie sollen künftig die Datensicherheit im Internet gewährleisten.

Von Dirk Eidemüller

Ein Gespenst geht um im Internet: Unsere Daten könnten nicht mehr sicher sein, sobald die Quantencomputer so leistungsfähig geworden sind, dass sie die gängigen Verschlüsselungsverfahren ohne Schwierigkeit knacken können. Nicht nur staatliche Geheimdienste, sondern auch private und kriminelle Akteure sammeln deshalb heute schon möglichst viele geheime Informationen aus dem Internet – in der Hoffnung, diese eines Tages mit einem Quantenrechner lesen zu können.

Müssen wir also damit rechnen, dass all unsere gespeicherten Geheimnisse, unsere Finanz- und Gesundheitsdaten, unsere privaten Nachrichten und Gespräche, die wir täglich im Internet kommunizieren, bald publik werden? Noch nicht, versichern Experten, denn die existierenden Quantenrechner sind weit von der Rechenleistung entfernt, die sie für einen Angriff auf die derzeitigen Sicherheitsprotokolle bräuchten, mit dem der Datenverkehr vor unerlaubtem Zugriff geschützt ist. Aber es gibt bereits Bestrebungen, der potentiellen Gefahr von Softwareseite her frühzeitig einen Riegel vorzuschieben.

Es dürfte noch etliche Jahre dauern, bis ein Quantencomputer leistungsfähig genug ist, um die derzeit genutzten Verschlüsselungsalgorithmen aushebeln zu können. Er müsste Millionen von Quantenbits besitzen und diese zum fehlerfreien gemeinschaftlichen, verschränkten Rechnen bringen. Bis dahin sind noch etliche technologische Hürden zu überwinden: Der amerikanische Computerhersteller IBM will im kommenden Jahr zwar den ersten 4000-Qubit-Quantenprozessor vorstellen. Aber solche Maschinen sind eher Forschungsprojekte, um die Technologie weiterzuentwickeln, als kommerziell nutzbare Rechner. Für praktische Anwendungen sind sie insbesondere durch Schwierigkeiten bei der Fehlerkorrektur bislang nur eingeschränkt nutzbar. Aber allein die Aussicht, dass Quantencomputer eines Tages die Datensicherheit bedrohen könnten, hat die Informationsbranche aufgeschreckt.

Das amerikanische National Institute of Standards and Technology, kurz NIST – als staatliche Behörde auch für sichere Kommunikationsverfahren verantwortlich –, hat vor einigen Jahren einen großen, internationalen Wettbewerb ausgerufen, um „quantensichere“ Verschlüsselungssysteme zu entwickeln. Dabei geht es um nicht weniger als um die Konzeption völlig neuer Algorithmen, die auf gänzlich anderen mathematischen Prinzipien beruhen als die bisherigen Protokolle, welche die Grundlage aller bestehenden sicheren Datenprotokolle im Internet bilden.

Die heutigen kryptographischen Verfahren lassen sich grob in zwei Typen einteilen: erstens die sogenannten asymmetrischen Methoden, mit deren Hilfe zwei Parteien sich einen gemeinsamen, nur ihnen bekannten Datenschlüssel teilen. Damit können beide Partner ihre streng vertraulichen Nachrichten mithilfe eines zweiten, symmetrischen Verfahrens verschlüsseln und sicher untereinander austauschen. Diese symmetrische Verschlüsselung – sie wird über eine Methode namens „Advanced Encryption Standard“ (AES) vollzogen – gilt als äußerst sicher gegen Angriffe sowohl mit herkömmlichen digitalen Rechnern als auch mit Quantencomputern.

„Der Knackpunkt ist jedoch der erste Schritt, nämlich die Etablierung eines Schlüssels über ein asymmetrisches Verfahren“, sagt der Mathematiker Dustin Moody, der am NIST das Forschungsprojekt zur Post-Quanten-Kryptographie leitet. Die kryptographischen Methoden mit Namen wie „Diffie-Hellman-Schlüsselaustausch“ oder „RSA“ – benannt nach R. Rivest, A. Shamir und L. Adleman – sind besonders anfällig für mächtige Quantencomputer. Wer damit den Schlüssel ermitteln kann, kann auch die per AES verschlüsselten Daten mitlesen.

Die derzeitigen kryptographischen Protokolle zur Schlüsselerstellung – wie sie etwa bei den mit „https“ gekennzeichneten Websites zum Einsatz kommen – beruhen auf dem mathematischen RSA-Verfahren der Primfaktorzerlegung. Es gilt als Paradebeispiel für einen asymmetrischen Algorithmus: Denn die Erzeugung einer sehr großen Zahl über die Multiplikation von Primzahlen geht sehr schnell. Umgekehrt benötigt ein herkömmlicher Computer sehr viel Rechenzeit, um die Primfaktoren einer riesigen Zahl zu finden. Quantencomputer sind genau hierfür jedoch hervorragend geeignet, weil sie aufgrund ihrer Architektur viele Rechenschritte parallel in kürzester Zeit ausführen können. Und nicht nur die asymmetrischen Schlüsselaustausch-Protokolle sind nicht mehr sicher. Sondern auch die derzeit genutzten digitalen Signaturen – mit denen man seine Identität bestätigt – sind „quanten“angreifbar.

Das NIST hat nun vor Kurzem drei sogenannte Post-Quanten-Protokolle vorgestellt, die sowohl gegenüber Angriffen mit konventionellen Rechnern wie auch gegen Attacken mit Quantencomputern robust sein sollten. Diese drei sind die besten von mehr als 80 untersuchten Algorithmen und sollen für die kommenden Jahrzehnte zum Internetstandard werden. Sie heißen „ML-KEM“, „ML-DSA“ und „SLH-DSA“ und haben einen harten, jahrelangen Auswahltest bestanden, bei dem sie weltweit von Experten auf mögliche Schwachstellen abgeklopft wurden. Außerdem ist ein viertes Verfahren namens „FN-DSA“ noch in der Entwicklung. Dieses wird vermutlich kommenden Winter fertiggestellt sein. Außerdem sind zwei weitere Protokolle in der Entwicklung, von denen eines oder beide als Ersatz dienen werden, falls die anderen Verfahren ausfallen sollten.

Die nun vorgestellten Protokolle nutzen keine Primfaktoren mehr, sondern ganz andere mathematische Methoden, insbesondere sogenannte Gitterverfahren. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie schnell und vielseitig sind und außerdem weitere Funktionalitäten wie etwa digitale Signaturen ermöglichen.

„Die neuen Verfahren sind für praktische Zwecke im Internet fast genauso schnell wie die bislang genutzten Protokolle und benötigen nur ein wenig mehr Bandbreite“, erklärt Moody. So sind zum Schlüsseltausch nicht wie bislang einige Hundert, sondern sogar einige Tausend Byte erforderlich. Angesichts der riesigen Datenmengen im Internet schlägt das bei den meisten Anwendungen aber kaum zu Buche.

Dabei gilt wie stets in der Kryptographie: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Doch die neuen Protokolle sind von Anfang an in völliger Transparenz von zahlreichen internationalen Experten, auch mit deutscher Beteiligung, entwickelt worden. Da sie aber noch nicht allzu lange den listigen Attacken einfallsreicher Hacker ausgesetzt sind, ist es durchaus denkbar, dass irgendwo doch eine Schwachstelle existiert. „Einige Firmen überlegen es sich deshalb, vielleicht einen der neuen Algorithmen mit einem der etablierten zu kombinieren, da sich dies von der Effizienz her meistens kaum bemerkbar macht, aber die Sicherheit nochmals erhöht“, sagt Moody.

Das NIST drängt jedenfalls darauf, möglichst bald schon zur quantensicheren Verschlüsselung überzuwechseln. Erfahrungsgemäß dürfte es einige Jahre dauern, bis Unternehmen und Behörden den Wandel in aller Breite vollzogen haben. Man rechnet bis ungefähr Mitte des kommenden Jahrzehnts. Sollte bis dahin tatsächlich ein leistungsstarker Quantencomputer zur Verfügung stehen – was durchaus denkbar ist –, dann wären sämtliche bis zur kryptographischen Umstellung versendeten Daten in akuter Gefahr.

Es ist deshalb zu erwarten, dass die großen IT- und Telekommunikationsfirmen, Mobiltelefon-, Gesundheits- und Finanzdienstleister sowie die Betreiber kritischer Infrastrukturen und auch staatliche Behörden nun schnell mit der Umstellung ihrer Sicherheitsprotokolle beginnen – hoffentlich bald auch in Deutschland.

15 Minuten

Von Piotr Heller

Endlich mal gute Nachrichten für Deutschland. Zumindest auf den ersten Blick. Ein Team von Informatikern aus Italien hat im Fachblatt „Nature Cities“ das Konzept der „15-Minuten-Stadt“ untersucht. Bei dieser Idealvorstellung sind alle relevanten Orte innerhalb einer Viertelstunde erreichbar – alles, vom Arzt bis zum Amt. Die Forscher haben dafür eine Bestandsaufnahme von rund 10.000 Städten weltweit gemacht. Auf einer Karte sind die Ergebnisse dargestellt: Fast alle deutschen Städte erscheinen blau, erfüllen also das 15-Minuten-Kriterium. Zwar ist Genf die Stadt mit den kürzesten Fußwegen, aber in den Top 50 taucht Deutschland unter anderem mit Berlin, Bonn, München und Kassel siebenmal auf. Deutschland, das Land der kurzen Wege? Mag sein. Auf lange Wege sollte man angesichts der Pünktlichkeit bei der Bahn ohnehin verzichten. Aber auch die kurzen bringen wenig. Das hat nichts damit zu tun, dass unsereins bereits vor dem Verlassen der Haustür 15 Minuten lang den Schlüssel sucht. Es geht darum, was am Ziel passiert. Schön, wenn man in Frankfurt laut der Studie keine fünf Minuten zum Arzt gehen muss. Doof, wenn man sich dort im Wartezimmer eine Atemwegsinfektion einfängt, sich von ihr wieder erholt und dieses Erlebnis in den Memoiren festhält – alles, bevor man aufgerufen wird. Falls man überhaupt einen Termin ergattert. Telefonate mit der Sprechstundenhilfe klingen nämlich eher so: „Es ist dringend? Dann kommen Sie bitte um 11 Uhr 30 – in vier Wochen.“ Etwa so lange beträgt laut einer Erhebung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung die Wartezeit auf einen Arzttermin. Damit ist Deutschland sogar noch gut aufgestellt. Anders bei den Ämtern. Bevor man etwa in Berlin fünf Minuten zum Bürgeramt läuft, muss man 56 Tage auf einen Termin warten. Das berichtet die „Morgenpost“. Und solche Durchschnittswerte maskierten sogar noch die Härtefälle: In Darmstadt wird beispielsweise eine Terminanfrage beim Bürgeramt schon mal mit einer E-Mail beantwortet, wonach die Wartezeit „leider“ circa zwölf Monate betrage. In diesem Zeitraum kann man ein Kind zeugen, zur Welt bringen und den Anmeldeantrag für die in wenigen Minuten zu Fuß erreichbare Kita abschicken. Letzteres sollte man auch tunlichst in diesem Zeitraum erledigen, angesichts der Wartezeiten auf einen Kita-Platz. Deutschland – das Land der kurzen Wege, die nirgends hinführen.

Neu im Wissen-Podcast

Es gibt mal wieder Warnungen vor KI, die Biowaffen baut: Geht die Debatte um existenzielle Risiken von vorne los?

faz.net/wissen-podcast

Drei Tassen für die Gesundheit

Den Einfluss von Kaffeegenuss auf die „kardiometabolische Multimorbidität“ haben Forscher aus China untersucht. Damit ist das gleichzeitige Auftreten von mindestens zwei der folgenden Leiden gemeint: Typ-2-Diabetes, koronare Herzkrankheit, Schlaganfall. Die Forscher haben unter anderem Daten von gut 172.000 Menschen aus dem Vereinigten Königreich analysiert. Bei Personen, die weniger als 100 Milligramm Koffein am Tag zu sich nahmen, entwickelten 0,91 Prozent zwei oder drei Leiden. Bei denen, die 200 bis 300 Milligramm tranken, waren es nur 0,64 Prozent, so die Forscher im „Journal of Clinical Endocrinology & Metabolism“. Das sind etwa drei Tassen Kaffee. Dieser moderate Konsum ging mit dem geringsten Risiko einher. hell

KOMPLEXE BIOLOGIE

Fischhandel und die Zerstörung der Umwelt haben die Bestände der Aale stark dezimiert. Seit mehr als zehn Jahren stehen die Fische nun unter Schutz. Hilft das?

Seite N2

DER BÖSE GROSSE BRUDER IN MOSKAU

„Mein Katalonien“, von Paul Preston gelesen: George Orwell überschätzte die Wirkung der stalinistischen Säuberungen im Spanischen Bürgerkrieg.

Seite N3

UNIDEOLOGISCHER ANSATZ

Die Ökonomin Nicola Fuchs-Schündeln hat die Leitung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung übernommen. Ein Gespräch über ihre Pläne.

Seite N4

Ungewisse Zukunft

Mensch und Aal verbindet eine lange Geschichte. Doch seit einem halben Jahrhundert geht es den Fischen schlecht, ihre Bestände schrumpfen. Schutzbemühungen zeigen kaum Wirkung.

Von Diemut Klärner

Der europäische Aal ist berühmt dafür, vom Meer in Flüsse zu schwimmen. Macht er aber gar nicht immer. Foto Picture Alliance

Geräucherter Aal ist eine Delikatesse, die es womöglich bald nicht mehr gibt. Denn der Europäische Aal, *Anguilla anguilla*, wird von der „International Union for Conservation of Nature“ (IUCN) als „critically endangered“ gelistet, es ist die letzte Kategorie vor dem Aussterben einer Art. Dabei ist dieser Fisch in weiten Teilen Europas heimisch, zeigt sich in Ernährungsfragen sehr flexibel, kann sich notfalls über nasse Wiesen schlängeln und, nicht zuletzt, in völlig unterschiedlichen Gewässern leben.

Aale haben im Laufe der Evolution einen komplexen Lebenswandel als Überlebensstrategie entwickelt. Lange Zeit profitierte auch der Mensch davon: Dank des fetten Fisches konnte er in der Steinzeit an den Küsten gut überleben – und profitierte bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein vom Handel mit Aalprodukten. Doch seit etwas mehr als fünfzig Jahren ist die Welt der Aale aus dem Gleichgewicht geraten – und noch haben Menschen keinen Weg gefunden, das Überleben der Art zu sichern.

Berühmt sind Europäische Aale wegen ihres beeindruckenden Lebenszyklus: Erwachsene Aale legen in den schwimmenden Tang der Sargassosee im Atlantik ihre Eier, daraus schlüpfen durchsichtige, blattförmige Larven. Sie lassen sich passiv mit dem Golfstrom durch das offene Meer transportieren, werden sie etwas größer, schwimmen sie aktiv bis zu den Küsten. Sie wachsen, wandeln sich zu kleinen Glasaalen und wandern in Flüsse oder Seen, um dort erwachsen zu werden.

So lautet zumindest das Lehrbuchwissen. Doch mittlerweile ist klar: Etliche Aallarven wandern nie ins Süßwasser, wie Katsumi Tsukamoto und Izumi Nakai von der Universität Tokio gemeinsam mit Friedrich-Wilhelm Tesch von der Biologischen Anstalt Helgoland bereits Ende der 1990er Jahre entdeckt und in „Nature“ veröffentlicht haben. Die Wissenschaftler sind zu dieser Erkenntnis gekommen, indem sie die Gehörsteine der Fische, die sogenannten Otolithen, untersucht haben. Diese steinharten Gebilde im Innenohr bestehen hauptsächlich aus Kalziumkarbonat, Jahr für Jahr lagern sich neue Schichten ähnlich wie Baumringe an. Dieser Zuwachs enthält wenig Strontium, wenn der Fisch in Süßwasser lebt. Hält er sich in Meerwasser auf, das viel Strontium enthält, findet sich entsprechend mehr davon in den Jahresringen der Gehörsteine. Die Analyse zeigte, dass sowohl Europäische als auch Japanische Aale, die auf dem Weg zu ihrem Laichplatz gefangen wurden, zeitlebens im Meer gelebt hatten.

Dass erklärt auch, warum in der Mittelsteinzeit Jäger und Sammler an den Küsten Aal verspeisen konnten: Sie fingen die Fische in den küstennahen Seegraswiesen, wie Eric Guiry von der Trent University in Peterborough, Ontario, und Harry K. Robson von der University of York kürzlich herausgefunden haben. Ihre Forschungsobjekte waren Gräten von Aalen, die aus steinzeitlichen Abfällen an der Mündung des Mariagerfjords im heutigen Jütland geborgen wurden. Gegen Ende der Mittelsteinzeit lebten dort Jäger und Sammler der Ertebølle-Kultur. In einem günstigen Umfeld, wo Land und Meer reichlich Nahrung boten, konnten sie vor sechs- bis siebentausend Jahren auch ohne Ackerbau und Viehzucht sesshaft werden. Das bezeugen Abfallhaufen von imposanter Größe. Sie bestehen zwar hauptsächlich aus leeren Schneckenhäusern und Muschelschalen, bergen darüber hinaus aber noch vieles andere, was für Archäologen aufschlussreich ist. Guiry und Robson analysierten darin gefundene Aalgräten. Sie bestimmten in dem darin enthaltenen Kollagen den Anteil des Kohlenstoffisotops mit der Massenzahl 13, denn je nach Biotop und Ernährung variiert der Anteil dieses seltenen, aber nicht radioaktiven Isotops.

Eine Abschätzung der Körperlänge ergab, dass die meisten Gräten von sogenannten Gelbaalen stammen, benannt nach ihrer gelblichen Bauchseite. Nach Wikipedia leben solche Aale im Süßwasser, bis sie erwachsen werden und als Blankaale mit silbriger Bauchseite ins Meer zurückkehren. Die meisten Aale, deren Überreste auf einem steinzeitlichen Abfallhaufen am Mariagerfjord gelandet sind, waren aber wohl nie im Süßwasser unterwegs gewesen. Wie Guiry und Robson in den „Proceedings of the Royal Society B“ berichten, spricht die bemerkenswert hohe Konzentration des Kohlenstoffisotops mit der Massenzahl 13 dafür, dass die Aale in Seegraswiesen gelebt haben. Zwei Kollagenproben, bei denen der Anteil des Schwefelisotops mit der Massenzahl 34 gemessen wurde, bestätigen diese Einschätzung: Die Werte erwiesen sich als derart niedrig, dass wiederum nur Seegraswiesen als Lebensraum infrage kommen.

Weitere 16 Kollagenproben von Aalgräten aus mehreren prähistorischen Abfallhaufen in Dänemark und einem im schleswig-holsteinischen Neustadt sprechen ebenfalls für eine Herkunft aus Seegraswiesen. Anscheinend haben sich die steinzeitlichen Fischer genau dort den fetten Fisch geangelt. Zu den Gerätschaften, mit denen sie Aalen nachgestellt haben könnten, zählen außer Angelhaken Reusen, Netze und spezielle Speere.

Seegraswiesen gehören zu den produktivsten Biotopen des Meeres. An und zwischen den schmalen Seegrasblättern – genau genommen kein Gras, sondern verwandt mit den Laichkräutern – finden nicht nur Aale einen reich gedeckten Tisch. Eine Fülle verschiedenartiger Würmer, Schnecken und Krebstiere ernährt auch andere Fische, darunter Seepferdchen und die superschlanken Seenadeln. Außerdem dienen Seegraswiesen diversen Fischarten als Kinderstube.

Wie viele Aale heutzutage zeitlebens im Meer bleiben, anstatt in Flüssen oder Seen heranzuwachsen, ist eine offene Frage. Ob solche Aale, wie anscheinend in prähistorischer Zeit zwischen Ostsee und Skagerrak, bevorzugt Seegraswiesen bevölkern, ist ebenfalls unbekannt. Eigentlich erstaunlich, denn da diese global gefährdeten Ökosysteme einen enormen Beitrag zum Klimaschutz leisten – sie sind neben Mooren und Wäldern wichtige Kohlenstoffsenken –, werden sie mittlerweile sehr gewissenhaft erforscht. Weil Seegras die Strömungsgeschwindigkeit des Wassers vermindert, kann organisches Material auf den Meeresboden sinken und sich dort ansammeln. Dass dieser Speicher für Kohlendioxid durch Erosion rasch wieder geleert wird, verhindert ein dichtes Geflecht aus Sprossen und Wurzeln, die tief in den Untergrund reichen.

Wenn kränkelnde Seegraswiesen regeneriert werden, damit sie wieder ihre ökologischen Funktionen erfüllen können, kommt das möglicherweise auch dem vom Aussterben bedrohten Europäischen Aal zugute. Historische Quellen bezeugen, dass dieser Fisch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein hauptsächlich für den lokalen Bedarf gefangen wurde. Wie Willem Dekker von der Sveriges Lantbruksuniversitet in Drottningholm in „Fisheries Management and Ecology“ berichtet, begann der regionale Handel des Aals erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, und zwar in Deutschland. Anfang des 20. Jahrhunderts florierte der Aalhandel dann auch international: Moderne Verkehrsmittel wie Bahn und Dampfschiff erlaubten es, auch Aale aus abgelegenen Regionen in großem Stil aufzukaufen und sie lebend an industriell betriebene Räuchereien zu liefern. Als leckeres, aber leicht verderbliches Produkt ließ sich heiß geräucherter Aal auch in weitem Umkreis schnell genug an zahlungskräftige Kundschaft bringen.

Während immer neue Märkte erschlossen wurden, sicherten zunehmend effizientere Fangmethoden große Fangmengen. Doch dann brach das Geschäft mit dem Aal ein: In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts sank die Fangmenge sowohl bei einigermaßen ausgewachsenen Tieren. Seit Ende der Siebzigerjahre wurden auch die fingerlangen Jungaale an den Flussmündungen rar. Diese sogenannten Glasaale entwickeln sich in einiger Entfernung von Europas Küsten aus den ebenfalls durchsichtigen Aallarven.

Dass die europäischen Aalpopulationen jahrzehntelang rücksichtslos überfischt wurden, macht sich bis heute bemerkbar. Der Europäische Aal zählt nämlich zu den Fischarten, die große Verluste nicht so schnell wieder wettmachen können: Je nach Lebensraum dauert es mindestens fünf Jahre, meist aber länger, manchmal sogar zwanzig Jahre, bis aus einem fingerlangen Jungaal ein erwachsener Fisch geworden ist, der in das Laichgebiet seiner Vorfahren zurückwandert.

Für das Jahr 2011 beschlossen die Mitgliedstaaten der EU erstmals, die Exportquote für Aale auf null zu setzen und auch keine Importe von Aal und Aalprodukten mehr zu gestatten. Eine Entscheidung, die in den folgenden Jahren bis einschließlich 2024 aufrechterhalten wurde. Trotzdem haben sich die Populationen europaweit bisher nicht wieder erholt. Auch hierzulande stagniert der Aalbestand auf einem sehr niedrigen Niveau.

Das mag zum einen daran liegen, dass Glasaale nach wie vor illegal gefangen werden, um die anhaltend große Nachfrage in Südostasien zu decken. Zu den Umweltveränderungen, die dem Aal das Überleben zusätzlich erschweren, zählen die Verschmutzung und Zerstörung von Lebensräumen ebenso wie Wasserkraftwerke und andere Barrieren, die ihm den Weg versperren. Aale in Aquakultur großzuziehen ist keine Lösung. Zwar gilt es als probates Mittel, junge Aale in Seen und Flüssen auszusetzen, um den Aalbestand aufzupäppeln. Doch auch hierfür müssen Glasaale gefangen werden, sie fehlen dann in anderen Ökosystemen.

Ob es gelingen wird, die Zukunft der Aale auf diesem Planeten zu sichern, ist längst nicht ausgemacht. Auch wenn Forscher sich bemühen, ihren Lebenswandel besser zu verstehen, liegt noch vieles im Ungewissen. Und die Zerstörung ihrer Lebensräume schreitet weiterhin voran.

Millionen Todesfälle

Studie sagt Folgen resistenter Keime vorher

Resistenzen gegen Antibiotika sind aufgrund deren häufigen Einsatzes und weniger Neuentwicklungen ein ernstes Problem: Eine 2022 im Fachmagazin „The Lancet“ veröffentlichte Studie hat geschätzt, dass resistente Bakterien im Jahr 2019 weltweit ungefähr 1,3 Millionen Todesfälle verursacht haben. Ein internationales Team schreibt die Analysen im selben Fachblatt nun fort: Demnach hat es 2021 offenbar aufgrund verringerter Fallzahlen bakterieller Infektionen in der Pandemie nur rund 1,1 Millionen Todesfälle gegeben, die durch Resistenzen verursacht waren. Hoch sei die Rate in Ländern Afrikas gewesen, die südlich der Sahara liegen.

Für die Zukunft sehen die Prognosen schlecht aus – wie schlimm es wird, ist naturgemäß noch unklar. 2014 war ein von der britischen Regierung beauftragter Bericht für das Jahr 2050 von jährlich rund zehn Millionen möglichen Todesfällen durch Bakterien oder Viren ausgegangen, die gegen gängige Wirkstoffe resistent sind – die englische Bezeichnung der „antimicrobial resistance“ umfasst im Allgemeinen auch Viren, Pilze oder Parasiten, gegen die herkömmliche Mittel nicht mehr wirken. So berücksichtigte das britische Gremium auch etwa erwartete Todesfälle durch resistente Formen des Humanen Immundefizienz-Virus (HIV). Sein Bericht wurde in Bezug auf die Annahmen, von denen er ausgeht, jedoch von anderen Experten als alarmistisch und falsch eingeschätzt.

2019 veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation eine Studie, die in einem pessimistischen Szenario gleichfalls von einem Anstieg auf womöglich rund zehn Millionen Todesfälle durch resistente Mikroorganismen bis 2050 ausging, falls sich die Lage nicht grundsätzlich ändert – etwa durch die Verfügbarkeit neuer Wirkstoffe.

Laut der neuen Studie könnte die Zahl der resistenzbedingten Todesfälle bis 2050 um zwei Drittel steigen, auf jährlich rund 1,9 Millionen. Bis dahin würde sich die Gesamtzahl demnach auf gut 39 Millionen belaufen. Verbesserter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Antibiotika könnte in dem Zeitraum insgesamt 92 Millionen Todesfälle verhindern. Die Schätzungen basieren auf der Auswertung von Daten zu global rund 520 Millionen Menschen und berücksichtigen 22 Erreger. Je nach Weltregion standen jedoch teils wenig Informationen zur Verfügung, sodass die Prognosen mit Unsicherheiten verbunden sind.

Die neue Studie blickt auch auf vergangene Jahrzehnte zurück. Laut der Analyse gab es 1990 rund 4,8 Millionen Todesfälle, die mit resistenten Keimen in Verbindung standen, also nicht unbedingt von ihnen verursacht worden sind. Bis 2019 sei die Zahl nur wenig auf gut 4,9 Millionen gestiegen. Der stärkste Faktor, der zu mehr Todesfällen geführt habe, sei die deutliche Zunahme der Weltbevölkerung gewesen, diese hätte für 1,7 Millionen zusätzliche Fälle gesorgt – deutlich dahinter folgen das gestiegene Durchschnittsalter und zunehmende Resistenzbildungen.

Den negativen Entwicklungen steht eine positive entgegen, die sie fast komplett ausgleicht: Da mittlerweile weniger Menschen durch Blutvergiftungen sterben, sei die Zahl resistenzbezogener Todesfälle um gut drei Millionen gesunken, so die Forscher. Diese Todesfälle sind bei Kleinkindern offenbar durch Impfungen und verbesserte Hygiene seit 2019 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen, bei Senioren hingegen stiegen sie deutlich. Es bedürfe deutlicher Anstrengungen, um Todesfälle im Zusammenhang mit Resistenzen zu verringern. HINNERK FELDWISCH-DRENTRUP

Klimagas als Mikrobenfutter

Biotechnologie macht aus Wasserstoff und Kohlendioxid Vitamine

Normalerweise setzt Bäckerhefe Zucker zu Alkohol um und gibt dabei Kohlendioxid von sich. Sie kann aber auch dabei helfen, Kohlendioxid zu verbrauchen. Einen solchen Prozess hat ein Forschungsteam unter der Leitung von Largus Angenent von der Universität Tübingen entwickelt: Dabei produzieren Mikroorganismen, darunter Bäckerhefe, in zwei Stufen Vitamin B_9, auch Folat genannt, und zwar aus den Rohstoffen Kohlendioxid und Wasserstoff, dazu kommt Ammoniumchlorid als Stickstoffquelle. Erschienen ist die Arbeit kürzlich im Fachmagazin „Trends in Biotechnology“.

Folat, die synthetische Form wird auch als Folsäure bezeichnet, ist ein essenzielles Vitamin, das sich an Licht und beim Erhitzen zersetzt und beispielsweise in grünem Gemüse wie Spinat vorkommt. Menschen sollten um die 0,4 Milligramm täglich aufnehmen, Schwangere und Stillende etwa das Doppelte. Mangelversorgung führt zu Blutarmut und in der Schwangerschaft zu schweren Fehlbildungen des Kindes wie Spina bifida, offener Rücken, oder Anenzephalie.

Dass die Bäckerhefe, der Pilz *Saccharomyces cerevisiae*, Folate aus Trauben-, Frucht- oder Malzzucker produzieren kann, ist bereits länger bekannt. Die Tübinger Forscher suchten aber nach einem Verfahren, das ohne Rohstoffe aus der Landwirtschaft funktioniert, also ohne Zucker.

Ausgangspunkt ist ein Konzept, das sich „Power-to-Protein“ oder „CO_2-to-Protein“ nennt: die Produktion von Eiweißen für die menschliche Ernährung, ohne die Nachteile der Tierhaltung oder eines intensiven Ackerbaus für die Umwelt in Kauf nehmen zu müssen. Bisher beruhen auch die biotechnischen Verfahren, die Proteine als Nahrungsmittel herstellen, auf Glucose (Traubenzucker) als Ausgangsstoff. So das Verfahren mit dem „Quorn“ hergestellt wird – einem veganen Fleischersatzprodukt aus mikrobiellem Protein, das in einigen Ländern, darunter in der Schweiz oder in Norwegen, auf dem Markt ist.

Stattdessen soll bei Power-to-Protein-Verfahren Wasserstoff eingesetzt werden, der durch Wasserelektrolyse mit Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wind und Sonne gewonnen wird. Als Kohlenstoffquelle verwendeten die Tübinger Forscher in ihren Experimenten Kohlendioxid aus Biogas.

Das Ziel war, zunächst daraus einen Rohstoff herzustellen, den die Zellen der Bäckerhefe verarbeiten und dazu nutzen können, sich zu vermehren. Als vielversprechend erwies sich Acetat, das Salz der Essigsäure: Daraus produziert die Bäckerhefe nicht nur Biomasse, also Proteine, sondern auch hohe Mengen an Folat, wie Lebensmittelchemiker an der TU München herausgefunden haben. In 100 Gramm der Bäckerhefe, die mit Acetat gefüttert wurde, finden sich zwischen einem und vier Milligramm. Demnach reichen etwa zehn Gramm der trockenen Hefemasse, um den Tagesbedarf eines Menschen zu decken.

Für die Produktion von Acetat aus Kohlendioxid und Wasserstoff setzten die Wissenschaftler in ihrer ersten Machbarkeitsstudie das Bakterium *Clostridium ljungdahlii* ein. Allerdings musste diesem Organismus selbst permanent Hefeextrakt, Folsäure und Cobalamin (Vitamin B_{12}) zugesetzt werden. Ohne die Vitamingaben verlangsamte das Bakterium die Acetat-Produktion und stellte sie schließlich ein. Die Forscher wollten aber nicht mehr Vitamine in den Prozess einspeisen, als dabei entstehen. Vielmehr wollten sie einen Prozess finden, der Vitamin B_9 herstellen kann.

Als besser geeignet, um aus Wasserstoff und Kohlendioxid Acetat zu produzieren, erwies sich *Thermoanaerobacter kivui*, ein wärmeliebendes Bakterium, das ursprünglich aus dem Kivusee zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda isoliert wurde. Es kann die Folatmengen, die es zum Leben braucht, selbst produzieren. Den Rohstoff produziert es bei 63 Grad Celsius unter Luftabschluss in einem ersten Bioreaktor. In einem zweiten setzt die Bäckerhefe ihn dann um.

Bei Hefe aus dem Bioreaktor handele es sich noch nicht um ein fertiges Lebensmittel, meint Studienleiter Largus Angenent. Sie enthält zu große Mengen der Nukleinsäuren Adenin und Guanin, die im menschlichen Körper zu Harnsäure verstoffwechselt werden und Gicht auslösen können. Und thermische Prozesse, die die Nukleinsäuremengen verringern, zerstören auch das Folat. Zudem ist noch nicht beantwortet, ob *Thermoanaerobacter-kivui*-Bakterien für Menschen schädlich sind, wenn sie im Endprodukt vorkommen. Das Bioreaktorsystem funktioniert bisher auch nur im Labormaßstab. Es muss zukünftig auf Tonnenmaßstab hochskaliert werden, wenn damit nennenswerte Mengen an Vitamin oder Protein produziert werden sollen.

Dennoch könnten nach Angenents Auffassung bei wachsender Weltbevölkerung und drohender Unterernährung infolge von Dürren und Klimawandel solche Nahrungsmittel und Nahrungsmittelzusätze aus dem Power-to-Protein-Konzept zur Ernährungssicherung beitragen. Die Arbeit zeige auch, so schreiben die Wissenschaftler, dass es möglich sei, Vitamine mithilfe erneuerbarer Energiequellen und ohne oder gar mit negativen Kohlendioxidemissionen herzustellen. FRAUKE ZBIKOWSKI

Wissen in Kürze

Arktische Ozonkiller

Regelmäßig im Frühjahr kommt es in der Arktis zu einem raschen Abbau des Spurengases Ozon, das die Erdoberfläche vor der ultravioletten Sonnenstrahlung schützt. Hauptursache sind Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) aus anthropogenen Quellen. Einen nennenswerten Beitrag liefern offenkundig auch die Halogene Chlor, Brom und Iod, die aus dem arktischen Meereis auf natürliche Weise freigesetzt und Richtung Süden geweht werden. Sie verringern die Ozonkonzentration in Bodennähe in den hohen, aber auch in den mittleren Breitengraden, berichtet eine internationale Gruppe von Atmosphärenforschern in den „Proceedings“ der amerikanischen Nationalen Akademie der Wissenschaften. Die Forscher beziffern den Anteil der Halogene in den mittleren Breiten mit elf Prozent, was dort einen Ozonschwund in der Troposphäre von vier Prozent bewirkte. Der natürliche Einfluss der Halogene aus dem Meereis sollte in den Atmosphärenmodellen stärker berücksichtigt werden, um ein realistischeres Bild vom Ozonabbau in der Nordhemisphäre zu gewinnen. mli

Schicksal Mensch

Bevor die Menschen die Insel Zypern erreichten, lebte dort eine illustre Tierwelt, zu der auch Zwergelefanten und Miniflusspferde gehörten. Die Vertreter dieser Arten waren infolge des ressourcenarmen Inseldaseins mit der Zeit geschrumpft. Warum aber starben diese Arten aus? In „PNAS“ zeichnen Forscher um Corey Bradshaw von der Flinders University nun nach, dass das Erscheinen der Menschen auf der Insel innerhalb von 1000 Jahren zunächst zum Verschwinden der Miniflusspferde und dann zu dem der Zwergelefanten geführt haben. Bisher wurde angezweifelt, dass eine kleine Gruppe von Jägern und Sammlern in so kurzer Zeit einen so fatalen Effekt auf Tierarten haben könnte. Doch mathematische Modellierungen der Situation vor etwa 14.000 Jahren ergaben: Die Menschen waren wohl doch schuld. ph

Chemie der Heimathöhle

Schwebegarnelen sind winzige, durchscheinende Ranzenkrebse, die in vielen Gewässern leben und sich von Phyto- oder Zooplankton ernähren. Sie leben meist in Höhlen und schwimmen für die Nahrungsaufnahme Hunderte Meter ins offene Wasser hinaus. Wie sie es schaffen, immer wieder in ihre Heimathöhle zurückzufinden, berichten Forscher um Thierry Pérez von der Forschungsstation Endoume in der Nähe von Marseille in „Frontiers in Marine Science“. Sie hatten Schwebegarnelen der Art *Hemimysis margalefi* im Mittelmeer untersucht. Diese Tiere verlassen in Schwärmen von Millionen von Tieren in der Abenddämmerung ihre Höhle, bei Anbruch des Tages kehren sie wieder zurück. Im Versuch zeigte sich, dass die Tiere die chemische Signatur des Wassers ihrer Heimathöhle erkennen können. Chromatographische und massenspektroskopische Untersuchungen ergaben, dass das Wasser jeder Höhle eine einzigartige chemische Struktur hat, die sich aus natürlichen Peptiden, Fettsäuren, Steroiden, Alkaloiden, aber auch Verschmutzungen durch Menschen zusammensetzt. Sie sind der olfaktorische Wegweiser für kleine Garnelen im Meer. ph

Anolis mit Atemtechnik

In den Wäldern Costa Ricas kann sich der Anolis, eine wasserliebende Saumfingerechse, mit einem bemerkenswerten Fluchtverhalten dem Zugriff von Räubern entziehen: Er lässt sich vom Blatt ins darunter liegende Gewässer fallen und taucht bis zu 20 Minuten ab – unbeweglich. Dabei nutzt er die Luft in der Blase zum Atmen, die sich aus Minibläschen zwischen den Hautschuppen bildet, wie nun Experimente an der Binghamton University in New York gezeigt haben. Im Journal „Biology Letters“ heißt es, Tiere mit Blase könnten ein Drittel länger unter Wasser bleiben als solche ohne Blase. jom

Anolis mit Atemblase Foto Lindsey Swierk

Rathausgasse 10, Baden bei Wien: Im ersten Stock wurde 1965 eine Gedenkstätte eingerichtet.

Mit Pauken, ohne Trompeten

Vor Beethovens innerem Ohr kam das leichte Tremolo seines Spätstils just dadurch deutlich heraus, dass er beim Blecheinsatz abrüstete: Eine Bonner Jubiläumstagung zur neunten Symphonie

Man kann sich dem Genie auch über Objekte nähern. Auf Beethovens Schreibtisch stand ein Briefbeschwerer aus Messing, er stellt einen reitenden Husaren dar, die Lanze im Angriff nach vorn gerichtet, das Pferd streckt sich im Galopp. Eine rein musikalische Interpretation des Reiters müsste abheben auf Dynamik, Körperlichkeit, Virtuosität, Überschwang, Attacke. Doch der Komponist lebte in einer fragilen Zeit, in einem Europa mit „angefochtenen Monarchen" (Ulrich Konrad), und nicht zuletzt durch sein beeinträchtigtes Gehör erlebte er den Kanonendonner der vergangenen Kriege als Schrecken, der sich fühlbar in der neunten Sinfonie und in der Missa Solemnis niedergeschlagen hat.

Beide Aspekte begegneten immer wieder auf der in Bonn ausgerichteten internationalen Konferenz zum Jubiläum von Beethovens Komponistenkonzerten im Mai 1824 in Wien. In den „Akademie" genannten Konzerten im Theater am Kärntnertor am 7. Mai und im Redoutensaal am 23. Mai wurde die neunte Sinfonie op. 125 uraufgeführt; neben der Festouvertüre „Zur Weihe des Hauses" op. 124 und italienischer Opernmusik erklangen mehrere Sätze der bis heute als inkommensurabel empfundenen Missa Solemnis op. 123. Die Bonner Tagung, bei der die Kernfamilie der Beethovenforschung versammelt war, erhielt einen zusätzlichen Impuls durch eine Wiederaufführung des historischen Akademiekonzerts in der Abfolge festlich, geistlich, symphonisch.

Den messingnen Husaren kommentierte Daniel Chua (Hongkong). Die Konferenzinitiatorin Birgit Lodes beleuchtete von der Wiener Seite drei weitere Objekte aus Beethovens Welt um 1824: eine Goldmedaille, eine Lithographie und eine italienische Ode. Drei Jahre vor Beethovens Tod zeichnete Johann Stephan Decker ein Porträt „nach dem Leben". Obwohl Zeitgenossen es als gut getroffen bezeichneten, ist es nicht sehr bekannt. Das ernste Gesicht ist eingerahmt vom etwas kürzer getragenen ergrauten Haar und einem tadellosen Kragen. Anton Felix Schindler, der erste Biograph Beethovens, kritisierte an dem Porträt das angebliche Fehlen von Geist und Genie.

In dem panegyrischen Gedicht „A Lodovico van Beethoven" des Librettisten Calisto Bassi im Mai 1824 spiegelt sich die Ehrbezeugung der italienischen Musikwelt. Die Ode besingt im gehobenen alkäischen Versmetrum die himmlische Freude im Elysium, wo „Hayden, Marcello, Volfango" das Genie Beethovens loben und preisen. Mit einer Mischung aus Ironie und Zufriedenheit schrieb Beethoven seinem russischen Gönner Nikolai Borissowitsch Golizyn – dieser hatte die vollständige Missa Solemnis bereits im April 1824 in einem philharmonischen Konzert in Sankt Petersburg zur Uraufführung gebracht: „die Medaille wiegt ein halb Pfund in Gold u. italienische verse auf mich – das ist die glänzende Außen-Seite des Genies".

Die Goldmedaille hatte ihm Ludwig XVIII., König von Frankreich, zugeeignet: „Donné / par le roi / à Monsieur / Beethoven". Bei aller ironischen Distanz machte Beethoven sich das Geschenk nutzbar, indem er in einer Zeitschrift den Erhalt der Medaille mitteilte. In den Worten von Lodes hat er „an seiner eigenen Glorifizierung mitgearbeitet". Beate Angelika Kraus (Bonn) ergänzte, dass hinter dem Genie ein ganzer Mitarbeiterstab gestanden habe, ein „Team", das Beethoven unterstützte bei Verhandlungen, durch Fremdsprachenkenntnisse, mitdenkendes Korrekturlesen und Kopieren. Vom Teamchef wusste Kraus freilich auch Ernüchterndes zu berichten: „Lob kommt nicht vor." Beethoven beklagte, er habe „noch keinen Kopisten gefunden, der versteht, was er schreibt".

Der Tonsetzer war keineswegs so ein ruhiger Mieter, wie man dem Hauseigentümer, dem Kupferschmied Johann Bayer, weisgemacht hatte.

Fotos AKG, Wikimedia Commons

Wie sieht nun aber die Innenseite des Genies aus – Geist, Glaube, musikalischer Ausdruckswille? Anhand einer Betrachtung der Akademiekonzerte „sub specie tympanorum" arbeitete Hans-Joachim Hinrichsen (Zürich) heraus, wie Beethoven die Pauke zu einem Instrument eigenen Klanges „nobilitierte" und subtile, unkonventionelle Lösungen fand, um das Schlaginstrument nicht mehr nur im Verbund mit der Trompete einzusetzen, sondern in substanzielle „Dialoge" mit anderen Instrumenten zu bringen. Dieses besondere Interesse sei Ausweis für Beethovens ausdifferenzierten Spätstil, sein „inneres Ohr". Hinrichsen führte die ungewöhnliche Paukenbehandlung im Kyrie der Missa Solemnis an sowie den Moment im langsamen Satz der Neunten, Adagio molto e cantabile, wenn das Instrument auf metrisch schwacher Position sanft, ja „zärtlich" eintritt. Der Schluss des Dona nobis pacem in der Messe wirkt irritierend durch die in B gestimmte Pauke zum D-Dur-Klang, doch im Sinne einer „Domestizierung des Militärs saugt die Musik den fremden Ton auf". Beethoven selbst notierte: „Zuletzt timpani als Friedenszeichen".

In einem ritualtheoretischen Vortrag ging Anna Sanda (Leipzig) auf die Erstaufführung der drei Einzelsätze der Missa Solemnis im Saal des Kärntnertor-Theaters ein. Angeregt zur Komposition wurde Beethoven durch die Bischofsweihe von Erzherzog Rudolph, einem bedeutenden Schüler und Mäzen des Komponisten, und dessen Erhebung zum Erzbischof von Olmütz 1819, doch arbeitete Beethoven so lange an dem ausgedehnten Werk, dass der Anlass verstrich. Der Titel verweist noch auf das Format eine solennen Messe, wie sie etwa zu Krönungen zelebriert wurde, doch war die Missa Solemnis, deren erste liturgische Aufführung 1830 im böhmischen Warnsdorf stattfand, nunmehr etwas Eigenes geworden. Anna Sanda stellte eine „Transformation der Gattung" fest: Die „Kraft der Liturgie", die einer traditionellen musikalischen Kirchenmesse innewohnt, entfalte nun ihre „performative Wirkung" im Konzertsaal.

Erica Buurman (San José) eröffnete Perspektiven für eine Interpretation des gesungenen Finales der neunten Sinfonie. Sie lenkte den Blick auf Beethovens Interesse an Tänzen zu mythologischen Themen und verwies auf eine Notiz, nach der ihm für die Neunte ein abschließendes „Bacchus-Fest" vorschwebte. Zugleich schlug sie den Bogen zurück zur Eroica-Sinfonie, deren Schluss-Satz auf Beethovens Ballett „Gli uomini di Prometeo" zurückgeht. In dem nach der Premiere recht häufig aufgeführten Ballett geht es um das Lebendigwerden tönerner Menschen durch den „Götterfunken" des Feuers; die geglückte Beseelung kulminiert schließlich in einer Synthese aus Kunst, Musik und Tanz.

Die Bewegung menschlicher Gestalten als Metapher für Kreativität sei Teil eines zeitgenössischen ästhetischen Ideals gewesen und gehöre, führte Buurman aus, zu Beethovens Vorstellung vom Elysium, wie er es zu Schillers Worten in der neunten Sinfonie besingen lasse. Theoretiker der absoluten Musik blendeten hingegen körperliche Bewegung als Movens für musikalische Erfindung häufig aus. Buurman hob die Bedeutung von gesellschaftlichem Tanz in den ersten Dekaden des neunzehnten Jahrhunderts, zumal im populären Redoutensaal, hervor.

John Wilson (Wien), Stefan Weinzierl (TU Berlin) und eine Gruppe junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellten ein ehrgeiziges Projekt zum Konzertleben in Wien zwischen 1780 und 1830 vor. Musikhistoriker, Musiksystematiker und Kartographen haben mit dem Aufbau einer Datenbank begonnen, mit deren Hilfe die Recherche zu den rund fünfzig historischen Aufführungsorten in Wien möglich werden soll. Dazu gehören ein digitaler Stadtplan mit Zoomfunktion und zeitlicher Veränderbarkeit sowie Informationen über die akustische Beschaffenheit der Räume. Jeder Interessierte soll verlinkte Antworten finden können auf die Fragen „Was wurde wann wo von wem gespielt, was wurde von wem gehört, von wem organisiert?" Die Datenbank entsteht auf der Basis von systematisch erfassten Dokumenten der Gesellschaft der Musikfreunde, Programmankündigungen, Rezensionen oder privaten Tagebüchern mit Konzertbeschreibungen. Anvisiert wird eine Verknüpfung zu Normdaten der Deutschen Nationalbibliothek und zum Dresdner Portal musiconn.performance.

ANJA-ROSA THÖMING

Sein Katalonien

Paul Prestons Kritik an George Orwell

Die beiden bekanntesten Bücher über den Spanischen Bürgerkrieg stammen aus der Perspektive von englischsprachigen Zaungästen: Ernest Hemingways Roman „Wem die Stunde schlägt" (1940) und George Orwells Bericht „Mein Katalonien" („Homage to Catalonia", 1938). Später wurden abermals englischsprachige Historiker zu den prominentesten Deutern dieses Krieges, von Hugh Thomas über Raymond Carr bis zu Antony Beevor. Niemand jedoch übertrifft die Produktivität des 1946 geborenen Paul Preston, Emeritus der London School of Economics, der in vierzig Jahren rund zehn Bücher über jenen Konflikt geschrieben und die definitiven Biographien des Diktators Franco und des Königs Juan Carlos I. verfasst hat.

Sein neuestes Buch, der Essayband „Perfidious Albion: Britain and the Spanish Civil War" (The Clapton Press, London 2024), enthält eine scharfe Kritik an Orwells Hommage an Katalonien. Auf mehr als dreißig Seiten rechnet der Historiker dem kanonisierten Autor eine große Fülle von Irrtümern, Versäumnissen und Fehleinschätzungen (sowie schlechtes Spanisch) vor. Orwell verbrachte von Januar 1937 an 115 Tage an drei Frontabschnitten in Aragón, erlebte danach die Mai-Unruhen in Barcelona und wurde beim nächsten Fronteinsatz verwundet, bevor er im Juni 1937 mit seiner Frau durch die Ausreise nach Frankreich der Verfolgung durch NKWD-Agenten entging. Die wahren Konfliktlinien jedoch habe er nicht durchschaut, so Preston, zu schweigen von den sozialen und politischen Ursachen des Bürgerkriegs selbst. Da er der Miliz der trotzkistischen Splitterpartei POUM (Arbeiterpartei der marxistischen Einigung) angehörte, sei seine Darstellung zu stark von der kommunistischen Repression gegen abweichende Linksparteien geprägt, und die Notwendigkeit einer Kriegsstrategie habe er gar nicht erkannt.

Orwells Buch liegt in Prestons Augen die Annahme zugrunde, die stalinistischen Säuberungen innerhalb der republikanischen Kräfte hätten Franco zum Sieg im Bürgerkrieg verholfen. Das aber sei falsch. Die Niederlage der Republik habe in Wahrheit auf militärischer Unfähigkeit, mangelnder Disziplin, Uneinigkeit über die Kriegsziele und besonders der Unterstützung der aufständischen Militärs durch Hitlers Deutschland und Mussolinis Italien beruht. In der Sache ist Prestons Kritik wenig entgegenzusetzen. Seine Argumente sind penibel belegt. Als Kronzeuge dient Herbert Matthews. Orwell, so urteilte der damalige Spanienkorrespondent der „New York Times", habe hitzig über einen „verwirrenden, unwichtigen und entlegenen Vorfall in einem Krieg geschrieben, den er nicht verstand". Folgen wir Preston, steht Orwells Urteil über den Bürgerkrieg nicht nur auf tönernen Füßen; es bricht als brauchbare Analyse in sich zusammen.

Warum das in den Augen der Welt wohl kaum geschehen wird, mag man sich mit der Aura eines Autors erklären, der zeitlebens arm war, immer auf eigenes Risiko gearbeitet hat und zu früh starb, um seinen durch „Farm der Tiere" (1945) und den Roman „1984" (1949) erworbenen Ruhm noch zu erleben. Sein Tod im Januar 1950 erlaubte Orwell nicht einmal, die korrigierte zweite Auflage von „Mein Katalonien" im Druck zu sehen. Erst später erstrahlte der Glanz des authentisch wirkenden Autors, dessen materielle Umstände sein Schreiben zu beglaubigen schienen, in voller Lichtstärke. Bald darauf wurde seine antistalinistische Parabel „Animal Farm" zu einem heiligen Text des Kalten Krieges.

Sind wir ein geschichtsfernes Lesepublikum, das den politischen Denker Orwell nur in seinen Hauptzügen wahrnimmt und fehlende Sachkenntnis für unwichtig hält? Das wären wir ungern. Doch weltliterarischer Ruhm ist schwer zu entkräften. Hochkarätige Zeugen stützen außerdem die Annahme, dass nicht nur faktische Richtigkeit, sondern auch andere Qualitäten die Reputation eines Autors für die Nachwelt bestimmen: im Fall Orwells etwa Beobachtungsgabe, klarer Stil, persönlicher Mut, Aufrichtigkeit und die Fähigkeit zur Selbstkorrektur (die ihm auch Preston konzediert).

In seiner Einleitung zu dem Band „Orwell in Spain" (herausgegeben von Peter Davison, London 2001), der nicht nur „Mein Katalonien", sondern auch Briefe, Essays und Rezensionen im Kontext von Orwells Spanienerfahrung versammelt, rühmt der erzpolemische Publizist Christopher Hitchens Orwell, indem er ihm bescheinigt, er habe in Bezug auf drei große Krisen des zwanzigsten Jahrhundert recht behalten: Imperialismus, Faschismus und Stalinismus. Derselben Ansicht ist der britische Zeithistoriker Timothy Garton Ash, wenn er den Autor in der Einleitung zu dem Band „Orwell and Politics" (herausgegeben von Peter Davison, London 2001) den „einflussreichsten politischen Schriftsteller des zwanzigsten Jahrhunderts" nennt. Im Detail so danebenzuliegen, im Großen und Ganzen aber recht zu behalten: Dass das denkbar sein soll, ist eine verblüffende Pointe nicht nur für die Geschichtswissenschaft.

PAUL INGENDAAY

Das Geschöpf mit den zwei Rücken

Vor der Binarität kam laut biblischem Zeugnis ein androgyner Prototyp des Menschen in die Welt: Geschlechtervielfalt in der rabbinischen Literatur

„Gott schuf den Menschen in seinem Bild, im Bild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie."

Die Aussage des berühmten Verses 27 aus dem ersten Buch der hebräischen Bibel scheint eindeutig und ohne weitere Erklärungen verständlich: Am Ende der Schöpfung erschuf Gott Mann und Frau. Auf den ersten Blick gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Erschaffung als männliche und weibliche Wesen ein essenzielles Merkmal des Menschen ist. Aber weder antike noch moderne Exegeten belassen es bei dieser einfachen Deutung, auch weil Philologie und Exegese keine dogmatischen Wissenschaften sind. Es fällt auf, dass in Genesis 1, Vers 27 zunächst der Singular „er schuf ihn" und gleich darauf der Plural „er schuf sie" verwendet wird. Hat Gott also einen androgynen Prototyp geschaffen? Oder wollte er verhindern, dass man den logischen Schluss auf eine Androgynie des Schöpfers („er schuf ihn in seinem Bild") ziehen würde? Androgynität wird spätestens im zweiten Schöpfungsbericht nahegelegt, wo Eva bekanntlich aus der Rippe Adams geformt wird. Wurde Adam als ein Mannweib geschaffen, in Entsprechung zur Androgynität des Schöpfers?

Diese Frage diskutiert zumindest die klassische rabbinische Literatur ganz offen. Im rabbinischen Auslegungswerk Leviticus Rabbah 14,1 heißt es: „Rabbi Shmu'el bar Nachman sagte: ‚Als der Heilige, er sei gepriesen, den ersten Menschen schuf, schuf er ihn androgyn.' Resh Laqish sagte: ‚Als er geschaffen wurde, schuf er ihn mit zwei Gesichtern. Er zerschnitt ihn und bildete ihm zwei Rücken: einen für den Mann und einen für die Frau.'"

Der Unterschied zwischen diesen beiden Auslegungen liegt vornehmlich im Vorher und Nachher des ersten Menschen, nicht zuletzt weil in Genesis 2 die Frau aus der Rippe des Mannes hervorgeht: Der erste Mensch wurde als androgyner Mensch oder als Doppelgesicht erschaffen, danach mit zwei Rücken ausgestattet und in zwei Geschlechter geschieden. Nach rabbinischer Überzeugung spricht Genesis 1,27 also „zu früh" von der Erschaffung der Frau, und die Vorstellung eines androgynen Prototyps versucht diese frühe Erwähnung zu deuten. Zudem schwankt die biblische Beschreibung zwischen Singular und Plural, was durch die Idee eines Doppelgesichts gelöst wird.

Die Frage nach der Entstehung der Geschlechter beschäftigte auch die griechische Philosophie. Im „Symposion" beschreibt Platon den ursprünglichen Zustand des Menschen als dreifältig: männlich, weiblich und androgyn. Der antike jüdische Philosoph Philo von Alexandrien bezeichnet Platons Spekulationen als „mythische Erfindungen" und plädiert für ein Urwesen, das unkörperlich und daher weder männlich noch weiblich sei. Diese Überzeugung plädiert für die Einheit Gottes und die Einheit der geschaffenen ersten menschlichen Kreatur, die sich erst später ausdifferenzierte. Der Sachverhalt ist also komplizierter, als es zunächst scheint, auch deshalb, weil Mann und Frau zwar ähnlich, aber dennoch nicht identisch sind. Ist dieser Unterschied wesentlich?

Man könnte nun verwundert fragen: Warum weisen die Rabbinen dem ersten Menschen eine Vielzahl von Geschlechtern zu? Handelt es sich um eine exegetische Spielerei der Rabbinen, die sich die Zeit mit Mythen vertreiben wollten? Die Antwort lautet selbstverständlich: Nein! Denn wenn die Torah den Ursprung der Geschlechter und Genderzugehörigkeiten im Unklaren lässt, bedeutet das nur, dass die Wirklichkeit zu komplex war (und ist), um diese Geschlechtervielfalt auf ein einziges wesentliches Prinzip zurückführen und das „Andere" als bloße „Anomalie" bezeichnen zu können.

Das binäre Prinzip vermag unsere technisierten Vorstellungen der Realität zu befriedigen, steht jedoch im Widerspruch zu den biologischen Fakten, die nicht als „Anomalie" abgetan werden dürfen. Ein Beitrag für das Internetportal „My Jewish Learning" (zusammengestellt von Rachel Scheinerman, die in Yale in rabbinischer Literatur promoviert wurde und „My Jewish Learning" gegründet hat) bietet einen Überblick über die acht Geschlechter, die in der rabbinischen Literatur erwähnt werden. 1) Mann; 2) Frau; 3) Androgynos (sowohl Mann als auch Frau); 4) Tumtum (weder noch); 5) Aylonit hamah, bei der Geburt als weiblich identifiziert, entwickelt aber später auf natürliche Weise männliche Merkmale; 6) Aylonit adam, bei der Geburt als weiblich identifiziert, entwickelt aber später durch menschliches Eingreifen männliche Merkmale; 7) Saris hamah, bei der Geburt als männlich identifiziert, entwickelt aber später auf natürliche Weise weibliche Merkmale; 8) Saris adam, bei der Geburt als männlich identifiziert, entwickelt später durch menschliches Eingreifen weibliche Merkmale.

Diese Differenzierungen sind keine spekulative Spielerei, vielmehr nahmen die Rabbinen diese sogenannten „Anomalien" wahr und sehr ernst, da jeder Mensch die für ihn gültige Halacha befolgen muss. Der Begriff Androgynos kommt zweiunddreißigmal im ältesten Werk der rabbinischen Lehre, der Mischna, und zweihundertdreiundachtzigmal im Talmud vor. In den allermeisten Fällen gibt es keinen Bezug zum platonischen Mythos, vielmehr geht es um die Halacha. Wohl daher ist das Mannweib nach rabbinischer Vorschrift verpflichtet, teilweise die Gebote des Mannes und teilweise die der Frau zu erfüllen. Der Begriff Tumtum kommt insgesamt einhunderteinundachtzigmal in Mishna, Tosefta und Talmud vor. Auch hier geht es um die korrekte Anwendung jüdischer Religionsvorschriften auf jeden einzelnen Menschen, der/die/das männliche, weibliche, beide oder keine Geschlechtsmerkmale haben kann.

Was die Rabbinen dazu veranlasst hat, alle sexuellen Identitäten zu berücksichtigen, ohne sich auf die erwähnten Schöpfungsmythen zu berufen, sind die als Tatsachen ernst genommenen vielfältigen geschlechtlichen Existenzen des Menschen. Die Rabbinen beziehen sich nicht auf eine binäre Schöpfung als Mann und als Frau, sondern auf das Vorhandensein vieler Unterschiede innerhalb des Menschengeschlechts. Was für sie wirklich auf dem Spiel stand, war die korrekte Anwendung der Halacha. Mit Blick auf die bereits in Genesis 1 gebotene Fortpflanzung bleibt für die Rabbinen zwar die Binarität von Mann und Frau bestehen, sie bildet aber nicht die ganze Wirklichkeit ab. Dieser Ansatz ist nicht essenzialistisch, sondern funktionalistisch, wie die amerikanische Judaistin Charlotte Fonrobert dargelegt hat. Vielleicht sollten angesichts der in der rabbinischen Literatur aus religionspraktischer Sicht konstatierten Geschlechtervielfalt diejenigen als Gender-Ideologen bezeichnet werden, welche die Vielfalt der Schöpfung auf Binarität reduzieren wollen.

GIUSEPPE VELTRI

Ich bin politisch nicht festgelegt

Ein Gespräch mit Nicola Fuchs-Schündeln, der neuen Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), über Protestwähler in Ostdeutschland, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und die Pläne für ihre Amtszeit.

Mit nüchternem Blick in die gesellschaftliche Debatte: Nicola Fuchs-Schündeln Foto Julia Zimmermann

Sie haben schon zu den ökonomischen Hintergründen der ostdeutschen Mentalität geforscht, als es die AfD noch nicht gab. Jetzt fällt Ihr Antritt als Präsidentin am WZB mit den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zusammen. Können Sie uns sagen, warum so viele Ostdeutsche Protestparteien wählen, obwohl es ihnen wirtschaftlich gar nicht so schlecht geht?

Nicola Fuchs-Schündeln: Aus meiner ökonomischen Forschung würde ich dafür zwei Erklärungen heranziehen. Einmal sind die Menschen in Deutschland durch die schnell aufeinanderfolgenden Krisen der vergangenen Jahre – Ukrainekrieg, Gazakonflikt, Inflation – verunsichert, zugleich stehen durch Klimawandel und Digitalisierung große Transformationen an. Dass Ost- und Westdeutsche mit dieser Krisenerfahrung unterschiedlich umgehen, liegt zum einen an den weiter bestehenden großen Vermögensunterschieden. Der Vermögensaufbau dauert Zeit, und die Ostdeutschen haben 1990 beinahe bei null angefangen.

Lässt sich das Wahlverhalten mit Vermögensunterschieden erklären?

Als alleinige Erklärung reicht das sicher nicht aus. Aber es spielt schon eine Rolle, ob man in Krisensituationen finanziell abgesichert ist. Direkt nach der Wiedervereinigung haben die Ostdeutschen angefangen zu sparen, und zwar deutlich mehr als im Westen. Damit haben sie auf die Einkommensunsicherheit im neuen System reagiert. Aber der Vermögensaufbau dauert eben sehr lange. Natürlich muss finanzielle Unsicherheit nicht dazu führen, dass Menschen extreme Parteien wählen. Aber das geringere Vermögen bei ähnlicher Unsicherheit ist ein klassisches ökonomisches Motiv dafür, warum Ostdeutschen der Umgang mit dieser Unsicherheit schwerfällt. Dazu kommt, dass der umfassende Sozialstaat in der DDR die Menschen geprägt hat. Der Ruf nach einem starken Staat ist dort lauter.

Die AfD, die bei beiden Wahlen große Erfolge gefeiert hat, steht nun aber gerade nicht für Sozialstaat und Umverteilung. Warum wählen Menschen gegen ihre ökonomischen Interessen?

Zum einen liegt es wohl daran, dass es der AfD gelingt, Themen zu setzen, die Menschen bewegen, etwa die Migration. Zum anderen gehen wichtige Themen wie die Erbschaftsteuer, die die AfD abschaffen will, in der öffentlichen Debatte unter. Das liegt wohl auch an der wirtschaftspolitischen Bildung. Die wenigsten lesen eben Parteiprogramme.

Das Migrationsthema ist auch am WZB stark vertreten durch die Forschungsgruppe von Ruud Koopmans, der für seine kritische Sicht auf die Migrationspolitik stark angefeindet wird. Wo stehen Sie in der Migrationsdebatte?

Migration ist ein sehr heterogenes Phänomen. Einerseits geht es um Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, andererseits um Menschen, die sich in Deutschland bessere Lebensbedingungen versprechen, und zuletzt braucht Deutschland gezielt Fachkräfte aus dem Ausland. Das wird in der politischen Debatte oft vermischt. Es ist klar, dass der Arbeitskräftemangel zunehmen wird. Wir brauchen deswegen auch Zuwanderung. Gleichzeitig müssen wir bei der Integration von Flüchtlingen besser werden. Sorgen macht mir, dass Deutschland in der öffentlichen Debatte immer häufiger als ausländerfeindlich dargestellt wird. Das macht es schwierig, Fachkräfte dazu zu bewegen, nach Deutschland zu kommen.

Wo sollte man ansetzen, um sie zum Kommen zu bewegen?

Einmal bei der Entbürokratisierung. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist viel zu kompliziert und langwierig. Wir dürfen auch nicht immer den Anspruch haben, dass die Ausbildung in anderen Ländern eins zu eins unseren Vorgaben entspricht. Das ist unrealistisch, denn jedes Ausbildungssystem ist unterschiedlich. Außerdem zeigt die Forschung, dass eine rasche Erteilung der Arbeitserlaubnis die ökonomischen Kosten der Migration senkt.

Die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt bislang nicht im gewünschten Maß. Gleichzeitig treffen die Migrationsfolgen besonders die ärmere Bevölkerung. Wie sollte man darauf reagieren?

Wenn wir uns die Literatur zu Kosten und Nutzen von Migration anschauen, dann erweist sich Migration für ein Land insgesamt zumeist als vorteilhaft, insbesondere wenn es gelingt, Flüchtlinge und Migranten schnell zu integrieren. Gerade in einer alternden Bevölkerung wie in Deutschland brauchen wir Migration nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für die Rentensysteme. Aber die Forschung zeigt auch, dass Migration für Menschen, die in ähnlichen Jobs wie die Migranten arbeiten, zu Einkommensverlusten führen kann. Das ist ein Problem, auf das der Staat mit Umverteilung und Weiterbildung reagieren kann und muss.

Ein anderer Weg zur Behebung des Fachkräftemangels ist die bessere Ausschöpfung des inländischen Potentials. Sie haben sich in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt befasst. Frauen verdienen weniger und arbeiten häufiger in Teilzeit als Männer. Wie lässt sich das ändern?

Das eine ist mit Sicherheit eine Reform des Ehegattensplittings, das für Frauen geringe Arbeitsanreize setzt. Ein anderer Ansatz ist die Reform des Minijobsystems, das es in seiner heutigen Form wenig attraktiv macht, über den Minijob hinaus zu verdienen. Ich finde es schon erstaunlich, dass dies in der Wachstumsinitiative der Regierung nicht einmal erwähnt wird. Das Dritte ist der Ausbau der Kinderbetreuung, um die beruflichen Nachteile auszugleichen, die aus der Mutterschaft entstehen. Ein Weg dazu ist auch die Flexibilisierung von Erziehungszeiten, beispielsweise durch die Ausweitung der Vätermonate.

Arbeiten die Deutschen zu wenig?

Das sieht natürlich die Wirtschaft so, weil wir Arbeitskräftemangel haben. Wenn wir auf die Entwicklung in den letzten vierzig Jahren schauen, dann sehen wir, dass die Quote der Erwerbstätigen stark gestiegen ist und die individuellen Arbeitsstunden stark gesunken sind. Der Wunsch nach mehr Freizeit betrifft eben nicht nur die jungen Generationen. In Deutschland ist dieser Trend besonders stark. Positiv bedeutet das zunächst einmal, dass wir es uns leisten können, weniger zu arbeiten und unser Leben freier zu gestalten. Es ist ein Wohlstandsphänomen. Für die Wirtschaft ist das aber eine große Herausforderung.

Auf der einen Seite wird über Fachkräftemangel geklagt, auf der anderen Seite prophezeien Studien, dass fast die Hälfte der Arbeitsplätze durch Künstliche Intelligenz wegrationalisiert wird. Wie passt das zusammen?

Ich denke, man muss mit solchen spektakulären Vorhersagen vorsichtig sein. Wenn man den Einfluss des technischen Fortschritts auf den Arbeitsmarkt in der Vergangenheit anschaut, dann sind durch die verschiedenen Automatisierungsschritte zwar immer Arbeitsplätze weggefallen, aber auch neue entstanden. Ich denke nicht, dass die Künstliche Intelligenz hier einen radikalen Bruch bedeutet.

Kommen wir zu Ihrer neuen Position. Es gibt in Deutschland sechs wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute. Warum muss eine Ökonomin Präsidentin eines sozialwissenschaftlichen Instituts werden?

Am WZB sind Politologie, Soziologie und Ökonomie ziemlich genau zu je einem Drittel vertreten. Wir hatten in der Vergangenheit meist Soziologen, aber auch schon einen Historiker und zu Beginn einen Ökonomen als Präsidenten. Ich bin also kein Präzedenzfall. Ich habe die Volkswirtschaftslehre schon immer als Teil der Sozialwissenschaften verstanden. Genau wie den anderen Fächern geht es uns um das Wohlergehen der Menschen und um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zweitens war mir Interdisziplinarität schon seit meinem Studium ein großes Anliegen. Wenn wir im Institut den Anspruch haben, die gesellschaftliche Debatte zu prägen und in der Politikberatung eine Rolle zu spielen, dann müssen wir die Erkenntnisse aus den verschiedenen Disziplinen bündeln.

In der Praxis endet Interdisziplinarität oft in unverbindlichen Sammelbänden, weil die Methoden zu weit auseinandergehen. Wie wollen sie als Präsidentin die unterschiedlichen Abteilungen am WZB zusammenbringen? Haben sie ein Leitthema für Ihre Präsidentschaft?

Wir haben am Institut verschiedene Disziplinen und darüber hinaus arbeiten wir an verschiedenen Themen, wie Demokratie, Migration, Bildung, Digitalisierung, Gesundheit et cetera, die doch alle verbunden sind. Um unsere Forschung für die Gesellschaft fruchtbar zu machen, müssen wir über unser jeweiliges Spezialgebiet hinausblicken und die Forschungsergebnisse zusammenbringen. Mein erster Eindruck ist, dass es viele gemeinsame Projekte zwischen den Abteilungen gibt. Es gibt aber auch noch unverbundene Enden, nicht nur am WZB, sondern in der Wissenschaft insgesamt. Ein ökonomisch orientierter Migrationsforscher weiß beispielsweise oft nicht, was in der Soziologie zur Migration geforscht wird. Da sollten wir aktiver werden, und das WZB kann hier eine führende Rolle spielen. Wir müssen als Forschende nicht unbedingt interdisziplinäre Projekte durchführen, aber wir sollten wissen, was andere Disziplinen zu unserem Thema sagen. Ein wichtiges Thema, das am Institut an Bedeutung gewinnen wird, ist der Klimawandel. Viele Probleme, die wir derzeit erforschen, werden durch den Klimawandel direkt berührt, etwa Ungleichheit oder Migration.

Dem WZB wird eine sozialdemokratische Prägung nachgesagt. Man hört oft neoliberalismuskritische Töne. Gibt es unter Ihnen einen Richtungswechsel?

Ich versuche, unideologisch an Fragestellungen heranzugehen. Wir müssen uns als Forscher aber immer bewusst sein, dass unsere Lebenserfahrung mitbestimmt, welche Fragen wir angehen. Deswegen finde ich es wichtig, dass die Gruppe der Forschenden heterogen in Bezug auf Geschlecht und Herkunft ist. Wir müssen auch versuchen, mehr Menschen für die Wissenschaft zu gewinnen, die nicht aus einem akademischen Haushalt kommen. Darüber hinaus habe ich keine politische Festlegung und würde das auch für das Haus so beanspruchen, was natürlich nicht heißt, dass der einzelne Forscher nicht seine politischen Präferenzen haben oder einer Partei angehören kann.

Das Gespräch führte **Thomas Thiel** und **Gerald Wagner.**

Das WZB Berlin

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung wurde 1969 mit dem Ziel einer problemorientierten Grundlagenforschung gegründet, die der Öffentlichkeit zugewandt ist. Heute arbeiten dort mehr als zweihundert Sozialwissenschaftler. Die Schwerpunkte liegen auf Bildung und Arbeit, Migration, Demokratie, Märkte und Entscheidung, internationale Politik und Recht. Seit dem ersten September wird das zur Leibniz-Gemeinschaft gehörende Institut von der Wirtschaftswissenschaftlerin Nicola Fuchs-Schündeln geleitet, die auf die Soziologin Jutta Allmendinger folgt. F.A.Z.

Kreativer Regelbruch

Die Selbstreproduktion von Bürokratie in der Wissenschaft – und wie damit umzugehen ist. *Von Stefan Kühl*

Bürokratie ist eine der wunderbaren Errungenschaften der modernen Gesellschaft. Erst sie gewährleistet, dass Entscheidungen ohne partikularistische Bevorzugung einzelner Personen getroffen werden können. Bürokratie ersetzt bei staatlichen Entscheidungen die persönliche Verpflichtung durch eine sachorientierte Beurteilung. Wer die Idee eines Rechtsstaates befürwortet, muss deswegen zwangsläufig auch Ja zur Bürokratie sagen.

Gleichzeitig werden die Klagen über zu viel Bürokratie und Regulierung immer lauter. Im Vergleich zu Krankenhäusern, Armeen oder Polizeien gehören Forschungseinrichtungen und Universitäten sicherlich nicht zu den Organisationen, die besonders viele Gründe haben, über Überregulierungen zu klagen. Aber auch dort kann man sich sicher sein, dass bei der Zusammenkunft einiger Wissenschaftler zwangsläufig auch Anekdoten über den bürokratischen Irrsinn bei der Einstellung von Personal, der Abrechnung von Reisekosten oder der Bewirtung ausländischer Gäste ausgetauscht werden.

In einem schnellen Zugriff könnte man die Verantwortlichkeit für die Überregulierung in der Politik identifizieren, da sie die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen mit immer neuen bürokratischen Regelungen überzieht. Für die Produktion bürokratischer Auswüchse durch schlecht gemachte Gesetze gibt es – Stichwort Wissenschaftszeitvertragsgesetz – sicherlich vielfältige Beispiele. Aber mit einem solchen Fokus würde man übersehen, dass die zentralen Bürokratisierungseffekte häufig durch gesellschaftliche Forderungen entstanden sind, auf die die wenigsten heute gerne verzichten möchten.

Ein erster Bürokratietreiber ist, dass Wissenschaftsorganisationen sich zu einer Vielzahl von gesellschaftlichen Werten bekennen. Forschungseinrichtungen wollen heutzutage nicht nur exzellente wissenschaftliche Ergebnisse produzieren, sondern auch einen gesellschaftlichen Nutzen stiften – die Rechte von Minderheiten und die Gleichstellung der Geschlechter fördern sowie das Klima schonen. Aber wenn eine Organisation sich nicht nur auf ihrer Schauseite zu gesellschaftlich akzeptierten Werten bekennt, sondern diese zudem in ihren organisationalen Strukturen verankern will, bedeutet dies letztlich nichts anderes als eine weitere Bürokratisierung der Organisation durch neue Verwaltungsstellen, weitere formale Regeln und zusätzliche Berichtspflichten. Wer es also in der Wissenschaft mit Gleichstellung, Diversität und Nachhaltigkeit ernst meint, sollte sich bewusst sein, dass dies als Nebenfolge zu weiterer Bürokratisierung führt.

Ein zusätzlicher Steigerungseffekt für Bürokratie ist die zunehmende Verwettbewerblichung in der Wissenschaft. Das mag auf den ersten Blick überraschen, weil Wettbewerb in einer naiven Sichtweise als Gegenbegriff zur Bürokratie verstanden wird. Aber wer mehr organisierten Wettbewerb zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen fordert, nimmt automatisch eine weitere Bürokratisierung in der Wissenschaft in Kauf. Organisierter Wettbewerb in der Wissenschaft bedeutet, dass Forschungsanträge prozessiert, Personal mit kurzen Laufzeiten eingestellt und die Mittelverwendung kontrolliert werden müssen. Eine Verringerung von organisierten Wettbewerben zugunsten von langfristigen Grundfinanzierungen wäre eine Möglichkeit zur Reduzierung der Bürokratielasten. Aber der politische Wille dafür scheint aller Entbürokratisierungsrhetorik zum Trotz gering zu sein.

Außerdem verschärfen Unfälle, Skandale und Katastrophen die bürokratischen Regeln. Reflexartig reagieren Organisationen bei jedem Ereignis, das in den Massenmedien aufgegriffen wird, mit einer Verschärfung ihres Regelwerks, der Ausweitung von Dokumentationspflichten und der Intensivierung von Kontrollen. Wenn mit Silikongel gefüllte Brustimplantate aufgrund geringer Qualität reißen, führt der Gesetzgeber aus nachvollziehbaren Gründen neue Regularien für medizinische Hilfsmittel ein. Der Effekt ist, dass Forschungseinrichtungen bei nur leichten Modifikationen ihrer Großgeräte zu umfangreichen Dokumentationen gezwungen sind. Selbstverständlich könnte man auf solche als Überbürokratisierung empfundenen Dokumentationspflichten verzichten. Das bedeutet aber auch, dass man nicht nur in Kauf nehmen muss, dass solche Fälle wieder vorkommen können, sondern man sich gegebenenfalls dafür rechtfertigen muss, weshalb man nicht schon nach dem ersten Fall angemessen reagiert hat.

Das Problem ist, dass bei sehr vielen Entscheidungen in Organisationen unklar ist, ob sie auch bei einer sehr genauen Prüfung den formalen Vorgaben entsprechen oder nicht. Man kann nicht sicher sein, ob sich eine Person nach der Genehmigung mehrerer befristeter Arbeitsverträge irgendwann erfolgreich in einen unbefristeten Vertrag einklagt, wodurch über Jahrzehnte Personalmittel gebunden wären. Es gibt immer eine Restunsicherheit, ob nicht nach einer Auftragsvergabe bei der Prüfung durch den Rechnungshof ein Verstoß gegen die Vergabeordnung identifiziert wird.

Das Ergebnis ist eine überraschend rigide Auslegung von Gesetzen und Verordnungen in Wissenschaftsorganisationen. In den organisationsinternen Diskussionen kann man mit Verweis auf ein mögliches Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht oder mit Verweis auf eine mögliche Rechnungshofprüfung jede Initiative erfolgreich unterbinden. Weil man bei Entscheidungen nie sicher sein kann, ob diese einer Prüfung standhalten, tendiert jede Verwaltung dazu, den garantiert rechtssicheren Weg zu gehen, auch wenn dieser für die Sache nicht förderlich ist. So manches Ministerium ist überrascht, wie eine vage gehaltene Vorgabe durch den Zwischenschritt über die Stiftungen oder Projektträger sowie anschließend durch die entsprechenden Stabsstellen der Forschungseinrichtungen und Universitäten zu einem bürokratischen Monster wird.

Dies ist der Grund, weswegen sich in den Verwaltungen von Forschungsorganisationen, Universitäten und Fachhochschulen eine starke Tendenz zur Risikoaversion eingespielt hat. Man richtet Abteilungen für Compliance, Controlling und Revision ein, um im Falle aller Fälle nachweisen zu können, dass man alles unternommen hat, um einen Regelbruch zu verhindern. Wissenschaftler müssen sich jährlich durch verpflichtende Tests zu Korruptionsprävention oder Gendersensibilisierung fortbilden, damit die Organisation im Fall eines Skandals zeigen kann, dass man entsprechende Programme gehabt hat, um solchen Problemfeldern etwas zu entgegnen.

Wenn Wissenschaftsorganisationen, Universitäten und Fachhochschulen angesichts der immer detaillierter werdenden rechtlichen Vorgaben überhaupt noch handlungsfähig sind, dann liegt dies daran, dass Organisationsmitglieder ein hohes Maß an Professionalität in einer kreativen Regelauslegung entwickelt haben. Je stärker man in einer Organisation mit unmittelbaren Forschungstätigkeiten zu tun hat, desto stärker ist der Druck, „Work Arounds“ zu finden, um die Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten. In der Soziologie spricht man von brauchbarer Illegalität, auf die keine Organisation verzichten kann.

Aus der fortschreitend intensivierten Regulierung von Wissenschaft resultiert der notwendige Aufbau immer größerer Phantasien darüber, wie man angesichts der Regeln wissenschaftliches Arbeiten sicherstellen kann. Dafür loten Wissenschaftler bei Entscheidungen die Graubereiche systematisch aus, dehnen die Interpretationen von Regeln bis an ihre äußerste Grenze und verstoßen nicht selten auch gegen rechtliche Vorgaben. In fast jedem Forschungsvorhaben fände man beim Einsatz von Personal oder Material Entscheidungen, die bei einer genauen Prüfung als Mittelfehlverwendung angesehen werden würden.

Bei diesem in Wissenschaftsorganisationen unvermeidlichen Einsatz brauchbarer Illegalität ist eine Maxime zu beachten: Man sollte sich nicht erwischen lassen. Nicht weil die Aufdeckung von Regelverstößen mit persönlichen Risiken in Form von Abmahnungen, Entlassungen oder Strafverfolgung verbunden ist. Die persönlichen Kosten sind sicherlich hoch, aber aus der Perspektive der Organisation ist ein Mitglied immer ersetzbar. Das Problem ist, dass skandalisierte Regelabweichungen Organisationen dazu zwingen, ihre Regelwerke weiter zu verschärfen. Eine weitere Bürokratisierung der Organisation ist die Folge.

Stefan Kühl ist Professor für Organisationssoziologie an der Universität Bielefeld.

Frankfurter Allgemeine
DIGITAL X

KI verändert den beruflichen Werdegang gerade auch im Büro.
Foto Hannah Aders

Die Zukunft der Arbeit

Künstliche Intelligenz betrifft viele Berufe. Für wen das Fluch oder Segen ist.

Von Holger Schmidt

Von der Künstlichen Intelligenz, vor allem der generativen KI, werden erhebliche Produktivitätseffekte erwartet – und damit spürbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind 60 Prozent aller Beschäftigten in hoch entwickelten Ländern wie Deutschland von der KI betroffen. Wobei „Betroffenheit“ durchaus auch positiv gemeint sein kann, wenn Menschen mithilfe der Technik produktiver werden. „Angesichts der Chancen sollte man froh sein, einen Job zu haben, der von KI betroffen ist“, sagt beispielsweise der Arbeitsmarktforscher Enzo Weber. „Ich erwarte daher keinen Einbruch bei der Beschäftigung, sondern einen Umbruch.“

Die KI bietet immenses Potential für Produktivitätssteigerungen, sagen die IWF-Ökonomen voraus. Softwareentwickler, Autoren, Musiker, aber auch Anwälte, Banker und sogar Datenanalysten oder Wissenschaftler können künftig signifikante Teile ihrer Arbeit von der KI erledigen lassen.

In Branchen wie der Softwareentwicklung sind die KI-Effekte heute schon spürbar. „Wir beobachten bei den Entwicklern einen Produktivitätsgewinn von 30 bis 50 Prozent. Das ist ein gigantischer Sprung“, sagte Thomas Dohmke, Vorstandsvorsitzender der weltgrößten Entwicklerplattform Github, der F.A.Z. – und Amazon-Chef Andy Jassy verkündete auf dem Netzwerk Linkedin, der KI-Assistent des Unternehmens, Amazon Q, habe die Zeit für Software-Upgrades von 50 Tagen auf Stunden reduziert. Insgesamt habe Amazon damit 4500 Entwicklerjahre gespart und Effizienzgewinne in Höhe von 260 Millionen Dollar erzielt.

Vor allem Technologieunternehmen fragen inzwischen weniger Arbeitnehmer nach, deren Jobs in hohem Maße automatisiert werden können. Einer die Pioniere ist der schwedische Zahlungsdienstleister Klarna, der in den vergangenen zwölf Monaten schon 25 Prozent seiner Belegschaft durch KI ersetzt hat. Von den ursprünglich 5000 Mitarbeitern seien noch 3800 an Bord. „Wir werden weiterhin außer Softwareentwicklern keine neuen Mitarbeiter mehr einstellen“, sagte Klarna-Vorstandschef Sebastian Siemiatkowski. Das größte Potential liegt im Kundendienst, wo der KI-Assistent inzwischen die Arbeit von 700 Mitarbeitern übernommen und die durchschnittliche Bearbeitungszeit von elf Minuten auf nur zwei Minuten reduziert habe. Parallel sei der durchschnittliche Umsatz je Mitarbeiter um 73 Prozent auf sieben Millionen gestiegen.

Die größten Produktivitätsgewinne werden aktuell nicht unter erfahrenen Beschäftigten verzeichnet, sondern unter Neueinsteigern. „ChatGPT hat die Effizienz bei Schreibaufgaben insbesondere für Personen mit schwächeren Schreibfähigkeiten deutlich verbessert. Darüber hinaus zeigt die Forschung von Erik Brynjolfsson, dass KI-Assistenten im Kundenservice die Produktivität durch die Automatisierung von Routineaufgaben steigern, wobei Anfänger und weniger qualifizierte Mitarbeiter den größten Nutzen erzielen“, sagte Carl Benedikt Frey, Arbeitsmarktforscher in Oxford, der F.A.Z., und er ergänzte: „Gleichzeitig sehen wir jedoch auch, dass einige Arbeitsplätze automatisiert werden. Meine Forschung mit Pedro Llanos-Paredes zeigt beispielsweise, dass KI schon die Beschäftigungsmöglichkeiten für Übersetzer reduziert hat.“ Auch die Synchronsprecher machen sich inzwischen ernsthafte Gedanken um ihre Arbeitsplätze, da sich Stimmen mit Programmen wie Eleven Labs schon ziemlich perfekt klonen lassen.

KI werde auch gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt der Künstler haben, erwartet der Fotograf Boris Eldagsen, der mit einem KI-generierten Bild den berühmten Sony World Photography Award gewonnen hat – und den Preis dann abgelehnt hat, da die Bilderstellung per KI etwas komplett anderes als Fotografieren sei. „Die KI wird den Mainstream-Markt zerstören“ erwartet Eldagsen. Als Beispiel zieht er amerikanische Blockbuster-Filme heran, deren Szenen zwar actionsgeladen, ihre Geschichten jedoch schon von Anfang an vorhersehbar sind. „Das ist Standard, das ist Mainstream, das kann die KI. Das wird die KI auch übernehmen.“ Ganze Filmteams seien zwar nicht komplett zu ersetzen. Die Verschlankung auf kleinere Teams und wenige kreative Köpfe sei aber denkbar.

Schneller als auf dem regulären Arbeitsmarkt wird der Einfluss der KI auf den Freelance-Plattformen sichtbar, da Unternehmen hier keine starren Arbeitsverträge abgeschlossen haben und ihre Nachfrage flexibel anpassen können. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat sich die Aufträge für Freelancer in relevanten Tätigkeiten vor und nach dem Start von ChatGPT genauer angesehen. Danach sind die Aufträge für automatisierungsanfällige Tätigkeiten wie Texteschreiben, Korrekturlesen oder Softwareentwicklung im Durchschnitt um 21 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitsstellen für Grafiker haben um durchschnittlich 17 Prozent abgenommen. Konkret waren Schreibtätigkeiten wie Korrekturlesen, Ghostwriting oder Lektorat mit einem Rückgang von 30 Prozent am stärksten betroffen, gefolgt von Software-, App- und Webentwicklung, die um 21 Prozent gesunken sind, und Ingenieurarbeiten, deren Nachfrage um 10 Prozent zurückging. „Die Rückgänge sind beträchtlich. Sie übertreffen die saisonalen Nachfrageschwankungen und sind auch größer als die von der Automatisierung hervorgerufenen Arbeitsplatzverluste im verarbeitenden Gewerbe“, urteilen die DIW-Forscher. Vieles deute darauf hin, dass sich der Nachfragerückgang für automatisierungsanfällige Tätigkeiten nach der Veröffentlichung von ChatGPT im Laufe der Zeit verstärkt habe. „Während wir in den ersten drei Monaten nach der Veröffentlichung von ChatGPT (am 30. November 2022) einen durchschnittlichen Rückgang der wöchentlichen Auftragszahlen für automatisierungsanfällige Tätigkeiten um 13,5 Prozent im Vergleich zu manuellen Tätigkeiten messen, erhöht sich dieser Rückgang auf 25,5 Prozent in den drei Monaten nach der Veröffentlichung des leistungsfähigeren Modells ChatGPT-4 am 14. März 2023“, sagte Studienautor Jonas Hannene.

Die KI hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Nachfrage nach Freelance-Arbeit. Denn gleichzeitig sind auch die Komplexität der Aufträge, gemessen an der Anzahl an Qualifikations- und Softwareanforderungen eines Auftrags, die Budgets und das Angebot gestiegen: Die Zahl der Bewerbungen von Freelancern für automatisierungsanfällige Tätigkeiten ist nach der Veröffentlichung von ChatGPT um 8,6 Prozent gestiegen, während die Budgets für diese Arbeiten um durchschnittlich 5,7 Prozent zulegten.

Darüber hinaus führten nach der Veröffentlichung von ChatGPT immer mehr Aufträge die Verwendung dieser Technologie als Anforderung auf. Generative KI erhöht also nicht nur den Wettbewerb, sondern auch die Anforderungen an die Beschäftigten, die auf automatisierungsanfällige Tätigkeiten spezialisiert sind. Oft enthalten die Aufträge die Korrektur und den Feinschliff der Ergebnisse der KI, die ohne menschliche Hilfe nicht die erforderliche Qualität erreichen.

Da sich Unternehmen von Arbeitskräften mit KI-Fähigkeiten eine höhere Produktivität versprechen, zahlen sie inzwischen auch höhere Gehälter. Für ausgeschriebene Stellen für Menschen mit KI-Kenntnissen werden in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt 25 Prozent höhere Gehälter angeboten. In Großbritannien sind es immerhin 14 Prozent, zeigt eine PWC-Analyse auf Basis von 500 Millionen Stellenausschreibungen. In den Abteilungen IT, Finanzen, Marketing und Recht, in denen von der generativen KI besonders große Produktivitätssprünge erwartet werden, liegen die Einstiegsgehälter der Menschen mit KI-Fähigkeiten sogar schon 50 Prozent über den Gehältern derer ohne KI-Wissen.

Für Deutschland liegen keine Zahlen vor, da die Einstellungsgehälter in Stellenausschreibungen nicht angegeben werden. Die Werte aus Amerika und Großbritannien sind jedoch ein Indiz dafür, dass die KI auch hierzulande die etablierten Gehaltsstrukturen verändern könnte. Beschäftigte, die KI-Kenntnisse mitbringen oder sich aneignen und damit produktiver sind als ihre Kollegen, werden vermutlich auf eine bessere Bezahlung oder schnellere Beförderung pochen – oder den Arbeitgeber wechseln. Denn der demographische Wandel wird den Druck, produktiver zu werden, in den kommenden Jahren spürbar erhöhen.

Beschäftigte und Unternehmen sollten daher in Weiterbildung sowie technologische Innovationen investieren, um in einer von KI geprägten Wirtschaft wettbewerbsfähig zu bleiben und von steigender Produktivität zu profitieren, raten wiederum die DIW-Wissenschaftler. Um die Chancengleichheit zu gewährleisten, könnten auch gezielte Trainingsangebote für Frauen und ältere Beschäftigte sinnvoll sein, da sie generative KI deutlich seltener nutzen als Männer und jüngere Arbeitnehmer.

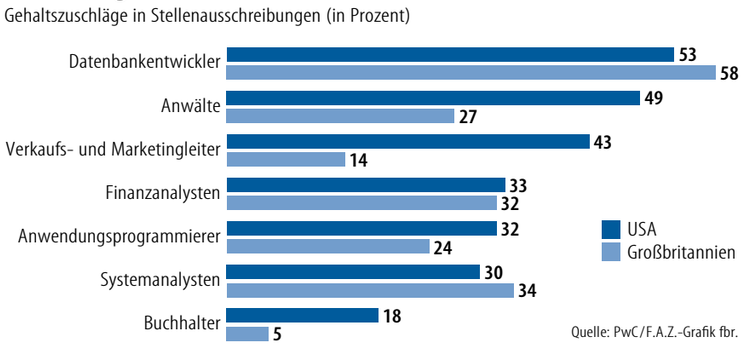
„Für den Einsatz generativer KI ist eine Konzentration auf Anpassungsqualifizierungen etwa im IT-Bereich nicht zielführend. Entscheidend ist eine proaktive Qualifizierung, die auch auf konzeptionelle Fähigkeiten setzt. Mehr als die Hälfte der Deutschen hat allerdings nicht einmal grundlegende digitale Kompetenzen, knapp 70 Prozent der digitalen Weiterbildung ist informell. Hier müssen wir mehr Schub entwickeln“, fordert Arbeitsmarktforscher Enzo Weber.

Tatsächlich liegen die Deutschen sowohl in der Nutzung der generativen KI als auch in ihren KI-Fähigkeiten eher im unteren Mittelfeld, während die Asiaten die neue Technologie deutlich positiver aufnehmen, wie der Ipsos AI Monitor zeigt. Das beginnt schon bei der Einschätzung des eigenen Wissensstandes: Während sich 86 Prozent der Befragten in Indonesien ein gutes KI-Verständnis attestieren, liegen die Deutschen mit 60 Prozent und die Japaner mit 44 Prozent eher am Ende der Skala. Ein Basiswissen ist jedoch notwendig, um die Chancen der KI einschätzen und eventuelle negative Konsequenzen bewerten zu können.

Das Wissen korrespondiert mit der Einschätzung über die ökonomischen Effekte. Auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit, dass die KI den eigenen Job in den kommenden Jahren verändert, antworteten 88 Prozent der Menschen in Indonesien mit „sehr“ oder „eher wahrscheinlich“. In Deutschland und Japan liegen diese Werte nur bei gut 40 Prozent, nur noch unterboten von den Niederländern. Wer sich aber nicht mit der KI befasst, kann offenbar auch die Auswirkungen nicht gut einschätzen.

KI-Fähigkeiten zahlen sich aus

Gehaltszuschläge in Stellenausschreibungen (in Prozent)



Quelle: PwC / F.A.Z.-Grafik fbr.

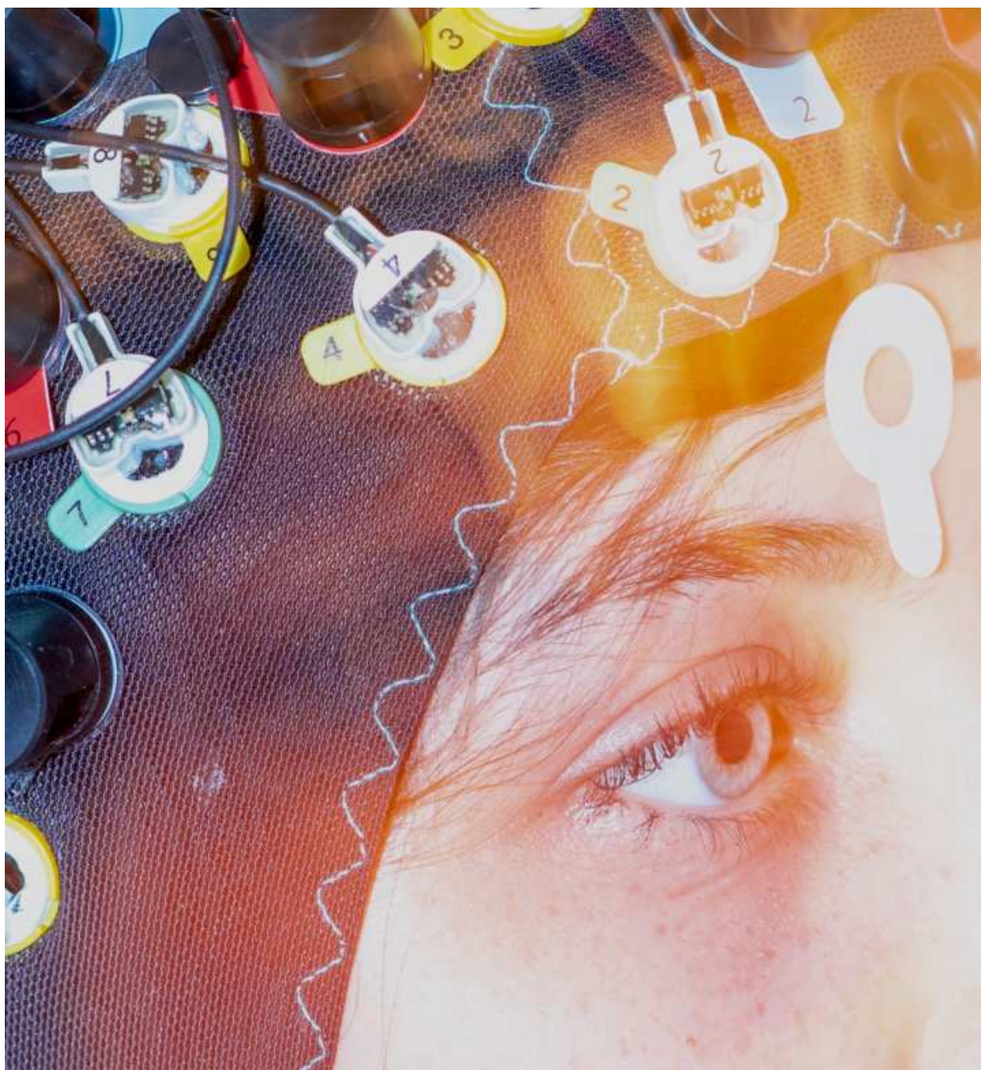
Die Digital X

Die Digital X ist eine maßgeblich von der Deutschen Telekom auf den Weg gebrachte Digitalkonferenz in Köln. Sie setzt sich zum Ziel, die Digitalisierung in ihrer ganzen Breite zu diskutieren und erlebbar zu machen – und darzulegen, wie sie sich auf Unternehmen, den Staat, die Gesellschaft und jeden Einzelnen auswirkt. Es geht um konkrete Schlüsseltechnologien wie die Künstliche Intelligenz. Und um übergeordnete Trends, in diesem Jahr greifen sich die Veranstalter vier davon besonders heraus: Die Zukunft der Arbeit, Cybersicherheit, Nachhaltigkeit und vernetzte Geschäftsmodelle. Unter diesen Schlagworten gibt es zahlreiche Vorträge und Panel-Diskussionen. Als Sprecher angekündigt sind unter anderen der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), der Eon-Vorstandsvorsitzende Leonhard Birnbaum, Basketballer Dirk Nowitzki, die Investoren Carsten Maschmeyer und Frank Thelen oder Deutsche-Bahn-Managerin Daniela Gerd tom Markotten. Schirmherr der Digital X ist der Telekom-Manager Klaus Werner. F.A.Z.

Was KI im Krankenhaus leisten kann

Der Befund der Digitalisierung in den deutschen Kliniken ist düster. Was sich ändern muss.

Von Felix Balzer, Iris Dahlhaus, Elias Grünewald und Martin Peuker



Die Vermessung der Gesundheit ist längst nicht am Ende, im Gegenteil.
Foto Vincent Forstenlechner/Conncected Archives

Wir leben heute in einer Welt, in der zu immer mehr Menschen ein digitaler Zwilling entsteht: Eine Sammlung von Zahlen, komplexeren Datenstrukturen und trainierten Algorithmen sowie maschinellen Lernverfahren erfasst alle zentralen Lebensbereiche. Durch die kontinuierliche Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten wird der Mensch dabei auch quantifiziert und durch Dritte – oftmals unbemerkt – analysiert.

Dieses Phänomen nimmt auch in der Medizin eine zentralere Rolle ein. Die Behandlung von Patienten stützt sich längst nicht mehr nur auf die klinische Beobachtung von Symptomen und die Expertise des behandelnden Personals. Vielmehr rücken messbare Werte wie Blutbilder, genetische Informationen oder komplexe Bildgebungsverfahren in den Mittelpunkt der Diagnostik und Therapie. Die Medizin entwickelt sich von einer Erfahrungswissenschaft hin zu einem datengetriebenen, präzisen System, das stärker auf objektiv messbare Parameter als bisher aufbaut.

Die digitale Akte ist daher kein bloßes Abbild der subjektiven Schilderung von Symptomen oder der offenkundigen, körperlichen Veränderungen, die eine Patientin oder ein Patient erlebt. Stattdessen werden alle verfügbaren physischen und psychischen Aspekte in auswertbare Formate übersetzt. Daten aus Smartwatches oder anderen tragbaren Technologien, die beispielsweise Herzfrequenz, Schlafmuster oder Blutdruck kontinuierlich erfassen, können zusätzliche Informationen liefern.

Neueste Entwicklungen in der Medizin und Biotechnologie erlauben eine noch tiefere Analyse des menschlichen Körpers. Ein Beispiel ist die Genomsequenzierung, mit der das gesamte genetische Material eines Menschen entschlüsselt wird. Diese Ergebnisse können mit denen anderer Menschen verglichen werden, um genetische Anomalien oder Prädispositionen für bestimmte Krankheiten zu identifizieren. So lassen sich maßgeschneiderte Therapien entwickeln, die speziell auf die genetische Struktur eines Menschen zugeschnitten sind, was die Präzision, Wirksamkeit und Verträglichkeit der Behandlung erheblich verbessert.

Daneben liefern bildgebende Verfahren wie CT- oder MRT-Scans eine noch nie da gewesene Transparenz über den Zustand des Körpers. Diese Daten werden nicht nur zur Diagnose genutzt, sondern auch zur Konfiguration passgenauer Prothesen oder Implantate, die dann minimalinvasiv in den Körper eingesetzt werden können. Dies reduziert die Belastung durch chirurgische Eingriffe und beschleunigt die Heilung erheblich. Wird der gesamte Behandlungszyklus überwacht, können künftige Patientinnen und Patienten optimal von den Erfahrungs- und Vergleichswerten profitieren.

Die Entwicklung dieser Technologien führt zu einer Medizin, die nicht nur auf allgemeinen Diagnosen basiert, sondern individualisiert und personalisiert wird. Zukünftig werden viele Behandlungen, etwa bei einer Krebstherapie, als Präzisionsmedizin durchgeführt. Hierbei werden jede Patientin und jeder Patient als eine einzigartige Kombination von genetischen, biologischen und verhaltensbasierten Daten betrachtet, wodurch Therapien und Interventionen maßgeschneidert und optimiert werden können.

Ein großes Versprechen liegt in der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) und dem maschinellen Auswerten von Daten zur Unterstützung von Entscheidungsprozessen im Gesundheitswesen. Da die Menge der erhobenen medizinischen Daten exponentiell wächst und für den menschlichen Verstand oft nicht mehr vollständig zu überblicken ist, können schon etablierte KI-Verfahren diese Datenmengen effizient verarbeiten. Diese Algorithmen können bislang unerkannte Muster erkennen und Auffälligkeiten identifizieren, die selbst erfahrenen Medizinern entgehen könnten. So können durch neue Algorithmen Vorhersagen über potentielle gesundheitliche Risiken getroffen werden, bevor sich klinisch sichtbare Symptome überhaupt manifestieren. Dies eröffnet neue Möglichkeiten der Prävention, indem individuelle Risikofaktoren frühzeitig erkannt und durch gezielte personalisierte Maßnahmen entschärft werden können – bevor Menschen schwer erkranken.

Auch die Verarbeitung der genannten Bilddaten wie etwa Röntgenbilder, CT-Scans oder MRTs wird laufend automatisiert. Während die manuelle Betrachtung und Auswertung dieser Bilder oft viel Zeit in Anspruch nehmen, können KI-Systeme solche Bilddaten in Sekunden analysieren. Dies ermöglicht eine schnellere und oft auch genauere Erkennung von Anomalien, sei es ein kleiner Tumor, der sonst möglicherweise übersehen worden wäre, oder seien es subtile Veränderungen im Gewebe, die auf eine beginnende Krankheit hindeuten. Dadurch kann die KI in Bereichen wie der Radiologie, Pathologie und anderen bildgebenden Disziplinen zu einer wertvollen Unterstützung werden, indem sie Ärzte entlastet und ihnen mehr Zeit für komplexere Entscheidungsfindungen oder die direkte Patientenversorgung gibt.

Die Frage, ob Künstliche Intelligenz im Gesundheitswesen zum Einsatz kommen soll, stellt sich daher schon lange nicht mehr. Stattdessen richtet sich der Fokus auf die Frage, wie und unter welchen Rahmenbedingungen dieser Einsatz erfolgen sollte. Dabei geht es unter anderem um ethische Fragestellungen, die Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit und die Nutzung von kommerziellen Cloud-Diensten. Zudem muss gewährleistet sein, dass die Entscheidungen und Empfehlungen von KI-Systemen transparent und nachvollziehbar bleiben, damit das Vertrauen in diese Technologien gewahrt bleibt und die Ergebnisse korrekt eingeschätzt werden können. Während der Implementierung neuartiger Verfahren tragen die Beteiligten auch eine große Verantwortung: Wer haftet im Fall einer KI-gestützte Fehldiagnose? Diese und weitere Herausforderungen müssen gelöst werden, um den vollen Nutzen der KI im Gesundheitswesen zu entfalten und gleichzeitig sicherzustellen, dass der Mensch und sein Wohl weiterhin im Mittelpunkt stehen.

Der Befund bezüglich der Digitalisierung in der Krankenversorgung in Deutschland im Jahr 2024 ist düster. Woran liegt es, dass in Deutschland jährlich mehr als 15 Millionen stationäre Behandlungen stattfinden und die dabei erhobenen Daten nicht weiter genutzt werden können? Und woran liegt es, dass in einem Krankenhaus mehr als 100 verschiedene Systeme zu Verwaltung, Diagnostik und Therapie genutzt werden, zwischen denen die Daten nicht interoperabel ausgetauscht werden können?

Zum einen ließ das Finanzierungssystem für die stationäre Versorgung bisher nur wenig Raum für Investitionen in eine digitale Transformation. Nach dem System der dualen Finanzierung sind die Träger der stationären Einrichtungen für die Errichtung und Erhaltung der Infrastruktur und deren Modernisierung verantwortlich. Aus den Versicherungsbeiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung soll nur die laufende Versorgung bezahlt werden. Die Investitionen waren jedoch über Jahrzehnte unzureichend, sodass ein großer Rückstand insbesondere bezüglich der digitalen Infrastruktur der Krankenhäuser entstanden ist. In Deutschland steht somit nur ein Bruchteil der Beträge zur Verfügung, die in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union für digitale Infrastruktur investiert werden können.

Des Weiteren ist der föderale Flickenteppich einer uneinheitlichen Datenschutzgesetzgebung in Bund und Ländern eine große Hürde für den einrichtungsübergreifenden Datenaustausch. In der Folge ist die interoperable Umsetzung standortübergreifender Forschung und Versorgung langwierig, teuer oder gar nicht möglich. Auch das System der Selbstverwaltung, das im Ansatz gut geeignet ist, um eine faire Allokation der Ressourcen zu gewährleisten, ist nicht per se innovationsfreundlich oder ein Garant der zügigen digitalen Transformation. Und schließlich fehlt es an Anreizen, Systeme so zu verändern, um interoperable Strukturen herzustellen und die Trennung von Versorgung und Forschung aufzuheben. Das Bedauerlichste an diesen Befund ist der medizinische Output: Im europäischen Vergleich der Ergebnisse der medizinischen Versorgung liegen wir auf einem der hinteren Plätze.

Die Vision eines digitalen Krankenhauses

Angesichts des Fachkräftemangels müssen wir dringend Ressourcen freisetzen. Dies kann jedoch nicht durch die Digitalisierung bestehender und ineffizienter Prozesse und einzelne Digitalisierungsschritte geschehen. Sondern nur durch eine umfassende Analyse der Strukturen und Prozesse, um den Versorgungsprozess neu zu gestalten und dann digital zu transformieren. Die Vision eines digitalen Krankenhauses sieht eine weitreichende Transformation des Gesundheitswesens vor, die auf vernetzten Systemen und datengetriebenen Entscheidungen basiert. Der Schlüssel liegt in einem nahtlosen Netzwerk, das nicht nur den Datenaustausch zwischen Kliniken ermöglicht, sondern auch eine reibungslose Kommunikation mit Versicherern und niedergelassenen Ärzten.

Künstliche Intelligenz spielt dabei eine zentrale Rolle, indem sie als kollaborativer Partner des medizinischen Personals agiert. Sie analysiert große Datenmengen, erkennt Muster und unterstützt so die Fachkräfte in der Entscheidungsfindung. Ziel ist es, die Effizienz bei sinkendem Fachpersonal zu steigern und gleichzeitig die Qualität der Patientenversorgung zu verbessern – ohne dabei den menschlichen Aspekt der Medizin zu vernachlässigen.

Nicht zuletzt wird in dieser Vision eines Krankenhauses mit KI die Perspektive der Patienten selbst hervorgehoben. Patienten streben nach einer aufgeklärten und informierten Behandlung, die nicht nur medizinische Aspekte, sondern auch den Zugang zu weiteren Informationen einschließt. Hierbei denken wir an Fragen wie „Wann beginnt die Behandlung?“, „Wie geht es weiter?“, „Welche Kosten entstehen?“ und „Welche Folgen hat der Eingriff?“.

Wenn Patientinnen und Patienten durch innovative KI-Lösungen im Voraus wissen, welche Schritte auf sie zukommen, wie viel Zeit sie einplanen müssen und welche finanziellen Belastungen eingeplant werden müssen, können Unsicherheiten und Ängste abgebaut werden. Dies trägt nicht nur dazu bei, das Vertrauen in das Gesundheitssystem zu stärken, sondern auch dazu, die allgemeine Zufriedenheit der Patienten zu steigern.

Sie können sich auch aktiv an Entscheidungen beteiligen, indem sie mittels digitalen Diensten Informationen einsehen, Fragen stellen und Rückmeldungen geben. Dies fördert eine patientenzentrierte Versorgung, in der die individuellen Bedürfnisse und Präferenzen des Einzelnen im Vordergrund stehen. Eine solche Form der Versorgung kann dazu beitragen, nicht nur die Effektivität der Behandlung zu verbessern, sondern auch die langfristige Beziehung zwischen Arzt und Patient zu stärken. So bleibt ein Gesundheitssystem, das nicht nur technologisch fortschrittlich, sondern auch menschlich ist.

KI außerhalb der Klinik

Auch außerhalb der Klinik ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz längst kein Zukunftsszenario mehr, sondern eine durchaus realistische Vision. Jeder kennt die Situation: Ein plötzliches Stechen im Arm, ein auffälliger Ausschlag im Gesicht – und sofort wird das Smartphone gezückt, um nach den Symptomen zu googeln. In diesen Momenten nutzen Menschen Algorithmen, um selbst eine erste Einschätzung über ihre Gesundheit einzuholen.

Ob durch soziale Netzwerke, Einkaufsverhalten oder das Nutzungsverhalten von digitalen Diensten – der Mensch hinterlässt überall digitale Spuren, die genutzt werden, um detaillierte Datenprofile zu erstellen. Diese Profile werden nicht nur genutzt, um vergangenes Verhalten zu analysieren, sondern zunehmend auch, um zukünftige Handlungen, Vorlieben und Bedürfnisse vorherzusagen. Unternehmen und Organisationen setzen hoch entwickelte Algorithmen ein, um Muster im Verhalten zu erkennen und basierend darauf gezielte Empfehlungen oder Entscheidungen zu treffen, die den individuellen Bedürfnissen scheinbar vorausgreifen.

Warum also nicht den nächsten Schritt gehen und Algorithmen entwickeln, die das Gesundheitsverhalten des Einzelnen kontinuierlich überwacht und analysiert? Ob es die regelmäßige Google-Suche nach spezifischen Symptomen oder das Erfassen ungewöhnlicher Essgewohnheiten ist – KI könnte all diese Informationen nutzen, um maßgeschneiderte Vorschläge zur Gesundheitsverbesserung zu generieren. Ein solcher Algorithmus könnte in der Lage sein, individuelle Verhaltensmuster zu erkennen und auf dieser Basis präventive Maßnahmen empfehlen. Beispielsweise könnte die KI bei häufigen Suchanfragen zu bestimmten Symptomen wie Magenbeschwerden oder Schlaflosigkeit Ratschläge zur Verbesserung der Ernährung oder des Schlafverhaltens geben. All dies ist technisch auch möglich, ohne die sensiblen Informationen zu kommerzialisieren und ungehindert mit Dritten zu teilen.

Die Potentiale dieser Technologie sind auch für Krankenkassen und das Gesundheitssystem als Ganzes enorm. Krankenkassen könnten durch den Einsatz von KI-basierter Analyse und Präventionsalgorithmen ihren Fokus verstärkt auf die Gesundheitsvorsorge legen. Indem sie Anreize schaffen, die zur Vorbeugung von Krankheiten beitragen, könnten sie nicht nur die allgemeine Gesundheit ihrer Versicherten verbessern, sondern auch langfristig Kosten senken. So wäre es denkbar, dass KI-Systeme rechtzeitig Warnungen ausgeben, wenn eine Person sich über einen längeren Zeitraum hinweg außerhalb normativer Gesundheitswerte bewegt – sei es durch erhöhten Stress, Bewegungsmangel oder ungesunde Ernährung.

Grenzen der technologisierten Medizin

In der modernen Medizin wird der Begriff der Krankheit zunehmend an objektiv festgelegte Grenzwerte geknüpft, die aus verschiedenen Untersuchungen und Analysen hervorgehen. Dies bedeutet, dass eine Person als krank gilt, wenn ein bestimmter Parameter wie der Blutdruck, der Blutzuckerspiegel oder ein anderer relevanter Laborwert eine festgelegte Schwelle überschreitet oder unterschreitet. Diese Grenzwerte sind oft das Ergebnis von umfangreichen statistischen Auswertungen und Forschungsergebnissen, die auf großen Datensätzen basieren. Der Körper wird so durch seine biologischen Kennzahlen definiert, und die Gesundheit wird in Zahlen messbar gemacht.

In diesem datenbasierten System besteht jedoch die Gefahr, dass der Mensch auf eine Ansammlung von Werten reduziert wird und individuelle Unterschiede weniger Beachtung finden. Was bedeutet es beispielsweise für einen Patienten, dessen Werte nur minimal von der Norm abweichen, der sich aber dennoch gesund fühlt? Oder wie verhält es sich mit denjenigen, deren subjektives Empfinden nicht durch objektive Messungen gespiegelt wird? Weiterhin müssen die verwendeten KI-Modelle transparent und robust sein. Bevor ein Verfahren in der Versorgung angewendet werden kann, muss sichergestellt sein, dass die Erfahrungswerte auf einer diversen Population basieren. Andernfalls können für unterrepräsentierte Gruppen fatale Fehleinschätzungen auftreten.

Die Grenzen werden deutlich sichtbar, wenn es um Aspekte des menschlichen Daseins geht, die sich schlicht nicht objektiv messen lassen, wie etwa Schmerzempfinden oder emotionale Zustände. Schmerz ist eine subjektive Erfahrung, die von Person zu Person stark variieren kann. Es existiert kein messbarer Wert, der das individuelle Empfinden exakt wiedergeben kann. Ebenso ist es mit Emotionen und psychischen Belastungen: Diese sind zwar tief in der menschlichen Erfahrung verankert, entziehen sich aber oft einer quantitativen Erfassung durch Zahlen oder Daten. Solche Unzulänglichkeiten werfen wichtige Fragen darüber auf, wie weit die Grenzen datenbasierter Diagnostik reichen und welche Rolle das subjektive Empfinden des Patienten in einer zunehmend objektivierten und technologisierten Medizin spielen sollte.

Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. **Felix Balzer** leitet das Institut für Medizinische Informatik der Charité - Universitätsmedizin Berlin und verantwortet die Digitalisierung der Krankenversorgung als Chief Medical Information Officer (CMIO).

Martin Peuker ist Chief Information Officer (CIO) der Charité - Universitätsmedizin Berlin und leitet den Geschäftsbereich IT.

Dr. phil. nat. **Iris Dahlhaus** ist Leiterin des Teams des Chief Medical Information Officers(CMIO) an der Charité - Universitätsmedizin Berlin und betreut die Schnittstelle zwischen Klinik und IT.

Dr.-Ing. **Elias Grünewald** ist Wissenschaftler am Institut für Medizinische Informatik der Charité - Universitätsmedizin Berlin und spezialisiert auf Medical Data Analytics.

„Schneller ins Tun kommen“

Schirmherr Klaus Werner über die Digital X

Herr Werner, wenn Sie an Deutschland und Digitalisierung denken, was kommt Ihnen da spontan in den Sinn?
Dass digitale Technologien wie Künstliche Intelligenz unsere Wirtschaft und Gesellschaft stark verändern werden. Und dass wir alle dafür verantwortlich sind, dass dies eine Entwicklung zum Besseren wird. Das geht nur gemeinsam.

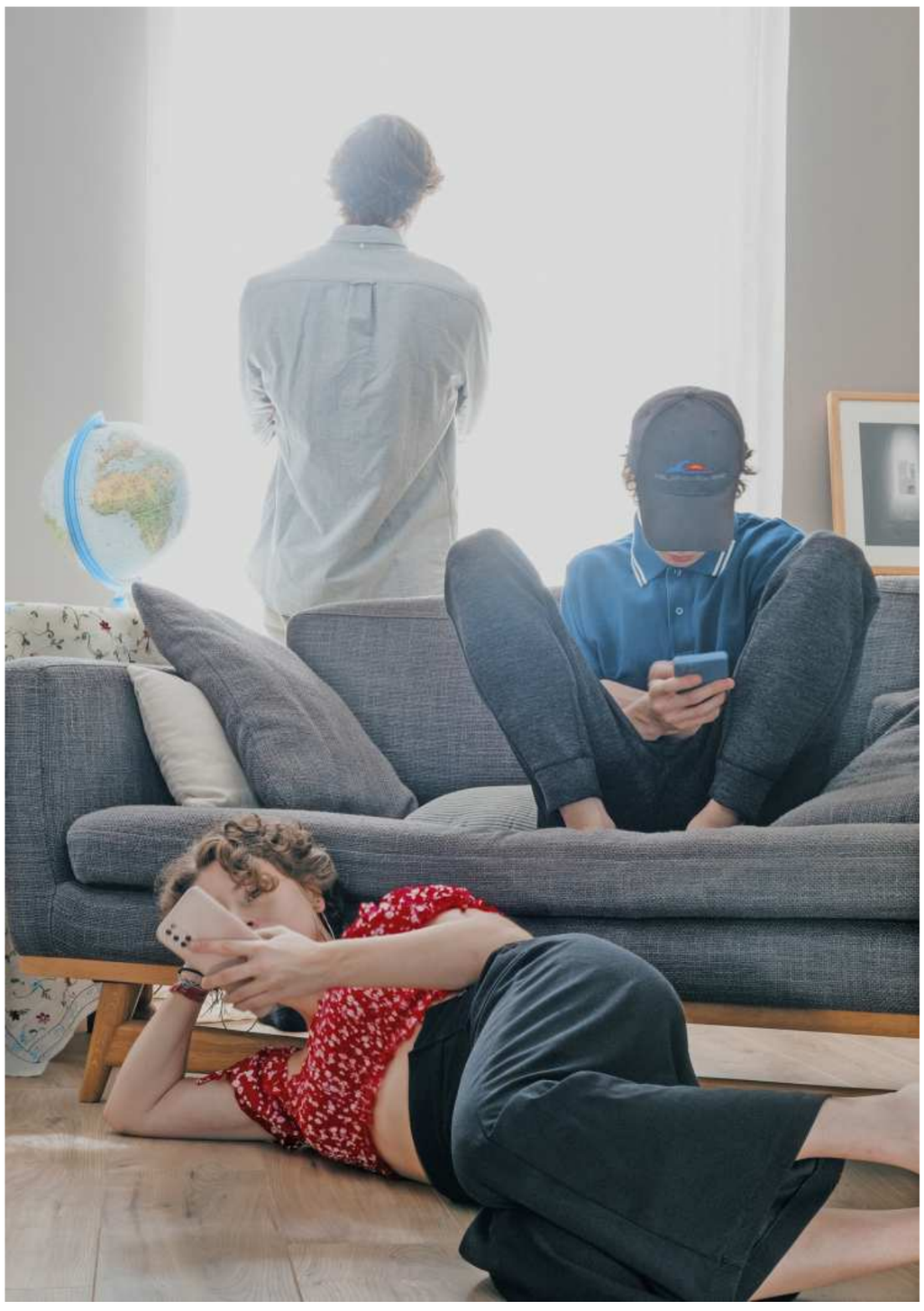
Wo stehen wir mit der Digitalisierung in Deutschland?
Natürlich gehören wir nicht zu den Klassenbesten in Europa. Das ist so, und das müssen wir ändern. Aber es gibt Tendenzen, die mich optimistisch stimmen. Aktuelle Zahlen aus dem neuen KfW-Digitalisierungsbericht zeigen eine erfreuliche Entwicklung: Der Anteil der mittelständischen Unternehmen mit abgeschlossenen Digitalisierungsvorhaben ist auf 33 Prozent gestiegen. Die Digitalisierungsausgaben sind mit 29,3 Milliarden Euro weiterhin hoch. Unsere Ideen waren jahrzehntelang unser wichtigster Rohstoff, nun bedroht der Fachkräftemangel unsere Innovationskraft. Wenn wir digital aufholen wollen, müssen wir umdenken: Anstatt alles allein machen zu wollen, sollten wir Partnerschaften schließen – mit anderen Unternehmen, mit Start-ups. Wir brauchen ein Innovationsökosystem im Mittelstand, um die digitale Kompetenz zu stärken. Deshalb öffnen wir mit der DIGITAL X auch unser internationales Partnernetzwerk – allein 300 unserer Partner sind auf der Messe mit von der Partie.

Die Themen KI, Cybersicherheit oder Energiewende beherrschen längst Regierungs- und Wirtschaftstreffen auf höchster Ebene. Wie hebt sich eine Spezialkonferenz wie die DIGITAL X ab?
Auch wenn die behandelten Themen ähnlich sind, bewegen wir uns bei den genannten Veranstaltungen doch auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Wir sprechen mit der DIGITAL X Unternehmen aller Größen und jeder Branche an. Wir diskutieren über die vier Megatrends Connected Business, die Zukunft der Arbeit, Security und Nachhaltigkeit. Aber wir wollen nicht nur reden, wir möchten vor allem handeln. In erster Linie versteht sich die Digitalisierungsmesse als Treffpunkt für Anpacker. Bei uns kommen Entscheider aus dem Mittelstand wie von großen Unternehmen zusammen. Wir demonstrieren, wie sich mit digitalen Lösungen konkrete Aufgaben lösen lassen: Wie zum Beispiel die Industrie mit digitalen Zwillingen – das können virtuelle Abbilder ganzer Fabriken sein – die Produktentwicklungszeiten verkürzen kann oder der Kundenservice mit „Conversational AI“ seine Beschäftigten entlastet. Die Praxis steht bei uns im Vordergrund. Als wir 2017 die Initiative ins Leben gerufen haben, haben wir uns gefragt: Wie kann Digitalisierung die Unternehmen voranbringen? Die Frage stellen wir uns immer wieder neu, auch wenn sich die DIGITAL X längst zu Europas führender Digitalisierungsinitiative entwickelt hat.

Brauchen wir für diese Erfahrungen wirklich noch so große Liveevents? Der digitale Austausch funktioniert doch.
Unbedingt. Denn, ja, wir haben in den letzten Jahren erfahren, wie schnell wir in der Digitalisierung vorankommen können, wenn wir durch die Umstände zu unserem Glück gewissermaßen gezwungen werden. Aber die extreme Zunahme digitaler Kooperation hat doch auch den Blick für die Qualität menschlicher Begegnungen geschärft. Trotz aller Vorteile der Digitalisierung gilt immer noch: Wer Kunden verstehen will, muss mit ihnen regelmäßig am selben Tisch sitzen. Im virtuellen Raum verpasst man schon mal die direkte Reaktion seines Gegenübers. Ein kurzer Schmunzler, ein leichtes Nicken, eine hochgezogene Augenbraue, ein stilles Einverständnis – das nimmt man in Onlinemeeting oft nicht wahr.

Mit Blick auf die nächsten zwei Jahre: Was ist Ihre größte technologische Hoffnung?
Ich baue darauf, dass wir die vorhandenen Technologien klug kombinieren. Denn dann erst entfalten sie ihre volle Wirkung. Wir brauchen als Basis Konnektivität und müssen alles dafür tun, sie gegen Angriffe abzusichern. Mit der Cloud optimieren Unternehmen ihre IT-Infrastruktur und sind damit in der Lage, die Möglichkeiten moderner Technologien wie KI auszuschöpfen. Wenn Sie so wollen, dann ist KI das Sahnehäubchen auf der Vernetzungstorte. KI lässt sich in alle Geschäftsprozesse integrieren, mit ihr können Unternehmen ihre Effizienz steigern. Natürlich benötigen wir nicht nur für KI, sondern auch für Robotik, Hyperautomatisierung oder das Internet der Dinge (IoT) eine leistungsfähige Dateninfrastruktur. Hier kommt Glasfaser ins Spiel – und die ist aus meiner Sicht unverzichtbar.

Und was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung?
Wir müssen viel schneller ins Tun kommen. Gegenwärtig diskutieren wir sehr viel über moderne Technologien, wägen ihre Chancen und Risiken ab, setzen aber zu wenig um: Da wünsche ich mir mehr Pragmatismus und entschlossenes Handeln. ala.



Der Umgang mit dem Smartphone ist in vielen Familien großes Thema.
Foto Vincent Migeat/VU/Laif

Das Nervensystem heißt Mobilfunk

Ob Straßenreinigungsroboter, Netzwerkschnittstellen oder eine Spar-App für Kinder: Erst durch Zusammenarbeit werden digitale Produkte richtig nützlich.

Von Jonas Jansen

Durch Köln fährt in diesen Tagen ein digitaler Helfer für die Stadtreinigung. „Butty“ heißt der Roboter, der Zigarettenstummel aufsammelt. Entwickelt hat ihn das dänische Unternehmen Capra Robotics, in Pilotprogrammen testet das Start-up seit einigen Jahren unterschiedliche Einsatzzwecke: So stellt der Roboter autonom Pakete zu, überprüft im Weinberg den Gesundheitszustand der Reben oder bringt auf Gehwegen im Winter Streusalz gegen Glätte aus. Und während der Digitalkonferenz DIGITAL X ist „Butty“ eben als Straßenreiniger unterwegs.

Für die Steuerung braucht es nämlich Mobilfunk – und manchmal auch ein Satellitennetz. Gerade bei kleinem Müll wie Zigarettenkippen muss der Roboter einen Punkt von vier Zentimetern ansteuern. Für solche Maßarbeit reicht das Satelliten-Navigationssystem GPS aber nicht aus, weshalb die Deutsche Telekom mit dem Unternehmen Swift Navigation zusammenarbeitet, um eine genauere Satellitennavigation bereitzustellen. Die Telekom ist der Netzpartner für Capra Robotics, weshalb dessen Roboter auch auf der Messe in Köln unterwegs ist.

Ausgedacht hat sich das Konzept der Unternehmensgründer Mads Bendt im Jahr 2014, eigentlich hatte er die Reifensteuerung für einen Rollstuhl entwickeln wollen. Bendt ist nämlich seit dem Jahr 1986 nach einem Unfall mit einem Drachengleiter von den Schultern abwärts gelähmt und sitzt selbst im Rollstuhl. Über die Jahre erkannte Bendt aber auch das Potential seiner Erfindung für die Robotik, weshalb er sich mit Niels Jul Jacobsen zusammenschloss, der zuvor schon ein Robotikunternehmen gegründet hatte. Als Investor von Capra gestartet, leitet Jacobsen das Unternehmen inzwischen als Vorstandschef, Bendt ist der Technikvorstand. Auf dem Markt sind erste Geräte davon seit dem Jahr 2022. Eingesetzt werden dürfte das Gefährt in Zukunft vor allem in der Logistik. „Unternehmen investieren massiv in die Optimierung ihrer Intralogistik, um den reibungslosen Materialfluss innerhalb der Produktionsanlagen zu gewährleisten. Ein Engpass entsteht jedoch beim Materialtransport zwischen den Produktionseinheiten“, sagt Lars Lee Hansen von Capra. So seien konventionelle Roboter gerade im Übergang vom Innen- zum Außenbereich oft überfordert. Die Folge: Paletten mit Waren werden oft manuell von A nach B bugsiert, was nicht nur Zeit kostet, sondern auch Personal bindet.

Lasten bis zu 500 Kilogramm kann der dänische Transportroboter ziehen und Ladungen bis 50 Kilogramm tragen. Kollisionen sollen mit einem KI-gestützten Navigationssystem mit Kamera vermieden werden. „Zuverlässiges 4 G und 5 G, punktgenaue Positionierung und kamerabasierte Navigation zusammen sorgen für Präzision“, sagt Hansen. Mithilfe eines Tracking-Systems soll auch der Roboterstandort stets überwacht werden können, und damit auch der Status der Waren. Mit 600 Partnern hat die Telekom dafür Roaming-Verträge geschlossen.

Die Netzbetreiber – und da ist es egal, ob sie Telekom, Vodafone, Telefonica oder 1&1 heißen – bauen mit ihren Antennenstandorten eine digitale Infrastruktur, auf der zahlreiche Geschäftsmodelle basieren. Mit dem Ausbau der 5-G-Netztechnik bekommt das Netz eine noch stärkere Softwarekomponente, als es in vergangenen Jahren der Fall war. Erst in der vergangenen Woche haben einige der größten Telekommunikationsbetreiber der Welt gemeinsam mit dem Netzwerkausrüster Ericsson ein neues Unternehmen gegründet.

Neben den in Deutschland tätigen Konzernen wie der Telekom, Vodafone und Telefonica sind auch Namen wie Verizon und AT&T aus Amerika oder Orange aus Frankreich dabei. Bemerkenswert ist das neue Unternehmen nicht nur, weil diese Netzbetreiber sonst meist erbitterte Konkurrenten sind, sondern auch weil der Zusammenschluss im besten Fall viel effizientere Geschäfte für Entwickler ermöglichen kann. Das neu gegründete Unternehmen soll nämlich Netzwerkschnittstellen, also sogenannte APIs, auf globaler Ebenen kombinieren und dann verkaufen. Diese Netzwerk-APIs brauchen Entwickler für verschiedenste Funktionen, die in Apps stecken: Das kann die Verifizierung von Finanztransaktionen zur Betrugsbekämpfung sein, oder der Test eines Gerätestatus, damit Streaming-Anbieter die Videoqualität dynamisch anpassen können.

Genauso können mit solchen Netzwerk-APIs die Standorte verifiziert werden, etwa wenn es Beschränkungen für Anwendungen in manchen Ländern gibt. Bislang mussten Entwickler diese Funktionen von jedem einzelnen Telekommunikationsanbieter in ihre Anwendungen integrieren, das konnten mitunter Hunderte verschiedene Schnittstellen sein. Das neu gegründete Unternehmen, an dem Ericsson 50 Prozent hält, und die elf Netzbetreiber die andere Hälfte, soll jetzt alle Schnittstellen zusammenführen, damit Anwendungen in jedem Netzwerk funktionieren.

Die weltweiten 5-G-Netze hätten viele Gemeinsamkeiten, unterschieden sich aber im Detail, sagt etwa Tanja Richter, die Technikchefin von Vodafone Deutschland. „Bildlich gesprochen gibt es nun einen sicheren universellen Steckplatz, der in allen 5-G-Netzen verfügbar ist. Es muss also nur noch ein einziger ‚Stecker‘ gebaut werden, der sich in jedem 5-G-Netz einsetzen lässt.“ Auch für die Telekommunikationsbranche bieten sich dadurch neue Geschäftsmodelle, weil noch mehr Entwickler angelockt werden dürften. „Wir ermutigen andere Telekommunikationsanbieter, sich anzuschließen, um dieses Ökosystem zu vergrößern und weiterzuentwickeln“, sagt der Telekom-Vorstandsvorsitzende Tim Höttges dazu.

Einer der charmantesten Vorteile von digitalen Produkten ist die einfachere Erweiterung solcher Ökosysteme. Wenn die grundsätzliche Bereitschaft zu Partnerschaften besteht, sind Schnittstellen schnell geschaffen, ob nun in Netzen oder zwischen Unternehmen. Das kann auch manchmal eine Erweiterung eines Geschäftsmodells sein, das am Ende auch wieder mit einem Mobilfunknetz zusammenhängt. Ein Beispiel dafür ist das Berliner Start-up Bling. Vor etwas mehr als zwei Jahren gegründet, hat sich Bling zunächst auf Familien und Finanzen konzentriert. Bekannt geworden ist das Start-up vor allem mit seiner Taschengeldkarte für Kinder. Mit dieser Prepaid-Karte können Kinder ab sieben Jahren selbständig bezahlen, Eltern können in einer App festlegen, wo die Karte funktioniert und welches Limit es für das Taschengeld etwa gibt. Schulden machen ist nicht möglich. „Ich fand immer, dass man in der Schule zu wenig über Geld und den Umgang damit lernt“, sagt Nils Feigenwinter, Ko-Gründer und Chef von Bling, im Gespräch mit der F.A.Z. In der finanziellen Bildung von Kindern soll die Plattform helfen. Im Supermarkt sehen sie schließlich, wie Mama oder Papa die Karte einfach benutzen und sich alles kaufen können. Gleichzeitig ist für Kinder wichtig, auch das Sparen zu lernen und zu verstehen, dass man sich nicht alles sofort kaufen kann.

Der Unterschied zu einem klassischen Taschengeldkonto etwa von einer Sparkasse ist die App, die Bling entwickelt hat. Dort gibt es eine Variante mit dem Überblick für Eltern – und eine für Kinder, in der sie Sparziele setzen und ihr eigenes Taschengeld verwalten können. 2,99 Euro kostet die Sparkarte pro Kind im Monat. Wichtig sei es, keine versteckten Gebühren in der App zu haben. Denn grundsätzlich lässt sich die Bling-Plattform gut monetarisieren. „Wir sehen, dass die Zahlungsbereitschaft von Familien hoch ist. Wenn eine Familie viel Zeit und Nerven spart, hat das einen Wert“, sagt Feigenwinter.

Das transparente Preismodell sei auch deshalb wichtig, weil die Bling-Plattform schließlich dabei helfen solle, einen Überblick in die Familienfinanzen zu bringen. „Das gibt Eltern Sicherheit. Und da haben wir ein sehr starkes Alleinstellungsmerkmal“, sagt Feigenwinter. „Ich würde sagen, wir sind das Techunternehmen, das Familien am besten kennt.“ Rund 150.000 Familienmitglieder aus mehr als 50.000 Familien zählt Bling auf seiner Plattform. Im Juni hat das Start-up eine Finanzierungsrunde über 12 Millionen Euro abgeschlossen, zu den Investoren gehören der Venture- Capital-Fonds General Catalyst und Peak, in kleinerem Umfang auch Business Angels wie die Unternehmerinnen Verena Pausder und Lea-Sophie Cramer oder der ehemalige Fußballprofi André Schürrle. Auf Bankenseite arbeitet Bling mit Instituten wie der Société Générale oder BNP Paribas zusammen. Der Jahresumsatz ist laut Gründer Feigenwinter „siebenstellig“, ob er näher an der 1 oder an den 9 Millionen Euro liegt, will er nicht sagen. Feigenwinter, der mit seinen 24 Jahren selbst noch keine Kinder hat, mangelt es nicht an Ideen für weitere Produkte auf der Plattform. So bietet Bling in Zusammenarbeit mit der Telekom auch einen Mobilfunktarif an. „Wir haben gesehen, dass es ein Wunsch von Familien ist, auch in diesem Bereich mehr Klarheit zu bekommen.“

Den Kindern und Jugendlichen geht es dabei vor allem um das Datenvolumen für ihre Lieblings-Apps, den Eltern darum, Kontrolle darüber zu haben, was ihre Kinder mit ihren Smartphones anstellen können. Diskussionen über Bildschirmzeit und Familienfreigaben auf Geräteebene sind für viele Familien Standard. „Die meisten Eltern sind im ersten Schritt überfordert, was Medienkompetenz angeht. Deshalb geben wir auf unserer Plattform auch Tipps“, sagt Feigenwinter. Da kann es um die Bildschirmzeit gehen, oder wie man sein Datenvolumen richtig einteilt. So gibt es in der Mobilfunk-App in der Kindervariante auch einen direkten Knopf zum Sorgentelefon.

Solche Angebote sind dem Start-up wichtig, auch um Vertrauen aufzubauen bei Familien. Schon etwas länger hat Bling ein sogenanntes Education Board. Das ist mit externen Fachleuten mit Finanzwissen und pädagogischer Expertise besetzt, es berät das Unternehmen. Damit die Tipps sowie auch die Entwicklung neuer Funktionen fundiert sind. „Was im Start-up als erste Idee cool klingt, ist nicht immer pädagogisch wertvoll“, sagt Feigenwinter.

Die durch die Spar-App aufgebaute Beziehung zu Familien hat dazu geführt, dass Bling auch mit der Mobilfunk-Plattform innerhalb weniger Wochen auf eine vierstellige Zahl von Nutzern gekommen ist. Auch für die Telekom scheint die Partnerschaft einen Vorteil zu haben, sind Familienverträge doch für Telekommunikationsunternehmen lohnende Kunden – einmal, weil es Bündelpakete gibt, die den Umsatz erhöhen, und, zweitens, dadurch schon früh eine gewisse Markentreue aufgebaut wird.

Bei Bling etwa kostet der Tarif mit 12 Gigabyte Datenvolumen 10 Euro im Monat und ist monatlich kündbar. Für jedes zusätzliche Familienmitglied gibt es Datenvolumen extra. Die Vermarktung über eine unter Familien beliebte Plattform hat zudem den Vorteil, dass die Kosten für die Kundengewinnung für den Netzanbieter geringer sind. „Bei Mobilfunkverträgen herrscht normalerweise ein Verdrängungswettbewerb, da viele Kunden bereits bestehende Verträge haben“, sagt Feigenwinter. „Wir decken jedoch eine Zielgruppe ab, die das erste Handy bekommt.“

Sind wir vor Cyberattacken gut genug geschützt?

Welchen Bedrohungen deutsche Unternehmen und Behörden ausgesetzt sind. Und wie sie sich dagegen wehren können.

Von Peter Neuhauser

Die Anzahl, die Intensität, aber auch die Qualität von Cyberangriffen auf Unternehmen oder staatliche Umgebungen befinden sich auf einem hohen Level – und sie nehmen weiter zu. Geopolitische Ereignisse wie die Krisen in Osteuropa und im Nahen Osten wirken hier als Verstärker. Diejenigen, die für die IT-Sicherheit in Unternehmen und Behörden verantwortlich sind, müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, ob und wie gut sie gegen Cyberattacken geschützt sind. Dabei hängt das Maß an Sicherheit von mehreren Faktoren ab: Von der Art der Bedrohung, den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen, aber auch dem Faktor Mensch. Zur allgemeinen Bedrohungslage muss festgestellt werden, dass sich die Cybersecurity-Landschaft in ständiger Bewegung befindet und die Bedrohungen immer komplexer werden.

Die gegenwärtigen Bedrohungen lassen sich in fünf Kategorien einteilen:

1 DDoS (Distributed Denial of Service): DDoS-Angriffe sind Überlastungsangriffe auf Netzwerke, Server oder Computer mit dem Ziel, deren Dienste durch massenweise Nutzung auszubremsen oder zu sabotieren.

2 Social Engineering, Phishing und Identitätsdiebstahl: Beim sogenannten Social Engineering nutzt der Angreifer das weiterhin schwächste Glied in jedem IT-Ökosystem, den Anwender. Durch gezielte Manipulation der Person, häufig unterstützt durch Phishing-Kampagnen, wird diese verleitet, dem Angreifer Informationen zur Verfügung zu stellen, die dieser wiederum nutzt, um in einen Computer oder gleich in ein ganzes Unternehmensnetzwerk einzudringen, um sich dort auszubreiten.

3 Malware und Ransomware: Malware ist eigens präparierte Software, deren Zweck es ist, in Systeme einzudringen, um dort Informationen zu stehlen oder Daten zu manipulieren. Die hierbei gefährlichste Unterform Ransomware verschlüsselt in den gekaperten Systemen die Daten, um den legalen Zugriff darauf zu verhindern – und im Anschluss gegen die Zahlung von Lösegeld freizupressen. Häufig geht Ransomware inzwischen einher mit dem Verkauf der Daten in kriminellen Marktplätzen (Extortion).

4 Schwachstellen (Vulnerabilities): Über Schwachstellen in Software oder in Systemen verschaffen sich Angreifer Zugang hierzu, um Daten zu stehlen oder zu manipulieren.

5 Lieferkettenangriffe (Supply Chain Attacks): Bei Lieferkettenangriffen verschafft sich der Angreifer keinen Zugang zu den Unternehmensnetzwerken, sondern er manipuliert die Lieferkette von Software- oder Komponentenlieferanten. Der Endkunde setzt im Vertrauen auf die Integrität seines Lieferanten diese befallenen Komponenten schon vom Ladentisch her ein.

Bundeswehrsoldaten bereiten sich in Kooperation mit Unternehmen und Soldaten aus Singapur während einer Übung auf Hackerangriffe des gegnerischen Teams vor.

Foto Domenic Driessen

Angriffe passieren in der Regel nicht losgelöst durch einzelne der beschriebenen Vektoren, sondern in Kombination dieser Vektoren – das bedeutet, die Angriffsszenarien sind inzwischen nahezu immer hybrid. Die Angreifer können im Einzelfall jederzeit zwischen den Methoden variieren.

Dieser hybriden Angriffsmaschinerie kann nur mit einem Mix aus Sicherheitsvorkehrungen begegnet werden. Und es ist selbstverständlich unerlässlich, ein aus mehreren Verteidigungslinien bestehendes Netz an technischen Maßnahmen verfügbar zu haben, das die einzelnen Komponenten einer Unternehmens-IT adäquat schützt. Hier gibt es sicher keine Patentlösung, weil die IT-Architekturen je nach Unternehmen variieren. Der IT-Grundschutz des BSI liefert aber einen umfangreichen Werkzeugkasten an Grundlagen und Methoden, der auf die jeweiligen Bedürfnisse adaptiert werden kann.

In Deutschland wird immer stärkerer Wert auf institutionelle Sicherheit gelegt. Die sogenannte KRITIS-Rechtsverordnung – und hoffentlich bald auch NIS2 – regelt den Schutz kritischer Infrastrukturen, in die zum Zwecke der nationalen Cyberabwehr per se stärker zu investieren ist. Man sollte sich aber immer bewusst sein, dass genau solche Infrastrukturen das primäre Ziel von Cyberakteuren sind, deren Absicht nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Störung der öffentlichen Ordnung ist.

Weil der Mensch nach wie vor das schwächste Glied in der Verteidigungskette ist, kommt der Schaffung von Bewusstsein (Awareness) in Organisationen eine immer größer werdende Bedeutung zu. Sicherheitsbewusstsein ist ein immer entscheidenderer Faktor, um Cyberangriffe zu verhindern oder deren Wirkung zumindest abzuschwächen. In der Wahl der Methoden zur Bewusstseinsschärfung darf es eigentlich keine Einschränkungen mehr geben, weil davon auszugehen ist, dass die Angreifer immer stärker diesen für sie bequemen Weg gehen, um sich Zugriff auf Daten oder Systeme zu verschaffen. Alle sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Angreifer keinerlei Rücksicht auf mögliche Befindlichkeiten innerhalb ihres Angriffsziels nehmen.

Ein weiteres Instrument im Werkzeugkasten der Verteidigung sind die Vernetzung und der Zusammenschluss in Allianzen. Es ist davon auszugehen, dass die Angreifer äußerst gut vernetzt sind. Aufseiten der Unternehmen und Behörden ist immer noch zu verspüren, dass erfolgreiche Cyberangriffe Scham oder Verlustängste auslösen. Ein offener Umgang mit solchen Ereignissen – gern im sicheren Raum mit Gleichgesinnten – ist jedoch die weitaus bessere Methode als deren Totschweigen. Einer erfolgreich angegriffenen Firma kann eigentlich nichts Schlimmeres widerfahren, als die Veröffentlichung des Angriffs auf den sattsam bekannten Kanälen der Cyberakteure.

Zu solchen Netzwerken gehören nicht nur die Unternehmen und Behörden, die mit ihren IT-Angeboten an der vordersten Front stehen, sondern auch die Hersteller von Security-Lösungen und die gewerbsmäßigen Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen. Es sind schließlich die täglich fließenden Daten der Kundinnen und Kunden in die Telemetrie-Systeme dieser Unternehmen, welche die ständige Aktualisierung von Security-Lösungen gewährleisten und diese dadurch wertvoll machen. Leider kommt es noch viel zu häufig vor, dass die Anbieter nur die Nutzung ihrer Systeme im Fokus haben und nicht den Austausch von Bedrohungsinformationen mit ihren Kunden. Hier besteht Nachholbedarf.

Alle bisher aufgezeigten Maßnahmen erhöhen die Resilienz durch verbesserte Prozesse, Technologien und Visibilität. Schließlich geht es schon lange nicht mehr darum, erfolgreiche Angriffe völlig zu verhindern. Jeder sollte sich bewusst sein, dass es Wunschdenken ist, für alle Zeiten vor Einschlägen gefeit zu sein. „Assume Breach" ist hier das Schlagwort – proaktive Maßnahmen zur Verteidigung bekommen immer stärkere Bedeutung. Positiv zu vermerken ist hier die Entwicklung bei zumindest einigen Spielern auf dem Spielfeld, Dienstleistungen und Lösungen anzubieten, die den Kunden in die Lage versetzen, im Fall des Falles schnell auf adäquate Unterstützung zurückgreifen zu können.

Inzwischen werden auch Cyber-Security-Defense-Dienste oder sogenannte Retainer-Services angeboten, und sind auch erschwinglich. Hier wird gemeinsam zwischen den Unternehmen oder Behörden und den Dienstleistern regelmäßig anhand der echten Kundenumgebung der Ernstfall geübt – basierend auf Szenarien, die tatsächlich schon geschehen sind. Ergänzen kann man solche Maßnahmen noch um sogenannte „Breach & Attack Simulation"-Lösungen, die mithilfe automatisierter Tools und Techniken reale Cyberangriffe simulieren.

Der hier beschriebene Wettstreit zwischen Angreifern und Verteidigern ist ein nicht endender Prozess. Die technologische Entwicklung, die eigentlich völlig anderen Zwecken dienen sollte, wird natürlich auch in diesem Bereich verwendet. Künstliche Intelligenz und das maschinelle Lernen werden sowohl von Verteidigern als auch von Angreifern eingesetzt.

Während diese Technologien helfen können, Bedrohungen schneller zu erkennen, können sie auch von Angreifern genutzt werden, um raffiniertere Angriffe zu starten. Die Ressourcen aufseiten der Verteidiger sind leider häufig deutlich endlicher als die aufseiten der Angreifer. Daher ist es bedeutsam, dass diese Methoden – ergänzt um ein möglichst optimales Maß an Automatisierung bei der Vorfallserkennung und Vorfallsreaktion – Einzug in die IT-Security der Unternehmen halten. Darüber hinaus müssen neue Prinzipien wie zum Beispiel Zero Trust in die Cyber-Security-Strategien der nächsten Jahre integriert werden.

Kommen wir zum Schluss noch einmal zum Faktor Mensch – dieses Mal allerdings nicht als schwächstes Glied, sondern als Säule der Verteidigung der Kronjuwelen einer Organisation: Es gibt nicht den einzigen und richtigen Zeitpunkt, die Entscheidung zu treffen, ob man in eigenes Personal investiert, um die Cyberabwehr zu bestreiten, oder ob man sich hier der Möglichkeiten des Marktes bedient – wichtig ist nur, dass es geschieht.

Diese Entscheidung basiert sicherlich auf vielen individuellen Faktoren. Hat sich ein Unternehmen entschieden, hier auf eigenes Personal zu setzen, müssen die organisatorischen und personellen Maßnahmen ergriffen werden, um dieses Personal in die Lage zu versetzen, die notwendigen Maßnahmen auch durchsetzen zu können. Eine Verankerung der Cybersicherheit direkt unterhalb der Geschäftsführung ist eigentlich alternativlos, um die erforderliche Organisationsgewalt ausüben zu können.

Ebenso unerlässlich ist während der Personalauswahl die Berücksichtigung der definitiv sehr spezifischen Anforderungen an das Wissen und an die Soft Skills der Beschäftigten. Ein moderner „Cyber-Warrior" muss wissen und verinnerlichen, wie die Angreifer ticken. Hierfür bedarf es eines hohes technisches Verständnisses, einer ausgeprägte Resilienz sowie Neugier und Enthusiasmus. Cybersicherheit ist kein „Nine-to-five-Job".

Berücksichtigt man all diese Faktoren ist die Antwort auf die Frage, ob wir gut genug geschützt sind, differenziert: In einigen Bereichen sind erhebliche Fortschritte erzielt worden, aber das Risiko bleibt hoch, und eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Umso wichtiger ist es, dass sowohl Institutionen als auch Einzelpersonen kontinuierlich in ihre Cyberabwehr investieren und sich der neuesten Bedrohungen bewusst sind.

Peter Neuhauser ist Bereichsleiter für die operative IT-Security im IT-Systemhaus der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Wie die Digitalisierung Deutschlands gelingt

Die einen malen schwarz, die anderen färben schön und die nächsten regulieren: Die Digitalisierung hängt im Spagat. Da hilft nur: Pragmatismus. *Von Tim Höttges*

Alles verändert sich, wenn du es veränderst." Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch an diesen Song von Ton, Steine, Scherben. Er hat ein halbes Jahrhundert auf dem Buckel, aber wir könnten ihn auf der DIGITAL X, der größten Digitalisierungsmesse Europas, immer noch singen. Denn genau darum geht es: Um Veränderungsbereitschaft, um Veränderung – kurz: ums Machen. Darum, ganz pragmatisch die Chancen zu nutzen, die uns moderne Technologien wie Künstliche Intelligenz oder das Internet der Dinge eröffnen.

Digitalisierung macht einen Unterschied: In unseren Unternehmen, in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Technologie ist schon lange reif. Von der Cloud, von KI, vom Internet der Dinge, vom Industrial Metaverse oder von Instrumenten für die Cybersicherheit. Sie können die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Sie erlauben neue Produkte und neue Geschäftsmodelle und im Idealfall sogar neue Märkte. Wie nötig das ist, erleben wir aktuell. Die Produktivität sinkt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sinkt. Darum müssen wir gegensteuern. Und jeder kann bei sich selbst anfangen.

Wo bitte bleibt das Positive?

Pragmatismus bedeutet dabei, den Finger nicht nur in die Wunde zu legen. Sondern auch auf das Erreichte zu blicken. Auch in der Digitalisierung gibt es erfolgreiche Beispiele. Das taugt nicht immer für Schlagzeilen. Aber es taugt für erfolgreiches Unternehmertum. Etwa, wenn LESER, Europas größter Hersteller für Sicherheitsventile, auf KI-gestützte Textanalyse setzt, um seine Auftragseingänge automatisiert, schnell und fehlerfrei zu bearbeiten. Oder wenn die DLG, die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, auf ihren Fachmessen den KI-Simultanübersetzer „transcribby AI" nutzt, der das gesprochene Wort in Echtzeit aufnehmen, verarbeiten und in mehr als 100 Sprachen übersetzen kann – und auf diese Weise auch die Inklusion von Menschen mit Höreinschränkungen fördert. Oder wenn wir mit Autoherstellern Fabriken als digitalen Zwilling bauen. Fabriken, in denen vorab getestet werden kann, wie sich Änderungen im System in der Realität auswirken. Und wo Fehler im laufenden Prozess erkannt werden. Das ist digitales Vorbeugen statt analoges Nachsehen.

Manches mag klein erscheinen. Aber wenn der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist, muss gerade auch der Mittelstand mithilfe digitaler Techniken seine Geschäftsmodelle verbessern. Hinzu kommt: Digitalisierung ist vielleicht nicht immer der Big Bang. Sondern es ist: Klein anfangen – groß machen. Das Stichwort lautet „Skalierung". Darum sage ich auch: Wir stehen nicht nur auf vielen Feldern erst am Anfang. Sondern es fehlen auch immer noch viele Anfänge.

Der KI-Studie 2024 der Unternehmensberatung Deloitte zufolge erwarten 91 Prozent der deutschen Unternehmen eine Produktivitätssteigerung durch den verbreiteten Einsatz von generativer KI. Warum nutzt dann nicht nahezu jedes Unternehmen KI? Weil 35 Prozent die Einhaltung regulatorischer Anforderungen Schwierigkeiten bereitet. Weil 25 Prozent keine geeigneten „Use-Cases" im Unternehmen identifizieren können. Weil 29 Prozent das Risikomanagement für problematisch halten. Wir klopfen uns in Europa für den AI Act oder in Deutschland für die DSGVO auf die Schultern – und verkennen vielleicht, dass wir die Regeln und andere das Geschäft machen?

KI in Europa: Regulierung bremst Chancen

Leider lässt sich wirtschaftlicher Erfolg nicht herbeiregulieren. Sonst stünden wir ganz vorn. Und nicht die USA oder China. Aber – auch das zeigen die beiden Länder – industriepolitische Akzente kann und muss der Staat setzen. Das ist ein weites Feld. Drei Punkte sind gleichwohl wichtig:

Erstens eine europäische Kapitalmarktunion, damit wir die notwendigen Investitionen in die Transformation der Wirtschaft stemmen können. Dabei geht es auch um die Finanzierung von Start-ups.

Zweitens eine erfolgreiche Energiewende, damit wir auch energieintensive Industrie in Europa halten können. Energiewende bedeutet dabei: Sowohl Energieerzeugung als auch Energieverteilung. Netze müssen neuen Anforderungen, wie sie etwa die dezentrale Energieerzeugung oder die Elektromobilität erfordern, auch standhalten. Dazu gehört ebenfalls, dass Unternehmen ihre eigene Energieeffizienz erhöhen. Und so ausgleichen, was anderswo an neuer Nachfrage entsteht.

Drittens brauchen wir Reformen in den Verwaltungen. Ich treffe viele Politiker, die das Herz am richtigen Fleck haben. Sie wollen das Richtige. Und übrigens kann es auch hier nicht schaden, den Blick gelegentlich auf das Erreichte zu lenken, etwa auf die digitale Patientenakte. Aber auch die Politik ist gefangen in Systemen, Abhängigkeiten und Zuständigkeiten. Sie braucht Behörden, die sicherstellen, dass das, was politisch gewollt ist, auch effizient umgesetzt werden kann.

Eine bundesweit einheitliche, breit genutzte digitale ID, etwa auf Basis der Steueridentifikationsnummer, wäre ein sinnvoller Schritt. Weil auf dieser ID nicht nur Verwaltungen, sondern auch Unternehmen Dienste und Dienstleistungen aufbauen können. Momentan behelfen sich viele Unternehmen – etwa Banken – zum Beispiel mit dem Video-Ident-Verfahren. Aber selbst das lehnen viele Datenschützer für Verwaltungsakte als zu unsicher ab. Eine einheitliche ID würde schon bei diesem kleinen Beispiel zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Jedenfalls wäre das pragmatisch.

Und Pragmatismus braucht es auch, wenn es um KI geht. Natürlich steht für mich außer Frage, dass wir der Künstlichen Intelligenz einen Rahmen geben müssen. Wir müssen sie mit unseren Werten in Einklang bringen – aber ohne die Chance auf Wertschöpfung von vornherein zu ersticken. Die Telekom hat schon im Jahr 2018 Leitlinien für Künstliche Intelligenz formuliert, denen wir uns verpflichtet fühlen. Dennoch habe ich im vergangenen Jahr zu den rund 100 Managerinnen und Managern gehört, die davor gewarnt haben, generative KI zu streng zu regulieren. Wenn wir solche Systeme schon nicht selbst erfinden, dann können und sollten wir ihre Anwender sein. Im Telekom-Konzern findet sich KI längst überall in der Wertschöpfungskette. Von der Planung und dem Ausbau der Netze über deren Betrieb bis zur Netzsicherheit und natürlich auch im Service, der dadurch besser wird und gerade deshalb „menschlich" ist.

Der AI Act verpflichtet Unternehmen nun zu umfangreichen Risikoanalysen. Wie sollen das kleine Betriebe und Start-ups stemmen, die dafür nicht das nötige Personal haben? Ich habe die Sorge, dass dieser Aufwand viele Unternehmen davor zurückschrecken lässt, sich intensiv mit den Potentialen von KI zu beschäftigen – und deshalb enorme Chancen verschenken, weil sie Aufwand und Risiko scheuen.

375 Vorschriften allein im Maschinenbau

Regulierung ist natürlich nicht per se schlecht. Schließlich macht ein verlässlicher Rahmen gemeinsames Wirtschaften leichter. Aber braucht zum Beispiel der Maschinenbau tatsächlich 375 Regelungen auf Bundesebene? Die Zahl hat kürzlich Karl Haeusgen, der Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), genannt. Diese Regelungen, so rechnet er vor, verursachten in seiner Branche Bürokratiekosten von bis zu drei Prozent des jeweiligen Firmenumsatzes. Das entspricht den durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Ich habe nichts gegen Bürokratie. Aber wir erleben zu viel Bürokratismus. Das ist schädlich.

Wahr ist aber auch: Unternehmertum bedeutet immer, aus dem gegebenen Rahmen das Beste herauszuholen. Ein schwieriger Rahmen entbindet nicht von dieser Aufgabe. Gelegentlich hilft dabei, Scheuklappen aufzuziehen, sich nicht anstecken zu lassen von der negativen Stimmung um einen herum. Sondern seine Strategie durchziehen.

Das wiederum erfordert auch eine stärkere Leistungskultur. Unser Potentialwachstum ist von im Schnitt 2,5 Prozent in der Siebzigerjahren auf 0,5 Prozent zurückgegangen. Das sinkende Arbeitsvolumen – unter anderem aufgrund der demographischen Entwicklung – wird das Problem verschärfen. Da hilft nicht, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland niedriger liegt, als in den meisten anderen europäischen Ländern. Nur 22 Milliarden Euro haben ausländische Unternehmen 2023 in Deutschland investiert. So wenig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Auch aufgrund der höheren Steuerquote. Und perspektivisch vielleicht, weil die politische Stabilität schwindet – bislang ein wichtiger Standortfaktor. Das zeigen auch die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen.

Pragmatismus als Leitmotiv

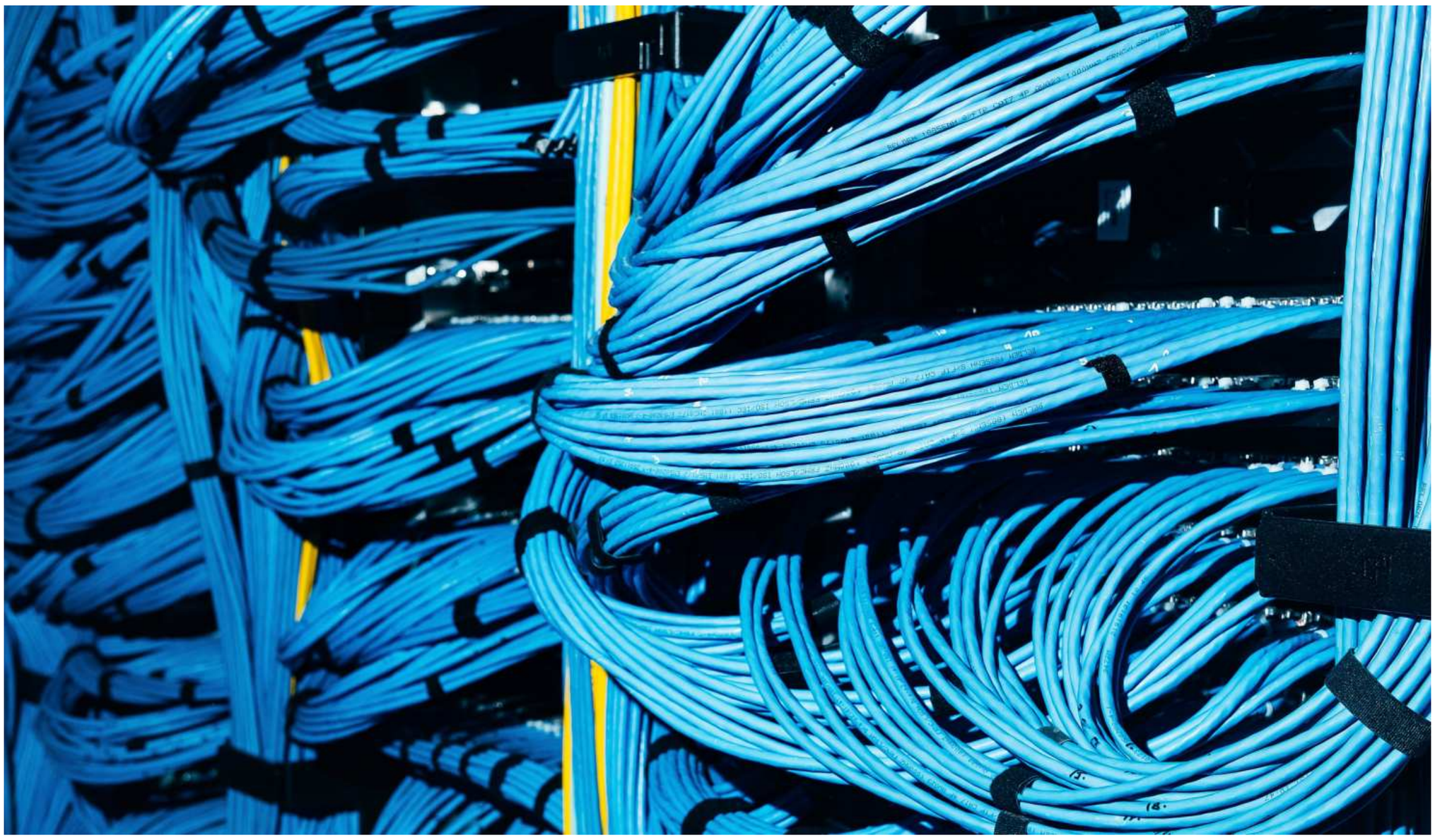
Der Standort Deutschland muss also investitionsfreundlicher werden. Denn wir brauchen Wachstum. Nur Wachstum sichert Wohlstand. Und in der zweiten Ableitung stützt Wachstum auch die Demokratie. Wenn ich mich mit Unternehmerinnen und Unternehmern unterhalte, dann führen sie viele gute Gründe an, warum sie noch nicht so digital unterwegs sind, wie sie es wollten und sollten. Ich kenne das auch. Auch Telekommunikationsunternehmen haben mit Hindernissen zu kämpfen.

Nur ein Beispiel: Niemand möchte während eines Telefonats in ein Funkloch geraten. Dennoch gibt es lange Diskussionen um jeden Mobilfunkmast, den wir aufstellen möchten. Mit Bürgerinitiativen, mit Denkmalschutz- oder Bau- und Umweltämtern. Wir sehen das pragmatisch: Suchen den Dialog, klären auf, werben, prüfen Alternativen, bauen irgendwann doch. Und wünschten zugleich, es wäre leichter, schneller, pragmatischer. Das gilt sicher auch für die Stromnetze.

Wir, die Deutsche Telekom, wollen die Zukunft Europas mit Technologie und angewandten Innovationen absichern. Wir Telekommunikationsunternehmen müssen uns um Cybersicherheit genauso kümmern wie um Konnektivität, müssen das Internet der Dinge ermöglichen, und das Industrial Metaverse in unseren Fabriken. Wir wollen KI-Lösungen anbieten, die auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten sind. Nur so lassen sich unsere traditionellen Stärken etwa in Maschinenbau und Handwerk ausbauen. Die Telekom hilft Unternehmen dabei, digitale Lösungen für ihre jeweiligen Geschäftsmodelle zu identifizieren und in die Praxis zu bringen.

Moderne Technologie ist längst „Ready for Impact". Zeigen wir, dass wir es auch sind. Denn alles verändert sich, wenn wir es verändern.

Tim Höttges ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom.



Da haben wir den Kabelsalat: Gerade in Frankfurt am Main entstehen immer mehr Rechenzentren.
Foto Ilkay Karakurt

Reicht der Strom?

Rechenzentren rödeln rund um die Uhr. Den nötigen Strom zu bekommen wird zur Herausforderung für die Digitalisierung – das liegt auch an Deutschlands Infrastruktur.

Von Nina Müller

Alle wollen in die Cloud. Anwaltskanzleien, große Fahrzeughersteller, aber auch Stadtbibliotheken streben danach, ihre Daten digital besser zu verwalten – und daraus die besten Erkenntnisse zu gewinnen. Rechenzentren sind die Fabriken dieser digitalen Ökonomie. Dass die Nachfrage nach Rechenleistung steigt, wird am wachsenden Stromhunger der Rechenzentren deutlich. Vor zwei Jahren lag ihr Stromverbrauch bei 17,9 Milliarden Kilowattstunden (KWh) pro Jahr. Fachleute des Borderstep Institutes gehen davon aus, dass deutsche Rechenzentren nach aktuellem Trend im Jahr 2030 mehr als 26 Milliarden kWh benötigen könnten. Mit derselben Menge an Strom würde das gesamte Land Luxemburg mehr als vier Jahre lang über die Runden kommen.

Neben den allgemeinen Bestrebungen vieler Unternehmen, digitaler zu werden, wächst weltweit die Nachfrage nach Künstlicher Intelligenz. Sie bringt neuen Schwung in viele Branchen, die hoffen, so ihre Produktivität zu steigern. Der Durchbruch der KI ist nur möglich, weil heute alle Parameter stimmen: Die Sprachmodelle und Chiptechnologien haben sich mit der Zeit so deutlich verbessert, dass die Ergebnisse dieser jahrzehntelangen Forschung nun der breiten Masse zugänglich gemacht werden können – zum Beispiel in Form von ChatGPT. Gleichzeitig sind dafür intensive Rechenprozesse nötig. Dem Papst mithilfe der KI in einem Bild eine Designerjacke zu verpassen verbraucht in etwa so viel Strom, wie ein Smartphone zur Hälfte aufzuladen. Und ein KI-Modell wie GPT-3 zu trainieren gleicht einem 185 Jahre langen Serienmarathon auf Netflix.

Die KI lernt schnell

„Wir stehen beim Thema Künstliche Intelligenz gerade noch am Anfang“, sagt Ralph Hintemann, der am Borderstep Institut die Nachhaltigkeitspotentiale der Digitalisierung erforscht. „Und die Anwendungsmöglichkeiten sind riesig. Wir machen jetzt oft gerade einmal Bilder mit KI. Wenn wir in Kürze immer mehr Videos mit KI erstellen, brauchen wir noch deutlich mehr Rechenleistung.“ Und die Modelle lernen schnell. Aus Händen mit sechs Fingern und grotesken Proportionen wurden innerhalb weniger Monate realistische Bilder, die auf den ersten Blick kaum noch von echten Fotos zu unterscheiden sind. Das auch in Videoform umzusetzen ist das nächste Ziel. Open AI, das berühmte KI-Unternehmen hinter ChatGPT, arbeitet zurzeit an einem Werkzeug namens Sora. In Zukunft sollen damit filmreife Videos aus der Eingabe von Textbefehlen entstehen. Immer mehr KI-Unternehmen, Sprachmodelle und Anwendungsfelder schießen wie Pfifferlinge aus dem Boden. „Untersuchungen schätzen, 20 Prozent des Energieverbrauchs der KI belaufen sich auf die Modellbildung und das Training. 80 Prozent auf die Anwendung“, sagt Hintemann.

Dass Unternehmen immer digitaler werden und die Anwendungspotentiale der KI zunehmen, befeuert die Nachfrage nach Strom. Das gilt insbesondere in den USA, wo die großen KI- und Technologieunternehmen sitzen. Amazon, Google und Microsoft schließen schon Langzeitverträge mit Anbietern für Atomstrom wie Duke Energy ab, um sich genügend Energie für die vielen Rechenprozesse zu sichern. Im März dieses Jahres kaufte Amazon Web Services (AWS) ein Rechenzentrum in Pennsylvania, das seinen Strom direkt vom benachbarten Kernkraftwerk Susquehanna von Talen Energy bezieht. Gleichzeitig treiben die großen amerikanischen Unternehmen den Bau von Rechenzentren voran, die mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden. Microsoft will zum Beispiel zusammen mit dem arabischen KI-Unternehmen G42 Rechenzentren in Kenia errichten, die mit Geothermie betrieben werden. Denn in der Region des Hell's Gate National Parks steigen vulkanische Dämpfe aus dem Erdboden, die sechs umliegende Geothermiekraftwerke in Strom umwandeln.

In Deutschland hofft zumal die Politik auf noch mehr erneuerbare Energieträger. Im vergangenen Jahr stammten 56 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Die Stromerzeugung aus diesen Quellen stieg damit um 9,7 Prozentpunkte im Vergleich mit 2022. In zwei Jahren sollen alle Rechenzentren in Deutschland ihren Strom zu 100 Prozent aus nachhaltigen Energiequellen beziehen, bestimmt das Energieeffizienzgesetz (EnEfG). Das heißt, alle der rund 2000 großen Rechenzentren in Deutschland müssen Lieferverträge mit nachhaltigen Energieanbietern abschließen oder direkt an erneuerbare Energiequellen angeschlossen werden. Einige Unternehmen sind schon länger darum bemüht, ihre eigenen Rechenzentren mit erneuerbaren Energien zu betreiben. So errichtete der deutsche IT-Dienstleister NTT Data Solutions eine Photovoltaikanlage in Bielefeld, um seine Bürogebäude und Rechenzentren nach eigenen Angaben „in großen Teilen“ mit selbst produziertem Solarstrom zu versorgen. Für große Colocation-Rechenzentren, die von mehreren Unternehmen genutzt werden, ist eine Selbstversorgung deutlich schwieriger. Der Großteil bezieht seinen Strom daher aus dem öffentlichen Stromnetz. „Der Stromverbrauch der Rechenzentren liegt aktuell irgendwo bei 3,5 bis 4 Prozent. Man kann also nicht sagen, dass Rechenzentren den ganzen Strom in Deutschland aufbrauchen, selbst wenn sich das in Zukunft verdoppeln würde“, sagt Hintemann. Die Gesamtmenge an Strom sollte daher ausreichen, um auch in Zukunft den Bedarf der Rechenzentren in Deutschland zu decken, schätzt er. „Die Frage wird aber sein: Gibt es genügend Strom an den Standorten, an denen die Rechenzentren gebaut werden sollen?“

Es hakt am Stromtransport

Ein Blick auf die Landkarte zeigt: Frankfurt ist Deutschlands größter Hotspot für Rechenzentren. Dahinter folgt Berlin. Frankfurt ist deshalb so attraktiv, weil sich in der Stadt der Internetknotenpunkt DE-CIX befindet, einer der weltweiten Austauschpunkte für den Datenverkehr. Die Nähe zum Knotenpunkt ermöglicht es, große Datenmengen mit geringer Latenz zu übertragen, und ist deshalb so attraktiv für Rechenzentrumsbetreiber. Gleichzeitig zählt eine gesicherte Stromversorgung zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Planung eines Standortes für Rechenzentren, weiß auch Zahl Limbuwala. Er arbeitet für die Investmentfirma DTCP, die im Jahr 2015 aus der Telekom ausgegliedert wurde. Er ist Executive Chairman des Advisory Boards von Maincubes, die Rechenzentren in Frankfurt, Berlin und Amsterdam betreiben. „Jetzt kommt die generative KI ins Spiel. Der größte Unterschied zu früher ist, dass die Rechenzentren nun mit großen Spitzen in der Nachfrage nach Rechenleistung konfrontiert sind – besonders dann, wenn ein neues Sprachmodell trainiert wird.“

Während eines solchen Trainings wird die Rechenleistung kurzzeitig Zeit maximiert. Die Server arbeiten dann auf Hochleistung und stoßen jede Menge Hitze aus. Diese dynamische Last und die immer größeren Auswirkungen auf das Stromnetz sind neu. Und die Betreiber von Rechenzentren sind dabei, herausfinden, wie sie damit umgehen können.

„Die Herausforderung ist, die erzeugte Energie dahin zu bekommen, wo sie gebraucht wird. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für jedes entwickelte Land mit einem Stromnetz, das bereits einige Jahre auf dem Buckel hat“, sagt Limbuwala. In Frankfurt wird es mittlerweile eng. Die Stromkapazitäten der Stadt sind bis ins Jahr 2030 verteilt. Für neue Rechenzentren ist wenig Platz, und noch weniger Energie da. Um weiterhin von Frankfurt als Internetknotenpunkt zu profitieren, siedeln sich immer mehr Rechenzentren in der Frankfurter Umgebung an. Zwar baut der regionale Stromanbieter Mainova seine Kapazitäten stark aus – der Strom muss jedoch erst mal ins regionale Netz eingespeist werden. Um Strom aus Offshore-Windparks aus dem Norden Deutschlands schneller nach Hessen zu transportieren, wird der Rhein-Main-Link geplant, eine rund 600 Kilometer lange Stromtrasse. Baubeginn soll im Jahr 2028 sein. „Die Energie- und Netzinfrastruktur in Deutschland auszubauen ist schwierig und dauert lange. Wie stellen wir also sicher, dass genug Energie zur Verfügung steht?“, fragt Investor Limbuwala: „Ein Teil der Lösung ist, die Nachfrage dorthin zu verlagern, wo sich die erneuerbaren Energieressourcen befinden.“

Im Norden Deutschlands

Viele Anbieter zieht es deshalb in den Norden Deutschlands. Dort sind die wichtigen, nachhaltigen Energieressourcen wie Windkraftanlagen näher. Der Rechenzentrumsbetreiber Virtus will in Wustermark nahe Berlin bis zum Jahr 2026 ein neues Rechenzentrum mit einer Leistung von 300 Megawatt bauen, das direkt an umliegende Onshore-Windparks angebunden wird. „Mit den erneuerbaren Energien ergibt sich tatsächlich auch eine Chance“, sagt Limbuwala. „Wenn Rechenzentrumsbetreiber und KI-Unternehmen zusammenarbeiten, können sie überschüssige Energie optimal nutzen. Das Training könnte genau dann durchgeführt werden, wenn viel zusätzlicher Strom zur Verfügung steht.“

Denn aktuell wird im Norden Deutschlands mehr Ökostrom produziert als verbraucht, während im Süden mehr Strom benötigt als erzeugt wird. Der notwendige Nord-Süd-Stromtransport wird durch den verzögerten Ausbau von Hochspannungsstrassen wie dem „Rhein-Main-Link“ oder dem „Suedlink“ behindert. Das führt dazu, dass bei Netzüberlastung Ökostromanlagen im Norden abgeschaltet werden, weil er nicht schnell genug in den Süden gelangen könnte. Währenddessen müssen konventionelle Kraftwerke im Süden hochgefahren werden. Wenn KI-Modelle genau dann Rechenleistung in Anspruch nehmen, wenn in der Nähe zu viel Strom erzeugt wird, könnte das Potential der Anlagen besser ausgeschöpft werden.

Rechenzentren effizienter gestalten

Schon lange wird daran gearbeitet, den Energiebedarf der Rechenzentren selbst zu reduzieren und den gelieferten Strom besser zu nutzen. Einsparungen sind zum Beispiel bei der Kühlung der Chips möglich. Auf vielen Chips verlaufen heute dünne Schläuche, welche die Hardware direkt kühlen sollen, dafür steht die Bezeichnung „Direct-to-Chip-Cooling“. Die intensiven Rechenprozesse, die für die generative KI benötigt werden, sorgen dafür, dass die Computer heißer werden als bei herkömmlichen Cloud-Computing-Prozessen. Optimierte Kühlung ist daher ein wichtiger Ansatzpunkt. Weil in Rechenzentren viel Hitze entsteht, rückt auch die Abwärmenutzung immer stärker in den Fokus der Nachhaltigkeitsbestrebungen. Im Frankfurter Stadtteil Gallus wird seit dem Jahr 2021 an einer neuen Siedlung mit 1300 Wohnungen gearbeitet, die weitgehend mit Abwärme aus dem benachbarten Rechenzentrum des Betreibers Telehouse beheizt werden sollen. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2025 geplant.

Ein anderer Ansatzpunkt liegt darin, die Algorithmen der KI zu verbessern, um ähnliche Ergebnisse mit geringerer Rechenleistung zu erzielen. Außerdem werden kleinere KI-Modelle für den Einsatz in Unternehmen immer beliebter. So hat Open AI im Juli GPT-4o mini veröffentlicht. Das ist ein kosteneffizientes, kleines Sprachmodell, auf das Unternehmen über eine Schnittstelle zugreifen können, um es in ihre Anwendungen zu integrieren. Microsoft ging direkt mit einer ganzen Reihe kleinerer Versionen des Sprachmodells Phi-3 an den Markt. „Diese Modelle werden nicht erst seit ein, zwei Jahren effizienter. Schon immer wird versucht, möglichst wenig Rechenleistung zu nutzen“, sagt Nachhaltigkeitsforscher Hintemann. Allerdings bezweifelt er, dass die Effizienzfortschritte angesichts der wachsenden Anwendungsfälle dazu führen, dass in naher Zukunft damit Strom eingespart wird. „Wenn ich die Rechenleistung physisch zur Verfügung habe, dann nutze ich sie im Normalfall auch.“ Wegen des internationalen KI-Wettlaufes wird enorm mit Hardware aufgerüstet. GPU-Hersteller wie Nvidia bringen Superchips auf den Markt, die noch schneller, noch effizienter und noch besser rechnen können. „Wenn Modelle effizienter werden, führt das nicht dazu, dass Unternehmen und Rechenzentren weniger Hardware kaufen, sondern dass sie die verfügbare Hardware möglichst voll auslasten und die maximale Leistung herausholen.“

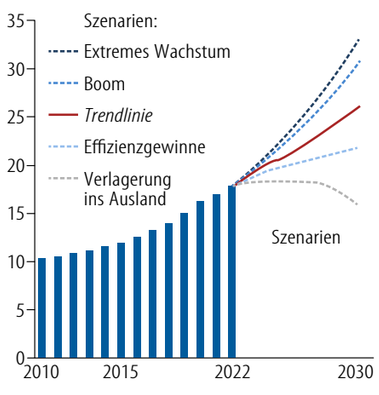
Deutschland bleibt ein attraktiver Standort

Erfreulich ist, dass Deutschland weiterhin ein attraktiver Standort für neue Rechenzentren bleibt. Das zeigte sich zuletzt im Juni, als Amazon ankündigte, zehn Milliarden Euro in den Aufbau von Rechen- und Logistikzentren in Deutschland zu investieren. Und Anfang des Jahres knallten im Rheinischen Revier die Korken, als Microsoft ankündigte, zwei Rechenzentren im nordrhein-westfälischen Bedburg und Bergheim zu bauen. In den kommenden zwei Jahren will der amerikanische Softwarekonzern 3,2 Milliarden Euro in Deutschland investieren.

Innerhalb der EU ist Deutschland ein beliebtes Ziel für neue Rechenzentrumsprojekte, da im Land hohe datenschutzrechtliche Standards herrschen. Denn immer mehr deutsche Unternehmen pochen darauf, ihre Daten nicht auf US-Servern zu speichern, wo sie amerikanischen Datenschutzbestimmungen unterliegen. Trotz mangelnder Bauplätze in dicht besiedelten Gebieten wie Frankfurt und Herausforderungen bezüglich der Stromversorgung reißen die Projekte um den Bau neuer Rechenzentren hierzulande nicht ab. Weil seit der Prognose um den Stromverbrauch deutscher Rechenzentren bis zum Jahr 2030 viele neue Projekte hinzukamen, sind Ralph Hintemann und sein Forschungsteam gerade dabei, neue Berechnungen anzustellen. „Da kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Wahrscheinlich wird der Verbrauch höher liegen“, sagt er voraus: „Der Trend wird vermutlich in Richtung 30 Milliarden kWh pro Jahr gehen.“

Energiebedarf deutscher Rechenzentren

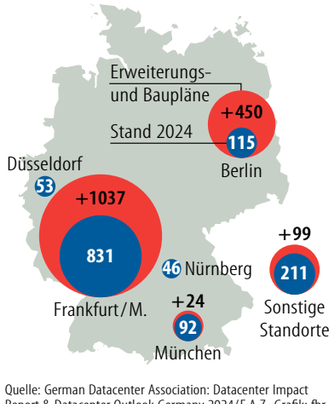
in Milliarden Kilowattstunden im Jahr



Quelle: Borderstep 2023/F.A.Z.-Grafik: fbr./saco.

Kapazitäten der großen Rechenzentren

in Deutschland, IT-Leistung in Megawatt



Quelle: German Datacenter Association: Datacenter Impact Report & Datacenter Outlook Germany 2024/F.A.Z.-Grafik: fbr.

„Depressionen sind Teil der Kindheit geworden“

Zach Rausch hat sich ausführlich damit befasst, wie soziale Medien und Smartphones auf Kinder wirken. Seine Befunde sind alarmierend. Doch Eltern können etwas dagegen tun.

Herr Rausch, Sie wurden 1994 geboren, genauso wie ich. Da haben wir noch mal Glück gehabt!
Bis zu einem gewissen Grad können wir uns tatsächlich glücklich schätzen, dass wir durch die Pubertät gegangen sind, ohne dass wir selbst oder unsere Eltern Smartphones hatten. Millennials wie wir hatten noch Klapphandys, vielleicht einen Facebook-Account auf einem Desktop-Computer. Aber unser Sozialleben war in der Regel ein persönliches. Diese Erfahrung ist ein fundamentaler Unterschied im Hinblick auf die folgende Generation.

Nintendo, Fernsehen, Computer – Medienkonsum gab es auch bei uns.
Wir haben Videospiele mit unseren Freunden im Wohnzimmer gespielt, wir haben uns an den Computer gesetzt – bei all dem gab es Distanz zwischen uns und diesen Geräten. Mit unseren Smartphones interagieren wir rund um die Uhr. Sie sind auf uns persönlich zugeschnitten. Den ganzen Tag über bekommen wir Benachrichtigungen, die auf unsere Interessen abgestimmt sind. Das ist es, was auch die Kindheit so verändert hat.

Sie haben sich für das Buch „Generation Angst“ von Jonathan Haidt tief in die Forschung eingearbeitet. Sie sehen zwei große Trends, unter denen die auf uns folgende Generation besonders leidet: eine „Überbehütung“ in der wirklichen Welt und eine „Unterbehütung“ in der virtuellen. Was ist damit gemeint?
Im Buch deuten wir die vergangenen Jahrzehnte als eine Tragödie in zwei Akten. Der erste Akt begann in den späten 1980er- bis frühen 1990er-Jahren. Die Menschen bekamen ein neues Kabelfernsehen und waren konstant Nachrichten ausgesetzt, dass die Welt unglaublich gefährlich ist – entführte Kinder und alle denkbar schrecklichen Horrorgeschichten. Eine Konsequenz daraus war, dass die Menschen das Vertrauen in ihre Nachbarn und die örtlichen Gemeinschaften verloren haben, was sich wiederum auf die Erziehung der Kinder ausgewirkt hat.

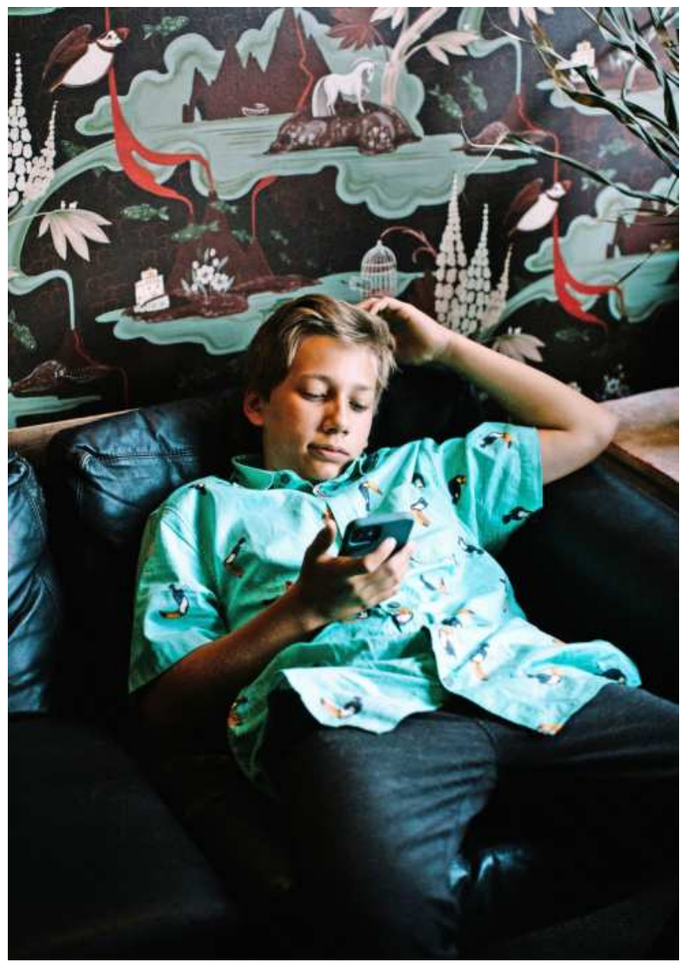
Inwiefern?
Elternschaft wurde zu einer isolierten Angelegenheit. Früher gingen die Kinder nach der Schule auf die Straße, spielten unbeaufsichtigt mit anderen Kindern, erfanden neue Spiele, erlebten Abenteuer und machten Fehler. Mit dem Verlust von sozialem Vertrauen begann das zu verschwinden. Kinder wurden mit viel strukturierteren und überwachten Aktivitäten beschäftigt. Das ist mit „Überbehütung“ gemeint.

Und der zweite Akt?
Der zweite Akt ist der Aufstieg von etwas, was wir die „smartphonebasierte Kindheit“ nennen. Mit der Verbreitung und Verknüpfung von Smartphones, Social-Media-Plattformen und schnellem Internet zwischen 2010 und 2015 hat sich das soziale Leben von Jugendlichen fast vollständig auf Onlineplattformen verlagert. Kinder verbringen jetzt durchschnittlich fünf Stunden am Tag in den sozialen Netzwerken und bis zu acht, neun oder zehn Stunden vor Bildschirmen. Gleichzeitig kann man sehr unterschiedliche Formen von Erziehung beobachten: Eltern überbehüten ihre Kinder in der realen Welt und sind sich gleichzeitig nicht bewusst, welchen Gefahren sie ihre Kinder online aussetzen. Kinder haben freien Zugang zum Internet und den sozialen Netzwerken, die nicht reguliert werden. Eltern zeigen also extrem unterschiedliche Erziehungsmuster in Bezug auf die analoge und die virtuelle Welt.

Welche Gefahren ergeben sich denn konkret aus dieser digitalen „Unterbehütung“?
Es gibt darauf zwei Perspektiven: Zum einen gibt es ganz handfeste Leiden, die kausal mit der Nutzung der Plattformen verbunden sind. Beispiele dafür sind Cybermobbing, Sextortion, also die Erpressung mit Nacktbildern- oder Videos im Internet und auch sexueller Missbrauch von Kindern. Und noch einmal, diese Plattformen sind in hohem Maße unreguliert – das Ausmaß dieser Probleme ist deutlich größer als alles, was in der realen Welt passieren könnte.

Wie muss ich mir die Tragweite denn vorstellen?
Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Es gab einen Whistleblower, Arturo Béjar, der bei Instagram gearbeitet hat. Er fand heraus, dass 15 Prozent der 13- bis 15-Jährigen allein in der vergangenen Woche in unterschiedlicher Weise sexuell belästigt wurden. Aber diese konkreten Probleme sind nur ein Aspekt. Die zweite Dimension betrifft die Rolle, die Social Media und die enorme Zeit im Internet bei der generellen Krise der mentalen Gesundheit spielt, die wir bei Jugendlichen in vielen Ländern der Welt beobachten.

Können Sie das genauer erklären?
Zwischen 2010 und 2015, dem Zeitpunkt, an dem sich das Sozialleben der Teenager auf diese Plattformen verlagert hat und sie dort sozialisiert wurden, sehen wir in vielen unterschiedlichen Berechnungen zu Angst, Depressionen, psychischem Stress und Selbstverletzung einen starken Anstieg. Wir argumentieren, dass ein Großteil dieser Veränderung direkt mit der Nutzung von Social Media zu erklären ist. Um Ihnen mal einen Eindruck zu geben: Die Zahl von schweren Depressionen hat sich in den USA seit 2010 bei Jungen und Mädchen mehr als verdoppelt. 2021 gab rund eines von drei Mädchen im Teenager-Alter an, im letzten Jahr eine schwere depressive Episode gehabt zu haben. Depressionen sind in den USA zu einem normalen Teil der Kindheit geworden. In Bezug auf die Selbstverletzung sind die Zahlen ähnlich, sogar noch stärker bei Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren.



Viele Kinder verbringen leider viel zu viel Zeit am Smartphone.
Foto Laif

Was macht Sie so sicher, dass wir es hier mit Kausalitäten zu tun haben? Es könnte viele Gründe für den Anstieg geben.
Das ist die große Frage, die wir oft hören. Aber wir haben einige Gründe für unsere Annahme. Zum einen sehen wir eine starke Korrelation zwischen der Nutzung von Social Media und psychischen Problemen unter Jugendlichen in einer Vielzahl von unterschiedlichen Studien und Metaanalysen, der Zusammenhang ist also sehr solide. Darüber hinaus haben wir experimentelle Belege. Es gibt zahlreiche Studien, in denen junge Menschen eine Zeit lang auf Social Media verzichtet haben. Dabei hat man herausgefundene, dass diejenigen, die ihren Social-Media-Konsum für mindestens zwei Wochen eingeschränkt haben, durchweg Verbesserungen in Bezug auf ihr Wohlbefinden und ihre mentale Gesundheit gezeigt haben. Und natürlich gibt es auch Evidenz aus der Gen Z selbst.

Sie meinen, wie die Teenager auf ihren Social-Media-Konsum schauen?
Die wichtigste Frage ist schließlich, inwieweit man selbst die Zeit bereut, die man auf den Plattformen verbracht hat. Wie man sich dabei insgesamt fühlt. Teenager glauben, die psychische Gesundheit ihrer Generation nimmt wegen Social Media ab, das zeigen viele Studien. In einer Studie der University of Chicago hat rund die Hälfte der Teilnehmer angegeben, dass sie sich wünschten, Instagram und Tiktok wären nie erfunden worden. Stellen Sie sich mal vor, Sie hätten das ein Kind in den Fünfzigerjahren in Bezug auf Comic-Hefte gefragt. Da hätten Sie sicherlich andere Ergebnisse bekommen. Wir haben also die Angaben der Teenager, experimentelle Evidenz, eine solide Korrelation. Und auch Evidenz von den Unternehmen selbst.

Es gibt Studien von den Unternehmen zu den Risiken ihrer eigenen Produkte?
Es wurden allerhand interne Dokumente von Meta und auch von anderen Plattformen geleakt. Im Kern zeigen sie genau das, was junge Menschen in den Umfragen sagen: Es ist sehr schwierig, sich von Social Media zurückzuziehen, die sozialen Netzwerke kosten sie zu viel Lebenszeit und ruinieren ihr Körperbild. Teenager sind in vielerlei Hinsicht nicht glücklich mit diesen Produkten.

Jonathan Haidt schreibt, dass er mit seiner Analyse bei einigen Punkten vermutlich falschliegen wird. Sie waren sein Chief Researcher – was glauben Sie, welche das sein werden?
Die übergeordnete Frage ist: Inwieweit kann Social Media die Trends erklären, die wir im vergangenen Jahrzehnt beobachtet haben? Wir können mit Überzeugung sagen, dass diese Plattformen für Kinder nicht sicher sind und dass sie die psychische Gesundheit vieler junger Menschen auf der ganzen Welt verschlechtert haben. Aber natürlich bin ich mir bewusst, dass ein Teil der negativen Effekte, über die wir gesprochen haben, auch mit anderen Faktoren in der Welt zusammenhängt. Davon abgesehen, gibt es auch digitale Technologien, auf die wir im Buch nicht eingegangen sind, die aber trotzdem eine Rolle spielen könnten. Es gibt zum Beispiel neue digitale Überwachungsgeräte für Eltern. Das ist ein 100- Milliarden-Dollar-Geschäft. Das ist super populär.

„Die Gefährlichkeit des Mediums darf als erwiesen gelten“, das sagte der deutsche Pädagogikprofessor Heribert Heinrichs 1965 mit Blick auf das Fernsehen. Das klingt schon sehr nach dem Tenor des Buches. Wiederholt sich die Debatte nicht?
Ihre Frage zielt darauf ab, ob wir nicht eine bestimmte moralische Panik wiederholen. Ich halte dieses Narrativ für wenig hilfreich, weil damit letztlich alle Bedenken abgetan werden. Nur weil sich die Befürchtungen und Ängste um eine Technologie in der Vergangenheit nicht bewahrheitet haben, gilt das nicht automatisch für zukünftige Technologien, die gewisse Parallelen aufweisen. Davon abgesehen: Selbst wenn einige Aspekte in einer Debatte übertrieben sind, heißt das noch nicht, dass eine Technologie komplett harmlos ist. Für mich ist es absolut klar, dass Fernsehen und Videospiele einen Effekt auf uns haben. Sie verändern unsere Sozialstrukturen, die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Wir verbringen weniger Zeit in der Welt draußen, weil wir fernsehen. Und das hat soziologische Effekte.

Einige Wissenschaftler sagen, dass dieser eindeutige Zusammenhang zwischen Angststörungen, Depressionen und der Smartphone-Nutzung unter Jugendlichen ein kulturelles Narrativ ist, das der Realität nicht gerecht wird.
Es gibt viele unterschiedliche Mechanismen und eine Menge physiologischer Prozesse – es ist kompliziert. Wir sind uns darüber im Klaren, dass zahlreiche Faktoren eine Rolle spielen und einen Einfluss auf die psychische Gesundheit von Jugendlichen haben. Und wie bei jeder Substanz oder jedem Produkt: Es wirkt nicht bei allen gleich. Trotzdem ist es unverantwortlich, ein Produkt für Kinder zu entwickeln, das zehn Prozent seiner Nutzer schadet. Außerdem zieht es uns in ein neues soziales Ökosystem ohne die Freiheit, aus diesem Lebensstil wieder einfach auszusteigen. Ich stimme zu, es gibt viele Ebenen von Komplexität und Interaktionen. Das entkräftet aber nicht die berechtigte Haltung, dass die Produkte im Allgemeinen nicht sicher sind für Kinder und dass wir als Gesellschaft eine Verantwortung haben, wenn wir neue und unbekannte Technologien für sie entwickeln.

Im Buch gibt es auch ganz handfeste Reformvorschläge, die, wie Sie sagen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Zum Beispiel: keine Smartphones vor einem Alter von etwa 14 Jahren, kein Social Media bis 16. Reicht die Evidenz, um solche Regeln zu formulieren?
Wir haben im Buch vier Normen vorgeschlagen, die viel bewegen könnten: keine Smartphones bis zur Highschool – also etwa bis zum Alter von 14 Jahren, kein Social Media bis 16, Handy-freie Schulen und viel Unabhängigkeit, freies Spielen und Verantwortung in der realen Welt. Alle diese Reformen versuchen, ein kollektives Problem zu lösen: Egal, wie sehr man diese Plattformen auch ablehnt, es gibt einen sehr starken Anreiz, sie zu nutzen, weil alle sie nutzen. Wir wollen es Eltern, Familien und Kindern mit diesen Regeln leichter machen, sich anders zu verhalten.

Das ist nachvollziehbar, aber wie kommen Sie auf diese spezifischen Richtwerte?
In den USA kann man mit 16 Jahren einen Führerschein bekommen, sollten es 17 sein? Oder 15? Wir haben uns für 16 entschieden, weil es nützlich, praktisch und hilfreich ist, klare Altersgrenzen zu haben.

Inwiefern ist das praktisch?
Es ermöglicht kollektive Entscheidungen und kollektive Prozesse. Denkbar wären digitale Trainings oder Ähnliches. Klare kollektive Strukturen machen die Dinge einfacher. Aber es gibt auch einen zweiten Grund: Die Zeit der „Middle School“ ist eine der schwierigsten Phasen der Kindheit und Jugend. Die Schüler sind in ihrer frühen Pubertät extrem empfindlich für soziale Zugehörigkeit, soziale Bestätigung, für all die Dinge, die auch in Bezug auf die sozialen Netzwerken wichtig sind. Das Gehirn verändert sich in dieser Zeit sehr. Die Literatur zeigt generell, dass die negativen Effekte von Social Media in der frühen Pubertät am stärksten sind. Deshalb schlagen wir vor: Raus mit dem Smartphone aus der Schule!

Gibt es Länder, die in Bezug auf den Umgang mit Smartphones bei Kindern und Jugendlichen als Vorbild herhalten könnten?
In den wirtschaftlich gut entwickelten Teilen der Welt gibt es einen enorm großen Technik-Optimismus. Wir gehören zu denjenigen, die diese Produkte als Erste, Schnellste und am meisten angenommen haben. Mit Blick auf die Probleme sitzen wir alle in einem Boot. Es gibt aber Länder, in denen es in den letzten Jahren sehr gute Entwicklungen gab. Großbritannien hat recht viele Schritte unternommen. Sie haben beispielsweise den „Age appropriate design code“ verabschiedet, der hilft, bestimmte Grenzen und Schutzmaßnahmen im Internet zu etablieren. Auch in anderen Ländern wie Frankreich oder Australien tut sich etwas. Handy-freie Schulen werden zu einem internationalen Phänomen. Viele Länder bewegen sich – das ist ermutigend zu sehen.

Das Gespräch führte **Nicolas Kurzawa.**

So geht Vernetzung

Von Zafer Nalbant

Laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahr 2023 haben die weltweiten Gesundheitsausgaben mit 9800 Milliarden Dollar einen neuen Höchststand erreicht. Das entspricht etwas mehr als 10 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Eine alternde Gesellschaft, globale Pandemien und strenge regulatorische Anforderungen stellen die Pharmabranche seit Jahren vor erhebliche Herausforderungen. Und diese können nur im Dreiklang von Innovation, Digitalisierung und intelligenter Synchronisation der Lieferketten bewältigt werden.

Man kann in diesem Kontext auch von vernetzten Ökosystemen oder „Connected Business“ sprechen. Joe Miller beschreibt in seinem Buch „Projekt Lightspeed“ in packender Art und Weise, wie Biontech während der Covid-Pandemie quasi im Zeitraffer den ersten Covid-Impfstoff entwickelte. Und er legt dar, welche erfolgskritische Rolle dabei die sehr agile, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure spielte – von den Partnern in der Forschung, der globalen Impfstoffproduktion, den Regulierungs- und Zulassungsbehörden bis hin zu den Pharma-Verpackungsspezialisten wie beispielsweise der Gerresheimer AG.

Als Traditionsunternehmen steht Gerresheimer für den Wandel im Gesundheitswesen. Wir haben uns vom ehemaligen Glashersteller zu einem innovativen Anbieter für medizinische Primärverpackungen und Verabreichungssysteme für Medikamente, wie Inhalatoren, Spritzen, Pens und Autoinjektoren, entwickelt. In der Corona-Krise war Gerresheimer einer der maßgeblichen Produzenten für Injektionsfläschchen für den Covid-Impfstoff. Das stellte das Unternehmen allerdings vor Herausforderungen in der Produktion und Logistik, die sich nur aufgrund frühzeitiger Vernetzung der Fertigungsanlagen und Geschäftsprozesse bewältigen ließen. Die Transformation zum „Connected Business“ ist dabei nicht abgeschlossen, sondern seitdem fester Bestandteil der Unternehmensstrategie.

Wer das KI-System ChatGPT befragt, was „Connected Business” bedeutet, der erhält als Antwort „die nahtlose Integration von Technologien, Daten und Prozessen innerhalb eines Unternehmens“. Auf einem weißen Blatt Papier würden wir ein hypervernetztes Ökosystem aus Produktionsanlagen, Lieferketten, Forschungslaboren und Geschäftsbereichen aufzeichnen, das einen kontinuierlichen Informationsfluss sicherstellt. Doch die Realität sieht anders aus.

Während in den vergangenen Jahren die nichtproduzierenden Bereiche der Unternehmen immer digitaler und vernetzter wurden, wurden produktionsnahe Bereiche eher ausgespart. Zu kompliziert und zu risikobehaftet sei der digitale Wandel an „Legacy“-Maschinen. „Never touch a running system“ – vor allem nicht, wenn es 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche produziert und das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges des Unternehmens sicherstellt. Doch der Druck zum Wandel in der Pharmabranche steigt.

Durch Optimierung der Produktionsprozesse und die Reduzierung von Ausfallzeiten sollen erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden. Die Vernetzung von Produktionssystemen verspricht eine bessere Planung und Verwaltung der Ressourcen. Durch ein zentrales Management und den Einsatz von Sensoren an den Maschinen kann deren Zustand permanent überwacht werden. Schichtplanung und Wartungsarbeiten lassen sich so proaktiv aufeinander abstimmen. Gleichzeitig verringert die lückenlose Überwachung der Produktionsprozesse und das sofortige Erkennen von Abweichungen das Risiko von Produktionsfehlern. So werden nicht nur die Qualität verbessert, sondern auch Ausschuss, Energiebedarf und ungeplante Ausfallzeiten in der Produktion reduziert.

Die Magie hinter dieser neuen Welt des „Connected Business“ sind das Industrial Internet of Things (IIoT), Künstliche Intelligenz (KI) und maschinelles Lernen (ML):

Das Industrial Internet of Things (IIoT) spielt eine zentrale Rolle im Connected Business. Durch die Vernetzung von Geräten und Maschinen können Unternehmen Echtzeitdaten sammeln und analysieren. In der Pharmaindustrie können IIoT-Sensoren beispielsweise zur Überwachung von Temperatur, Feuchtigkeit und anderen Umgebungsbedingungen eingesetzt werden, die für die Produktion und Lagerung von Medikamenten entscheidend sind.

Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen ermöglichen es Unternehmen, große Datenmengen zu analysieren und Muster zu erkennen, die für menschliche Analysten nur schwer erkennbar wären. In der Pharmaindustrie können diese Technologien eingesetzt werden, um Produktionsprozesse zu optimieren, Wartungsbedarf vorherzusagen und die Qualitätssicherung zu verbessern.

Doch der digitale Wandel im Produktionsumfeld hat auch seine Herausforderungen, die in der guten alten Welt völlig unbekannt waren. Eine vollständig digital integrierte Produktionsumgebung stellt eine große Herausforderung für die Datensicherheit dar. Unternehmen müssen sicherstellen, dass ihre Systeme vor Cyberangriffen geschützt sind und dass sensible Daten sicher gespeichert und übertragen werden. Dies erfordert den Einsatz fortschrittlicher Sicherheitslösungen und regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen.

Auch die Integration bestehender Systeme stellt manchmal eine große Hürde dar. Viele Pharmaunternehmen verfügen über eine Vielzahl von bestehenden Systemen und Technologien, die nicht immer miteinander kompatibel sind. Die Integration dieser Systeme kann komplex und kostspielig sein. Eine mögliche Lösung besteht darin, auf offene Standards und interoperable Technologien zu setzen, die eine nahtlose Integration ermöglichen. Eine solche Transformation stößt jedoch nicht überall auf Zuspruch. Um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten, ist ein offener Dialog zwischen den OT- (operative Technologien) und IT-Abteilungen unabdingbar. Wenn alle Beteiligten ein gemeinsames Verständnis der Ziele und Herausforderungen haben, kann diese Transformation gelingen.

Die Vernetzung von Produktionsanlagen erzeugt enorme Datenmengen. Diese Daten müssen nicht nur gesammelt, sondern auch analysiert und sinnvoll genutzt werden. Dies erfordert leistungsfähige Datenmanagement- und Datenanalysetools.

Die Einführung neuer Technologien erfordert auch eine entsprechende Schulung und Weiterbildung der Mitarbeitenden. Unternehmen müssen sicherstellen, dass ihre Mitarbeitenden über die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, um die neuen Systeme effektiv zu nutzen. Dies kann durch Schulungsprogramme, Workshops und kontinuierliche Weiterbildung erreicht werden. Das geht jedoch zulasten der verfügbaren Arbeitszeit der Mitarbeitenden, die durch den Fachkräftemangel häufig schon ausgelastet sind. Deshalb finden zusätzliche Schulungsmaßnahmen naturgemäß nicht immer Zuspruch.

Zu all diesen internen Herausforderungen kommen externe hinzu. Die Pharmaindustrie ist stark reguliert. Unternehmen müssen sicherstellen, dass ihre vernetzten Systeme den regulatorischen Anforderungen entsprechen. Neue Technologien und Systeme müssen validiert und qualifiziert werden, damit sie den vorgegebenen Qualitätsstandards der Pharmaindustrie entsprechen. Dies kann enorme zusätzliche Kosten verursachen. Ganz zu schweigen von dem personellen Aufwand.

Hat man alle technologischen und regulatorischen Fallstricke erfolgreich umschifft, stellt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit. Die Implementierung einer „Connected Business“-Strategie erfordert meist einen erheblichen finanziellen Aufwand. Die Anfangsinvestitionen in neue Hardware, Software und Infrastruktur sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Produktionskosten führen nicht immer zu einem positiven Business Case. Hinzu kommen die laufenden Kosten für Wartung, Updates und Schulungen von neuem Personal.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele Unternehmen nur zögerlich oder gar nicht den Umstieg auf ein „Connected Business“-Modell wagen. Aus der anfänglichen lobenswerten Idee, das lästige Papier und den Drucker in der Produktion zu entfernen, was nebenbei auch den ökologischen Fußabdruck verkleinert, wird schnell ein umfangreiches Projekt, dessen Aufwand das vertretbare Maß überschreitet.

Heißt das nun, dass das „Connected Business“-Modell gescheitert ist? Dass all das nur ein unnützer Hype ist? Auf keinen Fall. Es sind nur nicht jede Umgebung und jede „Legacy“-Maschine dafür geeignet.

Wer das Thema „Connected Business“ ignoriert, wird früher oder später einen wahrscheinlich nicht mehr aufholbaren Wettbewerbsnachteil erleiden. „Connected Business“ bietet der Pharmaindustrie enorme Chancen zur Effizienzsteigerung, Qualitätsverbesserung und Kostensenkung. Durch die Integration moderner Technologien und die Vernetzung von Produktionsanlagen können Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und die Patientenversorgung optimieren.

Es ist jedoch wichtig, die damit verbundenen Herausforderungen zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bewältigen. Mit der richtigen Strategie, dem richtigen Maß an Pioniergeist und unternehmerischem Feingefühl und den richtigen Technologien und Partnern können Pharmaunternehmen die Vorteile des „Connected Business“ voll ausschöpfen und die Zukunft erfolgreich gestalten.

Zafer Nalbant ist CIO der Gerresheimer AG.

Frankfurter Allgemeine
RHEIN-MAIN
FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG
MITTWOCH, 18. SEPTEMBER 2024
LEBEN IN FRANKFURT UND IN HESSEN
NR. 218 (1) · SEITE 1
RMZ IM INTERNET: www.faz.net/rmz

Neuer Investor für Gelände in Fechenheim

FRANKFURT Das Schweizer Chemieunternehmen Clariant hat das Industriegebiet in Fechenheim verkauft. Neuer Besitzer ist der Frankfurter Investor Lugman Group. Der Preis für die rund 430.000 Quadratmeter große Fläche, auf der rund 1200 Männer und Frauen arbeiten, beträgt 95 Millionen Euro.

Auf dem Gelände ist unter anderem das traditionsreiche Frankfurter Chemieunternehmen Allessa angesiedelt. Laut Aussagen des neuen Investors soll das Unternehmen auch künftig einer der Hauptmieter sein. Darüber hinaus sollen die freien Flächen auf dem 60 Fußballfelder großen Gelände genutzt werden, um Unternehmen aus den Branchen Pharma und Biotechnologie, aber auch Technologieunternehmen und Rechenzentren zu gewinnen, hieß es. Der neue Investor will eigenen Angaben zufolge eine neunstellige Summe investieren, also über 100 Millionen Euro.

Zudem geht die Lugman Group davon aus, dass die Bestandsmieter nach der Übernahme selbst wieder in den Standort investierten. Dies sei wegen der Unsicherheit über die Zukunft des Geländes in den vergangenen Jahren ausgeblieben, hieß es. (*Siehe Seite 6.*) ddt.

Die aktuellsten Meldungen aus der Region auf www.faz.net/rmz

Bus oder Auto statt Bahn

Weil von den Wasserstoffzügen des Unternehmens Alstom nicht genug zur Verfügung stehen, gilt jetzt im Taunusnetz ein Notfallfahrplan.

RHEIN-MAIN, SEITE 2

Belebte Innenstadt

Wenn in einer Kleinstadt ein großes Kaufhaus schließt, ist das für ihr Zentrum problematisch. Schlüchtern zeigt, wie die Transformation gelingt.

DIE DREI, SEITE 3

Stahlkorsett für Brücken

Die Brücken in der Stadt werden regelmäßig überprüft. Wenn sich Risse zeigen, kann es kurzfristig zu einer Sperrung kommen.

FRANKFURT, SEITE 4

Rote Zahlen

Weil der Deutschen Bahn Personal für Stellwerke fehlt, können Züge der Hessischen Landesbahn oft nicht fahren. So ist sie ins Minus gerutscht.

WIRTSCHAFT, SEITE 6

Bilder und Klänge

Beim Festival „Amazônia“ in der Alten Oper in Frankfurt leitet die brasilianische Dirigentin Simone Menezes das hr-Sinfonieorchester.

KULTUR, SEITE 10

Wetter

Nach Auflösung von Nebel oft Sonnenschein und meist nur lockere Wolkenfelder. Überwiegend trocken. Temperaturen bis 26 Grad.

Temperaturen Montag	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	10°	17°
Feldberg im Taunus	7°	10°
Niederschlag Montag 0 bis 24 Uhr		
Flughafen Frankfurt		0 mm

Brötchenpflanze

Das Rechtschreibprogramm kennt das Wort Mohnblumen nicht. Sein Verbesserungsvorschlag: „Laugenblumen“. barb.

Alles grün: *Noch zeigt die Rheingauer Kulturlandschaft ein geschlossenes Bild.* Foto Marcus Kaufhold

Weinberge in Gefahr

GEISENHEIM Wird die Rheingauer Kulturlandschaft als Folge der Weinmarktkrise zum Flickenteppich? Mehr Engagement für die Artenvielfalt könnte ein Ausweg sein.

Von Oliver Bock

Die Krise des Weinbaus ist keine „Delle“ von überschaubarer Dauer, sondern Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels. Gerade erst haben Marktforscher ermittelt, dass die Weineinkäufe der privaten Haushalte im ersten Halbjahr um fast vier Prozent rückläufig waren. Damit setzt sich der Negativtrend der beiden Vorjahre fort. Die globale Überproduktion von Wein trifft auf sich wandelndes Konsumverhalten, auf wachsendes Gesundheitsbewusstsein, auf eine größere Distanz der jüngeren Generation zum Alkohol und auf eine immer ältere und deshalb schrumpfende Generation leidenschaftlicher Weintrinker.

Die Destillation von Millionen Litern von Wein zu hochprozentigem Alkohol wie im vergangenen Jahr in Württemberg verschafft nur kurzfristig Erleichterung im Keller. Eine nachhaltige Marktentlastung setzt die Rodung von Weinbergen voraus. Diese Einsicht ist auch im Rheingau angekommen. In den Gremien des Rheingauer Weinbauverbandes wurde als eine Ursache der Absatzkrise in Deutschland der mangelnde Weinpatriotismus identifiziert. Der sei in Nachbarländern wie Frankreich oder Österreich viel ausgeprägter, so die Meinung der Winzer. Die Neigung, für deutsche Weinqualität mehr Geld auszugeben als für die spanische Konkurrenz, die deutlich günstiger produzieren kann, sei gering. Das bestätigen Markterhebungen: Der inländische Marktanteil der hiesigen Erzeuger ist im ersten Halbjahr 2024 überproportional auf 42 Prozent gefallen.

Für Gesprächsstoff in der Branche sorgen zudem Zahlen des Deutschen Weininstituts, wonach im ersten Halbjahr nur noch gut 40 Prozent der deutschen Haushalte zumindest gelegentlich Wein gekauft haben. Die Absatzanalyse der Hochschule Geisenheim bestätigt einen anhaltenden Negativtrend mit einem jeweils zweistelligen Minus bei Absatz und Umsatz. Liegt das am Marketing? Sollten angehende Winzer lieber Betriebswirtschaftslehre als Weinbau studieren und sich auf Verkauf und Vertrieb ihrer Erzeugnisse konzentrieren, anstatt selbst mit dem Schmalspurtraktor durch die Rebzeilen zu fahren oder die Rebstöcke von Hand zu pflegen?

Nach Ansicht von Weinbaupräsident Peter Seyffardt hat es der Rheingau nicht geschafft, eine überzeugende Marke zu bilden. Der Rheingau müsse über eine Qualitätsoffensive nachdenken. Das hält auch Verbandsgeschäftsführer Dominik Russler für den einzig erfolgversprechenden Weg. Denn bei den herrschenden Produktionskosten kann der Rheingau nach übereinstimmender Analyse der Branche nicht mit den meisten anderen deutschen Weinregionen und schon gar nicht im internationalen Maßstab mithalten. Die Rheingauer wollen sich deshalb stärker darauf besinnen, dass sie nur für drei Prozent der deutschen Weinproduktion stehen und diese geringe Menge in der bevölkerungsstarken und wirtschaftlich prosperierenden Rhein-Main-Region eigentlich gut vermarktbar sein müsste. Doch die Realität sieht anders aus, und die Ursache der Misere bleibt den Winzern rätselhaft.

Hoffnung macht ihnen, dass nach ihrer Überzeugung die naturräumliche Ausstattung des Rheingaus – der Rhein im Süden, der waldreiche Taunus im Norden und das anmutige Landschaftsbild – ein Pfund ist, mit dem sich nicht nur in der Rhein-Main-Region wuchern lässt. Vielen Betrieben gehe es wirtschaftlich noch immer sehr gut, sagt Präsident Seyffardt. Er selbst hat mit seiner Tochter Julia gerade erst viel Geld in einen Kellereineubau in Martinsthal investiert.

Manche Erzeuger gehen davon aus, dass die Aussichten auf dem Heimatmarkt düster bleiben und die Hoffnung bei absehbar reduzierter Rebfläche im Export liegt, wo höhere Preise durchsetzbar erscheinen. Die Vorboten einer Flächenreduktion sind auch im Rheingau erkennbar, denn die Pacht- und Kaufpreise für durchschnittlich gute Weinberge sind im Sinkflug, und vereinzelt fallen sogar nicht mehr bewirtschaftete Flächen auf. Sie sind den Winzern ein Dorn im Auge, weil sie zur Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten beitragen, zuwuchern und Wildschweinen ein Versteck bieten. Der Marktpreis für Fasswein liegt derzeit mit rund 80 Cent je Liter unter den Produktionskosten im Rheingau.

Sind deshalb gezielte Brachflächen eine Lösung, um mit dem Druck des Weinmarktes umzugehen? Immerhin haben die Winzer nach dem Roden von Rebstöcken zwei Jahre Zeit, Anträge auf Wiederbepflanzung zu stellen, und dann noch einmal sechs Jahre, um tatsächlich neue Rebstöcke setzen zu lassen. Das könnte temporäre Entlastung bringen oder den Weg zum Ausstieg aus der Bewirtschaftung ebnen. Doch eine Kulturlandschaft als „Flickenteppich“ schreckt viele, wenn auch nicht alle Winzer.

Wie mit diesen Brachflächen umzugehen wäre, darüber müssen sich die Winzer noch Gedanken machen. Kompliziert wird eine zügige Bodenneuordnung jenseits der Jahrzehnte dauernden Flurbereinigung durch die kleinstrukturierten und komplizierten Besitzverhältnisse: Manche Parzelle gehört einer Erbengemeinschaft in fünfter Generation. Branchenkenner gehen davon aus, dass in absehbarer Zeit viele Kleinstwinzer im Rheingau aufgeben, deren Flächen sich aber auf 300 bis 400 Hektar summieren. Angesichts der Absatzkrise gilt die Neigung der Großbetriebe als überschaubar, weitere Weinberge in ihr Portfolio aufzunehmen.

Was tun? Weinberge müssen gerodet werden, um den Gesetzen des Marktes zu folgen. Das ist auch die Überzeugung des Geschäftsführers der Staatsweingüter, Dieter Greiner, der die Erarbeitung einer Art Masterplan für den Rheingau fordert, um eine Antwort auf die Frage zu finden: Wie könnte die Weinbergslandschaft der Zukunft aussehen?

Ilona Leyer vom Institut für angewandte Ökologie der Hochschule Geisenheim entwickelt Ideen, wie der Erhalt der Kulturlandschaft und mehr Engagement für die Artenvielfalt Hand in Hand gehen können. Sie plädiert dafür, mehr Vielfalt in die Monotonie der Weinbergslandschaft zu bringen. Ein Konzept nach dem Motto „zurück in die Zukunft“, denn in der Vergangenheit war die Weinbergslandschaft viel kleinteiliger, mit der Folge von mehr Säumen, Rainen, Hecken, Gräben, Bäumen und Lesestein-Haufen. Das Rad sei zwar nicht um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, so Leyer, doch hätten es die Winzer in der Hand, kleine Ecken und Zipfel von Weinbergen, wo meist nur einige wenige Rebstöcke stehen, für mehr Artenvielfalt freizugeben. In ganz Deutschland beteiligen sich derweil mehr als 30 Weingüter an diesem Konzept, im Rheingau zählen die Staatsweingüter und das Rüdesheimer Weingut Georg Breuer dazu.

Zur Veränderung der Weinbergslandschaft gehört auch eine Zäsur beim Wassermanagement: Lange Betonrinnen gen Rhein zeugen noch von der Philosophie, das Niederschlagswasser möglichst schnell aus den Weinbergen abzuführen. Doch angesichts der sich häufenden Dürrephasen und des Trockenstresses der Reben in wasserdurchlässigen Böden hat ein Umdenken eingesetzt. Es geht nun darum, das Wasser möglichst lange in der Gemarkung zu halten und es dort zu versickern, statt schnell in den Rhein abzuleiten. „Die Flurbereinigung muss komplett umdenken“, sagt Seyffardt, der die Bestrebungen der Stadt Eltville für ihre Bemühungen lobt, das Regenwasser möglichst lange in den Weinbergen zu halten.

Im Geisenheimer Fuchsberg wird gerade eine solche Betonrinne in ein Bachbett mit Mulden und Mäandern umgebaut. „Das funktioniert sehr, sehr gut“, sagt Leyer. Der Umbau trage zur Artenvielfalt und zum Hochwasserschutz bei und helfe den Reben, sagt die Professorin, die zudem für mehr Blühstreifen, breitere Rebzeilen mit dauerhafter Begrünung und Pflanzung von Solitärbäumen plädiert. Nicht alle Vorschläge überzeugen die Winzer. Viele haben die Sorge, dass mehr Brachflächen verwildern und zum Hort von Wildschweinen werden. Auch Bäume im Weinberg werden skeptisch gesehen, weil sie die Wasserversorgung der Reben stören könnten. Am wenigsten scheint die Winzer der überschaubare Ertragsverzicht durch mehr Engagement für Artenvielfalt und Strukturreichtum in der Weinkulturlandschaft zu schrecken. Denn Wein gibt es mehr als genug.

Verfassungsschutz muss Persönlichkeitsrechte stärker achten

WIESBADEN Karlsruher Richter verwerfen einen Teil der rechtlichen Regelungen für die Arbeit des hessischen Geheimdienstes

Das Bundesverfassungsgericht hat die rechtlichen Regelungen für die Arbeit des hessischen Geheimdienstes teilweise als grundgesetzwidrig verworfen. So erlaubten die Bestimmungen zur Ortung von Mobilfunkgeräten über einen längeren Zeitraum hinweg die Erstellung von Bewegungsprofilen. Das sei aber nur gerechtfertigt, wenn die Schutzgüter des Verfassungsschutzes konkret bedroht seien.

Dass diese Voraussetzung gegeben sei, stelle das Gesetz nicht sicher, heißt es in einem am Dienstag in Karlsruhe veröffentlichten Beschluss. Geklagt hatten Vertreter der vom hessischen Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die Gesellschaft für Freiheitsrechte, Rechtsanwälte und ein freier Journalist. Sie wandten sich gegen verschiedene in dem Gesetz erlaubte Befugnisse zur Erhebung und Übermittlung von Daten. Sie waren zum großen Teil nach einem Urteil der Karlsruher Richter im Jahr 2023 geändert worden.

Die „hinreichende Eingriffsschwelle“ vermisst das Gericht auch in den Vorschriften, die beispielsweise das Abrufen von Daten bei Fluggesellschaften betreffen. Die Einholung von Namen, Adressen Abflugzeiten und Buchungsmodalitäten lieferte zwar nur einen begrenzten Einblick in das Leben der Betroffenen. Aber je nach Ausmaß und Dauer würden „Grundrechtseingriffe von erhöhtem Gewicht“ ermöglicht. So könnten sämtliche zum Zeitpunkt der Anordnung noch gespeicherten Reisebewegungen abgefragt werden. Eine zeitliche Beschränkung der Anordnung sei offensichtlich nicht vorgesehen. Das erhöhte Gewicht des Eingriffs verlange nach der Festlegung von konkreten Kriterien. Dieser Anforderung werde das Gesetz nicht gerecht.

Ähnlich fällt auch die Beurteilung der Bestimmungen zum Einsatz verdeckter Ermittler aus. Er soll erlaubt sein, wenn es zur Aufklärung einer bestimmten beobachtungsbedürftigen Bestrebung oder Tätigkeit im Einzelfall geboten ist. Diese Regelung ermöglichte intensive Grundrechtseingriffe, genüge aber nicht den daraus folgenden Anforderungen an ihre verfassungsrechtliche Rechtfertigung, so die Richter.

Sie monieren auch die Regelungen zur Weitergabe gewonnener Informationen an Strafverfolgungsbehörden. Sie dürfe „nur zum Schutz eines herausragenden öffentlichen Interesses und daher nur zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten“ in Betracht kommen. Das Gesetz gewährleiste nicht, dass diese Voraussetzung eingehalten werde.

„Der lange Atem für die Grundrechte lohnt sich“, sagte eine Sprecher der Gesellschaft für Freiheitsrechte „Das Bundesverfassungsgericht weist den hessischen Verfassungsschutz in die Schranken und festigt damit seine grundrechtsfreundliche Rechtsprechung zu den Geheimdiensten.“

Moritz Promny, der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, sprach von einem „starken Zeichen für den Schutz der Grundrechte vor übermäßiger staatlicher Überwachung durch Geheimdienste“. Innenminister Roman Poseck (CDU) kündigte an, „zeitnah Neuregelungen auf den Weg zu bringen und dafür Sorge zu tragen, dass diese innerhalb der vom Bundesverfassungsgericht eingeräumten Übergangsfrist bis Ende 2025 in Kraft treten können“. Das Bundesverfassungsgericht habe den Persönlichkeitsrechten in seiner Entscheidung eine hohe Bedeutung eingeräumt. „Dies gilt es zu respektieren, auch wenn ich mir eine stärkere Beachtung der Sicherheitsgesichtspunkte gewünscht hätte.“

Gerade in der heutigen Zeit vielfältiger Bedrohungen von innen und außen durch Extremismus, Terrorismus und Spionage seien gut ausgestattete Sicherheitsbehörden nötig, die über die notwendigen Befugnisse verfügen. „Daran werden wir nach Maßgabe des Rahmens, den das Bundesverfassungsgericht nun gesetzt hat, auch weiterarbeiten.“ htr.

Ratlos im Stadtzentrum

Von Günter Murr

Frankfurt tut sich schwer mit seinen Plätzen. In der Innenstadt gibt es nur wenige gelungene Beispiele, bei denen Funktionalität, ansprechende Gestaltung und Aufenthaltsqualität gleichermaßen berücksichtigt sind. Am augenfälligsten ist dieses Defizit an der Hauptwache im Herzen der City. Der Platz ist nicht mehr als eine ungestaltete Restfläche, voller Provisorien und überkommener Konstruktionen.

Seit Jahren herrscht eine bestürzende Ratlosigkeit in Politik und Verwaltung, wie sich die städtebauliche Wunde auch nur ansatzweise heilen ließe. Überlegungen, den überdimensionierten Treppenabgang aus den Siebzigerjahren mit einem Deckel zu schließen, scheiterten an der Furcht vor hohen Kosten. Aber auch unabhängig davon wird sich am heutigen Zustand so schnell nichts ändern. Die unterirdische B-Ebene muss saniert werden, und in der Folge wird auch die Oberfläche zur Baustelle. Die Stadt nennt dafür einen erschreckend langen Zeitraum: Zehn bis 15 Jahre werde das dauern. Ein Horrorszenario für die Innenstadt.

Vor zwei Jahren hatte der heutige Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) noch in seiner Funktion als Planungsdezernent angekündigt, das Erscheinungsbild kurzfristig mit kleineren Maßnahmen wie einer neuen Möblierung und Begrünung zu verbessern. Nichts ist daraus geworden. In einem Ideenwettbewerb für temporäre Maßnahmen wurde der Vorschlag prämiert, ein großes Gerüst in Form einer Treppe über der Hauptwache zu errichten. Umgesetzt wurde es nicht. Im „Reallabor Hauptwache“ suchte das Deutsche Architekturmuseum seit 2022 mit mehreren Mitmachaktionen nach Gestaltungsansätzen und neuen Nutzungsformen. Ohne konkretes Ergebnis.

Jetzt beginnt das Stadtplanungsamt einen großen Beteiligungsprozess. Man wolle den „Charakter der Hauptwache aus der Perspektive der Menschen sichtbar machen“, heißt es. Über solche Stilblüten aus dem Wörterbuch der Retortensprache könnte man lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Ein Jahr lang haben die Bürger Zeit, ihre Ideen einzubringen und die Hauptwache „mit allen Sinnen zu erleben“. Was soll dabei herauskommen außer der Erkenntnis, dass es den Wunsch nach Veränderung gibt? Solche Beteiligungsverfahren führen in der Regel zu nichts.

Während mit Erlebnis- und Selbsterfahrungsrunden so getan wird, als würde etwas getan, wird sich der Wandel der Innenstadt beschleunigen. Und es ist zu vermuten, dass es nicht zum Positiven sein wird. Das Erscheinungsbild der Straßen und Plätze ist dabei nur ein Faktor, aber kein unwichtiger. Es wäre Zeit zu handeln. Frankfurt aber redet.

„Ich habe im Moment nicht viele Fans“

Intendant verteidigt Pläne für den HR

FRANKFURT Der Intendant des Hessischen Rundfunks, Florian Hager, hat bekräftigt, dass der von ihm eingeschlagene Reformkurs des Senders ohne Alternative sei. Es müsse beim Radio gespart werden, um Geld für neue Angebote freizubekommen, sagte Hager am Montagabend während einer Veranstaltung im Frankfurter Presse-Club. Vor allem sei es wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Der HR müsse von einer Sender- zu einer Dialoganstalt werden.

Die Geschäftsleitung des HR hatte im Juni bekannt gegeben, dass von den gegenwärtig sechs Radioprogrammen mittelfristig nur drei überleben sollen. Damals hieß es, die Mittel sollten sowohl für digitale Produkte wie auch für das „Community Building“ ausgeweitet werden.

Hager sagte in dem Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Presse-Clubs, dem F.A.Z.-Herausgeber Carsten Knop, ihm sei wichtig gewesen, dies in den Grundzügen selbst der Öffentlichkeit mitzuteilen, bevor es durchsickere. Jetzt aber verlagere sich die Diskussion nach innen. Dazu sei im HR „ein Prozess aufgesetzt“ worden. Der Sender sei stets von einem hohen Anteil an Eigenproduktionen einerseits und einem großen Anteil des Radioprogramms am Etat andererseits geprägt gewesen. „Beides habe ich ins Wanken gebracht.“

Folglich sei die Stimmung gegenwärtig schlecht. Er verstehe, dass viele sauer seien. „Ich habe im Moment nicht so arg viele Fans.“ Der Sender sei in einer ganz schwierigen Phase. Aber es bleibe dabei: „Um Neues tun zu können, müssen wir Altes lassen.“ Man müsse auch berücksichtigen, dass immer weniger Radio gehört werde: Von den Menschen zwischen 14 und 29 Jahren nutzten nur noch 32 Prozent das Angebot.

„Wir konzentrieren uns im Radio auf die Kernzeiten“, sagte Hager zur Radio-Strategie und lobte die „Morningshow“ auf HR3. Sie werde sicher nicht abgeschafft. Die Morgenstunden seien ja gerade die, in denen am meisten Radio gehört werde.

Es kommt hinzu, dass der HR Personal abbauen muss. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten lasse ihm mit ihren Vorgaben keine andere Wahl. Die Rede ist von einem Abbau von 15 Prozent der Stellen. Das sei nicht einfach, sagte Hager, weil es schon Abbauprogramme mit Altersteilzeit gegeben habe. Faktisch bedeute das Sparprogramm, dass nur jede fünfte Stelle nachbesetzt werde. „Das ist fast ein Einstellungsstopp.“

Auf die Frage, warum es nur um eine Strategie für das Radio gehe, nicht um das Fernsehen, sagte Hager, die Bewegtbildstrategie sei längst verwirklicht, sie stamme von 2019. Im HR-Fernsehen konzentriere man sich auf die Zeit von 16 bis 20 Uhr. Die „Hessenschau“ habe einen Marktanteil von 20 Prozent und liege damit vorn. Der HR stelle sich komplementär zur ARD auf, man wolle nicht wie andere Sender „eine bessere Tagesschau“ machen.

Hager bekräftigte, dass die Lösung nicht in Fusionen mit anderen Rundfunkanstalten liege. „Ich glaube nicht, dass man etwas einspart, wenn man sich einem größeren Sender anschließt.“ Richtig sei es aber, verstärkt mit anderen Sendern zu kooperieren.

Berichte, wonach er sich für den ARD-Vorsitz interessiere, dementierte Hager nicht. Er wolle alles tun, damit der HR als mittelgroße Anstalt nicht von Zuweisungen über den Finanzausgleich innerhalb des Senderverbunds abhängig werde, sagte der Intendant. Und er wolle die Rahmenbedingungen, die die Politik setze, mitgestalten. mak.

Brand in der Innenstadt: *In einem historischen Gebäude mit zwei Lokalen an der Elisabethenstraße in Bad Homburg ist am Dienstag ein Feuer ausgebrochen.* Foto Joachim Storch

Rauchsäule über Bad Homburg

BAD HOMBURG Zwei Lokale und ein früheres Kino werden bei einem Feuer beschädigt. Die Feuerwehr erhält Hilfe aus dem Umland. Die Stadt hat ein Stück Geschichte verloren.

In der Bad Homburger Innenstadt ist am Dienstag ein größerer Brand in einem ehemaligen Kino ausgebrochen. Am Vormittag und Mittag stand eine Rauchsäule über der Stadt. Die Löscharbeiten der Bad Homburger Feuerwehr und anderer Wehren aus dem Umkreis sollten noch bis zum Abend dauern. In dem Gebäude an der Elisabethenstraße befinden sich zwei gastronomische Betriebe. Am Nachmittag löschten die Einsatzkräfte immer noch Glutnester in dem historischen Gebäude, wie ein Sprecher der Stadt unter Berufung auf die Bad Homburger Feuerwehr berichtete. Deren Leiter war zunächst nicht für ausführliche Auskünfte zu erreichen. Wegen des Rauchs mussten Anwohner Fenster schließen und Autos die Innenstadt zu umfahren.

Die Brandursache war zunächst unklar. Die Bad Homburger Feuerwehr habe Unterstützung von Feuerwehren aus Frankfurt und dem Hochtaunuskreis erhalten, sagte der Sprecher. Mehrere Drehleiterwagen seien im Einsatz gewesen.

Das Feuer war am Vormittag im hinteren Teil des aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammenden Gebäudes ausgebrochen. Dort war von 1912 bis 1969 das Kino Schauburg untergebracht. Heute befindet sich in dessen ehemaligem Foyer ein Pub, im vorderen Teil ist ein gutbürgerliches Lokal. Der Brand brach hinten aus und griff auf das übrige Gebäudeensemble über. Der Sprecher der Stadt sagte: „Das ist Bad Homburger Geschichte, die da heute weggebrannt ist.“ flf.

Löscharbeiten: *Mehrere Drehleitern waren im Einsatz.* Foto dpa

Engpässe bei den Wasserstoffzügen

HOCHTAUNUSKREIS Im Taunusnetz gilt ein Notfallfahrplan – Pendler müssen Busse oder Autos nutzen

Taunusbahn-Fahrer brauchen starke Nerven: Nachdem es zwischenzeitlich so ausgesehen hatte, als wäre alles auf einem guten Weg, gibt es jetzt eine Nachricht, die diesen Eindruck für viele Pendler wieder zunichtemacht. Von diesem Mittwoch an gilt ein Notfallfahrplan für die Regionalbahn 15, wie die Taunusbahn im Rhein-Main-Verkehrsverbund heißt. Der Grund sind wieder einmal die Wasserstoffzüge des französischen Unternehmens Alstom.

Von denen stehe im RMV-Netz „aktuell nicht die für einen reibungslosen Betrieb erforderliche Anzahl“ zur Verfügung, teilt der Zugbauer mit. Die Gründe: Einzelne Brennstoffzellen funktionierten nur eingeschränkt, beim Material für Ersatzteile herrschten Engpässe. Alstom habe das Werkstattpersonal aufgestockt, erneuere Hard- und Software, damit der Betrieb stabiler laufe. Wann genau die insgesamt 27 Wasserstoffzüge im Taunusnetz, zu dem außer der RB 15 auch die RB 11, 12 und 16 gehören, zuverlässig einsetzbar sein werden, dazu macht Alstom nur die Angabe „perspektivisch“. Jedenfalls soll die im Dezember 2022 mit zunächst wenigen Zügen gestartete Flotte zu diesem Zweck von 2025 an ein Modernisierungsprogramm für die Brennstoffzellen durchlaufen. Alstom bedauere die Einschränkungen für Fahrgäste, den RMV und das Unternehmen Start außerordentlich, heißt es in einer Mitteilung.

Die Deutsche-Bahn-Tochter Start betreibt das Taunusnetz im Auftrag des RMV. Zusammen haben sie den Notfallfahrplan aufgestellt. Die Züge der RB 15 fahren nur noch in minimaler Wagenlänge. Oberhalb von Grävenwiesbach, der letzten Station im Hochtaunuskreis, fahren bis zur Endhaltestelle Brandoberndorf im Lahn-Dill-Kreis von 7.15 Uhr bis 16.30 Uhr gar keine Züge mehr, nur Ersatzbusse. Auf der Strecke zwischen Bad Homburg und Grävenwiesbach, an der Friedrichsdorf, Wehrheim, Neu-Anspach und Usingen liegen, fährt werktags statt des Zugs um 9.06 Uhr ebenfalls ein Bus.

Die Führung von Start und RMV zeigt sich verärgert. Start-Geschäftsführer Dirk Bartels teilt mit, sein Team leiste seit der Inbetriebnahme der Wasserstoffzüge fast Unmögliches, um den Betrieb am Laufen zu halten. Dass auch Mitarbeiter unter der Situation litten, spiegele sich in dem Krankenstand wider.

RMV-Geschäftsführer Knut Ringat äußert zu den aktuellen Engpässen bei den Wasserstoffzügen: „Wir pochen auf die Einhaltung der geschlossenen Verträge.“ Dass die Fahrgäste die Folgen zu tragen hätten, nennt er nicht akzeptabel.

Der Notfallfahrplan gilt laut der Internetseite des RMV bis zum 14. Dezember. Zusätzlich müssen sich Pendler auf eine Vollsperrung der Taunusbahn im Oktober einstellen: Vom 3. bis 27. des Monats hat der Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) Bauarbeiten zwischen Friedrichsdorf und Brandoberndorf angekündigt. Deshalb werden alle Zugfahrten durch Busse ersetzt. Die Arbeiten sollen die Elektrifizierung der Taunusbahn bis Usingen vorbereiten. Sind erst Oberleitungen gebaut, können auf dem Abschnitt nördlich von Friedrichsdorf auch S-Bahnen fahren. Zurzeit verkehren dort ausschließlich Wasserstoffzüge. flf.

Schwierigkeiten mit den Brennstoffzellen: *mit Wasserstoff betriebener Zug der Taunusbahn* Foto Frank Rumpenhorst

VERSTEIGERUNGEN

Öffentliche Versteigerung
Im Namen und Auftrag der Firma
Leihhaus in der Schillerstraße GmbH & Co KG, Schillerstr.30–40, 60313 Ffm.
am 21. September 2024
in Saalbau Gutleut, Rottweiler Str. 32, 60327 Frankfurt am Main
Zur Versteigerung kommen die noch nicht eingelösten und verfallenen, sowie, die aus früheren Versteigerungen stammenden, nicht verkauften Pfänder gegen Barzahlung.
Schmuck, Uhren, Silber u. a.
Pfänder Nr. 7793–8955, versetzt in der Zeit vom **23.12.2023 – 19.04.2024**
Besichtigung ab 8.00 Uhr – Versteigerung ab 10.00 Uhr
Birgit Wendt, öffentlich bestellte und vereidigte Auktionatorin
Elisabethenstraße 46, 64283 Darmstadt

AN- UND VERKAUF

Foto Leistenschneider kauft mit einer fairen, unkomplizierten und schnellen Abwicklung Kameras, Objektive, Fotoausrüstungen oder komplette Sammlungen an. Frankfurt: Roßmarkt 15a, ☎ 069 - 21 99 94 20 www.foto-leistenschneider.de

Klingt interessant: die F.A.Z. zum Hören.
Jetzt mehr erfahren unter faz.net/audio-angebot

Watz und Lapping

Von Jan Schiefenhövel

Was kann das bedeuten? In Darmstadt hat es der Neuling schwer mit Spitznamen und nichtoffiziellen Bezeichnungen, am besten noch im Dialekt. In Frankfurt ist es einfacher; am Main heißt es „hibb de Bach“ und „dribb de Bach“ – und kinderleicht zu erraten ist, welcher Teil der Stadt gemeint ist. Aber wenn ein Darmstädter davon spricht, ein „Watz“ zu sein, eine Darmstädterin sich „Lapping“ nennt?Wie soll ein Zugezogener darauf kommen, aus welchen Stadtteilen die beiden kommen? Wer sich orientieren will, muss einen Alteingesessenen fragen.

Dann wird klar, der „Watz“ kommt aus dem Martinsviertel, unter den echten Darmstädtern „Watzeviertel“ genannt. Dieser Name wiederum geht auf den städtischen Faselstall zurück, in dem im 19. Jahrhundert ein Eber, ein „Watz“, bereitstand, um die Sauen von Tierhaltern zu decken. So spielt der Spitzname der Leute aus dem Martinsviertel, zu dem meist das benachbarte Johannesviertel dazugezählt wird, sowohl auf die Potenz des Zuchttiers als auch auf den einst dörflichen Charakter des Stadtteils an. Dieser schließt nördlich an den Stadtkern an und gehört mit seinen Gründerzeithäusern heute zu den gefragten Wohnadressen.

Dass „Lapping“ einen Bewohner des Stadtteils Bessungen südlich der Stadtmitte bezeichnet, wird ebenfalls aus der Geschichte heraus erklärt. Der Spitzname ist die Verballhornung des französischen Begriffs „lapin“ für Kaninchen, weil der Darmstädter Dialekt stark von französischen Ausdrücken geprägt ist. Diese Tiere wurden im 16. Jahrhundert in den Sanddünen in der Gegend des heutigen Bessungen angesiedelt, weil der Landgraf so den Fleischbedarf seiner Bevölkerung decken wollte. Die Kaninchen vermehrten sich dort prächtig. Daran erinnert heute die „Lappingskerb“.

Und wie einst der Landgraf seine Leute, will heute ein Darmstädter Dönerwirt seine Kunden satt machen; seinem Imbiss hat er dafür den Namen „Lapping’s“ gegeben.

Mieten steigen moderat

Teuerung seit 2022 unter Inflationsrate

RHEIN-MAIN Wegen der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt steigen seit Jahren die Mieten – vor allem in Großstädten. Wie stark, das hat jetzt das Internetportal *www.immowelt.de* ermittelt. Dazu wurden die inserierten Angebote von 2022 und 2024 verglichen. In den sechs Großstädten der Rhein-Main-Region lag der Mietanstieg demnach unter der Inflationsrate, die das Portal für den Vergleichszeitraum mit 8,6 Prozent angibt. Allerdings ist das Mietniveau im Rhein-Main-Gebiet deutlich höher als in anderen Regionen.

An der Spitze liegt Frankfurt. In der Metropole werden Wohnungen auf immowelt.de derzeit im Schnitt für 14,11 Euro pro Quadratmeter angeboten. Das sind 4,8 Prozent mehr als vor zwei Jahren, als die Mieten noch bei 13,46 Euro lagen. Eine höhere Steigerung wird für Mainz ausgewiesen: Das Plus von 5,9 Prozent ergibt eine aktuelle Angebotsmiete von 12,42 Euro. Auf der anderen Rheinseite sind die Preise etwas niedriger: 11,64 Euro pro Quadratmeter werden im Schnitt in Wiesbaden verlangt, 3,9 Prozent mehr als vor zwei Jahren.

Auf ähnlichem Niveau bewegen sich die Mieten in Darmstadt, wo ein Anstieg um 3,7 Prozent auf 11,69 Euro ermittelt wurde. In Offenbach fällt der Preisaufschlag höher aus: Ein Plus von 5,1 Prozent ergibt eine durchschnittliche Angebotsmiete von 12,37 Euro. Die geringste Steigerung wurde in Hanau registriert, Wohnungen wurden dort im Schnitt für 11,72 Euro angeboten, ein Plus von 3,5 Prozent.

In die Statistik eingeflossen sind nur Wohnungen, die zur Neuvermietung angeboten wurden. Die deutlich niedrigeren Bestandsmieten wurden nicht berücksichtigt. mu.

Zeichen der Zeit: *Läden schließen, auch in Schlüchtern gibt es Leerstand. Größte Herausforderung ist das Areal des ehemaligen Kaufhauses Langer. Dort ist das Kultur- und Begegnungszentrum entstanden.*

Wie man eine Innenstadt am Leben hält

SCHLÜCHTERN Wenn in einer Kleinstadt ein großes Kaufhaus geschlossen wird und der Einzelhandel verschwindet, dann kann das ihrem Zentrum das Rückgrat brechen. Schlüchtern zeigt, wie die Transformation gelingen kann.

Von Hanns Mattes und Ben Kilb (Fotos)

Stadtentwickler: *Bürgermeister Matthias Möller arbeitet am Umbau der Schlüchterner Innenstadt. Denn er ist sich sicher, dass der Handel als Frequenzbringer weiter an Bedeutung verlieren wird und neue Konzepte hermüssen.*

Sehen Sie, die Türme der Abtei?“, fragt Matthias Möller und deutet auf drei hölzerne Spielgeräte auf der Dachterrasse. Sie gehören zu einer Erlebniswelt für Kinder, die sich über zwei weitere Etagen zieht. Es gibt einen Märchenwald mit Röhrenrutsche und Klettergeräten, außerdem ein kleines Dorf mit Holzhütten: „Alle angelehnt an Häuser, die es hier im Mittelalter wirklich gegeben hat“, sagt der Schlüchterner Bürgermeister mit einigem Stolz. Das alles findet sich im neuen Kultur- und Begegnungszentrum, das auch einen Kindergarten, die Stadtbibliothek, einen großen Veranstaltungsraum sowie eine Büroetage mit Konferenzraum und Arbeitsplätzen beherbergt. 30 mal 30 Meter misst die Grundfläche des Komplexes, der auch als ein Zeichen des Wandels der Innenstadt steht. Die befindet sich im Umbruch, und den treibt der parteilose Möller voran – weil er keine andere Option für seine kleine Stadt mit rund 16.000 Einwohnern sieht.

Wo jetzt das neue Zentrum neben einer großen Baugrube steht, schlug früher das Herz des Einzelhandels in der Stadt: Auf den rund 7500 Quadratmetern des Grundstücks stand das Kaufhaus Langer, ein Vollsortimenter von Lebensmitteln im Tiefgeschoss bis hin zu Sportartikeln und HiFi-Anlagen: „Das war hier der Inbegriff des Einkaufens und der Frequenzbringer für Schlüchtern schlechthin“, erzählt Möller. Selbst aus dem 30 Kilometer entfernten Fulda seien Kunden in den Bergwinkel gekommen. Diesen Namen verdankt die Gegend im Osten des Main-Kinzig-Kreises der Kinzig, die dort fast rechtwinklig in ihr Tal abknickt und über Gelnhausen nach Hanau zu ihrer Mündung in den Main fließt.

Der Bürgermeister ist in der Region verwurzelt, in Schlüchtern hat er eine Lehre als Kraftfahrzeugmechaniker absolviert, bevor er nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften in seine Heimat zurückkehrte und im Automobilhandel Karriere machte. Möller ist auch mit dem Kaufhaus Langer groß geworden, das aber kurz nach seiner Wahl zur großen Herausforderung für den parteilosen Verwaltungschef werden sollte.

Der GAU, der größtmögliche anzunehmende Unfall für Schlüchtern, ereignet sich im Sommer 2017, als die Eigentümerfamilie das Ende des Kaufhauses ankündigt: „Am 30. April 2018 ist Schluss, hieß es“, erinnert sich Möller. Ein Schock für die Stadt und ihren damals 33 Jahre alten Bürgermeister, der erst seit ein paar Monaten im Amt war. Wie sollte er mit dem Verlust des dominierenden Geschäfts umgehen? Liberal, auf die Kräfte des Markts vertrauen? „Mit dem Markt, das haben wir anfangs versucht, aber alle wollten dort so etwas Ähnliches wie ein Kaufhaus 2.0 aufziehen“, erinnert sich Möller – und er war sich sicher, dass dies scheitern würde: „Kaufhaus, das geht heute selbst in einer Großstadt nicht mehr.“ Zu dieser Schlussfolgerung sind auch die Verantwortlichen im rund 60 Kilometer entfernten Hanau vor einigen Monaten gekommen. Dort muss für den ehemaligen Kaufhof am Marktplatz, den man gekauft hat, eine neue Nutzung gefunden werden. Bei allen Unterschieden von Hanau und Schlüchtern gibt es eine Gemeinsamkeit: Beide Kommunen schalten sich aktiv in die Stadtentwicklung ein.

Möller, von Haus aus Vertriebler, hat sich intensiv mit dem Thema Einzelhandel befasst. Gerade für kleinere Städte fällt seine Prognose zurückhaltend aus: „Amazon ist heute der Markt.“ Mit der Produktvielfalt und -tiefe könne ein Ladengeschäft nicht konkurrieren. In 24 Stunden bekomme man genau das geliefert, was man wolle, ohne Parkplatzsuche und das Risiko, die passende Handtasche dann doch nicht zu finden. Wenn Einkaufen zum Event werde, hochpreisig mit exzellentem Service, dann könne das funktionieren, aber der klassische Warenhandel werde verschwinden, prophezeit der Bürgermeister. Die Pandemie habe dabei noch als Beschleuniger gewirkt: Die Menschen hätten gemerkt, dass man auch aus dem Homeoffice heraus oder spätabends einkaufen könne.

Möller ist überzeugt, dass daher ein Paradigmenwechsel erfolgen wird, „Stadtentwicklung muss sich ändern“. Man werde Leerstände nicht gleichwertig kompensieren können, und die Kommunen müssten selbst tätig werden: „Kaufen wir Langer oder nicht?“ Möller war dafür: Für 2,65 Millionen Euro gingen Grundstück und Gebäude an die Stadt. Eine Entscheidung, die in der Verwaltung, in der Politik und in der Stadt für Aufsehen sorgte. Der Bürgermeister berichtet von seinem Einkauf beim Bäcker am Tag nach der Bekanntgabe des Kaufs. Eine andere Kundin sprach ihn an: Ihre Formulierung war höflicher, aber im Kern erkundigte sie sich bei Möller, ob er noch alle Tassen im Schrank habe. Vielen schien der Kauf eine Nummer zu groß für Schlüchtern. Aber vieles sprach für die Entscheidung – auch der Blick in das nahe Gelnhausen: Seit 2013 steht dort das ebenfalls traditionsreiche Kaufhaus Joh leer, erst spät entschied sich die Stadt dafür, dort ein neues Quartier entstehen zu lassen.

Die nächste Weichenstellung fiel Möller leichter, auch wenn es dagegen Widerstand in der Stadt gab: Das alte Kaufhaus musste fallen. Allein schon die energetische Sanierung war faktisch unmöglich, zeitgemäße Anforderungen an den Bau ließen sich nicht erfüllen. Der Abbruch schafft dagegen Platz für eine laut Möller „innovative Entwicklung“: Flächen werden entsiegelt, ein Park entsteht, neben dem Kultur- und Begegnungszentrum, dass im Oktober komplett geöffnet wird, entstehen Häuser mit Wohnungen, Läden und Gastronomie. Bis in die Architektur hinein muss nach Möllers Überzeugung der Wandel mitgedacht werden: Wenn heute ein Ladengeschäft gebaut werde, dann müssten die Räume so geplant sein, dass man später dort auch Büros oder eine Wohnung einrichten könne.

Drei Dinge braucht man seiner Meinung nach für die Transformation der Innenstädte: Neue Konzepte, kreative Menschen „und viel Geld“. Das Kultur- und Begegnungszentrum zum Beispiel, „Kube“ genannt, schlägt mit 12,3 Millionen Euro zu Buche, ohne Zuschüsse könnte Schlüchtern ein solches Vorhaben nicht stemmen. Die Suche nach Unterstützung hat sich gelohnt, der Anteil der Kommune ließ sich auf gut drei Millionen Euro drücken. Mittlerweile verfüge man in der Stadt auch über die nötigen Strukturen, um solche Vorhaben bewältigen zu können, sagt Möller und nennt die neu gegründete Stadtentwicklungsgesellschaft als Beispiel. Mit dem Kulturzentrum ist ein Drittel der Fläche des früheren Kaufhauses gebaut, die übrigen Gebäude sollen bis 2026 stehen.

Aber es ist nicht das einzige Vorhaben, mit dem der Bürgermeister dafür sorgen will, dass es in Schlüchtern belebt bleibt. Auch der Stadtplatz direkt am Rathaus ist einladend umgebaut worden, und das Areal wird gut angenommen. Wenn der Einzelhandel nicht mehr für die Anziehungskraft der Innenstadt sorgt, dann müssen nach Möllers Ansicht andere Wege gefunden werden: Gastronomie zum Beispiel oder eben Treffpunkte wie das Begegnungszentrum.

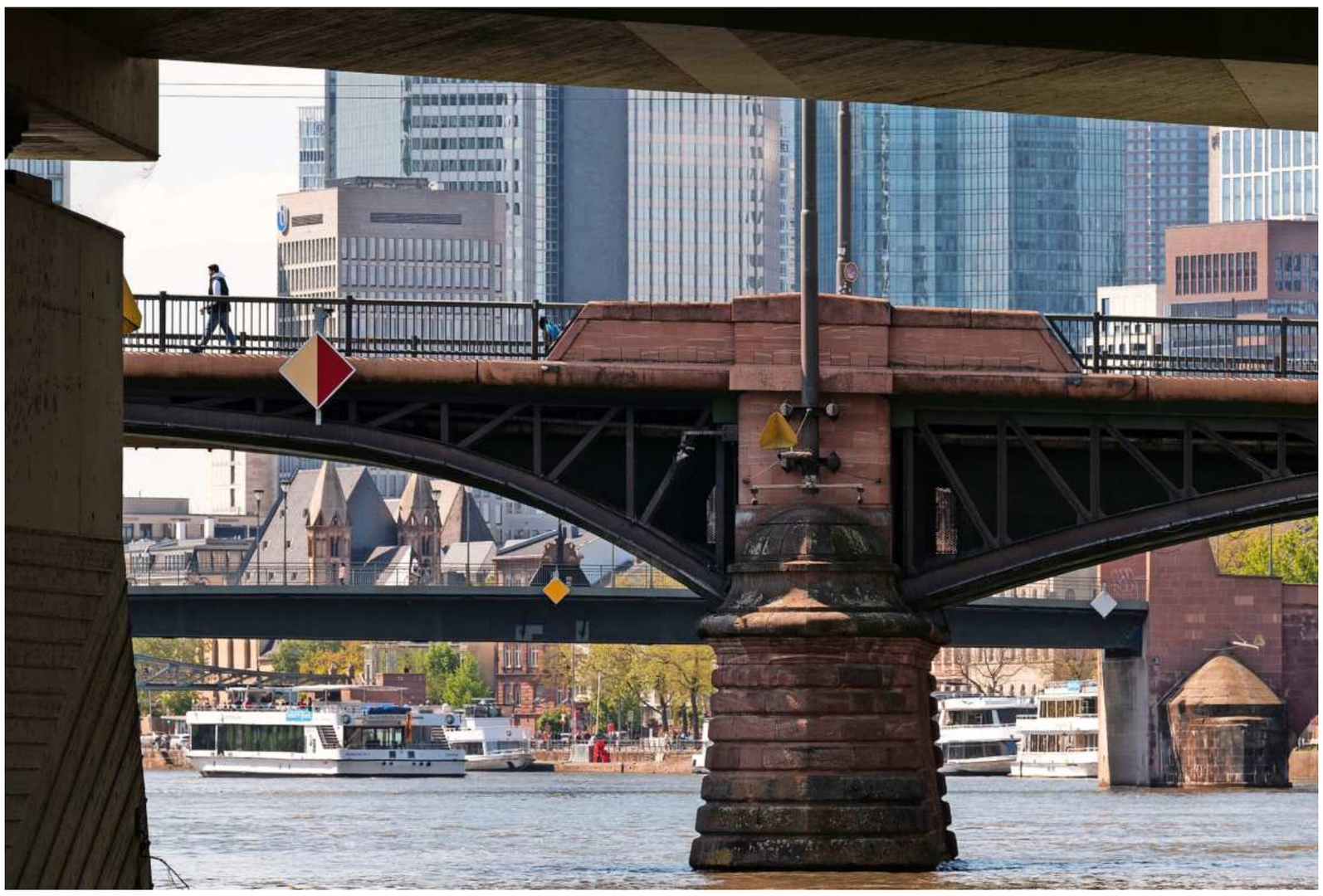
Ein Neubau für die Sparkasse ist schon erledigt, die Entwicklung eines ehemaligen Betriebsgeländes an der Kinzig zu einem Gebiet mit Wohnungen und einem Schulungszentrum kommt voran. Die Sparkasse sitzt schon in einem Neubau, und auch die prächtige, frühere Synagoge wird saniert. Ein weiteres Projekt: Pop-up-Stores und Räume für Jugendliche in einem ehemaligen Gebäude der VR-Bank. Dafür gab es einen Preis beim hessischen Wettbewerb „Ab in die Mitte“ und 15.000 Euro. Und Möller hat einen schnittigen Namen gefunden: „Kaufhaus des Bergwinkels“.

Film zu jüdischem Leben

Zu einer besonderen Filmvorführung mit Ausstellungsführung und Gespräch lädt die Initiative 9. November für Donnerstag ein. In dem von dem Verein als Ausstellungsraum betriebenen Hochbunker an der Friedberger Anlage wird der Film „Le Chaim – Auf das Leben unserer Eltern“ gezeigt. Der für den Hessischen Rundfunk produzierte Dokumentarfilm von Ilana Goldschmidt und Adrian Oeser beschäftigt sich mit der Frage, wie sich in Frankfurt nach der Schoa eine neue jüdische Gemeinschaft gebildet hat.

Einer der Protagonisten des Films, der Zeitzeuge Majer Szanckower, wird vor der Filmvorführung durch die im Bunker gezeigte Ausstellung „Vom DP-Lager Föhrenwald nach Frankfurt am Main, Waldschmidtstraße“ führen. Die Schau dreht sich auch um Szanckowers eigene Geschichte. Nach der Auflösung des Lagers für sogenannte Displaced Persons im bayerischen Föhrenwald wurden einige der Campbewohner nach Frankfurt, in Häuser in der Waldschmidtstraße, umgesiedelt. Heute arbeitet Szanckower als Verwalter der jüdischen Friedhöfe in Frankfurt.

Im Anschluss an die Vorführung von „Le Chaim“ wird es noch ein Gespräch mit ihm und den Machern des Films geben. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr, der Eintritt ist frei, der Verein bittet aber um Spenden. Der von der Initiative betriebene Hochbunker wurde am Standort der bei den Novemberpogromen 1938 zerstörten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft errichtet. ajue.



Mit scharfem Blick und Hammer: *Das Amt für Straßenbau und Erschließung lässt die Frankfurter Brücken regelmäßig überprüfen.* Foto Frank Röth

Ein Stahlrahmen gegen den Kollaps

Die Brücken in Frankfurt werden regelmäßig überprüft. Wenn sich verdächtige Risse zeigen, kann es kurzfristig zu einer Sperrung kommen. Eine bestimmte Konstruktion fällt dabei besonders auf.

Von Bernhard Biener

Manchmal geht es ganz schnell. Vor ziemlich genau einem Jahr wurde die Omegabrücke im Stadtteil Griesheim von einem auf den anderen Tag gesperrt und zwei Wochen später abgerissen. Das ist die Ausnahme, meist dauert es viel länger, bis die Bagger anrücken. Und noch länger, bis ein Neubau steht.

Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden hat die Sicherheit von Brücken in den Blick gerückt. In Frankfurt kümmert sich das Amt für Straßenbau und Erschließung (ASE) um die 480 Brücken und Ingenieurbauwerke wie Tunnel und Durchlässe. Dazu gehören kleine Holzbrücken wie diejenige, die in einer Grünanlage in Sossenheim über den Sulzbach führt und gerade durch eine Stahlkonstruktion ersetzt wird. Aber auch die fünf Brückenbauwerke der Camberger Straße, die nach zwei Jahren Instandsetzung und Neubau Ende des Jahres fertig werden sollen.

Seit zwölf Jahren gibt es beim ASE eine eigene Abteilung Brücken- und Ingenieurbau. Die damalige schwarz-grüne Koalition hatte den Plan aufgegeben, gut ein Drittel der Frankfurter Brücken in öffentlich-privater Partnerschaft sanieren und für 30 Jahre instandhalten zu lassen. Stattdessen übernahm das Amt die Aufgabe, den Sanierungsstau abzubauen. „Wir haben den Zustand der Brücken im Blick“, heißt es jetzt aus dem ASE. Alle sechs Jahre wird eine Hauptprüfung in Auftrag gegeben. Sie geschieht „handnah“, so der Fachjargon. Das heißt, dass die Bauwerksprüfingenieure mit einem Gerüst, Hubsteiger oder Brückenuntersichtsgerät auch an schwer zugängliche Teile so nah herankommen müssen, dass sie bei Bedarf mit einem Hammer dagegenklopfen können. Dazwischen ist alle drei Jahre eine einfachere Prüfung vorgeschrieben, und dreimal im Jahr werden die Bauwerke auf offensichtliche Schäden kontrolliert.

Sieben Mitarbeiter im Sachgebiet Bauwerksunterhaltung werten die Kontrollberichte aus und priorisieren die Brücken nach deren Zustand. Das Brückenbauprogramm wird gerade fortgeschrieben. Schon 2019 kam die den Stadtverordneten vorgelegte Übersicht bis 2023 auf Kosten von 92 Millionen Euro, aufgeteilt auf Investitionen im Finanzhaushalt und Instandhaltung aus dem laufenden Etat.

Viele Brücken altern wegen der Verkehrsbelastung vorzeitig, wobei davon nach Angaben des Amts vor allem Autobahnbrücken durch den hohen Anteil von Schwerlastverkehr betroffen sind. Bei den Frankfurter Brücken mache das hohe Alter Schwierigkeiten, problematisch seien aber auch in den Beton eingedrungenes Tausalz, materialsparende Bauweisen und früher verwendetes Baumaterial wie der bruchgefährdete Spannstahl, der auch bei der Griesheimer Omegabrücke verwendet worden war. Sie wurde deshalb engmaschig überwacht, und als der Prüfer an der Unterseite und den Stegen des Überbaus neue Risse entdeckt hatte, konnte zumindest nicht ausgeschlossen werden, dass der Spannstahl wegen Korrosion versagen würde. Der Stahl selbst ließ sich nicht überprüfen, weil er vollständig von Beton umschlossen war. Da eine Aussage zur Reststandsicherheit nicht mehr möglich war, wurde die Brücke gesperrt.

Eine Vielzahl von Brücken hat die Brückenabteilung erneuern oder instand setzen lassen. Dass dann eine wichtige Verbindung vorübergehend ausfällt wie bei der Ratswegbrücke oder dem Neubau der Neckermannbrücke an der Hanauer Landstraße, hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf den Verkehr – selbst wenn nur die Übergangskonstruktionen instand gesetzt werden wie derzeit an der Rosa-Luxemburg-Straße. Deren Standsicherheit gilt zumindest nicht als gefährdet.

Kritischer ist da schon die Brücke Am Weißen Stein, die am Bahnhof Eschersheim über die Gleise führt. Für das Straßenbauamt ist sie ein typisches Beispiel für die Herausforderungen der Brückensicherung. Die Spannbetonbrücke wurde 1964 gebaut und besteht aus drei parallelen Brücken, zwei für Straßen und einer für die U-Bahn. Alle drei sind nach Angaben des ASE defizitär, weil die Bemessungsregeln beim Bau nicht zu gestiegener Belastung und geänderten Vorschriften passen. Die Stadt hat daher die Brücke mit einer Stahlkonstruktion verstärkt. Dieser sogenannte Kollapsrahmen heißt so, weil er genau das verhindern soll: den Kollaps, bei dem die Brücke einstürzt und auf den Bahnsteig und die Gleise fällt.

Sie soll neu gebaut werden, und zwar weitgehend unter laufendem Betrieb. Das wird wegen der vier Bahngleise darunter und der U-Bahngleise auf der Brücke, der Leitungstrassen und des Zugangs zu den Bahngleisen, der möglich bleiben soll, besonders schwierig.

Bis die neue Brücke fertig ist, kann es daher leicht zehn Jahre dauern. Allein die Planung kann dreieinhalb Jahre in Anspruch nehmen, und damit ebenso viel Zeit wie der von Sperrpausen der Bahn abhängige eigentliche Bau. Die Leistungen müssen ausgeschrieben werden, wofür jeweils ein Dreivierteljahr veranschlagt werden kann. Hinzu kommen zwei Jahre, bis die Planung genehmigt ist.

Ehrlich-Preis für Zellforscher

Für ihre Entdeckung einer lebenswichtigen „Alarmanlage“ in Körperzellen erhalten drei Wissenschaftler den Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preis 2025. Die Auszeichnung ist mit 120.000 Euro dotiert und gilt als einer der bedeutendsten deutschen Medizinpreise. Verliehen wird sie traditionell am 14. März, dem Geburtstag des Nobelpreisträgers Paul Ehrlich, in der Frankfurter Paulskirche.

Die Ärztin Andrea Ablasser, der Virologe Glen Barber und der Biochemiker Zhijian Chen haben aufgeklärt, wie Zellen reagieren, wenn in ihrem Zytoplasma DNA auftaucht. Dies ist ein Zeichen höchster Gefahr, das entweder auf eine Infektion mit Viren oder auf Schäden in der Zelle hindeutet – denn eigentlich sollte die Erbsubstanz nur in bestimmten Teilen der Zelle wie ihrem Kern und den Mitochondrien vorkommen.

Glen Barber, der an der Ohio State University forscht, hat 2008 das Enzym STING beschrieben, das beim Auftreten von DNA im Zytoplasma angeschaltet wird. Es sorgt dann dafür, dass Interferone gebildet werden, das sind Botenstoffe des Immunsystems, die eine Abwehrreaktion auslösen. Zhijian Chen von der University of Texas isolierte 2012 ein kleines Molekül namens cGAMP, das STING aktiviert. cGAMP wiederum entsteht, wenn das Enzym cGAS im Zytoplasma mit DNA in Berührung kommt. Andrea Ablasser, die an der École polytechnique fédérale de Lausanne arbeitet, hat cGAMP 2013 im Detail charakterisiert. Dafür wurde sie 2014 mit dem Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Nachwuchspreis ausgezeichnet.

Die Aufklärung des cGAS-STING-Signalwegs hat neue Ansatzpunkte für die Therapie von Krebs und Infektionen eröffnet, wie die Paul-Ehrlich-Stiftung schreibt. Substanzen, die auf diese Alarmkette einwirken, werden in der Impfstoffentwicklung und als Krebsmedikamente erprobt. zos.

Mann auf Gehweg gestorben

Im Fall eines Mannes, der im Ostend auf offener Straße gestorben war, wird ein Verbrechen nicht ausgeschlossen. Wie die Polizei mitteilte, hatten Passanten den Dreiundvierzigjährigen am Freitagabend schwer verletzt auf einem Gehweg gefunden. Die Rettungskräfte konnten ihm nicht mehr helfen. Zur Art der Verletzungen machten die Ermittler keine näheren Angaben. Sie hoffen nun auf Hinweise von Zeugen. mch.

Hetzschrift an Moscheetür

An der Eingangstür der Moschee an der Raimundstraße in Ginnheim ist am Montag ein Zettel mit volksverhetzenden Inhalten entdeckt worden. Wie die Polizei mitteilte, muss dieser in der Zeit zwischen 6 Uhr morgens und 13 Uhr dort angebracht worden sein. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen, die Polizei bittet Zeugen um Hinweise. mch.

Geheimnisvolle Boten aus dem All

Asteroiden und Kometen verraten viel über die Entstehung des Sonnensystems. Sie können aber auch zur tödlichen Gefahr werden, wenn sie Kurs auf die Erde nehmen: Sind sie groß genug, können sie der Menschheit ein Ende bereiten, wie es einst die Dinosaurier ereilte. Mit solchen Himmelskörpern beschäftigt sich Frank Brenker: Der Geologieprofessor der Uni Frankfurt untersucht immer wieder Proben, die von Sonden im Weltall gesammelt wurden.

Frank Brenker Foto Marcus Kaufhold

Am Donnerstag, 26. September, ist Brenker zu Gast in der Reihe „Wissenschaft im Dialog“, die von der Polytechnischen Gesellschaft, dem Kunstgewerbeverein Frankfurt und der F.A.Z.-Vorteilswelt veranstaltet wird. Von 19.30 Uhr an unterhält er sich in der Evangelischen Akademie Frankfurt mit F.A.Z.-Redakteur Sascha Zoske. Print- und E-Paper-Abonnenten können sich über die F.A.Z.-Vorteilswelt unter *meinabo.faz.net/vorteilswelt* anmelden. Eine Teilnahme ist entweder am Ort der Veranstaltung oder per Livestream möglich. Nichtabonnenten werden gebeten, sich unter *https://aktion.faz.net/wid-geheimnisvolle-boten-aus-dem-all* anzumelden. lr.

98 Jahre alte Frau bestohlen

In der Nordweststadt ist am Montagnachmittag eine 98 Jahre alte Frau Opfer falscher Handwerker geworden. Wie die Polizei berichtet, haben zwei Männer unter dem Vorwand, Handwerker zu sein und in der Wohnung dringende Arbeiten verrichten zu müssen, um Einlass in die Wohnung gebeten. Anschließend soll einer der Männer die Frau abgelenkt haben, während der andere die Wohnung durchsuchte und dabei mehrere Tausend Euro erbeutete. Die Polizei rät insbesondere älteren Menschen, keine Fremden in die Wohnung zu lassen, auch keine vermeintlichen Handwerker. mch.

Mann wird Opfer von „Love Scam“

Ein 72 Jahre alter Frankfurter ist Opfer der Betrugsmasche „Love Scam“ geworden. Über einen Zeitraum von mehreren Monaten haben Betrüger, möglicherweise eine Betrügerin, zu dem 72 Jahre alten Mann zunächst über eine Internetplattform ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Anschließend wurde ihm eine Notlage vorgegaukelt. Auf diese Weise wurde der Mann um einen mittleren fünfstelligen Geldbetrag gebracht. lr.

Beteiligungen bescheren der Stadt deutlichen Überschuss

Messe steuert 2023 wieder Gewinn bei, und für den laufenden Haushalt erwartet der Kämmerer schwarze Zahlen

Bei den Gewerbesteuereinnahmen ist in jüngster Zeit das Wort „Allzeithoch“ gefallen. Auch für den Gesamtkonzern Stadt mit seinen Beteiligungsunternehmen ist dies angesichts eines Jahresüberschusses von 530 Millionen Euro für 2023 die passende Bezeichnung. Das sind 182 Millionen Euro mehr als im Jahr davor. Grund für die Verbesserung sind vor allem die Ergebnisse des Flughafenbetreibers Fraport, der Messe, des Energieversorgers Mainova, der mit Wohnungsbau befassten Holding ABG und der Entsorgungsgesellschaft FES. Aber auch die Kernverwaltung selbst hat ihren Überschuss steigern können. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 1,2 Milliarden auf knapp 29 Milliarden Euro.

Die Konzernergebnisse der vergangenen vier Jahre waren vor allem vom Einbruch durch die Corona-Pandemie geprägt. Messe und Fraport litten unter den verordneten Einschränkungen, sodass 2020 ein Minus von 185 Millionen Euro ausgewiesen wurde. „2021 hatten wir Kapital zuschießen müssen, das hat sich inzwischen wieder geändert“, sagte am Dienstag der für Beteiligungen zuständige Finanzdezernent Bastian Bergerhoff (Die Grünen). 2023 hat die Messe mit einem Gewinn von gut 18 Millionen Euro zum Konzernergebnis beigetragen. Die Stadtwerke Holding wies 121 Millionen Euro Gewinn aus, obwohl zu ihr die einkalkulierten Verlustbringer Bäderbetriebe (minus 42 Millionen Euro) und Verkehrsgesellschaft Frankfurt mit einem Verlust von 121 Millionen Euro gehören. Doch über die Stadtwerke Holding ist Frankfurt auch an Fraport beteiligt.

Macht wieder Gewinne: *Während der Corona-Pandemie musste die Stadt der Messe Frankfurt Kapital zuschießen.* Foto Lucas Bäuml

Den größten Ergebnisbeitrag lieferte die Kernverwaltung mit 237 Millionen Euro, obwohl der Kämmerer ursprünglich mit einem Defizit gerechnet hatte. Dies war schon mehrfach der Fall, und nach Worten Bergerhoffs könnte diese Entwicklung auch in diesem Jahr möglich sein: Nach der Hochrechnung zur Mitte des Jahres sehe man statt des im Haushaltsplan für 2024 beschlossenen Fehlbetrags von 28,7 Millionen Euro eher einen Überschuss von 46 Millionen Euro.

Einschließlich der Beteiligungen stieg 2023 die Zahl der Beschäftigten beim Konzern Stadt auf 26.100, etwa 400 mehr als im Vorjahr. Dazu gehörten 2400 Beamte, deren Anteil leicht gesunken ist, und die 1132 Auszubildenden. Ihre Zahl habe sich nicht erhöht, weil die Ausbildungsstellen schwierig zu besetzen seien, sagte Bergerhoff. Das auf 25,6 Milliarden Euro angewachsene Anlagevermögen hat sich in den vergangenen Jahren stärker erhöht als die dafür eingesetzten Investitionskredite, die sich beim Stadtkonzern 2023 auf 6,52 Milliarden Euro Schulden summiert haben. Davon entfielen 2,6 Milliarden Euro auf die Kernverwaltung.

„Die Konzernfamilie hat gut gewirtschaftet“, lautet das Fazit des Finanzdezernenten. Auch wenn sich die Inflation etwas abgemildert habe, blieben die Rahmenbedingungen schwierig. „Der Ausblick ist weniger optimistisch als der Rückblick.“ Das Wachstum der Einwohnerzahl erfordere dennoch weiter Investitionen in Wohnungen, Schulen und Kindertagesstätten. Auch nachhaltige Energie und Mobilität blieben Schwerpunkte, in die man investieren werde. bie.

RHEIN-MAIN

Leben in Frankfurt und in Hessen

VERANTWORTLICHE RESSORTLEITER: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt; Marie Lisa Kehler (stv.)

Peter Badenhop (Koordination Newsroom), Matthias Trautsch (Koordination Reportage); Bernhard Biener, Ralf Euler, Monika Ganster, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Alexander Jürgs, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Daniel Meuren, Günter Murr, Martin Ochmann, Jan Schiefenhövel, Rainer Schulze, Johanna Schwanitz, Dieter Schwöbel, Timur Tinç, Elena Zompi, Sascha Zoske.

KULTUR: Eva-Maria Magel (Koordination); Dr. Florian Balke, Katharina Deschka, Sonja Esmailzadeh, Guido Holze.

WIRTSCHAFT: Daniel Schleidt (Koordination); Patricia Andreae, Dominik Großpietsch, Petra Kirchhoff, Barbara Schäder.

KORRESPONDENTEN: Oliver Bock, Andrea Diener, Dr. Florentine Fritzen, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug, Thorsten Winter.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hetrodt.

ONLINE: Inga Janovic (Koordination Internet); Alexandra Dehe, Xenia Reinfels, Christian Riethmüller.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:
Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Pariser Straße 1,
60486 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
E-Mail-Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger. RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337. E-Mail: service@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 29, gültig vom 1. Januar 2024 an.

„Wir Schausteller werden gerne unterschätzt“

Patrick Hausmann entstammt einer Volksfestdynastie. Zu Beginn des Oktoberfests spricht der Festwirt über das veränderte Volk und die Kraft seiner Branche.

Am Mittwoch wird „ozapft“: *Patrick Hausmann (rechts) mit Bruder Dennis im Festzelt* Foto Wonge Bergmann

Herr Hausmann, Ihr Gewerbe sind Volksfeste. Neben der Dippemess steht für Sie am Mittwoch die Eröffnung des Frankfurter Oktoberfests an. Wie steht es um die Branche, wo unser Volk derzeit doch gar nichts zu feiern haben soll vor lauter Krisen?
Wenn es denn tatsächlich so sein sollte, dass wir als Gesellschaft in einer gewissen Depression sind, dann sind Volksfeste ja genau der Ort, um die Sorgen des Alltags mal zu vergessen und zu sagen, dass man mal fünf Stunden Spaß hat.

Spüren Sie die Krisenstimmung?
Was die Volksfeste der vergangenen zwei Jahre betrifft, auf keinen Fall. Sie funktionieren sogar besser als vor Corona.

Versteht sich die Schaustellerbranche als Volksbelustiger für düstere Zeiten?
Da muss ich vielleicht etwas ausholen und mal auf die Tradition zu sprechen kommen. Wir machen das ja in der fünften oder sechsten Generation. Auch meinem Bruder und mir wurde das gewissermaßen in die Wiege gelegt, und wir machen das aus Leidenschaft. Natürlich müssen wir schauen, dass wir auch unseren Lebensunterhalt verdienen, aber ein Stück weit sieht sich die Schaustellerbranche sicher auch in der Verantwortung, dass wir den Menschen Abwechslung bieten. Das Oktoberfest ist da sicher von der Dippemess zu unterscheiden. Zum Volksfest kann ich spontan hingehen und auch mal nur eine Stunde bleiben für eine Bratwurst und zwei Fahrten. Aufs Festzelt hier bereiten sich alle vor, besorgen sich was Trachtenmäßiges zum Anziehen, verabreden sich in Gruppen. Hier wie dort ist aber unser Job, dass die Menschen ein Lächeln auf den Lippen haben, sobald sie bei uns reinkommen.

Spüren Sie denn mehr Aggressivität, gerade wenn Alkohol im Spiel ist?
Wir stellen eher fest, dass es immer entspannter zugeht auf den Festen. Das gilt nicht nur für Frankfurt, ich kann das für die gesamte Region sagen, nehme das aber auch so wahr, wenn wir mit Kollegen aus ganz Deutschland reden.

Auf Volksfesten findet sich ein Querschnitt durch die Bevölkerung. Hat sich das Volk also zum Positiven verändert?
Auf jeden Fall hat es sich verändert. Würden wir jetzt noch die Dippemess oder auch das Festzelt betreiben wie vor 15 Jahren, dann hätten wir Schwierigkeiten. Damals hätte noch keiner gedacht, dass wir hier mal vegane Produkte oder auf einem Volksfest Rock- oder rosa Abende haben. Auch Champagner war früher überhaupt nicht unser Produkt. Aber dann hatten wir ab dem vierten Jahr beim Oktoberfest auch eine Champagnerbar im Zelt. Die Currywurst mit Pommes gibt es natürlich weiter, aber wir müssen immer das Gespür dafür bewahren, was die Leute wollen. Und da ist der Anspruch gestiegen, auch kulinarisch.

Ist das Volksfest also nicht mehr reduzierbar auf die billige Bratwurst?
Die Zeiten des Tütenaufreißens sind lange vorbei. Wir haben viele, die sich auf eine Spezialität konzentrieren, dann gibt es Langos oder eben Pommes, die aus frischen Kartoffeln gedrückt werden. 80 bis 90 Prozent der Produkte werden frisch zubereitet, die Besucher können live zuschauen. In manchem sind wir sogar Vorreiter für die standfeste Gastronomie, wenn ich mir manche Konzepte wie Vapiano anschaue, mit offenen Küchen. Wir müssen uns da nicht mehr verstecken. Wir müssen andererseits auch Trends mitgehen, um existieren zu können.

Sie brauchen also Unternehmergeist. Fühlen Sie sich da manchmal unterschätzt als Schausteller?
Ja. Wir werden unterschätzt. Da fehlt gelegentlich der Respekt dafür, dass wir schon auch ein Wirtschaftsfaktor sind, allein hier das Oktoberfest zieht pro Abend 600 Taxifahrten nach sich, gewiss auch Tausende Hotelübernachtungen in den vier Wochen. Wir beschäftigen vier Wochen lang 120 Mitarbeiter. Auch die Dippemess schafft wichtige Arbeitsplätze und hat eine gewisse Wirtschaftskraft. Wir spüren die Geringschätzung leider auch, wenn es darum geht, wie man mancherorts mit unseren Rahmenbedingungen umgeht. Da werden wir gerne schon mal hin- und hergeschoben.

Sie spielen auf die Ungewissheit bezüglich des Festplatzes an und auch darauf, dass der Parkplatz P9 am Waldstadion, seit 2009 Ort des Oktoberfests, gerade für andere Vorhaben verplant wird?
Wir werden in Frankfurt grundsätzlich sehr gut behandelt, und da gibt es großes Vertrauen. Aber ja, natürlich beschäftigt die Standortfrage für die Dippemess alle beteiligten Schausteller. Da geht es um Existenzen. Fürs Oktoberfest finden wir sicher auch nicht einen so passenden Standort, wenn wirklich die Multifunktionshalle gebaut werden sollte.

Der Festplatz, wo die Dippemess seit vielen Jahrzehnten stattfindet, ist von der Stadtpolitik für den Neubau der Europäischen Schule vorgesehen. Was wäre so schlimm an einem Wechsel auf einen neuen Festplatz, der womöglich sogar noch etwas größer sein könnte?
Es schafft viel Ungewissheit, neue Festplätze müssen sich etablieren, oft gehen Feste daran zugrunde.

Die Schaustellerbranche ist sehr traditionsbewusst. Nahezu alle Betriebe bestehen in vierter, fünfter oder gar zehnter Generation. Ihr Vater Eddy ist eine lebende Legende der Schaustellerbranche. Wie schwer ist es da, das eigene Unternehmen den Zeiten anzupassen?
Natürlich schwebt unser Vater immer noch über dem Tun von Dennis und mir. Aber er hat dann doch auch recht schnell erkannt, als er uns vor acht Jahren den Betrieb übergeben hat, dass er uns vertrauen und machen lassen muss. Anfangs nannten wir ihn im Spaß dann eine Zeit lang den „Herrn ‚Ich würde aber‘“, weil er uns von seinen hergebrachten Dingen überzeugen wollte. Aber dann hat er eben auch erkannt, beispielsweise auch mit unserem Metzger, der zur gleichen Zeit an seine Tochter übergeben hat, dass die nächste Generation auch erfolgreiche Ideen hat. Wir haben da eine Pflaume-Nuss-Bratwurst zusammen entwickelt, da rümpften die Alten die Nase. Dann schlug die ein wie Bombe, und sie haben erkannt, dass man eben mit Bratwürsten auch im Gespräch bleiben muss. Da fällt mir zu meinem Vater auch noch eine schöne Anekdote ein …

… nur her damit!
Im vergangenen Jahr wurde er mal von der Security nicht ins Festzelt gelassen, weil sie ihn nicht kannten und ihm nicht direkt glaubten, dass er dazugehört. Er hat unsere Männer am Einlass dann aber doch noch überzeugt, weil er auf unser Firmenlogo zeigen konnte, da ist mein Vater verewigt als Comicfigur. Sie haben die Ähnlichkeit dann als Zugangsausweis akzeptiert.

Im Doppelpack mit Ihrem Bruder sind Sie als die Hausmänner bekannt. Wie prägend ist für Sie die Familiengeschichte, die Sie während Corona in eine Familienchronik gefasst haben?
Schaustellerei ist nahezu nicht denkbar ohne Familiengeschichte. Wir sind auf dieses über Generationen angehäufte Wissen angewiesen, gleich ob es sich um Fahrgeschäfte handelt oder eben eher den Imbissbereich wie bei uns. Das erschwert es Quereinsteigern ungemein, ist aber auch für unsere Branche eine Gefahr, weil Betriebe, die aus welchen Gründen auch immer aufgeben, kaum Nachfolger finden.

War es für Sie also selbstverständlich, in die Fußstapfen Ihres Vaters zu treten?
Für meinen Bruder war es irgendwie selbstverständlich, er hat eine Ausbildung nach drei Monaten abgebrochen und ist in den Betrieb meines Vaters gegangen, weil er sich sicher war, dass es sein Ding ist. Ich war das Gegenteil. Ich habe eine Ausbildung als Gestalter für visuelles Marketing abgeschlossen und für den Kaufhof auf der Zeil gearbeitet. Erst dann hat es mich in den eigenen Betrieb gezogen. Ich wollte diese Sicherheit, dass ich auch was anderes machen könnte.

Das Oktoberfest ist eine Erfolgsgeschichte geworden, nachdem Sie 2009 das Münchner Original in Frankfurt mit einem Festzelt kopiert haben. Gelingt Ihrem Bruder und Ihnen immer alles Neue?
Natürlich nicht! Wir hatten auch mal versucht, an Fastnacht ein Partyzelt am Ratsweg aufzustellen. Wir dachten, dass die Leute dann nicht nach Mainz fahren müssen zum Feiern, sondern in Frankfurt bleiben können. Das hat aber nicht so geklappt, und wir haben das nach drei Jahren aufgegeben. Aber das sind Erfahrungen, die uns dann an anderer Stelle wieder nutzen.

Brauchen Sie eigentlich persönlich noch Belustigung, oder haben Sie genug Spaß an Ihrer Arbeit?
Ich liebe die Abwechslung, die unser Gewerbe mit sich bringt. Wir haben ständig ein anderes Umfeld, einen anderen Ort, auch immer etwas andere Tätigkeiten. Am einen Tag fahre ich nur Kühlcontainer durch die Gegend und finde das entspannend, am anderen ist viel Halligalli. Fürs Oktoberfest verlege ich jetzt mein Büro vier Wochen in einen Container. Mir macht das alles Riesenspaß. Ich bin aber natürlich auch froh, wenn ich jetzt in den vier Wochen mal die Möglichkeit habe, eine Frühschicht einzulegen, um am Abend mal was anderes zu unternehmen.

Die Fragen stellte **Daniel Meuren.**

Zur Person

Patrick Hausmann veranstaltet gemeinsam mit seinem älteren Bruder Dennis und dem Geschäftspartner Kai Mann von Mittwoch bis zum 13. Oktober das Frankfurter Oktoberfest am Waldstadion. Der 37 Jahre alte Hausmann entstammt einer Schaustellerdynastie. Vater Eddy war lange Zeit Sprecher des Schaustellerverbands.

STELLEN

STELLENANGEBOTE

Oberhessisches Diakoniezentrum Johann-Friedrich-Stift, Laubach

Das Oberhessische Diakoniezentrum ist eine gemeinnützige Stiftung mit über 300-jähriger Tradition.
In seiner Trägerschaft befinden sich heute in der Region Laubach, Hungen, Lich und Grünberg drei Seniorenzentren, ein ambulanter Pflegedienst mit angeschlossenem Menüservice, eine betreute Seniorenwohnanlage, eine Tagespflege, acht Kindertageseinrichtungen, ein Kindertagespflegebüro, ein ambulanter Hospizdienst und ein Mehrgenerationenhaus.

Für unser Seniorenzentrum in Lich suchen wir zum 01.12.2024 eine

EINRICHTUNGSLEITUNG (m/w/d)

30 Stunden – 5-Tage-Woche

Unsere Einrichtung in Lich verfügt über 56 vollstationäre Betten sowie ein angeschlossenes Betreutes Wohnen mit 27 Wohneinheiten. Das besondere Hausgemeinschaftskonzept ist das Aushängeschild unseres Unternehmens.

Voraussetzungen:

- Persönliche und fachliche Voraussetzung für die Leitung einer Einrichtung
- Führungskompetenz und soziale Kompetenz
- Verantwortungsbereitschaft und Zuverlässigkeit
- Geschick und Fähigkeit, ein Team zu motivieren und leiten
- Ausgeglichenheit und Geduld
- Bereitschaft zum wertschätzenden Umgang mit älteren Menschen mit diversen Einschränkungen
- Einsatzbereitschaft und Flexibilität

Wir bieten Ihnen:

- eine interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit
- die Möglichkeit, eigene Ideen aktiv einzubringen
- ein breites Fort- und Weiterbildungsangebot
- einen Arbeitsvertrag mit Vergütung nach AVR-HN
- 30 Tage Jahresurlaub
- betriebliche Gesundheitsvorsorge
- zusätzlicher Altersvorsorge und Familienbudget

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung per Post oder E-Mail an:

Oberhessisches Diakoniezentrum
Sekretariat Vorstand
Schottener Straße 2 – 35321 Laubach

bewerbung@oberhess-diakonie.de

Wir freuen uns darauf, Sie kennenzulernen!

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne telefonisch unter 0 64 05 – 827-150 zur Verfügung.

RÜTTGER Stahlhandel GmbH

Sachbearbeiter Rechnungswesen/ Office Management m/w/d

Wir sind ein international tätiger Stahlrohrhandel und suchen zur Unterstützung unseres dynamischen Teams eine/n Sachbearbeiter/-in für unser Rechnungswesen/ Office Management

Das bieten wir:

- Festanstellung in Vollzeit, eventuell Teilzeit möglich
- 30 Tage Urlaub
- Attraktive Vergütung, 14 Monatsgehälter
- Ein gutes Arbeitsklima in einem modernen, klimatisierten Büro
- Intensive Einarbeitung und wertschätzende Zusammenarbeit
- Dienstrad-Leasing
- Essenszuschuss

Ihre Qualifikation:

- Abgeschlossene kaufmännische Ausbildung
- Mind. 2 Jahre einschlägige Berufserfahrung im Rechnungswesen
- Gute Kenntnisse der MS-Office Anwendungen insbesondere Excel
- Selbstständige Arbeitsweise mit hohem Qualitätsanspruch
- Schnelle Auffassungsgabe und starkes Verantwortungsbewusstsein
- Sehr gute Deutschkenntnisse, Englischkenntnisse sind wünschenswert

Ihr Aufgabengebiet:

- Debitoren- und Kreditoren Buchhaltung, Erstellung von Rechnungen und Gutschriften, Kontierung und Versendung
- Einholung von Bonitätsauskünften und Mahnwesen
- Stammdatenpflege inklusive Neuanlagen
- Prüfung von Eingangsrechnungen
- Allgemeine kaufmännische Bürotätigkeiten: Empfang und Büromaterialbeschaffung

Bitte senden Sie uns Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen per E-Mail an
rainer.john@ruettgerstahl.com

Rüttger Stahlhandel GmbH,
Am Dornbusch 15a, 61250 Usingen

www.ruettgerstahl.com

Suchen
Reinigungskräfte
(m/w/d) auf Teilzeit/Vollzeit, mit Führerschein in Festanstellung.
Tel. 0171 602-4803 oder
E-Mail: info@maigrana.com

STELLENGESUCHE

3 kräftige junge Männer sind bereit für alle Hilfen, vom Maler, Gartenarbeit u. Umzugshilfe, RM Ffm (40 km Umkr.) m. Transp. ☎ 0163-8115043

FAHRZEUGE

VERKÄUFE

MERCEDES

Mercedes DB 280 S (126) champagner, Oldtimer, Bj. 1984, Autom., TÜV, Top Zustand, 97.000 KM, VB 18.600€, Wertgutachten liegt vor. Zuschr. unter Z2402723 an Rhein-Main-Media, Pf 101009, 34010 Kassel

WOHNMOBILE

Wir kaufen Wohnmobile + Wohnwagen 03944 36160, www.wm-aw.de Firma

Warten Sie bitte nicht bis zur letzten Minute.

Je früher Sie Ihre Anzeige bei uns aufgeben, um so individueller können wir Sie bedienen.

IMMOBILIEN

IMMOBILIEN ANGEBOTE

EIN- UND ZWEI-FAMILIENHÄUSER

Gepflegtes Zweifamilienhaus priv. 63512 Hainstadt - Baujahr 1960 EG 92,85qm +Terrasse, OG 88,85qm + Balkon, Voll unterkellert, DG tlw. ausgebaut. EA-B, 337,6 kWh, EEK-H, Gas, Grundstück 702qm – 3 Garagen € 529.000 -Tel.: 0173 307 22 44

ALLGEMEINE ETW-ANGEBOTE

NEU
TRAUMHAFTES PENTHOUSE DIREKT VOM EIGENTÜMER!

Mit fast 200 m² Wohnfläche und einer 100 m² großen Dachterrasse ist dieses moderne und neuwertige Penthouse ein echtes Sahnestück am Immobilienmarkt. Es liegt ideal, genau zwischen Frankfurt, Wiesbaden und Mainz in Traumlage und mit einem unverbaubaren Rundum-Blick ins Grün und auf den Main für nur **1.290.000,– €.**
Rufen Sie gleich André Duperret unter 0173 3424550 an und vereinbaren einen Besichtigungstermin.

IMMOBILIEN GESUCHE

HÄUSER GESUCHE

Haus gesucht! Akademikerpaar mit drei kleinen Kindern sucht Einfamilienhaus (min. 6 Zimmer + Garten) im Frankfurter Raum zum Kauf bis ca. 1.500.000 EUR. Alt. auch an Mietobjekten bis zu einer Kaltmiete von 3.500 EUR interessiert. Einzug flexibel möglich! Wir freuen uns über Angebote an familie.sucht.haus.in.ffm@gmail.com oder tel. 01705882584

Handwerker sucht Mehrfamilienhaus von privat, Tel. 06032-9989901

SUCHE Mehrfamilienhaus als Kapitalanlage. Tel. 06403 9681641

EIGENTUMS-WOHNUNG GESUCHE

SUCHE Wohnung als Kapitalanlage. Tel. 06403 9681641

Suche Eigentumswohnung von privat - gerne renovierungsbedürftig, Tel.: 069 - 1749 8930

Hobby-Handwerker sucht Eigentumswohnung von privat, **Tel. 06403 9681615**

Suche Eigentumswohnung von privat Tel.: 06182-8499651

MIETGESUCHE

MIETGESUCHE 2-ZI.-WOHNUNGEN

Ruhige 2-bis3-Zimmer-Wohnung gesucht von Architekt, 50 Jahre, im öffentlichen Dienst. Ernsthafte Angebote bitte an Zuschr. unter Z2402745 an Rhein-MainMedia, Pf 101009, 34010 Kassel

FRANKFURTER (70 J. jung), alleinsteh.,sucht 2-3 Zi.-Whg. mit Bad, Kü.,Balkon u. Keller f. div. Fahrräder, möglichst ruhig gelegen, ca. 1000,-€ kalt -je nach Lage/Ausstattg. auch mehr. Ang. bitte unter 0178 1634305

MIETGESUCHE 3-ZI.-WOHNUNGEN

Akademiker-Paar (35, IT und 29, Psychoth.) suchen 3-Zi-Whg. in zentraler Lage mit Balkon in FFM. Max. 1700€. Gerne Altbau. Tel: 0179 9334372.

PARTNERSCHAFTEN

SIE SUCHT IHN

Zu zweit ist es schöner. Ich bin 74 J., 1,58 m, 61 kg, kurze, schwarz-graue Haare. Bin NR, trinke aber gerne mal ein Bier. Wandere gerne und gehe gerne Essen, oder in den Biergarten. ✉ young_at_heart@gmx.de

BEKANNTSCHAFTEN

Er, 79, 1.87, 105, ungeb. su. erotische Beziehung zu Frau od. Paar (m/w) auf altersentspr. Niveau in Frankfurt. Zuschr. Chiffre 2402742 Z an Rhein-MainMedia, Pf 101009 34010 Kassel

Gewerbegebiet Fechenheim verkauft

FRANKFURT Neuer Investor will Industriegebiet erhalten / Investition von mehr als 100 Millionen Euro

Das Schweizer Chemieunternehmen Clariant hat den Industriepark Fechenheim verkauft. Neuer Besitzer ist der Frankfurter Investor Lugman Group, der sich selbst als auf Immobilien spezialisiertes Single-Family-Office bezeichnet und für den es die erste Investition ist. Der Kaufpreis für das rund 430.000 Quadratmeter große Gelände im Osten Frankfurts, in dem derzeit rund 1200 Männer und Frauen tätig sind, beträgt 95 Millionen Euro.

In dem Industriepark hat das Chemieunternehmen Allessa, das 2001 aus dem Clariant-Konzern ausgegliedert wurde, noch einen gültigen Mietvertrag, der vom Käufer übernommen werde, heißt es in einer Mitteilung von Clariant. Der F.A.Z. sagte Nehal Lugman, Managing Director der Lugman Group, das Unternehmen solle dort bleiben. Man habe mit Allessa bereits Gespräche geführt und sei sich weitgehend einig, sagte Lugman.

Auch das Biotechunternehmen Biospring hat seinen Sitz in Fechenheim. Auf dem Gelände gibt es aber noch Freiflächen für weitere Nutzer. Diese Flächen sollen nun entwickelt werden. Zusammen mit der Stadt Frankfurt und den Bestandsmietern wolle man den Standort aufwerten und innovative Nutzungskonzepte mit der bestehenden Industrie zusammenbringen, sagte Gerd Simon, Geschäftsführer der Lugman Group. Was das konkret bedeutet, erläuterte Nehal Lugman im Gespräch mit der F.A.Z. Lugman sagte, der Industriecharakter des Geländes solle erhalten bleiben, vor allem im westlichen Teil des rund 60 Fußballfelder umfassenden Geländes sollen neue Unternehmen Platz finden.

Mietverträge seien zwar noch keine geschlossen worden, man befinde sich aber schon im Gespräch mit fünf Unternehmen aus den Branchen Biotechnologie, Pharma, Technologie sowie einem Rechenzentrumsbetreiber. Zudem plant der Investor, einen sogenannten Retail-Park zu etablieren, in dem Kleingewerbe Platz finden soll. Zunächst sei es wichtig gewesen, den Standort zu sichern und ihm eine Planungsperspektive zu geben, sagte Lugman. In den vergangenen Jahren hätten sich die im Industriepark ansässigen Unternehmen wegen der Unsicherheit ob der Zukunft des Geländes mit Investitionen zurückgehalten. Aus den Gesprächen mit den Mietern sei aber hervorgegangen, dass viele nun bereit seien, in den Standort Geld zu stecken.

Stand heute gebe es keine Pläne, auf dem Gelände Wohnraum zu entwickeln, sagte Lugman, das sei auch nicht im Interesse der Stadt, „wir sehen das Gelände als Industrie- und Gewerbefläche“, hob er hervor. Insgesamt geht er nun von einer Investitionssumme in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro aus. Das Erscheinungsbild des Areals an der Hanauer Landstraße solle mit dem Geld aufgewertet werden, viele Gebäude sollten zudem neu errichtet werden.

Der neue Eigentümer habe die Wünsche der Stadt Frankfurt, die Zukunftsperspektive für die Unternehmen und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze zu sichern, bestätigt und zugesagt, auf dem Areal ein innovatives Umfeld für nachhaltige Produktion und Gewerbe zu schaffen, sagte Frankfurts Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst (FDP). „Dadurch entstehen in Frankfurt sowohl dringend benötigte Gewerbeflächen zur Bestandssicherung als auch für die Ansiedlung von Unternehmen“, so Wüst weiter.

Seit 1870 werden auf dem Gelände chemische Produkte hergestellt. Damals entstand an dem Standort das Unternehmen Cassella Farbwerke Mainkur AG, das sich insbesondere der Produktion von Textilfarben widmete. Später war die Cassella eine Tochter der Hoechst AG, bevor der Geschäftsbereich 1997 inklusive des Grundstücks in Fechenheim an den Spezialchemiekonzern Clariant verkauft wurde. 2001 entstand durch den Verkauf des Geschäftes an ehemalige Hoechst-Manager die heutige Allessa, das Grundstück hingegen blieb im Besitz der Schweizer. Allessa ist in Fechenheim geblieben. Das Gelände verfügt laut Clariant neben funktionellen Büro-, Labor-, Produktions- und Lagerflächen über eine Abwasserreinigungsanlage sowie zwei Kraftwerke, die Strom und Wärme erzeugen. Neben Allessa und Biospring sind hier Betriebe wie die Prefere Melamines GmbH, die mit speziellen Harzen Beschichtungen etwa für Laminat produziert, der Schweizer Medikamentenhersteller Corden Pharma, das Baumaschinenunternehmen Boels und ein TÜV-Service-Center angesiedelt.

DANIEL SCHLEIDT

Landesbahn fährt ins Minus

FRANKFURT Weil der Deutschen Bahn Personal für Stellwerke fehlt, können Züge der Hessischen Landesbahn oft nicht fahren. Und so ist sie operativ in die roten Zahlen gerutscht.

Von Manfred Köhler

Die Hessische Landesbahn ist seit Jahren auf Wachstumskurs, die von diesem Eisenbahnunternehmen und seinen Beteiligungsgesellschaften befahrenen Strecken reichen inzwischen weit über die Grenzen des Bundeslands hinaus. Aber die Landesbahn ist nahezu ausschließlich auf Gleisen der Deutschen Bahn unterwegs. Damit ist die Landesbahn aber darauf angewiesen, dass der Betrieb auf den fremden Anlagen ordnungsgemäß abgewickelt wird.

Das allerdings ist nach den Worten von Veit Salzmann, Geschäftsführer der Landesbahn, immer seltener der Fall. Wie er am Dienstag berichtete, haben Stellwerksausfälle der Deutschen Bahn, verursacht durch fehlendes Personal, im ersten Halbjahr 2024 dazu geführt, dass die Landesbahn ungefähr zehn Prozent ihrer Fahrten nicht absolvieren konnte. Denn wenn ein Stellwerk nicht besetzt ist, kann der Betrieb auf der Strecke und in den Bahnhöfen nicht gelenkt werden. Wenn die Landesbahn nicht fährt, bekommt sie aber auch kein Geld von ihren Auftraggebern, das ist im Ballungsraum Frankfurt der Rhein-Main-Verkehrsverbund. Kosten entstehen dennoch, vor allem für das Personal.

Die Folge ist, wie sie Salzmann am Dienstag schilderte: Die Landesbahn rutscht in die roten Zahlen. Weil der Betrieb auch im vergangenen Jahr beeinträchtigt war, betrug das operative Ergebnis 2023 unter Einbeziehung der Tochtergesellschaften minus 370.000 Euro. Für 2024 erwartet Salzmann nichts Besseres. Die Verträge ließen auch nicht zu, dass die Landesbahn die Deutsche Bahn in Regress nehme. Es sei nur vereinbart, dass der Konzern künftig für den Schienenersatzverkehr mit Omnibussen aufkomme.

Tobias Beckers, neben Salzmann der zweite Geschäftsführer der Landesbahn, zählte auf, wo überall gegenwärtig Stellwerke zu bestimmten Zeiten gar nicht oder nicht mit ausreichend Personal besetzt seien: im Frankfurter Hauptbahnhof, in Hanau, Aschaffenburg, Wetzlar, in der Wetterau und im Westerwald. In Aschaffenburg, wo Züge der Landesbahn enden, sei es bisweilen nicht möglich, sie in eine Abstellanlage zu fahren. In Frankfurt endeten Züge abends manchmal nicht im Hauptbahnhof, sondern im Westbahnhof. Hinzu kämen überall Bautätigkeiten, die oftmals nicht planmäßig verliefen.

Salzmann gestand zu, dass auch die Landesbahn, die mit ihren Beteiligungsgesellschaften zusammen 2200 Frauen und Männer beschäftigt, mit Personalmangel kämpfe. Deshalb habe es Ende vergangenen Jahres etwa auf der Strecke von Wiesbaden über Darmstadt nach Aschaffenburg Zugausfälle gegeben. Im Moment werde jedoch überall nach Fahrplan gefahren. Die Fluktuation unter den Lokführern sei niedrig, es würden gegenwärtig 80 im Jahr ausgebildet. Auch das Personal für die neue Werkstatt in Butzbach, wo 80 Stellen entstehen, habe man fast beisammen. In Butzbach errichtet die Landesbahn für 110 Millionen Euro eine Instandhaltungsanlage, in der man nicht nur die eigenen Fahrzeuge, sondern gegen Geld auch die anderer Eisenbahnunternehmen warten möchte. Die Arbeiten dafür haben im Januar begonnen, die Inbetriebnahme eines ersten Abschnitts ist für Januar 2026 geplant, die gesamte Werkstatt soll dann im Mai jenes Jahres eröffnet werden.

Im laufenden Jahr sollen Züge der Landesbahn und ihrer Beteiligungsgesellschaften alles in allem 29,9 Millionen Kilometer zurücklegen. Das wäre der höchste Wert, den die Gruppe jemals erreicht hat. Die Zugkilometer waren von 2011 bis 2021 kontinuierlich von 14,3 auf 27,7 Millionen gestiegen, weil sich die Landesbahn-Gruppe wieder und wieder bei Ausschreibungen gegen die Konkurrenz hatte durchsetzen können. Dann aber waren sie bis 2023 auf 24,6 Millionen Kilometer gesunken, weil die Landesbahn ausgerechnet bei der Ausschreibung ihrer Stammstrecke, der Frankfurt-Königsteiner Eisenbahn, sowie bei der Taunusbahn nach Brandoberndorf der Deutsche-Bahn-Tochtergesellschaft Start unterlegen war. Dieses Unternehmen fährt dort nun auf Gleisen, die der Landesbahn gehören und weiterhin von ihr unterhalten werden.

Im Jahr 2024 ist bei der Landesbahn dafür der Mittelhessenexpress hinzugekommen, der bis Ende 2023 von der Deutschen Bahn betrieben worden war. Dies erklärt den Anstieg der Zugkilometer im laufenden Jahr. Beim Mittelhessenexpress handelt es sich um Regionalexpress-Züge von Frankfurt nach Gießen und dann einerseits nach Dillenburg, andererseits nach Marburg und weiter bis Treysa. Hinzu kommen Züge zwischen Gießen und Hanau über Friedberg. Die Betriebsaufnahme durch die Landesbahn hatte zunächst darunter gelitten, dass die neuen Fahrzeuge nicht rechtzeitig ausgeliefert worden waren, weshalb die Deutsche Bahn hatte aushelfen müssen.

Zu den neuen Leistungen der Landesbahn zählt auch eine ungewöhnliche im Norden: Wegen der Unterbrechung der Autobahn 45 als Folge einer baufälligen Brücke bei Lüdenscheid wurde der Eisenbahnverkehr zwischen Finnentrop und Iserlohn-Letmathe verstärkt, so dass dort nun auch die Landesbahn verkehrt. Vom Fahrplanwechsel im Dezember an sollen ihre Züge sogar alle zwei Stunden bis Dortmund fahren – allerdings nur solange, bis die A 45 wieder durchgängig befahrbar ist.

Die Landesbahn hat selbst alte Fahrzeuge verkauft, und zwar nach Rumänien und Tschechien, wie Salzmann weiter berichtete. Dies führte auch dazu, dass der Jahresabschluss des Konzerns für 2023 trotz des Verlusts im laufenden Geschäft mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 13,2 Millionen Euro abgeschlossen werden konnte, bei einem Umsatz von 475 Millionen Euro. An das Land Hessen als alleinigen Anteilseigner wird wie in den früheren Jahren eine Million als Dividende überwiesen. Zum laufenden Jahr sagte Salzmann, der Verlust im operativen Geschäft belaufe sich wegen der Stellwerkprobleme nach sechs Monaten schon auf etwa 700.000 Euro.

BEKANNTMACHUNGEN

ESCHBORN

Öffentliche Bekanntmachung Nr. 053/2024

Die 4. öffentliche Sitzung des Kinderbeirates Eschborn in der Wahlperiode 2023/2025 findet am

Dienstag, 01.10.2024 um 16.30 Uhr

im kleinen Sitzungssaal des Rathauses Eschborn, Erdgeschoss, Rathausplatz 36, 65760 Eschborn,

statt.

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung
2. Genehmigung des Protokolls vom 12.06.2024
3. Gestaltung des Bahnhofs Eschborn Mitte
   – Was sind Eure Ideen für die Neugestaltung des Bahnhofs?
4. Verkehr: zu Gast Herr Draschner
5. Bürgerbudget (Klimawandel)
   – Welche Projekte können gemacht werden?
   – Welche Themen sollen behandelt werden?
6. Verschiedenes

Eschborn, den 16.09.2024

gez.: Clara Kühnhausen
Leiterin Kinderbeirat Eschborn

VdW Südwest bestätigt Chef

FRANKFURT Axel Tausendpfund bleibt Vorstand des Verbands der südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW Südwest). Der Verbandsrat hat den 49 Jahre alten promovierten Juristen einstimmig für fünf weitere Jahre im Amt bestätigt, wie der Verband mitteilte. Tausendpfund steht schon seit 2016 an der Spitze des Verbands, der seinen Sitz in Frankfurt hat und die Interessen von rund 200 öffentlichen und privaten Unternehmen der Wohnungswirtschaft in Hessen und dem südlichen Rheinland-Pfalz mit einem Bestand von rund 450.000 Wohnungen vertritt.

Unter ihm habe der VdW Südwest seine Position als „wichtigster Ansprechpartner für Politiker und Meinungsbildner zu Themen der sozialorientierten Wohnungswirtschaft“ weiter gestärkt, sagte Uwe Menges, Vorstand der Gemeinnützigen Baugenossenschaft in Rüsselsheim und Vorsitzender des Verbandsrats. Tausendpfund kündigte an, der VdW Südwest werde sich „auch künftig mit aller Kraft dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass schnell mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann“. mu.

Keine Ölbohrungen mehr im hessischen Ried

RHEIN-MAIN Heidelberger Unternehmen Rhein Petroleum insolvent

Vor einigen Jahren sorgte das Heidelberger Unternehmen Rhein Petroleum für Aufsehen, als es im hessischen Ried bei Stockstadt nach Öl bohrte. Inzwischen ist das kleinste deutsche Erdölunternehmen insolvent, die Internetseite abgeschaltet.

Zwischen 1952 und 1997 galt das hessische Ried als eine der deutschen Regionen mit Ölvorkommen. In dieser Zeit wurden mehr als eine Million Tonnen Öl gefördert. 1997 wurde die letzte Bohrstelle mit den typischen Pferdekopfpumpen geschlossen, denn preislich konnte das hier geförderte Öl mit der Billigware aus den traditionellen Ölförderländern nicht mehr mithalten.

Doch sind die Ölvorkommen im Ried leicht, schwefelarm und reich an Inhaltsstoffen. Für den Autotank also viel zu schade, unter anderem aber in der Pharmazie und der weiterverarbeitenden Industrie willkommen. Hier sah die Rhein Petroleum ihre Chance und startete mit aufwendigen Probebohrungen.

2018 wurde die erste Bohrstelle mit dem Namen „Schwarzbach I“ in Betrieb genommen und brachte einen Ertrag von bis zu 100.000 Liter Öl pro Woche. Für dieses Öl werde deutlich mehr bezahlt als für Rohöl aus anderen Staaten, so die Hoffnung, doch auch das Öl aus dem Ried war den Schwankungen des Rohölmarktes unterworfen. Die Suche mit Rüttlerfahrzeugen nach geeigneten Standorten und später die Probebohrungen mit großen Bohrtürmen kosteten Millionen.

Ermutigt von der guten Förderung auf dem ersten Bohrfeld wurde schon bald in unmittelbarer Nähe abermals gebohrt und das Bohrfeld „Schwarzbach II“ eingerichtet. Doch das in porösen Pechelbronner Schichten enthaltene Öl, das aus bis zu 1600 Meter Tiefe gefördert wurde, sprudelte nicht wie erwartet. Pro Woche waren es zuletzt nur knapp 45.000 Liter.

Bohrflüssigkeit hatte das poröse Gestein offenbar teilweise verstopft. Deshalb wurde abermals ein Bohrturm aufgestellt, um in großer Tiefe eine Abzweigung zu bauen, damit das Öl besser sprudelt.

Doch der enorme und sehr teure Aufwand hat dem Unternehmen jetzt offenbar die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Das für Ende dieses Jahres geplante Bohrfeld „Schwarzbach III“ und das Bohrfeld „Schwarzbach IV“, für die bereits die Genehmigungen vorlagen, wird es nicht mehr geben. Öl wird aktuell nur noch aus dem Bohrfeld I gefördert, das zweite ist stillgelegt.

Insolvenzverwalter Henrik Schmoll versucht nun, das hoch verschuldete Unternehmen an einen Investor zu verkaufen und gab sich im Gespräch mit der F.A.Z. zuversichtlich, einen Investor zu finden, mehrere Gespräche mit Interessenten liefen bereits. Für das hochwertige Öl gibt es laut Schmoll einen guten Markt.

Der Investor müsste die Verbindlichkeiten von Rhein Petroleum nicht übernehmen, sondern lediglich einen Betrag für die vorhandenen Anlagen bezahlen. Die beiden Bohrstellen in Weingarten und in Bruchsal in Baden-Württemberg seien derzeit stillgelegt, Öl sei dort aber noch vorhanden, hieß es. Es liege nun an einem möglichen Investor, ob auch diese Bohrfelder wieder in Betrieb genommen würden oder ob er nur das Öl aus dem Ried fördere.

Das 2007 gegründete Unternehmen Rhein Petroleum, dessen Geschäftsführer Peter Appel noch vor einem Jahr zuversichtlich war, mit den modernen Bohranlagen bald in die schwarzen Zahlen zu kommen, war nicht mehr in der Lage, die Schulden zu tilgen, die finanzielle Schieflage soll bereits einige Jahren zurückreichen. erle.

Der Gang zum Rathaus als Ausnahme

WIESBADEN Dreieinhalb Millionen Euro benötigt Bürgermeisterin Hinninger für einen schnelleren Wandel zur digitalen und bürgerfreundlichen Verwaltung.

Von Robert Maus

Behördengang: *Vom heimischen Sofa aus sollen Bürger künftig ihre Anträge bei der Stadtverwaltung einreichen können.* Foto dpa

Dreieinhalb Millionen Euro hat Bürgermeisterin Christiane Hinninger (Die Grünen) bei den anstehenden Haushaltsberatungen zusätzlich angemeldet, um Wiesbaden schneller digital ins 21. Jahrhundert zu führen. Sofern die Stadtverordneten das Geld bereitstellen, sollen schon im nächsten Jahr zahlreiche Änderungen initiiert werden, die nach Einschätzung der Dezernentin unabdingbar sind, damit die Stadtverwaltung trotz des zu erwartenden Fachkräftemangels weiterhin voll funktionsfähig bleibt. Zudem erwarten Hinninger und die Leiterin des Amtes für Innovation, Organisation und Digitalisierung, Silke Lehnhardt, langfristig erhebliche Einsparungen an Sach- und Mietkosten aufgrund effizienterer Arbeits- und Verwaltungsabläufe.

Die künftige Kommunikation zwischen Wiesbadenern und Stadtverwaltung könnte demnach wie folgt aussehen: Bürgerin Sara Müller sitzt zu Hause auf ihrer Couch und reicht über ihr Handy digital einen Antrag zur Befreiung von der Hundesteuer ein. Die Software der E-Akte prüft ihre Eingaben, und die Stammdaten (etwa Name und Adresse) werden automatisch in einer Datei angelegt.

Danach leitet die E-Akte-Software den Antrag an die zuständige Sachbearbeitung weiter, und Mitarbeiter Elias Meier bearbeitet diesen. Er greift auf digitale Vorlagen und rechtliche Informationen sowie auf Saras Stammdaten zu und leitet dann den bearbeiteten Antrag an seine Vorgesetzten weiter, um deren digitale Unterschriften zu erhalten.

Nach der Entscheidung wird der Bescheid an Sara Müller versendet und in der Verwaltung für eventuelle Folgeanträge gespeichert. Ein persönlicher Besuch im Rathaus ist nicht erforderlich, die Bearbeitungszeit soll sehr viel kürzer sein, und es werden keine Papierberge erzeugt.

Doch das ist noch Zukunftsmusik, weswegen Hinninger ankündigte: „Wir wollen bei der Digitalisierung in Wiesbaden entscheidende Schritte nach vorne gehen." Die Strategie werde von einem wertegeleiteten Digitalisierungsleitbild flankiert. Es handele sich um mehr als nur die Einführung einer neuen Technologie: „In dieser Transformation steckt auch ein kultureller Wandel", sagte die Bürgermeisterin und skizzierte das Ziel einer „bürgerfreundlichen und leistungsfähigen Verwaltung auf der Höhe der Zeit".

Damit dies gelingt, hat Lehnhardt mit ihrem Team einen Fahrplan entworfen, der sieben zentrale Handlungsfelder identifiziert, mit deren Hilfe die digitale Transformation erreicht werden soll. So soll die Homepage der Stadt neu gestaltet und an die bundesweite Behördennummer 115 angebunden werden. Der Relaunch von *www.wiesbaden.de* ist für das erste Halbjahr 2025 geplant. Es sollen zudem bundesweite Standards genutzt werden – etwa, dass Daten nur einmal eingegeben werden müssen. Mit der Einführung der erwähnten E-Akte soll das Relikt der Umlaufmappe endgültig verschwinden und KI-Software einen hohen Automatisierungsgrad ermöglichen. Das europaweite Vergabeverfahren für die E-Akte soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden, die Realisierung ist sukzessive von 2025 an geplant.

In der Verwaltung sollen mit einer neuen SAP-Software Arbeitsabläufe verkürzt und automatisiert werden. So müssten etwa 24.000 Rechnungen nicht mehr gedruckt und zweifach unterschrieben werden, führte Lehnhardt aus. Die 6500 städtischen Mitarbeiter an den etwa 250 Standorten nutzen derzeit mehr als 300 verschiedene IT-Anwendungen. Damit diese Infrastruktur stabil und sicher bleibt, sind zahlreiche Projekte mit dem städtischen IT-Dienstleister Wivertis vorgesehen.

Zur Arbeit der Wiesbadener Verwaltung gehören rund 2500 unterschiedliche Prozesse, wie etwa der Antrag von Sara Müller. 25 Prozent dieser Prozesse stehen laut Lehnhardt zur Optimierung an, und auch das Intranet mit dem Namen WIntra wird verbessert. So soll das neue Intranet zum Beispiel Module enthalten, die Mitarbeiter online schulen, und diese Schulungen auch fristgerecht nachhalten. Bislang haben aber nicht einmal alle städtischen Mitarbeiter eine städtische E-Mail-Adresse, um Zugang zu WIntra zu erhalten.

Die veranschlagten Kosten in Höhe von 3,5 Millionen Euro werden sich nach Einschätzung von Hinninger und Lehnhardt in den nächsten Jahren amortisieren. Beide gehen unter anderem davon aus, dass die städtischen Büro- und Mietkosten um bis zu 20 Prozent gesenkt werden können. Dies soll mithilfe von „New Work" möglich werden.

So könne etwa bei der gemeinsamen Nutzung von Arbeitsplätzen eine Sharing-Quote von 0,8 erreicht werden. Das heißt, zehn Mitarbeiter teilen sich acht Arbeitsplätze. Möglich ist dies durch Arbeiten im Homeoffice und Laptops, die an Dockingstationen angeschlossen werden, wenn die Mitarbeiter an ihren Arbeitsplatz kommen. Das Bürogebäude am Gustav-Stresemann-Ring 15 soll von 2025 an sukzessive zum Modellstandort für die neuen Arbeitswelten werden.

Zuschüsse für Lastenräder

Antragsfrist bis 19. Dezember

WIESBADEN Die Landeshauptstadt fördert von sofort an wieder den Kauf von Lastenrädern. Eswe Versorgung und die Stadt gewähren auf Antrag einen Zuschuss von bis zu 800 Euro. Zuletzt hatte die Stadt ihre Förderung auf Wiesbadener Geschäftsleute konzentriert, um sie beim Kauf umweltfreundlicher Transportmittel zu unterstützen. Nun sind Privatpersonen an der Reihe. Wer in den Genuss des Zuschusses kommen will, muss bis spätestens 19. Dezember seinen Antrag im Rathaus einreichen.

Seit Einführung der städtischen Kaufprämie im März 2019 ist nach Angaben der Verwaltung die Anschaffung von 433 Lastenfahrrädern gefördert worden, darunter 45 für Gewerbetreibende. Nach Ansicht der Verwaltung ermöglichen es die Lastenräder, Waren effizient und nachhaltig zu transportieren, ohne Zeit mit der Parkplatzsuche zu verlieren. Damit trügen die Räder aktiv zur Luftreinhaltung und Lärmminderung in der Stadt bei.

Die Antragsformulare können auf der Internetseite des städtischen Radbüros ausgefüllt und zusammen mit einem Kostenvoranschlag bis zum Stichtag an das Tiefbau- und Vermessungsamt übermittelt werden. Nach Erhalt der Förderzusage muss der Kauf des Lastenrades bis zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen sein. Der Nachweis über die Zahlung muss bis zum 8. Januar 2025 vorgelegt werden. Nähere Infos gibt die Stadt auf der Website www.wiesbaden.de/radbuero. obo.

EBS sucht neuen Rektor

WIESBADEN Die EBS Universität für Wirtschaft und Recht ist auf der Suche nach einem neuen Rektor. Wie die private Hochschule mit Sitzen in Oestrich-Winkel und Wiesbaden auf Nachfrage bestätigte, hatte sich der bisherige Amtsinhaber, Martin Böhm, entschieden, seinen Posten Ende Juli zu verlassen. Er wolle sich anderen beruflichen Herausforderungen widmen. „Wir bedauern diese Entscheidung sehr, respektieren sie aber selbstverständlich." Die Aufgaben des Rektors würden zurzeit von EBS-Präsident Günther Oettinger, Geschäftsführerin Dorothée Hofer und den Dekanen wahrgenommen. Die Stelle werde „zeitnah" nachbesetzt, eine Findungskommission sei einberufen worden.

Foto Michael Braunschädel

Martin Böhm

Der 46 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftler Böhm war 2021 als Rektor und Marketingprofessor an die EBS gekommen; zuvor war er Dekan der IE Business School in Madrid gewesen. Während seiner Amtszeit habe er die EBS „maßgeblich geprägt und entscheidend zur Weiterentwicklung beigetragen", teilte die Hochschule mit. Unter seiner Führung habe sie die angesehene AACSB-Akkreditierung erlangt. Eigentümer der EBS ist der Bildungskonzern SRH. Bei Böhms Amtseinführung hatte Präsident Oettinger gesagt, die Universität sei trotz roter Zahlen „saniert". zos.

Korrekter Notruf als Teil der Ersten Hilfe

GIESSEN/WIESBADEN Viele Bürger können Gesundheitszustand schwer einschätzen / Symposion von Rettungsdiensten

Steigende Einsatzzahlen bei angespannter Personallage: Notfallmediziner stehen auch in Hessen vor vielfältigen Herausforderungen. Rettungsleitstellen und Notärzte übernähmen einen immer größeren Teil der ambulanten Patientenversorgung, sagte Notärztin Susanne Tilp von der Universitätsklinik Gießen der Deutschen Presse-Agentur. Hinzu kommen Fälle von Patienten, die sich unwirsch oder sogar aggressiv gegenüber den Mitarbeitern des Rettungsdiensts und in Notaufnahmen verhalten.

Notärztin Tilp hatte kürzlich das Rettungsdienstsymposion „Der Rote Patient" organisiert – im Fokus stand dabei die Versorgung von Menschen mit akuten Krankheiten oder Verletzungen, die schon beim Eintreffen von Sanitätern beziehungsweise Notärzten eine rasche Diagnostik und medizinische Behandlung benötigen. Wie lassen sich mit professioneller Kommunikation die Abläufe gut verzahnen, um die Patienten von Anfang an bestmöglich zu versorgen und beim Eintreffen in der Klinik an die richtige Stelle zu übergeben? Mit diesen Fragen beschäftigten sich die Spezialisten.

Erfahrungen zeigten, dass manche Menschen heute gesundheitliche Beschwerden nur schwer einschätzen könnten und hohe Erwartungen an Rettungsdienste hätten, die ihnen möglichst umfassend und schnell helfen sollten, sagt Tilp. Hilfe versprächen sich manche auch von der Notaufnahme eines Krankenhauses, das unterschiedliche Fachabteilungen unter einem Dach vereinige. Dort könne es jedoch zu neuen Schwierigkeiten kommen, weil die Patienten längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssten, da tatsächliche Notfälle ihnen vorgezogen würden.

Von ähnlichen Erfahrungen berichtet auch Mike Mann, Bereichsleiter Rettungsdienst des Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes, das in Hessen mit 60 Prozent einen Großteil des Rettungsdienstes abdeckt. Insgesamt 637.509 Notfalleinsätze und Krankentransporte sowie mehr als 21 Millionen gefahrene Kilometer absolvierten die DRK-Helfer 2022 im Bundesland – Einsatzzahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor, doch dürften sie weiter gestiegen sein.

Dazu trage auch bei, dass immer häufiger bei Bagatellerkrankungen der Rettungswagen gerufen werde, so Mann. Häufiger als früher bekämen es Sanitäter dann mit unwirschen, überforderten oder ungeduldigen Patienten zu tun. Die Gründe dafür sind vielfältig – der Landarztmangel ist einer davon, die Alterung der Gesellschaft ein anderer. Gerade Menschen, die allein und relativ isoliert lebten, könnten schnell an ihre Grenzen geraten, wenn es ihnen gesundheitlich nicht gut gehe.

Seit einiger Zeit werden deshalb Ideen diskutiert, wie den Menschen geholfen und zugleich die Rettungsdienste entlastet werden können, wie Mann sagt. Mobile Fachkräfte, die in ländlichen Regionen Patienten aufsuchen, sind eine Möglichkeit. Erste Hausarztpraxen, beispielsweise im Main-Kinzig-Kreis, setzen auf solche Lösungen.

Hinzu kommen Angebote wie der Hausnotruf sowie Telenotärzte, die via Livestream direkt mit der Besatzung eines Rettungswagens kommunizieren und dazu beitragen können, einen Notarzteinsatz an Ort und Stelle zu ersparen. Eine weitere Option wäre, die Notrufnummer 112 als eine Art Schaltzentrale oder „Helpdesk" zu organisieren, sodass neben medizinischen auch andere Helfer eingebunden werden können, die vielleicht dringender benötigt werden, also etwa Psychologen und Sozialarbeiter.

Tilp, die selbst als Notärztin an ihren Arbeitstagen zu Einsätzen im Kreis Gießen und benachbarten Landkreisen unterwegs ist, hebt zudem die Bedeutung einer guten Kommunikation in Notfällen hervor. Wer einen Menschen in einer mutmaßlichen gesundheitlichen Notlage finde, sollte sich einen ersten Überblick verschaffen und seine Eindrücke möglichst klar, ruhig und sachlich am Telefon schildern. Ein korrekter Notruf ist wichtiger Teil der Ersten Hilfe. Die Angaben können entscheidend für den Einsatz sein, denn in der Notfallmedizin gehe es vor allem darum, möglichst schnell eine „Arbeitsdiagnose" zu stellen, um erste Behandlungsschritte auf den Weg zu bringen – ob es nun um einen Senior mit Schlaganfall geht oder ein Baby mit Atemstillstand.

Besonders schwierig wird es für das Rettungsdienstpersonal und die Notärzte, wenn sie während ihrer Einsätze und trotz Zeitdrucks und hohen Einsatzzahlen noch Anfeindungen oder aggressivem Verhalten von Patienten oder deren Angehörigen ausgesetzt sind. Leider gehörten solche Vorfälle mittlerweile fast zum Alltag, sagt die Notärztin. Sie wisse von Patienten, zu denen Sanitäter nur unter Begleitung einer Polizeistreife fahren – aus Sorge vor möglichen Angriffen.

Sie erinnere sich auch an den Fall eines Patienten, der in der Notaufnahme des Uniklinikums ausgerastet sei und eine Krankenschwester schwer verletzt habe. Bei einem nächsten Symposion in Gießen will die Notärztin diese Thematik und mögliche Handlungsempfehlungen zum Thema machen. lhe.

HEUTE IN RHEIN-MAIN

Foto Fotogruppe Monumente

VERNISSAGE

Unter Spannung

Die Fotogruppe Monumente beleuchtet in ihrer Ausstellung die Produktion elektrischer Energie. Dokumentarische und konzeptionelle Arbeiten zeigen die Strom- und Wärmeproduktion in konventionellen sowie in klimaneutralen, mit regenerativer Energie betriebenen Kraftwerken. Eine Porträtserie stellt Menschen in der Energiewirtschaft vor. Experimentelle und abstrakte Werke sowie die Präsentation fossiler Energieträger in Objektrahmen runden die Ausstellung ab.

UNTER SPANNUNG – ENERGIEGEWINNUNG IM WANDEL
Frankfurt, Volkshochschule Frankfurt, 18 Uhr, bis 20. Dezember 2024

JAZZ

Daniel Herskedal

Foto Knut Aaserud

So hat man die Tuba garantiert noch nie gehört. Kaum beginnt der norwegische Klangkünstler zu spielen, wird man von seiner hypnotisch schönen Musik fortgetragen, die mühelos zwischen Jazz, Avantgarde, Kammermusik und Pop wechselt. Selten hört man einen Musiker mit solcher emotionaler Intensität und Virtuosität, der zugleich spielerisch die Grenzen seines Instruments auslotet. Zahlreiche Auszeichnungen, Alben und Kompositionsaufträge – darunter für das BBC Concert Orchestra und das Trondheim Jazz Orchestra – belegen seine herausragende musikalische Qualität. Sein neues Album „Call For Winter II" erscheint im September.

DANIEL HERSKEDAL
Frankfurt, St. Bonifatius, 20 Uhr

Foto Hannes Leitlein

LITERATUR

Hallo, Deutschland!?

Wie wollen, können oder müssen wir eigentlich miteinander reden? Immer wieder gibt es Eklats, unüberwindbare Gräben und den Anspruch auf Absolutheit. Die Folge schlechter Debattenkultur sind antidemokratische, antisemitische oder rassistische Haltungen – sogar in der jungen Bildungselite. Woran das liegt und wie es sich ändern ließe, darüber haben die Gäste dieses Abends geschrieben. Hasnain Kazim ist auf seiner „Deutschlandtour" durchs Land geradelt und hat mit den Menschen gesprochen. Gilda Sahebi (Foto) analysiert in „Wie wir uns Rassismus beibringen" deutsche Debatten. Julia Reuschenbach fordert in „Defekte Debatten", endlich besser zu streiten.

HALLO, DEUTSCHLAND!?
Frankfurt, Literaturhaus Frankfurt, 19.30 Uhr

DISKUSSION

Was ist von der römischen Synode zu erwarten?

Die im Oktober 2024 angesetzte Bischofssynode in Rom ist als Abschluss eines vierjährigen weltweiten Prozesses geplant. Der Weg der Synode ist offiziell bereits durch Papst Franziskus im Herbst 2021 eröffnet worden. In die weiteren Phasen wurden die Bistümer, eine Reihe von Organisationen und schließlich die Bischofskonferenzen einbezogen. Die Veranstaltung im Haus am Dom steht als Podiumsdiskussion unter dem Blickwinkel des in Rom inhaltlich zu Erwartenden und dessen, was davon konkret umgesetzt werden kann. Dazu werden eine Kanonistin, ein Dogmatiker und ein Experte der Weltsynode der katholischen Kirche ins Gespräch kommen. Gäste sind Thomas Söding, Jan-Heiner Tück und Sabine Konrad.

WAS IST VON DER RÖMISCHEN SYNODE ZU ERWARTEN?
Frankfurt, Haus am Dom, 19.30 Uhr

KINDER

Herr Sturm und sein Wurm

Foto Spielraum Theater

Herr Sturm ist ein kleiner feiner Mann, der immer nur sehr freundlich sein kann. Immer wenn er traurig ist, geht er in einen Park. Dort rettet er eines Tages einen Wurm vor einer gefräßigen Elster und nimmt ihn mit nach Haus und ist unversehens in eine wirklich ungewöhnliche Freundschaft verwickelt. Eine poetische, fantasievolle und überaus heitere Geschichte für Kinder von drei Jahren an.

HERR STURM UND SEIN WURM
Hattersheim, Alter Posthof, 15 Uhr

Alle Termine finden Sie online unter faz.net/vk

19 Jahre alter Neonazi vor Gericht

Mann soll Anschlag geplant haben

LIMBURG Vor dem Landgericht Limburg muss sich von Mittwoch an ein Neunzehnjähriger verantworten, der einen gewaltsamen Anschlag geplant haben soll. Laut Anklage hat er auf Grundlage einer verfestigten antisemitischen und rassistischen Einstellung seit spätestens Ende 2021 den Umsturz der demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik geplant und vorbereitet. Die Ankläger werfen dem aus dem Kreis Limburg-Weilburg stammenden Mann die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, den Verstoß gegen das Waffengesetz und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vor.

Laut Staatsanwaltschaft strebte er die Herstellung einer autarken „Volksgemeinschaft“ auf einem nationalsozialistischen Fundament unter Ausschluss von Menschen an, die sich nicht in sein nationalsozialistisches Bild fügten – insbesondere Juden und Menschen mit Migrationshintergrund. Geplant gewesen sei auch, eine Schutzstaffel aufzubauen.

Den Ermittlungen zufolge war der Angeklagte zur Erreichung dieses Ziels äußerst gewaltbereit: Eingeschlossen in sein Vorhaben war demnach tödliche Gewalt gegen Menschen, insbesondere gegen Polizeibeamte als Teil der vermeintlichen aktuellen staatlichen Willkürherrschaft. In „einschlägigen Foren“ soll er mehrfach gedroht haben, Menschen töten zu wollen.

Zu diesem Zweck habe er beabsichtigt, Bunker anzulegen, um dort Waffen zu produzieren. Dazu habe er einen 3D-Drucker beschafft, mit dem er Teile einer automatischen Maschinenpistole gedruckt haben soll. Außerdem hätten die Ermittler bei dem Angeklagten eine Gaspistole aufgefunden, deren Lauf so verändert war, dass mit dieser Geschosse verfeuert werden konnten.

Darüber hinaus wird ihm vorgeworfen, im Februar 2023 auf einem Telegram-Kanal ein den Nationalsozialismus verherrlichendes Video eingestellt zu haben. Auch Medienberichte zeigen: Der Angeklagte ist bereits zuvor wegen seiner rechtsextremen Gesinnung aufgefallen und war in der Neonaziszene aktiv: Wie „Report Mainz“ berichtete, hatte er im Jahr 2020 an einer Schule mehrmals den Hitlergruß gezeigt, Hakenkreuze gemalt sowie in einer Sprachnachricht per Whatsapp „Sieg Heil“ gesagt. Nach Recherchen des NDR-Formats „STRG_F“ war der Mann auch bei einem mutmaßlichen Gründungstreffen einer rechtsextremen Gruppierung in Zwickau im Sommer 2023 anwesend.

Der Mann wurde bei Hausdurchsuchungen in Waldbrunn-Hausen im Kreis Limburg-Weilburg im November 2023 festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Die Verhandlung findet aufgrund des Alters des Angeklagten unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Gericht hat aktuell Termine bis ins Jahr 2025 hinein angesetzt. elzo.

Frau im Wald ist getötet worden

LAMPERTHEIM Eine am Montag im Wald in Südhessen gefundene Frauenleiche beschäftigt die Mordkommission im Kreis Bergstraße. Weil die Leiche mehrere Stichverletzungen hatte, gehen die Ermittler davon aus, dass die 36 Jahre alte Frau aus Lampertheim auf dem Waldweg umgebracht wurde. Das Auto des Opfers habe auf einem nahegelegenen Waldparkplatz gestanden. lhe.

Pastellig: *Das denkmalgeschützte Haus Hintergasse 8 ist eines von zweien, deren Fassaden mit finanzieller Unterstützung erneuert worden sind.* Fotos Maximilian von Lachner

Verputzt? Das gehört so!

EPPSTEIN Vom Fördertopf für die Innenstadt profitieren auch Privatpersonen. Zwei Häuser der Altstadt wurden jüngst denkmalgerecht saniert.

Von Andrea Diener

Wer sich die Altstadt Eppsteins als durchgehenden Fachwerktraum vorstellt, der liegt falsch. Auch wenn alle Häuser in Fachwerkbauweise errichtet worden sind, so handelt es sich doch häufig nicht um Sichtfachwerk, das zum Anschauen verziert wurde.

Mindestens seit Anfang des 19. Jahrhunderts waren viele der Häuser verputzt, meist in hellen Farben gestrichen, die Fassaden waren nur durch Fensterläden gegliedert sowie durch Balken, mit denen die Stockwerke abgesetzt sind. Im Klassizismus hatte man es gern klar und pastellig, die Innenstädte waren dadurch auch weniger anfällig für Brände. Daher sind auch die beiden jüngsten Sanierungsfälle, die Burgstraße 23 und die Hintergasse 8, in Abstimmung mit dem Denkmalschutz verputzt worden.

Die zwei Häuser und ihre Eigentümer profitieren von Eppsteins Fördertopf aus dem Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“. In der ersten Runde hat die Gaststätte „Zum Taunus“ schon neue, denkmalgerechte Sprossenfenster gefördert bekommen, für die zweite Runde hatte das Rathaus zahlreiche Bürger angeschrieben. Acht Anfragen ergaben sich daraus, zwei Förderanträge wurden gestellt.

„Wir haben erst einmal ausbaldowert, wo die Altstadt überhaupt ist“, sagt Berthold Picard, früherer Eppsteiner Stadtarchivar. Er gehört zu der Initiative „Eppstein lebt“, deren Abteilung für Stadtverschönerung bei den Anträgen unterstützt hat. „Und wir haben überlegt, wie man das Bild aufhellen könnte“, sagt Picard.

Die Hintergasse 8 gab in der Tat ein eher trauriges Bild ab mit ihrem schmutzig-beigen Anstrich. „Meine Oma, die Anna Lenz, ist hier hundert Jahre alt geworden“, sagt der Eigentümer Peter Lenz, selbst Architekt. Nach dem Tod der alten Dame im Jahr 1993 wurde dann zum ersten Mal umgebaut. 28 Jahre lang hat Lenz dann mit Familie in dem Haus gewohnt, nun wohnen hier seine Mieter.

Man muss schon genauer hinschauen, um zu erkennen, dass es sich um ein altehrwürdiges Gebäude handelt, das um 1760 errichtet wurde. Drei Parteien wohnten hier, unter dem Dach hatte ein Schneider seine Werkstatt, erinnert sich Lenz, der damals oft zu Besuch bei seiner Großmutter war. Um 1940 herum wurden die Dachgauben aufgesetzt. Sie durften bleiben, erhielten aber nicht die alten hölzernen Einrahmungen wie die anderen Fenster. Um die sieben bis neun Personen haben einst auf den 150 Quadratmetern gelebt, heute ist es noch ein Paar mit einem Kind.

Fachsimpelei: *Hausbesitzer Peter Lenz (links) und der Eppsteiner Bürgermeister Alexander Simon*

Besonders freut Berthold Picard, dass hier die alte Außentoilette stehenbleiben durfte. Darunter befand sich eine Senkgrube, die zu Großmutter Lenz' Zeiten noch in Betrieb war. Nebenan parken heute Autos, da war eine Scheune angebaut. Und es gibt einen Hof: „Der war in der Altstadt Gold wert“, erinnert sich Lenz.

Die zweite Förderung bekommt das Haus der Eheleute Becker in der Burgstraße 23. Stefan Becker ist gegenüber aufgewachsen, nun wohnt er selbst mit Frau und zwei kleinen Kindern seit einem knappen Jahr dort. Das Haus stand früher außerhalb der Altstadt vor dem Obertor, auch Jägertor genannt.

Einst befand sich dort der Herrengarten, der Gemüsegarten der Burg. Im Jahr 1492 wurde das Land an die Landgrafen von Hessen verkauft, 1808 ging der Besitz zurück an die Gemeinde Eppstein. Das Land wurde in Parzellen gegliedert und einzeln verpachtet. 1823 weiß man von einem Herrn Löber, Landwirt und Gerber, der dort baute und von 1825 an eine kleine Schankwirtschaft für Bier, Ebbelwei und Branntwein betrieb. Wie die Wirtschaft hieß, lässt sich nicht sicher belegen, bei den Eppsteinern haben sich mündlich die Namen „Zum Löwen“ und „Zum letzten Heller“ überliefert.

Das nun genau 200 Jahre alte Haus steht schon gut da, für den Garten hat Stefan Becker allerdings noch Pläne: Das Garagenhäuschen kommt weg, dann wird begrünt, und die Kinder bekommen Spielgeräte. Am Haus hat er die Fassade in Abstimmung mit dem Denkmalamt erneuern lassen, innen wurde von Grund auf saniert.

„Allmählich tut sich was“, freut sich Berthold Picard. Die Stadt Eppstein hat mit dem Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ schon zahlreiche Projekte realisiert – etwa die „Lauschtour“ durch die Innenstadt, der Spielplatz zu Füßen der Burg, dazu viele Einzelprojekte zur Unterstützung der Gastronomie und zur Aufwertung des öffentlichen Raums. Insgesamt erhielt Eppstein 250.000 Euro aus Landesmitteln, die Stadt legte weitere 65.000 Euro aus der eigenen Kasse drauf.

Oasen in der Stadt schaffen

Fürstliches Gartenfest auf Schloss Wolfsgarten

LANGEN Rund 180 Aussteller sind beim Fürstlichen Gartenfest dabei, das von Freitag, 20. September, bis Sonntag, 22. September, auf Schloss Wolfsgarten bei Langen stattfindet. In der ausgedehnten Parkanlage des ehemaligen Jagdschlosses sind nicht nur besondere Stauden und Gehölze zu sehen, sondern auch hochwertige Gartenmöbel und -geräte, Kunsthandwerk, Mode und Accessoires. Die Schirmherrschaft hat abermals Floria Landgräfin von Hessen übernommen. In den vergangenen Jahren kamen zu dem Fest rund 20.000 Besucher. Diesmal lautet das Sonderthema „Urban Gardening“. Dabei geht es um die Frage, wie Oasen in der Stadt geschaffen werden können. Städtische Initiativen zum Thema stellen sich vor, dazu gibt es eine Vortrags- und Workshopreihe „Grün in der Stadt“.

Zahlreiche Vereine und Initiativen, die sich für Umwelt, Natur und Kultur engagieren, sind beim Fürstlichen Gartenfest vertreten. Experten halten Vorträge zu unterschiedlichen gärtnerischen Themen. Dazu gibt Führungen zur Geschichte des Schlosses und der Parkanlage.

Für Kinder steht eine große Spielwiese vor dem Springbrunnen bereit. Außerdem können junge Gartenfreunde ihre eigenen Minigärten bepflanzen und Nistkästen bauen.

Geöffnet ist Schloss Wolfsgarten bei Langen, Prinzessin-Margaret-Allee, an allen drei Tagen jeweils von 10 bis 18 Uhr. Informationen zum Programm, zu Anreise und Parkmöglichkeiten gibt es im Internet unter *www.gartenfest.de*. Eintrittskarten sind an der Tageskasse und online erhältlich. Tagestickets kosten 18 Euro (ermäßigt 16 Euro), Dauerkarten 36 Euro. es.

Tödlicher Unfall im Odenwald

HÖCHST Bei einem Verkehrsunfall in Höchst im Odenwald ist der Fahrer eines Transporters ums Leben gekommen. Laut Polizei war der 46 Jahre alte Mann auf der Bundesstraße 45 unterwegs. Aus zunächst ungeklärten Gründen sei das Fahrzeug von der Fahrbahn abgekommen und gegen einen Baum geprallt. Der Mann sei dabei so schwer verletzt worden, dass er noch an der Unfallstelle gestorben sei, teilte die Polizei mit. Die Bundesstraße war vorübergehend voll gesperrt. lhe.

A 7: Kollision nach Autorennen

HOMBERG/EFZE Ein Dreißigjähriger soll sich auf der A 7 mit einem weiteren Autofahrer ein Rennen geliefert und dabei einen Unfall verursacht haben. Das Auto des Mannes sei am Abend in einer Kurve nahe Homberg (Efze) gegen einen Kleinlastwagen gestoßen, teilte die Polizei mit. Der Fahrer des Kleinlasters sei nicht verletzt worden. Der 30 Jahre alte Mann hatte den Angaben nach keine sichtbaren Verletzungen, wurde aber im Krankenhaus untersucht. Zeugen hatten berichtet, dass der Unfallwagen und ein weiteres Auto mit einer Geschwindigkeit von rund 200 Kilometern pro Stunde unterwegs waren. Zumindest zeitweise soll der Fahrer auch das Licht an seinem Auto ausgeschaltet haben. Bei seiner Befragung gab der Mann nach Polizeiangaben die hohe Geschwindigkeit zu. Die Polizei sucht Zeugen, die Angaben zu dem zweiten beteiligten Auto machen können. lhe.

Bestattungskalender

Am Mittwoch, dem 18.09.2024
(Angaben ohne Gewähr)

Bad Homburg-Ober-Eschbach
15.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung
Bartkowiak, Ralf, 60 J.
Eschborn, Hunsrückstr.
13.30 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung
Wilke, Wolfgang, 80 J.
Frankfurt am Main-Berkersheim
12.45 Bestattung
Diehl, Karl Heinz, 79 J.
Frankfurt am Main-Enkheim
12.00 Trauerfeier und Bestattung
Hahn, Walter, 89 J.
Frankfurt am Main-Oberrad-Wald
11.15 Trauerfeier und Bestattung
Bönnebruch, Klaus-Peter, 83 J.
Kelkheim, Hauptfriedhof
13.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung
Futterer, Dietlinde
Oberursel (Taunus), Friedhof Weißkirchen
13.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung
Eisinger, Walter
Schwalbach am Taunus, Waldfriedhof
13.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung
Rauschelbach, Elisabeth, 98 J.
Sulzbach (Taunus), Im Brühl
13.30 Trauerfeier und Beisetzung

In Stunden der Trauer sind wir für Sie da!

seit 1936 **PIETÄT SCHÜLER**
Bestattungshaus Andreas Schüler GmbH
In der Römerstadt 10 • 60439 Frankfurt
Heerstraße 28 • 60488 Frankfurt
Telefon: (069) 57 22 22 (Tag und Nacht)
www.pietaet-schueler.de

LESERFORUM

NACHGELESEN
FAZ.NET

„Welche wilde Natur würde eine Verbreiterung der A 5 zerstören?“

Leser „K70-Ingo“ zur Kritik von Umweltverbänden an Plänen für den zehnspurigen Ausbau der Autobahn in Frankfurt.

POSTEINGANG

Schlecht argumentiert
Die Forderungen der IG Metall in den aktuellen Tarifverhandlungen findet der Leser überzogen.
Wie kann jemand behaupten, den Betrieben ginge es gut, wenn die Umsätze im ersten Halbjahr um 12 Prozent gefallen sind? Das zeigt doch wirklich, wie dumm Gewerkschaften argumentieren und trotzdem positiv bei den Arbeitnehmern ankommen.
Hans Albert auf FAZ.NET

Übernutzt
Der Leser stellt dar, welche Folgen die Inflation für die deutsche Wirtschaft hat.
Offensichtlich verteuert die Inflation praktisch alle Produktionsfaktoren, inklusive der Löhne. Natürlich gefährdet das den Standort Deutschland. Kritisch wird es besonders, wenn Güter in gleicher oder besserer Qualität dort hergestellt werden können, wo die Produktionskosten und Abgaben niedriger sind als bei uns. Beispiel: E-Autos aus China, Solarmodule und Speicher aus Fernost. Die Inflation verteuert auch Forschung und Entwicklung, sodass die Produktpipeline immer leerer wird. Ressourcen wie Grund und Boden sind in Deutschland übernutzt und können nicht vermehrt werden.
Auch in den USA gibt es eine ähnliche Inflation wie bei uns. Der Unterschied ist, dass die in der Informationstechnologie ein Alleinstellungsmerkmal haben, das auf diesem Markt zu einer dominanten Stellung führt, bei der die Preise fast diktiert werden können. Außerdem verfügt das Land über reichhaltige Rohstoffvorkommen sowie viel Grund und Boden.
Wolfgang Klein auf FAZ.NET

„Von Hochglanz bis Rumpelplatz“

FRANKFURT Bolzplätze sind wichtig für die Entwicklung eines Fußballers. Sie erfüllen aber auch eine Funktion als sozialer Raum. Wie steht es um die Anlagen der Stadt? *Von Julian Hölscher*

Er schien ausgestorben, der Straßenkicker. Der selbst vom Anbruch der Dunkelheit kaum aufzuhaltende, eher Eistee statt Wasser trinkende Ballkünstler mit dem immergleichen Rhythmus: Schule, Fußball, Schlafen – und von vorn. Vom Bolzplatz bis zur Skyline. So einen wie Lukas Podolski oder wie Mehmet Scholl werde es nicht mehr geben, lautete vor einigen Jahren die schwarzmalerische Befürchtung Fußball-Deutschlands. Verdrängt von den Fußballspieler-Fabriken, die sich Nachwuchsleistungszentren nennen und in denen die Talente immer früher gleichförmig und glatt ausgebildet werden. Doch mehr als fünf Jahre später war der Straßenkicker bei der Heim-EM wieder präsent. Abwehrchef Antonio Rüdiger kickte anfangs in den Fußballkäfigen Neuköllns, das Duo Florian Wirtz und Jamal Musiala glänzte mit Spielwitz, Individualität und Durchsetzungsvermögen – den lange geforderten Bolzplatz-Attributen. Und auch Emre Can, der gebürtige Frankfurter im EM-Kader, hatte schon als Kind auf den Bolzplätzen der Nordweststadt „gegrätscht, bis die Knie schlimm aussahen“, wie er dem „Kicker“ einst verriet. Bolzplätze können wichtig sein für die Entwicklung junger Fußballer – und darüber hinaus. Wie steht es um die insgesamt 105 in Frankfurt, die auf 40 Stadtteile verteilt sind?

Einer, der sich mit der Bolzplatz-Landschaft in der Main-Metropole besonders gut auskennt, ist Denis Bambusek. Er ist Projektleiter der vom Sportkreis Frankfurt organisierten Bolzplatzliga. Bei dem im Jahr 2013 ins Leben gerufenen Projekt treten angemeldete Teams bestehend aus Kindern und Jugendlichen verschiedener Altersklassen in einer Saison auf den Bolzplätzen der Stadt gegeneinander an. „Von absoluten Rumpelplätzen bis Hochglanz ist alles dabei“, sagt Bambusek. Aushängeschilder der Stadt seien moderne Plätze wie die im Hafenpark an der Europäischen Zentralbank. Doch nicht nur auf den neugebauten Plätzen der Stadt wird in der Bolzplatzliga gekickt. „In Griesheim zum Beispiel stehen unter Naturschutz stehende Bäume und Baumstümpfe auf einem Platz“, sagt Bambusek. Die Lösung ist pragmatisch: „Die Bäume werden als Bande benutzt, das Team aus Griesheim wusste, wie der Platz beschaffen war.“ Den Heimvorteil hätten sich die auf dem Platz beheimateten Kicker zunutze gemacht.

Neu und alt: *Gekickt wird in Frankfurt im Hafenpark (ganz oben) wie an der Waldschulstraße.*

Fotos Felix Kaspar Rosic

Während Hindernisse wie Bäume mitten auf dem Platz eher einzelne Erscheinungen sind, liegen die Probleme einiger Plätze vor allem in Missständen wie abgenutzten Belägen, fehlenden Linien oder Begrenzungen und nichtexistenten Tornetzen oder -gittern. Bei der Instandhaltung der Plätze gebe es Nachholbedarf, wie Lena Berneburg vom zuständigen Grünflächenamt der Stadt Frankfurt auf Anfrage mitteilt. Das Grünflächenamt beabsichtige, „sukzessive den Bestand im Stadtgebiet in einen zeitgemäßen Zustand zu versetzen“, die erforderlichen jährlichen Mittel stünden jedoch nur begrenzt zur Verfügung.

Doch nicht nur die teils verbesserungswürdigen Zustände der Frankfurter Bolzplätze fallen auf, sondern auch, dass es auf manchen Zugangsbeschränkungen gibt – etwa eine Altersbegrenzung oder eine Sperrstunde. „Da gibt es Anwohner, die wissen, dass sie das Recht dazu haben, das Ordnungsamt oder sogar die Polizei zu rufen, wenn nach 19 Uhr Kinder auf dem Bolzplatz sind oder die Kinder älter als 14 Jahre aussehen“, sagt Bambusek. Man sei sich beim Grünflächenamt bewusst, dass es auch in der Altersgruppe über 14 Jahren Bedarf gebe, Bolzplätze zu nutzen. Ob ein Platz einer Beschränkung unterliege, sei deshalb jeweils eine Einzelfallentscheidung.

„Auf dem Bolzplatz einfach die Zeit zu vergessen, bis es dunkel wird, ist eine vollkommen wichtige Erfahrung“, sagt der Soziologe und Journalist Jonas Wollenhaupt, der 2020 einen Gastvortrag an der Justus-Liebig-Universität Gießen zum Thema „Bolzplatz als Sozialisationsraum“ hielt. „Auf dem Bolzplatz erleben Jugendliche Selbstorganisation, Aushandlungsprozesse, Solidarität und ein Freiheitsgefühl“, sagt er. Wollenhaupt bezeichnet den Bolzplatz als „offenen Raum“ und meint damit eine Umgebung frei von klaren Regeln und vorgegebenen Verhaltensweisen – im Kontrast etwa zur Schule, einem sogenannten geschlossenen Raum. Auf dem Bolzplatz könne man „Identitäten erproben“ und komme mit „verschiedenen Kulturen, Milieus und Klassen“ in Kontakt. „Eine wichtige Voraussetzung für Demokratie“, sagt Wollenhaupt. Zudem diene der Bolzplatz als Zufluchtsort vor anderen, für Kinder und Jugendliche möglicherweise belastenden sozialen Feldern, beispielsweise bei Problemen in der Schule.

Doch nicht nur das politische und soziale Verständnis, sondern auch die fußballerischen Fertigkeiten würden aus Sicht des Soziologen auf dem Bolzplatz besonders geschult. Widerstände wie unebene Plätze, zu große Bälle, zu kleine Schuhe oder ältere Gegner, gegen die es sich durchzusetzen gilt, seien Faktoren für die Entwicklung der bereits 2018 von Oliver Bierhoff geforderten „Bolzplatzmentalität“. Damit in Frankfurt die Bolzplatzkultur auch weiterhin gelebt wird, plant die Stadt neue Bolzplätze. So werden laut Berneburg auf den entstehenden Grünflächen im Europaviertel sowie im Bockenheimer Schönhofviertel Plätze errichtet. Der Weg für den Nachfolger des Frankfurter Bolzplatz-Kickers Emre Can so könnte geebnet werden.

Auf dem richtigen Weg

Warum Eintracht-Verteidiger Aurèle Amenda „nah dran ist“ – sich aber weiter gedulden muss

FRANKFURT Die langen Haxen solle er einbringen, hatte Trainer Dino Toppmöller bei Aurèle Amendas Vorstellung bei Eintracht Frankfurt im Juli gesagt. Gesagt, getan: Am Wochenende rettete der 1,97 Meter große Innenverteidiger mit einem geschickten Block den Sieg in Wolfsburg. 85 Minuten waren gespielt, der VfL flankte einen langen Ball nach dem anderen Richtung Eintracht-Strafraum, in der Hoffnung auf einen Glückstreffer. Toppmöller schaute sich auf der Bank um, sah den kopfballstarken Amenda und warf ihn ins Getümmel.

Amenda spielte noch elf Minuten, kam sechsmal an den Ball. Das sind an sich eher unspektakuläre Statistiken. Schaut man jedoch genauer hin, trug er entscheidend dazu bei, den Sieg über die Zeit zu bringen. Drei Bälle klärte er durch gewonnene Kopfbälle, zweimal blockte er Schüsse der Wolfsburger. Einer davon war besonders gefährlich, der Versuch von Kevin Behrens wäre wohl im langen Eck eingeschlagen, hätte sich Amenda nicht klug in die Schussbahn gestellt.

„Wir haben am Wochenende gesehen, wie nah er dran ist. Und wie nah kannst du dran sein? Wir haben eben sehr, sehr gute Innenverteidiger davor. Da ist es schwer vorbeizukommen. Aber es war ein Zeichen, ihm in dieser Situation das Vertrauen zu geben“, sagte Sportdirektor Timmo Hardung beim Dienstagstraining.

Drei Spieltage wartete der Schweizer auf seine Chance. Im Winter hatte die Eintracht ihn für rund zehn Millionen Euro von den Young Boys Bern verpflichtet und sofort dorthin zurückverliehen. Zu Saisonbeginn saß Amenda dann erst einmal auf der Bank. Ein ungewohntes Gefühl für ihn, bei den Young Boys spielte er vergangene Saison 32-mal, davon viermal in der Champions League, und gewann die Schweizer Meisterschaft.

In der Vorbereitung zeigte sich jedoch, dass Amenda noch einiges von Robin Koch oder Tuta lernen kann. Beim Testspiel gegen den Viertligaklub FSV Frankfurt spielte er unkonzentriert, bei der Generalprobe, einer 2:3-Niederlage in Valencia, patzte Amenda vor dem Siegtor der Spanier. Der Schweizer rückte nach hinten – zumal die Eintracht in Arthur Theate, 24 Jahre alt, einen belgischen Nationalspieler für die Innenverteidigung verpflichtete.

„Wir haben dieses Spiel in Valencia nie so hochgehängt, wie das extern gemacht wurde. Wir sehen ihn ja im Training“, sagte Hardung. Seit dem „Fehler“ sei Amenda jedoch auf dem richtigen Weg. Weil der Schweizer bei der U 21 seines Landes im Einsatz war, hatte er am Dienstag trainingsfrei. Genau wie die Kollegen Omar Marmoush, Arthur Theate oder Robin Koch. Die Eintracht will vor den vielen englischen Wochen eine Überbelastung vermeiden.

Die übrig Gebliebenen trainierten am Dienstag unter den Blicken von Timothy Chandler und dem neuen Management-Trainee Bastian Oczipka, die sich gegen Ende des Trainings am Seitenrand unterhielten. Beide schienen recht erstaunt, als vor ihnen Kauã Santos ein paar Tricks einübte. Der Brasilianer, 21 Jahre alt, wird in den kommenden Wochen das Tor hüten, weil sich Stammtorwart Kevin Trapp am Oberschenkel verletzt hat.

Einst spielte Santos in seiner Heimat Futsal, ein Hallensport, bei dem es auch darum geht, Tore möglichst kunstvoll zu erzielen. Gemeinsam mit Amenda und den anderen Frankfurter Verteidigern soll der Torhüter nun dafür sorgen, dass die Eintracht am Wochenende beim Heimspiel gegen Borussia Mönchengladbach (Samstag, 18:30) „im Flow bleibt“, wie Hardung sagte. KONRAD RINGLEB

Olkinuora fehlt Löwen länger

FRANKFURT Die Löwen Frankfurt müssen kurz vor dem Start der neuen Saison in der Deutschen Eishockey Liga länger auf ihren neuen Torhüter verzichten. Der 33 Jahre alte Jussi Olkinuora habe sich im Training eine Verletzung am Unterkörper zugezogen, wie der Klub am Dienstag mitteilte, sei bereits erfolgreich operiert worden und werde rund vier Wochen ausfallen. „In dieser Zeit wird Cody Brenner das Tor der Löwen hüten, der Neuzugang aus Schwenningen hat das vollste Vertrauen der Trainer und nicht nur im Finale der Steiermark Trophy gezeigt, was in ihm steckt“, teilte der Klub mit. Olkinuora meldete sich in einer Videobotschaft zu Wort: „Ich werde alles daransetzen, so schnell wie möglich wieder auf dem Eis zu stehen“, sagte der finnische Olympiasieger, der als Königstransfer zum Klub gewechselt war. dali.

Rutsch wechselt, Osborne hört auf

FRANKFURT Radprofi Jonas Rutsch wechselt innerhalb der WorldTour und schließt sich im neuen Jahr dem Team Intermarché-Wanty an. „Der Rennstil des Teams passt perfekt zu mir. Ich liebe die Klassiker, habe aber auch schon gezeigt, dass ich bei Etappenrennen und der Tour de France nützlich sein kann“, sagte der Odenwälder, der bei der belgischen Equipe einen Zweijahresvertrag unterschrieb. Nach fünf Jahren wird für den 27-jährigen Rutsch das Kapitel beim amerikanischen Team EF Education-Easy-Post enden. Derweil hat der Mainzer Jason Osborne (Team Alpecin-Deceuninck) das Ende seiner Straßenkarriere bekanntgegeben. Der einstige Ruderweltmeister möchte sich nach einer wegen andauernder Hüftbeschwerden unbefriedigenden Radsaison künftig auf E-Sport- und Gravelrennen konzentrieren. west.

Foto: Brandy Williams (Unsplash)

Stadt, Land, News.

Für Rhein-Main ist mehr drin: Lesen Sie jeden Tag in der F.A.Z. die wichtigsten Meldungen aus der Region und alle relevanten Hintergründe. Informieren Sie sich zusätzlich kurz und kompakt mit dem Newsletter „Hauptwache“ – jeden Abend um 21.00 Uhr von sonntags bis donnerstags bequem im E-Mail-Postfach.

Holen Sie sich Ihren kostenlosen Newsletter unter: **faz.net/hauptwache**

Jetzt kostenlos den Newsletter abonnieren: **faz.net/hauptwache**

Dort, weit unten am Fluss

FRANKFURT In der Alten Oper leitet die brasilianische Dirigentin Simone Menezes beim Festival „Amazônia“ das hr-Sinfonieorchester.

Von Irem Cati

Wie fängt man die Schönheiten der Natur ein? Wie beschreibt man sie, gibt sie wieder, in Worten, Bildern oder Klängen? Zahlreiche Künstler haben sich der Herausforderung gestellt, Meisterwerke wie Beethovens „Pastorale“ oder Monets Seerosenbilder sind ihr entsprungen. Der brasilianische Fotograf Sebastião Salgado, der als Fotojournalist jahrelang die Welt bereist hat, hat sich zurück in seine Heimat begeben und dort sechs Jahre lang den Amazonas-Regenwald abgelichtet. Entstanden sind ausdrucksstarke Fotografien, die die unvergleichbare Schönheit des Flusses, seiner Flora und Fauna sowie die in Amazonien ansässigen indigenen Stämme in all ihrer Stärke und Fragilität festhalten.

In der Alten Oper beginnen die Aufnahmen nun zu klingen. Beim Festival „Amazônia“ werden sie mit der sinfonischen Dichtung „Floresta do Amazonas“ von Heitor Villa-Lobos zusammengebracht. Es ist ein Herzensprojekt der italienisch-brasilianischen Dirigentin Simone Menezes, von dem die 47 Jahre alte Musikerin schon seit ihrer Zeit als Studentin in Paris geträumt hat. „Schon als ich das Werk zum ersten Mal in einem brasilianischen Jugendorchester gespielt habe, wusste ich, dass es ein Meisterwerk ist und ich es eines Tages dirigieren möchte.“ Tiefgründig sei dieses Spätwerk, das der 1887 in Rio de Janeiro zur Welt gekommene Villa-Lobos 1958 geschrieben hat, ein Jahr vor seinem Tod, doch mit einer Prise Hoffnung versehen, genau wie die brasilianische Kultur selbst.

Menezes ist bekannt dafür, Musik aus unerwartetem Blickwinkel zu sehen, und fällt regelmäßig mit neuen und visionären Projekten auf. Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Genres und Lebenswelten miteinander zu verbinden und sie für die klassische Musik zu begeistern ist ihr dabei besonders wichtig. Geboren wurde sie in Brasilia, sie wuchs in einem musikalischen Haushalt auf, in dem ihr Vater und Großvater in der Freizeit dirigierten. Mit sieben Jahren begann Menezes mit dem Klavier- und Flötenspiel, bis sie sich als Jugendliche entschloss, Dirigentin zu werden. „Dirigieren war, dank meines familiären Umfelds, das Normalste der Welt für mich“, sagt sie. Niemand habe ihr gesagt, dass sie nicht dirigieren könne, weil sie eine Frau sei. „Bis ich damit konfrontiert wurde, war es schon zu spät“, sagt sie und lacht.

Für das Studium reiste sie nach Paris, wo sie bis heute lebt. Dort nahm sie Unterricht bei Paavo Järvi, er wurde ihr Mentor. Von Järvi habe sie vor allem gelernt, die Musik aus festen Strukturen herauszubrechen. So auch bei „Amazônia“. Von ihrer Idee, „Floresta do Amazonas“ mit Bildern zu präsentieren, sprach sie ebenso wie von ihrer Bewunderung für Salgado schon als junge Dirigentin der Philharmonie de Paris, doch die war damals nicht interessiert. Erst als Salgado 2021 mit der Ausstellung „Amazônia“ in die Räumlichkeiten des Konzerthauses kam, erinnerte man sich ihrer wieder und brachte den Fotografen und die Dirigentin zusammen. Entstanden ist ein Projekt, das Salgados Werk und Menezes' Wertschätzung mit der Musik von Villa-Lobos vereint.

Viele Male habe Salgado sich „Floresta do Amazonas“ anhören müssen, um die Musik zu fühlen, berichtet Menezes. Dennoch habe er gleich zugesagt, als der Vorschlag für „Amazônia“ kam. Salgados Frau habe ihm auf dem Klavier oft Werke von Villa-Lobos vorgespielt, er könne sich kein besseres Stück vorstellen, um seine Bilder zu untermalen. Dabei habe Villa-Lobos „Floresta do Amazonas“ eigentlich für den Film „Green Mansions“ komponiert, den Audrey Hepburns erster Mann, der Schauspieler Mel Ferrer, mit ihr in den späten Fünfzigerjahren drehte. Doch das Werk wurde von den Filmstudios abgelehnt. Villa-Lobos überarbeitete es zur sinfonischen Dichtung in ihrer heutigen Form. „Es wirkt“, sagt Menezes, „als habe er sie stattdessen eigentlich für Salgados Bilder komponiert.“

Für „Amazônia“ hat Menezes das Stück etwas heruntergebrochen, den Männerchor gestrichen, dafür vier Sätze für Sopran erhalten, die in der Alten Oper die brasilianische Sopranistin Camila Provenzale singen wird. Für die elf Sätze des Werks hat Salgado, der sich am 21. September im Großen Saal der Alten Oper mit dem Filmregisseur Wim Wenders unterhält, jeweils eine seiner Fotografien ausgesucht. Für den ersten Satz „Der Wald“ hat er sich für ein Bild des Regenwalds aus der Vogelperspektive entschieden, zu „Der Krieg“ ist ein Foto von Männern zu sehen, die sich auf die Jagd vorbereiten.

Neben „Floresta do Amazonas“ präsentieren Menezes und das hr-Sinfonieorchester Villa-Lobos' Prelúdio aus den „Bachianas Brasileiras Nr. 4“ und Philip Glass' „Metamorphosis“ aus „Aguas da Amazonia“. Abgerundet wird das Festival mit einem Jugendkonzert und der Vorführung von Wenders' Salgado-Dokumentarfilm „Das Salz der Erde“.

Bilder und Klänge: *Simone Menezes, hier im September 2022 in Venedig, dirigiert in Frankfurt Musik zu den Fotografien von Sebastião Salgado.* Foto Patrick Wak

AMAZÔNIA – THE WORLD OF SEBASTIÃO SALGADO
19. bis 21. September, Alte Oper Frankfurt

Freundinnen

Vor der Linse

Von Eva-Maria Magel

Dass eine Gruppe von Personen, die alle denselben Beruf haben, einhellig und voller Wertschätzung über eine Abwesende spricht, kommt nicht oft vor. Wenn ihre Berufskolleginnen – und auch ein paar Kollegen – von der Frankfurter Fotografin Abisag Tüllmann (1935 bis 1996) sprechen, deren Todestag sich am 24. September jährt, mischt sich der hohe Respekt für ihr Werk mit den Erinnerungen an eine Persönlichkeit, die selten begabt und ungeheuer fleißig gewesen sein muss, dazu von Empathie und Interesse am Menschen beseelt. Sie habe die Bilder immer auf den Punkt gebracht, sagt Barbara Klemm über die Kollegin.

Die Regisseurin Claudia von Alemann war 30 Jahre lang mit Tüllmann befreundet. Kennengelernt hatten sie sich, als die Frauen in Frankfurt begannen, ihre eigene Revolution zu machen, jenseits der dominierenden Männer in der Achtundsechzigerbewegung. Wenige Tage nach Tüllmanns Tod hat Alemann die Wohnung der Freundin gefilmt, über Jahre hinweg Zeitzeugen befragt und das Werk Tüllmanns zu dem Porträt verdichtet, das den Titel „Die Frau mit der Kamera“ trägt.

Allein 500 der grandiosen Fotografien Tüllmanns sind darin zu sehen, eine Hommage an ein Werk, das Porträt einer Frau und einer Freundschaft, zudem ein sehr dichtes Zeitdokument aus historischen Filmen und Tönen. 2015 hatte der Film in Frankfurt Premiere. Kurz bevor die großartige Ausstellung „Stadt der Fotografinnen – Frankfurt 1844 bis 2024“ am 22. September im Historischen Museum endet, kommt Alemann für die zur Schau gehörende Filmreihe noch einmal zurück in ihre alte Heimat. Am 19. September spricht sie im Kino des Deutschen Filmmuseums und Filminstituts von 20.30 Uhr an über Tüllmann, die Zeit des Aufbruchs und die Bilder.

Auf einem handgeschriebenen Zettel in Tüllmanns Wohnung stand: „Wer nicht denkt, fliegt raus.“ Auch eine Geste der Wertschätzung.

Internationale des Jazz

DARMSTADT Garvie, Degen und Lassaletta im Trio

„Zwei Argentinier und ein Gringo“ steht scherzhaft unter der Ankündigung des Trios, das in dieser Form erstmals auf der Bühne steht. Im Gewölbekeller des Darmstädter Jazzinstituts lockt es mit Eleganz und Leichtigkeit, der Trompeter Valentín Garvie spielt melodische Linien mit weichem Ansatz und warmem Timbre, während seines Solos deutet er für Momente rauere Ausdrucksformen an. Sein Stück „Valsesito“ lehnt sich an einen argentinischen Tanz an, vereint gekonnt süd- und nordamerikanische Einflüsse und wirkt dadurch wie eine optimistische Antithese zu globalen Abschottungsbestrebungen.

Garvie, weithin geschätzt als ehemals festes Mitglied des Ensemble Modern, nicht minder gefeiert in Jazz-Konstellationen, ist Dreh- und Angelpunkt des Trios. Von 2002 an hielt er sich in Frankfurt auf, pflegte enge Kontakte auch in die Darmstädter Szene und spielte bis 2017 immer wieder mit Bob Degen zusammen. Dann folgte er dem Ruf der alten Heimat und zog zurück nach Mar del Plata, wo er 1973 zur Welt kam. Hier und in Buenos Aires konnte er sich erneut erfolgreich etablieren, unter anderem am Teatro Colón. Mit Martín de Lassaletta arbeitet er schon eine Weile eng zusammen und es ist ein echter Glücksfall, dass der Bassist nun für einige Konzerte in Deutschland mit dabei ist. Zumal er sich offenkundig auch mit Degen versteht, erkennbar in einigen Duo-Improvisationen.

Kantig und offensiv agieren die drei Musiker in Garvies „Crossfade“. Schnelle Phrasen bilden das Leitmotiv, dazwischen wirft Garvie raue Rufe und abgehackte Miniaturen, teilweise von Degen auf dem Flügel parallel mitgespielt. Lassalettas hier und da zweistimmiges Bass-Solo klingt nun wesentlich offener, auch Degen abstrahiert entschlossen. Individuelle Ideen, unvorhersehbare Wendungen und Energieschübe steigern die Spannung. Garvie zieht lustvoll vielgestaltige Register erweiterter Spieltechniken, lässt die Trompete röcheln und fauchen, flattern und quietschen.

Ein lyrisches Stück aus Degens Feder kreiert anschließend eine eher entspannte Atmosphäre. Garvie spielt verhalten Flügelhorn, Lassalettas agile und weitläufige Grundierungen lassen ihn erneut als gleichberechtigte dritte Stimme in der Formation auftreten. Noch eindrucksvoller wirkt die enge Verzahnung und komplexe Interaktion von Lassaletta und Garvie im sprunghaften „Paloma o pequeña águila“. Das Spiel der Trompete wirkt hier, in parallelen Motiven und kontrapunktischen Passagen, mitunter beinahe zuckend, die Spannweite der Klangfarben bis hin zu tonlosem Rauschen ist offenkundig von Neuer Musik inspiriert. Bis zur Pause hat Garvie weitere Attraktionen parat, bläst gleichzeitig in Trompete und Flügelhorn und setzt eine durchdringend helle Piccolo-Trompete ein. Es spricht für den klugen Virtuosen, dass solchen Kapriolen stets musikalischer Sinn und eine persönliche Aussage innewohnen.

Das gemischte Repertoire präsentiert neben Stücken Garvies und Degens zwei Standards und Jürgen Wuchners „Piece For AHC“. Hier sorgt Lassaletta durch Manipulationen für scheppernde Saiten, darüber hinaus finden sich Klavier und Bass, später auch Trompete und Klavier zu fließenden Unisoni zusammen. Eine Komposition Lassalettas greift argentinische Musik auf, variiert tänzelnde Motive und strukturell offene Passagen. Die Verschiedenheit der Stücke, ihre harmonische Vielfalt, der Reichtum an nuancierten und kontrastierenden Farben sowie die charakteristische Klangsprache und Dynamik der Musiker machen den Auftritt des Trios zum besonderen Erlebnis. NORBERT KRAMPF

Hexen!

FRANKFURT „Magic Maids“ im Mousonturm

Ein ganzes Sortiment an Besen ist an der Wand aufgereiht. In der Ecke bereiten sich die Performerinnen Eisa Jocson und Venuri Perera vor. Es wirkt wie ein kleines Ritual, wenn sie sich gegenseitig mit den Händen über den Körper streichen. Ein Ritual, das vorbereitet, schützt, vielleicht stärkt und aktiviert. Dann werfen sie eine Gewürzmischung aus kleinen Schalen auf Bühne und Publikumsränge, während ihre Lippen sich bewegen, als

Unter Besen: *Eisa Jocson und Venuri Perera* Foto Jörg Baumann

flüsterten sie eine Beschwörung. Ist der Raum derart bereitet, greifen sie beide zu einem Besen, klemmen ihn sich zwischen die Beine und beginnen, sich langsam durch den Raum zu bewegen, eins werdend mit den Besen, die hinter ihnen über den Boden streichen, als wären sie Verlängerungen ihrer Körper.

In ihrer neuen Tanzperformance „Magic Maids“, die nun im Künstlerhaus Mousonturm uraufgeführt wurde, stellen Jocson und Perera eine Verbindung zwischen Hexen und Hausmädchen her. Für sie sind es zwei weibliche Archetypen, die in patriarchalen Gesellschaften verachtet und gefürchtet werden. Die Besen, mit denen sie sich in ihrer Performance immer wieder auf unterschiedliche Weise verbinden, mit denen sie beinahe verwachsen, symbolisieren beide Typen. Sie changieren auf der Bühne zwischen Reinigungsgerät und Hexenbesen, mutieren dabei vom Werkzeug schnell auch zur Körpererweiterung. Wie großartig Jocson, die ihren Lebensmittelpunkt in Manila hat, sich an weiblichen Archetypen und kolonialen Stereotypen abarbeiten kann, dürfte dem Frankfurter Publikum noch aus ihrer Trilogie „Happyland“ vertraut sein, die zwischen 2017 und 2021 am Mousonturm zu sehen war. Gemeinsam mit Perera, die aus Colombo kommt und nun in Amsterdam lebt, findet sie auch für „Magic Maids“ Körperbilder, die mit Vertrautem und Klischees spielen.

Etablieren sie anfangs noch in der Stille und im langsamen Durchschreiten des Raumes Körperbilder, die sacht auf der Kippe stehen, dreht die Performance im Verlauf des Abends zunehmend auf. Mysteriöse, beschwörende Klänge und düstere Lichtstimmungen rahmen den immer wilderen Ritt auf den Besen als Hexenzeremonie. Der lasziv-unterwürfigen Hausmädchen, nur um gleich darauf wieder verzerrt zu werden. Dazu Technomusik und schließlich ein Bruch: Die Performerinnen machen eine Pause, kommen zu Atem, trinken etwas, tauschen sich aus.

Dann wenden Perera und Jocson sich direkt an das Publikum, fragen einzelne Besucher, ob sie Hausmädchen aus Sri Lanka und von den Philippinen haben. Erzählfragmente von Care-Arbeiterinnen aus beiden Ländern und aus Indonesien schließen sich an, die von moderner Sklaverei weiblicher Körper in einer globalisierten, noch immer kolonialisierten Welt zeugen. Die kurzen Erzählungen genügen, um ein düsteres Bild zu zeichnen. „Let's hang them“, beschließen Jocson und Perera, und es wird klar, dass sie wörtlich verstanden die Besen meinen, die sie in ein Netz aus Seilen über der Bühne hängen. Doch die Besen haben sie während des Erzählens modifiziert, und Assoziationen an eine Art von Puppe und damit an die Puppenmagie aus Hexengeschichten liegen nicht allzu fern. So kann der Ausruf nach den drastischen Geschichten von Misshandlung und Ausbeutung auch als Beschwörung, Fluch oder Aufruf gegen die Unterdrücker verstanden werden, als Aufruf, Schluss zu machen mit der Ausbeutung von Care-Arbeiterinnen. Dass es dafür an der Zeit ist, macht die Performance deutlich. Das Vermögen der Körper im Widerstand ebenso. DAVID RITTERSHAUS

Mephisto in der Linie 17

FRANKFURT Das Theater Willy Praml im Stadtwald

Im Frühjahr 1945, als die Kapitulation Deutschlands absehbar war, schrieb Thomas Mann seine Rede „Deutschland und die Deutschen“, in der er den Versuch unternahm, die ungeheuerlichen Verbrechen der Nazidiktatur aus der deutschen Geschichte, ja dem Volkscharakter der Deutschen heraus zu erklären. Sein wichtigstes Resümee lautete, dass es „nicht zwei Deutschland gibt, ein böses und ein gutes, sondern nur eines, dem sein Bestes durch Teufelslist zum Bösen ausschlug“. Mann schrieb schon am „Doktor Faustus“, das Motiv des Teufelspakts durchzog viele seiner Essays in dieser Zeit.

Was liegt da näher, als Manns Text mit Goethes „Faust“ produktiv zu konfrontieren? Unter dem Titel „Deutschwald im Herbst“ haben Michael Weber und das Theater Willy Praml eine außergewöhnliche Theaterperformance geschaffen, die nicht auf einer Bühne gezeigt wird, sondern im Frankfurter Stadtwald. Weber persönlich instruiert das Publikum, jeder bekommt einen Klappstuhl und lauscht dem Text, eingelesen von Willy Praml persönlich. Und dann stehen da auf einmal an der Haltestelle Oberschweinstiege zwei Mephistos, zwei Gretchen und auch zweimal der Faust, als wären sie gerade mit der Linie 17 angekommen. Man folgt ihnen durch den Wald und hört am Königsbach, wie Faust (Birgit Heuser, Reinhold Behling) und Mephisto ihren Pakt besiegeln, sieht das wüste Gelage in Auerbachs Keller, folgt den nur annähernd chronologischen „Faust“-Szenen mal auf einer Bank, mal auf Baumstümpfen. Zweieinhalb Stunden geht es so durch den Wald, alle Darsteller sprechen im Wechsel Goethe und Mann.

Ganz zwingend ist es bei allem Natur-Reiz freilich nicht, die kluge Gegenüberstellung von Goethe, Drama, Mann und Essay im Freien durchzuführen. Der intellektuelle Gehalt wäre ebenso in der Naxoshalle transportierbar, auch wenn dadurch die romantische und damit, folgt man Mann, urdeutsche Atmosphäre als Grundierung der Thesen entfiele. Denn um Romantik geht es durchweg in diesem Text, um die Lust am Irrationalen, am Abgründigen und damit schließlich um die deutsche Innerlichkeit, die, allem Politischen gegenüber skeptisch, geradewegs in die Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur mündete. Mann, der sich in ebendieser Tradition sah, hatte wohl deshalb wie kaum ein anderer deutscher Autor eine tiefe Ahnung von der Verführbarkeit der Deutschen.

Musik von Schubert, Mendelssohn und Wagner grundiert viele der Szenen. Bisweilen wirken Bezüge zwischen Mann-Passagen und „Faust“-Szenen beliebig, doch überwiegen funkensprühende Momente. Etwa, wenn die Gretchen (Hannah Bröder, Muawia Harb) über Manns Kritik an Luther und dessen Freiheitsbegriff sprechen und am Tisch nebenan das Bier aus den Flaschen spritzt und sich die Freiheit der Kumpanen in Auerbachs Keller auf das Recht auf Grobheit und Besäufnis beschränkt. Oder wenn einer der zwei Mephistos (Jakob Gail) über das Doppelgesicht der deutschen Romantik spricht, während der andere (Anna Staab) lustvoll-ekstatisch das Finale der „Götterdämmerung“ mitsingt. In solchen Momenten gelingt die gegenseitige Beleuchtung der Texte kongenial.

Versöhnlich und mit großem Pathos endet der viele Gedanken aufwerfende Waldspaziergang am Jacobiweiher mit Thomas Manns Hoffnung auf Gnade für eine „soziale Weltreform“, in der ein geläutertes Deutschland seinen Platz findet. Dazu erklingt das strahlende Finale der 8. Sinfonie von Gustav Mahler, Vollender und Überwinder der romantischen Musik, mit den Schlussworten aus „Faust II“. Bewegend. MATTHIAS BISCHOFF

DEUTSCHWALD IM HERBST
21. September, 15 Uhr, Haltestelle Oberschweinstiege.

Unter Bäumen: *Hannah Bröder und Jakob Gail* Foto Seweryn Zelazny

Aus dem Reich der Toten

FRANKFURT Fantasy Filmfest in der Harmonie

Wer der Beißexzesse in Zombiefilmen überdrüssig ist, erlebt beim diesjährigen Fantasy Filmfest eine angenehme Überraschung, denn Thea Hvistendahl setzt in „Handling the Undead“ auf Melancholie statt Aufregung. Drei makabre Auferstehungserlebnisse wirken in die frische Trauer allerlei Hinterbliebener hinein, die bösen Geister, noch vom Grab gezeichnet, bleiben gefährliche Fremdkörper unter den Lebenden, deren Gesellschaft sie beanspruchen (20. September, 17.45 Uhr).

Eröffnet wird das Fantasy Filmfest, das auf seiner Tour durch die Bundesrepublik sieben Tage lang in Frankfurt zu Gast ist, am 18. September um 19 Uhr mit „Speak No Evil“ von James Watkins, einem Remake des dänischen Originals von 2022.

Unter den 33 abendfüllenden Festivalwerken samt Kurzfilmpaket sind gleich zwei Zeitreisefilme. Yannis Veslemes schickt in „She Loved Blossoms More“ drei Brüder auf die Suche nach ihrer toten Mutter (20. September, 13.30 Uhr), während in „Things will be Different“ ein Gangsterpärchen mit einer Tasche voller Dollars durch die Zeiten rast (20. September, 15.45 Uhr). Veslemes arrangiert ein manieristisches Puzzle, Michael Felker reichert sein durchaus nostalgisches Ambiente mit Science-Fiction und Action-Kino an und schafft ein dramaturgisches Labyrinth, aus dem es kein Entkommen gibt.

Zu den Überraschungen, für die das Filmfest garantiert, gehört der Horror im alltäglichen Umfeld wie beim Ehebett in „Sleep“ (23. September, 17 Uhr), vor dem der Regisseur Jason Yu an jedem Morgen die Spuren gewalttätiger Aktivitäten ausmacht. Und wieder ist es ein Übergriff aus dem Reich der Toten, der eine gesicherte bürgerliche Existenz zerstört.

Dass das Grauen in sämtlichen Häusern lauert, kann dabei jeder Klempner bestätigen. In „Scared Shitless“ folgen die Handwerker den Abwasserleitungen von Toilette zu Toilette, wo Vivieno Caldinelli sie in Kämpfe mit einer mörderischen Reptilienbrut verwickelt. Die makabre Jagd eröffnet ganz nebenbei den Blick hinter die Türen der Apartments und auf die exzentrischen Gepflogenheiten ihrer Bewohner (19. September, 22.30 Uhr). JÜRGEN RICHTER

FANTASY FILMFEST
18. bis 25. September, Kino Harmonie, Dreieichstraße 54, Frankfurt, Informationen unter fantasyfilmfest.com